System der Politischen Oekonomie

Von

Dr. G. Ruhland

o. ö. Professor für politische Oekonomie

der Universität Freiburg (Schweiz)

I. und II. Band

Allgemeine Volkswirtschaftslehre

Band I

Berlin SW

Verlag von Wilhelm Issleib

1903

Neuausgabe als E-Buch 2005

Diese E-Buch-Ausgabe wurde im Jahre 2005 von Ulrich Grey erstellt.
Als Satzsystem wurden die Softwarepakete TeX und LaTeX verwendet.
Die Veröffentlichung erfolgt unter Ausschluss jeglicher Gewährleistung.
Version: 5. Dezember 2005 (1.0)

Impressum

Herausgeber:
Ulrich Grey
Am Pappelkrug 1
33619 Bielefeld

www.vergessene-buecher.de



Gustav Ruhland

* 11.6.1860 Hessental (Spessart)
† 5.1.1914 Bad Tölz

SYSTEM

der

POLITISCHEN ÖKONOMIE.

Von

Dr. G. RUHLAND
o. ö. Professor für politische Oekonomie
an der Universität Freiburg (Schweiz).

I. und II. Band

Allgemeine Volkswirtschaftslehre.

Band I.



BERLIN SW.
VERLAG von WILHELM ISSLEIB
1903.

Titelseite der Originalausgabe von 1903

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis

Anmerkungen zur E-Buch-Ausgabe.

Diese E-Buch-Ausgabe basiert auf Vorarbeiten, die zur Erstellung der Homepage `http://www.vergessene-buecher.de` geleistet wurden.

Ein Zitat in einem der Bücher Günter Hannichs (`http://www.geldcrash.com`) hatte mein Interesse an Gustav Ruhlands Hauptwerk „System der politischen Ökonomie“ geweckt. Mit etwas Glück gelang es mir, das dreibändige Werk in der Originalausgabe antiquarisch zu erwerben. Ruhland scheint heute so gut wie vergessen zu sein. Eine Suche im Internet mit der Suchmaschine Google (Juli 2004) ergab nur wenige und zudem kaum ergiebige Fundstellen.

Es ist zu bedauern, daß dieses bemerkenswerte Werk — seinerzeit umstritten und heute mit Sicherheit ebenso — kaum noch jemandem bekannt ist. Ob die Sachverhalte, die hier angesprochen werden, heute noch/wieder aktuell sind oder nur von historischem Interesse, möge jeder Leser/jede Leserin für sich entscheiden.

Grundlage dieser E-Buch-Ausgabe ist der Text der Originalausgabe:

- Verlag von Wilhelm Issleib, Berlin (Band 1, 1903);
- Puttkammer & Mühlbrecht, Berlin (Band 2, 1906 sowie Band 3, 1908). (Auch Band 1, 1903 ist hier erschienen.)

Ich habe mich bemüht, den Text der Originalausgabe unverfälscht wiederzugeben. Offensichtliche Setzfehler (z.B. statt eines ‚u‘ ein ‚n‘) habe ich korrigiert. Die Korrekturtabelle auf Seite 397 des ersten Bandes ist eingearbeitet. In einigen wenigen Fällen war es erforderlich, die bearbeitete Ausgabe von 1939 zu Hilfe zu nehmen. Ansonsten habe ich auf Veröffentlichungen aus der Zeit zwischen 1933 und 1945 bewußt verzichtet.

Passagen, die im Original g e s p e r r t gesetzt wurden, habe ich in KAPITÄLCHEN formatiert. Textpassagen in [eckigen Klammern] wurden bei der Gestaltung der E-Buch-Ausgabe vom Herausgeber eingefügt. Eckige Klammern, welche Herr Ruhland gesetzt hat, wurden durch {geschweifte Klammern} ersetzt. Die Fußnoten der Originalausgabe sind mit *) markiert, vom Herausgeber hinzugefügte Fußnoten sind mit [1]) Ziffern versehen.

Die Seitenwechsel der Originalausgabe werden durch das Symbol ⥁ im Text kenntlich gemacht. Die jeweilige Seitenzahl der Originalausgabe ist in einem Kästchen am Rande der Seite vermerkt. 1

Soweit mir bekannt, existieren 3 Ausgaben des ungekürzten Werkes sowie eine gekürzte Ausgabe:

- die Originalausgabe wie oben erwähnt;
- ein unveränderter Nachdruck in 3 Bänden von 1933;
- ein unveränderter Nachdruck (aber mit abweichenden Seitenzahlen) in 2 Bänden von 1941 sowie
- eine bearbeitete, gekürzte Ausgabe von 1939, erschienen zu Ruhlands 25. Todestag. (Bearbeitet von Günther Pacyna.)

Haftungssausschluss: Ein 1200-Seiten-Werk zu formatieren und Korrektur zu lesen ist gelegentlich ermüdend, deshalb kann ich nicht ausschliessen, daß unbeabsichtigte Abweichungen vom Originaltext vorkommen. Eine Haftung für Vollständigkeit und Fehlerfreiheit des Textes kann ich nicht übernehmen. Maßgeblich ist der Text der Originalausgabe.

Es erübrigt sich eigentlich, darauf hinzuweisen (aber ich tue es trotzdem), daß die hier veröffentlichten Texte die Ansichten ihrer jeweiligen Autoren wiedergeben, welche nicht in jedem Falle mit den Ansichten des Erstellers dieser E-Buch-Ausgabe übereinstimmen müssen. Beachten Sie bitte, daß diese Texte vor ca. 100 Jahren geschrieben wurden. Es können daher inhaltlich an diese Texte keine aktuellen politischen und weltanschaulichen Ansprüche gestellt werden. Insbesondere der schöne Begriff der „POLITICAL CORRECTNESS“ war damals noch unbekannt.

Die im Text angeführten Internet-Adressen waren Anfang Dezember 2005 aktiv.

Ulrich Grey

Im Dezember 2005

Kontakt: webmaster@vergessene-buecher.de

Erster Teil

Einleitung

A. Aus der Entstehungsgeschichte des Systems.

[3]

Es sind jetzt reichlich 20 Jahre her, dass mit den Vorarbeiten zu diesem Systeme begonnen wurde.

Die Reichstagswahl 1878 hatte auch Schreiber dieses zur aktiven Beteiligung an der Politik gerufen — als praktischen Landwirt selbstverständlich auf Seiten der Schutzzoll-Partei. Die nachfolgenden Reichstags-Verhandlungen wurden mit ganz besonderer Aufmerksamkeit verfolgt; ebenso die Tages- und Flugschriften-Litteratur. Inzwischen war für mich auch die Zeit der Verselbständigung als Landwirt gekommen. In Bayern, Württemberg, Baden, Hessen und Preussen wurden der Reihe nach Versuche gemacht, einen passenden landwirtschaftlichen Besitz zu pachten oder zu kaufen. In all' diesen Fällen ging eine sorgfältige Kalkulation über den voraussichtlichen Reinertrag voraus, wobei angesichts der erst beginnenden landwirtschaftlichen Konkurrenz Nordamerikas unmöglich für die nächste Zukunft mit steigenden oder auch nur gleich bleibenden Preisen der landwirtschaftlichen Produkte gerechnet werden konnte. Ausnahmslos standen damals die Resultate dieser Ertrags-Kalkulation in schreiendem Widerspruch zu dem geforderten Pachtschilling oder Verkaufspreise des Gutes, [4] sodass diese unfreiwillige Erhebung mit dem Resultat abschliessen musste: „Wer als Landwirt auf dem freien Grundmarkt sich verselbständigen will, ohne dabei seinen ökonomischen Ruin für absehbare Zeit in Kauf zu nehmen, ist gezwungen, wahrscheinlich nach Nordamerika auszuwandern. Die grosse Mehrzahl der Bauernhöfe in Deutschland wird im Moment der Besitzerwerbung ruiniert. Mit dem Uebergabe- oder Kaufvertrag wird bei andauernd ungünstigen äusseren Verhältnissen auch schon die Subhastationsurkunde mit unterzeichnet."

Wie war es da möglich, dass angesichts solcher Verhältnisse ein Fürst Bismarck und alle die berühmten Parlamentarier im Reichstage den deutschen Bauernstand schon mit einem Getreidezoll von 10 M. per 1000 Ko. Weizen oder Roggen erhalten und retten zu können glaubten? Ueber all diese Zweifel müs-

sten doch die nationalökonomischen wissenschaftlichen Werke Aufschluss geben! — Die Bibliothek eines Privatdozenten an der Universität München wurde gerade ausgeboten und sofort käuflich erworben. Mit einem wahren Heisshunger wurden all diese Bände verschlungen, und fast einer nach dem anderen voll Enttäuschung wieder bei Seite gelegt. Statt des erwarteten Aufschlusses über das natürliche Wertverhältnis des landwirtschaftlichen Grundbesitzes und seine Beziehung zum landwirtschaftlichen Arbeitsertrag und statt der Entwickelung eines Programms, um das darin enthaltene grundlegende Problem für die Erhaltung des Bauernstandes zu lösen, hatten lange Ausführungen über die Ricardo'sche Grundrenten-Theorie, über die Preisbildung durch Angebot und Nachfrage, über Freiheit des Kredits und der Verschuldung und dergleichen Aufnahme und Verteidigung gefunden: alles Theorien, die wenig oder nichts mit jenem Zustande zu thun haben, WIE ER SEIN SOLLTE, um die landwirtschaftliche Arbeit wieder arbeitsfroh zu machen. [5] Nur in den Werken von ALBERT SCHÄFFLE, ADOLF WAGNER, RODBERTUS, LORENZ VON STEIN und LAVELEYE-BÜCHER fanden sich Ansätze, deren Weiterführung uns lehren konnte, wie der deutsche Bauernstand zu erhalten ist. Gelegentlich einer eingehenderen Unterhaltung über all' diese Wahrnehmungen mit dem gleichen Münchener Privatdozenten wurde mir die Aufforderung: „Wenn Du so gescheidt bist und in diesen Dingen besser Bescheid weisst, als unsere wissenschaftliche Litteratur, dann schreibe doch darüber!“ — Ich schrieb und kein Geringerer als ALBERT SCHÄFFLE veröffentlichte meine drei ersten Abhandlungen in der „Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften“ im Jahre 1883, nachdem der 2. und 3. Abhandlung eine wohlwollende Förderung vorausgegangen war. Kritische Einwendungen, welche mir darauf von SCHMOLLER und Anderen gemacht wurden, mit den reichen Anregungen, welche ich der 1883 erschienenen bahnbrechenden badischen Agrarenquête von BUCHENBERGER verdankte, liessen dann meine im Jahre 1885 bei Laupp in Tübingen erschienene mehr theoretische Schrift „UEBER DAS NATÜRLICHE WERTVERHÄLTNIS DES LANDWIRTSCHAFTLICHEN GRUNDBESITZES“ entstehen, mit welcher ich nicht nur meinen Wertbegriff, sondern auch die Grundlinien meines Systems gefunden hatte.

Danach war mir der Wert des landwirtschaftlichen Grundbesitzes nicht gleich dem, in den einzelnen Fällen gezahlten, Grundpreise, er war auch nicht gleich dem, durch Taxatoren ermittelten Taxwert. Ebenso wenig war mir der wahre Grundwert unter allen Umständen gleich dem Ertragswert. Der Ertrags-Wertanschlag war vielmehr nur so lange geeignet, sich mit dem wahren Wert des landwirtschaftlichen Grundbesitzes zu decken, als die landwirtschaftliche Arbeit ihre Produkte bei extensivem Betriebe so zu sagen „aus dem Boden schöpfte“. Durch den Uebergang zum intensiveren Betriebe veränderte sich dieser Wert[6]begriff in der Weise, dass NUN der wahre Wert gleich war dem Ertragswert bei extensivem Betriebe PLUS nachweisbar und rational investirtes

Kapital, mit anderen Worten: der wahre Wert der landwirtschaftlichen Grundstücke ist heute in Deutschland der „Buchwert“ oder „Sachwert“, der sich seinem Wesen nach als rationelle Combination der Produktions- und Reproduktionskosten erklären lässt.

Es war mir eine ganz besondere Freude, inzwischen mich davon überzeugen zu können, dass die grossen landwirtschaftlichen Buchführungsinstitute, und zwar vor Allem auch das unter der Leitung des Prof. Dr. Howard in Leipzig stehende, aus eigenen Erwägungen diesen „Buchwertbegriff“ längst in die Praxis der landwirtschaftlichen Buchführung eingeführt haben. Die deutsche Gesetzgebung kennt sogar noch ein früheres Beispiel dieser Anwendung des Buchwertbegriffes, denn das deutsche Bankgesetz vom 14. März 1875 bestimmt in seinem § 41, Absatz a, wörtlich: „Das Reich behält sich das Recht vor . . . die Grundstücke der Reichsbank gegen Erstattung des Buchwertes zu erwerben.“ —

Die national-ökonomischen Konsequenzen dieses Buchwertbegriffes aber sind von tief einschneidender prinzipieller Bedeutung:

Während der Ertragswertanschlag den Arbeitserfolg des Wirtschafters nach den ortsüblichen Lohnverhältnissen bestimmt und den Ertragszuwachs kapitalisiert zum Grundwert schreibt, verzichtet der Buchwert auf diese wenig selbständige Anlehnung an den Lohnmarkt für Hilfsarbeiter und betrachtet den Wirtschaftsertrag vor allem als den ökonomischen Ausdruck für die Tüchtigkeit des selbständigen Wirtschafters.

Die Formel des „natürlichen Arbeitslohnes“ lautet demnach für uns: „Nicht der Ertrag von Arbeit und Kapital am Rande des isolierten Staates (v. Thünen), noch ↻ der Ertrag des Rodungslandes am Rande der Civilisation der Kolonialländer, sondern der wirkliche Ertrag des selbständigen Wirtschafters in seiner Wirtschaft ist die naturgemässe Vergeltung seiner Arbeitsthätigkeit.“ [7]

Damit wird das Problem des natürlichen und gerechten Arbeitslohnes zur Mittelstandsfrage, wobei wir unter Mittelstand jeden Arbeiter verstehen, der Eigentümer seiner Produktionsmittel und jedem Dritten gegenüber selbständig verantwortlich ist. Und die Mittelstandsfrage in diesem Sinne wird logischer Weise zwei Seiten haben, nämlich: das Problem der Preisbildung für die Produktionswerkzeuge und das Problem der Preisbildung für die Arbeitsprodukte. Die Einführung des Buchwertes für den Besitzerwerb der selbständigen Landwirte bedeutet die Lösung dieser Lohnfrage als Mittelstandsfrage nach der ersteren Seite, weil sie klar und reinlich verhütet, dass die fortschreitende Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit von der Preissteigerung der Produktionswerkzeuge und den daraus fliessenden „Grundschulden“ verzehrt werde.

Diesem Arbeitslohnbegriffe des selbständigen Mittelstandes gegenüber ist der Arbeitslohn der Hilfsarbeiter ein ABGELEITETER Begriff, der unter gut geordneten volkswirschaftlichen Verhältnissen in seiner Höhe von dem Arbeitserfolge des Mittelstandes reguliert wird und sich diesem parallel bewegt. Unsere moderne sozial-politische Litteratur, die seltsamer Weise den Versuch macht, die Arbeitslohnfrage AN DEM LOHNARBEITER ALLEIN befriedigend zu lösen, hat sich in eine Sackgasse verlaufen und die grosse breite Heerstrasse noch gar nicht betreten.

All diese Sätze müssten sich namentlich durch umfassendere Heranziehung der Geschichte in dem Rahmen eines selbständigen Systems zwingend erweisen lassen! Mit dieser Erwartung besuchte ich im Herbst 1885 die Universität. —

8 ⥁ Inzwischen waren in den Jahren 1885, 1886 und 1887 die Preise für Getreide, wie für die meisten landwirtschaftlichen Produkte immer billiger geworden, trotzdem der Zollsatz von 1879 zunächst verdreifacht und dann verfünffacht worden war. Auch der Agrarfrage, die ja nur ein Teil — wenn auch der wichtigste — der Mittelstandsfrage ist, enthüllte sich damit das Problem der gerechten und natürlichen Preisbildung für landwirtschaftliche Produkte als ein wesentlicher Teil der Frage des gerechten und natürlichen Arbeitslohnes in der Landwirtschaft. Es war hinfort ausgeschlossen, den Bauernstand durch Massnahmen erhalten zu wollen, welche sich ausschliesslich mit einer Ordnung der Preisbildung für seine Produktionswerkzeuge, also für Grund und Boden vor allem, befasste. Das schien Mitte und Ende der 80er Jahre eine allgemeiner verbreitete Ueberzeugung zu sein. Rasch mehrte sich die Zahl der wissenschaftlichen Studienreisen nach Nordamerika namentlich und damit die Litteratur über die internationale landwirtschaftliche Konkurrenz.

Mir schien indess diese Beschränkung der Augenscheinnahme auf Nordamerika ungerechtfertigt. Nach dem Eintritt der russischen, indischen und australischen landwirtschaftlichen Konkurrenz neben der nordamerikanischen hatte der Weltmarkt für Getreide eine ganz konkrete Bedeutung erlangt, die unmöglich nur von Nordamerika aus zutreffend beurteilt werden konnte. Und neben den landwirtschaftlichen Produktionsverhältnissen musste unzweifelhaft auch den Verkehrs- und Börsen-Verhältnissen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Als deshalb im Jahre 1887 SE. EXCELLENZ, DER HERR STAATSMINISTER DES INNERN, FREIHERR VON FEILITZSCH in München mir den Auftrag erteilte, einen Vorschlag für eine passende Studienreise nach dem Auslande zu machen, konnte ein solcher gar nicht anders lauten, als: eine Studienreise durch die 9 ⥁ wichtigsten Getreideproduktionsländer der Erde zu unternehmen, um auf Grund persönlicher Erhebungen an Ort und Stelle das Ineinandergreifen all jener Teile nachzuweisen, die heute das Ganze des Weltmarktes für Getrei-

de ausmachen. Das Wohlwollen SR. EXCELLENZ, DES HERRN STAATSMINISTER DES AEUSSEREN, GRAF VON CRAILSHEIM, WIE IHRER EXCELLENZEN, DER HERREN GRAFEN HUGO UND LUDWIG VON LERCHENFELD, brachte diesen Plan in die Hände des REICHSKANZLERS FÜRST VON BISMARCK. Nach kurzen Verhandlungen wurde ich mit Reisegeld und Empfehlungen ausgerüstet und FOLGENDE INSTRUKTION VOM FÜRSTEN BISMARCK mir auf die Reise mitgegeben:

> „Sie sind mir empfohlen worden als ein Mann, der nicht nur eine wissenschaftliche Bildung, sondern auch praktisches Verständnis besitzt. Wenn Sie zurückkommen von Ihrer Reise und mir bestimmte Vorschläge unterbreiten können, von denen ich auch nur einen einzigen mir aneigne, dann werden die Resultate Ihrer Reise auch Sie persönlich bald in eine Position einrücken lassen, die Sie befriedigt. Wenn Sie aber zurückkommen und mir nur einen historisch interessanten Bericht erstatten, dann melden Sie sich nachher besser beim Kultusminister." —

Im Sommer 1890 kam ich von meiner letzten Reise aus England zurück. FÜRST BISMARCK war inzwischen aus dem Reichskanzleramte geschieden und das Resultat meiner Studien war zunächst ein REIN NEGATIVES.

Die internationale landwirtschaftliche Konkurrenz erwies sich NICHT als ein PRODUKTIONSPROBLEM. Den Landwirten in den verschiedenen Teilen der Erde ging es ungefähr gleich schlecht. Die landwirtschaftliche Notlage war bei den vorausgegangenen niedrigen Preisen für die landwirtschaftlichen Produkte eine internationale. Nirgends ⥁ auf dem Erdenrund waren jene Landwirte zu finden, welche bei den Durchschnittspreisen der 80er Jahre mit Vorteil hätten produzieren können. Eine allgemeine Ueberproduktion in Brotgetreide gab es nicht. Sie konnte also auch nicht die Ursache des Rückganges der Getreidepreise sein. 10

Die landwirtschaftliche Konkurrenz gewann bei eingehenderem Studium den Charakter eines VERKEHRSPROBLEMS, wobei freilich sofort eine einseitige oder auch nur überwiegende Zurückführung auf die Veränderung der Transporttarife ausgeschlossen schien. Denn damit war insbesondere die so charakteristische periodisch bald da bald dort hervorbrechende LOKALE Ueberproduktionswelle in Getreide in keiner Weise zu erklären. Die einmal aufgenommene Frage musste also noch weiter verfolgt werden.

Es kamen die Jahre 1893, 1894 und 1895 mit der ARGENTINISCHEN Getreidekonkurrenz. Das internationale Spiel an den Getreideterminbörsen nahm immer gewaltigere Dimensionen an und es war leicht, den Nachweis zu führen, dass der BLANKOTERMINHANDEL IN GETREIDE jetzt wesentlich zu der ausserge-

wöhnlich tiefen Senkung der Getreidepreise beigetragen hatte. Die gesetzgeberische Folge dieses Nachweises liess nicht lange auf sich warten.

Gleichzeitig konnten die Ziffern der Produktion und des Vorrats in Getreide immer bestimmter auf eine bald eintretende wesentliche Besserung der Getreidepreise hinweisen, die bekanntlich in der That im Ernteiahre 1897/8 gekommen ist. Nur, dass diese Preisbesserung nicht von Dauer war! In den Vereinigten Staaten von Nordamerika allein hatte der Anreiz der zu hohen Leiter-Corner Preise die Weizenanbaufläche im Jahre 1898 um 9000 englische Quadratmeilen anwachsen lassen. Hiermit trat wieder eine neue Aufgabe hervor, nämlich: die einer positiven Regulierung der Getreidepreise nach der Richtung [11] einer ↻ möglichst stetigen mittleren Linie, wie es heute nur durch grosse Syndikate der Produzenten möglich wird. —

Die Erschliessung eines umfangreichen Quellenmaterials zu einer Spezialgeschichte der argentinischen Getreidekonkurrenz lehrte ausserdern, dass auf dem Grunde jener charakteristischen lokalen Ueberproduktionswelle in Getreide, mit welcher sich die neuen Konkurrenzländer auf dem Weltmarkte immer einführten, grosse internationale Kapitalverschiebungen sich abspielten. Unter Oberleitung der internationalen Effektenbanken wurden in all diesen Fällen Milliarden den älteren Kulturländern entnommen, um in den betreffenden Ländern mit jüngerer Kultur die landwirtschaftlichen Konkurrenz-Unternehmungen zu „gründen". Durch den nachfolgenden Zusammenbruch wurden bei den Transportanstalten Abschreibungen möglich, welche eine ausserordentliche Verbilligung der Transportkosten erst zur Folge hatten. Und die durch die Bank und Kredit-Krisis erzwungene Verschiebung eines grösseren Teils der städtischen Bevölkerung nach jungfräulichen Ländereien wurde zur Quelle jener Getreidemengen, welche als Ueberproduktionswelle wenige Jahre später auf dem Weltmarkt erscheinen und die Preise ruinieren. Kurz: Die ursprünglich als ein Produktionsproblem behandelte Frage der internationalen landwirtschaftlichen Konkurrenz entpuppte sich schliesslich als ein durchaus kapitalistisches Problem. Die beiden logisch gegebenen Seiten der Mittelstandsfrage: die Frage nach der Preisbildung der Produktionswerkzeuge und die Frage nach der Preisbildung für die Arbeitsprodukte, erwiesen sich auch als die für die praktische Wirtschaftspolitik konkret gestellten Aufgaben. Im Ganzen aber standen wir hier vor dem tiefen und ernsten Konflikt zwischen Arbeit und Kapital und deshalb vor dem wahrscheinlich wichtigsten Kern [12] der ↻ eigentlichen sozialen Frage. Mit anderen Worten: die Agrarfrage war zur Sozialen Frage geworden.

War diese Auffassung richtig, so musste sich für ihren Beweis eine breitere Basis noch in der Weise gewinnen lassen, dass aus der Entwicklungsgeschichte jener Völker, die einmal gross und mächtig waren und dann zu Grunde gin-

gen, für die Zeit der entscheidenden Krisis der gleiche prinzipielle Konflikt zwischen Arbeit und Kapital sich nachweisen liesse. Zu diesem Zweck hat die Spezialgeschichte der acht bekanntesten Völker der Weltgeschichte eine sorgfältige Verarbeitung gefunden und siehe da: unsere Vermutung hat sich umfassend bestätigt.

Weil aber die Nationalökonomie nicht nur eine Wissenschaft der Forschung in Beobachtung und Aufklärung des Kausal-Zusammenhanges ist, sondern auch die nicht minder schwierige Aufgabe hat, aus diesen Anhaltspunkten die rechten allgemeinen Konsequenzen für die praktische Politik zu ziehen, musste auch das hier gefundene Problem einer Sicherung des landwirtschaftlichen Produktionsertrages nach der Seite der Preisbildung für die landwirtschaftlichen Produktionsmittel, wie nach der Seite der Preisbildung für die landwirtschaftlichen Arbeitsprodukte in enger Fühlung mit dem Leben und seiner Praxis wirtschaftspolitisch zu Ende gedacht werden.

Für die erstere Hälfte dieser Aufgabe hatte ich bereits im Jahre 1886 Gelegenheit, im Auftrage der 26. Wanderversammlung der bayerischen Landwirte einen eingehenderen Kommissionsbericht zu erstatten, an dessen Feststellung Freiherr von Cetto und Freiherr Hans von Thüngen, wie Ihre Excellenzen die Herren Staatsminister Dr. Buchenberger und Dr. Schaeffle regen Anteil genommen haben. Nicht minder wertvoll war mir auch vor Kurzem die Beteiligung an den Vorarbeiten für das neue schweizerische Civil-Gesetz-Buch in der Kommission des schweizerischen Bauernbundes. 13

Um die grosse Praxis der Getreidepreisbildung und damit der Preisbildung der landwirtschaftlichen Produkte überhaupt zu erschliessen, habe ich mir seit 1898 eine „Getreidepreiswarte“ eingerichtet, in welcher auf Grund zuverlässiger Informationen täglich alle Ereignisse der wichtigsten Märkte, zumeist nach graphischer Methode, aufgezeichnet werden, um damit die Unterlage zur Bildung einer zutreffenden Marktmeinung zu gewinnen. Fand die Vorhersagung der voraussichtlichen Preisbewegung durch den thatsächlichen Verlauf der Preise ihre Bestätigung, so war das offenbar ein experimenteller Beweis für die Richtigkeit der angewendeten theoretischen Grundsätze. Diese meine Getreidepreisvorhersagung hat sich in der Praxis rasch so viel Vertrauen erworben, dass im Frühjahr 1901 rund 2 000 000 Doppelcentner Getreide mit dem Verkauf auf meine Beratung über den günstigsten Zeitpunkt warteten. Auch nach dieser Richtung können deshalb jetzt meine Vorschläge und Ausführungen den Anspruch erheben, dass sie nicht nur grossen, zusammenhängenden theoretischen Erwägungen, sondern ebenso sehr auch den praktischen Erfahrungen des Tages entnommen sind.

ERST MIT ALL DIESEN VORARBEITEN KONNTE ICH DIE VORBEREITUNGEN ALS EINIGERMASSEN ABGESCHLOSSEN BETRACHTEN, UM NUN ENDLICH EINE ZUSAMMENHÄNGENDE DARSTELLUNG DER AGRARFRAGE ALS SOZIALE FRAGE ZU WAGEN.

Diese Darstellung selbst hätte dem historischen Gange dieser Idee in einzelnen Monographieen folgen können, was ganz gewiss die weitaus leichtere Aufgabe gewesen wäre. Eine Reihe wichtiger Gründe spricht indessen FÜR DIE GRÖSSERE ZWECKMÄSSIGKEIT EINER DARSTELLUNG IM RAHMEN EINES SYSTEMS.

14 ⥁ Trotz aller Gegenerklärungen herrschen heute die Systeme des Freihandels und des Sozialismus. Diesem wenig erwünschten Zustande gegenüber kann eine neue Ideenrichtung nur in SYSTEMATISCHER Darstellung sich Geltung verschaffen.

Die moderne nationalökonomische Litteratur besitzt eine längst unübersehbare Fülle von Monographien, über welche neuerdings grosse Werke mit alphabethischer Anordnung des Stoffes vortrefflich orientieren. Diese Orientierung ist indessen nur eine solche von Fall zu Fall. Eine einheitliche Gesamtübersicht bietet allein ein neues SYSTEM.

Bei dem unzweifelhaften Reichtum an Mannigfaltigkeit in den Fragen der heutigen wirtschaftspolitischen Praxis muss das einseitige Prinzip der Spezialisierung immer häufiger zu widerspruchsvollen Entscheidungen führen, die nur dann sich vermeiden lassen, wenn durch ein SYSTEM wieder einfache, allgemeine ökonomische Grundprinzipien zur Herrschaft gelangen.

Der politische Tagesstreit ist heute auch deshalb so ausserordentlich kompliziert, weil die Vertreter der Mittelstandspolitik ihre ökonomischen Begriffe zumeist dem Freihandelssystem entlehnen, trotzdem ihre politischen Forderungen auf ganz anderer Basis stehen. Neue und mehr zutreffende ökonomische Grundbegriffe jedoch lassen sich nur auf dem Wege einer SYSTEMATISCHEN Durchdenkung des gesamten Gebietes der Volkswirtschaft erschliessen.

Das Organ aber, mit dessen Hilfe allein aus dem gesammelten Baumaterial der einheitliche Bau eines Systems gefügt werden kann, ist die Methode. Und deshalb wenden wir uns zunächst mit unseren weiteren Ausführungen zur NATIONALÖKONOMISCHEN METHODEN - LEHRE.

⟳ B.
Zur Methodenlehre der politischen Oekonomie.

15

LITTERATUR: die nationalökonomischen Bücher, Schriften und Abhandlungen, welche sich mit der Methodenlehre beschäftigen, sind ausserordentlich zahlreich. Zur Orientierung besonders wertvoll ist ADOLPH WAGNER „Grundlegung der politischen Oekonomie", 3. Auflage, erster Band, § 4 und § 54 ff. Vergleiche ferner GUSTAV SCHMOLLER in Conrad's Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Artikel „Volkswirtschaft, Volkswirtschaftspolitik und Methode" und KARL MENGER „Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften und der politischen Oekonomie im besonderen", 1883. Leider nur zerstreute methodologische Bemerkungen enthält KARL BÜCHER, „Die Entstehung der Volkswirtschaft", 1893. Vergleiche ferner ALBERT SCHÄFFLE „Bau und Leben des sozialen Körpers", 2. Auflage, zwei Bände, 1896; LORENZ VON STEIN, „Die Gesellschaftslehre", Band 2 des Systems der Staatswissenschaft, 1856; E. VON PHILIPPOVICH, „Ueber Aufgaben und Methode der politischen Oekonomie", 1886; J. CONRAD, „Grundriss zum Studium der politischen Oekonomie", 1900; J. ST. MILL, „System der deductiven und inductiven Logik", deutsch von Scheel, zwei Bände, 1862; G. COHN, „Die heutige National-Oekonomie in England und Amerika", Jahrbuch für Gesetzgebung und Verwaltung, 1899, Heft 1 und 3. Endlich O. LORENZ, „Geschichtswissenschaft in Hauptrichtungen und Aufgaben", 1886 und K. LAMPRECHT, „Alte und neue Richtungen in der Geschichtswissenschaft", Berlin 1896.

Wenn die politische Oekonomie oder wie man sie auch zu nennen pflegt: die Nationalökonomie oder die Volkswirtschaftslehre — eine in der Hauptsache zum Ab⟳schluss gekommene, also eine „EXACTE" Wissenschaft bereits geworden wäre, wie das z. B. die mathematische Physik heute ist, dann müssten vor Allem drei Erfordernisse erfüllt sein: 16

ERSTENS müsste eine jede wissenschaftliche Untersuchung nach dem gleichen Ausgangspunkte zu dem gleichen Endresultat kommen,

ZWEITENS müsste es möglich sein, von der Definition dieser Wissenschaft und von wenigen Vorstellungen ausgehend in rein logischer — also in rein deduktiver — Weise zu den allgemeinen Lehrsätzen der politischen Oekonomie zu gelangen und

DRITTENS müssten die konkreten Fragen der wirtschaftspolitischen Praxis eine ganz bestimmte, — und bei Anwendung derselben in der Praxis vollkommen befriedigende — Antwort in der politischen Oekonomie als Wissenschaft finden, oder — um mit JUSTUS VON LIEBIG zu reden — Wissenschaft und Praxis müssten sich darstellen als zwei Seiten einer und derselben Sache.

Genügt die heutige wissenschaftliche Litteratur der politischen Oekonomie diesen drei Anforderungen?

Bei Untersuchung der gleichen Frage kommen die verschiedenen Nationalökonomen zu ganz verschiedenen, oft gerade entgegengesetzten Endresultaten. Was dem Einen der wichtigste Ausspruch der Wissenschaft ist, hält der Andere für einen vollkommenen Irrtum. Kein Lehrsatz, keine Anschauung, keine Definition ist in der Nationalökonomie heute fesstehend. Und wenn z. B. PROF. SCHMOLLER in seiner Berliner Recktoratsrede vom 15. Oktober 1897 wenigstens die Beurteilung des Schutzzolles in der Wissenschaft als eine rein praktische Frage, „feststehend" bezeichnen zu können glaubte, so dürfte der 17 ⥁ über die letzte deutsche Zollvorlage auch in der wissenschaftlichen Litteratur ausgebrochene Streit bezeugen, dass diese Behauptung eine nicht ganz zutreffende ist.

Von der rein deduktiven Begründung und Entwicklung der allgemeinen nationalökonomischen Lehrsätze sind wir heute so weit entfernt, dass SCHMOLLER in seiner soeben genannten Rektoratsrede diese Lehrsätze selbst in die niedrigere Kategorie der „schwankenden Theorien" verweisen konnte, mit denen man sich naturgemäss nicht mehr und nicht länger befasst, als im Interesse der historisch-dogmatischen Vollständigkeit erforderlich ist. Statt dessen sind nach SCHMOLLER nur die Resultate der ermittelnden und beschreibenden Nationalökonomie, also die Resultate nicht der deduktiv logischen, sondern der induktiv historischen Methode in den hehren Stand der „feststehenden Wissenschaft" einzureihen.

Die Fragen der wirtschaftspolitischen Praxis rechnet die historische Schule der Nationalökonomie überhaupt nicht zu den wissenschaftlichen Aufgaben. So sagt z. B. WILHELM ROSCHER in seinem System der Volkswirtschaft, Band 1, § 22: „Die Volkswirtschaftslehre beschäftigt sich mit dem WAS IST und GEWESEN IST, aber NICHT mit dem WAS SEIN SOLL". Und GUSTAV SCHMOLLER sagt u. a. in der Vorrede zu der von der Berliner Akademie der Wissenschaften herausgegebenen NAUDÉ'schen Darstellung der „Getreidepolitik der europäischen Staaten": „Geschrieben ist diese Darstellung nur im wissenschaftlichen lnteresse und die Wissenschaft hat nicht die Aufgabe, unmittelbar auf die Entscheidungen des Tages einzuwirken. Das ist Sache des Staatsmannes."

Wo dennoch die Vertreter dieser Wissenschaft zu den praktischen Fragen des Tages Stellung nehmen, da geschieht das nur zu häufig in einer Weise, wel-

che die Praktiker zu den Ausdrücken höchster Entrüstung reizt. ⟳ So wird z. B. die Bestimmung des § 50, Absatz 3 des Deutschen Börsengesetzes vom 22. Juni 1896, welche den Börsenterminhandel in Getreide- und Mühlenfabrikaten verbietet und im Reichstage mit 200 gegen 39 Stimmen angenommen wurde, von den Professoren GUSTAV COHN, MAX WEBER U. A. als: „der Ausfluss irre geleiteter Masseninstincte“ bezeichnet. — Von den Bodenzinsen, welche einem grossen Teil der bayerischen Bauern als eine ebenso unerwünschte wie ungerechte Belastung erscheinen, was durch ein inzwischen gegebenes Bodenzinsablösungsgesetz vollkommen anerkannt wurde, sagt LUJO BRENTANO in seiner „Agrarpolitik“, auf Seite 143: „Es zeigt sich der ganze Mangel an Verständnis, der die heutige bayerische Bauernagitation auszeichnet, wenn sie heute stürmisch die Abschaffung der noch bestehenden Bodenzinse verlangt.“ — Auf die Klagen der Landwirte über den andauernden Rükgang der Getreidepreise antwortet bekanntlich LUJO BRENTANO und seine Schule: „Deutschland hat aufgehört, ein Agrikulturstaat zu sein und muss nach dem Vorbilde Englands den Uebergang zum Industriestaat vollziehen. Und wenn auch bei der allgemeineren Nachfolge der Kulturstaaten auf dieser Entwicklungsbahn später einmal ein Mangel an Brotgetreide zu erwarten wäre, so liegt in dieser Entwicklung um deswillen kein besonderes Bedenken, weil die chemisch-technische Herstellung der menschlichen Nahrungsmittel mit einem Ueberflüssigwerden der landwirtschaftlichen Getreideproduktion dann sicher zu erwarten ist.“ *) — Auf die Bestrebungen der deutschen landwirtschaftlichen Grundbesitzer, ihre immer mehr gefährdete ökonomische Position durch zweckdienliche gesetzgeberische Massregeln zu schützen, antworten die Professoren MAX ⟳ WEBER und SCHULZE-GÄVERNITZ: „Das Land der Masse!“ — Anstatt den Gewerbetreibenden in ihrem harten Konkurrenzkampf gegen das Grosskapital und die Warenhäuser mit der rechten erlösenden ldee zu Hülfe zu kommen, wird in historischen Spezialuntersuchungen nachgewiesen, dass der selbständige gewerbliche Mittelstand nicht immer die gewerbliche Unternehmerform WAR, also auch nicht immer bleiben müsse. — Trotzdem eine lange Reihe von wenig erfreulichen Erscheinungen lehrt, dass man zum Teil in der sogenannten sozialen Gesetzgebung zu Gunsten der Arbeiter wahrscheinlich schon weiter gegangen ist, als es die Interessen der Gesamtheit und die Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Land bei dem Stande der übrigen Reformgesetzgebung wünschenswert erscheinen lassen, verlangt die grosse Mehrheit der Vertreter der Wissenschaft, dass an dem zu Anfang der 80er Jahre aufgestellten Sozialprogramm unbedingt festgehalten werden müsse. Kurz: Es besteht heute eine tiefe Kluft zwischen Praxis und Wissenschaft in der politischen Oekonomie.

18
19

*) Vergl. LUJO BRENTANO, Agrarpolitik, Band I S. 58 ff. und die im Brentano'schen Seminar in München entstandene Arbeit von DR. ROBERT DRILL, Soll Deutschland seinen ganzen Getreidebedarf selbst produzieren ? 1895.

Aus all diesen Gründen wird gesagt werden müssen, dass die Nationalökonomie heute leider noch in keiner Weise in ihrer Entwicklung zum Abschluss gekommen ist, dass sie sich noch mitten im Werden und mitten in der Gährung befindet und deshalb den Anspruch auf „Exactheit“ nicht erheben kann.

Thatsächlich wird dieser Anspruch auf „Exactheit“ auch von keiner Seite erhoben. Viel eher bemüht man sich zu beweisen, dass die Nationalökonomie überhaupt keine exacte Wissenschaft werden könne. Ist das richtig? — Im täglichen Leben nennt man eine Aeusserung wahr, wenn sie mit dem Vorgange, auf welchen sie sich bezieht, übereinstimmt. Und man wird sich um so rascher von der Wahrheitsliebe einer bestimmten Persönlichkeit überzeugen können, je häufiger sich dessen Aeusserungen auf Vorgänge be-[20]ziehen, die man selbst zu beobachten in der Lage war. Genau so spricht man auch in den Naturwissenschaften von einer wissenschaftlichen Wahrheit, wenn der betreffende Satz Vorstellungen in uns wachruft, die sich mit dem diesbezüglichen Vorgange decken. Die Philosophie hat aus diesen Erwägungen bekanntlich das Problem der Identität zwischen dem subjektiven Empfinden und dem objektiven Sein als Prüfstein für exactes Wissen in den Vordergrund gestellt. Nun: Gerade dieser Identitätsnachweis ist auf dem Gebiete der politischen Oekonomie besonders leicht, denn hier handelt es sich ja um jene materiellen Dinge, welche wir „Güter“ nennen und die dadurch entstehen, dass sie die menschliche Hand erfasst, die dann auf der menschlichen Hand im Verkehre sich bewegen und schliesslich vom Menschen verbraucht werden. Diese unsere Wissenschaft beschäftigt sich also mit objektiven Vorgängen, welche von Anfang bis zu Ende innerhalb der subjektiven Gefühls- und Empfindungs-Sphäre des Menschen liegen. Hier fällt der objektive Vorgang mit dem subjektiven Empfinden zusammen. Man sollte deshalb erwarten, dass es nur einer Anwendung der wissenschaftlichen Methode bedarf, um hier sofort zur exacten wissenschaftlichen Wahrheit zu gelangen. Nachdem wir aber heute so gut wie gar keine feststehende nationalökonomische Wahrheit besitzen, muss die Vermutung gerechtfertigt erscheinen: die Methode, welche heute in der politischen Oekonomie zur Anwendung komme, sei nicht die richtige. Bevor wir uns jedoch mit der Prüfung dieser Methode selbst beschäftigen, wird es zweckmässig sein, zunächst die andere Frage zu beantworten: Welches ist die rechte wissenschaftliche Methode, die anscheinend der heutigen Nationalökonomie fehlt?

Diese Frage ist längst dahin beantwortet: die wissenschaftliche Methode besteht aus einer gegenseitigen Ergänzung und Wechselbeziehung der empirisch-analytischen [21] Ermittlung und der synthetisch-logischen Zusammenfassung. Weil es jedoch wichtig ist, mit diesen allgemeinen Worten eine ganz bestimmte klare Vorstellung zu verbinden, soll hier die wissenschaftliche Metho-

de an dem Entwicklungsbeispiel einer exacten Wissenschaft, nämlich der PHYSIKALISCHEN ASTRONOMIE kurz dargelegt werden.

Auch diese Wissenschaft begann mit Beobachtungen. Und zwar wurden die ersten, welche auf uns überkommen sind, in Babylon angestellt. Dies aus einem naheliegenden Grunde. Der babylonische Himmel ist an 300 Tagen im Jahre vollkommen wolkenlos. Die Sternbilder zeigen sich also hier dem menschlichen Auge in besonderer Klarheit. Und die Aufzeichnung der wichtigsten Vorgänge in der Bewegung der Sterne hat in Babylon so früh schon begonnen, dass zur Zeit ALEXANDER DES GROSSEN 832 Mondfinsternisse und 273 Sonnenfinsternisse zusammengestellt waren. Daraus wurde dann der älteste astronomische Lehrsatz abgeleitet, welcher lautet: Die Wiederholung des Cyclus der Verfinsterung des Mondes erfolgt nach 19 Jahren.

Zweihundert Jahre nach Alexander dem Grossen lebte der Alexandriner HIPPARCH, welcher auf Grund eines noch reicheren Beobachtungsmaterials die babylonische Theorie der neunzehnjährigen Mondperioden durch seine Theorie von der Kreisbewegung von Sonne und Mond nicht unwesentlich verbesserte.

Dann kam wieder eine Periode neuer Beobachtungen, die nach Erfindung des Linsenfernrohrs wesentlich zuverlässiger angestellt werden konnten. Auch fand sich in TYCHO DE BRAHE ein Mann, der 25 Jahre lang mit ebenso grosser Sorgfalt wie Ausdauer der Beobachtung des Mars sich widmete. Und das so gesammelte empirisch-analytische Material wurde dann von dem hierzu besonders begabten KEPLER (1571 – 1630) zu einem vollkommen zutreffenden Bewegungsgesetz der Sterne verarbeitet. Kepler ↻ ging dabei von der Hipparch'schen Kreistheorie aus und fand, dass die rechnerische Anwendung derselben gegenüber den durchaus zuverlässigen Beobachtungen von Tycho de Brahe so grosse Differenzen ergab, dass sie unmöglich richtig sein könne. Deshalb versuchte er es mit einer anderen Theorie und wählte hierzu die Ellipse. Und siehe da, die auf Grund der Ellipsentheorie angestellten Berechnungen deckten sich genau mit den Tycho de Brahe'schen Beobachtungsresultaten. Die berühmten drei Kepler'schen Gesetze waren gefunden. Endlich kam der theoretisch besonders begabte NEWTON (1642 – 1717) und fasste diese drei Kepler'schen Gesetze zusammen in seinem berühmten Gesetze von der Anziehung zweier Massen.

22

Damit war die Entwicklung der physikalischen Astronomie in der Hauptsache zum Abschluss gekommen, sie war eine „exacte“ Wissenschaft geworden. Und dass dem so ist, das wird in der Weise bewiesen, dass in Anwendung des Newton'schen Gesetzes rein rechnerisch, also rein logisch-deduktiv, die Bewegungen der bekannten Sterne bis auf die Sekunde genau beliebig im Voraus berechnet werden können. Ergeben sich aber hierbei Differenzen, so

sind dieselben nicht als Ungenauigkeiten der Theorie, sondern als Störungen in der Bewegung der Sterne zu behandeln, welche sich auf das Vorhandensein von noch unbekannten Himmelskörpern zurückführen. Und werden nach dem Newton'schen Gesetze diese so ermittelten Störungen berechnet, so kann wieder genau ermittelt werden, an welcher bestimmten Stelle zu einer bestimmten Zeit der noch unbekannte Himmelskörper sich finden muss. Auf solche Weise wurde z. B. im September 1846 der Planet Neptun aufgefunden, der von LEVERRIER berechnet und von GALLE noch am Abend jenes Tages zuerst gesehen wurde, an welchem ihm Leverrier die Resultate seiner Berechnung brieflich mitgeteilt hat.

[23] ↻ Was folgt nun aus dieser Entwicklungsgeschichte der physikalischen Astronomie für die wissenschaftliche Methode im Allgemeinen?

1) Vor allem zeigt sich die „Exactheit" einer Wissenschaft nicht als ein Geschenk, das ihr an der Wiege zu Teil wurde. Die Exactheit muss vielmehr auf dem Wege mühsamer Arbeit errungen werden. Erst nach einer gewissen Zeit und nach einem gewissen Wechsel der Theorien kommt die Wissenschaft in der Hauptsache zum Abschluss. Umgekehrt: wenn eine Wissenschaft ihren Abschluss heute noch nicht erreicht hat, so beweist das nicht, dass sie denselben überhaupt nicht erreichen könne.

2) Weder die einseitig beobachtende, beschreibende, induktive Methode, noch die einseitig logische, synthetische, deduktive Methode erreichen dieses Entwicklungsziel der Exactheit. Hierzu ist ein lebendiges Zusammenwirken von Induktion und Deduktion, von Analyse und Synthese erforderlich. Es beginnen die primitivsten Beobachtungen der Bewegungen der Himmelskörper. Nach einer längeren Reihe derselben erfolgt ihre erste logisch-gesetzmässige Zusammenfassung durch die Theorie der 19 jährigen Mondperioden. Weitere Beobachtungen lehren, dass diese erste Theorie ungenau ist. Sie wird deshalb verbessert durch die Hipparch-Theorie der Kreisbewegung. Dann folgen noch bessere und weit sorgfältigere Beobachtungen, welche beweisen, dass auch die Kreistheorie den Thatsachen gegenüber Differenzen zeigt, welche sie als unzutreffend erscheinen lassen. Sie wird deshalb durch die drei Kepler'schen Gesetze abgelöst, die endlich in das eine absolut vollkommene Newton'sche Gravitationsgesetz ausklingen. Und

3) Auf diesem Entwicklungswege zur Exactheit war die jeweils ermittelte Differenz zwischen der subjectiven Vorstellung und dem objektiven Vorgange [24] die Triebfeder zur immer besseren Formulierung des Grundgedankens der ↻ subjektiven Vorstellungen (Theorie), bis endlich diese subjektiven Vorstellungen mit den objektiven Beobachtungsresultaten als vollkommen identisch bezeichnet werden konnten und damit die Wissenschaft eine „exacte" geworden war. Diese vorausgegangenen Theorien waren gewiss ungenau, aber man hat

sie deshalb nicht verachtet, sondern verbessert. Und SIE WAREN EBEN DESHALB IN IHRER AUFEINANDERFOLGE FORTSCHREITENDE ANNÄHERUNGSWERTE AN DIE VOLLE WAHRHEIT. Also ist keine von ihnen als direkt wertlos, oder als vollkommen irrig zu bezeichnen.

Wie verhält sich nun zu dieser methodologischen Entwickelung der exacten physikalischen Astronomie die bisherige Entwickelung unserer heutigen Nationalökonomie?

Zunächst wurden auch hier Beobachtungen angestellt und gesammelt und zwar von den sogenannten politischen Arithmetikern, deren Arbeiten den Grundsätzen des Merkantilystems als Unterlage dienten. Dann kamen die Encyclopädisten und Polyhistoren, aus deren Material in Frankreich die physiokratische Schule, in England die ADAM SMITH'sche Schule hervorgewachsen ist. Dann kamen die englischen parlamentarischen Erhebungen über die Lage der Industriearbeiter, mit deren Material KARL MARX das socialistische System construirt hat. Und heute befinden wir uns wiederum in einer Periode historisch-statistischer Untersuchungen und Erhebungen, zunächst gewiss ein durchaus zeitgemässes Beginnen. Denn nachdem man erkannt hatte, dass sowohl die socialistischen wie auch die ADAM SMITH'schen Theorien mit der Wirklichkeit zu wenig übereinstimmen und also ungenau sind, musste die Wissenschaft zunächst wieder einmal in eine Periode noch umfassenderer und noch sorgfältigerer Erhebungen eintreten, um so den Boden vorzubereiten für den abermaligen Fortschritt der Theorie in der Richtung zur Exactheit. Aber gerade DIESER Zielpunkt scheint von der heute ⟳ herrschenden historischen Schule [25] der Nationalökonomie kaum noch erstrebt zu werden. Trotz ADOLPH WAGNER, SCHÄFFLE, BÜCHER und MENGER ist die Freude an historischen Spezialuntersuchungen noch eine so allgemeine, dass SCHMOLLER, ohne viel Widerspruch zu finden, die Resultate dieser historischen Forschungen in feierlicher Rektoratsrede als die allein „feststehende" Wissenschaft verherrlichen konnte. Es ist das um so mehr überraschend, als seit Jahrtausenden bekannt ist, dass alle Spezialerhebungen und Spezialuntersuchungen nur WISSENSCHAFTLICHES BAUMATERIAL liefern, das man immerhin als „feststehend" bezeichnen mag, wenn es gut und zuverlässig gewonnen wurde, das man aber gleichzeitig mit BÜCHER auch als „totes" Material bezeichnen muss, so lange es die Theorie nicht erfasst und verarbeitet hat. Wenn also SCHMOLLER in eben dieser Rektoratsrede gleichzeitig die Lehrsätze der Wissenschaft als „schwankende" Theorien abthun zu können glaubte, so übersieht er damit etwas, was man sonst nicht zu übersehen pflegt, nämlich dass ein noch so grosser Haufen BAUMATERIAL von der denkbar

besten Qualität immer noch keine Vorstellung von einem FERTIGEN GEBÄUDE giebt, das allein den Bedürfnissen der Menschen voll entspricht. *)

26 ⥁ Auch dieser unfertige Entwicklungszustand der Nationalökonomie, welcher u. E. die eigentliche Ursache der heute hier leider bestehenden tiefen Kluft zwischen Praxis und Wissenschaft ist, hat natürlich seine ganz bestimmte theoretische Rechtfertigung erhalten. Die Nationalökonomie soll sich vorgeblich mit den politischen Tagesfragen nicht zu befassen haben. Die echte Forscherarbeit gehöre der „reinen“ Wissenschaft an, die für sich „Selbstzweck“ sei. Die Entscheidung über die politischen Tagesfragen stehe in der Hand der Staatsmänner und Politiker, welche die Wissenschaft dabei nur durch historische Spezialuntersuchungen unterstützen könne und dergleichen mehr. Es wird wichtig sein, diesen Behauptungen in ganz bestimmter Weise entgegenzutreten.

Gewiss hat kein Geringerer als GAUSS den Ausspruch gethan: dass sich der Mathematiker gerade dann am freiesten und behaglichsten fühle, wenn er ganz ungehindert vom Gedanken an irgendwelche praktische Verwertung seinen logischen Schlussreihen und Darstellungsmöglichkeiten nachgehen könne. Aber bei diesem Ausspruche und seiner Anwendung darf doch nicht vergessen werden, dass es sich in der Mathematik um „exacte“ Wissenschaften handelt, die 27 in der Hauptsache ihre Entwickelung ⥁ zum Abschluss gebracht haben und also auf alle aus der Praxis an sie zu stellenden Fragen eine vollkommen befriedigende Antwort geben, die von einer beliebigen Anzahl von Fachleuten stets genau gleichlautend sein wird. Wenn dieses Ziel erst in der Nationalökonomie

*) SCHMOLLER vertritt diese extremere Auffassung seit 1897. In seiner zuerst 1894 erschienenen Abhandlung „VOLKSWIRTSCHAFT, VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE UND METHODE“ wird die Entwicklungsnotwendigkeit, das Material der historischen Spezialuntersuchungen zu einem neuen theoretischen System zusammen zu fassen, noch ausdrücklich anerkannt. Und in seiner 1884 zuerst erschienenen Abhandlung über „DAS MERKANTILSYSTEM IN SEINER HISTORISCHEN BEDEUTUNG“ wird sogar bahnbrechend für die merkantilistischen Theorien nachgewiesen, wie dieselben in durchaus naturgemässer und vernünftiger Weise dem praktisch-politischen Bedürfnis ihrer Zeit entlehnt und angepasst wurden. Es muss in diesem Zusammenhange überraschen, dass SCHMOLLER nicht zu dem Schlusse gekommen ist: wie das Merkantilsystem, so sind auch alle andern nationalökonomischen Lehrsysteme als die Summe der Consequenzen der jeweiligen Zeitverhältnisse entstanden. Nachdem nun das wirtschaftspolitische Bedürfnis der Gegenwart durch keines dieser bisherigen theoretischen Systeme befriedigt wird, muss es die erste Aufgabe der heutigen Nationalökonomen sein, die praktisch-politischen Forderungen der Neuzeit zu einem neuen nationalökonomischen System zu vertiefen. Denn die Nationalökonomie als „PRAKTISCHE Wissenschaft“ muss sich offenbar zuerst und zuletzt dem praktischen Bedürfnis des Tages unterordnen. Sie kann unmöglich das Recht haben, mit dem pflichtgemässen Ausbau eines neuen Systems solange sorglos zu warten, bis auch nach dem Empfinden der „reinen“ Wissenschaft mehr als genügend Material zusammengetragen ist, um einen solchen Ausbau endlich zu wagen. Noch weit weniger freilich kann es der Nationalökonomie zustehen, in einer solchen Zeit die politische Praxis nach den veralteten Theorien „meistern“ zu wollen! —

erreicht ist, dann mögen ihre Vertreter immerhin, unbekümmert um die Praxis, der „reinen“ Wissenschaft als „Selbstzweck“ nachgehen. Wenn aber die politische Oekonomie von diesem Endziel heute nur noch zu weit entfernt ist, dann möge man sich aus der Geschichte erinnern, dass auch die Anfänge der mathematischen Wissenschaften in dem praktischen Bedürfnis des Tages gelegen waren. Die Arithmetik als Zahlenrechnen war selbstverständlich eine ursprünglich rein praktische Uebung, wie noch bei EUCLID die Lehre von der Commensurabilität bezeugt. Ebenso nahm die Geometrie in Babylon und besonders in Aegypten aus den Bedürfnissen der Feldmessung ihren Ursprung. Die ersten überlieferten geometrischen Lehrsätze, vielleicht aus dem dritten Jahrhundert vor Christo, versuchen den Inhalt eines Dreiecks durch seine Seiten darzustellen. Ferner möge man sich bei anderen Wissenschaften umsehen, in welcher Weise man den Satz von der „reinen“ Wissenschaft als „Selbstzweck“ beurteilt. JUSTUS VON LIEBIG *) verhöhnt geradezu jene agrikulturchemischen Untersuchungen, die sich „Selbstzweck“ sind und bestimmt den wissenschaftlichen Wert solcher Arbeiten ausschliesslich nach der Grösse des Nutzens, welchen dieselben der praktischen Landwirtschaft bringen. Der Philologe PROFESSOR HERMANN PAUL, sagt in seiner in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gehaltenen Festrede vom 15. November 1900: „Man hört es zwar oft genug emphatisch aussprechen, dass die Wissenschaft nur um ihrer selbst willen da sei und sich nicht ⟳ darum zu kümmern habe, welchen Nutzen sie bringt. 28 Aber leicht versteckt sich hinter solcher vornehmen Haltung DAS UNVERMÖGEN EINER UNFRUCHTBAREN GELEHRSAMKEIT ODER ABER EITLE LUST AN DEM ZWECKLOSEN SPIEL DES EIGENEN SCHARFSINNS, DIE BEIDE GLEICH WEIT ENTFERNT VON WAHRER WISSENSCHAFTLICHKEIT SIND. Gewiss wäre es für diese der Tod, wenn der Forscher bei jedem einzelnen Problem, das sich ihm aufdrängt, erst überlegen wollte, bevor er es in Angriff nimmt, ob die Lösung desselben noch einen anderen als rein theoretischen Wert habe. Aber wenn eine Wissenschaft als Ganzes auf die Dauer nichts hervorbringt, was befruchtend auf andere Wissenschaften oder auf das Leben der Nation und der Menschheit wirkt, so scheint mir das ein untrügliches Zeichen dafür, dass entweder der Gegenstand, mit dem man sich beschäftigt, die Mühe nicht lohnt oder dass ihr Betrieb ein verkehrter ist.“ Es gilt auch hier das Wort Christi: „An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen!“ Und der PHYSIKER HEINRICH HERTZ, den kein Geringerer als HELMHOLTZ den „bevorzugten Liebling des Genius“ genannt hat, beginnt sein berühmtes Lehrbuch über „die Prinzipien der Mechanik“ mit dem Satze: „ES IST DIE NÄCHSTLIEGENDE UND IN GEWISSEM SINNE AUCH WICHTIGSTE AUFGABE ALLER BEWUSSTEN (WISSENSCHAFTLICHEN) ERKENNTNIS, DASS SIE UNS BEFÄHIGT, ZUKÜNFTIGE ERFAHRUNGEN VORAUSZUSEHEN, UM UNSER HANDELN IN DER GEGENWART DANACH EINRICHTEN

*) JUSTUS VON LIEBIG, Ueber Theorie und Praxis in der Landwirtschaft, Braunschweig 1856, S. 128.

ZU KÖNNEN.“ So scheint es denn, als ob alle Wissenschaften zunächst und vor allem dazu berufen seien, dem praktischen Bedürfnis der Menschen und der Menschheit zu dienen. Wie könnte es der Nationalökonomie, die man so häufig [29] mit ganz besonderer Betonung als sogenannte „praktische“ Wissenschaft bezeichnet hat, gestattet sein, sich in die Traumkammer der reinen Wissenschaft zurückzuziehen und die immer lauter klagenden Bedürfnisse der Praxis einfach zu überhören? —

Was diese Wissenschaft mit ihren rein historischen Spezialuntersuchungen der Praxis in der Wirtschaftspolitik zu bieten vermag, hat für diese zunächst nur geringe Bedeutung. Das klingt in markantester Weise aus dem oben wiedergegebenen Wortlaut der Reise-Instruktion hervor, die Schreiber dieses im Jahre 1887 vom REICHSKANZLER FÜRST BISMARCK erhalten hat. Wenn aber ein Fürst Bismarck mit „NUR HISTORISCH INTERESSANTEN UNTERSUCHUNGEN“ wenig anzufangen wusste, welcher andere Praktikus könnte ihn darin zu überbieten versuchen? Und schliesslich lehrt uns ja doch auch die Geschichte aller Zeiten, dass nicht der Historiker und Materialsammler, sondern der Theoretiker dem grossen Praktiker in bösen wie in guten Tagen, im Grossen wie im Kleinen, vorausgeht. Zuerst waren die JEAN JACQUES ROUSSEAU, die D'ALEMBERT, die DIDEROT und dann kamen die ROBESPIERRE, die MARAT und die DANTON. Zuerst waren die ADAM SMITH und die DAVID RICARDO und dann kamen die RICHARD COBDEN und ROBERT PEEL. Zuerst war ALBRECHT THAER und JUSTUS VON LIEBIG und dann erst kamen die modernen vom Wissen geführten landwirtschaftlichen Praktiker. All unsere modernen komplizierten Maschinen und unsere grossen Neubauten werden in ihrer Ausführung erst dann in Angriff genommen, wenn vorher mit Hülfe der technischen Wissenschaften der Plan hierzu auf dem Papier bis ins Kleinste genau ausgearbeitet worden. In jedem wahrhaft geordneten land- und forstwirtschaftlichen Betriebe wird die tägliche Arbeit verrichtet nach Massgabe eines generellen Wirtschaftsplanes, der [30] mit Hülfe der Wissenschaft oft auf viele Jahre im voraus entworfen und festgelegt wurde. Wohin immer wir also unser Auge wenden, überall kommt bei jeder grösseren Leistung ZUERST DIE IDEE und dann DIE THAT. Und wesentlich deshalb konnte bekanntlich gesagt werden: „DIE WISSENSCHAFT IST DIE MAGD, DIE MIT DER FACKEL DER PRAXIS VORAUSLEUCHTET.“ Wie kommt die Nationalökonomie als sogenannte „praktische“ Wissenschaft dazu, diesen hochwichtigen Dienst der wirtschaftspolitischen Praxis heute zu versagen? —

Wird aber die National-Oekonomie als Wissenschaft endlich beginnen, dieser ihrer eigensten Aufgabe gerecht zu werden, so wird sie auch vor allem von der methodologischen Ueberzeugung ausgehen müssen: dass ihre Beziehungen zur wirtschaftspolitischen Praxis des Tages garnicht innig genug sein können. Statt auf die politischen Forderungen der Praktiker mit jener selbstgefälligen Ueberlegenheit herabzuschauen, welche die Professoren LUJO BRENTANO,

Gustav Cohn, Max Weber, Schulze-Gävernitz und Andere auszeichnet, sollte man — wie das Justus von Liebig wieder so schön gesagt hat — wissen, dass die Erfahrungen und Aeusserungen der Praktiker „das Erz sind und bleiben müssen, aus welchem die Wissenschaft das edle Metall von dem tauben Gestein zu scheiden hat“. Wenn, wie heute, die wirtschaftliche Entwickelung mit ihren gesetzgeberischen und organisatorischen Bedürfnissen der Wissenschaft mehr oder minder weit vorausgeeilt ist, wird die Formulierung der Anträge auf Seiten der Praktiker gewiss nicht selten mit den noch gewohnten wissenschaftlichen Sätzen im Widerspruch stehen. In diesem Falle ist es Aufgabe der Wissenschaft, sich mit so viel Liebe und Ausdauer in die Empfindungen und Anschauungen der Praxis zu vertiefen, dass sie den Punkt findet, von dem aus eine neue Theorie sich mit den Thatsachen der Praxis wieder vereinigt. Und erhalten die dann möglichen wissenschaftlichen Konsequenzen den Beifall der Praxis, so ist das die erste empirisch-analytische Bestätigung des neuen wissenschaftlichen Lehrsatzes. Wird endlich diese Theorie von den Staatsmännern und Politikern aufgenommen und erfolgreich durchgeführt, so liegt darin eine fortlaufende Neubestätigung ihrer Richtigkeit. Theorie und Praxis verhalten sich zu einander, wie Synthese und Analyse. Die Praxis bietet in ihren Beobachtungen, Zuständen und Vorschlägen die wichtigste Unterlage für die Auffindung der rechten neuen Synthese, die dann wissenschaftlich weiter vertieft werden muss. Und die Aufnahme, welche diese Theorie mit ihren Konsequenzen in der Praxis findet, bietet zunächst den auch wissenschaftlich einzig zulässigen Massstab für die Korrektheit derselben. Nur so lässt sich die ideale Liebig'sche Forderung der Einheit von Theorie und Praxis realisieren. Und eigentlich wiederholen wir ja damit nur einen in der Entwickelungsgeschichte der nationalökonomischen Theorieen längst anerkannten Satz, den der Finanzminister, Dr. von Miquel, so präzis in die Worte gekleidet hat: „Die nationalökonomischen Schulsysteme sind entstanden aus der Summe der Konsequenzen der jeweiligen Zeitverhältnisse.“ So ist die Lehre des Merkantilismus entstanden aus der Summe der Konsequenzen jener Zeitverhältnisse, wie sie nach Ausgang des Mittelalters in den verschiedenen europäischen Staaten hervorgetreten sind. So ist das physiokratische System abgelesen aus den Zeitverhältnissen Frankreichs vor der französischen Revolution. So ist das Adam Smith'sche System die Summe jener Reflexionen, die hauptsächlich in England zu Ausgang des achtzehnten Jahrhunderts angestellt werden konnten. So hat Karl Marx weit überwiegend seine Theorien aus der Lage der englischen Lohnarbeiter bis ins sechste Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts abgeleitet. Und so wird auch den wirtschaftspolitischen Bedürfnissen der Gegenwart nur wieder eine Nationalökonomie genügen können, die aus den Zuständen, Anschauungen und Empfindungen unserer Tage die weitaus wichtigsten Anregungen geschöpft hat.

Diese neuzeitliche Verschmelzung von Theorie und Praxis in der Nationalökonomie und Wirtschaftspolitik ist indes nicht nur eine unabweisbare Forderung der wissenschaftlichen Methodenlehre, sie tritt der eindringenderen Beobachtung auch als tiefernstes Bedürfnis unserer wirtschaftspolitischen Verhältnisse selbst entgegen.

Es ist eine bekannte Erfahrung, dass die Organismen von Krankheiten befallen werden, die bei einem gewissen anfänglichen Entwickelungsstadium zwar oft schwer zu erkennen sind, deren unheilvolles Wesen aber darin besteht, dass das Entwickelungsende auf eine Zerstörung und Vernichtung des Organismus abzielt. Gegen diese Krankheiten kämpft im Organismus das immanente Prinzip des Lebens oder, wie man es auch zu nennen pflegt, die Heilkraft der Natur. In der Mehrzahl der Fälle vermag diese Heilkraft der Natur allein die Krankheit zu besiegen. ln vielen Fällen dagegen ist eine Mitwirkung des Arztes notwendig, die vernünftigerweise darauf abzielt, der heilenden Naturkraft die im Wege stehenden Hindernisse wegzuräumen. Hierbei spielt jedoch noch ein anderes Moment eine durchaus entscheidende Rolle, und das ist — die Zeit. Beginnt die ärztliche Hülfe erst dann einzusetzen, wenn die Heikraft der Natur bereits längere Zeit mit der Krankheit gerungen und die Kraftreserven des Organismus dabei zum grossen Teil verbraucht hat, dann kommt [33] leicht alle menschliche Kunst zu spät, und nichts vermag die Vernichtung des betreffenden Organismus abzuwenden. Deshalb liegt in jedem ernsteren Erkrankungsfalle so viel daran, mit der Hülfe noch zur rechten Zeit und nicht zu spät zu kommen.

Was hier von dem Organismus im Allgemeinen gesagt ist, das gilt auch vom volkswirtschaftlichen Organismus im Besonderen. Auch der volkswirtschaftliche Organismus wird von Krankheiten befallen, welche die Heilkraft der Natur von selbst besiegt. Aber auch hier kommen ernstere Erkrankungen vor, bei denen die Mithülfe des Staatsmannes und der gesetzgebenden Faktoren ganz unentbehrlich ist, wenn nicht die Kultur des Volkes und sein Staatsleben zu Grunde gehen sollen. Auch auf volkswirtschaftlichem Gebiete sind die Krankheiten gerade zu Anfang oft schwer zu erkennen, aber Ieicht zu heilen. Auch hier kann die Gesetzgebung die verarmenden Unternehmungen nicht wohlhabend machen, wenn die Unternehmer die Wohlhabenheit sich nicht selbst erwerben. Die Gesetzgebung kann nur die Hindernisse hinwegräumen, welche der Thatkraft der Einzelnen im Wege stehen. Und endlich kommt auch hier alles darauf an, dass die rechte Hülfe nicht zu spät kommt.

Wie steht es nun aber heute in dieser Hinsicht mit unserem volkswirtschaftlichen Körper? Wir wissen unzweifelhaft, dass er krank ist. Wir wissen auch, dass er in recht bedenklicher Weise erkrankt ist und also ernste Hülfe Not thut, wenn die Krankheit nicht die Herrschaft gewinnen und das Gan-

ze vernichten soll. Aber welche Krankheit ist es, die hier geheilt werden soll? Und welche Hindernisse der natürlichen Heilkraft, nämlich der individuellen Thatkraft, sind hier zu beseitigen? — Eine bestimmte klare Antwort auf diese Fragen giebt es heute nicht. Der Nationalökonomie als Wissenschaft muss der schwere Vorwurf gemacht werden, noch nicht einmal diese Vorfragen beantwortet zu haben. Entsprechend der dadurch bedingten Ratlosigkeit im Ganzen hat man die Erkrankung ↻ des sozialen Körpers in eine fast unübersehbare Zahl von Spezialkrankheiten aufgelöst. [34] Das diese Auffassung besonders vollständig wiedergebende „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ von PROFESSOR J. CONRAD, behandelt über 240 selbständige Spezialkrankheiten am Volkskörper, die mit besonderer Vorliebe solchen Spezialisten überlassen werden, welche sich um die anderen Spezialkrankheiten möglichst wenig kümmern. lm ganzen werden nach dem gleichen CONRAD'schen „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ 700 bis 900 Heilmittel dem sozialen Körper verschrieben. Bei alledem giebt es keine verbindenden einheitlichen Prinzipien, weder zwischen der Auffassung der einzelnen Spezialkrankheiten, noch zwischen den in Vorschlag gebrachten Mitteln zur Abhülfe, trotzdem von allen Seiten zugegeben wird, dass der soziale Körper als ein einheitlicher Organismus aufgefasst werden muss.

Die Gesetzgebung hat vorerst den allerkleinsten Teil dieser Heilmittel angewendet. Und welche heilende Wirkung haben dieselben gehabt? Wir sind im Jahre 1879 zur Schutzzoll-Politik übergegangen, die in den Jahren 1885 und 1887 verschärft wurde, um im Jahre 1891/93 von einer Zollermässigung abgelöst zu werden. Aber unsere Getreidepreise machen heute noch weniger als im Jahre 1879 den Eindruck, dass sie „gesund“ geworden wären. Das Zuckersteuer-Gesetz ist seit dem Jahre 1869 sieben mal abgeändert worden. Die Zuckerpreise sind heute niedriger denn je zuvor, und die Rübenzucker-Industrie geht der ernstesten Krisis entgegen. Die Gewerbeordnung hat man seit dem Jahre 1869 sogar ZWEIUNDDREISSIGMAL durch Gesetze und Bundesratsbeschlüsse abgeändert und die gewerblichen Betriebe scheinen im gleichen Masse die Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu verlieren. Wir haben seit dem Jahre 1880 eine Sozialpolitik im Sinne einer Proletarierpolitik, die ungezählte Millionen verschlingt — ↻ aber das Uebel, welches man damit zu beseitigen hoffte, wächst immer mehr. [35] Die Zahl der unzufriedenen Proletarier und der Sozialdemokraten wird von Jahr zu Jahr grösser. Dabei ist unsere Gesetzgebung von einer ausgesprochenen Aengstlichkeit und Zaghaftigkeit. So hat man z. B. dem Börsen-Terminhandel gegenüber zunächst das Mittel der Spieleinrede vorgeschoben. Dann hat man zur Einschränkung der Termingeschäfte die Börsensteuer in verschiedenen Steigerungen zur Anwendung gebracht. Dann sollte die Eintragung der Terminspekulanten in ein Terminregister die Uebelstände beseitigen. Und man war eigentlich recht unangenehm überrascht, als über Initiative des

Reichstages dieser langsame Etappengang schon 1896 mit dem direkten Verbot des Börsen-Terminhandels für Getreide und Mühlenfabrikate beschlossen wurde. Unsere Gesetzgebung seit Ausgang der 70er Jahre muss deshalb leider als eine Verlegenheits-Gesetzgebung bezeichnet werden. Das hat auch kein Geringerer als FÜRST BISMARCK selbst gesagt, indem er öffentlich erklärte: „Ich weiss, dass die in Vorschlag gebrachte Zollerhöhung die Frage der Erhaltung des Bauernstandes nicht löst, aber ich habe bis jetzt noch niemanden gefunden, der mir ein besseres Mittel hätte nennen können." So treibt denn der Gesetzgebungs-Apparat von Gesetz zu Gesetz und von Novelle zu Novelle. Die grossen, einheitlichen, klärenden Principien der Wissenschaft fehlen. Der Streit der Meinungen verläuft sich mit den in Vorschlag gebrachten Mitteln in kleine und kleinste Details. Statt der Principien werden die Personen mit wachsender Gehässigkeit bekämpft. Der alte Zusammenhang der grossen politischen Parteien bricht auseinander. Und der beste Wille kann die wachsende Unzufriedenheit nicht bannen.

Das ist das Bild einer Praxis, die unter der sich häufenden Kompliziertheit ihrer Aufgaben fast erdrückt wird und deren Wissenschaft ihre eigentliche und höhere Mission [36] fast vergessen zu haben scheint. Denn die Wissenschaft der politischen Oekonomie geht heute der Praxis nicht allein nicht mehr voraus, sie wird geradezu von den Entschliessungen der Praxis überrascht und kommt dann zu den seltsamsten wissenschaftlichen Ausreden. So z. B. durch das Verbot des Börsen-Terminhandels in Getreide und Mühlenfabrikaten vom 22. Juni 1896. Damals war noch nicht einmal eine wissenschaftliche Definition für Terminbörse und Börsen-Terminhandel fertig! Und so behauptete man denn geschwind: diese beiden Begriffe könnten wissenschaftlich überhaupt nicht definiert werden. Also: Gott, Seele, Jenseits, Vierte Dimension, Quadratur des Cirkels, alles kann man wissenschaftlich definieren. Aber Terminbörse und Börsen-Terminhandel kann man nicht definieren, trotzdem man beides ganz genau kennt und beliebig oft vor Augen haben kann. Für die zaghaften Zick-Zack-Versuche der gesetzgeberischen Praxis mit den kleinen Mitteln, wozu die Politik heute verurteilt ist, weil der vorauseilende Aufklärungsdienst der Wissenschaft unterlassen wurde, hat man das sogenannte „STAATSMÄNNISCHE PRINCIP DER CONCESSIONEN NACH ALLEN SEITEN" auch von sogenannter wissenschaftlicher Seite aus kolportiert. Früher war das alles anders. Mit dem Buche, das ADAM SMITH im Jahre 1776 über den „Reichtum der Nationen" veröffentlicht hat, waren die Elemente für die wichtigsten Definitionen und Motive der Gesetzgebung gegeben bis Mitte der 70er Jahre des neunzehnten Jahrhunderts. Das wird schon an der äusseren Erscheinung der Gesetzesvorlagen selbst ersichtlich. Als am 16. Juni 1873 der Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der Zölle auf Roheisen, Rohstahl u.s.w. dem Reichstage vorgelegt wurde, da war die begleitende Denkschrift 2 1/4 SEITEN gross. Warum

eine gesetzliche Forderung eingehender begründen, die mit den seit fast ⟳ einem Jahrhundert anerkannten Grundsätzen der Wissenschaft übereinstimmte! Hier lag, wie man pathetisch erklärte, die Beweislast auf der gegnerischen Seite. Die Vorlage selbst wurde dann auch nach kurzen Verhandlungen mit überwältigender Majorität angenommen. Als aber im April 1879 unvorbereitet von der Wissenschaft die Zollvorlage zu Gunsten der nationalen Produktion dem deutschen Reichstage zuging, da wurde diese Vorlage mit einer Denkschrift von 2 4 6 DRUCKSEITEN begleitet, während die heute den Reichstag beschäftigende Zollvorlage sogar einen Motiven-Bericht mit Beilagen im Umfange von 8 6 1 SEITEN mitbrachte! Und trotzdem — oder wohl richtiger gesagt: eben deshalb — wird das politische Leben von der Heftigkeit des Kampfes um diese Vorlage in einer Weise erschüttert, dass niemand es wagen dürfte, heute schon alle Folgen, welche sich hier anschliessen, zu überschauen. —

37

Es ist also doch wohl geradezu im Lebensinteresse der Gesamtheit gelegen, dass die in historischen Spezialuntersuchungen heute noch zu sehr befangene nationalökonomische Wissenschaft sich endlich jener tiefernsten Pflichten erinnert, welche sie den praktisch-politischen Aufgaben der Gegenwart gegenüber zu erfüllen hat und dass sie ihre heute noch längst nicht zeitgemässe Vorliebe für die „reine“ Wissenschaft endlich aufgiebt, um der wirtschaftspolitischen Praxis als „Magd mit der Fackel“ vorauszueilen. Die Leitsätze aber, welche daraus für die Methodenlehre der politischen Oekonomie sich ableiten lassen, sind folgende:

1. Die politische Oekonomie als Wissenschaft ist heute in ihrer Entwickelung noch in keiner Weise zum Abschluss gekommen, sie befindet sich vielmehr noch mitten im Werden und mitten in der Gährung.

2. Der Weg zur Exaktheit ist auch dieser Wissenschaft nicht verschlossen — dies um so weniger, als ihr ⟳ Gebiet innerhalb der subjektiven Gefühls- und Empfindungssphäre des Menschen liegt und es also nur einer Anwendung der rechten wissenschaftlichen Methode bedarf, um zu exakten wissenschaftlichen Resultaten zu gelangen.

38

3. Die heute herrschende Methode der historischen Schule der Nationalökonornie war für IHRE ZEIT gewiss durchaus berechtigt und notwendig. AUF DIE DAUER aber ist sie ungenügend, weil sie kein wissenschaftliches Gebäude, sondern nur wissenschaftliches Baumaterial liefert, das für die politische und staatsmännische Praxis so lange ein totes Material bleibt, als es nicht zu einem einheitlichen organischen Ganzen wissenschaftlich zusammengefügt worden ist.

4. Die deshalb notwendige Verschmelzung von praktischem Bedürfnis und theoretischer Erkenntnis muss vor allem von der Ueberzeugung ausgehen, DASS ES DIE NÄCHSTLIEGENDE UND WICHTIGSTE AUFGABE ALLER BEWUSSTEN

MENSCHLICHEN ERKENNTNIS IST, KÜNFTIGE ERFAHRUNGEN VORAUSZUSEHEN UM UNSER HANDELN IN DER GEGENWART DANACH EINRICHTEN ZU KÖNNEN. (Hertz.) Dieser klärende Blick in die Zukunft rückt den Schwerpunkt der nationalökonomischen Denkarbeit in die Wirtschaftspolitik. Gewiss wird man dabei die Resultate der historischen Spezialuntersuchungen nicht entbehren können. Denn die Völker, welche gelebt haben, gross wurden und dann zu Grunde gingen, müssen uns vor allem lehren, was uns in der nächsten und ferneren Zukunft bevorsteht. Und der Entwickelungslauf unserer eigenen Geschichte muss uns den Punkt genauer kennen lernen, auf dem wir heute selber stehen. Weil aber das alles unter dem Gesichtswinkel der praktischen Wirtschaftspolitik zusammengefasst werden muss, um so die rechten 39 Massregeln zu ergreifen, ehe es zu spät ist, setzen wir damit an die Stelle der historisch-CHRONOLOGISCHEN die historisch-KAIROLOGISCHE *) Methode.

40 5. Die Darstellung des Entwicklungsverlaufs der einzelnen Völker muss dabei nach logisch deduktiver Methode erfolgen. Nur auf solche Weise tritt uns das „Warum" der Entwickelung möglichst klar und scharf entgegen. Nur auf solche Weise wird das wirtschaftspolitische Urteil den Schein vom Sein trennen lernen. Dass dabei alle wichtigeren empirisch-analytisch ermittelten Thatsachen sorgsam berücksichtigt werden wollen, ist selbstverständlich. Nach unserer Erfahrung ist es bei dieser Darstellung aber auch unerlässlich, möglichst viele Völkerindividuen zu bearbeiten. Die Geschichte der Völker ist bekanntlich eine gewaltige Tragödie. Das historisch geübtere Auge wird deshalb immer erkennen lernen, wie jedem Volke sein Schicksal gewissermassen in die Wiege gelegt wurde. Nur deshalb wird es nach einer genügenden Aufklärung der Verhältnisse möglich, als einfach logische Konsequenzen der Anfänge die Volksgeschichte zwanglos zur Darstellung zu bringen. Weil aber die konventionelle Spezial-Geschichtsschreibung nur zu häufig diesen logischen Entwicklungskern bis zur Unkentlichkeit maskirt hat, muss die vergleichende Geschichtsdarstellung das Urteil schärfen und uns der Wahrheit näher bringen, damit wir erkennen lernen: Mensch bleibt Mensch — ob er nun im Einzelnen den Kaftan oder das Himation, die Toga oder den Wams mit Strumpfhosen trug.

6. Die heutige Nationalökonomie ist aus dem bekannten Ueberschuss an Material zu ihrer VIERteilung gekommen: Allgemeine oder theoretische Nationalökonomie — Wirtschaftspolitik — Finanzwissenschaft — Statistik. Eine

*) Nach ERNST CURTIUS ist Kairós (*Καιρος*) der GENIUS DES „ENTSCHEIDENDEN AUGENBLICKES", „DER GÜNSTIGEN GELEGENHEIT". Seine berühmteste plastische Darstellung hat Kairos in einer Erz-Statue des Hofkünstlers AEXANDER DES GROSSEN, LYSIPPOS erhalten, nach welcher die nebenstehende Figur gezeichnet ist. Wie dieser Meister den „Kairos" aufgefasst hat, das spricht in den Hauptzügen ein uns erhaltenes Epigramm eines gewissen Poseidippos aus, ein Frag- und Antwortspiel zwischen dem Beschauer und dem Bildwerk selbst. Nach einer freien Uebersetzung von Prof. Dr. Rud. Meyer-Kraemer lautet dieses Epigramm:

neue Nationalökonomie, welche ihren Schwerpunkt in die Wirtschaftspolitik verlegen muss, muss auch zur alten, in allen Wissenschaften wiederkehrenden ZWEIteilung zurückkommen, allgemeiner theoretischer Teil und spezieller praktischer Teil. Die grosse Hauptaufgabe des theoretischen Teils ist die Darstellung der Einheit nach Grundbegriffen und Grund⟳principien. Der allgeineine Teil ist deshalb gewissermassen der GLOBUS DER NATIONALÖKONOMIE, der vor allem übersichtlich sein muss. Alle überflüssigen Details müssen hier fortbleiben, denn man sollte am Ende doch noch einigermassen wissen, was man zu Anfang gelesen und gelernt hat. Die Fülle der Materialien muss in die Bände des speziellen Teils verwiesen werden. 41

7. Die so dringend notwendige Verschmelzung von Theorie und Praxis muss nicht zuletzt auch für die Lehrmethode gelten. Das Seminar sollte deshalb für die Nationalökonomie sein, was das Laboratorium für die Chemie ist. Es genügt keineswegs im Seminar nationalökonomische Stilübungen zu pflegen oder gar nur Repetitorien abzuhalten. Das grosse, gewaltige wirtschaftli-

---



„Der Dich, o Bild, geschaffen hat, — wie heisst er?
Aus Sikyon Lysippos ist der Meister.
Und wer bist Du? — Kairos, der Genius,
Mit dem jedwedes Wirken rechnen muss,
Der Geist der günstigen Gelegenheit,
Die der Entscheidung Augenblick Dir beut.
Du trittst nur mit den Zehen auf?
Bin wie ein Rad in ew'gem Lauf.
Wozu am Fuss zwei Flügelspeichen?
Muss fliegend wie der Wind hinstreichen.
Doch das Schermesser, das Deine Rechte hält?
Das Gelingen auf haarscharfe Schneide sich stellt.
Was trägst Du das Haar so im Antlitz? sag!
Dran halte mich, wem ich begegnen mag!
Und kahl, ganz kahl ist Dein Hinterkopf!
Ja, bin ich erst einmal vorübergerast,
Dann gräme Dich, dass Du das Nachsehn hast!
Packst nimmer mich mehr in den Schopf."

che Leben des Tages muss hier in das Studierzimmer hereingenommen werden. Hierzu eignen sich nach unserer Erfahrung in hervorragendem Masse zwei Dinge: DIE ANALYSE DER KONKURSFÄLLE und die BEOBACHTUNG DER TÄGLICHEN PREISBILDUNGEN FÜR DIE MASSENPRODUKTE MIT UEBUNGEN ZUR BILDUNG EINER PREISMEINUNG in der sogenannten „PREISWARTE“. Wenn in den Seminarien der verschiedenen deutschen Universitäten fortlaufend eine grosse Zahl von Vergantungen der Bauern, der Gewerbetreibenden, der Händler, Banken und Aktien-Gesellschaften als genaue Geschichte der Individual-Wirtschaften analysiert werden, wie Schreiber dieses in dem unter seiner Leitung gestandenen Seminar an der Universität ZÜRICH *) eingerichtet hatte, und wenn gleichzeitig in wohlausgestatteten „PREISWARTEN“ die TÄGLICHE Preisbildung z. B. für Getreide, Geld, Kohle, Eisen, Baumwolle und Wolle so verfolgt wird, dass die Leitung mit Sicherheit [42] in der Lage ist, die bevorstehende Preisbewegung vorauszusagen, wie Schreiber dieses in seiner „Preiswarte“ an der Universität FREIBURG (SCHWEIZ) es zuerst mit Erfolg versucht hat, dann werden nicht nur die absolvirten Studenten praktisch brauchbare Hülfskräfte sein, es wird auch der Gesetzgebung des Staates das denkbar zuverlässigste Material zu den Motiven-Berichten geliefert. DieVerschmelzung von Theorie und Praxis erweist sich also auch nach dieser Richtung als durchaus fruchtbar.

8. Endlich darf kein Versuch der Auffindung eines neuen und besseren Systems der Nationalökonomie vergessen, dass das neue System stets auf den Schultern der bisherigen Systeme stehen wird. Es muss deshalb gerade für den Anfang von besonderer Wichtigkeit sein, aus der Entstehungsgeschichte der bisherigen Systeme zu lernen, wie ein neues System aus den gegebenen Verhältnissen herauszuwachsen pflegt. Und weil die Theorien der bisherigen Systeme in ihrer Aufeinanderfolge wachsende Annäherungswerte zur Wahrheit darstellen, wird es Aufgabe einer richtigen Kritik derselben sein, zu unterscheiden, was in diesen Lehren das Vergängliche und das Dauernde ist, um das Letztere in den zu schaffenden Neubau herüberzunehmen.

Wir gehen aus diesen Gründen in unseren weiteren Ausführungen zunächst über zur „Entstehungsgeschichte und Kritik der bisherigen nationalökonomischen Schulsysteme“.

*) Vergl. als erste Publikation dieser Art Dr. SCHNEEBELI, die Konkursstatistik als Mittel zur Erkennung der Ursachen des Notstandes in der Landwirtschaft, Zürich 1897.

↻ C. Entstehungsgeschichte und Kritik der bisherigen national-ökonomischen Schul-Systeme.

43

1. Das Merkantil-System.

LITTERATUR. Das Beste, was wir darüber besitzen, ist zweifelsohne auch heute noch die SCHMOLLER'sche Abhandlung: „Das Merkantil-System in seiner historischen Bedeutung", zuerst 1884, jetzt in „Umrisse und Untersuchungen zur Verfassungs- Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte" 1898 separat erschienen. Vergleiche ferner SCHÖNBERG, Handbuch der politischen Oekonomie, Band 1, Seite 88 ff., 4. Auflage, 1896. ADOLF WAGNER, Finanz-Wissenschaft, Band I, Seite 30 ff., 3. Auflage, 1883. J. CONRAD'S Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Artikel Merkantil-System, ferner CONRAD, Leitfaden, 1. Teil, 3. Auflage. WILHELM ROSCHER: Versuch einer Theorie der Finanz-Regalien, 1884. Von den historischen Spezialwerken sind hier insbesondere zu beachten: EHRENBERG, „Das Zeitalter der Fugger", 1. und 2. Band, 1896; MAX JÄHNS, „Heeresverfassung und Völkerleben", 1885 und A. GOTTLOB, „Die päpstlichen Kreuzzugssteuern des 13. Jahrhunderts", 1892. Vergleiche ferner die Geschichte der nationalökonomischen Theorien: BÖHM-BAWERK, Kapital und Kapitalzins, 2 Bände, 1884 und 1889. AUG. ONCKEN-BERN, Was sagt die Nationalökonomie als Wissenschaft über die Bedeutung hoher und niedriger Getreidepreise, 1901, und AUG. ONCKEN-BERN, Die Geschichte der politischen Oekonomie, Band 1; Die Periode vor Adam Smith, 1902.

↻ Als nationalökonomische SCHRIFTSTELLER DER MERKANTILISTISCHEN PERIODE werden genannt: 44

ANTONIO SERRA, breve trattato della cause, che possono far abondare gli regni d'oro e d'argento, dove non sono miniere, Napoli 1613. ANTONIO BROGGIA, trattati dei tributi e delle monete, 1743. ANTONIO GENOVESI, Lezioni di Commerzio e di Economia civile, 1760. Deutsch: Leipzig 1776. THOMAS MUN, a discourse of trade from England into the East Indies 1609, 2. Aufl, 1621. Dann: Englands treasure by foreign trade or the balance of our foreign trade is the rule of our treasure, 1664. JOSIAH CHILD, Observations concerning trade and interest of Money, 1868 und: A new discourse of trade, 1690. WILLIAM TEMPLE, Considerations sur le Commerce et l'argent, 1672. FRANÇOIS MÉLON, Essais polit. sur le commerce, 1731; deutsch: Jena 1740. In Deutschland sind zu

nennen: KASPAR KLOCK, Tractatus economico-politicus de contributionibus 1632 II de aerario. VEIT. LUDW. VON SECKENDORFF, Der teutsche Fürstenstaat, 1655, zuletzt 1754. JOHANN JOACHIM BECHER, Politischer Discurs von den eigentlichen Ursachen des Auf- und Abnehmens der Städte, Länder etc., 1668. W. VON SCHRÖDER, Fürstliche Schatz- und Rentkammer, 1686.

Die merkantilistische Praxis finden wir im 17. und 18. Jahrhundert, ohne Einseitigkeit besonders unter COLBERT (1619 bis 87), sehr ausgeprägt unter CROMWELL, aber auch bei FRIEDRICH WILHELM I., FRIEDRICH DEM GROSSEN und anderen Fürsten.

a. Die Zeitverhältnisse.

Innerhalb der Grenzen des mächtigen Kaiserreiches, wie es Karl der Grosse geschaffen hatte, kam bekanntlich zunächst die lehensstaatliche Verfassung zur Blüte und der Idee nach zur Herrschaft. Das alles war ein gewaltiger Fortschritt in der Organisation der Völker auf der Basis des Grundbesitzes. In den Städten und an den Sitzen der grossen Herren entwickelte sich indess bald jener Keim, der mit seiner weiteren Ausbreitung schliesslich den ganzen Lehensstaat als herrschende Verfassung vernichten sollte, um das Volk nach einer Uebergangszeit recht bedenklicher [45] Wirren zur vollkommeneren Organisation des modernen Staates auf der Basis der Freiheit der Personen und der Arbeit zu führen. Der Träger dieser ganzen Bewegung war der mobile Besitz und vor allem DAS GELD. Im Lehensstaat ist der Grundeigentümer oder Obereigentümer der Herr. Wer sich von ihm beleihen liess, war damit in seine Abhängigkeit gekommen. Wer Zins zahlte, war nicht frei, sondern dem betreffenden Zinsempfänger ergeben. Wer frei war, zahlte keinen Zins, sondern empfing Zins. Mit der Ansammlung des mobilen Besitzes in der Hand der eigentlichen Untertanen und mit der Nachfrage nach diesem mobilen Besitz bei den eigentlichen Herren wurde diese ganze lehensstaatliche Ordnung der Idee nach schon gesprengt, denn damit lieh ja der Untergebene jetzt dem Herrn, und der Herr hatte Leistungen an den Untergebenen übernommen. Die naturgemässe Folge dieser tiefgreifenden Veränderungen war die fast unmerkliche ENTSTEHUNG DER STÄDTEFREIHEIT im lehensstaatlich organisirten Reiche. Handel und Gewerbe begannen zu blühen. Den Kreuzzügen verdankten beide eine weitere mächtige Förderung. Das Geld begann eine immer grössere Rolle im Leben der romanischen und germanischen Kulturvölker zu spielen. Die KIRCHE begünstigte diese Bewegung, und wusste sie geschickt zu benutzen. Im dreizehnten Jahrhundert wird der Papst in Rom zum geldreichsten Herrn der Christenheit. Die fast ausschliesslich auf Grundbesitz noch ruhende „geldarme“ Herrlichkeit des deutschen Kaisers tritt mehr und mehr in den Schatten. Das Geld war

Herr über den Grundbesitz und damit Herr der Welt geworden. Das ZEITALTER DER RENAISSANCE hatte begonnen, in welchem für Geld alles feil war: die höchsten weltlichen und kirchlichen Würden, das Blut der Männer, die Ehre vornehmster Frauen und selbst das ewige Seelenheil (Ehrenberg). Wer klug und energisch war, Geld erhalten und ⟳ zugreifen konnte, wurde ein grosser und mächtiger Mann. Es war die Zeit, in der ein ehemaliger Bauer, MUZIO ATTENDOLO als SFORZA, Herzog von Mailand, ein Findling, CASTRUCCIO CASTRACANI, Herrscher von Lucca, Pisa und Pistoria wurde, die Zeit eines CESARE BORGIA, die Zeit, in der die Wahl KARLS V. zum deutschen Kaiser 850 000 Gulden, die Wahl FERDINAND'S II. zum römischen König 275 000 Gulden an Bestechungsgeldern bei den deutschen Kurfürsten kostete, in der die Würde eines Bischofs, eines Kardinals, eines Papstes ihren ganz bestimmten Preis hatte u.s.w. Die Entdeckung Amerikas und die damit gewonnene Erschliessung einer mächtigen Zufuhr an Edelmetallen nach Europa hatten mit den darüber aus Spanien verbreiteten märchenhaften Nachrichten und der allgemeinen Preisrevolution die Geister noch mehr an die fast unbeschränkte Zaubermacht des Geldes glauben lassen. Es war deshalb garnicht anders möglich, als dass jetzt jeder Leiter eines Gemeinwesens vor allem darauf bedacht sein musste, den Geldvorrat thunlichst zu mehren. Die RECEPTION DES RÖMISCHEN RECHTES lieferte dieser Politik das fertige Gesetzbuch. 46

Die Ersten, welche in der germanischen Geschichte diese Grundsätze zur praktischen Anwendung brachten, waren die MITTELALTERLICHEN STÄDTE. In dem Masse, als dann die selbständigen Monarchien neben dem Deutschen Kaiser sich ausbildeten, mussten auch diese in der gleichen Weise handeln.

Mit der Ausbreitung der Geldwirtschaft hatte sich auch die lehensstaatliche HEERESverfassung rasch als nicht mehr zeitgemäss erwiesen. An ihre Stelle traten die SÖLDNER, die zu Anfang namentlich durchaus in den Formen einer Kapitalsanlage in der Hand der Kriegsspekulanten auftraten. Der Soldat war, wie man schon gegen Ende des fünfzehnten Jahrhunderts in der Schweiz ⟳ zu sagen pflegte, „Lebeware" geworden, und bei dem starken Angebot dieser Ware durch die schweizerischen Behörden schrieb der schweizerische Chronist ANSHELM: „Eidgenössisches Fleisch wurde billiger als Kälbernes." Es war deshalb durchaus logisch, wenn nach einem Ausspruche von KÖNIG FRANZ I. von Frankreich die Fürsten das Kriegführen als eine andere Art des Hazardspiels mit Geld bezeichneten. Als den Fürsten dieses Spiel bald mehr Verluste als Gewinne brachte, versuchte man es, wie alle Spieler, mit der Aufnahme von Schulden. Und als diese nur zu häufig nicht bezahlt wurden, denn jetzt war „Versprechen edelmännisch und Halten bäuerisch", so verpfändete man schliesslich alles, was man hatte, einschliesslich der Königskrone und der Mitra. 47

So waren die Zeitverhältnisse, unter denen allein der dreissigjährige Krieg möglich war. Nach seinem Ende waren die Völker so sehr verarmt, dass die Widerstände gegen den Ausbau der territorialen Gewalt geschwunden und die ENTWICKELUNG DES MODERNEN STAATES beginnen konnte; zunächst in der Form des ABSOLUTISMUS. Dass es in der bis dahin üblichen „wilden“ Wirtschaft bei dem „Regieren“ nicht weiter gehen konnte, musste jedem Denkenden klar sein. Und indem man nun anfing, eine wirtschaftliche Ordnung zu schaffen, und darüber nachdachte, wie diese Ordnung am besten gestaltet sein könnte, entstand jene Litteratur, die wir als die des MERKANTILISMUS bezeichnen. Unzweifelhaft aber wird man es als einen Beweis des Fortschritts in der Gesittung unter der Herrschaft des aufgeklärten Absolutismus bezeichnen müssen, wenn die Fälle der Soldatenvermietungen gegen Ende des siebenzehnten Jahrhunderts und später, wie von FÜRST BERNHARD VON GALEN, Bischof von Münster, KURFÜRST JOHANN GEORG III. von Sachsen, von den Fürsten und Herren von HESSEN-[48] NASSAU, BRAUNSCHWEIG, ANSPACH, WALDECK und ZERBST, jetzt so energisch von der öffentlichen Meinung verurteilt wurden.

b. Die Theorie.

Eine Politik, deren Aufgabe es war, den absoluten Fürsten möglichst gross und mächtig zu machen, was unter den gegebenen Verhältnissen mit „reich“ zusammenfiel, musste offenbar nicht nur den Reichtum in Geld, sondern auch den in Grundbesitz erstreben. Daraus folgt der Grundsatz: den DOMINIALBESITZ nicht nur zu erhalten, sondern auch thunlichst zu mehren. Was vorher darin zur Zeit der „wilden“ Wirtschaft vielfach verschleudert worden war, musste so viel als möglich zurückerworben werden. Hierzu eignete sich namentlich die Auflösung der noch vorhandenen deutsch-rechtlichen Ober- und Unter-Eigentumsverhältnisse nach den römisch-rechtlichen Begriffen. Die Bedeutung eines grossen Domänenbesitzes lag nicht nur in dem sicheren Einkommen, welches derselbe gewährt, sondern auch in dessen Eigenschaft, nötigen Falls als Pfandobjekt für grössere Gelddarlehne zu dienen. Mit diesem Dominialbesitz in engster Verbindung steht die MERKANTILITISCHE GETREIDEPREISPOLITIK. Wo, wie in PREUSSEN, das Einkommen aus den Domänen einen wesentlichen Teil des Staatseinkommens ausmachte, musste eine weise Regierung bestrebt sein, durch eine zielbewusste Magazinpolitik in Verbindung mit einem ganz bestimmten System von Einfuhrverboten, Einfuhrzöllen und eventuellen Ausfuhrvergünstigungen die Getreidepreise möglichst stetig auf mittlerer Höhe zu erhalten. Das ist bekanntlich am vollkommensten einem FRIEDRICH DEM GROSSEN gelungen. Wo, wie in FRANKREICH, das Staatseinkommen hauptsächlich auf

Gewerbe und Industrie beruhte, und dem gegenüber das Einkommen aus den ⥁ Domänen wesentlich zurücktrat, da war man logischer Weise bestrebt, vor allem durch Ausfuhrverbote möglichst niedrige Getreidepreise zu erzielen, um damit dem Gewerbe und der Industrie möglichst billige Arbeitskräfte beschaffen zu helfen. Wo, wie in HOLLAND, die Getreidehändler zu den Herren des Landes gehörten, war die Freiheit des Getreidehandels als Regel neben dem Princip der Ansammlung grosser Getreidevorräte die selbstverständliche Getreidepolitik. Wo aber, wie in ENGLAND, die Herren des Landes im Parlament sassen, und zur Hälfte aus Vertretern des mobilen Besitzes, zur anderen Hälfte aus Latifundienbesitzern sich zusammensetzten, da war es nicht minder natürlich, dass auch für Getreide eine Exportprämie aus der Staatskasse gezahlt wurde, nachdem eben diese Begünstigung den wichtigsten gewerblichen Produkten zugebilligt worden war. So erklärt sich zwanglos die Verschiedenheit der merkantilistischen Getreidehandelspolitik. [49]

Eine andere naheliegende Quelle zur Mehrung des fürstlichen Geldeinkommens bot abermals das römische Recht in der Ausbildung der REGALIEN. Hier gab es das Zollregal auf Strömen, Flüssen und Strassen. Es gab das fürstliche Heimfallrecht an dem Vermögen der ausgestorbenen Familien, das bei den verheerenden Volksseuchen während und nach dem 30 jährigen Krieg gewiss nicht unergiebig war. Es gab das Recht auf die gestrandeten Güter, das Jagd- und Fischerei-Regal und die Kriegshoheit mit dem Rechte, heimische Truppen an fremde Mächte zum Kriegführen zu vermieten. Es gab das Gebührenwesen verschiedenster Art für einzelne obrigkeitliche Handlungen. Es gab den Verkauf von Privilegien, Titeln und Aemtern aller Art. Es gab die Gerichtshoheit mit Geld- und Vermögensstrafen bis zur vollen Vermögenskonfiskation, welche namentlich bei grossen politischen Bewegungen umfassend ⥁ geübt wurden. Es gab das Postregal, das Münzregal mit dem Rechte der Münzverschlechterung, das Bergregal, das Lotto, die Einrichtung der Spielhäuser, das Salzregal und die Tabak-, Bier- und Wein-Accise. Und alle diese Regalien konnten entweder von der fürstlichen Kammer selbst ausgeübt oder an die Geldleiher verkauft oder verpfändet werden. Und ebenso konnte die Kammer zu direkten Handelsgeschäften greifen, Handelsmonopole daraus machen oder Industriegeschäfte betreiben. Das alles brachte Geld in die landesfürstliche Kasse. [50]

In engster Verbindung mit dieser Regalienpolitik stand dann wieder die BEGÜNSTIGUNG DES HANDELS MIT DEN PRODUKTEN DER EXPORTIERENDEN GEWERBE. Wo ein exportierendes Gewerbe noch nicht vorhanden war, musste ein solches durch Mithilfe des Staates geschaffen werden. Fremde Unternehmer und Arbeiter wurden gerufen und vor allem mit dem Privilegium der Steuerfreiheit ausgestattet. Der Export dieser Produkte nach fremden Märkten oder Ländern war zollfrei oder sogar durch Exportprämien unterstützt, während ihnen auf dem inländischen Markte durch das Einfuhrverbot für gewerbliche Produkte

das Monopol reserviert wurde. Um die Produktionskosten thunlichst zu verringern, wurde den INLÄNDISCHEN ROHPRODUKTEN DIE AUSFUHR VERBOTEN, die Einfuhr von Rohprodukten aber freigegeben oder eventuell durch Importprämien begünstigt. Dazu kamen PREIS- UND LOHNTAXEN und eine Bevölkerungspolitik, welche auf eine thunlichste Mehrung der Bevölkerungszahl abzielte. Damit aber auch der Exportgewinn ganz im eigenen Lande bliebe, wurde der Export durch inländische Kaufleute mit Hilfe der HEIMISCHEN HANDELSFLOTTE bevorzugt. So wurde der Handel mit dem Auslande nach dem Grundsatze organisiert: Export von veredelten gewerblichen Produkten und Import von zu 51 verarbeitenden Rohprodukten. Da hierbei der Wert des Exportes naturgemäss den Wert des Importes überragte, wurde die Differenz zwischen beiden vom Auslande in GELD gezahlt, das wieder durch ein STRENGES AUSFUHRVERBOT im Inlande festgehalten wurde. Und weil nicht ein jedes Land geneigt war, sich auf solche Weise von seinem Nachbarn merkantilistisch ausbeuten zu lassen, suchte man die einzelnen Länder durch ABSCHLUSS VON HANDELSVERTRÄGEN entsprechend zu übervorteilen und auf eine bestimmte Reihe von Jahren zu binden. Noch rentabler erschien es, möglichst AUSGEDEHNTE KOLONIEN zu erwerben, für die das Monopol der Ausbeutung durch das Mutterland in der rücksichtslosesten Weise organisiert wurde. „Jahrhunderte wütete deshalb mit frevelhafter Gewalt und Mordthaten die furchtbare Konkurrenz" der PORTUGIESEN mit den ARABERN, der HOLLÄNDER mit den Portugiesen und SPANIERN um das Handelsmonopol von Indien. Den Holländern folgten dann auf dieser politischen Bahn ENGLAND und FRANKREICH. „Die ganze Zeit von 1600 bis 1800 ist von Jahre und Jahrzehnte langen Kriegen ausgefüllt", deren wesentlicher Zweck die Erwerbssucht der merkantilistischen Politik auf dem Gebiete des auswärtigen Handels und des Kolonialbesitzes war und für welche „die schamlosen Brutalitäten der englischen Flotte einerseits, die Kontinentalsperren andererseits das furchtbare Schlussdrama sind" (Schmoller).

Es steht also in der merkantilistischen Politik neben dem Prinzip der Ansammlung eines möglichst grossen Reichtums, und zwar vor allem des Geldreichtums, die Begünstigung der Exportindustrie, des auswärtigen Handels, der heimischen Handelsflotte und die Notwendigkeit einer möglichsten Ausdehnung der Kriegsflotte.

52

c. Kritik.

Vom Standpunkte der Entwickelungsgeschichte der Völker betrachtet, charakterisiert sich das Merkantilsystem als das durchaus notwendige Uebergangs-

stadium aus der stadtwirtschaftlichen in die volkswirtschaftliche Epoche (Schmoller und Bücher). Dass hier der Absolutismus mit Hilfe des Geldes seine Aufgabe im allgemeinen in durchaus befriedigender Weise gelöst hat, bezeugt am besten die Thatsache, dass unsere moderne Kultur durchweg auf dem Fundamente ruht, das der Absolutismus damals gelegt hat. Wenn aber in jener Periode namentlich der Bauer mit der Arbeiterbevölkerung besonders zu leiden hatte, so mögen heute beide nicht vergessen, dass die wirtschaftlichen wie politischen Freiheiten, deren sie sich erfreuen, nicht zuletzt dem gleichen theoretischen Grundgedanken entsprungen sind. Wir dürfen deshalb im allgemeinen unter den gleichen wirtschaftlichen Voraussetzungen auch wieder das gleiche wirtschaftlich-politische System erwarten.

Trotzdem seit Anfang des neunzehnten Jahrhunderts in allen mitteleuropäischen Kulturländern namentlich das Merkantilsystem alten Stils durch eine neue und unzweifelhaft bessere volkswirtschaftliche Ordnung auf dem Prinzip der Freiheit der Arbeit und der Selbstverantwortlichkeit des Einzelnen ersetzt worden ist, gefällt sich die Wirtschaftspolitik unserer Tage doch wieder in überraschenden Anklängen an das alte Merkantilsystem. Unter der Leitung des Geldes (Grossbanken) beobachten wir eine kapitalistisch-industrielle Entwickelung der Völker auf Kosten der Landwirtschaft und des Mittelstandes. Der Exporthandel gewinnt abermals eine ganz besondere Bedeutung. Die Entwickelung und Ausdehnung der Handelsflotten wird thunlichst gefördert. Die Ausbreitung des Kolonialbesitzes führt zu den charakteristischen Kolonialkriegen, und die bei dieser Entwickelung einander widerstreitenden Interessen werden nur zu häufig ↻ [53] abermals nach der Grösse der Geldsummen abgewogen, die darin repräsentiert werden. Weil aber gerade diese materialistischen Entwickelungstendenzen unserer Tage eine der wesentlichsten Ursachen der modernen Agrar- und Mittelstandsfrage sind, ist es uns nicht möglich, darin dauernde nationalökonomische Wahrheiten verkörpert zu sehen. Denn was zu einer bereits bedenklichen Erkrankung des socialen Körpers geführt hat, kann unmöglich zu den echten Wahrheiten jener Lehre gehören, deren Ziel es ist, den socialen Körper möglichst gesund zu erhalten.

Trotzdem umfasst auch das Merkantilsystem mit seinen Anschauungen eine Reihe von Sätzen, die uns VON DAUER zu sein scheinen, und als solche möchten wir bezeichnen:

1. Jede Volkswirtschaft braucht auf einer gewissen Höhe ihrer Entwickelung neben der Urproduktion und ihren Produkten Geld, Gewerbe und Industrie als gleichbedeutende und gleichberechtigte Faktoren.

2. Das Blühen und Gedeihen eines Landes in volkswirtschaftlicher Hinsicht wie auch der Arbeitserfolg eines jeden Einzelnen ist dann im wesentlichen abhängig von einer RICHTIGEN Wirtschaftspolitik des Staates.

3. Alle Massnahmen des Staates finden einen höchst beachtenswerten und höchst bedeutungsvollen Massstab ihrer Zweckmässigkeit an dem Abschluss der jährlichen Handelsbilanz. Ein Volk, das dauernd mehr ausgiebt, als es einnimmt, wird ebenso sicher zu Grunde gehen, wie das im gleichen Falle bei jeder Einzelwirtschaft nicht anders zu erwarten ist. Ein Streit kann nur darüber noch geführt werden, ob dieser Nachweis statistisch in zutreffender oder unzutreffender Weise geführt wurde.

54

2. Das Physiokratische System.

VORBEMERKUNGEN UND LITTERATUR: Der eigentliche Inhalt des physiokratischen Systems ist uns erst neuerdings durch die ausgezeichneten Arbeiten von PROFESSOR AUGUST ONCKEN-BERN erschlossen worden. Vergleiche dessen „Oeuvres Economiques et Philosophiques de François Quesnay“, Frankfurt und Paris 1880. DERSELBE: „Entstehen und Werden der physiokratischen Ideen“, „Biographie des Stifters der Physiokratie“, „Ludwig XVI. und das physiokratische System“ als Abhandlung in der „Vierteljahrsschrift für Staats- und Volkswirtschaft“ von Kuno Frankenstein 1898/9. DERSELBE: Artikel „François Quesnay“ und „Das physiokratische System“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften von CONRAD.

FRANÇOIS QUESNAY war am 4. Juni 1694 in dem Dorfe Méré bei Versailles geboren. Seine Entwicklung ist eine durchaus autodidaktische. Von einem Gärtner hat er Lesen gelernt, ist dann bei einem Wundarzt als Lehrling davongelaufen, in Paris Lithograph geworden, hat als solcher durch Selbststudium medizinische und philosophische Kenntnisse sich angeeignet, wird im Alter von 24 Jahren (1718) staatlich geprüfter Wundarzt, 1735 Leibchirurg des Herzogs von Villeroy und veröffentlicht als solcher mehrere bedeutende Werke über Chirurgie. Ein Gichtleiden hindert ihn am Operieren. Er wendet sich deshalb dem Studium der inneren Medizin zu, erwirbt 1744 im Alter von 50 Jahren den medizinischen Doktorgrad und wird damit praktischer Arzt. 1749 ist er Leibarzt der Pompadour und kommt deshalb nach Versailles, 1752 königlicher Leibarzt, nachdem er den Dauphin von den Blattern geheilt. JETZT ERST BEGINNEN IM ANSCHLUSS AN PSYCHOPHYSIOLOGISCHE STUDIEN DIE ÖKONOMISCHEN STUDIEN QUESNAY'S, deren erste im Jahre 1756/7 (im Alter von 62 Jahren !) in der „Encyclopädie“ von D'ALEMBERT erschienen sind und zwar gezeichnet mit dem Namen seines Sohnes, der Landwirt war. Ende 1758 vollendete er das „TABLEAU ÉCONOMIQUE“, den „Trésor de la science économique“, wie seine Schüler es nannten. Darüber hinaus hat die physiokratische Lehre keine Entwicklung erfahren. Quesnay wendet sich dann im Alter von 75 Jahren mathematischen Studien zu und stirbt am 16. Dezember 1774 im Alter von 80 Jahren. Quesnays erster Schüler war der MARQUIS VICTOR DE MIRABEAU. Weiter werden als solche genannt: DUPONT DE NEMOURS, GOURNAY 55 und andere in Frankreich, in Deutschland SCHLETTWEIN, FULDA, SCHMALZ, der Schweizer ISAAK ISELIN und der Engländer TUCKER.

Ueber die Zeitverhältnisse vergleiche insbesondere: H. TAINE, „Die Entstehung des modernen Frankreichs“, deutsch von Katscher (1877), ferner THIERS „L'histoire de la révolution française“ (6 Bände, 15. Auflage, 1881), VON SYBEL „Geschichte der Revolutionszeit“ (5 Bände, 1882).

a. Die Zeitverhältnisse.

Das französische Königtum hat den französischen Staat geschaffen: äusserlich zusammengefügt und innerlich verschmolzen zu einer grossen volkswirtschaftlichen Gemeinschaft, die alle Aussicht auf glückliche Verhältnisse für ihre Mitglieder zu haben schien. Die Herrschaft der Engländer in Frankreich (1346 – 1453), welcher das Land schon fast hoffnungslos erlegen war, haben die französischen Könige durch Organisation und Einrichtung des ersten modernen stehenden Heeres (1439) beseitigt. Die damit Hand in Hand gehende Ausbildung eines Geldsteuersystems (Jacques Coeur) lieferte die hierzu unentbehrlichen Geldmittel. Die grössere Konzentration des Einkommens in der Hofhaltung förderte Kunst und Gewerbe ganz ausserordentlich. Damit wuchs auch das Ansehen und die Bedeutung des französischen Handels, der durch eine sehr energische Kolonialpolitik in nachhaltigster Weise unterstützt und begünstigt wurde.

In eben dieser Allmacht des französischen Königs lag indess auch der Keim zum Verderben, zunächst für das Wohl des französischen Volkes, und schliesslich für das Königtum selbst. LUDWIG XIV. (1643 – 1715) hatte durch ein berüchtigtes Werbesystem seine königliche Armee von 180 000 Mann im Jahre 1672 rasch auf 400 000 Mann anwachsen lassen. Zeitweilig wurden z. B. alle Bauten ↻ verboten, um die Maurer zu zwingen, Soldaten zu werden. Im Besitze dieser [56] damals mächtigsten Armee Europas fand der Ehrgeiz des Königs keine Grenze. Aber die Kosten der endlosen Kriege, zuletzt namentlich der Kämpfe um den gewinnbringenden spanisch-amerikanischen Handel, gingen mit den ebenfalls enormen Kosten der Hofhaltung weit über die Einkünfte des Staates hinaus, trotz der raffiniertesten Ausbildung des Systems der indirekten Steuern. Eine immer masslosere Verschuldung des Staates war unvermeidlich. Und gegen Ende der Regierung Ludwig's XIV. kam es zum ersten grossen Staatsbankrott mit einer Summe von rund 2 Milliarden Francs. Bei alledem wurde der Luxus des Hofes immer raffinierter, seine Lebenshaltung immer ausschweifender, die Belastung des Volkes immer unerträglicher.

All diese schweren Missstände, die unter der Regierung Ludwigs XIV. schon deutlich genug begonnen hatten, dauern unter den beiden folgenden Königen an und wandelten alle früheren Segnungen des Königtums rasch in wachsendes Unheil. Das Princip, das Kalb im Leibe der Kuh aufzuessen und das laufende Jahr stets im voraus die Früchte des folgenden aufzehren zu lassen, wurde beibehalten. Dem Staatsbankrott unter Ludwig XIV. folgte ein zweiter in der gleichen Höhe zur Zeit des berüchtigten Börsen- und Aktienschwindlers LAW (1671 – 1729), ein dritter unter TERRAY, denen sich bis zur grossen

Revolution noch zwei weitere tief einschneidende Staatsbankrotte anschliessen. Seit Heinrich IV. bis auf das Ministerium LOMÉNIE sind die öffentlichen Verbindlichkeiten 56 Mal nicht eingehalten worden. Schon um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts war der Staat unfähig, seinen ausgedehnten Kolonialbesitz zu halten. Die stattliche Kriegsflotte wurde aufgerieben. Die Zinsen der Staatsschulden betrugen 1755: 45 Millionen Francs, 1776: 106 Millionen Francs, 57 1789: 206 Millionen ⟳ Francs. Zur letzteren Ziffer kommen noch 16 Millionen Francs für Spesen der Anleihevermittlung. 1778 schuldete der Hof dem Weinhändler 793 000 Francs, dem Fleisch- und Fischhändler 3 1/2 Millionen Francs. Alle diese Zustände konnten unmöglich von langer Dauer sein.

Das BÜRGERTUM hat bei diesen Veränderungen unzweifelhaft viel Geld zu gewinnen verstanden. Es war selbstverständlich, dass dem König nicht unter 10% geliehen wurde. Dazu kamen die grossen Schuldaufnahmen des Adels, das allgemein eingeführte Steuer-Pachtwesen mit seinen Tausenden von Gelegenheiten, sich zu bereichern, die eigentümliche Einrichtung der Intendanten, die als die „32 Könige von Frankreich“ bezeichnet wurden u.s.w. Das Luxusgewerbe und der Export industrieller Erzeugnisse blühten. BORDEAUX war damals nach London der bedeutendste Handelshafen Europas. Die Ausfuhr Frankreichs betrug in den Jahren 1720: 106 Millionen Francs, 1748: 192 Millionen Francs, 1788: 354 Millionen Francs. Frankreich versorgte die ganze Welt mit künstlerischen und kunstgewerblichen Erzeugnissen.

Aber trotz dieser ganz unzweifelhaften Zunahme des Wohlstandes in Bürgerkreisen war man auch hier mit den bestehenden Verhältnissen recht unzufrieden. Die häufigen Staatsbankrotte hatten auch die Bürger misstrauisch gemacht. Man hätte gern die Verwendung seiner, dem König geliehenen Gelder überwacht. Denn mit dem Staatsbankrott drohte auch den Staatsgläubigern Unheil. Aber statt dieser Ueberwachung der Verwendung der Staatsgelder war dem Bürgertum von damals nicht einmal seine Selbstverwaltung gesichert. Seit dem Jahre 1692 hatten die Städte sieben Mal eine Art Selbstverwaltung erhalten, die immer wieder aufgehoben wurde, um sie dann von der Krone für teures Geld wieder zurückkaufen zu lassen. Dazu kam der in der sonst so liebens-58 würdigen Gesellschaft ⟳ schwer empfundene Mangel einer Gleichstellung des reich gewordenen Bürgertums mit Adel und Geistlichkeit. All diese Unzufriedenheit wurde von den bürgerlichen Schriftstellern in das Schlagwort „EMANCIPATION DES DRITTEN STANDES“ zusammengefasst, trotzdem andere Stände eigentlich mit weit mehr Berechtigung Grund zur Klage gehabt hätten.

Der ADEL ging durch seine Teilnahme an dem so überaus luxuriösen Hofleben des Königs nur zu rasch der Verarmung entgegen und ward durch die gegebenen Verhältnisse geradezu gezwungen, seine übermässigen Ausgaben auf den von ihm abhängigen Bauernstand abzuwälzen. Die Masse der GEISTLICH-

KEIT war arm geblieben, und wenn sie auch formell das Privileg der Steuerfreiheit besass, so wandte sich doch von Zeit zu Zeit der König um Geldgeschenke an den Klerus, wobei dann selbst die armen Landgeistlichen mitsteuern mussten.

Am schlechtesten von allen erging es dem BAUERNSTAND. Die Beziehungen zwischen ihm und dem Adel konnten um so leichter eine höchst drückende Form annehmen, als die Mehrzahl der Adligen durch dauernde Anwesenheit bei Hofe mit ihren bäuerlichen Pächtern garnicht direkt, sondern stets durch Vermittelung ihrer Beamten verkehrten. Durch die Verbindung der längst veralteten, aber immer noch zu Recht bestehenden Feudalleistungen mit dem indirekten Steuersystem des Merkantilismus kam eine fast unübersehbare Zahl von Forderungstiteln zusammen, welche ebenso viel Handhaben zu ungerechten Bedrückungen der Bauern boten. So gab es z. B. neben der allgemeinen direkten persönlichen Staatssteuer den kirchlichen Zehnt, Frohndienste, Zölle aller Art, hohe Handänderungs-Gebühren für den Grundbesitz, herrschaftliche Kelter- und Mühlenmonopole, das herrschaftliche Jagdrecht, herrschaftliche Taubenschläge, Wegebauten für alle mög⥁lichen Zwecke, die Getränkesteuer, Marktgelder, Backofengelder, Gerichtsabgaben der verschiedensten Art u.s.w. Soweit die Bauern freie Grundeigentümer waren, lastete auf ihnen womöglich noch härter die Hand der staatlichen Steuerpächter, die selbstverständlich ihre Aufgabe darin erblickten, das vom Staate gepachtete Recht der Steuererhebung in einer für ihre private Tasche möglichst vorteilhaften Weise auszuüben. Bei alledem waren die Einnahmen der Landwirte gering, denn der Preis der landwirtschaftlichen Produkte wurde seit COLBERT'S Tod (1683) durch Ausfuhrverbote und Binnenzölle aller Art gewaltsam möglichst niedergehalten. Wein musste z. B. bei einer Lieferung aus den östlichen Provinzen nach Paris vierzig Mal verzollt werden. Nur den Günstlingen des Königs war es erlaubt, Getreide im Inlande zum Zwecke einer Ausfuhr nach dem Auslande abgabefrei aufzukaufen.

59

Die Verarmung der bäuerlichen Bevölkerung nahm unter solchen Umständen furchtbare Dimensionen an. Etwa seit dem Jahre 1672 war die Hungersnot auf dem Lande fast permanent geworden. VAUBAN sagt 1699 in seiner „Dîme royale“: „Fast der zehnte Teil des Volkes bettelt. Von den anderen neun Zehnteln können fünf den Bettlern kein Almosen geben, denn sie bedürften dessen eigentlich selbst. Drei Zehntel sind auch noch überaus schlecht daran, und das letzte Zehntel umfasst etwa 100 000 Familien, von denen vielleicht 10 000 ‚à leur aise‘ leben.“ — Im Jahre 1715 sollen 6 Millionen Franzosen den Hungertod gestorben sein. Im Jahre 1725 lebte ein Drittel der Landbevölkerung der so fruchtbaren Normandie von Feldkräutern. In hundert Jahren soll die Bevölkerung Frankreichs von 23 auf 12 Millionen zurückgegangen sein. Die procentuale Abnahme der ländlichen Bevölkerung war natürlich eine noch weit stärkere.

Was nicht überhaupt auswanderte, das zog in die Städte und namentlich nach
60 Paris, um die ⥁ Reihen der Proletarier zu mehren, oder es schloss sich jenen Banden an, die besonders den Salz- und Tabakschmuggel oder gar das Räuberhandwerk betrieben.

Man wird es unter solchen Umständen begreiflich finden, wenn TAINE die grosse französische Revolution die „SIEBENTE JACQUERIE" (französischer Bauernkrieg) nannte, die allgemein und endgültig war. Nur in der VENDÉE hatten sich bessere Beziehungen zwischen Adel und Bauern erhalten, und deshalb wurde hier eine echt konservative Gesinnung für den König noch über die Revolutionsjahre hinaus bewahrt.

b. Die Theorie.

Das nationalökonomische System, welches solche Zeitverhältnisse zum Ausgangspunkt hatte, war vor dem Irrtum sicher, im Gelde und in einer blühenden Exportindustrie die Elemente des Glücks und der Wohlfahrt der Völker zu erblicken. Jetzt ging man vielmehr von der grundlegenden Frage aus: „WIE MUSS DIE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ORDNUNG EINES LANDES BESCHAFFEN SEIN, UM EIN VOLK AUF GUTEM BODEN, UNTER GÜNSTIGEN KLIMATISCHEN VERHÄLTNISSEN VOR NOT ZU BEWAHREN ?" Und die Antwort von FRANÇOIS QUESNAY kam naturgemäss vor allem zu der fundamentalen Bedeutung des gerade damals so sehr verachteten und bedrückten Bauernstandes. Denn — so sagte Quesnay — „die Wohlhabenheit, der Reichtum eines Volkes, setzt sich zusammen aus der Summe jener materiellen Güter, welche in der einen oder anderen Form dem Boden entnommen sind." Jede Vermehrung der Güter hat deshalb ein vermehrtes Schöpfen von Stoffen aus dem Boden zur Voraussetzung. Und nachdem diese Stoffe vom Boden losgelöst sind, kann im weiteren die menschliche Arbeit
61 dieselben zwar veredeln ⥁ und verbessern für den Verbrauch, aber sie kann sie niemals vermehren. Die Arbeit von Gewerbe und Handel ist deshalb nicht eigentlich produktiv. Volkswirtschaftlich produktiv ist nur die auf den Boden verwendete Arbeit: die Landwirtschaft, Forstwirtschaft, der Bergbau und die Fischerei oder in einem Wort: DIE URPRODUKTION. Und diese Arbeit ist dann und in soweit produktiv, als sie bei der Produktion weniger verzehrt, als sie erzeugt. Der Boden aber ist deshalb die einzige und alleinige Quelle alles dessen, was wir Güter und Reichtum nennen.

Die wichtigste Urproduktion ist die landwirtschaftliche Produktion und zwar speziell die GETREIDEPRODUKTION. Im Mittelpunkte aller wirtschaftspoli-

tischen Erwägungen steht deshalb die Frage nach der richtigen GETREIDEPREISPOLITIK. Die Getreidepreise sollen nicht zu hoch sein, damit das Volk nicht Not leiden muss. Sie sollen aber auch nicht zu niedrig sein, um den Bauer nicht vom Acker zu verjagen und die Landbevölkerung im Elend verderben zu lassen. Es handelt sich also um MITTLERE Getreidepreise, bei denen Bauer und Bürger bestehen können. Diese guten, mittleren Getreidepreise sollen nicht vorübergehend, sondern von Dauer sein. Und wenn diese dauernd guten Getreidepreise den Pächter wohlhabend machen, dann kann er sein Betriebskapital vermehren, den Betrieb intensiver gestalten und damit das Volk immer besser vor Not sichern. Er kann dem Grundeigentümer höhere Pachtrenten zahlen, womit die Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung für industrielle Produkte allgemein wächst. Und da mit der Höhe der Getreidepreise auch die Arbeitslöhne direkt proportional steigen und fallen, so hat auch der Lohnarbeiter aus einer Besserung der Getreidepreise zunächst keinen Nachteil, wohl aber durch die wachsende landwirtschaftliche Wohlhabenheit den Vorteil gesteigerter Arbeitsgelegenheit. Sind umgekehrt die ↻ Getreidepreise dauernd niedrig, dann wird die Getreideproduktion eingeschränkt, die Zunahme des Reichtums des Volks kommt ins Stocken, die Arbeitslöhne werden billiger, die Arbeitsgelegenheit geringer, und alle Welt kommt in Zahlungsschwierigkeiten. Deshalb hat François Quesnay an die Spitze seiner berühmtesten nationalökonomischen Schrift, des „TABLEAU ÉCONOMIQUE“ vom Jahre 1758 das Motto gesetzt: „Pauvre paysan, pauvre royaume, pauvre royaume, pauvre roi“ — auf deutsch: „Ist der Bauer arm, ist auch das Reich arm, hat der Bauer Geld, so hat's die ganze Welt.“ 62

Dieses Hauptziel: dauernd gute, mittlere Getreidepreise, wäre nach Quesnay zu seiner Zeit zu erreichen gewesen durch freie Getreideausfuhr mit Ausfuhrprämie bei niedrigen inländischen Getreidepreisen, durch Getreideeinfuhrverbot, ausgenommen in Teurungsjahren, und durch Verbesserung der inländischen Verkehrswege. Damit aber der Bauer in freudiger Arbeit sich und der Gesamtheit die reichen Vorteile aus den besseren Getreidepreisen erwerbe, verlangt François Quesnay gleichzeitig: Beseitigung der damals allgemein üblichen Zwerg- und Teilpachtungen durch ebenso allgemeine Einführung grösserer Pachtgüter, vollständige Abschaffung aller Feudallasten und feudalen Unfreiheiten jeder Art, Aufhebung des Flurzwanges, Befreiung vom Milizdienst und last but not least: Aufhebung aller direkten und indirekten Steuern des Merkantilismus und Deckung des Staatsbedarfs durch eine EINZIGE STAATSSTEUER, WELCHE AUF DEN REINERTRAG DES BODENS GELEGT WIRD.

Auch dieser steuerpolitische Vorschlag Quesnay's steht in engstem Zusammenhange mit seiner Auffassung des Bodens als ausschliessliche Quelle des Reichtums und hat naturgemäss die allgemeine Einrichtung grosser Pachtgüter und dauernd gute, mittlere Getreidepreise zur Voraus↻setzung. Die Ausschei- 63

dung dieses Boden-Reinertrags erfolgt auf landwirtschaftlichem Boden nach Quesnay in folgender Weise:

Die Grundherren haben den Boden in Kultur gebracht, Häuser gebaut und andere Meliorationen aller Art ausgeführt. Sie behalten auch ferner die Oberleitung des Betriebes. Dafür beziehen sie die Pachtrente, welche Quesnay „PRODUIT NET", also Reinertrag, nennt. Dieser Reinertrag setzt sich nach ihm zusammen aus dem Ertrage der natürlichen Fruchtbarkeit des Bodens plus Zinsen für die ausgeführten Meliorationen. Der Wert der natürlichen Fruchtbarkeit des Bodens deckt sich allem Anschein nach mit dem ursprünglichen Ertragswert des Bodens, der nach seiner einmaligen Ermittelung unverändert bleibe. Veränderlich ist in dem Quesnay'schen Grundwertbegriff das Meliorationskapital und die Höhe des Zinsfusses, zu welchem dasselbe dem Grundherrn von Seiten des Pächters verzinst werden muss. Dieser Zinsfuss soll gesetzlich und möglichst hoch — mindestens auf 10 % — festgesetzt werden, damit die Grundeigentümer sich zur Ausführung von Meliorationen möglichst angeregt fühlen. In analoger Weise wäre die STÄDTISCHE MIETSRENTE zu ermitteln, um so die EINE Staatssteuer auf dem Boden-Reinertrag gleichmässig durch das ganze Land auslegen zu können, nach Massgabe eines Katasters, dessen Steuern nicht die Steuerpächter, sondern die Provinzen einziehen und an den König abführen würden, der keinen Staatsschatz anlegen, aber auch keine Staatsschulden machen soll. Kommt aber der Staat in Geldnot, dann würden die Grundbesitzer und Landwirte freiwillig aushelfen.

Im Gegensatze zu den Urproduzenten, welche dem Boden die Güter abgewinnen, sind die MANUFAKTURISTEN und HÄNDLER zwar nicht direkt unproduktiv, aber der von ihnen erzeugte Mehrwert wird von den Kosten der darauf 64 ↻ verwendeten Arbeit so ziemlich verzehrt. Machen trotzdem Händler, Gewerbetreibende und Industrielle grosse Gewinne, so geschieht das nach Quesnay immer auf Grund von Privilegien und auf Kosten von anderen Volksklassen. Aus diesen Quellen fliesst dann jener unheilvolle GELDREICHTUM, der dem Lande leicht gefährlich werden kann und den die Merkantilisten so sehr begünstigt haben, dass DAS VOLK UND DAS LAND DABEI VERARMT ist. Die reinen Handelsstaaten, wie Genua, Venedig und Holland, seien deshalb nicht als Staaten im eigentlichen Sinne, sondern nur als Zweigniederlassungen einer internationalen Gesellschaft von Grosskaufleuten zu betrachten, die jeden Staat ausbeuten, sobald sie können. Man solle deshalb auch keinen Unterschied zwischen fremden und einheimischen Kaufleuten machen, sondern hier allgemein möglichst freie Konkurrenz zulassen, um die Gewinne in angemessener Weise zu mindern. Statt mit den Merkantilisten die Getreideausfuhr mit der Einfuhr der gewerblichen Produkte zu verbieten, um die Getreideeinfuhr mit der Ausfuhr gewerblicher Produkte frei zu lassen, will François Quesnay gerade umgekehrt die Einfuhr von Getreide im Princip verbieten, die Ausfuhr von gewerblichen

Produkten mindestens nicht begünstigen, um statt dessen die Getreideausfuhr zu fördern und die Einfuhr gewerblicher Produkte möglichst frei zu geben.

c. Kritik.

François Quesnay, der seine Laufbahn als Chirurg begann und schliesslich Leibarzt des Königs von Frankreich geworden war, hat sich erst im Alter von etwa 60 Jahren dem Studium der volkswirtschaftlichen Fragen zugewendet. Dieser Umstand hat ihn zum mindesten gehindert, eine rege Beziehung und Wechselbeziehung Jahre hindurch mit dem wirtschaftspolitischen Leben seiner Zeit zu unterhalten. ⥁ Rechnen wir dazu seine Neigung für eine metaphysisch-philosophische Ausdrucksweise, so wird es leicht erklärlich, dass die von ihm aufgefundenen neuen volkswirtschaftlichen Ideen sich nicht zu jener vollen Klarheit durchgerungen haben, mit der sie erst allgemein und gleichmässig verständlich geworden wären. Keiner seiner Schüler, TURGOT eingerechnet, hat seine Ausführungen nach ihrem Geiste ganz und richtig erfasst. François Quesnay hat sich deshalb bald mit Verstimmung von der Nationalökonomie überhaupt abgewendet. Die französische Revolution und die neuere Zeit haben zwar von Quesnay die Bedeutung der Grundsteuer und des Grundsteuer-Katasters gelernt, aber kein Gesetz dieser Art lässt auch nur im entferntesten ersehen, dass es die Quesnay'schen Ideen mit Verständnis aufgenommen hätte. Die kleinen Versuche, welche der MARKGRAF KARL FRIEDRICH VON BADEN in den Dörfern DIETLINGEN, BALINGEN und THENINGEN angestellt hat, beweisen nur, dass ihm die Quesnay'sche Lehre nicht in der rechten Weise übermittelt worden. Füge ich noch hinzu, dass ADAM SMITH viel zu viel Engländer seiner Zeit war, als dass er Quesnay hätte ganz verstehen und richtig kritisieren können, so kann es nicht überraschen, dass das physiokratische System der Nationalökonomie bis in die Gegenwart hinein fasst völlig verkannt wurde. Erst die umfassenden Spezialarbeiten von PROFESSOR AUGUST ONCKEN IN BERN haben uns neuerdings dessen eigentlichen tieferen Wert enthüllt, und selbst mit diesen ausgezeichneten Vorarbeiten müssen wir dem Alter und der Schreibweise Quesnay's immer noch so weit Rechnung tragen, dass wir im Zweifel seine Sätze stets zu seinen Gunsten in die heute übliche Ausdrucksweise übertragen. [65]

Es ist dies meines Erachtens von um so grösserer Bedeutung, als jetzt erst in der nationalökonomischen Ent⥁wickelung der modernen Kulturvölker die Zeit beginnt, für welche François Quesnay eigentlich gedacht und geschrieben hat. Dass ihm selbst diese Erkenntnis verschlossen blieb, das hängt in erster Linie wohl mit seiner überwiegenden Stubengelehrsamkeit und dann auch [66]

mit seinen, der damaligen naturrechtlichen Richtung entsprechenden, unzureichenden historischen Kenntnissen zusammen. Sonst hätte er wissen müssen, dass die Völker in ihrer Entwickelung nicht in geradem Wege der besten Ordnung ihrer materiellen Verhältnisse zustreben. Die Völker lieben hier vielmehr recht grosse Krümmungen oder, wie HERDER einmal gesagt hat: „Die Staatsgemeinschaft ist ein eisernes Vieh, das die Not hart ankauen muss, ehe es zum Richtigen greift.“ Die kapitalistische Entwickelung, welche mit der Zerstörung der lehensstaatlichen Organisation der Völker bereits in den Kreuzzügen begonnen hatte, war mit der merkantilistischen Uebertreibung des KAPITALISMUS ALS ABSOLUTISMUS noch längst nicht zum Abschluss gekommen. Da musste zunächst die Herrschaft des INDUSTRIEKAPITALS nachfolgen, für welche ADAM SMITH und seine Schüler die Theorien geliefert haben, und dann musste in neuester Zeit die Herrschaft DES BANK- UND BÖRSENKAPITALS kommen, für welche wir noch nicht einmal eine diagnostisch zusammenfassende neueste nationalökonomische Litteratur besitzen, die über das hinausginge, was ALBERT SCHÄFFLE in seinem „Kapitalismus und Sozialismus“ vom Jahre 1870 bereits gesagt.

Jetzt erst beginnt die Zeit auszureifen für die Quesnay'sche Erkenntnis, dass das Glück und die Wohlfahrt der Völker sich nationalökonomisch NICHT in dem Begriff des Kapitals erschöpft, sondern auf dem ACKER in der Entwickelung der Ideen beginnen muss. Ich bin deshalb der Meinung, dass gerade das physiokratische System [67] Quesnay's uns eine grosse Zahl dauernder nationalökonomischer Wahrheiten überliefert hat, trotzdem die nationalökonomischen Lehrbücher bisher darin zumeist nur ein Konglomerat von schwer verständlichen Irrtümern erblickten. Als solche dauernde Wahrheiten nenne ich insbesondere:

1. Der Begriff Reichtum der Völker — in volkswirtschaftlich-ABSOLUTEM, nicht historisch-RELATIVEM Sinne — muss mit jenen Stoffen beginnen, welche der Erde entnommen werden. Und deshalb ist und bleibt die Mutter Erde die alleinige Quelle alles Reichtums.

2. Jede einseitige Herrschaft des Kapitalismus, der kapitalistischen Exportindustrie und des Exporthandels muss nach einer gewissen Zeit zur Verarmung und Verelendung der Volksmassen führen, selbst dann, wenn anfangs die wirtschaftliche Lage des Volkes sich dabei verbessert hat.

3. Der Wohlstand keines TEILS der Nationen ist in gleichem Masse mit dem Gesamtwohl des Volkes inniger verwachsen, als der Wohlstand der Bauern und der Landwirte.

4. Für diesen landwirtschaftlichen Wohlstand sind in erster Linie der Staat und die Gesetzgebung verantwortlich, weil beide für eine rationelle Getreidepreis- und Grundwertspolitik verantwortlich sind.

5. Aufgabe einer rationellen Getreidepolitik ist es, dauernd gute und möglichst stetige mittlere Getreidepreise zu erzielen, bei denen Bauer und Bürger bestehen können.

6. Der wahre und natürliche Wert des landwirtschaftlichen Grundbesitzes wird gebildet aus dem ursprünglichen Ertragswert plus Summe des rationell investierten Kapitals.

⥁ 3. Das Freihandels-System.

68

Adam Smith, Robert Malthus, David Ricardo

und die eigentliche Freihandelsschule.

VORBEMERKUNGEN UND LITTERATUR: Die Nationalökonomie als „REINE“ Wissenschaft mag immerhin die sogenannten „Vorläufer“ von Adam Smith und Andern eingehend berücksichtigen. Die Nationalökonomie als „PRAKTISCHE“ Wissenschaft wird sich stets erinnern müssen, dass es ihre ernste und schwierige Aufgabe ist, den Plan zu zeichnen, nach dem die Gesetzgebung der Gegenwart und der nächsten Zukunft im Interesse einer inneren Wiedergesundung unserer volkswirtschaftlichen Verhältnisse ausgebaut werden muss, EHE ES ZU SPÄT IST. Die deshalb von uns hier angewendete kairologische Methode lässt im Zweifel jeden für diesen EINEN grossen praktischen Zweck überflüssigen Wissensstoff bei Seite. Gleichzeitig gehen wir dabei auch von der praktischen Erfahrung aus, dass Männer, welche wirklich nachhaltig auf die volkswirtschaftliche Praxis einwirken, ihre Stärke in der Durchdenkung dieser Zeitverhältnisse, niemals aber im Abschreiben ihrer sogenannten „Vorläufer“ suchen und finden werden. Wir beschäftigen uns hier deshalb speziell nur mit Adam Smith, Robert Malthus und David Ricardo.

Von jenen Nationalökonomen, welche das damit in seinen Elementen gegebene Freihandelssystem dann in der Schule und in der Volksversammlung populär gemacht haben, darf es genügen, unten im Zusammenhang der Darstellung die Namen zu nennen.

Adam Smith, geboren im Jahre 1723 in dem schottischen Städtchen KIRKCALDY, wird im Jahre 1751 Professor der Logik und Moralphilosophie in GLASGOW. Er geht im Februar 1764 mit dem jungen HERZOG VON BUCCLEUCH, dessen Ausbildung er leitete, nach Frankreich und der Schweiz, lernt in Paris die Philosophen und die Nationalökonomen der Quesnay'schen Schule kennen, kehrt im Jahre 1766 nach Kirkcaldy zurück, wo er 1776, also nach 10 Jahren, sein berühmtes Werk über den Reichtum der Nationen: „An Inquiry into the nature and causes of wealth of nation“ beendet. Er wird darnach Mitglied der obersten Zollbehörde für Schottland in EDINBURG und stirbt 1790.

Thomas Robert Malthus lebt in der Zeit von 1766 bis 1834. Nachdem er Geistlicher geworden war, nimmt er 1797 an der politischen Bewegung für und gegen die englische Armenrechtsordnung ⥁ mit der Ausarbeitung einer Schrift Anteil, die indessen nicht veröffentlicht wurde. Im folgenden Jahre, 1798, erschien zuerst anonym sein berühmtes Werk: „Essay on Population“, in welchem er namentlich GODWIN und CONDORCET entgegentrat, die davon träumten, dass es bei dem Fortschritt der Kultur möglich werde, mit einer halben Stunde täglicher Arbeit

69

genug zu produzieren, um den Rest des Tages der geistigen Ausbildung und der Vervollkommnung zu widmen, die schliesslich auch die Herrschaft über Alter, Krankheit und Tod gewinnen werden. Malthus führt im Jahre 1800 auch die hohen Getreidepreise auf die Uebervölkerung zurück. Seine Reisen von 1797 bis 1812 und seine historischen Studien sind der Verteidigung der einmal eingenommenen theoretischen Stellung gewidmet. Im Jahre 1805 wird er Professor für Geschichte und Nationalökonomie an der hohen Schule der ostindischen Kolonie in HAILEYBURY.

David Ricardo wird im Jahre 1778 in London als Sohn eines holländischen Juden geboren, sein Vater war strenggläubig. Nach kaum vollendetem vierzehnten Lebensjahre ist der Sohn in das Geschäft des Vaters eingetreten, noch im Jünglingsalter aus Rücksichten auf sein geschäftliches Fortkommen zur anglikanischen Kirche übergetreten und wird deshalb von seinem Vater verstossen. Mittellos, aber mit Fähigkeiten und ausgeprägtem Geschäftssinn ausgestattet, wird er dann Privatmakler in der City of London, macht in der damals unruhigen Zeit Arbitragegeschäfte in Wechseln und Wertpapieren, spekuliert auch mit Erfolg in Getreide und ist bereits mit 25 Jahren mehrfacher Millionär. Jetzt widmet er sich der Wissenschaft und zwar vor Allem der Nationalökonomie, welcher eine ganze Reihe von Gelegenheitsschriften gehören. Sein Hauptwerk, in welchem diese Gelegenheitsschriften mit verwendet werden, erschien zuerst 1817 unter dem Titel: „Principles of political Economy und Taxation“ Er wird 1797 Mitglied des englischen Parlaments und stirbt 1823.

Ueber die Zeitverhältnisse vergleiche insbesondere:

ASHLEY: „Englische Wirtschaftsgeschichte“ (1896)

SCHANZ: „Englische Handelspolitik gegen Ende des Mittelalters“ 1. 2 (1889).

OCHENKOWSKI: Englands wirtschaftliche Entwickelung im Ausgang des Mittelalters. (1879)

ROGERS: „A history of agricultur and prices in England“.

70 W. NAUDÉ: „Getreidehandelspolitik der europäischen Staaten“ 1. 2 (1896, 1901).

TOOKE — Newmarch: „Geschichte der Preise“ (1859).

CUNNINGHAM: „Growth of English industry and commerce“ (1890).

NASSE: „Ueber mittelalterliche Feldgemeinschaft und Einhegungen des XVI. Jahrhunderts“ (1869).

a. Die Zeitverhältnisse.

Das Eindringen der Geldwirtschaft zeigt in der englischen Geschichte früh schon die Tendenz, die Masse des Volkes vom Grund und Boden loszulösen, den Bauernstand zu vernichten.

Schon unter EDUARD III. (1327 bis 77) kommt es zur Trennung des Parlaments in Ober- und Unterhaus, welch letzteres das Steuer-Bewilligungsrecht und das Petitionsrecht erhält: die Vertreter der Geldwirtschaft hatten damit als Mitregenten des Landes ihre selbständige verfassungsrechtliche Organisation erhalten. Sofort beginnt eine zielbewusste merkantilistische Gewerbe-Politik,

die sich speziell dem Hauptgewerbe der damaligen Zeit, dem Wollgewerbe, widmet: die Einwanderung fremder Weber wurde begünstigt, das Tragen fremder Tuche verboten, die Wollausfuhr an Privilegien gebunden und damit indirekt in den Händen der Privilegierten monopolisiert, die Entwickelung der eigenen Handelsmarine und des eigenen Aussenhandels thunlichst begünstigt.

Zunächst wirkte dieses Aufblühen von Handel und Gewerbe vorteilhaft auf die Lage der englischen Bauern zurück, die ihre überflüssigen Produkte jetzt leichter als vorher versilbern konnten, und mit dem so gewonnenen Gelde schon im dreizehnten Jahrhundert begannen, sich aus dem gutsherrlichen Verbande loszukaufen, um eine freie Bauernschaft zu werden.

Da kommt mit den Jahren 1348/49, 1361/62 und 1368/69 das „Grosse Sterben“ nach England, der ⥁ „Schwarze Tod“, der nach den Chronisten die Hälfte, nach Roger 1/10 der gesamten englischen Bevölkerung dahingerafft haben soll. Namentlich die Zahl der Arbeiter war damit vermindert worden. Deshalb stieg jetzt der Arbeitslohn rasch. Gleichzeitig waren mit verstärktem Eifer die Bauern bemüht, in der bereits Sitte gewordenen Form, durch Zahlung einer gewissen Geldsumme sich aus der Abhängigkeit vom Gutsherrn zu befreien. So wurde der Arbeitermangel der grossen Grundherrschaften ein derart empfindlicher, dass es schwierig wurde, die Felder zu bestellen und die Ernährung der Bevölkerung des Landes in Gefahr kam. Gleichzeitig wurde durch die Preissteigerung für Wolle und Tücher die Wollproduktion mit der Schafhaltung immer gewinnbringender, sodass die reich gewordenen Tuchhändler, die sich seit 1364 in London zu einer Zunft zusammengeschlossen hatten, schon anfingen, Grundherrschaften zusammen zu kaufen, um sie mit grossen Schafheerden zu besetzen. 71

Die englische Bauernschaft war damit zwischen zwei Mühlsteine gekommen. Auf der einen Seite die alten Grundherren, welche infolge des Arbeitermangels nicht nur kein weiteres Loskaufen der Bauern aus dem Gutsverbande gestatteten, sondern auch die bereits freigekauften Bauern zu Arbeitsleistungen auf der Gutsherrschaft zurückzuzwingen bemüht waren, und für diese Leistungen eine ihren Verhältnissen angepasste gesetzliche Lohntaxe erwirkt hatten — auf der anderen Seite die beginnende Ausdehnung der Latifundien für Schafhaltung, die natürlich von Anfang an dort am wenigsten Halt machte, wo ein freier Bauernhof im Wege lag. Das kurz vorher erwachte Selbstbewusstsein der Bauern wurde durch alles das natürlich tief verletzt. Im Jahre 1381 kam es deshalb zu dem ersten grossen Bauernaufstand unter Wat Tyler und Jack Straw. Nach dessen Niederwerfung wurden auch die freien Bauern noch ⥁ gewaltsamer in den gutsherrlichen Verband wieder eingezogen, die kapitalistische Latifundienbildung zum Zwecke der Wollproduktion ging nun den Bauern gegenüber noch rücksichtsloser vor. Es kam zu immer neuen Bau- 72

ernaufständen (1450 und später), die indes alle erfolglos blieben. Der Bauer aber war damit in den Augen der herrschenden Klassen rechtlos geworden. Die Latifundienbildung der Wollinteressen nahm so sehr überhand, dass THOMAS MORUS (1478 –1535) in seiner Denkschrift über die „Männer verzehrenden Schafe“ ausführen konnte: es seien in 60 Jahren 4 bis 500 Bauerndörfer durch Einhegungen für Schafheerden vernichtet worden: ein grosser Wollkaufmann in London habe den Grundbesitz von 4 bis 5000 „Gemeinen“ zerstört; ein grosser Schafzüchter habe den Untergang von 1000, 1200 und 1400 Menschen zu verantworten. — Die englische Kirchentrennung führte zur Confiskation des Kirchenvermögens durch den König und lieferte so auch diesen Grundbesitz den kapitalistischen Interessen aus. Und nachdem mit dem Ausbruch der Reformationskriege auf dem Continent die Stockung in der Tuchausfuhr immer grösser wurde, und wachsende Arbeitermassen in der Wollmanufaktur ihre Erwerbsgelegenheit verloren hatten, kam es unter der Mitwirkung der auch in England erwachten Reformationsideen im Jahre 1549 zu einem GROSSEN BAUERN- UND PROLETARIERAUFSTAND, der schliesslich im Blute erstickt wird.

Das Schicksal des englischen Bauernstandes war damit entschieden. Das Land wurde von nun an ausschliesslich nach kapitalistischen Gesichtspunkten regiert und verwaltet. Um auch der Wollmanufaktur wenigstens EINE ART unfreier Arbeiter zu liefern, hat man unter EDUARD VI. (1547 bis 53) durch Gesetz den siebenjährigen Lehrzwang eingeführt. Und als auch dieses Mittel nicht zu genügen schien, die vom Grund und Boden losgerissenen und seit [73] dem fluktuierenden Arbeitermassen zu bändigen, wurde unter der glorreichen Regierung der KÖNIGIN ELISABETH im Jahre 1601 das berüchtigte ENGLISCHE ARMENGESETZ erlassen, welches die arbeitsfähigen Armen ZUR ARBEIT VERPFLICHTET. Und dieses Armengesetz kam mit solcher Strenge zur Durchführung, dass nach den Worten eines Zeitgenossen in wenigen Jahren 70 000 arbeitsfähige aber arbeitsunwillige Proletarier „wie Krammetsvögel an den Bäumen aufgehängt“ wurden. So zwang man das englische Volk unter die Herrschaft des Geldes, nachdem man den Bauernstand proletarisiert hatte.

Die INTERESSEN DER WOLLMANUFAKTUR wurden in der denkbar sorgsamsten Weise gesetzlich geschützt. Nach der Auslieferung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes an die Wollproduktion hat man durch die vorgenannten Gesetze das auf die Lohnarbeit angewiesene Volk gefügig gemacht und das Verbot der Einfuhr fremder Wollwaaren in strengster Weise gehandhabt; Uebertretungen des Verbots der Ausfuhr von Schafen, Lämmern und Böcken wurden im Wiederholungsfalle mit dem Tode bestraft und das Verbot der Ausfuhr von Wolle für Verkäufer wie Schiffseigentümer hart geahndet. Dazu kam ein ganzes System von Verhütungsmassregeln dieser verbotenen Handlungen. Wolle durfte im Inlande nur in Ballen von Leder oder Packleinwand, auf deren Aussenseite in drei Zoll langen Buchstaben das Wort „Wolle“ stand, verpackt

und nur zwischen Auf- und Niedergang der Sonne zu Pferd oder Wagen transportiert werden. Jeder Besitzer von Wolle innerhalb zehn Meilen von der Küste musste binnen drei Tagen nach der Schafschur dem nächsten Zollbeamten die Anzahl der Fliesse und deren Aufbewahrungsort, und bevor er davon etwas wegschaffte, Zahl und Gewicht der Fliesse, Namen und Wohnort des Käufers sowie den Bestimmungsort des Transports schriftlich anzeigen. Verboten war ferner die Ausfuhr ⟳ von Walkererde und Walkerthon, weil beide zur Bereitung und Reinigung der Wollfabrikate als unentbehrlich galten. Verboten war aber auch die Ausfuhr von Pfeifenthon, weil der Pfeifenthon vom Walkerthon schwer zu unterscheiden war. Dazu kam eine fortwährende Ausdehnung des englischen Kolonialbesitzes, der sich bald über die ganze Erde erstreckte und der Abschluss von Handelsverträgen, wie der berühmte METHUEN-VERTRAG zwischen England und Portugal vom Jahre 1703, wonach sich Portugal verpflichtete, den Zoll auf englische Wollwaren nicht weiter zu erhöhen, während England gehalten war, die portugisischen Weine gegen Zahlung von nur 2/3 des für französische Weine geltenden Zolls zuzulassen. [74]

Den Aufgaben der GETREIDEPOLITIK gegenüber war diese geldwirtschaftliche Ordnung der volkswirtschaftlichen Verhältnisse lange Zeit hindurch ziemlich ratlos. Man versuchte es mit dem Einfuhrverbot, mit Schutzzöllen in der verschiedensten Höhe wie mit Freihandel, und keine dieser Massregeln konnte die Beunruhigungen durch Hungersnotrevolten beseitigen. Da kam man gelegentlich des Regierungsantritts des Oraniers WILHELM III., des Königs „von Parlamentes Gnaden", im Jahre 1698 auf den Gedanken, AUCH DIE GETREIDEPRODUKTION — nach den herrschenden merkantilistischen Grundsätzen — durch Exportprämien in Verbindung mit hohen Einfuhrzöllen in ein EXPORTGEWERBE zu verwandeln. Um dem Könige die Zahlung dieser Exportprämie zu ermöglichen, wurde die Einführung einer allgemeinen Grundsteuer zugestanden. Und um auch die Interessen des englischen Handels und der englischen Rhederei mit dieser Massregel zu verknüpfen, wurde bestimmt, dass diese Exportprämie für Getreide im Betrage von etwa 16 % der damaligen Weizenpreise nur dann gezahlt werde, wenn der Schiffseigentümer und mindestens 2/3 der Schiffsmannschaft englische Unterthanen ⟳ seien. So kam das berühmte englische Ausfuhrprämien-Gesetz für Getreide vom 5. Mai 1698 zu stande, welches die Technik des Getreidebaus und der Landwirtschaft in den englischen Seegrafschaften — in welchen so wie so die Wolle lästigen Ueberwachungen unterstellt war — ganz ausserordentlich gefördert hat. [75]

DIE RÜCKSICHTSLOSE BEGÜNSTIGUNG DER FABRIKANTENINTERESSEN war in der Gesetzgebung allgemein durchgeführt worden. So hatte man z. B. den Zoll auf gebleichtes Garn abgeschafft, die Ausfuhr von fertiger Leinwand durch Prämienzahlung begünstigt und die Einfuhr von fremdem Leinen durch hohe Einfuhrzölle gehemmt. Die Ausfuhr von rohen Häuten und gegerbtem Leder

war verboten, ebenso die Ausfuhr von rohen Tüchern — die sollten erst im Lande gefärbt werden —, wie auch die Schuhe im Lande verfertigt werden sollten. Verboten war ferner die Ausfuhr von Metallen, die Ausfuhr von Werkzeugen, von gelernten Arbeitern u.s.w. Das ganze englische Reich schien nur zu dem Zwecke gegründet zu sein, eine Nation von „Kunden" aufzuziehen, die aus den Werkstätten der englischen Fabrikanten alles, womit diese sie versorgen können, zu möglichst hohen Preisen kaufen müssen. Um die Gewinne der Fabrikanten und Händler thunlichst zu mehren, wurden dem ganzen Lande die Kosten von Millionen für Kriege aufgebürdet, die mit Soldtruppen gegen Holland, Spanien und Frankreich geführt wurden, um diesen Ländern ihren wertvollsten Kolonialbesitz, der ein höchst ergiebiges Ausbeutungsobjekt war, zu entreissen. Wo auch nicht gleichzeitig sogenannte „höhere politische Gesichtspunkte" noch hinzukamen, griff der Staat ohne jedes Bedenken zum Krieg, als Mittel zur Bereicherung der englischen Unternehmer. So führte England z. B. im Jahre 1755 einen Krieg mit Senegal, um für die englischen Kaufleute dort das Gummi-Monopol zu erwerben.

76 ⥁ All diese in die Augen fallenden Begünstigungen des englischen Unternehmertums wurden in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ÜBERFLÜSSIG, weil die Produktions- und Verkehrstechnik in England solche Fortschritte gemacht hatte, dass die englische Ware auf Grund ihres niedrigen Verkaufspreises die Märkte aller Länder zu beherrschen vermochte. Warum also durch höchst komplizierte und vielfach schon recht lästig empfundene staatliche Massnahmen, den politischen Nachbarn auch ferner ein unerwünschtes Beispiel zur Nachahmung geben? Auch das englische Unternehmerinteresse neigte jetzt aus wohlverstandenem eigenem Interesse überwiegend zur MÖGLICHSTEN FREIHEIT DES WIRTSCHAFTLICHEN VERKEHRS.

Nicht minder einschneidend hatten sich die Verhältnisse der Getreideversorgung geändert. Der grosse europäische Getreidehandel, welcher in Russland, Polen, Livland und Preussen seine Massen sammelte, um sie fast der ganzen europäischen Meeresküste entlang zu verfrachten, besass in dem England nahe gelegenen FREIHAFEN AMSTERDAM einen Centralstapelplatz, in welchem immer solche gewaltige Getreidemassen umgeschlagen wurden, dass auch für England die Gefahr einer Hungersnot im Falle einer ungenügenden inländischen Ernte ausgeschlossen schien. Die Notwendigkeit, den nationalen Getreidebau aus Furcht vor Hungersnotrevolten als eine mit Prämien begünstigte Exportindustrie von Staatswegen zu behandeln, war also damit entschwunden. Statt dessen lag der Gedanke, auch die englischen Häfen in Hauptstapelplätze des internationalen Getreidehandels umzuwandeln, jetzt um so näher, je neidischer längst England den Reichtum betrachtete, welchen die Holländer gerade aus den internationalen Getreidegeschäften bis dahin zu ziehen wussten.

Die entscheidende Wendung nach dieser Richtung war bereits im Jahre 1765 hervorgetreten. Die Fortschritte in Gewerbe und Industrie hatten die englische Bevölkerung rasch ⟳ vermehrt (von 6 1/2 Million im Jahre 1750 auf 9 872 980 Einwohner im Jahre 1801). Deshalb hörte jetzt bei ungünstigen inländischen Ernten die englische Getreideausfuhr ganz auf. England begann — trotz Ausfuhrprämiengesetz — ein GetreideIMPORTland zu werden. Im Jahre 1766 kam es in allen Teilen des Landes zu Hungersrevolten, nachdem der Weizenpreis von 22 bis 34 Shilling (M. 99,80 bis 154,30 per 1000 Kilo) *) in den Jahren 1750 bis 1756 auf 49 s. 9 d. und 58 s. 8 d. per Quarter (M. 225,80, bezw. M. 266,20 per 1000 Kilo) gestiegen war. Die Getreideausfuhr wurde verboten, die Getreideeinfuhr zeitweilig freigegeben und die fernere Gewährung von Ausfuhrprämien an eine Preisscala gebunden. Dazu kam IM JAHRE 1774 DIE EINRICHTUNG ZOLLFREIER GETREIDELÄGER FÜR DEN HANDEL, welche jetzt schon die Grundlage schufen für die weitere Ausbildung des internationalen Getreidezwischenhandels in England. [77]

Unter diesen Zeitverhältnissen schrieb ADAM SMITH sein berühmtes Werk über „Wesen und Ursache des Nationalen Reichtums“.

Die Schwankungen in der englischen Getreidepolitik dauerten weiter. Die Weizenpreise stiegen 1782 bis 1784 auf durchschnittlich 54 s. per Quarter (M. 245 per 1000 Kilo) im Jahre 1789 auf 59 s. (M. 258,70 per 1000 Kilo). Die englischen Armenlasten wuchsen von durchschnittlich 713 000 £ auf 1 300 000 im Jahre 1770, auf 2 700 000 im Jahre 1790, auf 3 800 000 im Jahre 1800. Die Frage einer zweckmässigeren Regelung der Armenverhältnisse kam auf die Tagesordnung der gesetzgebenden Körperschaften. Und jetzt veröffentlichte THOMAS ROBERT MALTHUS (1798) seinen „Versuch über die Bevölkerungsprincipien und deren Einfluss auf die Wohlfart der Menschen“.

⟳ Jahre mit Hungersnotpreisen wechseln mit Jahren allgemeiner landwirtschaftlicher Notlage. 1791 wurden die englischen Getreideeinfuhrzölle wieder erhöht, dann kamen die Jahre 1797 und 1801: schlechte Ernten im Inlande in Verbindung mit den Wirkungen des Krieges mit Frankreich und des preussischen Getreideausfuhrzolles haben die englischen Weizenpreise im Jahresdurchschnitt 69 s. (M. 313), 113 s. 10 d. (M. 517), 119 s. 6 d. (M. 542 per 1000 Kilo) und im März 1801 sogar 156 s. 2 d. (M. 708,80 per 1000 Kilo) erreichen lassen. Die bereits überwiegend industrielle und handeltreibende Bevölkerung Englands, die sich schon auf eine BROTVERSORGUNG VOM AUSLANDE einzurichten begonnen hatte, wurde damit plötzlich in ihrer Ernährung wieder auf die heimische Landwirtschaft zurückgewiesen. Die Landwirte nahmen jetzt unter Anregung so hoher Preise auch solche Ländereien unter den Pflug, welche sich für den Getreidebau weniger eigneten. Da aber durch eben die hohen Preise auch [78]

*) 1 Quarter englischen Weizen zu 496 Pfund englisch und 1 £ zu 20,40 Mk. gerechnet.

grosse Getreidemengen auf dem Wege des Importes angelockt wurden, sanken die englischen Weizenpreise im Jahre 1803 wieder rasch auf einen Durchschnitt von 58 s. 10 d. (M. 267 per 1000 Kilo) zurück. Die englischen Pächter konnten jetzt ihre, bei den vorausgegangenen hohen Getreidepreisen übernommenen hohen Pachtverpflichtungen nicht mehr erfüllen. Die dadurch hervorgerufene landwirtschaftliche Notlage suchte die Gesetzgebung durch Erhöhung der Getreidezölle (1804) zu beseitigen. Die Preise stiegen auf 89, 79, 75, 81 s. (M. 404, 358,50, 340, 367,50 per 1000 Kilo). Dann brachten die Jahre 1809 bis 1813 wieder die ganz ausserordentliche Höhe von 97 s. 4 d. (M. 441,50), 106 s. 5 d. (M. 483), 95 s. 3 d. (M. 432,20), 126 s. 6 d. (M. 574), 109 s. 9 d. (M. 498 per 1000 Kilo), als die Wirkung schlechter Ernten in Verbindung mit den Folgen der Kontinentalsperre. In dieser etwas längeren Periode höchster [79] Getreidepreise waren die Pachtshillinge abermals allgemein wesentlich gestiegen. Dann kam der Sturz Napoleons mit guten Getreideernten im Inlande und einer enormen Getreideeinfuhr vom Auslande. Die Weizenpreise sanken auf 74 s. 4d. (M. 337,50 per 1000 Kilo) im Jahre 1814 und 65 s. 7 d. (M. 297,50 per 1000 Kilo) im Jahre 1815. Allgemein wurden Klagen über eine landwirtschaftliche Notlage laut und eine parlamentarische Erhebung stellte fest, dass die englische Landwirtschaft sich darauf eingerichtet hatte, den inländischen Getreidebedarf in schlechten Erntejahren zu decken und dass sie dieser für Kriegsfälle unerlässlichen Anforderung nicht nachkommen könne, wenn der Weizenpreis unter 80 s. per Quarter (M. 363 per 1000 Kilo) herabsinke. Das englische Parlament billigte diese Auffassung und bestimmte durch Gesetz vom Jahre 1815, dass die Weizeneinfuhr verboten sei, so lange der Weizenpreis in England unter 80 s. per Quarter (M. 363 per 1000 Kilo) stehe. Steigt der Weizenpreis über 80 s. (M. 363 per 1000 Kilo), so ist die Einfuhr frei. Auch damit wurde jedoch das Problem der Getreidepolitik noch nicht gelöst. Und während der Streit über diese Frage in der öffentlichen Meinung fortdauerte, erschien von David Ricardo im Jahre 1817 sein Hauptwerk über „die Principien der politischen Oekonomie und der Steuerlehre“.

b. Die Theorie.

Nachdem es unbestritten war, dass das Ziel und die Aufgabe aller Wirtschaftspolitik darin bestehe, die Völker reich und reicher zu machen, und nachdem schon Quesnay und seine Schule erkannt hatten, dass der Reichtum eines Volkes nicht dem Vorrat an Geld, sondern dem Vorrat an jenen Gütern gleich sei, welcher dem Volke zu Konsumzwecken zur Verfügung stehe, war jetzt

80 die naheliegende Frage der Theorie offenbar die FRAGE NACH DER ⥁ QUELLE DES REICHTUMS. Die physiokratische Schule IN FRANKREICH hatte zu einer Zeit der Hungersnöte den Boden als Urquelle des Reichtums bezeichnet. ENGLAND ZUR ZEIT ADAM SMITH'S kaufte Rohbaumwolle, Rohseide, Wolle, Rohleder, Gewürze u.s.w. in seinen Kolonien und anderen Produktionsländern, um diese Rohstoffe dann zu verarbeiten und zu veredeln, sie als fertige Produkte an die ganze Welt wieder zu verkaufen und reich dabei zu werden. Hier musste man auf die gleiche Frage eine andere Antwort finden. Und deshalb beginnt Adam Smith sein berühmtes Werk mit dem Satze: „DIE JÄHRLICHE ARBEIT EINES VOLKES IST DER FOND, WELCHER DASSELBE URSPRÜNGLICH MIT ALLEN BEDÜRFNISSEN UND ANNEHMLICHKEITEN DES LEBENS VERSORGT, DIE ES JÄHRLICH VERBRAUCHT UND DIE IMMER ENTWEDER IN DEM UNMITTELBAREN ERZEUGNIS DER ARBEIT ODER IN DEMJENIGEN BESTEHEN, WAS FÜR DIESES ERZEUGNIS VON ANDEREN VÖLKERN GEKAUFT WIRD." Wie aber erklärt es sich, dass diese Quelle des Reichtums bei den verschiedenen Völkern so verschieden stark fliesst? Antwort: Neben der Zahl der Arbeiter vor allem durch die Geschicklichkeit und Intensität der Arbeit. Und welches ist das wichtigste Mittel zur Stärkung dieses Arbeitserfolges und damit des Reichtums? Die Arbeitsteilung. Adam Smith zeigt an dem Beispiel der Fabrikation der Stecknadel, wie der einzelne Arbeiter ohne Arbeitsteilung kaum viel mehr als EINE, sicher aber keine 20 Stecknadeln per Tag fertig bringen wird, während in einer kleinen Fabrik zu seiner Zeit von nur 10 Arbeitern bei Arbeitsteilung mit Arbeitsmaschinen täglich über 48 000 Nadeln, also pro Arbeiter über 4800 Nadeln fabriziert wurden. An diese Vorteile der LOKALEN Arbeitsteilung reihen sich naturgemäss die Vorteile der NATIONALEN ⥁ Arbeitsteilung und im weiteren jene der INTERNATIONALEN Arbeitsteilung. 81 Jedermann, jede Provinz und jedes Volk erzeugt das, was für seine Geschicklichkeit und seine Verhältnisse am Besten passt und tauscht den Ueberschuss seiner Produktion bei anderen Personen, Provinzen und Völkern aus, um sich allseits am Besten dabei zu stehen. Die wichtigste internationale Arbeitsteilung dieser Art ist das Verhältnis zwischen den INDUSTRIESTAATEN und den AGRIKULTURSTAATEN.

Diese nach Adam Smith naturgemässe Entwicklung der volkswirtschaftlichen Verhältnisse wurde zu seiner Zeit vor Allem aufgehalten durch die bevormundende Einmischung des Staates in die wirtschaftliche Thätigkeit des Einzelnen, die insbesondere deshalb geradezu verhängnisvolle Wirkungen zeigte, weil die Reichsten die Staatsgewalt missbrauchten, um die Schwächeren noch mehr zu unterdrücken und die Massen des Volkes in rücksichtslosester Weise durch Monopole aller Art auszubeuten. Adam Smith kann deshalb nach seinem Empfinden gar nicht häufig genug den Nachweis erbringen, dass DAS WOHLVERSTANDENE EIGNE INTERESSE DES EINZELNEN die beste Triebfeder aller

volkswirtschaftlichen Entwicklung sei und dass der Staat nichts zweckmässigeres thun könne, als eben diese Triebfeder endlich frei zu geben.

„Zweck und Ziel aller Produktion ist die Konsumtion und das Interesse der Produzenten sollte nur so weit berücksichtigt werden, als zur Förderung der Interessen der Konsumenten nötig ist. Dieser Grundsatz ist so einleuchtend, dass es abgeschmackt wäre, ihn beweisen zu wollen. In den merkantilistischen Privilegien aber, welche man einzelnen Industriezweigen erteilt hat, wird das Interesse der Konsumenten fast beständig dem der Produzenten aufgeopfert, und dabei scheint man die Produktion und nicht die Konsumtion als Endzweck allen Gewerbefleisses und ↻ Handels zu betrachten." Die Industrie wolle dabei nicht durch ihre eigene Tüchtigkeit, sondern durch Unterdrückung der Konkurrenz reich werden. „Es bedarf keines Beweises, wie sehr solche gesetzliche Bestimmungen der viel gepriesenen bürgerlichen Freiheit widersprechen, die wir (in England) so eifersüchtig zu wahren behaupten, die aber in solchen Fällen den niedrigen Interessen, der Habgier unserer Kaufleute und Fabrikanten offenkundig geopfert wird. Obendrein drängt die merkantilistische Begünstigung das Kapital nur in minder vorteilhafte Kanäle als in die es von selber strömen würde. So schwächt man die Initiative und die Thatkraft der Unternehmer, welche ohne diese Privilegien weit Tüchtigeres in der Produktion zu leisten vermöchten. Die Bevormundung der Privatwirtschaften durch die Gesetzgebung und den Staat ist aber ein Hemmnis, aber niemals eine Förderung des Volksreichtumes."

82

Trotzdem sind alle diese Begünstigungen, welche man der INDUSTRIE zugewendet hat, längst nicht im gleichen Masse schädlich als jene, welche vorgeblich den INLÄNDISCHEN GETREIDEBAU fördern.

„Der grössere Gewinn der Fabrikanten gestattet wenigstens, mehr Arbeiter zu beschäftigen. Das Getreideausfuhrprämiengesetz aber mit den hohen Getreideschutzzöllen hat nur nachteilige Wirkungen."

„Jede Steuer auf Getreide muss entweder die Nahrungsmenge der Arbeiter reduzieren oder eine der Erhöhung des Geldpreises für Getreide entsprechende Erhöhung der Geldlöhne veranlassen. Im ersteren Falle werden die Arbeiter weniger Kinder erzeugen und wird also ein Rückgang der Bevölkerung eintreten, im anderen Falle wird der Arbeitgeber gezwungen, bei höheren Löhnen mit seinem Kapital weniger Arbeiter zu beschäftigen, als niedrigere Löhne gestatten würden, und damit wird dann der Gewerbefleiss des Landes eingeschränkt."

83

↻ „Jede künstliche Steigerung der Getreidepreise durch Zölle und Prämien wirkt aber auch darum so besonders schädlich, weil der Geldpreis für Getreide den Geldpreis aller anderen inländischen Waren bestimmt. Der Geldpreis für Getreide reguliert den Geldpreis für die Arbeit, weil das Getreide

das wichtigste Nahrungsmittel der Arbeiter ist. Es reguliert naturgemäss den Geldpreis von Gras und Heu, Fleisch und Pferdefutter, weil diese Produkte der Landwirtschaft in einer Wertrelation zum Getreide stehen. Auf diese Weise aber reguliert der Getreidegeldpreis auch die sämtlichen Frachten, als die Kosten des Hauptverkehrsmittels im Binnenlande. Durch die Regulierung des Geldpreises aller landwirtschaftlichen Rohprodukte reguliert er auch die Rohstoffe fast aller Fabrikate; durch die Regulierung des Geldpreises der Arbeit reguliert er auch den aller industriellen und gewerblichen Produkte und somit aller Produkte des Inlandes überhaupt."

„Die merkantilistische Politik der Prämien auf die Getreideausfuhr und der Zölle auf die Getreideeinfuhr musste deshalb dazu führen, in England die Getreidepreise zu steigern und im Auslande sie etwas zu verbilligen. Damit wurden aber alle englischen Waren auf allen Märkten etwas teuerer und die ausländischen Waren umgekehrt etwas billiger, als es sonst der Fall gewesen wäre, und man gab folglich der ausländischen Industrie einen doppelten Vorsprung über die englische. Den Grundbesitzern allerdings bringen zunächst höhere Getreidepreise etwas mehr Geld in die Tasche, aber, nachdem infolge dieser höheren Geldpreise für Getreide die Preise für ihre heimischen Produkte entsprechend steigen, sind auch für sie die Vorteile dieser höheren Geldeinnahme nur imaginär."

„Den Geldpreis von Getreide künstlich steigern heisst also, eine beständige Verteuerung hervorrufen. Die Politik ↻ der Getreidepreissteigerung bringt nur Schaden und selbst für die Landwirte keinen Nutzen." [84]

„Die tiefere Einsicht in diese Verhältnisse fordert deshalb den Freihandel nicht nur für die industrielle und gewerbliche Produktion, sondern insbesondere auch den Freihandel für Getreide. Dadurch wird die Gefahr einer Hungersnot am Besten vermieden, denn der Freihandel in Getreide macht die verschiedenen Länder gewissermassen zu Provinzen eines grossen Versorgungsgebietes. Hier kann dann selbst bei ungünstigster Witterung der veranlasste Mangel kein grosser sein. Entweder ist die Witterung zu trocken, dann geben die zu feuchten Ländereien um so bessere Erträge, oder die Witterung ist zu nass, dann geben die zu trockenen Ländereien bessere Erträge und gleichen so den Minderertrag auf den anderen Flächen wesentlich aus. Speziell für die Industriestaaten bietet es nicht die geringsten Schwierigkeiten, die erforderlichen Nahrungsmittel einzutauschen. Das freihändlerische Holland z. B. bezieht lebendes Vieh aus Holstein und Jütland und Getreide fast aus allen europäischen Ländern und muss dafür im Austausch nur eine verhältnismässig kleine Menge von seinen weit wertvolleren industriellen und gewerblichen Produkten hingeben." Also Freihandel möglichst auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens.

DIESER FREIHANDEL IST JEDOCH BEI ADAM SMITH NICHT BLIND UND NICHT BEDINGUNGSLOS. Demselben liegt vielmehr eine ganz bestimmte BESSERE volkswirtschaftliche ORDNUNG zu Grunde, die sich der Idee nach aus dem Princip der Arbeit ableitet.

Die ARBEIT ist nämlich der einzig normale und naturgemässe Massstab jenes WERTES, zu dem die Arbeitsprodukte AUF DEM FREIEN MARKTE gegen einander AUSGETAUSCHT werden. So sollen die NATÜRLICHEN GETREIDEPREISE nach Adam Smith [85] selbstverständlich dem Landmann die Arbeit und die Unkosten in dem Masse vergüten, dass ihm das verwendete Kapital mit dem landesüblichen Gewinn ersetzt werde, und ausserdem noch eine angemessene Rente für Grund und Boden verbleibe. Weil nun der Grund und Boden bei weitem den grössten, wichtigsten und dauerhaftesten Teil des Reichtums eines Landes bildet und der Wert des Bodens abhängig ist von dem Blühen und Gedeihen der Landwirtschaft, so fordert der fortschreitende Reichtum eines Landes und jede vollkommenere Kultur naturgemäss bessere Preise der landwirtschaftlichen Produkte. Und weil diese Steigerung der Preise für die Bodenprodukte der verbesserten Kultur des Landes, von welcher sie gewonnen werden sollten, offenbar VORAUSGEHEN muss, sollte man auch eine jede PREISERHÖHUNG DIESER ART nicht als eine Kalamität, sondern als den VORBOTEN DES GRÖSSTEN SEGENS betrachten.

Wesentlich anders verhält es sich nach Adam Smith mit der NATÜRLICHEN PREISBEWEGUNG FÜR INDUSTRIELLE PRODUKTE. Hier geht die naturgemässe Entwicklung bei fortschreitender Kultur infolge Arbeitsteilung, verbesserter Arbeitsmaschinen, Verbilligung des Zinses u.s.w. dahin, den PREIS fast aller Manufakturwaren IMMER MEHR HERABZUSETZEN. Hohe Preise mit steigender Tendenz für Ackerbauprodukte und billige Preise bei fallender Tendenz für industrielle Produkte sind also nach Adam Smith die Merkmale einer höheren und fortschreitenden Kultur. Der WERTBEGRIFF von Adam Smith begnügt sich nicht mit der Thatsache des Preises, er deckt sich nicht mit dem „Verkehrswert“, sondern FINDET IN BEWUSSTER WEISE SEINEN NORMALEN SELBSTÄNDIGEN MASSSTAB IM BUCHWERT.

Endlich begnügte sich Adam Smith nicht mit dem REIN NEGATIVEN „LAISSEZ FAIRE“ der Physio[86]kraten, sondern er fügte demselben den höchst bedeutsamen POSITIVEN WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN SATZ hinzu: ÜBERLASSET DEM SPEKULATIVEN PRIVATKAPITAL DIE LEITUNG DER VOLKSWIRTSCHAFTLICHEN Verhältnisse. DESHALB wird Adam Smith mit Recht als der „VATER DER FREIHANDELSSCHULE“ bezeichnet. Den Schlüssel für diese Auffassung bietet der Adam Smith'sche KAPITALBEGRIFF, den er den englischen volkswirtschaftlichen Verhältnissen seiner Zeit genau anzupassen und gleichzeitig in eigenartiger Weise mit seiner Theorie der Arbeit als Quelle des Reichtums zu versöhnen versuchte:

Das Produkt der Arbeit ist auch nach Adam Smith der naturgemässe Arbeitslohn. Und früher, als es noch keine Latifundienbesitzer und noch keine Grosskapitalisten gab, da war in England dieser ideale Zustand reale Wirklichkeit, mit anderen Worten: damals war in England der Mittelstand allgemein verbreitet, dessen inneres Wesen darin besteht, dass der Arbeiter auch Eigentümer seiner Produktionsmittel ist. Deshalb gehörte ihm sein Arbeitsprodukt als Arbeitslohn. Inzwischen war das im Verlauf der englischen Geschichte leider anders geworden. Der Mittelstand war mit dem Bauernstand fast vollständig verschwunden, es kam nur „manchmal noch vor, dass ein einzelner unabhängiger Arbeiter genügend Mittel hatte, um die nötigen Materialien zu kaufen, und sich bis zur Vollendung der Arbeit zu unterhalten." Die englische Gesellschaft trennte sich zur Zeit von Adam Smith in Grundbesitzer, Grosskapitalisten und besitzlose Arbeiter. Deshalb, — so folgert Adam Smith — erhält heute der Arbeiter nur den Arbeitslohn aus dem gesamten Wert des Arbeitsproduktes, während ausserdem noch für den Unternehmer der Kapitalgewinn und für den Grundeigentümer die Grundrente ⟳ daraus entfällt. Die Leitung des Produktionsprozesses hatte dabei der Kapitalist, der Geldbesitzer, übernommen. Das alles war offenbar nach Adam Smith nun einmal nicht mehr zu ändern. Es blieb also nichts besseres übrig, als mit diesem gegebenen Zustand, so gut es eben gehen wollte, sich abzufinden. Und das geschah in folgender Weise: [87]

Bis vor Adam Smith verstand man unter Kapital in der Regel eine Geldsumme, die gegen Zinsen ausgeliehen wurde und der der sittliche Makel des Wuchers anhaftete. Man kann in diesem Sinne das Wort „Kapital" definieren als eine Geld- oder Güter-Summe, die in habsüchtiger Weise verwendet wird. Indem nun Adam Smith seinen Reichtumsbegriff nicht nur auf das Geld, sondern auf alle stofflichen Güter ausdehnte und von der Arbeit als Quelle des Reichtums ausging, wurde durch die fasst ausschliessliche Betrachtung des Geldes in seiner Wirkung bei dem Produktionsprozess der Güter das Kapital jetzt zu „angesammelten Arbeitsprodukten, welche zur Deckung des Lebensunterhaltes der Arbeiter (Lohnzahlung) während der Dauer des Produktionsprozesses, wie zur Verwertung der Produkte auf dem Markte, wie zur Beschaffung der erforderlichen Rohmaterialien mit Maschinen und Werkzeugen verwendet wurden". Die Grösse des Kapitalvorrates begrenzte so die Zahl der im Produktionsprozess möglicherweise verwendbaren Arbeiter, sie bedingte damit auch den Grad der Vollkommenheit der Arbeitsteilung und so nicht zuletzt die Grösse des Produktionserfolges überhaupt. Mit dieser Grösse des Produktionserfolges aber steigt der Reichtum der Nation und also auch der Lohn der Arbeiter. Mithin sind die angesammelten Kapitalvorräte gewissermassen als: „milde Stiftung im ⟳ Interesse der Gesamtheit, wie im Interesse der Arbeiter" zu betrachten. Auf diese Weise hat durch Adam [88]

Smith der Kapitalbegriff seinen bis dahin ihm anhaftenden etwas unangenehmen wucherischen Beigeschmack vollkommen verloren und dafür sogar einen gewissen Glorienschein verliehen erhalten. Und wer war jetzt nicht AUCH Kapitalist? Jeder Fischerjunge, der noch einen Angelstock zum Angeln sein Eigen nannte, jeder Schreiber in der höchsten Dachstube, der noch Feder, Tintenzeug und Papier zur Fertigung von Uebersetzungen und dergleichen besass, jeder Proletarier, der etwa noch einen Pinsel mit etwas Farbe und einige Holzbretter in seiner Wohnung hatte, um damit in seinen späten Abendstunden etwa Firmenschilder auf Bestellung zu fertigen, alle diese Personen waren jetzt Kapitalisten geworden, denn auch sie besassen angesammelte Arbeitsprodukte, welche dem Produktionsprozess dienten. —

In der Erinnerung an die GESCHICHTE DES KAPITALISMUS IN ENGLAND scheint jedoch auch Adam Smith bei dieser seiner Kapitaldefinition etwas bedenklich geworden zu sein, denn er versäumte es nicht, den Staatsregierungen folgende ernste Mahnung zu hinterlassen: „DAS INTERESSE DES GRUNDBESITZENDEN LANDWIRTES — der von dem ‚AUCH' Grundeigentum besitzenden Grosskapitalisten scharf zu trennen ist — steht im engen unzertrennlichen Zusammenhange mit den allgemeinen Interessen der ganzen Gesellschaft. Was zur Förderung oder Beeinträchtigung des einen dient, fördert und beeinträchtigt auch die anderen. Beratschlagt das Volk über Gesetze für Handel und Politik, so können diese Grundbesitzer es niemals irreleiten, um ihre eigenen Sonderinteressen zu fördern, wenigstens dann nicht, wenn sie dieses Interesse einigermassen kennen. Ebenso innig ist DAS INTERESSE DER ARBEITER mit dem der übrigen [89] Gesellschaft verwachsen, denn der Lohn des Arbeiters ist niemals so hoch, als wenn der Begehr von Arbeit beständig steigt. Geht aber die Gesellschaft mit ihren wirtschaftlichen Verhältnissen zurück, so kommt das auch sofort in der Lohnhöhe zum Ausdruck. ANDERS STEHT ES MIT DEN KAPITALISTEN, die sich bei ihren Unternehmungen von dem Gewinn leiten lassen, den sie aus denselben ziehen oder zu ziehen beabsichtigen. Nun ist aber dieser Kapitalgewinn von Natur aus GERING in REICHEN und HOCH in ARMEN Ländern und AM HÖCHSTEN in denjenigen, die ihrem UNTERGANG AM SCHNELLSTEN entgegengehen. Das Interesse der Kaptalisten steht also nicht in derselben Verbindung mit dem allgemeinen Interesse der Gesellschaft, wie dies bei den Grundbesitzern und Arbeitern der Fall ist. Es kommt hier ferner in Betracht, dass Kaufleute und Fabrikanten in der Regel die grössten Kapitalien beschäftigen und durch ihren Reichtum sich das meiste Ansehen beim Publikum verschaffen."

„Da sie während ihres ganzen Lebens sich mit Plänen und Berechnungen beschäftigen, so ist ihr Verstand in der Regel mehr geschärft als bei den meisten Landedelleuten; aber, da ihre Gedanken in der Regel mehr auf das, was ihrem eigenen Geschäfte, als auf das was der Gesellschaft im allgemeinen frommt, gerichtet sind, so kann man auf ihr Urteil, selbst wenn es mit der grös-

sten Unbefangenheit abgegeben wird, was nicht immer geschieht, mehr bauen, wenn es den ersten, als wenn es den letzten dieser Gegenstände betrifft. Ihre Ueberlegenheit über den Landedelmann besteht nicht sowohl darin, dass sie das öffentliche Interesse, als darin, dass sie ihr eigenes besser verstehen als er das seinige. Durch diese Art der Ueberlegenheit haben sie oft seine Grossmut gemissbraucht, und ihn zur Preisgebung seines eigenen wie des öffentlichen Interesses zu bewegen vermocht, indem sie ihm einredeten, ihr Interesse und nicht das seinige sei das des Publikums im allgemeinen. Nun ist aber das Interesse eines jeden Geschäftsmannes in der einen oder anderen Beziehung ein von dem öffentlichen verschiedenes und oft selbst entgegengesetztes. Jeder Vorschlag zu neuen Gesetzen oder Handelsreglements, der von dieser Klasse ausgeht, ist mit grosser Vorsicht aufzunehmen, und sollte nie genehmigt werden, bevor er nicht mit der genauesten, ja mit der ängstlichsten Sorgfalt geprüft worden ist; denn er rührt von einer Menschenklasse her, deren Interesse niemals ganz mit dem öffentlichen zusammenfällt, die in der Regel ein Interesse daran hat, das Publikum zu hintergehen oder selbst zu bedrücken, und die es in der That schon oft sowohl hintergangen als bedrückt hat."

In der Steuerpolitik verlangt Adam Smith, dass die Unterthanen möglichst nach dem Verhältnis ihres Vermögens und ihres Einkommens Steuern zahlen sollten. Diese Steuerpflicht soll durch das Gesetz möglichst genau und klar bezeichnet werden, sodass der Willkür der Steuereinnehmer kein Raum gelassen ist. Die Steuererhebung soll sich den Verhältnissen der Steuerzahler derart anpassen, dass die Steuerleistung möglichst erleichtert werde. Der Steuerzahler soll auch der Steuerträger sein und nicht die Steuern auf andere Schultern überwälzen können. Endlich sollte die billigste Erhebungsform gewählt werden. Als prinzipieller Gegner des Merkantilsystems ist er gleich Quesnay nicht minder entschieden gegen alle indirekten Steuern und Gebühren, welche, soweit sie bestehen, möglichst bald abgeschafft werden sollen. Am meisten empfehlenswert scheint ihm eine Art Grundrentensteuer auf städtischen und ländlichen Grundbesitz, welche überdies den Vorzug habe, dass sie eine Art Einkommen belastet, das seinem Eigentümer in der Regel weder Sorge noch Arbeit gekostet habe.

So viel von den Theorien von Adam Smith.

* * *

Alle jene wirtschaftlichen Störungen, welche den französischen Revolutionskriegen voraus und in verstärktem Masse neben ihnen einhergingen, haben den nüchternen Beobachter und Denker Robert Malthus erkennen lassen,

dass die Schwärmereien eines Wallace, Godwin und Condorcet über die mögliche Vervollkommnung der menschlichen Verhältnisse durch die technischen Fortschritte im Produktionsprozess und Verkehr, und durch die Fortschritte der Wissenschaft nur geeignet seien, höchst gefährliche Irrtümer zu verbreiten. Trotz, oder richtiger gesagt, wegen eben dieser Fortschritte in England, wurde jetzt die Stockung in dem Absatz industrieller Produkte um so empfindlicher und die Steigerung der Getreidepreise um so höher. Das englische Armengesetz aber setzte aller wirtschaftspolitischen Unvernunft die Krone auf. Denn: indem es die Kirchspiele verpflichtete, einem jeden arbeitsfähigen Armen Beschäftigung, jedem Armen einen angemessenen Unterhalt zu verschaffen und die hierzu nötigen Mittel durch Steuern zu erheben, wurde in recht gedankenloser Weise das bestehende Missverhältnis zwischen der Bevölkerungszahl und den Nahrungsmitteln beibehalten und noch mehr verschärft.

Einer solchen wenig durchdachten Wirtschaftspolitik gegenüber, wies Robert Malthus vor allem darauf hin, dass die Proletariermassen das Streben hätten, sich in geometrischer Progression zu vermehren, wie 1 zu 2 : 4 : 8 : 16 u.s.w., während die Nahrungsmittel höchstens in arithmetischer Reihe wie 1 zu 2 : 3 : 4 : 5 zur Verfügung ständen. Deshalb trete von Zeit zu Zeit ein Missverhältnis ein zwischen Produktion und Konsum, das — wie die Dinge einmal liegen — nur durch Minderung der Bevölkerungszahl der Proletarier gebessert und geheilt werden könne. Statt in den Zeiten der Krisen die hungernden Armen auf Kosten der Besitzenden zu erhalten, sei es deshalb volkswirtschaftlich weit richtiger, den Armen die, wenn auch bittere Wahrheit frei herauszusagen: „Es hat niemand ein Recht auf Existenz, für den kein Platz an der Tafel der Volkswirtschaft gedeckt ist“ und „Es ist ein Verbrechen, Kinder zu zeugen, die man nicht ernähren kann.“ —

Für Robert Malthus war die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen nur ein anderer Ausdruck für die wirtschaftliche Selbstverantwortlichkeit des Einzelnen. Wenn in dem Zustand der wirtschaftlichen Freiheit der Einzelne sich nicht selbst helfen und sich nicht selbst ernähren kann, dann können ihm auch Staat und Gesellschaft nicht helfen. Aber Malthus war bei dieser Auffassung sich wohl bewusst, dass der Staat und die Gesellschaft gleichzeitig allerdings dafür verantwortlich seien, eine solche Politik zu treiben, dass dem Einzelnen die Erfüllung seiner Pflicht der ökonomischen Selbstverantwortlichkeit nicht etwa erschwert oder gar unmöglich gemacht werde. Malthus vertrat in diesem Zusammenhange insbesondere die Ueberzeugung, dass der Staat jedes einseitige Ueberwuchertwerden der Landwirtschaft durch die Industrie verhüten müsse. England sei in der Richtung einseitiger Begünstigung der industriellen Entwickelung auf Kosten der Landwirtschaft schon viel zu weit gegangen. In diesem Sinne sei allerdings der Staat verantwortlich für die Leiden der Armen, weil man durch seine Massnahmen und

durch seine ⥁ Unterlassungen jetzt auf den STETS UNSICHEREN ABSATZ an Industrieprodukten nach dem Auslande und auf die stets unsichere Zufuhr an Brotgetreide vom Auslande, teilweise wenigstens, angewiesen worden sei, und nun hierfür durch die Ereignisse im Auslande den Boden verloren habe. Der wirtschaftlichen Selbständigkeit und Selbstverantwortlichkeit des Einzelnen entspreche notwendigerweise die ÖKONOMISCHE SELBSTÄNDIGKEIT DER STAATSGEMEINSCHAFT in der Versorgung mit allen wichtigen Produkten des täglichen Bedarfes und in dem Absatz der Massenprodukte der industriellen und gewerblichen Produktion. Jedes Verlassen in dieser Richtung auf das Ausland sei mit der so wichtigen ökonomischen Selbstständigkeit der Staatsgemeinschaft unvereinbar. Deshalb müsse zwischen der Entwickelung der INDUSTRIE und der LANDWIRTSCHAFT eine gewisse GEGENSEITIGE PROPORTION eingehalten werden. Für MALTHUS bleibt die Politik der INTERNATIONALEN Arbeitsteilung eine verwerfliche, weil der internationale Handel NIE ganz so beurteilt werden könne, wie der Handel zwischen den Provinzen desselben Staates. Deshalb sei es vom Standpunkte höherer politischer Interessen unerlässlich, DURCH SCHUTZZÖLLE VON STAATSWEGEN FÜR GENÜGEND HOHE GETREIDEPREISE ZU SORGEN, um die Brotversorgung des Volkes im eigenen Lande zu sichern. Und wenn dadurch der Absatz an industriellen Produkten im Auslande gehemmt werde, so sei das eine durchaus wünschenswerte und gesunde Wirtschaftspolitik, denn MAN VERHÜTET DAMIT EIN KÜNSTLICHES UNGESUNDES STEIGEN DER ARBEITSLÖHNE, das sofort eine entsprechende Zunahme der Proletarierbevölkerung bewirkt; wofür dann eben diese Proletarier um so mehr an jenem unausbleiblichen Tage leiden müssen, an welchem der stets unsichere Absatz an Industrieprodukten ⥁ NACH dem Auslande unterbrochen oder gar auch noch gleichzeitig die Nahrungsmittelzufuhr VOM Auslande aufgehalten wird. Eine vollkommene internationale Handelsfreiheit sei ein schöner Traum, der wahrscheinlich niemals realisiert werden könne. —

So viel aus den Theorien von ROBERT MALTHUS.

* * *

Während ADAM SMITH und ROBERT MALTHUS ihr volkswirtschaftliches Gebäude zuletzt auf der heimischen Landwirtschaft ruhen liessen, und trotz aller Neigung für den kapitalistischen Produktionsprozess gegen die Alleinherrschaft des Kapitalismus laut ihre warnenden Stimmen erhoben haben, versteht es der GROSSKAPITALIST DAVID RICARDO in recht wirksamer Weise, durch seine GRUNDRENTENTHEORIE einen Keil zu treiben zwischen die wirtschaftlichen Interessen der Grundbesitzer und die Interessen der übrigen Bevölkerung.

Diese Theorie lautet folgendermassen:

Wenn der Boden bester Qualität in genügender Menge vorhanden ist, um das Brotgetreide für das Volk darauf zu bauen, dann bestimmen die Produktionskosten den Preis und darüber hinaus giebt es jetzt keinen Gewinn und keine Grundrente. Wenn aber dieser beste Boden nicht mehr ausreicht, das Volk mit Getreide zu versorgen, weil durch den Andrang der Bevölkerung die Nachfrage nach Getreide über seine Produktionsleistungen hinaus gewachsen ist, DANN müssen die Getreidepreise STEIGEN und zwar so hoch, dass die Produktionskosten der SCHLECHTESTEN, noch zur Deckung des Getreidebedarfes notwendig unter den Pflug zu nehmenden Bodenklasse damit NOCH GEDECKT werden. Hiermit ist dann für die BESSEREN, ursprünglich allein mit Getreide bebauten Böden EIN BESONDERER GEWINN entstanden, der als „GRUND-RENTE" bezeichnet wird. Diese Grundrente hat nichts mit dem wirtschaftlichen Verdienst der Grundeigentümer, nichts mit dem Fortschritt der Produktion, nichts mit der volkswirtschaftlichen Werterzeugung gemein. Diese Grundrente erzeugt keine Werte, sie überträgt sie nur. Im Falle einer Verabredung der Grundbesitzer oder der Vereinigung des Grundbesitzes in EINER Hand kann die gesamte Bevölkerung durch das Mittel der Getreidepreissteigerung gezwungen werden, Hab und Gut den Grundeigentümern als Grundrente abzutreten. Und diese Grundrente definiert RICARDO als: „DENJENIGEN TEIL DES ERZEUGNISSES DER ERDE, WELCHER DEM GRUNDEIGENTÜMER FÜR DIE BENUTZUNG DER URSPRÜNGLICHEN UND UNZERSTÖRBAREN KRÄFTE DES BODENS BEZAHLT WIRD." RICARDO versteht unter diesen „ursprünglichen und unzerstörbaren Kräften des Bodens" die Qualitätsdifferenz der besseren gegenüber den schlechteren Bodenarten.

* * *

Erst durch diese Art der Ausscheidung des Grundbesitzes aus der engeren harmonischen Interessenverbindung der Volkswirtschaft war die INTERESSENPOLITIK DES KAPITALISMUS ZUR ALLEIN-HERRSCHAFT gelangt, die nun ihren theoretisch konsequenten Ausdruck in den **„Lehren der reinen Freihandelsschule"** gefunden hat. Jede genauere Untersuchung der konkreten Verhältnisse und ihres geschichtlichen Werdeprozesses war jetzt überflüssig geworden. Es genügte, nach der von RICARDO eingeführten abstrakten Methode zu allgemein gültigen Normen für die Volkswirtschaftspolitik zu kommen, die thatsächlich nur das eine Ziel erstreben: DEN INTERESSEN DES SPEKULATIVEN PRIVATKAPITALS ZU DIENEN. Dies, und nicht der Grundsatz der individuellen Freiheit macht den eigentlichen Kern der Freihandelslehre aus. Die unbedingte Freiheit des allgegenwärtigen Marktes bedeutet vor allem die Freiheit des spekulativen Privatkapitals, in seinem Rennen und Jagen nach Gewinn aus jeder beliebigen Position jederzeit austreten und in jede beliebige andere Position jederzeit eintreten zu können. IN DIESEM SINNE war jetzt ALLES glattweg zur „WARE" geworden: DIE MENSCHLICHE ARBEITSKRAFT, DER GRUNDBESITZ, DAS GELD und selbst-

verständlich auch die Ware im engeren Sinne. Vorgeblich war es die Aufgabe des Staates, nur die Person und das Eigentum zu schützen — in Wirklichkeit aber war es die Aufgabe aller Wirtschaftspolitik, alle ökonomischen Güter und Verhältnisse in diesen „Warenbegriff des freien Marktes“ der Freihandelslehre hineinzuzwängen und der Ausbeutung durch das spekulative Privatkapital preiszugeben. Staatsgrenzen durften diese Jagd nach dem Kapitalgewinn nicht hindern. Deshalb war man für unbedingten internationalen Freihandel, für unbedingte internationale Arbeitsteilung, für unbeschränkte Börsen- und Marktfreiheit, für Wucherfreiheit, für Freiheit des Grundeigentums durch Beseitigung jeder Art von Gebundenheit, für Freiheit der Verschuldung, für Gewerbefreiheit, für Freiheit der Privateisenbahnen, für internationale Goldwährung u.s.w.

So wurde jetzt die Nationalökonomie gelehrt von „reinen“ Theoretikern, wie MacCulloch, James Mill und Senior in England, von J. B. Say, L. L. F. Faucher, Bastiat u. A. in Frankreich, Prince-Smith, Michaelis, Max Wirth u. A. in Deutschland. Für die Nationalökonomen dieser Art kamen die Zeitverhältnisse nur insofern in Betracht, als sie der Ausbreitung der Kapitalsherrschaft günstig waren.

c. Kritik.

97

Jede Beurteilung des kapitalistischen Freihandels-Systems wird vor Allem anerkennen müssen, dass der Vater desselben, Adam Smith, in bewundernswerter Weise die tieferen ökonomischen Bedürfnisse seiner Zeit erkannt hat. Von dem Jahre 1776 an bis in unsere Tage herrschen diese Theorien in durchaus massgebender Weise. Und wenn heute jemand glauben wollte, die schutzzöllnerischen Ideen hätten die Freihandelslehre verdrängt, so sollte ein Hinweis auf die der internationalen Handelsvertragspolitik beigelegte Bedeutung genügen, um uns zu lehren, wie tief noch allgemein die Theorie von der internationalen Arbeitsteilung uns in den Knochen steckt und dass Schutzzoll und Freihandel für sich allein keine prinzipiellen ökonomischen Gegensätze wissenschaftlicher Art, sondern zunächst nur persönliche Interessengegenstätze bezeichnen.

Jede historische Betrachtung der Freihandelsepoche wird bestätigen müssen, dass eine Periode der Herrschaft des spekulativen Privatkapitals aller Wahrscheinlichkeit nach in der Entwicklungsgeschichte keines höheren Kulturvolkes entbehrlich ist. Wenn es die Aufgabe des Merkantilsystems war, die

überlebten stadtwirtschaftlichen Kreise niederzulegen, die Volkswirtschaft einheitlich zu organisieren und die Produktivkräfte des Volkes auf grössere Leistungen vorzubereiten, so war es die Aufgabe des freihändlerischen Kapitalismus, eben diese Produktivkräfte zur vollen Entfaltung zu bringen. Was nach dieser Richtung, wie nach der Richtung der Organisation des Verkehrs und des Geld- und Bankenwesens geschaffen wurde, das hat nur die eiserne Thatkraft der Einzelnen in der unersättlichen Jagd nach Reichtum und Gewinn zu leisten vermocht. Und nicht zuletzt ist eben dieser Reichtum, den die kapitalistische Epoche des Freihandels geschaffen, eine der wesentlichsten Voraussetzungen für jene neue volkswirtschaftliche Ent[98]wicklungsepoche, welche in unseren Tagen sich vorbereitet, das Freihandelssystem endlich einmal abzulösen.

Die Kritik aber, welche sich bemüht, auch hier das Dauernde von dem Vergänglichen zu trennen, wird notwendigerweise mit dem ersten Satze des Adam Smith'schen Hauptwerkes beginnen, der bekanntlich lautet: „Die jährliche Arbeit eines Volkes ist der Fond, welcher dasselbe mit allen Bedürfnissen und Annehmlichkeiten des Lebens versorgt, die es jährlich verbraucht und die immer entweder in dem unmittelbaren Erzeugnis der Arbeit oder in demjenigen bestehen, was für diese Erzeugnisse von anderen Völkern gekauft wird."

Ist dieser Satz richtig? Zunächst wird zu ergänzen sein, dass die Völker gelegentlich auch Arbeitsprodukte aus früheren Jahren verbrauchen und dass also der Verbrauch nicht an die Produktion des laufenden oder vorhergehenden Jahres gebunden ist. Im Sinne der Adam Smith'schen Terminologie steckt diese frühere Arbeit in dem Begriff Kapital, das in seinen Teilen ja aus Arbeitsprodukten besteht. Aber damit wird der Begriff Arbeit im Produktionsprozess noch nicht erschöpft. Die Arbeitskraft, welche in den Maschinen und Werkzeugen der höher entwickelten Kultur enthalten ist und die durch das Hinzutreten der lebendigen Arbeit des anwesenden Menschen in Aktion tritt, beschränkt sich nicht auf die Jahresleistungen und nicht auf die schwielige Hand des Lohnarbeiters. Wenn wir den Arbeitsbegriff an dem Dampfhammer, an der Bänder-Maschine, an dem modernen Webstuhl, an dem Dampfpflug u.s.w. richtig analysieren, so kommen wir auf den grossen und gewaltigen Begriff der ARBEITSGEMEINSCHAFT DER MENSCHHEIT, der in seinen Zusammenhängen bis über die Stein- und Broncezeit hinausreicht und nicht nur die Leistungen der schwieligen Fäuste, sondern auch insbesondere alle Fortschritte von Kultur und Wissen[99]schaft zum Inhalte hat. Bei den Leistungen unserer modernen Maschinen arbeiten die Menschen der vergangenen Jahrtausende mit. Was diese gearbeitet und gedacht haben, das haben sie nicht mit ins Grab genommen, das ist auf der Erde in ganz bestimmten Formen zurückgeblieben, von der jeweils lebenden Generation gehegt und gepflegt worden. In dem Prozess der Arbeit im objektiven Sinne sehen wir deshalb eine jener wunderbaren Er-

scheinungen, die wir als den Prozess der Vereinigung von Geist und Materie bezeichnen.

Diese soziale Arbeitsgemeinschaft ist der grundlegende Teil des Begriffes der ökonomischen Arbeit. Indem Adam Smith den rein technischen Begriff der Arbeitsteilung an die Spitze seiner Betrachtungen stellte, hatte er von Anfang an eine viel zu enge Basis gewählt. Und diese zu enge Begrenzung seiner Aufgabe hatte zur weiteren Folge, dass ihm die Arbeit als alleinige und eigentliche Quelle des Reichtums erscheinen konnte. Die Arbeit der Menschheit als Ganzes hat selbstverständlich für die Schaffung des materiellen ökonomischen Reichtums die Erde zur unentbehrlichen Voraussetzung. Alle Stoffe, die wir besitzen und die wir Güter nennen, müssen einmal irgend wo und irgend wann der Erde entnommen worden sein. Deshalb müssen wir schon den ersten Adam Smith'schen Satz dahin abändern, dass wir sagen: Die Erde ist die Quelle, aus welcher die menschliche Arbeit jene Stoffe gewinnt, die in den verschiedenen Graden ihrer Veredelung die Gesamtheit jener Gütermengen ausmachen, die wir den Reichtum des Volkes nennen.

Adam Smith ist gleichzeitig in diesen seinen grundlegenden Ausführungen zu sehr in den Verhältnissen seiner Zeit hängen geblieben. Weil zu seiner Zeit England den übrigen Völkern technisch in ↻ der gewerblichen und industriellen Produktion überlegen war und deshalb seine Produkte leicht überall mit Vorteil verkaufen konnte, und weil England zu seiner Zeit bis 1776 leicht seinen eventuell nötigen Getreidebedarf vom Auslande beziehen konnte, bleibt es gewiss verständlich, dass Adam Smith so sehr der Politik der internationalen Arbeitsteilung zugeneigt war. Aber zu dauernden Wahrheiten können deshalb diese seine Ausführungen nicht werden. 100

Adam Smith bezieht sich bekanntlich auf das Beispiel eines Manschettenmachers, der aus einer Flachsmenge im Werte von nur 8 Pfg. eine kunstvolle Spitzenmanschette im Werte von 60 M. herstellen kann und dann auf dem freien Markte für ein kleines Volumen seines veredelten Produktes leicht grosse Massen billiger Nahrungsmittel und Rohprodukte von anderen Völkern einzutauschen vermag. Das scheint zunächst ganz einleuchtend. In Wahrheit aber hat diese Politik der internationalen Arbeitsteilung drei wichtige Dinge zur Voraussetzung:

1. muss dieser Manschettenmacher im Auslande auch immer einen Markt für seine Manschetten finden,

2. muss er vom Auslande den zwar billigen aber immerhin unentbehrlichen Flachs immer kaufen können, und

3. muss sich das Ausland bereit finden, Nahrungsmittel zu entsprechendem Preise zu liefern.

Dass die Theorie der internationalen Arbeitsteilung nach diesen drei Seiten auf recht unsicherem Boden steht, lässt sich leicht beweisen.

Das englische Volk hat schon zur Zeit der KONTINENTALSPERRE recht hart empfinden müssen, wie gefährlich der damals erreichte Grad der internationalen Arbeitsteilung für Leib und Leben der einheimischen Arbeiterbevölkerung war. Der Absatz der industriellen [101] Produkte nach dem Auslande, wie der Bezug von Rohstoffen von dem Auslande waren plötzlich ungemein erschwert worden. Bekannt ist auch die BAUMWOLLENHUNGERSNOT in England zur Zeit des nordamerikanischen Bürgerkrieges. Heute beginnen selbst Indien, Japan und China sich in der Erzeugung ihrer industriellen Produkte vom Auslande zu emancipieren. England hat z. B. nach Indien zunächst Baumwollenstoffe und Garne exportiert, dann hat es die Maschinen dahin exportiert, mit denen Indien seine Baumwollenprodukte selbst erzeugen konnte, und zuletzt exportierte es die Einrichtungen für jene Fabriken, welche die Maschinen zur Herstellung von Baumwollenprodukten fabrizieren. Heute aber wollen die Klagen der englischen Baumwollenfabrikanten über die scharfe und recht empfindliche Konkurrenz der indischen Baumwollenspinnereien und Webereien nicht aufhören. Es lässt sich kaum bestreiten, dass die Entwicklungstendenz der Völker ganz allgemein und ausnahmslos darauf gerichtet ist, neben der Rohproduktion auch die industrielle Produktion einzuführen, um den heimischen Bedarf an industriellen Erzeugnissen selbst zu decken. Dass damit auch der Ueberschuss an Rohprodukten und speziell an Getreide auf dem internationalen Markte zu Ende geht, ist schon aus logischen Gründen zu erwarten. Der empirische Beweis ist jedoch hier viel zu wichtig, als dass er ausser Acht bleiben dürfte.

Zunächst wird auch hier wieder die gerechte Beurteilung anerkennen, dass man zur Zeit von Adam Smith den Eindruck haben konnte, die WEIZENPREISE würden sich DAUERND über 200 M. p. 1000 kg, also dauernd auf der Höhe der bekannten „KANITZPREISE" halten, während zu etwas billigeren Preisen in dem benachbarten Amsterdam anscheinend beliebige Mengen von Brotgetreide gekauft werden konnten. Dass man unter solchen Umständen vor eineinviertel Jahrhundert in dem industriell [102] aufblühenden England zu der wirtschaftspolitischen Ueberzeugung kommen musste: es sei nicht nur überflüssig, sondern auch unbillig, BEI SO HOHEN GETREIDEPREISEN den inländischen Getreidebau auf den Latifundien der englischen Grosskapitalisten NOCH DURCH HOHE SCHUTZZÖLLE MIT EINFUHRPRÄMIEN zu begünstigen — das dürfte allgemein verständlich erscheinen. Andererseits sagt das Adam Smith'sche Programm ausdrücklich: die Getreidepreise MÜSSEN die Produktionskosten decken und sie haben deshalb BEI FORTSCHREITENDER KULTUR NATURGEMÄSS EINE STEIGENDE TENDENZ. Damit trennt sich dieser Nationalökonom tief und scharf von den heutigen Vertretern des blinden und bedingungslosen Freihandels, die AUCH DANN keine Massregeln zum Schutz der heimischen Landwirtschaft billigen wollen, wenn

der durchschnittliche Weizenpreis von 200 M. und mehr zur Zeit von Adam Smith inzwischen auf 130 M. und noch tiefer herabgesunken ist und wenn es sich dabei nicht um die Grundrente der englischen Latifundienbesitzer, sondern um den Arbeitsverdienst der deutschen Bauern handelt.

Diese unbedingte Anerkennung der Adam Smith'schen Stellungnahme vorausgeschickt, sind wir heute auf Grund der inzwischen neu gesammelten Erfahrungen in der Lage, in den Adam Smith'schen Argumenten zu Gunsten eines internationalen Handels in Getreide folgende Irrtümer nachzuweisen.

Die Getreideernte leidet nicht nur unter dem Einflusse der Trockenheit und der Nässe, sie leidet auch unter dem häufig noch schärfer auftretenden Einfluss der Kälte. Auch grössere Produktionsgebiete schliessen das unerwünschte Ereignis einer Missernte nicht aus. So hatte das Weizenproduktionsgebiet der Erde innerhalb der letzten 26 Jahre sieben schlechte Ernten, nämlich in den Jahren 1876, ⥁ 1879, 1881, 1889, 1890, 1896 und 1897. Speziell die Erfahrungen 103 des Leiter-Corner-Jahres 1897/98 haben gezeigt, dass nach solchen schlechten Ernten mit Hilfe der Getreideterminbörsen grosse internationale Spekulationsvereinigungen zu Stande kommen, welche auch für Mitteleuropa die Getreidepreise auf die Höhe von Hungersnotspreisen treiben können. Dieser Versuch ist allerdings im Mai 1898 nicht vollkommen geglückt, weil Russland und Indien ihre Grenzen zur Ausfuhr der letzten Getreidereserven offen gelassen hatten. Dafür wurden dann diese beiden Länder im nachfolgenden Jahre von einer furchtbaren Hungersnot heimgesucht, in der Hunderttausende den Hungerstod gestorben sind. Für Mitteleuropa wurden diesmal auf solche Weise Hungersnotpreise vermieden; nur in Spanien und Italien kam es trotzdem zu Hungersnotrevolten.

Es können indessen auch Fälle eintreten, in denen durch andere Faktoren die Zufuhr von Brotgetreide verhindert wird. Einen solchen Fall hatte die englische Geschichte schon bald nach Adam Smith zur Zeit der Napoleonischen Kriege und der Kontinentalsperre zu verzeichnen, als die Preise für 1000 kg Weizen auf 708,80 M. stiegen! Als im Winter 1895/6 ein kriegerischer Konflikt zwischen England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika drohte, brachte die englische Tagespresse Hunderte von Leitartikeln über das Thema: „KRIEG ZWISCHEN ENGLAND UND AMERIKA, ENGLAND MUSS SICH BINNEN VIER WOCHEN ERGEBEN" — aus dem ganz einfachen Grunde, weil England in seiner Brotversorgung auf Nordamerika angewiesen sei.

Die Adam Smith'sche Theorie der internationalen Arbeitsteilung hat übersehen, dass England nicht der einzige Industriestaat auf der Welt bleiben konnte. Alle Märchen über die natürliche Ueberlegenheit und über das natürliche Monopol von ⥁ England in seiner Stellung als Industriestaat sind inzwischen 104 fast schon in Vergessenheit geraten. Ein Land nach dem anderen ging oder geht

zur industriellen Entwickelung über und in rascher Folge wird daher ein Land nach dem anderen aus einem Getreideexportland ein Getreideimportland. ENGLAND selbst war um die Mitte des 18ten Jahrhunderts noch stolz auf seine Getreideausfuhr, heute reicht seine jährliche Weizenproduktion oft kaum für zwei Monate zur Ernährung seiner Bevölkerung aus. Die englischen Farmer klagten in dem zweiten und dritten Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts laut über DIE GEFÄHRLICHE GETREIDEKONKURRENZ der deutschen LANDWIRTE. Heute führte Deutschland in dem allerdings ungünstigen Erntejahr 1901/2 2,379 Millionen Tonnen Weizen netto ein bei einer eignen Weizenproduktion von 2,931 Millionen Tonnen. Zu Anfang der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts war eine ganze Litteratur über die Gefahr der ÖSTERREICH-UNGARISCHEN GETREIDEKONKURRENZ erstanden. Heute produziert Oesterreich-Ungarn gerade noch genug Getreide, um seinen eignen Bedarf zu decken. Die Adam Smith'sche Theorie führt deshalb logischer Weise in eine Sackgasse.

England hatte die Unrichtigkeit dieser Theorie zur Zeit der Napoleonischen Kriege am eigenen Leibe kennen gelernt und setzte deshalb damals sofort mit einer energischen Schutzzollpolitik ein, die bis in die 40er Jahre des vorigen Jahrhunderts andauerte. Dann begann man allerdings die ernste Lehre der Napoleonischen Zeit wieder zu vergessen, um erst in unseren Tagen von Neuem Erwägungen über diese drohenden Gefahren anzustellen. Der Sozialist ROBERT BLATCHFORD schreibt in seinem „Merie England", das eine Verbreitung in weit über eine Million Exemplaren gefunden hat: „Der Kapitalismus, der die englische Landwirtschaft zerstört hat, hat zugleich auch die Unabhängigkeit des englischen Staates zerstört. Noch 20 Jahre des blühenden [105] Handels und des billigen Brotes wie bisher und England ist rettungslos verloren." — So oft aus irgend einem politischen oder ökonomischen Wetterwinkel die Gefahr droht, dass dem englischen Königreich die Brotgetreidezufuhr abgeschnitten oder wesentlich erschwert würde, erörtert auch das englische Parlament mehr oder minder eingehend die Frage: auf welche Weise durch staatliche Getreideläger und dergleichen dem englischen Volke der Brotgetreidebedarf wenigstens auf 3 Monate gesichert werden könnte? — um all diese Verhandlungen und Kommissionsberatungen mit dem Verschwinden der unmittelbar drohenden Gefahr sofort wieder bei Seite zu legen. Der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach. Das englische Parlamentsmitglied LORD GEORGES HAMILTON hat in seinem am 20. Februar 1894 vor der Royal Statistical Society in London gehaltenen Vortrag über diese bedenkliche Situation des englischen Volkes folgende charakteristische Worte gesagt: „WIR SIND IN DER LAGE EINES MANNES, DER GEZWUNGEN IST ZU SPIELEN UND SEINEN SPIELEINSATZ FORTWÄHREND ZU ERHÖHEN, NICHT DESHALB, WEIL ER DAS SPIEL LIEBT, SONDERN WEIL ER JETZT NICHT MEHR AUFHÖREN KANN ZU SPIELEN, OHNE SICH DEM UNTERGANG UND DEM VERDERBEN PREISZUGEBEN." — Man wird angesichts dieser Thatsachen und Erfahrungen

unmöglich behaupten können, dass die Adam Smith'sche Lehre von der internationalen Arbeitsteilung eine dauernde ökonomische Wahrheit sei.

ROBERT MALTHUS hat die für das englische Volk so schlimmen Zeiten der Napoleonischen Kriege und der Kontinentalsperre miterlebt. Deshalb war er in der Lage, DIE ADAM SMITH'SCHE LEHRE IN WESENTLICHEN TEILEN ZU VERBESSERN UND ZU ERGÄNZEN. Nach seiner Auffassung hat der internationale ↻ Freihandel [106] zur Voraussetzung, dass die Brotgetreideversorgung in jedem Lande durch die eigene Produktion in der Hauptsache gesichert sei, dass auch die industriellen und gewerblichen Produkte ihre wichtigsten Märkte im Inlande finden und jedes Ueberwiegen der industriellen Entwicklung sorgsam verhütet werde. Nach Robert Malthus sollen die landwirtschaftliche und die industrielle Produktion einander proportional sein, sich gegenseitig stützen und decken, um so die ökonomische Unabhängigkeit der Staatsgemeinschaft zu sichern und zu erhalten. SO LANGE DIESE BEDINGUNGEN NICHT ERFÜLLT SIND, IST DIE ZEIT AUCH NOCH NICHT REIF FÜR EINEN INTERNATIONALEN FREIHANDEL. Aber diese Bedingungen würden wahrscheinlich erfüllt sein, wenn die richtige Lehre von Adam Smith erfüllt wäre, nämlich: wenn die Getreidepreise die heimischen Produktionskosten deckten und bei fortschreitender Kultur eine steigende Tendenz zeigten gegen eine fallende Tendenz in der Preisbewegung der industriellen Produkte.

Für ROBERT MALTHUS ist diese ökonomische Selbständigkeit der Staatsgemeinschaft eine wesentliche Voraussetzung der ökonomischen Selbständigkeit und Selbstverantwortlichkeit der Einzelnen. Nur innerhalb der Grenze des Staates können die Machtmittel desselben bei arbeitsteiliger Produktion einen geordneten gegenseitigen Austausch der Güter dauernd sichern. Je mehr die arbeitsteilige Produktion in wesentlichen Dingen vom Auslande abhängig wird, desto mehr läuft sie Gefahr, durch unberechenbare Ereignisse tiefgehende Störungen zu erleben, zu deren Beseitigung die Machtmittel des Staates nicht mehr ausreichen und für welche dann die Einzelnen schuld- und schutzlos zu leiden haben.

SOLCHE KRISEN SIND SPEZIELL DER INDUSTRIESTAATLICHEN ENTWICKLUNG EIGEN ↻ und stehen in ihrer Intensität immer in DIREKTER Proportion zur GRÖSSE [107] DER PROLETARIERMASSEN. Denn: jeder industrielle Aufschwung bringt dem besitzlosen Arbeiter höheren Arbeitslohn und damit eine bessere Lebenshaltung. Die unmittelbaren Folgen sind: Zunahme der Ehegründungen und entsprechende Zunahme der Bevölkerungszahl. Dabei ergiebt sich bei einem Ueberwiegen der Industrie über die heimische Landwirtschaft eine noch grössere Abhängigkeit der Volksernährung vom Auslande. Die Geschichte lehrt uns, dass die damit begonnene einseitige Entwicklungstendenz in kürzeren Zeiträumen immer wieder Störungen der verschiedensten Art und des verschiedensten Grades erlebt, die immer mit besonderer Härte auf den besitzlosen Arbeiter-

massen lasten. Die übliche kurzsichtige Politik der Staaten ist in solchen Fällen bemüht, durch ARMENUNTERSTÜTZUNGEN aller Art IN VERBINDUNG MIT NEUEN HANDELSPOLITISCHEN BEZIEHUNGEN ZUM AUSLANDE die Dauer der Krisis abzukürzen, um so möglichst bald wieder einen neuen industriellen Aufschwung mit weiterer Lohnsteigerung, neuer Proletarierzunahme u.s.w. zu erreichen. Nach ROBERT MALTHUS folgen in all diesen Fällen die Politiker LEIDER NUR DER ENTWICKLUNGSTENDENZ DER KRANKHEIT, die den volkswirtschaftlichen Körper befallen hat und also der Entwicklungstendenz des Verderbens. Die Krankheit selbst greift unter solchen Massnahmen mehr und mehr um sich. Die natürliche Lebenskraft des volkswirtschaftlichen Organs wird verbraucht. Und das Ende kann nur ein Ende mit Schrecken sein.

Wer nach ROBERT MALTHUS auch hier den Mut hat, der Wahrheit ins Auge zu schauen, wird als Politiker — statt dieser verhängnisvollen Entwicklungstendenz der Krankheit in kurzsichtiger Weise zu folgen — bemüht sein müssen, [108] DEM VOLKSWIRTSCHAFTLICHEN KÖRPER ⥁ WIEDER ZUR VOLLEN GESUNDHEIT ZU VERHELFEN. Und hierfür gilt bei Freiheit der Arbeit und bei Arbeitsteilung nur der Grundsatz: der Staat kann die Arbeiter nicht ernähren, wenn sie sich nicht selbst ernähren können. Der Staat kann den einzelnen nicht bereichern, wenn er sich nicht selbst bereichert. Der Staat kann nur die äusseren Bedingungen so ordnen, dass sich der Einzelne selbst helfen kann. ZEIGT ES SICH ABER, DASS JEDE EINSEITIGE INDUSTRIELLE ENTWICKLUNG INFOLGE IHRES UEBERGREIFENS AUF DAS STETS UNZUVERLÄSSIGE AUSLAND VON ZEIT ZU ZEIT DURCH KRISEN HEIMGESUCHT WIRD, so kann im Interesse einer inneren Gesundung der Volkswirtschaft wie im Interesse der Proletarier GAR NICHT FRÜH UND GAR NICHT ENERGISCH GENUG DURCH EINE ENTSPRECHENDE FÖRDERUNG DER HEIMISCHEN LANDWIRTSCHAFT DER SCHWERPUNKT DER VOLKSWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG IM EIGENEN LANDE WIEDER GESICHERT WERDEN. Nur so kommt die Wirtschaft des Volkes bei Arbeitsteilung zu dauernd geordneten Verhältnissen.

Die KRITIK dieser Malthus'schen Lehre hat bis heute darauf hinweisen können, dass für JUNGE Kulturländer, wie Nordamerika, Argentinien u.s.w. die Malthus'schen Theorien zur Erklärung der Krisen NICHT verwendbar sind. Man hat auch mit Recht betont, dass Malthus eigentlich nicht gezeigt habe, wie der Uebergang AUS DER EINSEITIG INDUSTRIELLEN ENTWICKLUNG ZUR HARMONISCHEN ENTWICKELUNG VON LANDWIRTSCHAFT UND INDUSTRIE wirtschaftspolitisch vollzogen werden könnte. Mit der ABSCHAFFUNG DER ARMENRECHTLICHEN VERPFLICHTUNGEN jeder Art zur Unterstützung der Hungernden und [109] mit der EINFÜHRUNG GENÜGEND HOHER SCHUTZZÖLLE ⥁ **allein** ist offenbar dieses Problem noch nicht gelöst. Aber die gerechte wissenschaftliche Kritik ist heute auch darüber einig, DASS DIE EMINENTE SOZIALE GEFAHR IN DER BEVÖLKERUNGSZUNAHME DER PROLETARIERMASSEN, auf welche Malthus zuerst nachhaltig aufmerksam gemacht hat, THATSÄCHLICH BESTEHT, und wir möchten sogar

noch einen Schritt weiter gehen und sagen: der gesunde Kern jener Theorien, welche die Lehren des ökonomischen Liberalismus ausmachen, hat einem Robert Malthus mehr zu danken als einem Adam Smith.

Dem Adam Smith'schen Kapitalbegriff gegenüber haben namentlich Rodbertus und Adolf Wagner schon darauf hingewiesen, dass mindestens zwischen Kapital im volkswirtschaftlichen und Kapital im privatwirtschaftlichen Sinne unterschieden werden müsse. Wenn es einem Unternehmer gelingt, seine Lohnarbeiter in rücksichtslosester Weise auszubeuten, so kann der Reichtum, den er alsdann in seiner Tasche ansammelt, einer solchen Belastung der Gesamtheit infolge der Verelendung der Arbeiterfamilien gegenüberstehen, dass unmöglich eine gleichzeitige Zunahme des Nationalreichtums angenommen werden kann. Wenn ein Spekulant an der Börse durch geschickte Verbreitung falscher Nachrichten eine nach grossem Styl angelegte Baissespekulation mit reichem Gewinn zu Ende führt, so haben auf dem Getreidemarkte z. B. andere Personen das Geld millionenfach verloren, das der eine Spekulant dabei gewonnen, während der ganze Vorgang den nationalen Gütervorrat an sich völlig unberührt gelassen hat. Wenn ein Güterschlächter in einer Bauerngemeinde sein unheilvolles Gewerbe zum Abschluss gebracht hat, so mag seine Privatbörse eine wohlgefüllte sein, die nationale Produktion aber hat dieser Mann ganz gewiss nicht gefördert, sondern [110] nur geschädigt. In all diesen Fällen handelt es sich um die werbende Thätigkeit nicht des volkswirtschaftlichen, sondern des privaten Kapitals, um gewinnbringende Handlungen der Privatkapitalisten, um markante Vorgänge, die dem „Kapitalismus“ angehören, und trotzdem fehlen die Merkmale des Adam Smith'schen Kapitalbegriffes: denn nirgends erkennen wir „angesammelte Arbeitsprodukte, welche dem Zwecke der volkswirtschaftlichen Güterproduktion dienen.“

C. Menger hat deshalb seine Definition des Kapitals wieder mehr dem Begriff des Kapitalismus und der ursprünglichen und allgemeinen Auffassung des Kapitals angepasst, indem damit das „Vermögen der Erwerbswirtschaft bezeichnet wird, dessen Geldwert Gegenstand unseres ökonomischen Calculs ist und das sich uns rechnungsmässig als eine werbende Geldsumme darstellt.“ Aber auch hierbei scheint Vorsicht von Nöten zu sein. Die mehr als hundertjährige Herrschaft des Adam Smith'schen Kapitalbegriffes ist uns so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, dass heute auf der kleinsten landwirtschaftlichen Winterschule den Bauernsöhnen gelehrt wird, den ökonomischen Jahreserfolg der Bauernwirtschaft nach rechnerischem Calcul zu zerlegen in: Grundrente, Kapitalzins und Arbeitslohn. Fast jede landwirtschaftliche Produktionskostenberechnung zählt selbstverständlich zu den Kosten auch die Zinsen des investierten Kapitals. Wo die öffentliche Meinung so gründlich von kapitalistischen Anschauungen durchsetzt ist, da wird es ratsam sein, den allgemeinen Sprachgebrauch nicht als Ausgangspunkt einer wissenschaftlichen Defi-

nition zu wählen. Hier scheint es richtiger, auf die Quelle dieses Begriffes bei Adam Smith zurückzugreifen.

Da ist es nun vor Allem wichtig, sich zunächst zu erinnern, dass Adam Smith selbst wohl der unbedingten Richtigkeit seines Kapitalbegriffes nicht voll 111 vertraute. Sonst ⥁ wäre es unverständlich, dass er in so nachdrücklicher und so zutreffender Weise vor den Folgen des Kapitalismus warnen konnte, wie das in dem oben angeführten Citat zum Ausdruck kommt.

Weiter ist zu beachten, dass Adam Smith beim Kapital ebenso wie bei der Preisbewegung für landwirtschaftliche und industrielle Produkte ganz bestimmte Normen kannte, denen eine gute gesunde volkswirtschaftliche Entwicklung sich möglichst zu nähern habe.

Bei GESUNDEN volkswirtschaftlichen Zuständen, wie sie auch in England schon einmal waren, ist nach Adam Smith der einzelne Arbeiter in der Regel auch Eigentümer seiner Produktionsmittel und besitzt genug Vermögen, um sich während der Dauer der Produktion zu erhalten. In diesem Falle ist dann das Arbeitsprodukt der naturgemässe Arbeitslohn. IN DIESEM NORMALFALLE giebt es WEDER EIN KAPITAL, noch EINEN KAPITALZINS, noch eine GRUNDRENTE, sondern **nur** NATURGEMÄSSEN ARBEITSLOHN. Auf dieser Basis lässt sich nun die Lehre vom Kapital folgendermassen anschliessen.

Diese normalen Verhältnisse werden häufig in der Weise gestört, dass Geldbesitzer die Macht gewinnen, die selbstständigen Arbeiter ihrer Produktionsmittel zu berauben. So kam es in England schon Ausgangs des Mittelalters zur Vernichtung des englischen Bauernstandes hauptsächlich durch die Wollinteressenten. **Dann** teilt sich die natürliche Grundzelle der Volkswirtschaft, der MITTELSTAND nämlich, in Arbeit und Produktionsmittel und es tritt ein Zustand ein, den man als den KAPITALISTISCHEN auch deshalb bezeichnen kann, weil alle GRÖSSEREN Produktionsleistungen jetzt unter der Herrschaft und Oberleitung des spekulativen Privatkapitals stehen, womit jedoch in keiner Weise gesagt werden darf, dass sich das spekulative Kapital etwa nur darauf beschränken 112 würde, den Produktionsprozess ⥁ zu fördern. Das Kapital benutzt jede mögliche Form der Aneignung von Gütern und sieht eine Grenze seiner Aneignungsfähigkeit nur in dem vorhandenen Gütervorrat. Erst JETZT, im Zeitalter des Kapitalismus, wird das fertige Arbeitsprodukt aufgeteilt in Arbeitslohn, Kapitalzins und Grundrente. Und EINE SPECIFISCHE ART dieser privaten Gewinnerzielung hat DAVID RICARDO in seiner GRUNDRENTENDEFINITION erfasst, wie sich das in folgender Weise begründen lässt.

Die volkswirtschaftliche Produktion unter der Herrschaft des Kapitalismus drängt leicht zur Spezialisierung in der Produktion, zur internationalen Arbeitsteilung, zur Abhängigkeit vom Auslande hinsichtlich des Absatzes der industriellen Produkte, wie hinsichtlich der Getreideversorgung des Volkes und

des Bezuges an Rohstoffen. Da nun in der Zeit einer anscheinend aufsteigenden Entwicklung die Proletarierbevölkerung sich immer stark vermehrt, so tritt zur Zeit der bei kapitalistischer Herrschaft unausbleiblichen Krisen mit der Stockung der Getreidezufuhr vom Auslande ein plötzlicher „Andrang der heimischen Bevölkerung“ auf dem bis dahin vernachlässigten heimischen Getreidemarkt ein, welcher die Getreidepreise jetzt so hoch treibt, dass sie durch ihre Höhe zur genügenden Getreideproduktion im eigenen Lande binnen kürzester Zeit anreizen. In diesem Falle erzielen die Eigentümer der besseren Böden einen Extragewinn, der sich mit der Ricardo’schen Grundrente deckt. Die Kritik hat mit Recht behauptet, dass unter solchen Umständen die Beibehaltung des privaten Grundeigentums sich nicht mehr rechtfertigen lässt. Die Kritik hätte gleichzeitig noch einen guten Schritt weiter gehen und sagen können, dass unter solchen Zuständen die ganze Unhaltbarkeit der rein kapitalistischen Ordnung der Volkswirtschaft in aller Schärfe uns entgentritt und dass deshalb die Wieder↻kehr normaler Verhältnisse mit vorherrschendem Mittelstand gar nicht eilig genug herbeigeführt werden kann. [113]

Die Litteratur nach David Ricardo hat jedoch diese Schlüsse zunächst nicht gezogen. Ihr schien vielmehr die reinste Darstellung der kapitalistischen Volkswirtschaftslehre die zunächst wichtigste Aufgabe aller ökonomischen Wissenschaft. Sie hat damit heute den Beweis wesentlich erleichtert, dass eine kapitalistische Ordnung des ökonomischen Volkslebens nicht von Dauer sein kann.

Die „reinen“ bedingungslosen Freihändler waren bekanntlich der Ansicht, dass die beste Ordnung unserer volkswirtschaftlichen Verhältnisse darin bestehe, die vier wichtigsten Güterkategorien, nämlich die Arbeit, den Grund und Boden, das Geld und die eigentliche Ware dergestalt in freihändlerische „Ware“ zu verwandeln, dass auf all diesen Gebieten alle volkswirtschaftliche Sorge dem spekulativen Privatkapital überlassen werde. Diese bedingungslose freihändlerische Richtung hat bekanntlich in allen modernen Kulturländern den Gesetzgebungsapparat in ihre Gewalt bekommen. Fast überall tragen heute noch die Völker die Fesseln dieser Freihandelsgesetze. Und wie haben diese sich in der Praxis bewährt?

All jene furchtbaren Missstände, welche die freihändlerische Behandlung der **Arbeit** als „Ware“ zur Folge hatte, hat den modernen wissenschaftlichen Sozialismus gezeitigt, der wirtschaftspolitisch die Verstaatlichung der Produktionsmittel fordern zu müssen glaubt. Die heute in Deutschland herrschende kathedersozialistische Richtung hat sich der sozialistischen Kritik des Freihandels auf dem Gebiete der Lohnarbeit angeschlossen. Und seit dem Beginn der modernen sozialen Gesetzgebung zu ↻ Gunsten der Lohnarbeiter haben [114]

die legislativen Faktoren in ihrer Mehrheit entschieden, dass die Freihandelslehre von der menschlichen Arbeit als „Ware“ eine IRRLEHRE sei.

Der GÜTERSCHLÄCHTER, als hervorragendster Repräsentant des **Freihandels in Grund und Boden,** wird heute in fast allen Kulturländern als eine Persönlichkeit betrachtet, die mehr oder minder scharf unter Polizeiaufsicht gestellt werden muss. In den Alpenländern ausserhalb der Schweiz, wie in den landschaftlich schönsten Teilen der deutschen Mittelgebirge zeigen sich bereits höchst verdächtige Entwickelungen der LATIFUNDIENBILDUNG zu Jagdzwecken, sodass es nur noch eine Frage der Zeit sein kann, bis die Gesetzgebung auch hier dem unheilvollen „Kapitalismus“ entgegentreten muss. Dazu kommen fortwährend sich mehrende Gesetze im Sinne einer positiven Ordnung des BÄUERLICHEN ERBRECHTS, Massnahmen gegen die SCHWINDELHAFTEN BAUSPEKULATIONEN in den Städten, Bestrebungen zu Gunsten einer Neuordnung der Grundverschuldung u.s.w. All diesen Gesetzen und wirtschaftspolitischen Strömungen aber liegt die eine feste Ueberzeugung zu Grunde: es war ein höchst bedenklicher IRRTUM des Freihandels, Grund und Boden als „Ware“ zu behandeln.

Die freihändlerische Lehre vom **Gelde** hat bereits verschiedene Wandlungen durchgemacht. Nachdem ursprünglich in den Ländern mit Doppel-Währung die freie Prägung der beiden Edelmetalle beliebt war, sodass dem spekulativen Privatkapital auch die Festsetzung des Metallgeldvorrates überlassen blieb, siegte dann die Richtung zu Gunsten einer internationalen Goldwährung, womit in Doppelwährungsländern die freie Prägung eingestellt wurde. Die Erklärung für diese veränderte Auffassung liegt nahe: nicht nur der internationale Warenverkehr, auch die internationale Ausbeutung der Völker durch das spekulative [115] Privatkapital wird wesentlich erleichtert, wenn überall die gleiche Währung gilt. Die Ausdehnung dieser Politik auch auf RUSSLAND und INDIEN hat indes gezeigt, dass Staaten auf diesem Niveau der wirtschaftlichen Entwickelung sich darauf beschränken müssen, durch eine besondere Goldreserve den Cours der Landesmünze im nationalen Geldverkehr zu halten. Inzwischen ist in Russland, Indien und auch in CHINA eine immer noch wachsende Strömung erwacht gegen die Einführung der modernen Geldwirtschaft überhaupt. In anderen Ländern, wie in ARGENTINIEN, ITALIEN und der TÜRKEI, wo man die Goldwährung eingeführt hat, folgte ihr das Fiasko auf dem Fusse. Die Freihandelslehre, dass der ZINS eine ebenso URSPRÜNGLICHE volkswirtschaftliche Einkommensart sei, wie der Arbeitslohn und das Einkommen aus Grund und Boden, konnte vor allem von der historischen Forschung dahin korrigiert werden, dass fast alle Kulturvölker URSPRÜNGLICH den Zins nicht kannten und dass der Zins, nachdem er sich in der weiteren Entwickelung als eine Art des Einkommens eingefunden, bei den Juden wie bei den Römern und bei den germanischen Völkern ausdrücklich durch besondere Gesetze verboten

wurde. Auch die heutige Entwickelung ist wenigstens in den grössten Bankinstituten, wie in der deutschen Reichsbank, in der Bank von Frankreich und in der Bank von England mit Hunderten von Millionen Mark wieder beim ZINSFREIEN Gelde angekommen. In den Wirtschaftsplan der Forsten haben vor einigen Jahrzehnten Theoretiker die Zinseszinsrechnung einführen wollen. Aber die daraus sich ergebenden Konsequenzen waren so ungeheuerlich, und der Widerstand der praktischen Forstmänner gegen diese Theorie ein so energischer, dass die Staatsbehörden überall die Aufnahme des Zinses in ihre forstwirtschaftlichen Erwägungen abgelehnt haben. Der vielgerühmte Ertragswertanschlag zur ⥁ Ermittelung des Werts der landwirtschaftlichen Grundstücke besitzt seine grösste Schwäche darin, dass er den gefundenen Reinertrag nach dem landesüblichen Zinsfuss kapitalisiert und deshalb den Grundwert proportional dem Zinsfusse schwanken lässt. Nachdem der landesübliche Zinsfuss in den letzten 30 Jahren in Deutschland fast um 100 % schwankte, hätte NUR DESHALB auch der Wert der landwirtschaftlichen Grundstücke um nahezu 100 % schwanken müssen, SELBST UNTER DER VORAUSSETZUNG, dass der Ertrag der landwirtschaftlichen Grundstücke in der ganzen Zeit genau der gleiche geblieben wäre. Man ersieht aus alledem: in der THEORIE erweist sich die Freihandelslehre vom Gelde als FALSCH, in der PRAXIS als UNBRAUCHBAR. 116

Ja nicht einmal bei der **eigentlichen Ware** konnte die Freihandelslehre ihre Anerkennung bis heute erhalten. Es klang doch so überzeugend fest für jedermann: der Preis der Ware wird am zweckmässigsten bestimmt durch Angebot und Nachfrage auf dem freien Markte. Ist das Angebot zu gross, dann geht der Preis zurück und wirkt einschränkend auf die Produktion. Ist das Angebot zu klein, so steigt der Preis und wirkt anregend auf die Produktion. So wurde die Preisbildung auf dem freien Markte auch zum volkswirtschaftlichen Regulator der Produktion. In der Praxis aber zeigte sich folgendes:

Die PREISBILDUNG DES FREIEN MARKTES unter der Herrschaft des spekulativen Privatkapitals ist keine solche nach weiten festen Gesichtspunkten, sondern in recht nervöser Weise an die TÄGLICHE und STÜNDLICHE MARKTSITUATION gebunden. Die Augenblickssituation des Marktes beherrscht den freihändlerischen Marktpreis. Und weil diese Situation ausserordentlich wechselvoll sich gestaltet, ist die Preisbewegung auf den freien Märkten nie vor Ueberraschungen sicher und deshalb eine fortwährend schwankende.

⥁ Bei den modernen Weltmärkten für die verschiedenen Waren wird ausserdem der Markt durch „Stimmungen" beherrscht, die sich auf den eingelaufenen Nachrichten von und über den Markt aufbauen. Weil und soweit aber dieser Nachrichtendienst mehr oder minder ausschliesslich in der Hand des spekulativen Privatkapitals ruht, werden diese Nachrichten im Interesse grosser Privatspekulationen immer wieder systematisch GEFÄLSCHT. Damit wird 117

dann natürlich auch immer die Preisbildung gefälscht. Und das schliessliche Resultat ist eine Verschärfung der Preisschwankungen nach oben und unten, wodurch bald die Interessen der Produzenten, bald die der Konsumenten empfindlich geschädigt werden. Nur die reinen Preisspekulanten gewinnen am meisten, wenn die Preisschwankungen am stärksten sind.

Der Konsument hat ein recht bedeutendes Interesse daran, schon im Voraus für eine möglichst lange Zeit zu wissen, was eine bestimmte Ware ihn kosten wird. Jede Art von Haushaltung wird damit wesentlich erleichtert. Nicht minder verlangen die Interessen der Produzenten die gleiche möglichste Stabilität der Preise. Nur dann sind einschneidende Reformen im Produktionsprozess allgemein möglich und zu rechtfertigen. Weil nun die Schwankungen in der Tagessituation des Marktes hauptsächlich in der ungeordneten Ablieferung der Produzenten an den Markt und in den Fälschungen der Marktnachrichten durch das Spekulationsinteresse verursacht werden, beginnen neuerdings die Produzenten eine bessere Ordnung des Marktes in der Weise zu schaffen, dass sie sich an der Organisation des Nachrichtendienstes über und für den Markt wesentlich beteiligen, dadurch Nachrichtenfälschungen bedeutend erschweren und endlich auf Grund dieses Nachrichtendienstes [118] die Zufuhren zu dem Markte gemeinsam in ↻ der Weise regeln, dass in der Hand des Handels sich nicht mehr Ware ansammelt, als der Konsum in kurzer Zeit unmittelbar abnimmt. Durch diese bessere Regulierung des Zuflusses zum Markte regulieren sich dann auch die Preise auf mittlerer Höhe. Die weitere Entwickelung gestaltet sich in der Regel so, dass der solidere Teil des Warenhandels sich dieser Organisation der Produzenten unmittelbar anschliesst, um gemeinsam eine Verkaufsorganisation zu schaffen, bei der die Vernunft auf Grund besserer Einsicht die Preise reguliert an Stelle der rohen freihändlerischen Gewalten von Angebot und Nachfrage.

Das ist der heute ganz allgemein erkennbare Entwickelungszug bei fast allen Waren, und deshalb muss gesagt werden: selbst für die Ware im eigentlichen Sinne hat unsere Zeit schon begonnen, diejenige Freihandelslehre über Bord zu werfen, welche sagt, dass das spekulative Privatkapital auf dem freien Markt am besten in der Lage sei, die Warenpreise im volkswirtschaftlichen Sinne zu regulieren.

Der gesunde und dauernde Kern dessen aber, was wir als **den ökonomischen Liberalismus** bezeichnen können, entstammt aus der Zeit vor dem „reinen“ und „bedingungslosen“ Freihandel und lässt sich etwa in folgenden Sätzen zusammenfassen:

1. Auf einer gewissen Stufe der volkswirtschaftlichen Entwickelung muss das Prinzip der wirtschaftlichen Freiheit des Einzelnen, welcher andererseits das Prinzip der Selbstverantwortlichkeit des Einzelnen entspricht,

zur allgemeinen Anerkennung gelangen. Danach kann der Staat den Einzelnen nicht ernähren, wenn er sich nicht selbst ernährt, und der Staat kann den Einzelnen nicht bereichern, wenn er sich nicht selbst bereichert.

↻ 2. In dieser Periode der individuellen wirtschaftlichen Freiheit besteht DIE GROSSE UND HÖCHST WICHTIGE AUFGABE DES STAATES DARIN, JENE WESENTLICHEN ALLGEMEINEN BEDINGUNGEN ZU ERHALTEN, oder binnen kürzester Zeit mit aller Energie wieder zu schaffen, WELCHE DEM EINZELNEN DIE ERFÜLLUNG SEINER ÖKONOMISCHEN SELBSTVERANTWORTLICHKEIT ERMÖGLICHEN. Diese wesentlichen Voraussetzungen bestehen darin, dass INNERHALB DER STAATSGRENZEN DIE VERSORGUNG DES VOLKES MIT BROTGETREIDE, DER BEZUG DER WICHTIGSTEN ROHMATERIALIEN DER MASSENPRODUKTION und DER ABSATZ DER WICHTIGSTEN MASSENPRODUKTE gesichert sei. **Nur** wenn die ANDERN STAATEN in GLEICHER WEISE dieser NORMALEN Entwickelung zustreben, IST DIE VORAUSSETZUNG FÜR EINEN **internationalen** FREIHANDEL gegeben. [119]

3. Zu diesen NORMALEN VOLKSWIRTSCHAFTLICHEN VERHÄLTNISSEN, wie sie sein sollen bezw. erstrebt werden sollen, gehört ein BEDEUTENDES VORHERRSCHEN DES MITTELSTANDES, der Eigentümer seiner Produktionsmittel und wohlhabend genug ist, sich während der Dauer der Produktion selbst zu ernähren. In DIESEM Falle ist dann das ARBEITSPRODUKT DER NATURGEMÄSSE ARBEITSLOHN. Hier BLEIBT DIE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG INNERHALB DER RECHTEN PROPORTION ZUR NAHRUNGSMITTELZUNAHME. Hier giebt es weder KAPITAL NOCH ZINS NOCH GRUNDRENTE.

4. Werden diese NORMALEN volkswirtschaftlichen Verhältnisse durch Ausbreitung und Herrschaft des PRIVATKAPITALS wesentlich GESTÖRT, dann TRENNT SICH der Mittelstand in KAPITALISTEN, GRUNDBESITZER und ↻ LOHNARBEITER. Das FERTIGE ARBEITSPRODUKT wird DANN bei kapitalistischer Ordnung der Volkswirtschaft aufgeteilt in GRUNDRENTE, KAPITALZINS und ARBEITSLOHN. [120]

5. Diese KAPITALISTISCHE VOLKSWIRTSCHAFTLICHE ORDNUNG ist deshalb für die Gesamtheit so AUSSERORDENTLICH GEFAHRVOLL, weil dann bei den PROLETARIERN die ausgesprochene TENDENZ besteht, ÜBER DIE HEIMISCHE NAHRUNGSMITTELPRODUKTION immer mehr HINAUSZUWACHSEN. Diese Tendenz ist um so gefahrvoller, weil die Herrschaft des spekulativen Privatkapitals zur immer schärferen INTERNATIONALEN ARBEITSTEILUNG neigt und damit das Wohlergehen der eigenen Volkswirtschaft IN EINE IMMER BEDENKLICHERE ABHÄNGIGKEIT kommt von dem WOHLVERHALTEN FAST ALLER LÄNDER DER ERDE. Weil aber in der Welt erfahrungsgemäss tiefere ökonomische Störungen IMMER wiederkehren, wird dann JEDES MAL die eigene Volkswirtschaft von einer entsprechenden einschneidenden KRISIS heimgesucht, in welcher die EINZELNEN SCHULDLOS und SCHWER leiden müssen FÜR DIE UNTERLASSUNGSSÜNDEN DES STAATES. In solchen kritischen Zeiten durch irgend welche ARMENRECHTLICHEN BESTIM-

MUNGEN „helfen“ wollen, ist SELBSTBETRUG, der die VERNICHTUNG DER VOLKSWIRTSCHAFT nicht nur nicht aufhalten, sondern NUR BESCHLEUNIGEN KANN. Hier giebt es nur **eine** Art der Rettung und das ist: EILIGSTE RÜCKKEHR ZU NORMALEN VOLKSWIRTSCHAFTLICHEN VERHÄLTNISSEN.

6. Der WERT DER ARBEITSPRODUKTE bestimmt sich im Prinzip nach den PRODUKTIONS- resp. REPRODUKTIONSKOSTEN und ist also gleich dem „Buchwerte“. JE MEHR sich der PREIS der Waren dieser [121] Wertnorm NÄHERT, DESTO BESSER sind die VOLKSWIRTSCHAFTLICHEN Verhältnisse GEORDNET. Bei normaler volkswirtschaftlicher Entwickelung haben ferner die GETREIDEPREISE die TENDENZ, langsam und stetig zu STEIGEN, während umgekehrt die INDUSTRIELLEN PRODUKTE eine FALLENDE Tendenz zeigen.

7. Die BESTE STEUER ist eine EINKOMMENSTEUER mit der Heranziehung des Vermögens und unter BESONDERER BELASTUNG DESJENIGEN EINKOMMENS, DAS WEDER SORGE NOCH ARBEIT GEKOSTET HAT.

[122] 4. Das moderne sozialistische System.

VORBEMERKUNGEN UND LITTERATUR: Der moderne wissenschaftliche Sozialismus wurde durch KARL MARX und FRIEDRICH ENGELS GEMEINSAM begründet.

Karl Marx wurde am 5. Mai 1818 als Sohn eines jüdischen Advokaten in Trier geboren, der im Jahre 1824 über Aufforderung der preussischen Regierung mit seiner Familie zum Protestantismus übertrat. Karl Marx studierte von 1835 bis 41 in BONN und BERLIN Rechtswissenschaften und Philosophie. Seine 1841 beabsichtigte Habilitation in Bonn unterblieb unter Einfluss ministerieller Massnahmen gegen radikale Universitätsdozenten. Wurde Journalist. Gründung der „RHEINISCHEN ZEITUNG“ von Jung-Hegelianern im Einverständnis mit den liberalen Führern CAMPHAUSEN und HANSEMANN als grosses Oppositionsblatt in Köln. Marx schrieb über bäuerliche Winzerverhältnisse an der Mosel und die Gesetzgebung betreffend den Holzdiebstahl. Wurde im Oktober 1842 Chef-Redakteur der „Rheinischen Zeitung“. Musste am 1. Januar 1843 Preussen verlassen. Ging nach PARIS. Studium der französischen Sozialisten (PROUD'HON) der politischen Oekonomie und Geschichte Frankreichs. Sein Uebergang zum Sozialismus. Wurde Mitarbeiter am „VORWÄRTS“, einem kleinen in PARIS erscheinenden Wochenblatte, das sich hauptsächlich mit dem damaligen deutschen Absolutismus und Konstitutionalismus kritisch beschäftigte. Preussen verlangte Marx' Ausweisung aus Paris. Die französische Regierung entsprach diesem Verlangen. Marx ging 1845 nach BRÜSSEL, veröffentlichte hier seine Streitschrift gegen Proud'hon „Misère de la philosophie, réponse à la philosophie de la misère“ 1847. Im Frühjahr 1847 waren Karl Marx und FRIEDRICH ENGELS dem Bunde der Kommunisten, einer geheimen internationalen Propagandagesellschaft, beigetreten, in deren Auftrage sie gemeinsam im Januar 1848 „DAS MANIFEST DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI“ verfassten. Im Frühjahr 1848 aus Belgien ausgewiesen kommt er nach kurzem Aufenthalt in PARIS im April 1848 wieder nach KÖLN, wo vom 1. Juni 1848 ab die „NEUE RHEINISCHE ZEITUNG“ erschien, die am 19. Mai 1849 zum letzten

Male zur Ausgabe gelangte. Die Redakteure wurden teils verhaftet, teils landesverwiesen. Wieder nach PARIS gewandert, musste Marx auch hier flüchten, um vom Juli 1849 ab im Alter von 31 Jahren in LONDON dauernd Wohnsitz zu nehmen, wo rastlose Studien in der Bibliothek des britischen Museum abwechselten mit praktisch-politischer ↻ Thätigkeit für die internationale Arbeiterassociation, deren Gründung 1864 erfolgte. Starb in LONDON 14. März 1883 im Alter von 65 Jahren. Von seinen kleineren Arbeiten sei besonders erwähnt: „DER 18. BRUMAIRE DES LOUIS BONAPARTE," 3. Auflage, Hamburg 1889. Sein Hauptwerk: „DAS KAPITAL" KRITIK DER POLITISCHEN OEKONOMIE, 1. BAND 1867, 2. BAND 1885, 3. BAND 1894. 123

Friedrich Engels, als Sohn eines reichen Fabrikbesitzers in BARMEN am 28. November 1820 geboren, verbrachte seine kaufmännische Lehrzeit in einem Zweiggeschäfte seines Vaters in MANCHESTER, beschäftigte sich viel mit philosophischen Studien, traf im September 1844 mit KARL MARX IN PARIS zusammen, mit dem er sich rasch innigst befreundete. Von 1845 bis 49 lebte Engels mit Marx in BRÜSSEL und PARIS und dann in KÖLN. Er beteiligte sich als Adjutant des WILLIG'schen Freicorps am badischen Aufstande und flüchtete dann nach England, wo er von 1850 bis 70 im väterlichen Geschäfte in MANCHESTER thätig war, in den letzten 6 Jahren als Associé. Seit 1870 lebte Engels in LONDON, wo er am 6. August 1895 starb. Engels war für Marx nicht nur der treue Mitarbeiter, welcher mit liebevollem Verständnis seinen Intentionen und Ideen gefolgt ist, er entlastete ihn auch vielfach von den Mühen der praktisch-politischen Agitation, ohne dadurch seine Fühlung mit der politischen Praxis zu unterbrechen, und er war endlich der wohlhabende Mann, welcher in selbstloser Weise aus seiner gut gefüllten Börse Hunderttausende zur Verfügung stellte, um auch so das gemeinsame Werk in jeder Weise zu fördern.

Von seinen vielen Schriften verdienen besondere Erwähnung: „DIE LAGE DER ARBEITENDEN KLASSEN IN ENGLAND", Neudruck Stuttgart 1882. „DIE ENTWICKLUNG DES SOZIALISMUS VON DER UTOPIE ZUR WISSENSCHAFT", 4. Auflage, Berlin 1891. „DER URSPRUNG DER FAMILIE, DES PRIVATEIGENTUMS UND DES STAATES", 6. Auflage, Stuttgart 1894.

FÜR DIE ZEITVERHÄLTNISSE kommen hauptsächlich in Betracht: ENGELS, „Die Lage der arbeitenden Klassen in England" und KARL MARX: „Das Kapital" 1. Band und die in diesen beiden Werken benutzten englischen parlamentarischen Erhebungen. Ueber tendenziöses Zitiren dieser parlamentarischen Enquête bei MARX, vergleiche: WEYER, „DIE ENGLISCHE FABRIKINSPEKTION", Tübingen 1888.

↻ ZUR ALLGEMEINEN ORIENTIERUNG über den „MARXISMUS" und SEINE KRITIK vergleiche ausser den diesbezüglichen Artikeln in CONRAD'S HANDWÖRTERBUCH DER STAATSWISSENSCHAFTEN und ELSTERS WÖRTERBUCH DER VOLKSWIRTSCHAFT namentlich WERNER SOMBART: „SOZIALISMUS UND SOZIALE BEWEGUNG IM 19. JAHRHUNDERT", 3. Auflage, Jena 1900; ED. BERNSTEIN: „DIE VORAUSSETZUNG DES SOZIALISMUS UND DIE AUFGABEN DER SOZIALDEMOKRATIE", Stuttgart 1899; KARL KAUTSKY: „BERNSTEIN UND DAS SOZIALDEMOKRATISCHE PROGRAMM", eine Antikritik, Stuttgart 1899; und besonders die kleine Schrift L. POHLE: DIE SOZIALDEMOKRATIE EINE VORÜBERGEHENDE ERSCHEINUNG? Berlin 1900; als Hauptwerk der Kritik der Marx'schen geschichtsphilosophischen Auffassung STAMMLER „WIRTSCHAFT UND RECHT NACH DER MATERIALISTISCHEN GESCHICHTSAUFFASSUNG", Leipzig 1896. 124

a. Die Zeitverhältnisse.

Noch in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts geschah das Spinnen und Weben der Stoffe auch in England im Hause des Webers. Die Mutter mit den Töchtern spannen das Garn, das der Mann verwebte. Diese Weberfamilien lebten auf dem Lande, in der Nähe einer Stadt. Die Nachfrage nach Stoffen steigerte sich mit der Zunahme der Bevölkerung. Man verkaufte Garn und Gewebe an reisende Agenten und erhielt im Preis der Arbeitsprodukte seinen Arbeitslohn. Die Leute lebten in bescheidenen Verhältnissen zufrieden, hatten zumeist eine kleine Landparzelle gepachtet, um ihren Küchenbedarf selbst zu pflanzen und waren dabei gesund und wohl, wie die Landleute.

Da kam — nachdem schon um 1700 Maschinen zum Spinnen erfunden, aber von der Bevölkerung immer wieder unterdrückt wurden — um das Jahr 1764 die Einführung der JENNY, welche von einem Arbeiter mit der Hand getrieben, statt 1 Spindel, wie das gewöhnliche Spinnrad, [125] 16 bis 18 Spindeln hatte. Und während früher ein Weber drei Spinnerinnen beschäftigt hielt und doch nie Garn genug da war, war jetzt auf einmal mehr Garn da, als von den vorhandenen Webern verarbeitet werden konnte. Gleichzeitig wurde die Herstellung des Garns und damit auch die fertigen Stoffe billiger. Der Absatz der gewebten Zeuge erweiterte sich. Der Preis der Weberarbeit stieg. Die Weberfamilien zogen sich von der Bebauung ihrer Pachtparzelle ganz zurück, um sich ausschliesslich der Weberei zu widmen. Und wenn jetzt eine Familie von vier Erwachsenen und zwei Kindern, welche zum Spulen angehalten wurden, täglich 10 Stunden arbeitete, konnte sie 80 M. und mehr in der Woche verdienen. Ja es kam oft genug vor, dass ein einziger Weber an seinem Stuhle wöchentlich 40 M. vereinnahmte.

Aber mit der Einführung der JENNY hatte die Maschine erst ihren Anfang genommen. Bald begannen einzelne Kapitalisten, Jennys in grossen Gebäuden aufzustellen und durch Wasserkraft zu betreiben. Dann kam im Jahre 1767 die Erfindung des SPINNING-THROSTLE, bei uns Drosselmaschine genannt, die von Anfang an auf eine mechanische Triebkraft berechnet war. Durch Vereinigung der Jenny mit der Drosselmaschine kam 1785 die MULE zu Stande. Und da um dieselbe Zeit die KARDIR- und VORSPINNMASCHINE erfunden wurde, war das Fabriksystem zunächst für das Spinnen der Baumwolle fertig geworden. Die Maschinen für das Spinnen von Wolle, Flachs und Seide folgten. Im Jahre 1804 trat der MECHANISCHE WEBSTUHL in Betrieb, nachdem schon seit 1785 JAMES WATT'S DAMPFMASCHINEN als Triebkraft in den Spinnereien verwendet worden waren.

An diese Entwicklung der Fabrikation der Bekleidungsstoffe schloss sich mit der Ausdehnung des Maschinenbaues auch die Entwicklung der Eisen- und Steinkohlen⟳bergwerke und der Metallindustrie im Allgemeinen. Gleichzeitig steigen die Ziffern der Einfuhr von Rohmaterial und der Ausfuhr fertiger Produkte in raschester Progression. Es war z. B.: [126]

	Die Einfuhr roher Baumwolle in Millionen engl. Pfund	Die Ausfuhr von Baumwollgarn	Die Ausfuhr von Baumwollstoffen
		in Millionen Pfund Sterling	
1820	151,67	2,83	13,69
1845	721,95	6,96	19,16

Und im Jahre 1850 waren:

	bestehende Etablissements	in den Etablissements waren thätig: Spindeln	Personen
für Baumwolle	1932	20 977 017	330 924
für Wollgarn	1497	1 595 278	74 443
für Kammgarn	501	875 830	79 737
für Leinen	393	965 031	68 434
für Seide	277	1 225 560	42 544
Zusammen	4600	25 638 716	596 082

Die Grafschaft Lancashire, der Hauptsitz der Baumwollindustrie, hat ihre Bevölkerung in 80 Jahren verzehnfacht und die beiden Grossstädte Liverpool und Manchester geschaffen. Aehnlich gewaltige Fortschritte verzeichnen die anderen Industrien. An Kohlengruben zählte man in den beiden Grafschaften Northumberland und Durham:

1753	14
1800	40
1836	76
1843	130

England allein hatte im Jahre 1844 2200 Meilen Kanäle und 1800 Meilen schiffbare Flüsse. Von 1818 bis 1829 wurden in England und Wales 1000 englische Meilen Chausseen mit einer Breite von 60 engl. Fuss gebaut. Dazu das erste englische Dampfschiff seit 1811, die erste englische Eisenbahn seit 1830. — England stand mitten ⟳ in seiner industriellen Entwicklung, die so gewaltige [127]

Reichtümer angesammelt hat, dass englisches Kapital nicht nur in allen Staaten Europas, sondern in allen Ländern der Erde an fast allen wichtigeren Unternehmungen in massgebender Weise sich beteiligte, so dass alle Länder der Erde bald nur mehr Provinzen des englischen Kapitals zu sein schienen. —

UND WIE WAR IN DIESER ENTWICKLUNGSEPOCHE DIE LAGE DER ARBEITENDEN KLASSE IN ENGLAND? — Eine jede maschinelle Erfindung verdrängt Handarbeit in einem gewissen Umfange, steigert die Produktionsleistung, setzt die Produktionskosten herab, ermöglicht den Massenkonsum und steigert dadurch wieder die Nachfrage nach Arbeitsprodukten und also schliesslich auch die Nachfrage nach Arbeit. So war durch die Spinnmaschine die Handspinnerei binnen kurzer Zeit brotlos geworden, denn es war der Handspinnerin unmöglich, neben der Maschine sich mit ihrer Arbeit das Brot zu verdienen. Die Nachfrage nach Handwebern war allerdings mit der Spinnmaschine wesentlich gewachsen und dementsprechend ihr Lohn. Mit dem mechanischen Webstuhl aber wurden auch die Handweber zu Grunde gerichtet. Ihre Löhne gingen rapid zurück. Bald waren sie froh, bei 14- bis 18stündiger täglicher Arbeitszeit nur 10 M. statt wie früher bis 40 M. wöchentlich zu verdienen. Der Hunger und die Not trieb allerdings die Mehrzahl dieser Handweber als Lohnarbeiter in die Fabriken. Aber zum Erlernen ungewohnter Arbeiten an einer Maschine ist eine gewisse Jugend erforderlich. Das Alter eignet sich hierzu nicht mehr; es bleibt am alten Werkzeug hängen, um mit ihm zu Grunde zu gehen. Diese unheilvollen Begleiterscheinungen des Prozesses der Verdrängung von Handarbeit durch die Maschine wiederholten sich mit jeder maschinellen Verbesserung und Erfindung. Und bis schliesslich die günstigen [128] Wirkungen des zunehmenden Massenkonsums auch für den Arbeiter sich zeigten, darüber vergingen oft Jahre. Inzwischen lagen die brotlos gewordenen Arbeiter auf der Strasse und fielen den Armenhäusern oder den Spitälern zur Last. Die Tendenz aller technischen Fortschritte zielte auch darauf ab, die anstrengendere Arbeit mehr und mehr der Maschine zu übertragen. Männer werden dadurch fast nur noch für die Aufsicht erforderlich, während Frauen und Kinderarbeit zum halben und Drittellohn an Stelle der Männerarbeit tritt. Von den 419 560 Fabrikarbeitern des britischen Reiches waren 1839 192 889, also beinahe die Hälfte, unter 18 Jahren, 242 296 weiblichen Geschlechts, von denen 112 192 unter 18 Jahren und nur 96 569 oder 23 % männliche erwachsene Arbeiter. Die Wochenlöhne für Mädchen waren auf 7 bis 11 M. bei 16- bis 18stündiger täglicher Arbeitszeit zurückgegangen. Bei den scharfen Abzügen aber, welche für Strafen gemacht wurden, blieben für die tägliche Nahrung der Arbeiterin oft nur 13 Pfg. Kinder, welche in der Spitzenarbeit verwendet wurden, erhielten neben ärmlichster Kleidung und schlechter Wohnung als Nahrung nur Brot und Thee und oft Monate lang kein Fleisch. In einer Seidenfabrik waren die Löhne für gleiche

Arbeitsleistungen bei den gleichen Maschinen in den Jahren 1821 bis 1831 von 30 auf 9, von 16 auf 6, von 14 auf 7 1/2, von 10 auf 6 1/4 M. herabgesetzt worden.

Die massenhafte Beschäftigung der Frauen und Mütter durch 12 bis 13 Stunden pro Tag in der Fabrik lässt die Kinder wild wie Unkraut aufwachsen. Deshalb vor Allem die grosse Zahl von Unglücksfällen gerade in Fabrikdistrikten. Die Fabrikanten zahlten bei Unglücksfällen höchstens die Kurkosten. Was sonst aus dem Arbeiter wurde, war ihnen gleichgültig. Aus Furcht, die Arbeit zu verlieren, kamen die Frauen oft schon drei bis vier Tage nach der Niederkunft wieder in die Fabrik. Die arbeitslos gewordenen ♁ Männer mussten im ärmlichen Heim die Arbeit der Frauen übernehmen. Die Kinder versagten den Eltern den Gehorsam, weil mit IHREM Lohn die Familie unterhalten wurde. Um die Nachfrage nach Kinderarbeit zu befriedigen, schickten die Armenverwaltungen von London ganze Schiffsladungen von jugendlichen Armen, Waisen, Findlingen und Besserungsbedürftigen beiderlei Geschlechts als „Lehrlinge" oder „Dienstboten" nach dem industriereichen Norden. Und hier wurden dann die Kinder selten mit 5, häufig mit 6, sehr oft mit 7, meist mit 8 bis 9 Jahren beschäftigt und zwar 14 bis 16 Stunden täglich, wobei körperliche Züchtigung in ausgiebigem Masse angewendet wurde. 129

Um das in den Gebäuden und Maschinen steckende Kapital möglichst rentabel zu machen, ging man von dem möglichst langen Arbeitstag zur TAG- UND NACHTARBEIT mit 2 Schichten zu je 12 Stunden über. Andere Unternehmer liessen viele Arbeiter 30 bis 40 Stunden durcharbeiten. Dazu schlechte Ventilation in den Fabriken, höchst ungesunde, überfüllte Massenquartiere, schlechte, mangelhafte Ernährung, die furchtbaren Wirkungen der Handelskrisen in den Jahren 1815, 1825, 1836/39, 1847, 1857, welche die Arbeiter zu Hunderttausenden arbeitslos machten — und das körperliche wie sittliche Verderben der Arbeitermassen war eine unabwendbare Konsequenz. Eine lange Reihe von Krankheiten und Verkrümmungen des Körpers mit Hungertyphus und Volksseuchen aller Art, erschreckende Zunahme des Pauperismus und der Trunksucht mit all ihren Folgen stellten sich ein. Die Lebensdauer der Arbeiter ging wesentlich zurück. In Liverpool war die durchschnittliche Lebensdauer der höheren Klasse 35, der Geschäftsleute und besseren Handwerker 22, der Arbeiter und Tagelöhner 15 Jahre. Gegen das 40. Jahr wurden die Arbeiter als „alte Leute" in der Regel entlassen. Die Verhaftungen für Kriminalverbrechen hatten sich in ♁ den Jahren 1805 bis 1842 von 4605 auf 31 309 erhöht, also versiebenfacht. — 130

Solch' entsetzliche Missstände beschäftigten natürlich die öffentliche Meinung von Anfang an. Vom Jahre 1802 ab wurden wiederholt Spezialgesetze zum Schutze der Arbeiter erlassen.

Aber all diese gesetzlichen Bestimmungen blieben tote Buchstaben. Die englische Verknüpfung der Lokalverwaltung mit dem Fabrikantentum hatte z. B. zur Folge, dass ein Friedensrichter, welcher einen seiner Kollegen wegen Verletzungen der Fabrikarbeitergesetzgebung zur Verantwortung gezogen und freigesprochen hatte, sich dann auf seine eigne Rechtsentscheidung stützte, als er nachher seine Arbeiter in der gleichen Art ungesetzlicherweise ausbeutete. Die allmächtigen Fabrikbesitzer hatten das Ohr der Regierung. Alle berühmten Professoren der Nationalökonomie waren prinzipiell GEGEN jede staatliche Einmischung in die volkswirtschaftlichen Verhältnisse. Dennoch kam nach vielem Ringen — ohne Mithilfe der nationalökonomischen Wissenschaft und selbst gegen ihren Rat — im Jahre 1833 das erste einigermassen wirksame englische Fabrikgesetz zum Schutz der Textilarbeiter zu Stande. Bald wussten die Fabrikanten auch diese Rechtsbestimmungen zu umgehen. Weitere ergänzende Gesetze wurden deshalb erforderlich. Auch auf die anderen Industriezweige kamen nach und nach die gleichen öffentlichen Arbeiterschutzbestimmungen zur Ausdehnung, nachdem überall fast die gleichen schreienden Misstände aufgedekt worden waren. Vorher aber wurden immer wieder nach der englischen Parlamentssitte besondere öffentliche Enquêten veranstaltet, in deren umfangreichen Berichten sich all diese Vorkommnisse gesammelt und niedergelegt finden. In den Materialien dieser amtlichen englischen Erhebungen bis 1866 ruht die empirische Unterlage des „Marxismus", wobei Karl Marx der Meinung war, [131] dass eben diese englischen Arbeitsverhältnisse bei den anderen Kulturvölkern Europas nach entsprechender Zeit in der gleichen Weise auftreten würden. „ENGLAND WIRFT FÜR DEUTSCHLAND SEINE SCHATTEN VORAUS" (Marx). —

b. Die Theorie.

Der sogenannte „utopistische" Sozialismus VOR Marx und Engels hat in ähnlichen Fällen der Ausbeutung und Verelendung — wie sie vorstehend als die Lage der englischen Fabrikarbeiter seit Ausgang des 18. bis Mitte des 19. Jahrhunderts geschildert wurden — seine Aufgabe hauptsächlich darin gefunden, Pläne für eine durchgehende Neugestaltung der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu entwerfen, welche eventuell geeignet wären, solche Misstände künftig auszuschliessen. Vom Standpunkt der Methode lag hier das „Utopische" hauptsächlich darin, dass man sich ohne jegliche Rücksicht auf das historisch Gewordene, wie auf den historischen Werdeprozess überhaupt, dem konstruktiven Ausmalen der einmal gefassten Reformideen widmete. Was dagegen dem Marx-Engels'schen Sozialismus den Charakter einer „wissenschaftlichen" Leistung verleiht, ist nicht etwa die Summe und Schönheit ihrer abstrakten Gedankenbilder an sich, sondern LEDIGLICH der Umstand, dass

Marx bemüht war: die dieser Ausbeutung der englischen Fabrikarbeiter ZU GRUNDE LIEGENDEN ÖKONOMISCHEN GESETZE abzuleiten, um dann im Sinne der HISTORISCH-VOLKSWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNGSTENDENZ die Antwort auf die Frage zu finden, wie diese Missstände durchgreifend beseitigt werden könnten? Der Marx-Engels'sche Gedankengang ist dabei etwa der folgende:

Woher stammt der Reichtum der englischen Fabrikunternehmer? Bei Freihandel ist nicht anzunehmen, dass ↻ er sich aus dem Wareaustausch ableiten lässt, weil die Konkurrenz des freien Marktes hier ausserordentliche Gewinne ausschliesst. Dieser industrielle Reichtum muss sich vielmehr auf die Thatsache zurückführen, dass seit Entstehung des Privateigentums und seit der Ansammlung von Kapital auch die menschliche Arbeitskraft zur „Ware“ geworden ist, die auf dem Markte gehandelt wird. Ist dies zutreffend, so gilt offenbar auch für die menschliche Arbeitskraft das Gesetz des Tauschwertes, wonach jede Ware auf dem Markte bezahlt wird nach der Summe der zu ihrer Reproduktion erforderlichen Arbeit m.a.W. der auf dem freien Markte bezahlte Arbeitslohn ist gleich jener Warenmenge, welche zur Erhaltung und Erzeugung der menschlichen Arbeitskraft benötigt wird. 132

Nun ist aber auch bei der Ware „menschliche Arbeit“ der Tauschwert vom Gebrauchswert verschieden, insofern die lebendige Arbeitskraft wesentlich mehr Arbeit leisten kann, als zur Reproduktion erforderlich ist. Wenn z. B. nur die Arbeit von einem halben Tage nötig wäre, um den Arbeiter 24 Stunden zu erhalten, so hindert das den Arbeiter keineswegs, dennoch einen ganzen Tag zu arbeiten. Und weil die menschliche Arbeitskraft diese Fähigkeit hat, mehr Arbeit zu leisten, als sie verbraucht, spricht Karl Marx von einer „MEHRARBEITSLEISTUNG DES ARBEITERS“. Und der Wert dieser Mehrarbeit ist der Marx'sche „MEHRWERT“.

Diese theoretische Konstruktion auf den Lohnvertrag angewendet, giebt folgendes Resultat: Der Fabrikarbeiter verkauft dem Kapitalisten seine Arbeitskraft für eine gewisse tägliche Geldleistung (Lohn). Nach der Arbeit von wenigen Stunden ist der Wert des Lohnes reproduziert. Aber der Arbeitsvertrag bindet den Arbeiter, noch eine Reihe von Stunden weiter zu arbeiten, um seinen Arbeitstag voll zu machen. Und der Wert, den er in diesen zusätzlichen ↻ Stunden produziert, ist der „Mehrwert“, der dem Kapitalisten nichts kostet, trotzdem aber in seine Tasche fliesst. Diese Art der Aneignung unbezahlter Arbeit ist die eigentliche Quelle des Reichtums der englischen Fabrikunternehmer. Sie ist, um mit Karl Marx zu reden, „das Fundamentalprinzip der kapitalistischen Produktionsweise, das von der Ausbeutung der Arbeiter unzertrennlich ist.“ Und weil diese Mehrwertaneignung es ist, welche den Kapitalisten an den Produktionsprozess fesselt, werden seine Handlungen immer darauf gerichtet sein, diese Mehrwertaneignung thunlichst zu vergrössern. Hierzu bietet 133

der kapitalistische Produktionsprozess eine ganze Serie von Mitteln. Die Mehrwertaneignung des Kapitalisten wird nämlich um so grösser:

1. je länger der Arbeitstag ist,
2. je mehr Arbeiter beschäftigt werden,
3. je mehr die Produktivität der Arbeiter gesteigert wird durch:
   a) Arbeitsteilung,
   b) neue und bessere Maschinen,
4. je niedriger die Arbeitslöhne bei gleicher Leistung: Beschäftigung der Frauen und Kinder statt der Männer u.s.w. u.s.w.

Diese so auf dem Prinzip der Ausbeutung der Arbeiter sich aufbauende kapitalistische Produktion trägt den Keim der Auflösung in sich. Die sicheren Anzeichen dafür sind die Krisen. Schon der Anfang der kapitalistischen Produktion charakterisiert sich durch die Auflösung der bis dahin bestehenden lokalen Ordnung der Produktion (Zunft). Jetzt sind die Produzenten ganz selbständig und vereinzelt. An die Stelle der früheren Organisation ist die „Anarchie der Produktion" getreten. Dafür besitzen wir eine desto straffere gesellschaftliche Organisation in den einzelnen Produktions-Etablissements. Die älteren Produktionsarten, [134] ↻ wie Hausindustrie und Gewerbe, wurden der Reihe nach zerstört. Dann kamen Lokalkämpfe der Konkurrenten und dann nationale und internationale Kämpfe derselben. Immer wird dabei der unterliegende Kapitalist schonungslos beseitigt und ins Proletariat hinab gestossen. Durch all diese Kämpfe aber werden die Arbeiter bald in grösserer, bald in kleinerer Zahl beschäftigungslos. Dazu kommt innerhalb der einzelnen Betriebe bald ein Heranziehen grösserer Arbeitermassen, bald ein Ueberflüssigwerden derselben durch Aufstellung neuer arbeitersparender Maschinen. Dazu kommen endlich infolge der planlosen anarchischen Produktion Stockungen im Absatz der Produkte (Handelskrisen), wodurch abermals Arbeitermassen auf den Markt geworfen werden.

So wird die für die kapitalistische Produktion so wichtige „Reservearmee" geschaffen, erhalten und fortwährend vermehrt, um damit erst den Arbeiter in ein dem Kapitalisten vollkommen ergebenes Objekt der Ausbeutung zu verwandeln. Die Arbeiterklasse aber sinkt immer tiefer, der Mittelstand verschwindet, die kapitalistische Produktion konzentriert sich in immer grössere Unternehmungen, deren Interessen über den nationalen Markt hinauswachsen, und dem Weltmarkt den internationalen Charakter des kapitalistischen Ringens aufdrücken.

Soviel von der Karl Marx'schen „ÖKONOMISCHEN GESETZMÄSSIGKEIT DES KAPITALISTISCHEN PRODUKTIONSPROZESSES". Wohin aber wird diese Entwicke-

lung führen, und wo findet sich ein Weg zu Gunsten der armen ausgebeuteten Fabrikarbeiter? Zur Beantwortung dieser Frage hat sich Karl Marx eine besondere Geschichtsauffassung konstruiert, die den Namen „MATERIALISTISCHE GESCHICHTSAUFFASSUNG" trägt, und die sich zu seiner kapitalistischen Produktions-↻Theorie verhält, wie der allgemeine zum speziellen Teil. Dieselbe lässt sich im Sinne von Karl Marx wie folgt entwickeln: 135

Schon LUDWIG FEUERBACH, SAINT-SIMON, LOUIS BLANC und Andere hatten die Anschauung vertreten, dass nicht die Ideen die Geschichte beherrschen, sondern dass die Ideen von den Menschen nach Massgabe der Zeitverhältnisse gebildet werden und dass also nicht die Ideen, sondern die realen Verhältnisse das Grundlegende seien im Entwickelungsverlaufe der Geschichte. Karl Marx ging hier noch einen wesentlichen Schritt weiter, indem er den Satz aufstellte: DIE MATERIELLEN PRODUKTIVKRÄFTE — also der technische Produktionsprozess — BEHERRSCHEN DIE VOLKSGESCHICHTE. Heute ist die Maschine im Begriff die ganze Ordnung der menschlichen Gesellschaft von Grund aus umzugestalten, und in ganz analoger Weise haben die früheren technischen Fortschritte die geschichtliche Entwicklung regiert. Die sozialen Veränderungen aber, welche damit bezeichnet werden, spielen sich seit Auflösung des uralten Gemeinbesitzes an Grund und Boden immer in einem Gegensatz zwischen der ökonomisch beherrschten und der ökonomisch herrschenden Klasse ab. Sobald neue Produktivkräfte sich entwickelt haben, wird die alte Form der Klassenherrschaft immer unerträglicher, der Klassengegensatz wird zum Klassenkampf und damit ist die soziale Krisis da.

Nun sind aber ZWEI Dinge möglich: entweder kommt es zur Sprengung der gegenwärtigen Gesellschaft und Ueberführung in eine höhere Gesellschaftsform — oder die beiden kämpfenden Parteien gehen gemeinsam zu Grunde. Die treibende ökonomische Produktivkraft verursacht also nicht nur die Leiden und Uebel der Zeit, sie trägt auch das Heilmittel der Krisis und damit den rechten Weg der fortschrittlichen Entwickelung in sich. Es ist deshalb nach ↻ Karl Marx unrichtig, mit den „utopistischen" Sozialisten aus der erkannten Mehrwertsaneignung und aus der zutreffenden Kritik der kapitalistischen Produktionsweise eine prinzipielle Reform der Gesellschaft sofort in Angriff zu nehmen. Man muss vielmehr die in der Natur der Dinge liegende geschichtliche Notwendigkeit sich ausleben lassen. Die Expropriation der Massen durch die kapitalistischen Expropriateure mit der fortschreitenden Verelendung der grossen Volksmehrheit muss zu Ende gekostet werden, um dann erst durch die Expropriation der Expropriateure einfach und klar den vierten Stand, die Lohnarbeiterklasse nämlich, zu befreien und damit den gesellschaftlichen Klassenkampf für immer zu beenden. Die kapitalistische Ausbeutung der Arbeiter wird also nach dieser historischen Gesamtauffassung dadurch beseitigt, dass mit Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln die Arbeiter 136

wieder ihr volles Arbeitsprodukt als natürlichen Arbeitslohn erhalten. Bis dahin empfehlen sich: Organisation der Arbeiter und Arbeiterklassenkampf vor allem zu Gunsten weiterer Lohnerhöhung und Abkürzung der Arbeitszeit.

c. Kritik.

Ein wissenschaftliches System, welches — wie der Marxismus — von dem Grundsatz ausgeht, dass nicht die Ideen die Geschichte beherrschen, sondern dass die Menschen nach Massgabe ihrer Zeitverhältnisse die Ideen bilden, will und muss vor allem mit jenen historischen Ereignissen betrachtet sein, aus denen heraus seine Urheber dasselbe abgeleitet haben. Und in diesem Zusammenhange wird jede Kritik zugeben müssen, dass die Gewinne der englischen Fabrikanten in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts sich in der That recht häufig aus jenem Einkommen zusammengesetzt haben, welches Karl Marx als 137 ⥁ Mehrwert bezeichnet — dass dabei für eine gewisse Epoche der englischen Geschichte bedingungslos von einer fortschreitenden Verelendung der Lohnarbeitermasse gesprochen werden muss — dass dem parallel eine Vernichtung der kleinen und mittleren Unternehmungen durch den Grossbetrieb ging — dass der mittelalterlichen Zunftordnung gegenüber in all dem sich zunächst eine wachsende Anarchie im Produktionsprozesse überall enthüllte —- und dass es den Eindruck machte, als ob diese Erscheinungen mit dem Eintreten der Maschine in die Produktionstechnik in unzertrennlichem Zusammenhange ständen.

Hätten sich Karl Marx und Engels darauf beschränkt, innerhalb dieser engeren Grenzen ihre Ausführungen zu halten, so würden ihre Gegner wenig Berechtigtes einzuwenden haben. Aber Marx und Engels traten mit dem Anspruche hervor, ihr „Mehrwert“ sei die letzte Quelle aller Formen des arbeitslosen Einkommens, welche es bis heute in der Gestalt von Unternehmergewinn, Zins, Grundrente, Handelsprofit u.s.w. gäbe, und ihre Theorien seien die einzig wahren Sätze der Nationalökonomie als Wissenschaft für alle Zeiten und Völker. Indem sie DAS ALLES behaupteten, haben sie allerdings den Boden der Berechtigung ihren Lehren entzogen, wie das heute unschwer nachgewiesen werden kann.

Zunächst geht der Marxismus von der unrichtigen Annahme aus, dass alle Kulturvölker dem ENTWICKELUNGSBEISPIELE ENGLANDS folgen würden, und dass es deshalb genüge, die englischen Verhältnisse genau zu studieren, um auch für alle übrigen Völker im Voraus die rechten nationalökonomischen Theo-

rien aufstellen zu können. Die heute in Mitteleuropa erwachte Agrar- und Mittelstandsbewegung bezeugt, dass diese Völker es entschieden ablehnen, die Bahnen Englands weiter zu beschreiten. Je mehr sich diese Ideen klären, desto schärfer ⟳ wird diese Ablehnung hervortreten. England wirft deshalb nicht für Deutschland seine Schatten voraus, sondern die Schatten Englands sind für Deutschland ein genügender Grund, um englische Zustände zu vermeiden. Allgemeine volkswirtschaftliche Theorien, welche aus den heutigen englischen Verhältnissen abgeleitet werden, kommen deshalb für Deutschland z. B. wahrscheinlich niemals in Frage. 138

Der Marxismus kennt und berücksichtigt ferner unter den Arbeitern NUR DIE LOHNARBEITER und vernachlässigt vollständig die selbständigen Arbeiter, also den Mittelstand im engeren Sinne. Der Marxismus kennt nur die locatio conductio operarum, aber nicht die locatio conductio operis. Er kennt nur das, was die Griechen érgon nicht aber das, was sie apotélesma nannten. Er kennt nur das „Werken", nicht aber die „planvolle Ausführung eines Werkes". Er hat sich damit gewissermassen an den „Ausrufer" gehalten und den „Redner" ganz ausser Acht gelassen. Der Marxismus kennt ferner all jene Arbeitsberufe nicht, welche sich dauernd an die Gesamtheit anschliessen, deshalb unzweifelhaft volkswirtschaftlich produktiv sind und doch nicht direkt mit dem Produktions- oder Verteilungsprozess der Güter in Verbindung stehen. Wer so weite und wichtige Gebiete der Arbeit unbeachtet lässt, kann unmöglich eine befriedigende Nationalökonomie der Arbeit schreiben.

Weiter beschränkt sich der Marxismus in recht unhistorischer Weise auf das PRODUKTIONSKAPITAL und lässt das Handels- und Leihkapital, wie insbesondere auch das Bank- und Börsenkapital vollkommen ausser Acht. Die unmittelbare Folge ist, dass Karl Marx ganz übersieht, wie häufig auch in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts sich die Gewinne der englischen Fabrikanten noch aus ganz anderen Beträgen zusammensetzten, als aus jenen, welche den Lohnarbeitern „abgeschunden" wurden. Aus ⟳ dem gleichen Grunde ist auch sein Beweis von der fortschreitenden Konzentration des Kapitals nicht geglückt. Wo nämlich heute diese fortschreitende Konzentration in dem Produktionsprozess scheinbar weniger hervortritt, handelt es sich vielfach um die verschleiernde Thätigkeit des Bank- und Börsenkapitals. HIER ist heute die fortschreitende Konzentration des Kapitals weitaus am intensivsten. Die „Deutsche Bank" in Berlin wurde bekanntlich im Jahre 1870 mit 15 Millionen Mark Kapital gegründet, das bis heute auf 150 Millionen Mark erhöht wurde und im ganzen ein Syndikat von mindestens 3 Milliarden Mark beherrscht. Da nach Dr. v. Siemens das Vermögen des deutschen Volkes auf 150 Milliarden zu schätzen ist, würde bei einer fortdauernden Entwickelung der grossen deutschen Privatbanken nach Art der „Deutschen Bank" dieses ganze Vermögen von 150 Milliarden Mark nach etwa 10 Jahren dem Herrschaftsbereich dieser deutschen 139

Privatbanken angehören. Bei der nur zu oft masslosen Inanspruchnahme des Kredits vollzieht sich hier mit Hülfe des Bank- und Börsenkapitals in einer anscheinend planvollen Weise eine nationale wie internationale Verkettung der Privatunternehmungen, die in unserem Kriegszeitalter uns eines Tages einer Krisis entgegen zu führen droht, wie sie kaum in der Geschichte der Völker schon erlebt wurde. Der Marxismus kennt von all diesen seit den 60 er Jahren hauptsächlich eingetretenen, tief einschneidenden volkswirtschaftlichen Veränderungen nichts. Sollte es trotzdem möglich sein, in seinem Lehrgebäude ein modernes System der Volkswirtschaft zu erblicken?

Der Marxismus ist VON DER ENGLISCHEN FABRIK AUSGEGANGEN UND IN IHR STECKEN GEBLIEBEN. Die so hochinteressanten und volkswirtschaftlich äusserst wichtigen Gegensätze zwischen den Verhältnissen der Industrie und der Landwirtschaft sind [140] einem Marx und Engels unbekannt. Die Fortschritte in der Produktionstechnik der Industrie zielen in der Regel auf den immer grösseren Betrieb. Die Fortschritte in der Produktionstechnik der Landwirtschaft zielen vom grösseren auf den mittleren Betrieb. Die Riesenfarmen in Dakota und Californien mit 40 000 Acres sind zu Grunde gegangen und haben Farmen mittlerer Grösse weichen müssen. Wenn wir von Dakota im fernen Westen von Nordamerika über Minnesota, Wisconsin, Illinois, Indiana, Ohio und Pennsylvanien nach Connecticut am atlantischen Ocean ostwärts schreiten, so finden wir in diesem Heimatlande der landwirtschaftlichen Maschinen folgende, der älteren Kultur und dem intensiveren Betriebe direkt proportionale Abnahme der Grösse der Durchschnittsfarmen: 218, 145, 134, 124, 105, 99, 93, 80 Acres. Während der extensive Grossbetrieb in Ländern mit junger oder niedriger Kultur nur das 7. bis 8. Korn und oft nur das 4. bis 5. Korn der Aussaat im Getreide liefert, kennt die moderne intensive Landwirtschaft auf deutschen Rittergütern und Bauernhöfen Weizenernten, welche das 30- bis 40fache Korn der Aussaat ergeben. Die grosskapitalistisch organisierte extensive Viehzucht auf den russischen und ungarischen Steppen, wie in den Prärien und Pampas von Amerika mit Herden von 20, 30 und 40 000 Stück bringt es nur auf eine Milchproduktion von 400 bis 500 Litern per Jahr und Kuh, während die Tiere erst im 6., 7. und 8. Jahre schlachtreif werden bei einem Lebendgewicht von 350 bis 500 kg per Kuh und 500 bis 800 kg per Stier und Ochse und einem Ausfall des Schlachtgewichts bis zu 50 % des Lebendgewichts. Die moderne intensive Viehzucht kann und darf erfahrungsgemäss ihre Herde über 50 und 80 Stück gar nicht ausdehnen, wenn sie die wirklich besten Leistungen erreichen will. Diese Leistungen aber übersteigen dann die Produktionsleistungen der grosskapitalistischen Be[141]triebsform um mindestens das 5- bis 6fache beim Fleisch und um mehr als das 10fache bei der Milchproduktion. Die Erfahrungen der einen grossen Hälfte der Volkswirtschaft, der Landwirtschaft nämlich, verhalten sich also der Marx'schen Theorie gegenüber durchaus ablehnend.

Die von Marx aus einer ganz bestimmten Epoche der englischen Geschichte abgelesene Theorie der Verelendung der Arbeitermassen wurde nach der bahnbrechenden Beweisführung von Julius Wolf in seinem „Sozialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung" (Stuttgart 1892) auch von den Führern der Sozialdemokratie in Deutschland als heute nicht mehr zutreffend abgelehnt. Aber auch das noch so sehr beliebte Marx'sche Dogma von dem Klassenkampf ist unhaltbar.

Zunächst war es eine durchaus unzuverlässig geprägte Phrase, die französische Revolution als „Emancipationskampf des dritten Standes" zu bezeichnen. Die eindringendere Geschichtsbetrachtung weiss heute, dass es sich in jenen Vorgängen um wesentlich andere Aufgaben handelte. Das davon abgeleitete Schlagwort von der „Emanzipation des vierten Standes", welches die grosse soziale Aufgabe der Gegenwart und der nächsten Zukunft bezeichnen will, hat den Irrtum seines Vorbildes um so viel mehr vergrössert, als der Begriff der Lohnarbeit zu klein ist, um sich mit dem volkswirtschaftlichen Begriff der Arbeit zu decken. Weiter lehrt uns die Geschichte eines jeden Volkes, dass es unter normalen, gesunden volkswirtschaftlichen Verhältnissen keinen Klassenkampf giebt. Die Zeit der Klassenkämpfe ist die Zeit der sozialen Krankheiten und Schmerzen. So wenig aber gesagt werden darf, dass das Leben des Menschen nur mit Schmerzen ausgefüllt sei, weil jeder einmal krank wird und Schmerzen haben kann, ebensowenig kann man von der Geschichte sagen, dass sie nur die Geschichte der Klassenkämpfe sei. Es ist ferner eine ↻ [142] Lehre der Geschichte, dass nur jene Klassenkämpfe zu Gunsten der Unterdrückten und damit im Sinne einer aufsteigenden Entwickelung gelöst wurden, in denen die „unbeteiligten Dritten" (in Wissenschaft und Litteratur) auf Seiten der leidenden Klasse sich gestellt haben. So wird diese Bewegung eine ethische im eigentlichen Sinne des Wortes und es ist dann nicht mehr nur der Kampf der Unterdrückten gegen die Unterdrücker, sondern ein Kampf der Gesamtheit gegen die Unterdrücker. Karl Marx selbst nimmt diesen Standpunkt ein, indem er davon spricht, dass nach der Befreiung der Proletarier der Klassenkampf für alle Zukunft beendet sei. Damit wird entweder gesagt, dass die Lösung der Arbeiterfrage mit der Erlösung der Menschheit identisch sei, was utopisch wäre — oder Marx hat eigentlich nur zutreffend sagen wollen: unter gesunden volkswirtschaftlichen Verhältnissen giebt es keinen Klassenkampf. Dann aber kann auch der Klassenkampf kein durchlaufendes Prinzip der Geschichte sein.

Wir bewegen uns damit bereits auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung, mit welcher wir uns jetzt speziell noch beschäftigen wollen.

Die vielgerühmte materialistische Geschichtsauffassung ist bis heute immer noch nicht an einer grossen zusammenhängenden Geschichtsdarstellung erprobt und erwiesen worden. Ihre Anhänger würden deshalb gut daran thun,

diesen wesentlichen Mangel ihrer Beweisführung endlich einmal nachzuholen. Bis dahin ist man mit STAMMLER berechtigt, darauf hinzuweisen, dass DAS BEDÜRFNIS DES SOZIALISMUS NACH POLITISCHEM HANDELN, das die Entwickelung der Dinge sich keineswegs selbst überlassen will, im scharfen Widerspruch steht mit dem Prinzip der mechanischen Notwendigkeit, das die materialistische Geschichtsauffassung in die historische Bewegung einzuführen bemüht ist.

143 ⥁ Auch die „MATERIELLEN PRODUKTIVKRÄFTE" haben die Eigentümlichkeit, SICH NICHT AUS SICH SELBST ZU VERÄNDERN, wenn sie nicht durch die geistige und körperliche Arbeit des Menschen verändert und weiter gebildet werden. Die Maschine ist eben nicht nur das Produkt der äusseren Verhältnisse, sondern eben so sehr auch das Produkt des menschlichen Erfindungsgeistes.

Der VOLKSWIRTSCHAFTLICHE KÖRPER wird bekanntlich als ein ETHISCHER ORGANISMUS betrachtet, für den es GESUNDE und KRANKE Verhältnisse, GUTE und SCHLECHTE Entwickelungstendenzen giebt. Wie sollte der rein mechanische Faktor der materiellen Produktivkräfte ohne Kopf und Herz in der Lage sein, in diesen fortwährend uns begegnenden Eventualitäten in der Geschichte den rechten Weg zu wählen?

Jede geschichtliche Disposition, welche allen Thatsachen des Geschehenen gerecht werden will, KANN DEN MENSCHEN und sein verantwortliches Handeln NICHT ENTBEHREN, wobei freilich die Bedeutung des Einzelnen, selbst im hervorragendsten Falle, gegenüber der Bedeutung der äusseren Verhältnisse NICHT ÜBERSCHÄTZT werden darf. Das hat vielleicht niemand klarer und treffender ausgesprochen als der FÜRSTREICHSKANZLER VON BISMARCK in seiner Rede vom 1. April 1896, als er von sich selbst sagte: „Ich bin eben in einer politisch günstigen Zeit in Thätigkeit getreten, als ich die Masse flüssig und zum Gusse fertig fand. Ich habe gethan, was ich konnte, ohne Menschenfurcht und Selbstsucht, dass der Guss rascher und sicher erfolgt ist. Der Staatsmann kann nie selbst etwas schaffen, er kann nur abwarten und lauschen, bis er den Schritt Gottes durch die Ereignisse hallen hört, dann vorspringen und den Zipfel des
144 Mantels fassen — das ist alles!" Aber gerade dieses Handeln des ⥁ Einzelnen ist es, welches die geschichtliche Entwickelung erst zu einer ethischen macht. Wenn der Staatsmann, welcher den Schritt Gottes durch die Ereignisse hallen hört, aus irgend welchen Gründen nicht zugreift und den Zipfel seines Mantels fasst, oder wenn gar die Wahrnehmungsorgane des Staatsmannes so wenig entwickelt sind, dass er das Hallen von Gottes Schritt durch die Ereignisse gar nicht bemerkt, dann geht die Zeit zum neuen glücklichen Gusse leicht vorbei und keine Ewigkeit bringt die gleiche Gunst des Augenblickes wieder, das betreffende Volk und seine Kultur rechtzeitig vor dem Untergange zu retten (Kairos).

Schliesslich bietet ja auch die bisher zur Darstellung gelangte ENTWICKELUNG DER NATIONALÖKONOMISCHEN WISSENSCHAFT einen guten Einblick in die Natur und das Wesen der historischen Gestaltung. Als im Mittelalter die äusseren Verhältnisse sich der Ausbreitung der Geldwirtschaft neben der Naturalwirtschaft günstig zeigten, da stellten klug denkende Männer all jene Mittel und Wege zusammen, durch welche der Staat diese Weiterentwickelung wesentlich zu fördern in der Lage war. Als dann mit dem Reichtum, dem Massenverkehr, der besseren Verkehrs- und Produktionstechnik die Zeit gekommen war, dem spekulativen Privatkapital die Oberleitung der volkswirtschaftlichen Verhältnisse zu überlassen, da zogen Adam Smith und seine Schüler die entsprechenden theoretischen Konsequenzen für Gesetzgebung und Politik, praktische Staatsmänner verwirklichten diese Ideen, und erst jetzt konnten sich die Wunder des kapitalistischen Zeitalters zeigen. Inzwischen wurde in immer weiteren Kreisen beobachtet, dass der ehrlichen Arbeit die volkswirtschaftliche Oberleitung durch das spekulative Privatkapital auf die Dauer so teuer zu stehen komme, dass die glückliche Weiterentwickelung der Gesamtheit damit in Frage gezogen werde. Seitdem ringen die Ideen nach einer besseren Form der volkswirtschaftlichen Organisation. Wird sie GEFUNDEN und durchgeführt, so werden die modernen Kulturvölker bald einen weiteren und wesentlichen Fortschritt verzeichnen. Wird sie NICHT gefunden und bleiben wir bei der heutigen kapitalistischen Ordnung der Verhältnisse, dann werden auch UNSERE Kulturvölker am Kapitalismus zu Grunde gehen, wie bisher alle Völker an dieser Krankheit zu Grunde gegangen sind. So zeigt sich im Entwicklungsverlaufe der Geschichte die innigste Wechselbeziehung zwischen den Ideen und Handlungen der Menschen und den äusseren ökonomischen Verhältnissen; beide bedingen und stützen einander fortwährend. Es ist deshalb eine unhaltbare Einseitigkeit, wenn Engels sagt: die Ideen seien bloss Kleider, die getragen werden, aber nicht selbst tragen.

145

So bewähren sich also die Ideen des Marxismus vor einer eindringenden Kritik recht wenig. Dennoch wäre es durchaus unzutreffend, all dieser gewiss schwer wiegenden Beanstandungen halber das Lehrgebäude des Sozialismus kurzweg als einen „wüsten Trümmerhaufen“ zu bezeichnen. Trotzdem auch wir einen Anbau nach dem anderen bei näherer Untersuchung zusammengebrochen finden, bleibt doch noch ein stattlicher Rest des ganzen Gebäudes auf festem Fundamente stehen, der zur Hälfte allerdings schon aus früheren Zeiten stammt, zur anderen Hälfte aber in der That von Marx und Engels gebaut wurde. Und DIESER DAUERNDE KERN DES SOZIALISTISCHEN SYSTEMS lässt sich etwa in folgenden Sätzen zusammenfassen:

1. Die beiden nationalökonomischen Lehrsysteme, welche auf die meisten europäischen Völker ihren vollen Einfluss ausüben konnten, sind das Merkantilsystem und das Freihandelssystem. Das Endziel dieser beiden Lehrmeinun-

gen ist der Reichtum und zwar zunächst der Geldreichtum und dann der Reichtum an wirtschaftlichen Gütern überhaupt. ⥁ Seit dem Anfang dieser Art von Politik zeigt sich eine immer mächtiger anwachsende Reaktion, deren wahre Natur niemals mit Neid gegen den Reichen, materielle Not und allgemeine Unzufriedenheit erschöpfend bezeichnet werden kann. FRIEDRICH PAULSEN hat hier richtig gesehen, wenn er in seiner „Ethik“ hinzufügt: „Das beleidigte Gerechtigkeitsgefühl hat zur heutigen Ausbreitung der Sozialdemokratie beigetragen.“ SIMONDE DE SISMONDI gebrauchte diesen Erscheinungen gegenüber den bei ihm sprichwörtlich gewordenen Ausruf: „MEIN GOTT, IST DENN DER REICHTUM ALLES UND DER MENSCH REIN GAR NICHTS ?“ —

In diesem Zusammenhange bedeutet der Sozialismus den UEBERGANG AUS DER NATIONALÖKONOMIE DES REICHTUMS ZUR NATIONALÖKONOMIE DER MENSCHLICHEN ARBEIT — „Arbeit“ in jenem vollen Sinne des Wortes, in welchem „arbeiten“ „der Gesamtheit dienen“ heisst. Will man diesen Gegensatz durchaus im Rahmen der Güterwelt bezeichnen, so würde man zu sagen haben, dass es sich um den Uebergang aus einer Nationalökonomie DES REICHTUMS ALS BESITZ in eine Nationalökonomie DES REICHTUMS ALS JÄHRLICHES ARBEITSEINKOMMEN handelt — auch hier „Arbeit“ im vorbezeichneten vollen Sinne des Wortes verstanden.

2. Dieser Uebergang vollzieht sich nur in Formen, WELCHE DEN „KAPITALISMUS“ BESEITIGEN. Zu diesen Formen gehört nicht die Aufhebung des Privateigentums, was von einer Reihe von Sozialisten ausdrücklich bestätigt wird. Die „Beseitigung des Kapitalismus“ bedeutet im Grunde nur DIE BESEITIGUNG DES WUCHERS JEGLICHER ART, welcher die redliche Arbeit in ihrem Einkommen kürzt. Hierzu hat der Marxismus folgende ZWEI hochwichtige SÄTZE DER METHODE gefügt:

⥁ 3. Die ökonomische Erkrankung eines WESENTLICHEN GLIEDES der Volkswirtschaft muss nicht als eine Krankheit dieses Gliedes AN SICH, sondern stets als eine Erkrankung DES GESAMTEN VOLKSKÖRPERS betrachtet werden, welche vor allem in dieser ihrer GANZEN GESETZMÄSSIGKEIT erkannt sein will.

4. Die dann zu ergreifenden REFORMEN aber, welche nicht auf eine blosse momentane Linderung, sondern AUF EINE VOLLKOMMENE HEILUNG DES UEBELS VON INNEN HERAUS GERICHTET SEIN MÜSSEN, erschliessen sich in ihren leitenden PRINZIPIEN nur für eine Betrachtung, welche DEN GROSSEN HISTORISCHEN ENTWICKLUNGSTENDENZEN mit vollem Verständnis folgt.

148

⟳ 5. Die heutige deutsche Schule der Nationalökonomie.

Als die englische Freihandelslehre begann, auf dem europäischen Kontinent zur allgemeinen Herrschaft zu gelangen und sonst nur noch die Eventualität offen geblieben war, sich dem Sozialismus anzuschliessen, da waren es deutsche Nationalökonomen, welche der Erkenntnis der Wahrheit einen neuen selbständigen Weg öffneten. FRIEDRICH LIST („Das nationale System der politischen Oekonomie“ 1841, 7. Auflage 1883) bekämpfte erfolgreich das Dogma von der internationalen Arbeitsteilung, welches auf dem besten Wege war, die Alleinherrschaft Englands auf industriellem Gebiete zu begründen. List lehrte, wie jede grössere Nation in der Lage sei, ihren „industriellen Arm“ neben dem agrarischen ebenso wie England zur harmonischen Entwickelung zu bringen und auf welche Weise in Zukunft eine bessere Ordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse den grossen Völkern möglich wäre. RODBERTUS, SCHÄFFLE und ADOLPH WAGNER haben die Lehren des Freihandels wie des Sozialismus einer gleicheindringenden Analyse unterzogen, die Irrtümer auf beiden Seiten aufgedeckt und die Wissenschaft durch neue Theorien und begriffliche Unterscheidungen und durch neue praktisch wertvolle Vorschläge bereichert. Was wir heute durch die Verstaatlichung der Eisenbahnen und die Arbeiter-Versicherungsgesetze gewonnen haben, führt sich zuletzt auf die wissenschaftlichen Arbeiten dieser Männer zurück. Keine Nationalökonomie der Zukunft wird ADOLPH WAGNER'S „Grundlegung der politischen Oekonomie“ (3. Auflage 1892) und SCHÄFFLE'S „Kapitalismus und Sozialismus“ (1. Auflage 1870) entbehren können. Besonders anregend wirkten auch die Arbeiten des ideenreichen LORENZ VON STEIN.

⟳ Während es so klar geworden war, dass die Theorien des Freihandels wie des Sozialismus dem praktisch-politischen Bedürfnis unserer Zeit nicht genügten, hatten ROSCHER, HILDEBRAND und KNIES bereits begonnen, die HISTORISCH-EMPIRISCHE BETRACHTUNGSWEISE in die nationalökonomische Litteratur wieder einzuführen, die in SCHMOLLER'S Monographien ihren, der Methode nach vollkommensten Ausdruck findet. Seitdem ist jene lange Reihe von Spezialforschungen erschienen, welche sich mit der Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, mit dem Zunftwesen, dem Kleingewerbe, dem Bevölkerungswesen, dem Geld- und Bankwesen, den Arbeiterverhältnissen, der Handelspolitik, der Entstehung der heutigen Grundbesitzverteilung u.s.w. beschäftigen. 149

Dieser schon fast unübersehbaren Spezialliteratur gegenüber machte sich bald das Bedürfnis nach Zusammenfassung dieser Materialienfülle immer entschiedener geltend. Ihm trugen in höchst dankenswerter Weise Rechnung: SCHÖNBERG'S „Handbuch der politischen Oekonomie“ früher drei, jetzt fünf

Bände, 4. Auflage 1895, das „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ von CONRAD, ELSTER, LEXIS und LÖNING, 2. Auflage sieben Bände 1901 und ELSTER'S „Wörterbuch der Volkswirtschaft“ zwei Bände 1898. All diese Sammelwerke sind durch das Zusammenarbeiten einer grossen Zahl von Spezialgelehrten entstanden, wobei jeder Einzelne seine freie wissenschaftliche Ueberzeugung ohne Rücksicht auf die Anschauung seines Nachbarn zum Ausdruck brachte. Wesentlich ergänzt wird deshalb diese Litteratur durch Spezialzusammenstellungen EINZELNER Forscher wie von BÖHM-BAWERK über „Kapital und Kapitalzins“ 2 Bände 1884/89; GEORG ADLER, „Geschichte des Sozialismus und Kommunismus“ 1899, und AUGUST ONCKEN, „Geschichte der Nationalökonomie“ 150 1902. GEORG VON MAYR ist fortlaufend erfolgreich ↻ bemüht, das überreiche statistische Material übersichtlich zu gruppieren.

Ein SYSTEM aber, welches bestrebt wäre, unter Benutzung all dieser Forschungen DIE SUMME DER ÖKONOMISCHEN KONSEQUENZEN AUS DEN HEUTIGEN ZEITVERHÄLTNISSEN zu ziehen, um so der wirtschaftspolitischen Praxis in ähnlicher Weise vorzuarbeiten, wie das insbesondere Adam Smith und seine Schule für ihre Zeit gethan haben — giebt es heute nicht. Deshalb besteht noch zwischen Theorie und Praxis in der Volkswirtschaft eine höchst bedauerliche Spannung. Die Praxis kommt aus einer nervösen Unruhe mit Novellen auf Novellen nicht heraus. Die Theorie hüllt sich bei vielen wichtigen Fragen in tiefes Schweigen, oder sie ist voller Irrtümer und trägt dann nur zur Verschärfung der politischen Gegensätze bei, statt sie zu mildern und zu versöhnen. Dazu hier folgende Belege:

1. Die seit Jahrzehnten andauernde überwiegende Beschäftigung mit der Lohnarbeiterfrage und mit dem Sozialismus hat die grosse Mehrzahl unserer heutigen Nationalökonomen so sehr in den Gedanken einer notwendigen Zufriedenstellung der Lohnarbeiter versenkt, dass man mit äusserster Zähigkeit auch noch die ALLGEMEINE WITTWEN- UND WAISENVERSORGUNG DER ARBEITER mit STAATLICHER ARBEITSLOSEN-VERSICHERUNG anstrebt. Schon der FÜRSTREICHSKANZLER VON BISMARCK hat in der Kronratssitzung vom 24. Januar 1890 betont, dass das ein durchaus falscher Weg der sozialen Reform wäre. JULIUS WOLF hat sich das Verdienst erworben, die Bedenken gegen diese Bemühungen zusammen zu stellen. Wer die Bedeutung der annona und der collegia in der römischen Geschichte kennt, den muss bei solchen wirtschaftspolitischen Be- 151 strebungen Entsetzen ↻ erfassen. Denn die heutige Nationalökonomie ist hier auf dem besten Wege, die Zukunft des deutschen Volkes verderben zu helfen.

2. Das so schlecht begründete DOGMA VOM KLASSENKAMPF lässt die unseligen LOHNKÄMPFE der Arbeiter wissenschaftlich als einen NATÜRLICHEN ZUSTAND erscheinen, und deshalb waren so viele deutsche Nationalökonomen voll Eifer bei den Gegnern des sog. Arbeitswilligengesetzes. — Man kann ge-

wiss verschiedener Meinung sein darüber, ob eine Handlungsweise bei einem Arbeiter mit Zuchthaus bestraft werden soll, welche von den offiziellen Vertretern der Nationalökonomie als durchaus korrekt und notwendig gelehrt wird. Soviel ist aber gewiss, dass aus dieser Spannung zwischen Theorie und Praxis hervorgeht, wie wenig genügend die nationalökonomische Theorie von der Bildung des Arbeitslohnes ist.

3. Fast überall begegnen wir den bedenklichsten FORDERUNGEN EINER GROSSKAPITALISTISCHEN PROLETARIERPOLITIK. Der industrielle Export kommt ins Stocken. Sofort machen sich Bestrebungen geltend zum Abschluss von NOCH günstigeren Handelsverträgen auf Kosten der heimischen Landwirtschaft, damit NOCH MEHR Arbeiter in der Exportindustrie Verwendung finden, VON HIER AUS eine weitere Besserung der Verhältnisse der Fabrikarbeiter bewirkt wird, die Proletarierbevölkerung NOCH STÄRKER zunimmt und unsere heimischen volkswirtschaftlichen Verhältnisse NOCH MEHR von dem Wohlverhalten des Auslandes abhängig werden. — Gerade die eifrigsten Vertreter dieser Richtung behaupten, die englische Geschichte besonders genau zu kennen. Und doch gewinnt man den Eindruck, als ob sie die Geschichte Englands während der napoleonischen Kriege niemals gelesen hätten. Und obgleich die neuesten Spezialuntersuchungen die Richtigkeit der alten MALTHUS'schen Lehre immer ↻ wieder bestätigen, in dem Abschnitt „Handelspolitik" darf diese Lehre anscheinend deshalb nicht verwandt werden, weil sie zu dem Spezialabschnitt „Bevölkerungslehre" gehören soll. 152

4. Die heutigen Nationalökonomen geben, mit wenigen hervorragenden Ausnahmen, den alten Mittelstand in Stadt und Land auf. Er soll in der modernen Zeit sich nicht halten können. Das schade indess auch wenig. An seine Stelle trete EIN NEUER MITTELSTAND, die besseren Angestellten in den grossen Unternehmungen u.s.w. Der Mittelstand wird so zu einem Einkommensteuerbegriff. MARCUS ANTISTIUS LABEO und ARISTOTELES waren bekanntlich anderer Meinung. Für sie bestand das Wesen des Mittelstandes in der persönlichen Unabhängigkeit und in seiner Selbstverantwortlichkeit jedem Dritten gegenüber. Zwei Deutsche gehörten vor einigen Jahren als bessere Fabrikangestellte zu diesem NEUEN Mittelstande und waren in ihren Mussestunden eifrige Agitatoren des radikalen Sozialismus. Inzwischen ist der Eine nach Basel, der Andere nach Zürich gekommen. Dort ist es ihnen gelungen, sich als Gewerbetreibende zu verselbständigen und so in den ALTEN Mittelstand einzutreten. Und siehe da — sofort hatten sie ihr monarchisches Herz entdeckt und wurden im Auslande geschickte Arrangeure der Festkommerse zu Kaisers Geburstag. Sollten nicht auch hier Labeo und Aristoteles der richtigen Anschauung sein?

5. Die deutschen Landwirte klagen über ungenügende Preise für ihre Produkte. Sie wollen Preise, welche die landesüblichen Produktionskosten decken.

Das sind nach Quesnay, Adam Smith, Malthus, Ricardo, Marx und Engels „normale“ Preise. Eine ganze Reihe unserer heutigen Nationalökonomen aber stellt sich hier auf folgenden Standpunkt: Diese Forderung der Landwirte ist eine 153 Forderung privater Interessen. Würde sie erfüllt werden, so würde ⟳ die übrige Bevölkerung, im Vergleich zu den heutigen Preisen, so und so viel Millionen Mark zu zahlen haben. Das ist zu vermeiden, oder doch in der Form eines Kompromisses auszugleichen. Nach meinem Verständnis gehören diese Art von Berechnungen zu den niedrigen Künsten der Wahlmanöver. Die Wissenschaft sollte wissen, dass alle Klagen und Forderungen von Interessenten zunächst nur eine SYMPTOMATISCHE Bedeutung besitzen, in welche sich die Wissenschaft bei neuen Erscheinungen derart zu vertiefen hat, dass sie die hier sich äussernde Natur der Krankheit, VON WELCHER DER GESAMTKÖRPER DER VOLKSWIRTSCHAFT BEFALLEN IST, erkennt und daraus dann mit Hülfe der gesamtheitlichen Entwickelungstendenz die rechten Reformen zur völligen Heilung des Uebels ableitet. In dieser Weise haben ADAM SMITH und KARL MARX für IHRE Zeitverhältnisse IHRE Aufgabe erfasst. Weil die GLEICHE Aufgabe für UNSERE Zeitverhältnisse noch nicht gelöst ist, neigt unsere Wissenschaft bei ihrer mehr referierenden Methode folgender Auffassung zu: Forderungen IM INTERESSE VON HANDEL UND VERKEHR sind im ADAM SMITH'schen Sinne Forderungen von ALLGEMEINEM Interesse. Forderungen IM INTERESSE DER LOHNARBEITER sind im KARL MARX'schen Sinne Forderungen von SOZIALEM Interesse. Forderungen im INTERESSE DER LANDWIRTSCHAFT UND DES ALTEN MITTELSTANDES aber sind BIS JETZT noch Forderungen VON NUR PRIVATEM INTERESSE.

6. Bevor MINISTER BUCHENBERGER mit seiner unvergleichlichen Arbeitskraft in dem ausgezeichneten „Handbuch der politischen Oekonomie“ von ADOLPH WAGNER jene Massnahmen übersichtlich geordnet hatte, welche der Staat zur Pflege der heimischen Landwirtschaft heute anwendet, bestanden 154 unsere Universitätsvorlesungen über ⟳ Agrarpolitik zum wesentlichen Teile aus einem Referate über die sogenannte BAUERNBEFREIUNG und die sogenannten FELDSYSTEME. Bei dem Uebergange aus der wilden Feldgraswirtschaft zur Zweifelder- und Dreifelderwirtschaft u.s.w. sollen die Germanen höchst wichtige Kulturabschnitte passiert haben. Vom Standpunkt meiner praktischen landwirtschaftlichen Erfahrung denke ich mir die Entwickelung dieser Dinge folgendermassen: So lange die Germanen auf der Völkerwanderung ihres Wohnsitzes noch nicht sicher waren, vertrauten sie ihren kostbaren Getreidesamen erst im Frühjahre der Mutter Erde an. Sie bauten nur Sommergetreide und hatten also eine Einfelderwirtschaft. Das übrige Ackerland war für Viehweide frei. Als sie sich dann in ihren neuen Wohnsitzen einigermassen behaupten konnten, begannen sie auch einen Teil ihrer Getreidefelder SCHON IM HERBST, einen anderen im Frühjahr zu bestellen, der grösseren Sicherheit des Ertrags halber. Sie kamen so selbstverständlich zur sogenannten Zweifelderwirtschaft. Und

als die Bevölkerung so zugenommen hatte, dass notwendigerweise eine gewisse Ordnung in der Gemeindeflur eingehalten werden musste und man deshalb diese in DREI gleiche Teile teilte, von denen der eine für Winterung, der andere für Sommerung, der dritte für Viehweide bestimmt war, da war man bei der sogenannten DREIfelderwirtschaft angelangt. Ich bin meinem Freunde PROFESSOR DETTER IN PRAG dafür dankbar, dass er mich nachträglich auf die Abhandlung des Wiener Philologen RUDOLF MUCH aufmerksam gemacht hat, welcher die Frage: „Waren die Germanen Wanderhirten?“ in der „Zeitschrift für deutsches Altertum“ (Berlin 1892 S. 97 ff.) behandelt. Hier ist die moderne philologische Forschung zu genau derselben Anschauung gelangt wie ich. Aber — und das ist hier die naheliegende Frage — welche praktische Bedeutung hat denn solch kleiner Vor↻[155]gang aus der landwirtschaftlichen Technik der ALTEN Germanen für die MODERNE Agrarpolitik? Und spielt nicht auch die Bauernbefreiung notwendigerweise eine untergeordnete Rolle in jenen Erwägungen, welche die heute herrschenden agrarischen Missstände zum Ausgangspunkte nehmen müssen?

7. Der Bericht der deutschen Börsenenquêtekommission von 1893 enthält eine wissenschaftliche Einleitung von GUSTAV SCHMOLLER, in welcher die Sparkraft des deutschen Volkes auf 2 bis 2 1/2 Milliarden Mark jährlich berechnet wird. Damit rechtfertigt sich dann vollständig die Grösse der Emissionen durch die deutschen Fondbörsen. Der FRANKFURTER BANKIER CÄSAR STRAUSS hat in der „Kreuzzeitung“ vom 27. und 28. Februar 1895 eingehend nachgewiesen, dass den deutschen Börsen JÄHRLICH NUR 450 BIS 470 MILLIONEN MARK als effektive Sparanlage zur Verfügung stehen. Derselbe Fachmann in Fragen des Geld-, Börsen- und Aktienwesens hatte schon im Jahre 1892 in seiner Schrift „UNSER DEPOSITENGELDERSYSTEM UND SEINE GEFAHREN“ dargelegt, dass die Emissionen der deutschen Börsen leider die Sparkraft des deutschen Volkes GANZ WESENTLICH ÜBERRAGEN und dass deshalb die deutschen Emissionsbanken zur Unterbringung ihrer gewaltigen UEBERemissionen in einer höchst bedenklichen Weise den Wechselkredit in der Form des sogenannten „GEFÄLLIGKEITSWECHSEL“ anspannen. Wesentlich aus diesem Grunde hat dann die BANK VON ENGLAND selbst die Wechsel der „Deutschen Bank in Berlin“ zu kaufen ABGELEHNT. Und wesentlich deshalb finden die Gründungs- und Emissionsepochen stets in einer herben allgemeinen Krisis ihren bedauerlichen Abschluss. DIE GROSSE DEUTSCHE BÖRSENENQUÊTE VON 1893 IST LEIDER GERADE AN DIESER KERNFRAGE UNSERES MODERNEN BANK- UND BÖRSEN↻[156]WESENS FAST STILLSCHWEIGEND VORÜBERGEGANGEN. Und in der deutschen wissenschaftlichen Litteratur kann man heute immer noch, unter Berufung auf SCHMOLLER, lesen: „Die jährliche Sparkraft des deutschen Volkes erreicht 2 bis 2 1/2 Milliarden Mark.“

8. In eben diesen „WISSENSCHAFTLICHEN ANLAGEN“ hat auch eine Abhandlung von PROFESSOR DR. GUSTAV COHN Aufnahme gefunden, in welcher aus-

geführt wird, dass die Preisnotierungen der Getreideterminbörsen deshalb so grosse Bedeutung hätten, weil sie Landwirte, Händler und Müller über den wahrscheinlichen Verlauf der Preise in der nächsten Zukunft zuverlässig orientieren. In der Wochenschrift „Getreidemarkt" hatte ich an der Hand der täglichen Marktereignisse wiederholt Gelegenheit, zu zeigen, wie in Zeiten intensiver Spekulation die Spekulanten an den Getreideterminbörsen in ihrem eigenen Interesse GEZWUNGEN sind, das Signal der voraussichtlichen Preisbewegung in den Börsenkursen IN BEWUSSTER WEISE FALSCH einzustellen. Wenn die Baissepartei den Markt beherrscht und die Preise dauernd fallen, dann werden die späteren Termine immer höher notiert, damit die weniger Unterrichteten möglichst viel Ware behalten und so das weitere Herabdrücken der Preise wesentlich erleichtert wird. Wenn die Haussepartei den Markt beherrscht und die Preise fortgesetzt steigen, werden die späteren Termine umgekehrt immer niedriger notiert, damit die schlecht Orientierten ihre Ware verkaufen und dann bei möglichst geringen Warenvorräten die Preise desto leichter weiter gesteigert werden können.

U.s.w. u.s.w.

Innerhalb des Kreises der studierenden Jugend hat dieser Zustand unserer nationalökonomischen Wissenschaft folgende Wirkungen: Gerade die Intelligenteren fühlen bald heraus, dass die herrschenden Lehren sie nicht befriedigen [157] können. Dass ihnen das Freihandelssystem kaum genügt, findet in den Zuständen der Gegenwart und der Vergangenheit seine Erklärung. Also wendet man sich — WEIL NICHTS ANDERES ÜBRIG BLEIBT — DEM STUDIUM DES SOZIALISMUS ZU. PROFESSOR WERNER SOMBART, der erklärte Lieblingsschüler SCHMOLLER'S hat diese eigentümliche heutige Lage an unseren Universitäten in folgenden treffenden Sätzen gezeichnet; „Mögen noch so viele Lehren aus dem Engels-Marx'schen System sich als unhaltbar erweisen, mag die ganze Fassung fehlerhaft sein: an Tiefe der Beurteilung der Wesenheit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, an Kühnheit in der Conception der sozialen Entwickelungstendenzen wird man nur wenige Systeme zur Seite stellen können."

„Systeme? HABEN WIR DENN ANDERE? Dass der MARXISMUS diesen straffen, geschlossenen, einheitlichen Gedankenaufbau darstellt: das möchte ich gerade als seine grösste Bedeutung bezeichnen und dadurch wird er auch auf die Entwickelung der Sozialwissenschaft den dauernsten Einfluss ausüben: dass er uns zwingt zur eigenen Sammlung; dass er uns, wenn unser Geist zu irrlichtelieren beginnt, in die spanischen Stiefel einheitlicher Gedankenentwickelung zwängt. IN UNSERER ZEIT DER THATSACHENVERGÖTTERUNG, DES RÜCKGRADLOSEN ECCLECTICISMUS AUF DEM GEBIETE DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALWISSENSCHAFT

dient uns der Marxismus als mächtige Orientierungs- und Warnungssäule.“ („Zukunft“ 1895 S. 70.)

Je nach Neigung und Veranlagung wird dann von den Studierenden der Eine Sozialist, der Andere Pessimist. „Es ist alles verloren — so heist es dann — Bauernstand, Landwirtschaft, Mittelstand, nichts kann gerettet werden. Die Hauptsache bleibt, dass wir wenigstens die Staatsgewalt möglichst stärken, damit sie, wenn es zum ersten grossen Anprall kommt, noch einmal tüchtig dreinschlagen kann, um damit den Uebergang zum sozialistischen Staate wenigstens so lange als möglich hinauszuschieben !“ — Wer wollte in Abrede stellen, dass das heute leider die herrschende Auffassung unserer sogenannten gebildeten Volkskreise ist? — — —

Für unsere Wissenschaft aber folgt daraus die ernste Pflicht, so bald als möglich ein neues nationalökonomisches System zu schaffen. Die einfache Zusammenfassung des bis heute produzierten Materials giebt noch kein System, wie ja auch ein noch so grosser Baumaterialhaufen noch kein Haus ist. Wie der Hausbau von den Bedürfnissen der lebenden Menschen ausgeht und darnach sein Material zusammenfügt, so muss auch ein neues nationalökonomisches System in dem wirtschaftspolitischen Bedürfnis der Gegenwart seinen Schwerpunkt finden, um darnach das Material der Spezialforschungen zusammen zu stellen. Die Missstände im einzelnen sind dabei niemals als Forderungen einer „Interessenpolitik“ aufzufassen, und die Beseitigung der Missstände ist nicht als die Aufgabe eines „Interessenkampfes“ zu betrachten. Alle Klagen der Einzelnen wollen vielmehr als Symptome einer spezifischen Erkrankung der Gesamtheit verstanden sein und das Reformprogramm zur völligen Beseitigung des Uebels will aus den grossen Entwickelungstendenzen der Volksgeschichte auf ihrem Wege aus der Vergangenheit in die Zukunft abgelesen werden. Bei dieser schwierigen Untersuchung bietet die Geschichte jener Völker, welche früher waren, gross geworden sind und dann zu Grunde gingen, die allerwichtigsten Anhaltspunkte zur Auffindung der Wahrheit. Es liegen genug Völkerleichen auf dem Secirtisch der Geschichte, um die wissenschaftliche Erkenntnis unserer eigenen ökonomischen Lage und der Zukunft, welcher wir damit entgegengehen, zu ermöglichen.

Die Bewältigung dieser damit bezeichneten Aufgabe geht über die Arbeitskraft eines Einzelnen weit hinaus. Ich habe deshalb nach und nach 48 Mitarbeiter gewonnen, welche vor allem die Materiallieferanten für den Systembau waren und dann die Ueberprüfung der fertigen Konstruktion an der Hand der Quellen zu übernehmen geneigt waren. Ein in der bisher üblichen Weise selbständiges Arbeiten des einzelnen Mitarbeiters war schon darum nicht möglich, weil jeder weitere Abschnitt neue Anregungen für die vorhergehenden Abschnitte lieferte. So wurde mancher Teil mehr als zehnmal total umgearbeitet.

Gleichzeitig waren die Umarbeitungen bemüht, die Ausführungen selbst auf den kleinsten Raum zu beschränken. Es sollte dem Leser vor allem DIE UEBERSICHT ÜBER DAS GANZE erhalten bleiben. Ursprüngliche Manuscripte von 300 und 400 Seiten sind so nach und nach auf 60 bis 80 Seiten und weniger zusammengerückt. Die Fertigstellung des Ganzen hat sich damit freilich verzögert. Ich glaubte indes im Interesse der Sache diesen Vorwurf ertragen zu sollen. Dafür bin ich auch heute in der Lage, bei der Drucklegung der ERSTEN Zeile zu wissen, wie die LETZTE Zeile des Systems lauten wird.

Aber — selbst all diese Anforderungen genügen noch nicht für die Schaffung eines neuen Systems. Es ist vielmehr endlich notwendig, DEN RECHTEN KONSTRUKTIVEN AUSGANGSPUNKT zu finden. Die bisherigen nationalökonomischen Systeme hatten verschiedene Ausgangspunkte. Das MERKANTILSYSTEM 160 ging vom GELDREICHTUM aus, das PHYSIOKRATISCHE vom ⥁ GRUND UND BODEN, ADAM SMITH vom GÜTERREICHTUM, KARL MARX vom LOHNARBEITER. Welches wird unser Ausgangspunkt sein?

Ich entscheide mich für das GETREIDE, um hier ZUNÄCHST diese Wahl zu begründen, BEVOR wir uns den Studien über die ökonomischen Entwickelungsgesetze der Völker zuwenden, um DANN ABSCHLIESSEND das Wesen der sozialen Krankheitserscheinungen der Gegenwart zu ermitteln und das Reformprogramm mit seinen ganz bestimmten Grundbegriffen und Grundprinzipien abzuleiten.

D. Das Getreide als Ausgangspunkt des Systems.

161

1. Das Getreide in der Geschichte der Völker.

Unsere nationalökonomische Litteratur hat bekanntlich damit begonnen, jene Massregeln zusammenzustellen, durch welche eine möglichste Steigerung des Geldreichtums im einzelnen Lande bewirkt werden konnte. Es ist deshalb aus historischen Gründen gewiss verständlich, dass die Nationalökonomen fast bis zur Gegenwart häufig die Erscheinungen und Funktionen des Geldes im Volkskörper der grössten Sorgfalt würdigten und mehr als einmal versprochen haben, durch ausschliesslich geldwirtschaftliche Massnahmen alle Leiden dieser Welt zu heilen. Man wird indes gewiss zugeben, dass das Getreide, das Brot, das weitaus unentbehrlichere für den Menschen ist. Ohne Metallgeld hat die Wirtschaft der Menschen wahrscheinlich Jahrtausende hindurch bestanden. Ohne Getreide ist das Leben der Menschen undenkbar. Wenn also die Wirtschaftslehre überhaupt einseitig aufgebaut werden könnte, so wäre das als Lehre vom Getreide, nicht aber als Lehre vom Gelde möglich. Die heute so oft noch ausschliesslich geldwirtschaftliche Auffassung der politischen Oekonomie gleicht einer Bautechnik, welche die Lehre von den Fundamenten vergessen hat.

162

Die unter spezieller Leitung von PROFESSOR SCHMOLLER stehenden Veröffentlichungen der Akademie der Wissenschaften in Berlin über die Geschichte der Getreidehandelspolitik beginnen ihre Darstellungen mit der Geschichte der städtischen Lagerhauspolitik. Es lässt sich indes eine, dem noch vorausgehende, ganz bestimmte Epoche der Getreidepolitik unterscheiden, die in der deutschen Geschichte zum Teil bis in die Mitte des 14. Jahrhunderts hineinreicht und die wir als „DIE PERIODE DER WANDERUNGSPOLITIK“ bezeichnen

möchten. So lange noch keine grösseren Städte gebaut waren, und die Völker nur mit leichter Habe sich trugen, dachte man nicht daran, durch Ansammlung von grösseren Vorräten den Einwirkungen ungünstiger Erntejahre vorzubeugen. Kamen sie dennoch, so wurde nach solchen Gegenden und Ländern gewandert, die genügend Getreide hatten.

Jene gewaltigen historischen Ereignisse, welche wir mit dem Worte „Völkerwanderungen“ zusammenfassen, waren im Grunde getreidepolitische Massnahmen. Die historisch-dogmatische Spezialgeschichtsschreibung hat zwar annehmen zu müssen geglaubt, dass die germanische Völkerwanderung nicht aus einem Mangel an GETREIDE, sondern aus einem Mangel an WEIDEPLÄTZEN hervorgegangen sei. Eine Reihe von höchst wichtigen Gründen zwingen uns indes, die einschlägigen Stellen bei STRABO, CÄSAR, TACITUS und PLINIUS umzudeuten. Die Ernährungsphysiologie lehrt nach VOIGT, dass eine Ernährung des Menschen mit ausschliesslich animalischer Kost unmöglich sei, dass aber ganze Völker schon mit Vorteil nur von Getreidekost gelebt haben, weil das Getreide die zur Ernährung des Menschen notwendigen Grundstoffe in der rationellsten Mischung enthält. Die indogermanische Sprachforschung zeigt, dass das Wort „Milch“ kein gemeingermanisches Wort ist. Die neuesten Untersuchungen von EDUARD 163 ↻ HAHN „Ueber die Haustiere und ihre Beziehungen zur Wirtschaft des Menschen“ (1896) bestätigen, dass die Milch in der That keineswegs ein ursprüngliches Nahrungsmittel der Menschen war, und dass der Ackerbau wenn auch nicht mit dem Pfluge, so doch mit der Hacke früher ist, als die Viehwirtschaft. Nach den Mitteilungen von FRANZ VON SCHWARZ über „Turkestan“ (1900) und der von ihm weiter angeführten Reiselitteratur ist ganz Centralasien vom Kaukasus im Westen bis zur Mandschurei im Osten ein einziges ungeheueres Ruinenfeld von grossen Stadt- und vertrockneten Kanalanlagen, die an Grossartigkeit selbst den Suezkanal, den Stolz des letzten Jahrhunderts, übertreffen. Es ist also doch wohl ausgeschlossen, dass jene Völker, welche einst hier gehaust haben und mit der langsamen aber stetigen Veränderung der klimatischen Verhältnisse durch die Austrocknung des Bodens aus ihren alten Wohnsitzen hinausgeworfen wurden, auf einer so niedrigen Kulturstufe gestanden wären, wie sie in unseren Studierstuben für „Nomadenhorden“ zusammengestellt worden ist. Schliesslich bieten sich für diese Periode der Wanderungserscheinungen als getreidepolitische Massnahmen noch weitere direkte Ueberlieferungen.

Die Wanderungen der Israeliten, von denen Moses in seinem ersten Buche erzählt und die sich auf ABRAHAM, ISAAK und JAKOB beziehen, haben ausnahmslos den Mangel an Getreide zur Veranlassung, und der Zug richtet sich stets nach einer Gegend „wo Getreide und Wein genug war“. Was die ältesten römischen Ueberlieferungen uns als VER SACRUM erhalten haben, zeigt uns nach ungünstigen Erntejahren die Ausrüstung der Jungmannschaft, die sich

in anderen Gegenden eine neue Heimat suchen. Für die sogenannten SIEBENBÜRGISCHEN SACHSEN IN UNGARN ist es aktenmässig nachgewiesen, dass sie in den beiden Jahren 1144 und 1151 infolge von Hungers⟳nöten aus der Moselgegend ausgewandert sind. Das 13. JAHRHUNDERT DER DEUTSCHEN GESCHICHTE ist das Jahrhundert mit der grössten Zahl von Hungersnöten, mit der grössten Zahl der Wanderungen und mit der ausgedehntesten Neubesiedlung von Ländereien. Ihren formellen Abschluss findet diese Periode der Getreidepolitik der Wanderungen gewissermassen erst im Jahre 1362 durch das Gebot des KAISERS KARL IV. an Städte und Klöster, Kornspeicher anzulegen. 164

Wie leicht den weniger genau unterrichteten Zeitgenossen diese wandernden Getreidebauern als Viehhirten erscheinen, wird wohl nirgends besser als im 1. Buche Moses 46. Kapitel 1. bis 34. Vers belegt. JAKOB wandert in den Zeiten der Teuerung aus Kanaan mit seiner ganzen Familie und mit allem, was sie mitnehmen konnten, nach Aegypten, und JOSEPH zieht ihnen entgegen, um ihnen zu raten, dass sie zu Pharao sagen, sie und ihre Väter seien immer Viehhirten gewesen — dann würden sie im Lande Gessen wohnen dürfen! Der Segen ISAAKS für JAKOB aber beginnt mit dem Satze: „Gott gebe dir vom Thau des Himmels und von der Fettigkeit der Erde einen Ueberfluss an Getreide und Wein."

Die an diese Periode der Getreidepolitik der Wanderungen sich anschliessende Epoche der Politik der Getreideläger kommt mit dem Fortschreiten des Verkehrs und dem immer stärkeren Ueberwiegen der geldwirtschaftlichen Verhältnisse leicht zu Zuständen, in welchen die fundamentale Bedeutung einer richtigen Getreidepolitik verkannt und vergessen wird. Wie hart und empfindlich sich indes eine solche Vernachlässigung der Getreidepolitik bei dem Niedergange der Völker rächt, tritt vielleicht nirgends so scharf uns entgegen, als in der GESCHICHTE DES GEWALTIGEN RÖMISCHEN WELTREICHES.

165 ⟳ Nach einer rasch verlebten Blütezeit der Geldherrschaft von kaum anderthalb Jahrhunderten verblutet sich hier die ganze Münzordnung mit der gesamten Geldwirtschaft des Volkes — an dem Mangel an Getreide. Ohne ernstere Bedenken greifen die römischen Kaiser zur Münzverschlechterung, zur Konfiskation der grossen Privatvermögen, zum Staatsbankerott, zur Ein- und Durchführung des Staatssozialismus auf berufsgenossenschaftlicher Basis, wenn es sich darum handelt, der drohenden Gefahr einer Hungersnot vorzubeugen. Als schliesslich die Lösung dieser Verwaltungsaufgabe immer schwieriger wurde, das kaiserliche Leben infolge der Hungersnotrevolten in wachsende Gefahr kam, verliessen die Kaiser die alte Residenz ROM und zogen nach KONSTANTINOPEL, das infolge der grösseren Nähe der beiden römischen Kornkammern AEGYPTEN und PONTUS leicht mit Getreide zu versorgen war, und das auch weniger als Rom der Gefahr ausgesetzt zu sein schien, durch die Strömun-



[Annona und Ceres]

gen der Völkerwanderung von seinen Getreidebezugsländern abgeschnitten zu werden.

Aber nicht nur die römischen Kaiser, auch die RÖMISCHEN GÖTTER sind dem Getreide nachgewandert. CERES gehörte in dem alten Rom zu den höchsten Gottheiten und wurde insbesondere verehrt als Beschützerin der Halmfrucht und der Ehe. Als aber der Getreidebau auf der italischen Halbinsel mehr und mehr zurückgegangen war, erscheint auf den gelegentlich geprägten Denkmünzen auf einmal Ceres nicht mehr allein, sondern in Begleitung der Göttin ANNONA, welche an einem Schiffsvorderteil lehnt und gewissermassen als Abgesandte der Ceres jene Getreidemenge repräsentiert, welche von fremden Ländern über das Meer zur Ergänzung der heimischen Getreideernten nach Rom zugeführt wurde. Als aber die überseeischen Getreidezufuhren bald immer ausschliesslicher das 166 römische Volk mit Brot versorgten, erschien auf einmal die Göttin Annona ALLEIN auf den Münzen. Die Ceres ist verschwunden und in Vergessenheit geraten. Bald darauf ist das tausendjährige Römerreich zu Grunde gegangen. [Siehe Abbildung auf Seite 106 [1]

Im Verlaufe der Geschichte eines Volkes bietet vielleicht nichts so sehr den bezeichnendsten Ausdruck der auf einander folgenden Ereignisse und der gesamten kulturellen Entwickelung, als die BEWEGUNGSLINIE DER GETREIDEPREISE.

[1]) Die Abbildungen im Original sind leider sehr undeutlich, ähnliche Abbildungen sind im Internet unter: http://www.vergessene-buecher.de/band1/muenzens166.html#anfang zu finden.

In der beiliegenden Kurve [2]) finden sich die Weizenpreise in Strassburg für die letzten 500 Jahre in Jahresdurchschnitten wie in 31jährigen Durchschnitten aufgezeichnet. Die 31jährigen Durchschnitte wurden hier für jedes Jahr berechnet und dann auf das 16. Jahr der Reihe eingetragen. Zu Anfang und zu Ende fallen diese 31jährigen Durchschnitte mit den 29jährigen, 27jährigen, 25jährigen . . . . bis 3jährigen Durchschnitten für die letzten drei Jahre ab. Die der Bewegung der Jahresdurchschnitte in Fällen ausserordentlicher Zickzackschwankungen beigegebenen Erläuterungen bezeugen, wie in allen diesen Fällen in der That jede solche Zickzackschwankung mit ganz bestimmten einschneidenden Ereignissen in innigster Verbindung steht. So folgen in der Reihe dieser Linie als besondere Ereignisse die Hugenottenkriege, der dreissigjährige Krieg, die Eroberungskriege Ludwigs XIV., der pfälzische Erbschaftskrieg, der spanische ⟳ Erbfolgekrieg, die französische Revolution, die napoleonischen Kriege, die Julirevolution, die 48er Revolutionsbewegung, der Krimkrieg und die Gründerjahre 1870 bis 73. Die mittlere Kurve der 31jährigen Durchschnitte zeigt zunächst ein langsam stetiges Ansteigen bis zum 30jährigen Kriege, währenddessen sich diese Steigung verschärft, um dann in dem nachfolgenden tiefen Rückgange der Preise die traurige ökonomische Nachwirkung der langen Kriegsjahre deutlich zum Ausdruck zu bringen. Nachdem die Nachwirkung der dann folgenden unruhigen Zeiten bis zum Abschluss des spanischen Erbfolgekrieges gegen die Mitte des 18. Jahrhunderts abermals überwunden war, hält das langsam stetige Ansteigen der Preise an bis in die Gründerjahre 1870/73, um von da aus, unter dem Einfluss der sogenannten internationalen landwirtschaftlichen Konkurrenz, mit einer Intensität sich nach abwärts zu neigen, welche in dem ganzen Verlaufe der letzten 500 Jahre nur durch die furchtbaren Nachwirkungen des 30jährigen Krieges übertroffen wird. Was die Temperaturkurve in dem physischen Leben des einzelnen Menschen bedeutet, das bedeutet im Wirtschaftsleben des Volkes die Kurve der Getreidepreise. Wie jede Zickzackbewegung der Temperaturkurve des einzelnen Menschen auf eine ernste Krisis deutet, der entweder bald die Wendung zur Wiedergenesung oder die Auflösung folgt, so deutet auch jede Zickzackbewegung der Getreidepreiskurve mit voller Sicherheit auf eine tief einschneidende wirtschaftliche Krisis, die bei häufiger Wiederkehr auch das Wirtschaftsleben des Volkes vor die Alternative stellt, entweder den Weg zur Besserung zu finden oder zu Grunde zu gehen.

167

Es darf deshalb gesagt werden, dass das Getreide die wichtigste Güterkategorie der menschlichen Wirtschaft ist.

[2])Diese Preiskurve ist im Original 2,57 x 0,43 Meter groß (Anlage zu Band I, Ausgabe von 1903). Es ist mir zur Zeit leider nicht möglich, eine so umfangreiche Grafik in das PDF-Format zu übertragen. Die inhaltlich identische, aber verkleinerte (1,25 x 0,20 Meter) Preiskurve der Ausgabe von 1933 ist unter http://www.vergessene-buecher.de/band1/wcharts166.html#anfang im Internet zu finden.

168

2. Das Getreide als Geld.

(Vergleiche das ausführliche Referat unseres Mitarbeiters DR. ARMIN TILLE „Getreide und Geld“ in CONRAD'S Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik, Band 20, 1900, S. 721 bis 754.)

Wie die Produktion früher ist als der Verkehr, so ist das Getreide früher als das Geld. Weil aber auch in der Epoche vor der Einführung des Geldes für mancherlei Zwecke ein Zahlungsbedürfnis besteht, so werden die vorhandenen und leichter entbehrlichen Güter in eine allgemein anerkannte Wertscala eingereiht, die uns für die frühezeste Zeit der germanischen Geschichte namentlich durch die Bussgeldbestimmungen der alten Volksrechte überliefert worden ist. So ist z. B. nach der LEX RIPUARIA aus dem 7. Jahrhundert Titel 36, 11 und 12 das Wehrgeld eines freien Ripuariers gleich 200 Schilling. Und diese 200 Schilling werden „gut gemacht“ mit 20 Kühen, 1 Stier, 10 Hengsten, 1 wilden Habicht, 1 Schwert ohne Scheide und 1 Brünne. Die KELTISCH-IRISCHE WERTSCALA setzt 1 Sclavin gleich 3 Unzen Silber, 1 volljährige Kuh gleich 1 Unze Silber, 1 junge Kuh mit 3 Jahren gleich 1/2 Unze Silber gleich 12 screapalls (scripulus) und 1 Jährling gleich 4 screapalls. In beiden Fällen ist Edelmetall und Geld in der Wertscala genannt. Aber es wäre irrig, anzunehmen, dass die Ripuarier und Kelten sich des Silbers und des Schillings als Zahlungsmittel bedient hätten. Nein, Ripuarier wie Kelten zahlten mit Sclaven, Kühen, Stieren, Hengsten u.s.w. Das Getreide fehlt noch, aber nicht deshalb, weil Ripuarier und Kelten es nicht gekannt hätten, sondern weil die Getreideproduktion kaum regelmässig über den eigenen unmittelbaren Bedarf hinausreichte. Das wird mit der Dauer der Besiedelung des Landes und mit der fortschreitenden Bebauung desselben anders. Das CAPITULARE SAXONICUM vom 8. Jahrhundert und die LEX SAXONUM führen bereits Hafer und Roggen an. In einer ST. GALLER URKUNDE vom Jahre 804 wird 1 Denar gleich 2 Hühnern gleich 2 Scheffel Korn gesetzt. In einer TIROLER Urkunde von 1297 sind 5 Schafe mit Wolle gleich 8 Mut Roggen. Noch im Jahre 1483 wird für HESSEN bestimmt, dass Gastwirte auch mühlfertiges Getreide als Zahlung annehmen müssen. Als im 13. Jahrhundert mit der stadtwirtschaftlichen Entwickelung die Geldwirtschaft sich auszubilden begann und zunächst der Rentenkauf zur Blüte kam, wurde in der weit überwiegenden Mehrzahl der Fälle eine bestimmte Summe Geldes für bestimmte jährliche Gegenleistungen, Renten oder „Gülten“ genannt, hingegeben. Diese so gekauften Renten oder Gülten sind zumeist Kornrenten. Und wo neben der jährlichen Kornleistung auch eine jährliche Geldleistung bedungen wurde, unterscheiden dieselben die Quellen ausdrücklich als „Korngeld“ und „Pfenniggeld“. Bezahlt wurden ferner insbesondere mit Getreide die Steuern aller Art

169

wie: Bede, Zoll, Zehent, Grundzins, die Löhne für Hirten, Fuhrleute, Schmiede, zum Teil die Gehälter der Amtsleute u.s.w. Beim Grundzins stand der „Getreidezins“ obenan, während der sogenannte „Pfennigzins“ seinem Werte nach an letzter Stelle steht. Und diese Getreidezahlungen als Steuern aller Art wurden für Mitteleuropa vielfach erst durch die Gesetzgebung der 48er Jahre des vorigen Jahrhunderts in Geldzahlungen verwandelt oder aufgehoben. Vom 8. Jahrhundert an bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts war also das Getreide nicht nur Nahrungsmittel, sondern auch Geld, insofern es als Zahlungsmittel zur Lösung von Verbindlichkeiten verschiedenster Art kraft besonderer allgemein anerkannter Bestimmungen in ausgedehntem Masse in Verwendung kam.

Aber auch dort, wo das Edelmetall beginnt, seine Funktion als Geld anzutreten, steht vielfach das Getreide als Vermittlerin dieser Funktion für Gold und Silber. Nach den Resultaten der neueren Geschichtsforschung sollen [170] die Edelmetalle zuerst etwa vor 5000 Jahren in Babylon als Geld in den Verkehr gebracht worden sein und zwar zunächst das Gold und dann das Silber. Dieses Edelmetallgeld bestand anfangs nicht aus geprägten Münzen, sondern aus Körnern, Spiralen, Ringen und Stangen. Der Wert dieses Edelmetallgeldes aber wurde von Fall zu Fall durch das Gewicht bestimmt. Die Erfindung der Wage geht deshalb dieser Neuerung voraus. Die erste Wage war lange Zeit die Goldwage. Die Normalgewichte aber waren Körner, die die Natur geformt und zwar weit überwiegend Getreidekörner. Ein „Karat“ ist gleich 1 Johannisbrotkorn und gleich 3 Gerstenkörnern oder 4 Weizenkörnern. 1 „Grän“ ist gleich ein Gerstenkorn gleich 0,064 Gramm. Das althebräische Geld kannte den grossen und kleinen „Scheckel“, ersterer war gleich 360, letzterer gleich 180 Gerstenkörnern, die erst später durch Eisen- oder Erzkörner ersetzt wurden, zum Nachteil für die ehrlichen Leute. Die gleiche Rolle spielen die Getreidekörner aber auch in der germanischen Geschichte. Das Baseler Bischofsrecht vom 8. Jahrhundert bestimmt, dass das Gewicht eines Schillings um 2 Gerstenkörner von dem Normalgewicht abweichen dürfe, ohne als ungültig bezeichnet zu werden. Heinrich VII. von England (1485 bis 1509) hat angeordnet, dass der 20. Teil einer Unze Troygewicht gleich 32 Weizenkörnern aus der Mitte der Aehre sein soll.

Man ersieht aus all dem, in welch gewaltigem Umfange die ganze formelle Ordnung unseres Metallgeldes auf dem Getreide ruht.

171

3. Die Nationalökonomie und das Getreide.

(Vergleiche hierzu insbesondere das ausgezeichnete Referat von PROF. DR. AUGUST ONCKEN „Was sagt die Nationalökonomie als Wissenschaft über die Bedeutung hoher und niedriger Getreidepreise?“, 1901.)

Wenn das Getreide in der That eine so hervorragende Rolle in dem Leben der Völker spielt, dann kann seine Bedeutung hier unmöglich zum ersten Male ausgesprochen sein. Vielmehr müssen sich gerade in der besten nationalökonomischen Litteratur eine Reihe von Aeusserungen der gleichen Art finden, was die Spezialforschung vollkommen bestätigt hat.

Aus der merkantilistischen Litteratur sind es insbesondere: W. STAFFORD (1581), A. MONTCHRÉTIEN DE VATTEVILLE (1615), VÉRON DE FORBONNAIS (1754), welche auf die ausschlaggebende Bedeutung der Getreidepreisbewegung für die volkswirtschaftliche Entwickelung nachdrücklichst verweisen. Der Stifter des physiokratischen Systems FRANÇOIS QUESNAY hat seiner im Jahre 1766 veröffentlichten grundlegenden „Analyse du Tableau Economique“ einen durch XENOPHON dem SOCRATES in den Mund gelegten Ausspruch als Motto vorangestellt, welcher lautet: „Wenn der Ackerbau gedeiht, so gedeihen mit ihm alle anderen Künste, geht er aber zurück, so verfallen mit ihm auch alle anderen Erwerbszweige, sei es zu Lande, sei es zu Wasser.“ Das Gedeihen des Ackerbaus ist nach Quesnay aber von guten Getreidepreisen, welche dem Landwirt einen reichlichen Gewinn lassen, unzertrennlich. Der berühmte Vorläufer von Adam Smith JOSIAH TUCKER (1711 bis 1799) hat schon sein Gesetz normaler volkswirtschaftlicher Entwickelung dahin formuliert, dass mit dem Steigen der Kultur „die BODENPRODUCKTE im engeren Sinne TEURER, die KAPITALS- UND ARBEITSPRODUKTE aber WOHLFEILER werden“. ADAM SMITH hat [172] sich, wie wir schon gesehen haben, dieser Tucker'schen Auffassung vollkommen angeschlossen, und sie durch eine Reihe weiterer Sätze noch bekräftigt, wie z. B. durch den folgenden: „Ist die vollendetste Kultur seines Landes die grösste aller Segnungen für dasselbe, so muss auch die natürliche Erhöhung der Getreidepreise bei fortschreitender Kultur nicht wie eine Kalamität, sondern wie der Vorbote des grössten Segens betrachtet werden.“ DAVID RICARDO, der geschickte Vertreter kapitalistischer Interessen, war dennoch der Meinung, dass die Landwirte einen legitimen Anspruch auf einen lohnenden Preis ihrer Produkte haben und fügt erläuternd hinzu: „Der Ausdruck ‚lohnende Preise‘ bedeutet die Höhe, wonach alle Auslagen einschliesslich der Rente ersetzt werden und der Erzeuger noch einen anständigen Gewinn aus seinem Betriebskapital zieht“. Der einst sehr berühmte Vertreter des reinen Freihandels J. B.

SAY war der Meinung, dass durch Staasintervention allerdings das Volk VOR ÜBERTRIEBENER HÖHE der Getreidepreise geschützt werden müsste, dass andererseits aber auch Vorkehrungen GEGEN EINEN AUSSERORDENTLICHEN TIEFSTAND der Getreidepreise, wodurch der Ackerbau zurückgehen könnte, mindestens nicht ausgeschlossen seien. Für ROBERT MALTHUS steht es fest, dass der HOHE PREIS der landwirtschaftlichen Produkte das SICHERSTE Zeichen und die NOTWENDIGSTE Wirkung überlegenen Reichtums ist. Namentlich aber habe nach seiner Auffassung auch die arbeitende Klasse eher Nachteile als Vorteile von zu niedrigen Getreidepreisen wegen des damit verbundenen noch stärkeren Sinkens der Löhne. JAMES ANDERSON, welcher in der Geschichte der Nationalökonomie bekannt ist als der Begründer der Lehre von der Bodenrente, welche nachher den Namen Ricardo's erhalten hat, äussert sich zu unserem Thema folgendermassen: „Ich glaube nicht, dass ich ein Menschenfeind bin, ich empfinde aber ALLE DIE ⥁ NACHTEILE, die AUS EINEM UNVERNÜNFTIGEN NIEDRIGEN GETREIDEPREISE entstehen würden, so tief, dass ich mir NICHTS NACHTEILIGERES für die Nation denken kann und nichts, wogegen man sich mit grösserer Vorsicht verwahren müsste, als gegen einen zu niedrigen Getreidepreis, es sei denn ein viel zu hoher Preis für Getreide. . . ." H. VON THÜNEN ist nicht minder wie die Vorgenannten der Ueberzeugung, dass GUTE Getreidepreise am besten den Interessen der Gesamtheit entsprechen. FRIEDRICH LIST ist mit allem Nachdruck FÜR HOHE Getreidepreise eingetreten. Die volkswirtschaftliche Parole des Amerikaners HENRY CAREY lautet: „HOHE GETREIDEPREISE UND HOHE LÖHNE". KARL MARX führt aus, dass das System des Freihandels in Getreide zur VERBILLIGUNG DER GETEIDEPREISE führe und damit die SOZIALE REVOLUTION beschleunige. Diese lange Reihe der berühmtesten Nationalökonomen ist also darin einig, dass die Bewegung der Getreidepreise von durchaus entscheidender Bedeutung für Wohlergehen oder Verderben der wirtschaftlichen Verhältnisse eines Volkes ist. Zu hohe wie zu niedrige Getreidepreise werden von all diesen Autoritäten in der bestimmtesten Weise verworfen. Für die damit verbleibenden MITTLEREN GETREIDEPREISE ABER GILT DER GRUNDSATZ, DASS SIE BEI FORTSCHREITENDER KULTUR VERHÄLTNISMÄSSIG MIT STEIGEN. LANGSAM STETIG STEIGENDE GETREIDEPREISE UND FORTSCHREITEND AUFWÄRTSSTREBENDE KULTUR SIND FÜR SIE ALLE IDENTISCHE BEGRIFFE.

173

Die gleiche Anschauung hat bekanntlich auch FÜRST BISMARCK schon am 21. Mai 1879 im deutschen Reichstag mit folgenden Worten vertreten: „Wir alle erinnern uns, dass vor 12 und 20 Jahren die Kornpreise sehr viel höher waren als heute, und dass dennoch damals in allen ⥁ Zweigen der gewerblichen Thätigkeit vielleicht gerade in Folge der hohen Kornpreise ein stärkeres Leben pulsierte als in den heutigen Tagen, wo bei niedrigen Kornpreisen alles darniederliegt. Wenn wir als richtig annehmen wollten, dass niedrige Kornpreise ein Glück seien, so müssten die Länder im Osten, welche die wohlfeilsten Ge-

174

treidepreise haben, die Länder der unteren Donau, an der Theiss, Galizien und der südliche Teil des europäischen Russlands in wirtschaftlicher Beziehung die glücklichsten, wohlhabendsten, kräftig entwickeltsten Länder in Europa sein. So müsste auch innerhalb des deutschen Reiches die Wohlhabenheit und das wirtschaftliche Wohlbehagen nach Osten hin mit den billigeren Getreidepreisen allmählich steigen, und Ostpreussen würde nach meiner Rechnung etwa 25 bis 30 % glücklicher sein müssen, als das Elsass und der Breisgau. Wenn aber diese Erwartung nicht zutrifft, so kann auch unmöglich die Annahme, von der wir ausgegangen sind, eine richtige sein."

Die Wirklichkeit bestätigt diese Auffassung überall. Im Innern der Kornkammer von INDIEN z. B. kostet eine Tonne Weizen durchschnittlich 22 bis 26 Mark. Im Innern der Kornkammer von RUSSLAND erhöht sich dieser Preis etwa auf 30 Mark. Ein Durchschnittspreis für die Tonne Weizen im Innern von ARGENTINIEN darf auf 70 bis 80 Mark angegeben werden. Die Farmer des Westens in NORDAMERIKA behaupten, erst bei einem Preise von 150 Mark per Tonne Weizen ökonomisch gesichert zu sein. Und als normale Weizenpreise für BERLIN berechnen sich rund 200 Mark per Tonne.

Spezial-statistische Untersuchungen der neueren und neuesten Zeit beschäftigen sich mit dem EINFLUSS DER GETREIDEPREISE auf die ARBEITSLÖHNE, auf DIE PREISE DER WICHTIGSTEN LEBENSMITTEL anderer Art, auf die BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG [175] hinsichtlich der GEBURTEN, TODESFÄLLE und TRAUUNGEN, auf die MORALITÄT der Völker und auf die ARMENLASTEN *). Hierbei kommt PROF. DR. WEISZ zu dem Resultat, dass der Arbeitslohn im Laufe der Zeit den Variationen der Getreidepreise folgt. PROF. DR. FRANZ VON JURATSCHEK ermittelte, dass billige Getreidepreise hohen Geburtsziffern, hohe Getreidepreise niedrigen Geburtsziffern als Regel entsprechen. Die Höhe der Getreidepreise hat im allgemeinen einen Einfluss auf die grössere oder geringere Sterblichkeit der Bevölkerung. Namentlich wird die Sterblichkeit des Greisenalters von teureren Zeiten betroffen. JAHRE MIT MITTLEREN GETREIDEPREISEN ZEIGEN DIE GÜNSTIGSTEN STERBLICHKEITSVERHÄLTNISSE. Den Excessen in der Preisbildung für Getreide folgen stets auch solche in der Verehelichungsziffer. PROF. DR. GEORG VON MAYR, OETTINGEN, W. STARKE, WEISZ, MEYER, FULD, HEINRICH MÜLLER, HERMANN BERG U. A. kommen zu dem Schlusse, dass bei steigenden Getreidepreisen die Diebstähle im ganzen zunehmen, während bei fallenden Getreidepreisen wiederholt eine Zunahme der Angriffe gegen die Person zu beobachten war. OETTINGEN und BUOMBERGER ermittelten, dass Zeiten mit hohen Getreidepreisen auf die aussereheliche Fruchtbarkeit einen günstigen, d. h. hemmenden Einfluss ausüben. Mit Ausnahme der schweren Hungersnotjah-

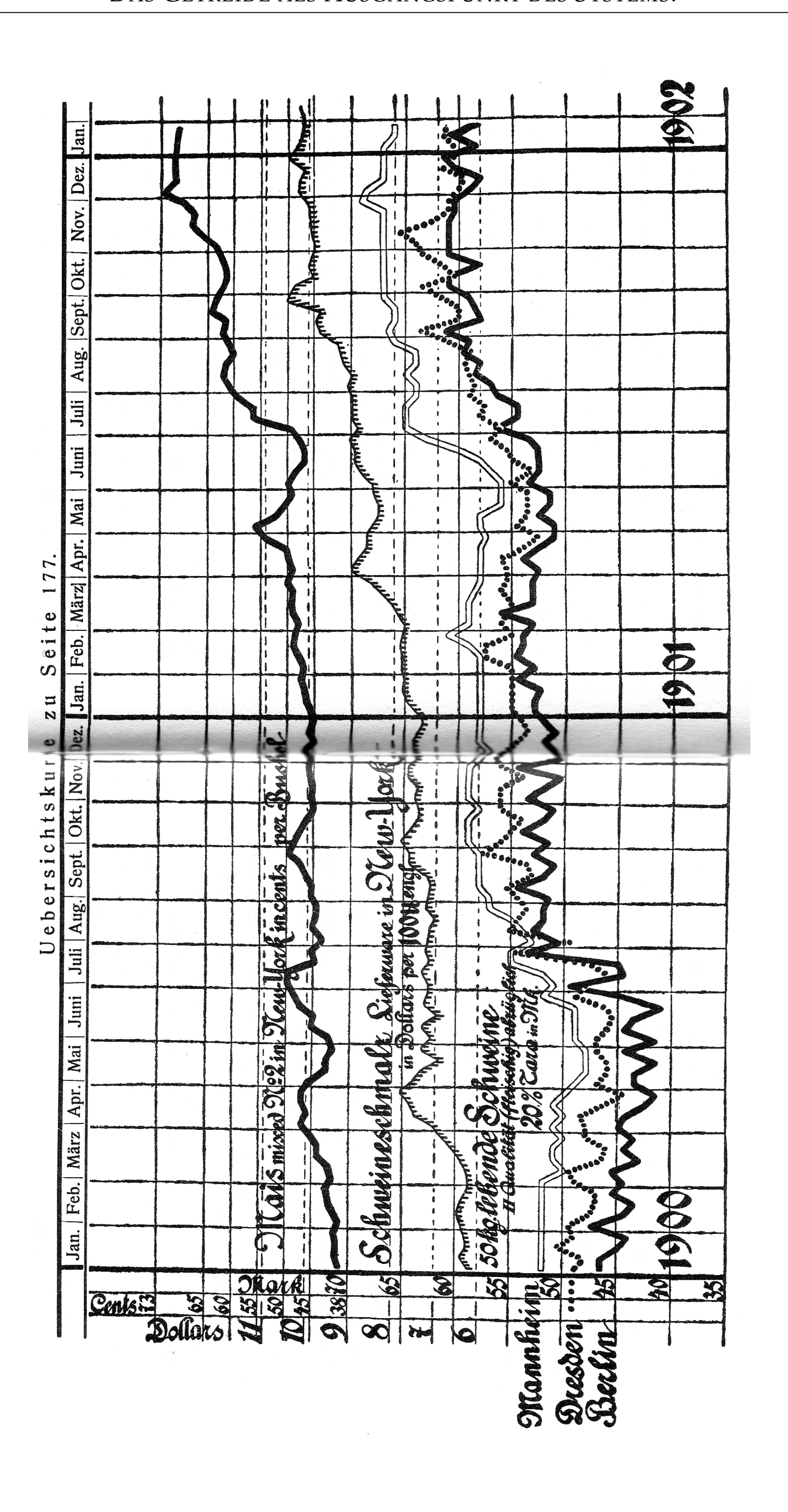
*) Vergl. „Monatliche Nachrichten zur Regulierung der Getreidepreise", Mai 1901; Wochenschrift „Getreidemarkt", 9. April und 23. Juli 1902; HERMANN BERG, „Getreidepreise und Kriminalität in Deutschland", 1902 und die hier angegebene Litteratur.

re 1811, 1812, 1813 und 1817 sind in den Jahren 1821 bis 1851 in England bei BILLIGEN Getreidepreisen DIE ARMENLASTEN IMMER HÖHER, bei HOHEN Preisen diese Lasten NIEDRIGER. All diese Spezialuntersuchungen bestätigen also ⥁ den unvergleichlich weit reichenden Einfluss der Bewegung der Getreidepreise auf die verschiedensten Gestaltungen und Vorgänge im Volksleben. 176

Die täglichen Beobachtungen der Preisveränderungen auf den wichtigsten Getreide- und Fleischmärkten der Erde haben besonders im Winter und Frühjahr 1901/1902 die innige Wechselbeziehung der Preise für die verschiedenen Getreidearten unter einander wie Weizen, Mais, Hafer, Gerste und Roggen, wie auch die Wechselbeziehung zwischen den Preisen für diese Getreidearten einerseits und für Schweinefleisch und Schweinefleischprodukte andererseits besonders scharf hervortreten lassen. So wurde z. B. in den Börsentelegrammen aus Nordamerika im Monat März 1902 an 25 Markttagen 22 mal die Erklärung der Preisveränderungen für eine der Hauptgetreidearten oder für die Fleischwaren ausdrücklich auf analoge Preisveränderungen der anderen Getreidearten bez. der Fleischwaren zurückgeführt. Infolge der Missernte in Mais im Herbst 1901 und der deshalb hohen Maispreise wurden nach Auffassung der besten Sachverständigen Nordamerikas 50 bis 100 Millionen Bushels Weizen an Stelle des Mais in die Viehställe der nordamerikanischen Farmer zur Verfütterung an das Vieh gedrängt. Im Leitercorner-Jahr 1897/98 wurden bei hohen Weizenpreisen und billigen Maispreisen ganz ausserordentlich grosse Maismehlmengen zur Vermischung mit Weizenmehl verwendet. Sind die Roggenpreise unverhältnismässig billiger als die Weizenpreise, so versteht es die moderne Mühlentechnik, eine Spezialmarke von Roggenmehl herzustellen, welche zur Mischung mit Weizenmehl bei Herstellung von Weissbrot anstandslos verwendet werden kann. Sind umgekehrt die Roggenpreise unverhältnismässig höher als die Weizenpreise, so wird eine dementsprechend grössere Mischung des Roggenmehls mit dem Weizenmehl für Roggenbrot vorgenommen. Dass hohe ⥁ Maispreise gleichzeitig hohe Hafer- und Futtergerstepreise bedeuten, ist selbstverständlich. Und da die beste Qualität von Mastfleisch nur umgewandeltes Getreide ist, sind die Fleischpreise gezwungen, sich der Bewegung der Getreidepreise anzuschliessen. 177

Um auch dem Auge die Bestätigung dieser Ausführungen zu bieten, verweisen wir auf die Kurve auf Seite 114 [Seite 184/185 der Originalausgabe] welche von Januar 1900 bis Januar 1902 die Parallelbewegung zwischen den Maispreisen in New-York, den Schweineschmalzpreisen in New-York und den Preisen für lebende Schweine in Mannheim, Dresden und Berlin veranschaulicht.

Die Klassiker der deutschen landwirtschaftlichen Litteratur: ALBRECHT THAER, ALB. BLOCK und KOPPE haben alle landwirtschaftlichen Wertschätzun-



[Wechselbeziehungen zwischen Getreidepreisen und den Preisen für Schweinefleischprodukte.]

gen und Berechnungen nicht nach GELDwerten, sondern nach ROGGENwerten vorgenommen, weil Roggen in der Heimat dieser Schriftsteller die wichtigste Getreideart ist. Und heute noch setzt PROF. DR. THEOD. FRHR. VON DER GOLTZ in seiner landwirtschaftlichen Taxationslehre neben jede Geldwertziffer die entsprechende Roggenwertziffer ein, um damit seiner Ueberzeugung Ausdruck zu verleihen, DASS DAS GETREIDE DER EIGENTLICHE NORMALMASSTAB FÜR VOLKSWIRTSCHAFTLICHE VORGÄNGE SEI.

↻ 4. Getreidebau, Viehwirtschaft und Handelsgewächsebau.

178

Es ist eine bekannte Taktik der heutigen Freihändler, die organische und prinzipielle Bedeutung des Getreidebaus möglichst ausser Acht zu lassen und die Klagen über zu niedrige Getreidepreise als solche zu bezeichnen, welche durch Uebergang vom Getreidebau zur Viehzucht und zum Handelsgewächsebau von den Landwirten selbst am besten beseitigt werden könnten. Namentlich LUJO BRENTANO und seine Schule haben die Vertretung auch dieser Auffassung mit besonderem Eifer übernommen und verschiedentlich behauptet, dass Deutschland aus einer Reihe von Gründen seinen eigenen Brotgetreidebedarf gar nicht bauen sollte. Die Gefahr einer Hungersnot sei dabei um deswillen nicht in Rechnung zu ziehen, weil im Bedarfsfalle eine chemisch-technische Herstellung des Brotes mit Umgehung der landwirtschaftlichen Produktion kaum lange auf sich warten liesse. Es handelt sich anscheinend hier um ein sicheres Inaussichtstellen der rein technischen Lösung jenes alten, bis heute noch nicht vollbrachten Wunders, aus Stein Brot zu machen.

Wir wollen auf nächster Seite [siehe Seite 116 (Seite 179 der Originalausgabe)] diesen theoretischen Erwägungen gegenüber zunächst die Ziffern der Anbaustatistik für die grössten Kulturländer anführen, um die Flächen, welche heute mit Getreide, Hackfrüchten und Handelsgewächsen bestellt sind, kennen zu lernen.

Mit der einzigen Ausnahme von England, das bekanntlich seinen Getreidebau dem Handel und der Industrie geopfert hat, nehmen also Getreide und Hülsenfrüchte zwischen 60 und 78 % der gesamten Anbaufläche ein. Nach diesen Ziffern kann mithin kein Zweifel darüber bestehen, dass der Getreidebau der weitaus wichtigste Teil der landwirtschaftlichen Produktion ist.

↻ Dem gegenüber bewegt sich der Futterbau in den grösseren Ländern

180

Anbaufläche der Hauptculturarten.

Land	Jahr der statistischen Aufnahme	Getreide und Hülsenfrüchte		Futterkräuter		Hackfrüchte		Handelsgewächse	
		Hectar	% der angebauten Fläche	Hectar	% der angebauten Fläche	Hectar	% der angebauten Fläche	Hectar	% der angebauten Fläche
Deutsches Reich	1893	15 992 120	60,9	2 519 375	9,6	4 237 661	16,2	261 090	1
Preussen	1893	10 806 731	61,6	1 554 002	9,5	2 841 513	17,6	141 048	0,6
Bayern	1893	1 848 036	61,1	321 522	11	435 099	15,1	45 191	1,2
Würtemberg . . .	1893	549 599	62,1	118 037	13,6	130 873	16,2	16 734	1,5
Baden	1893	324 419	54,9	79 496	14,8	122 750	21,8	14 953	2,3
Oesterreich . . .	1895	6 740 695	69	1 354 145	14	1 494 736	15,3	159 487	1,7
Grossbritannien .	1896	3 001 312	47	1 859 838	29	1 318 654	21	197 636	3
Frankreich	1894	14 893 507	78,3	2 502 183	13	1 453 986	7	442 148	2
Vereinigt. Staaten v. Nordamerika	1889	56 128 994	64,3	21 089 500	24	1 549 900	1,7	8 905 814	10

12*

[Tabelle auf Seite 179 der Originalausgabe.]

mit einer überraschenden Regelmässigkeit zwischen 11 und 14 % der gesamten Anbaufläche. Schon daraus lässt sich vermuten, dass es sich hier um Grenzlinien handelt, welche nicht durch den Willen des Einzelnen, sondern durch die Natur der Verhältnisse gezogen sind.

Eine ausdrückliche Bestätigung findet diese Auffassung für DEUTSCHLAND z. B. durch die Erfahrungen des Jahres 1893. Die Dürre dieses Jahres hat vom 1. Dezember 1893 den Rindviehstand überhaupt um 6,7 %, die Tiere bis zu zwei Jahre alt um 17,1 %, jene mit zwei und mehr Jahren um 1,3 % abnehmen lassen. Diese Jungviehabnahme erreichte im Schwarzwaldbezirk Württembergs die Höhe von 36 %. Man wird angesichts solcher Ziffern kaum sagen können, dass die deutsche Rindviehhaltung jene Grenze noch nicht erreicht hätte, welche ihr durch die natürlichen Verhältnisse gezogen werde.

Aehnliche Vorgänge konnten im Jahre 1889/90 in den VEREINIGTEN STAATEN VON NORDAMERIKA beobachtet werden. Im Verlaufe der 80er Jahre war man sehr energisch bemüht, die Viehbestände zu vermehren. Unter der damit stark wachsenden Nachfrage nach Zuchtvieh ist der Preis für einheimisches Vieh pro 100 Pfund englisch von 18,48 M. im Jahre 1878 auf 26,25 M. im Jahre 1882 gestiegen. Die nordamerikanische Viehzählungsstatistik, welche leider nur für die Jahre 1870, 1880, 1890 und 1900 vorliegt, zeigt für die sechs grossen getreidebauenden Staaten Indiana, Illinois, Jowa, Missouri, Kansas und Nebraska von 1870/90 immer noch eine Zunahme der Rindviehbestände von 3 252 000 auf 12 467 000 und für die Weidestaaten des Westens ein Anwachsen von drei auf acht Millionen. In diese damit bezeichnete Entwickelung kam durch harte Winter und trockene Sommer eine Krisis, deren Höhepunkt in das Jahr 1889 fiel, in welchem die ⥁ Rinderheerden mit so grossem Verlust verkauft wurden, dass [181] die Preise für heimisches Vieh pro 100 Pfund englisch in Chicago von 26,25 M. im Jahre 1882 auf 16,38 M. im Jahre 1889 zurückgingen.

Die Verlegung des Schwerpunktes der landwirtschaftlichen Produktion auf die Viehzucht hat in der Regel ein Hindrängen zur Frühreife mit starkem Abmelken der Kühe zur Folge. Damit erhöht sich erfahrungsgemäss sehr wesentlich die Empfänglichkeit der Tiere gegen Seuchen und Krankheiten aller Art. Eben diese Seuchen haben dann eine plötzlich eintretende Grenzsperre zur Folge, durch welche die heimische Landwirtschaft um so schwerer geschädigt wird, je mehr sie sich auf den Export ihrer viehwirtschaftlichen Produkte eingerichtet hatte. Einen beachtenswerten Beleg hierzu bietet uns DÄNEMARK. Die der Viehzucht günstigen Verhältnisse haben es mit sich gebracht, dass die dänische Landwirtschaft schon vor dem Jahre 1878 eine recht bedeutende Mehrausfuhr an lebenden Tieren hatte. Dieselbe ist in den Jahren 1882 und 1883 auf 564 589 Stück gestiegen, um dann plötzlich in den Jahren 1885 und 1888 auf 294 662 und 127 170 und bis 1896 sogar auf 81 505 Stück herabzusinken. Tierseuchen hatten

Grenzsperren von Seiten des Auslandes veranlasst. Von Zeit zu Zeit kehrten diese Grenzsperren wieder. Die dänische Regierung selbst schloss ihre Grenzen für die Ausfuhr von lebendem Vieh, um dergleichen Massregeln von Seiten des Auslandes zuvorzukommen. Die Ausfuhr von lebendem Vieh kam durch diese Massregeln in eine Krisis, welche dahin drängte, an Stelle der lebenden Tiere tierische Produkte auf die fremden Märkte zu bringen. Damit ist die dänische Landwirtschaft in Abhängigkeit zu dem exportierenden Schlachtgewerbe getreten, das je nach der Gestaltung seiner Organisation — wie insbesondere auch wieder die neuesten Erfahrungen in Nordamerika ↻ zeigen — einen recht ungünstigen Einfluss auf die Rentabilität des landwirtschaftlichen Betriebes ausüben kann. Rechnen wir noch hinzu, dass nach dem oben geführten Nachweis die Fleischpreise in ihrer Bewegung sich nach den Getreidepreisen richten, so wird man es als einen wenig sachverständigen Rat bezeichnen müssen: DIE DEUTSCHEN LANDWIRTE MÖCHTEN SICH FÜR UNGÜNSTIGE GETREIDEPREISE DURCH UEBERGANG VOM GETREIDEBAU ZU EINER VERMEHRTEN VIEHWIRTSCHAFTLICHEN PRODUKTION ENTSCHÄDIGEN.

182

Im übrigen darf als bekannt vorausgesetzt werden, dass eine Zunahme in der Zahl der Viehbestände und in der Intensität der tierischen Produktion keineswegs etwa eine entsprechende Einschränkung des Getreidebaues zu Gunsten einer Zunahme der Weideflächen und Futterflächen zur notwendigen Voraussetzung hat. So ist in DEN VEREINIGTEN STAATEN der Getreidebau nicht zurückgegangen, obwohl uns die Viehstatistik eine steigende Entwickelung zeigt. Und ebenso stieg in DEUTSCHLAND die Zahl von:

			1873	bis	1900	
bei	Pferden	von	3 352 231	auf	4 195 261	Stück
"	Rindvieh	"	15 776 702	"	18 939 692	"
"	Schweinen	"	7 124 088	"	16 807 014	"

Zugleich betrugen die Nutzungsprozente der verschiedenen Kulturarten:

	1883	1893	1900
Getreide und Hülsenfrüchte	60,1	60,9	61,0 %
Hackfrüchte	15,1	16,2	17,5 %
Futterkräuter	9,2	9,6	10,1 %
Handelsgewächse	1,3	1,0	0,7 %

Die Zunahme der Viehhaltung beruht also wesentlich auf intensiverer Kultur bei annähernd gleicher Nutzungsfläche.

[183] Es bliebe so von den freihändlerischen Argumenten nur noch die Möglichkeit, vom Getreidebau zum HANDELSGEWÄCHSBAU im weiteren Sinne überzugehen. Aber auch nach dieser Richtung deuten die Ziffern der obigen Zusammenstellung auf eine gewisse sachliche Ordnung der Dinge, an welcher der Mensch nicht nach Belieben wesentliche Aenderungen vornehmen kann. Preussen hat gegenwärtig 0,6 %, Bayern 1,2 %, Württemberg 1,5 %, Baden 2,3 %, Frankreich 2 %, England 3 %, die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit ihrem Tabak- und Baumwollenbau 10 % ihrer Anbaufläche mit Handelsgewächsen bestellt. Das alles sind Ziffern, die ziemlich genau proportional sind der Ausdehnung milder oder auch tropischer klimatischer Verhältnisse. Man braucht ferner diese Ziffern nur zu vergleichen mit den Ziffern des Getreidebaues, um eine wesentliche Entlastung dieses letzteren durch Handelsgewächse als völlig AUSGESCHLOSSEN zu erkennen. Es scheint indess doch wichtig, die einzelnen Handelsgewächse gerade in diesem Zusammenhange einmal besonders zu behandeln, um aus einer Art GESCHICHTE DES HANDELSGEWÄCHSBAUES die Aussichten für die Handelsgewächse und das Getreide in der nächsten Zukunft zu beleuchten.

a. Der Krappbau.

„Krapp" heisst die in der Färberei früher in grossem Massstabe gebrauchte Wurzel der Färberröte (*Rubia tinctorum*), deren wichtigster Farbstoff das Alizarin ist. Schon Karl der Grosse soll den Krappbau in Frankreich eingeführt haben. Er kam insbesondere im 16. Jahrhundert in Deutschland und zwar im Elsass, in Baden und in der bayerischen Pfalz und dann auch in Holland zur Ausbreitung und taucht im 18. Jahrhundert wieder in Frankreich auf, wo er sich in dem lockeren sandigen Boden der Departements Vaucluse [184] und Rhone namentlich einbürgert. Nachdem unter der Republik und dem ersten Kaiserreich der Absatz für Krapp zurückgegangen war, hob LOUIS PHILIPP den Krappbau durch Einführung der roten Militärhosen. NAPOLEON III. veranlasste aus dem gleichen Grunde KAISER MAXIMILIAN VON MEXICO, die Rothosen auch bei der mexikanischen Armee einzuführen. Als dann in Mexico diese Neuerung [185] wieder abgeschafft und auch österreichische Industrielle dadurch in Mitleidenschaft gezogen wurden, führte die österreichische Armee die Rothosen ein. Die Jahresproduktion aller Krapp bauenden Länder wurde für das Jahr 1868 auf 70 000 Tonnen geschätzt.

Da gelang es in diesem Jahre 1868 den Chemikern KARL GRAEBE und KARL LIEBERMANN IN BERLIN, [186] den wichtigsten Krappfarbstoff, das Alizarin, künst-

lich aus dem Steinkohlentheer herzustellen. Im Jahre 1869 wurde mit der fabrikmässigen Ausbeutung dieser Erfindung begonnen. Heute werden jährlich etwa 500 000 Meter-Centner 10 %ige Alizarinpasta hergestellt. Der Preis für 1 Kilo 20 %ige Alizarinpasta war:

1870	. . .	13 bis 14	Mark
1882	. . .	5,55	"
1888	. . .	1,70	"
1902	. . .	1,30	"

Der Preis für 50 Kilo getrocknete Krappwurzeln ist von 40 Mark auf 6 bis 8 Mark zurückgegangen. Der Krappbau ist deshalb heute fast vollständig verschwunden. Die früher mit Krapp bestellten Aecker aber tragen heute zumeist wieder Getreide.

b. Der Waidbau.

Waid (*Isatis tinctoria*) zum Blaufärben verwendet, wurde in Frankreich, Elsass, England und namentlich in Thüringen in ausgedehntem Masse angebaut. Die schon im 8. Jahrhundert berühmten fünf Waidstädte: ERFURT, GOTHA, LANGENSALZA, TENNSTEDT und ARNSTADT hatten das Privileg, Waid zu bauen. Die Waidbauern wurden wegen ihrer grossen Wohlhabenheit „Waidjunker“ genannt.

Da begann um die Mitte des 16. Jahrhunderts die holländisch-ostindische Compagnie ostindische Indigopflanzen nach Europa einzuführen, welche den Indigofarbstoff des Waid in grösseren Mengen enthalten. Den „Waidjunkern“ erwuchs daraus eine höchst gefährliche Konkurrenz. Ihre Interessen suchte man zu schützen durch eine Reihe von staatlichen Massnahmen, mit deren Anwendung die KÖNIGIN ELISABETH VON ENGLAND begonnen hat. Hohe Schutzzölle und absolute Einfuhrverbote wurden [187] ↻ erlassen. Mehrfach war das Färben mit ausländischem Indigo unter Androhung der Todesstrafe verboten. Trotzdem blieb der billige ostindische Farbstoff Sieger. Der heimische Waidbau ging mit den Waidbauern zu Grunde. Vom Jahre 1737 ab wurde die Einfuhr von ostindischen Indigopflanzen offiziell freigegeben. Noch einmal kam der Waidbau während der Kontinentalsperre in Aufschwung. Seitdem ist er nur deshalb nicht ganz verschwunden, weil Waid als Gährungserreger den Färberküpen zugesetzt wird, welche mit indischem oder amerikanischem Indigo angesetzt sind.

Aber auch die Tage des amerikanischen und indischen Indigobaues sind gezählt. Im Jahre 1880 entdeckte der MÜNCHENER PROFESSOR A. BAYER die künstliche Darstellung des Indigoblau aus dem Steinkohlentheer. Seit Sommer 1897 kommt künstliches Indigo in den Handel. Die Preise für INDISCHES INDIGO fielen von 27 M. pro Kilo im September 1868 auf 12 M. pro Kilo im September 1900. Die weitere Entwickelung dieser Konkurrenz wird also kaum anders verlaufen, als die Konkurrenz zwischen Alizarin und Krappbau verlaufen ist.

c. Der Flachsbau.

Der Flachs, auch Lein genannt (*Linum usitatissimum*) war als Kulturpflanze den Aegyptern in sehr früher Zeit bekannt. Es ist die älteste Handelspflanze Deutschlands. Schon zur Römerzeit wurde deutsche Leinewand nach Rom exportiert. Und vor dem 30jährigen Kriege war Deutschland das erste Land des Flachsbaues und der Leinenproduktion. Noch zu Anfang des 19. Jahrhunderts waren verschiedene Marken deutscher Leinen beliebte Handelsartikel.

Da kam die Erfindung der Baumwollspinnerei und Weberei. Billige Baumwollstoffe und billiges Garn, in ⥁ grossen Fabriken erzeugt, überschwemmten 188 den Markt. Im Jahre 1829 wurde die erste mechanische Flachsspinnerei durch Dampfkraft in Betrieb gesetzt. Das Riffeln, Rösten, Darren, Brechen, Schwingen und Hecheln, die sechs Hauptstadien der Flachsbereitung vor dem Spinnen und Weben, wurden von Maschinen mit immer neuen Verbesserungen übernommen und durch wichtige chemische Einwirkungen unterstützt. Auch die Flachsbereitung ist so aus einem Hausgewerbe eine moderne Grossindustrie geworden, mit der das Hausgewerbe um so weniger konkurrieren konnte, als die Verwendung der JUTE, der NESSEL, des CHINESISCHEN GRASES und der verschiedenen Arten des AUSLÄNDISCHEN HANFES als billige Surrogate naturgemäss ein Privileg der Grossindustrie bleiben musste. Die Bedeutung des Flachsbaues als landwirtschaftlichen Handelsgewächsbaues war damit für Deutschland vernichtet. Trotzdem waren die Regierungen seit 1820 bis in die letzten Jahre bemüht, rigaer und holländischen Leinsamen einzuführen, bessere Spinnräder zu verbreiten, Warmwasser-Röstanstalten und Flachsschulen auf Staatskosten zu errichten, u.s.w. Alles umsonst! Während die Produktionskosten gestiegen sind, ist der Flachspreis von 60 bis 75 Mark auf 30 bis 35 Mark per Centner gesunken. Der Flachsbau ist beinahe verschwunden. Nicht einmal in den armen und unwirtlichen Gegenden der Eifel, des schlesischen Riesengebirges, des Spessart, der Rhön u.s.w. wird er sich dauernd halten können. Die in Deutschland mit Flachs bestellte Fläche war:

1878	1883	1893	1900
0,51 %	0,41 %	0,23 %	0,20 %

des Acker- und Gartenlandes. In Nordamerika, wo sich natürlich die gleichen Verschiebungen geltend machen, giebt man den Flachsbau zur Fasergewinnung auf, um sich auf die Leinsamengewinnung zu beschränken. Das Leinöl 189 ist ein wichtiges Material der Seifen-, Firniss-, Wachstuch- und Linoleum-Industrie, und der LEINSAMENKUCHEN ist ein Nebenprodukt der Leinölgewinnung, das als besonders beliebtes Futtermittel immer noch günstige Preise erzielt. Es wurden nach den letzten amtlichen Veröffentlichungen in den Vereinigten Staaten geerntet:

	Leinsamen in Bushels zu 36,35 Ltr	Flachsfaser in Pfund englisch zu 0,45 kg
1845	562 312	7 709 676
1859	566 867	4 720 145
1879	7 170 951	1 565 546
1889	10 250 410	241 389
1901	26 170 000	50 000

Wie mit dem Flachsbau, so steht es auch mit dem Hanfbau. Nach der deutschen Anbaustatistik waren mit Hanf bestellt:

1878	1883	1893
0,08 %	0,06 %	0,03 %

der gesamten Ackerfläche. Die Hanfpreise sind in HAMBURG von 92 M. auf 28 M. bezw. 36 M. im Jahre 1894 und 1897 pro Metercentner gesunken, dann unter dem Einfluss einer schlechten Ernte im Jahre 1900 auf 63 M. gestiegen, um seitdem von Neuem wieder abzuflauen.

d. Der Hopfenbau.

Der Hopfen (*Humulus*), allen Völkern nördlich des Himalaya bekannt, ist auch in Europa heimisch und zwar besonders in Deutschland, England und Schweden. Als Bierwürze soll er erst seit den Kreuzzügen verwendet und angebaut worden sein. Die Heimat der berühmtesten Hopfenqualität ist BÖHMEN

und zwar das Gebiet der Stadt SAATZ. Von hier aus wurde anfangs des 14. Jahrhunderts der Hopfen nach BAYERN und zwar speziell nach SPALT eingeführt, wo er bald so viel Berühmtheit erlangte, dass bereits im Jahre 1538 dem Spalter Gewächse das Privileg des Siegels verliehen wurde. Auch die Bierbrauerei fand aus Böhmen und Oesterreich ihren Eingang in Bayern. Das bayerische Hofbräuhaus wurde 1589 gegründet. Und mit der Zunahme des Bierkonsums und dem Aufschwunge des Braugewerbes machte der Hopfenbau in Bayern solche Fortschritte, dass VON LENGERKE in seiner „Statistik der deutschen Bundesstaaten“ 1850 der Meinung war: ganz Bayern werde bald mit Hopfengärten bedeckt sein. Von diesem Ziele ist die Wirklichkeit weit entfernt geblieben. Die Anbaustatistik des Jahres 1885, das mit dem Jahre 1883 den Höhepunkt des bayerischen Hopfenbaues bezeichnet, giebt selbst für MITTELFRANKEN — das wichtigste bayerische und deutsche Hopfengebiet — nur 2,8 % der landwirtschaftlich benutzten Fläche als Hopfenbau-Areal an, welche Zahl für den bayerischen Kreis Schwaben auf 0,04 % herabsinkt. Dennoch kommen nicht unbedeutende Flächen für den Hopfenbau in Verwendung. Es waren im Jahre 1895 mit Hopfen bestellt:

in Bayern	26 233	Hektar
in Deutschland	42 073	"
in Oesterreich-Ungarn . . .	16 099	"
in Frankreich	4 081	"
in Belgien und Holland . . .	4 380	"
in Russland	3 800	"
in England	33 290	"
in Amerika	20 335	"
in Australien	800	"
Zusammen auf der ganzen Erde	125 058	Hektar

Die ökonomische Lage der Hopfenbauern ist heute aber höchst bedauernswert. In Deutschland ist von 1895 zu 1900 bereits ein STETIGER RÜCKGANG DES HOPFENANBAUES eingetreten um jährlich ca. 1000 Hektar bis auf 37 191 Hektar in 1900. Die Ernteerträge schwanken ausserordentlich, und die ebenfalls intensiv schwankenden Preise zeigen in neuerer Zeit stark fallende Tendenz. Die Hopfenerträge waren z. B. in Bayern bei fast genau gleich grosser Anbaufläche im Jahre 1893 4850 Tonnen, im Jahre 1894 17 450 Tonnen. Und die Preise für Spalter Hopfen schwankten pro 100 kg wie folgt:

1828	niedrigster	Preis	20	Mark
1829	höchster	"	720	"
1850	niedrigster	"	150	"
1851	höchster	"	750	"
1859	niedrigster	"	380	"
1869	höchster	"	1070	"
1875/76	niedrigster	"	270	"
1876/77	höchster	"	1240	"
1893/94	höchster	"	700	"
1894/95	niedrigster	"	200	"

Die Einfuhr-Handelspreise betrugen nach der amtlichen Reichshandelsstatistik:

im Jahre	1898	400	Mark per Dz.
"	1901	170	" "

Die Hopfenproduktion ist also einem Lotteriespiele vergleichbar, bei dem jetzt die gewohnten Treffer ausbleiben. Eigentlich ist der Hopfenbau nur in solchen Wirtschaften am Platze, die auch ohne diesen Handelsgewächsbau gesichert sind. Sehr zutreffend schildert diese Situation das bayerische Bauernsprichwort:

„Hopfenbauer aufgeschaut!
Der Hopf ist ein Tropf
Und wer ihm traut,
Den nimmt er am Schopf!"

Die Gründe aber für diese veränderte Bewegung der Hopfenpreise sind leicht anzugeben. Der Rückgang der Getreidepreise hatte international auch zu einer Ausdehnung des Hopfenbaues und damit zur Ueberproduktion von Hopfen [192] geführt. Die Fortschritte der Brautechnik mit Abkürzung der Lagerzeit, Anwendung der Eismaschine u.s.w. können haltbares Bier mit weniger Hopfen und auch mit weniger gutem Hopfen herstellen. Der Geschmack der Konsumenten hat sich rasch an dieses weniger stark gehopfte Bier gewöhnt. Die Konservierungsmethoden des Hopfens wie auch die Ausnützung seines Lupulingehaltes durch die amerikanischen Extractions-Apparate sind wesentlich vervollkommnet worden. Auf diese Weise wird jetzt ein Ausgleich der Ernten auf Jahre hinaus möglich, während früher immer nur die FRISCHE Ernte begehrt wurde. Auch die Kunst der Herstellung des Bieres aus anderen Stoffen als aus Malz und Hopfen ist fortgeschritten. Und endlich hat sich seit dem Jahre 1860 der Börsenterminhandel in Hopfen in ANTWERPEN, LONDON und in den

NORDAMERIKANISCHEN BÖRSENPLÄTZEN eingebürgert. Die berühmtesten Hopfengegenden von Bayern, die auch den Hopfenbau am stärksten ausgedehnt haben, sind heute die am meisten von Bankrott heimgesuchten landwirtschaftlichen Gegenden. Staat und Hopfenbauvereine bieten Alles auf, um durch Herabsetzung der Hopfenzölle bei den Importländern, durch Verkaufsvermittelung, Ordnung der Siegelverhältnisse, rationellere Gestaltung der Hopfenkultur u.s.w. die heutige missliche Lage der Hopfenbauern zu bessern. Ein Erfolg all dieser redlichen Bemühungen im Sinne früherer Rentabilitätsverhältnisse bleibt indes hier ebenso gewiss ausgeschlossen, wie er beim Flachsbaue und früher beim Waid- und Krappbaue ausgeschlossen blieb.

e. Der Tabakbau.

Der Tabak (*Nicotiana*) wurde nach der Entdeckung Amerikas von Spanien und England nach Frankreich, Deutschland, Italien u.s.w. eingeführt. Die Tabakblätter wurden in Frankreich zunächst allgemeiner als Schnupftabak ⥁ [193] verwendet, nachdem KÖNIG FRANZ II. dieses Mittel gegen seine Kopfschmerzen gebraucht hatte. Das Tabakrauchen verbreitete sich allgemeiner im 16. und 17. Jahrhundert, in Deutschland namentlich durch die Heere des 30jährigen Krieges; ebenso das Tabakkauen, damals „Tabaktrinken" genannt. Die Politik der Regierungen wie auch der Kirche war zunächst mit aller Strenge gegen den Tabakgenuss gerichtet, bis man nach und nach begann, ihn als ergiebige Finanzquelle zu benutzen. Die merkantilistische Politik begünstigte deshalb den Tabakbau, der insbesondere während der Kontinentalsperre in Europa grossen Aufschwung nimmt. Heute ist die mit Tabak bestellte Fläche in Mitteleuropa wesentlich kleiner. Sie umfasste in Deutschland 1878 0,07, 1883 0,09, 1893 nur 0,06 % der gesamten Ackerfläche. Der Höhepunkt des deutschen Tabakbaues in den letzten drei Jahrzehnten fällt in das Jahr 1873 mit 30 501 Hectar bebauter Fläche. Inzwischen ist ein anhaltender Rückgang eingetreten bis auf nur noch 14 751 Hectar in 1900.

Geeignet ist der Tabakbau in Mitteleuropa heute fast nur für den Kleingrundbesitzer, der die Arbeitskräfte fast aller Familienglieder von den Kindern bis zum Grossvater dabei in passender Weise verwendet. Wo Lohnarbeiter in Betracht kommen, steigen die Produktionskosten so ausserordentlich, dass jede Rentabilität ausgeschlossen erscheint. Nach der deutschen Enquête von 1878 schwanken aus diesem Grunde die Produktionskosten pro Hectar von 384 bis 1768 Mark, während der Rohertrag pro Hectar nur 700 bis 800 Mark erreichte. Die Rentabilität des Tabakbaues war deshalb in der Hälfte aller untersuchten

Betriebe schlecht. Je nach der Qualität schwanken die Tabakspreise ausserordentlich. Von der 1891er Ernte z. B. wurden in der Pfalz 6 bis 52 Mark, in Baden 194 9 bis 49 Mark, in Brandenburg 14 bis 66 Mark pro 100 kg ohne Steuern ⥁ bezahlt. Die Preise an der Bremer Tabakbörse schwankten im gleichen Jahre vom billigsten nordamerikanischen Tabake bis zu den feinsten Havannadecken von 1 : 100 und in Nordamerika selbst von 1 : 200. Ebenso schwanken die Ernteerträge ausserordentlich. Im deutschen Zollgebiete wurden z. B. in den Jahren 1875 und 1880 bei annähernd gleicher Anbaufläche von 24 294 und 24 259 Hectar im ersten Jahre nur 37 960, im letzten 52 190 Tonnen Tabak geerntet. Die Anbaufläche ist im deutschen Zollgebiete von 30 501 Hectar im Jahre 1873 auf 14 751 Hectar im Jahre 1900 zurückgegangen.

Die Einfuhr ausländischer Tabake nimmt fortwährend zu. Gleichzeitig wächst die Verwendung von Tabaksurrogaten, von denen die Reichssteuereinnahme von 20 000 Mk. in den Jahren 1881/86 auf 55 000 Mk. im Jahre 1900 gestiegen ist. Eine nennenswerte Wieder-Ausdehnung des Tabakbaues scheint deshalb für Deutschland ausgeschlossen.

f. Der Raps- und Rübsenbau.

Raps (*Brassica napus*) und Rübsen (*Brassica rapa*) sind seit alter Zeit in Mitteleuropa die wichtigsten Oelfrüchte. Insbesondere der Raps wurde in den 50er Jahren unseres Jahrhunders in ausgedehntem Masse als „cash crop“ (Geldfrucht) zur Bezahlung grösserer Forderungen an bestimmten Terminen auf grösseren, mittleren und kleineren Gütern angebaut, trotzdem das Wetter wie auch Krankheiten und tierische Feinde den Ertrag leicht gefährdeten. Raps- und Rüböl wurde hauptsächlich als Brennöl, dann auch als Schmieröl und zur Seifensiederei und endlich von der ärmeren Bevölkerung öfter als Speiseöl verwendet.

Durch die Einführung von PETROLEUM, GAS und ELEKTRISCHEM LICHTE ist das Rüböl von der Verwendung zu Leuchtzwecken fast völlig verdrängt worden. 195 ⥁ Die Rapskuchen, die als Futtermittel ein wertvolles Nebenprodukt der Oelgewinnung waren, haben durch die Konkurrenz der SESAM-, ERDNUSS- und PALMKERNKUCHEN u.s.w. im Preise verloren. Dazu kommt die gesteigerte Einfuhr dieser Oelfrüchte aus Indien, Russland, Argentinien und Rumänien. So sind die Preise für Raps und Rübsen in Süddeutschland um etwa 60 % gefallen. Der Preis für 100 kg Raps war in Hamburg 1861/70 15,80 M., 1894 10,40 M., ist für 1900 auf 21 M. gestiegen, unter dem Einfluss weniger günstiger Ernten in

Leinsaaten und bedeutender Steigerung des Oelkonsums. Nord- und Südamerika rüsten sich indes für eine so bedeutende Ausdehnung der Produktion von Leinsaaten, dass diese Preisbesserung keine dauernde sein wird. Die Anbaufläche von Raps und Rübsen in Deutschland geht zurück; sie war 1878 0,69 %, 1883 0,51 %, 1893 0,4 %, 1900 0,3 % der gesamten Ackerfläche.

g. Der Kartoffelbau zur Branntweinbereitung.

Der Branntwein wurde ursprünglich nur in kleinen Mengen als Heilmittel aus Wein hergestellt. In grösseren Mengen wurde er zuerst von den südspanischen Arabern erzeugt, welche darin die Lehrmeister der Italiener wurden, die den Branntwein im 14. Jahrhundert als Handelsartikel über die Alpen brachten. Wahrscheinlich ist im 15. Jahrhundert die Bereitung des Branntweins aus Getreide aufgekommen. Seine Herstellung aus der Kartoffel *(Solanum tuberosum)* wird zuerst 1682 erwähnt, nachdem diese Pflanze um die Mitte des 16. Jahrhunderts aus Peru nach Europa eingeführt worden war. Die erste Kartoffelbrennerei soll 1750 zu Monsheim in der Pfalz errichtet worden sein. Bis etwa zum Jahre 1840 war die Branntweinbrennerei vorzugsweise ein städtisches Gewerbe, das beinahe ausschliesslich Getreide verarbeitete. Mit dem immer mehr ⥁ sich ausdehnenden Anbau der Kartoffel aber wurde ein landwirtschaftliches Gewerbe daraus. Als solches hat sich die Branntweinerzeugung in Deutschland, Russland, Belgien und Holland entwickelt, während in England, Frankreich, Oesterreich, Italien und Rumänien der industrielle Grossbetrieb überwiegt. Im Verlaufe des vorigen und bis in die Mitte unseres Jahrhunderts beherrschte die französische Produktion den internationalen Markt, die ihren Höhepunkt mit einer Ausfuhr von 590 000 hl im Jahre 1872 erreichte. Seitdem ist sie wesentlich zurückgegangen, und Deutschland wurde das bedeutendste Spiritusexportland mit einer Ausfuhr von 1 003 000 hl im Jahre 1881/2, von 897 280 hl im Jahre 1885. Von da an geht auch der deutsche Spiritusexport fortwährend zurück und erreichte im Jahre 1900 nur noch 254 000 hl, während Russland und Oesterreich-Ungarn die bedeutendsten Spiritusexportländer geworden sind. Aber auch deren Ausfuhr ist neuerdings kleiner geworden, weil jedes Land mehr und mehr darauf bedacht ist, sich durch seine Eigenproduktion mit Branntwein zu versorgen. Unter dem Einflusse dieser scharfen Konkurrenz ist der Spirituspreis in Hamburg von 51,37 M. im Jahre 1880 auf 19,10 M. im Jahre 1901 zurückgegangen! 196

Speziell in Deutschland waren 1887/88 6268 Kartoffelbrennereien, welche 2 009 416 Tonnen Kartoffeln verarbeiteten. Im Betriebsjahre 1896/97 wurden

nur noch 5571 Kartoffelbrennereien betrieben, die zusammen 2 116 139 Tonnen Kartoffeln verbrauchten. Inzwischen ist bis 1900 die Zahl der Kartoffelbrennereien wieder auf 6334 mit 2 502 000 Tonnen Kartoffelverarbeitung gestiegen. Aber da der Spiritusverbrauch mit dieser Vermehrung nicht gleichen Schritt hielt, so steht das Gewerbe gegenwärtig vor einer Kalamität, die zu einer intensiven, auf PRODUKTIONSBESCHRÄNKUNG gerichteten Bewegung [197] geführt hat. In einer weiteren Ausdehnung dieses gewerblichen Hackfruchtbaues kann man also das Heil der Landwirtschaft keineswegs suchen wollen.

Die Zahl der Getreidebrennereien ist von 5677 in 1891 auf 8688 in 1900 gestiegen, dagegen der Getreideverbrauch von 491 000 auf 364 000 Tonnen gesunken. Hier hat also der Zuwachs in der Zahl der Betriebe den durchschnittlichen Umfang derselben verkleinert. In der SCHWEIZ hat man durch das Gesetz vom 23. Dezember 1886 1443 kleine und 7 Grossbrennereien aufgehoben und nur Betriebe mit einer Jahresproduktion von 150 bis 1000 hl beibehalten oder neu zugelassen. In ENGLAND, dem Lande der Grossbetriebe, erreicht die jährliche Durchschnittsproduktion der Brennereien nach JUL. WOLF 25 000 bis 30 000 hl und die grösste sogar über 80 000 hl.

Trotz der ungünstigen Preislage des Branntweins bei fortwährendem Rückgange der Ausfuhrziffer hat sich die gesamte Jahresproduktion in Deutschland seit 1888 auf über 4 Millionen Hectoliter gesteigert. Man versuchte den Ausfuhrverlust durch die Steigerung des VERBRAUCHS FÜR GEWERBLICHE ZWECKE auszugleichen, was aber bisher nicht in dem erforderlichen vollen Masse gelungen ist. Aber wenn auch nach dieser Richtung noch wesentliche Fortschritte zu erwarten sind, so könnte damit doch höchstens für den GEGENWÄRTIGEN Produktionsumfang ein gesicherter Absatz geschaffen werden; für eine KÜNFTIG etwa noch weitere Steigerung der Produktion könnte man dadurch in absehbarer Zeit jedenfalls keinen Absatzraum schaffen.

h. Der Zuckerrübenbau.

Die Zuckerrübe ist eine Kulturvarietät der Runkelrübe (*Beta vulgaris*), die an den Küsten des mittelländischen Meeres heimisch ist. Im Jahre 1747 hat der Chemiker MARGGRAF in Berlin Rohzucker in der Runkelrübe nach[198]gewiesen. Im Jahre 1803 begann FR. CARL ACHARD in Niederschlesien die Einrichtung und den Betrieb der ersten Rohzuckerfabrik für Runkelrüben. Unter dem Einflusse der Kontinentalsperre wurden auch in Frankreich solche Rohzuckerfabriken gegründet. Nach Ueberwindung der ersten technischen Schwierigkeiten beginnt namentlich seit dem dritten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts die moderne

Entwickelung der Rübenzucker-Industrie und damit des Zuckerrübenbaues in Mitteleuropa. Die Technik des Rübenbaues wie auch der Rübenzuckergewinnung hat seitdem solche Fortschritte gemacht, dass man im Jahre 1836/37 noch aus 17,29 Tonnen, im Jahre 1900/01 aus nur 6,70 Tonnen Rüben eine Tonne Rohzucker gewann. Die Zahl der Rübenzuckerfabriken im Betriebe erreichte in Deutschland 1884/85 die Ziffer von 408 und war im Jahre 1900/01 nach wiederholten kleinen Schwankungen nach abwärts 395. Diese Betriebe verarbeiteten im Ganzen 13 253 909 Tonnen Rüben zu 18 747 150 Doppelcentnern Rohzucker, wovon 10 884 460 Doppelcentner ausgeführt wurden. Dabei waren 1895/1900 in Deutschland ohne wesentliche Schwankung immer nur 1,5 % der bebauten Fläche mit Zuckerrüben bestellt. Die analogen Ziffern lassen sich für das Betriebsjahr 1900/01 und für die anderen Rübenzucker-Produktionsländer Europas wie folgt zusammenstellen:

Länder	Zahl der Fabriken in Betrieb	Verarbeitete Rüben in Tonnen	Gewonnener Rohzucker in 100 kg	Ausfuhr von Rohzucker in 100 kg
Deutschland	395	13 253 909	18 747 150	11 419 007
Frankreich	334	8 717 439	11 001 700	7 242 590
Russland	275	6 406 024	8 935 200	1 780 347
Oesterr.-Ungarn	213	7 408 000	10 806 740	6 930 280
Belgien	106	2 463 000	3 031 186	3 221 366
Holland	32	1 225 000	1 780 710	1 628 110
Schweden	16	865 800	1 155 470	–

Inzwischen ist eine weitere sehr starke Produktionszunahme erfolgt. So betrug die Rübenzuckerproduktion in der letzten Kampagne 1901/02:

in Deutschland	23 000 000	Dz
" Oesterreich-Ungarn	13 060 000	"
" Frankreich	10 800 000	"
" Russland	11 040 000	"
" Belgien	3 250 000	"
" Holland	2 040 000	"
" Schweden	1 214 000	"
" Dänemark	575 000	"
Andere europäische Länder . . .	2 000 000	"

Die europäische Rübenzucker-Industrie hat also bereits solchen Umfang angenommen, dass sie mehr als die Hälfte ihrer Produkte im Auslande absetzen muss. Hier begegnet ihr als Konkurrent die AUSSEREUROPÄISCHE ROHRZUCKERPRODUKTION, welche früher die grössere Hälfte Zucker für den internationalen Austausch lieferte, seit dem Jahre 1882/83 aber von der internationalen Rübenzuckerproduktion überflügelt worden ist.

Es war nämlich die

	Rohrzuckerproduktion für den Weltmarkt: in 100 kg	die Rübenzuckerproduktion: in 100 kg
1871/72	18 689 930	10 513 500
1882/83	22 462 940	22 550 080
1896/97	28 786 000	48 211 920
1900/01	35 024 650	58 485 156

Schon aus diesen Ziffern geht hervor, dass die Rübenzuckerproduktionsländer in den letzten Jahren sich offenbar die schärfste Konkurrenz selbst bereiten. Die Regierungen der einzelnen Länder begünstigten und förderten ihre Zuckerrüben-Industrie bisher auf verschiedene Weise, besonders aber DURCH 200 GEWÄHRUNG MEHR ODER MINDER ⥁ VERDECKTER AUSFUHRPRÄMIEN. Diese berechneten sich nach den sorgfältigen Untersuchungen von DR. CARL HAGER für das Betriebsjahr 1897/98 und per 100 Kilo:

in	Deutschland	auf	2 M.	21 Pf.
"	Oesterreich-Ungarn	"	4 "	31 "
"	Frankreich	"	11 "	78 "
"	Russland	"	14 "	84 "
"	Belgien	"	3 "	71 "
"	Schweden	"	15 "	14 "

Die Höhe dieser Prämien, welche zu verschiedenen Zeiten verschieden waren, veranlassten im Zusammenhange mit dem Darniederliegen der anderen landwirtschaftlichen Produktionszweige einen Andrang zum Rübenanbau und eine Vergrösserung der Leistung der einzelnen Fabriken.

Die DURCHSCHNITTLICHE VERARBEITUNG AN RÜBEN PRO FABRIK IN DEUTSCHLAND betrug:

im Jahre	1836/37	. . .	2 077	Dz
" "	1870/71	. . .	100 681	"
" "	1897/98	. . .	341 004	"
" "	1900/01	. . .	335 542	"

Die Zahl der deutschen Zuckerfabriken ist im Jahre 1870/71 um 67, im Jahre 1884/85 um 32 gewachsen. Die anderen Länder Europas haben in dieser Entwickelung der Rübenzucker-Industrie kaum geringere Fortschritte gemacht. Das durchschnittlich verarbeitete Rübenquantum pro Fabrik war:

	im Jahre 1897/98	im Jahre 1900/01
in Deutschland	341 004 Dz	335 542 Dz
" Oesterreich-Ungarn	317 573 "	347 792 "
" Frankreich	184 920 "	261 001 "
" Russland	256 500 "	232 909 "
" Belgien	144 950 "	232 359 "
" Holland	295 424 "	382 812 "
" Schweden	448 137 "	541 125 "

Einzelne Zuckerfabriken mit einem Aktienkapitale von 4 bis 5 Millionen Mark verarbeiten 1 bis 1 1/2 Millionen Centner Rüben. Und noch grössere Kapitalmassen werden in den Zuckerraffinerien investiert. Da kann es denn nicht überraschen, dass Ueberproduktionserscheinungen sich allerwärts geltend machen und dass die Zuckerpreise empfindlich zurückgehen mussten. Die Hamburger Durchschnittspreise für Rohzucker und zwar für 88 % Rendement Lieferware notierten pro 100 kg:

1886/87	22,70 M.
1890/91	26,40 "
1895/96	21,80 "
1900/01	19,50 "
1901/02	13,70 "

Was aber diese Situation der europäischen Rübenzuckerindustrie für die Zukunft besonders bedenklich erscheinen lässt, das ist der Umstand, dass das gewaltige Exportbedürfnis für mehr als die Hälfte der Gesamtproduktion bisher in der Hauptsache auf den Absatz in den VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA und in ENGLAND angewiesen war und dass eben diese beiden Länder auf dem besten Wege sind, ihren Zuckerbedarf selbst zu produzieren. Es ist bekannt, dass die Vereinigten Staaten früher eine jährliche Zuckereinfuhr von über 18 Millonen Centnern hatten, bevor sie unter dem Einflusse der nordamerikanischen Zucker-Interessenten HAWAI, PORTORICO und die PHILIPPINEN sich einverleibten und ihren gebieterischen Einfluss auch auf CUBA ausdehnten. Alle diese Gebiete gehören gerade zu den bedeutendsten Rohrzucker-Produktionsländern der Erde, mit einer heute bereits auf über 25 Millionen Centner gesteigerten durchschnittlichen Gesamtproduktion an Rohrzucker. Die Rohrzuckergewinnung war früher in ihrer Technik weit hinter modernen Anforderungen zurückgeblieben. Die Energie und Erfindungsgabe der Nordamerika- [202]

ner fand also hier ein reiches Feld der Bethätigung. Und das Resultat ist heute bereits, dass der nordamerikanische Zuckermarkt sich von der europäischen Rübenzucker-Einfuhr fast völlig emanzipiert hat. Darauf hin kam nun auch England rasch zu der Anschauung, dass seine Besitzungen in WESTINDIEN, GUYANA und OSTINDIEN nebst AUSTRALIEN wohl ausreichen könnten, den heimischen Zuckerbedarf zu decken. Aus diesem Grunde führte England nun den Abschluss der BRÜSSELER KONVENTION herbei, wodurch die europäischen Exportprämien abgeschafft werden und dadurch dem kolonialen Rohrzucker die Konkurrenz im englischen Markt erleichtert wird. Dazu treten die von der englischen Regierung neuerdings beschlossenen DIREKTEN Unterstützungen ihrer zuckerbauenden Kolonien. Was soll nun aus der europäischen Rübenzucker-Industrie werden, die sich so rasch aus einem LANDWIRTSCHAFTLICHEN GEWERBE in eine EXPORTIERENDE GROSSINDUSTRIE verwandelt hatte?

Dieser Entwickelung zur Grossindustrie wird nunmehr bald gänzlich der EXPORTABSATZ genommen sein, und es ist daher gänzlich ausgeschlossen, dass in einer etwa noch weiteren künftigen Steigerung des Rübenbaues ein Ersatz für den Getreidebau gefunden werden könne.

Die RESULTATE dieser HISTORISCHEN BETRACHTUNG DES HANDELSGEWÄCHSBAUES lassen sich in folgende Sätze zusammenfassen:

Der KRAPPBAU wurde ruiniert durch die synthetische Herstellung des Alizarins.

Der WAIDBAU wurde ruiniert durch die Einfuhr der Indigopflanze, und die Indigopflanzen werden wohl demnächst ruiniert durch die synthetische Herstellung des Indigo.

203 ↻ Der FLACHSBAU wurde ruiniert durch Surrogate, durch die grossindustrielle Entwickelung der Flachsbereitung und der Textilindustrie überhaupt, da diese es bedingt hat, dass an Stelle des Verbrauches des heimischen Gewächses in immer steigendem Masse der Import grosser Flachsmengen aus Russland trat.

Der HOPFENBAU hat besonders durch stark steigende Einfuhr unter stets sinkender Ausfuhr und auch durch technische Fortschritte der verschiedendsten Art in der Bierbrauerei und Hopfenkonservierung seine frühere gute Rentabilität verloren.

Der TABAKBAU ist in Deutschland nur noch für jene Kleingrundbesitzer ratsam, bei denen alle Familienglieder zusammenarbeiten, denn auch hier erdrückt die Einfuhr die heimische Produktion.

Der RAPSBAU ist durch technische Erfindungen auf dem Gebiete des Beleuchtungswesens unrentabel geworden und wird, soweit Raps noch gebraucht wird, durch die Einfuhr ersetzt.

Der KARTOFFELBAU ZUR BRANNTWEINBEREITUNG ist bereits bis zu einer Ausdehnung gelangt, die eine absolute Ueberproduktion darstellt, und es muss, wenn das Gewerbe halbwegs rentabel bleiben soll, nicht nur keine künftige Steigerung, sondern eine starke Beschränkung der Produktion herbeigeführt werden.

Der ZUCKERRÜBENBAU geht insbesondere seit Abschluss der Brüsseler Konvention mit dem drohenden Ende der Zuckerausfuhr einer schweren Krisis entgegen.

Hier ist also nirgends Raum für Einschränkung des Getreidebaues zu Gunsten des Handelsgewächsbaues. Gerade der Handelsgewächsbau erscheint vielmehr in allen seinen Teilen weit stärker bedroht, als der Getreidebau.

5. Agrarpolitik — Getreidepolitik.

204

All unsere nationalökonomischen Schulsysteme sind bekanntlich aus dem praktisch-politischen Bedürfnis ihrer Zeit hervorgegangen. Deshalb lässt sich das Merkantilsystem als ein Finanzsystem, das physiokratische als ein agrarpolitisches, das Adam Smith'sche System als ein handelspolitisches System, der Marxismus als ein System der Arbeiterpolitik bezeichnen. Wir haben den vorausgeschickten entwickelungsgeschichtlichen Betrachtungen entnommen, dass das uns heute fehlende neue System der Nationalökonomie voraussichtlich ebenfalls ein System der Arbeiterpolitik sein wird, das indes nicht von dem viel zu engen Begriffe der Lohnarbeit, sondern von dem TOTALBEGRIFF DER ARBEIT im volkswirtschaftlichen Sinne ausgehen wird. Der Schwerpunkt dieser Betrachtungen ruht also im selbständigen Arbeiter, in der locatio conductio operis, im selbständigen Mittelstande. Da SCHMOLLER in seiner „Geschichte der deutschen Kleingewerbe im 19. Jahrhundert“ den wichtigen Nachweis erbrachte, dass der gewerbliche Mittelstand sich nur auf dem Rücken eines wohlgesicherten Bauernstandes zu erhalten vermag, rückt der Schwerpunkt dieser Art von Arbeiterpolitik in seiner weiteren Betrachtung in die bäuerlichen Verhältnisse ein. DIESE ART VON ARBEITERPOLITIK gewinnt somit einen AGRARPOLITISCHEN CHARAKTER. Damit ist unzweifelhaft eine gewisse Analogie zu dem physiokratischen System von QUESNAY gegeben, dessen Ausgangspunkt bekanntlich der GRUND UND BODEN war. Noch heute ist man ziemlich allgemein der

Anschauung, dass die Verhältnisse des Grundbesitzes den eigentlichen Inhalt agrarpolitischer Erwägungen ausmachen. Uns scheinen hier jedoch folgende Bedenken beachtenswert. Nur die landwirtschaftlich benutzte Bodenparzelle hat An205spruch auf agrarpolitisches Interesse. Die Steinwüsten im Innern des australischen Kontinents oder die Wüste Sahara oder auch die Wildparks der irischen und schottischen Landlords kümmern als solche die Agrarpolitik wenig. Also liegt nicht in dem Boden und in dem Grundbesitz „an sich", sondern in seinem landwirtschaftlichen Charakter jenes Etwas, das ihn in die Agrarpolitik einreiht. Und was ist dieses „Etwas"? Die Sprachen fast aller Völker geben auf diese Frage eine übereinstimmende Antwort.

Die Worte agrarisch und Agrarpolitik stammen von dem lateinischen „ager". Das gleiche Wort heisst im indogermanischen „agros", Feld, Acker, im Sanskrit „ajras", Feld, Acker, im griechischen „agros", im gothischen „akrs", althochdeutsch „ahhar". Das Wort „agros" aber stammt von der Wurzel „ag", „treiben" und bedeutet: „wo das Vieh getrieben wird" — also die „ACKERFURCHE", nicht aber die „Trift", wie FIECK, KLUGE u. a. angeben. Im hebräischen finden wir hierfür das Wort „ichchar" oder „ikar" von „achar" „graben", „Ackersmann", „Landmann". Im äthiopischen „agr" als „ager cultus", im syrischen „akra" „Landmann", im arabischen „achar", graben, der „Graber", der „Landmann". Also die hebräische, äthiopische, syrische und arabische Sprache leiten ihr Wort für „Acker" von „graben" ab. Das ist die älteste Form des Ackerbaus vor der Erfindung des Pfluges und dem Anspannen des Rindes, der „Hackbau", wie ihn EDUARD HAHN genannt hat, während Sanskrit, lateinisch, griechisch und althochdeutsch das Wort „Acker" von der Pflugfurche ableiten, in der das Vieh getrieben wird. Das Wort „ager" bezieht sich also in der That nur auf den landwirtschaftlich bearbeiteten Boden. Der Boden hört auf mit dem Worte „ager" in Beziehung zu stehen, sobald er der landwirtschaftlichen Kulturarbeit entrückt ist. Die Hacke und der Pflug ziehen scharf die Grenze für 206 alles das, was zu dem Worte „ager" gehört. Indes ist diese landwirtschaftliche auf den Boden aufgewendete Kulturarbeit nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zwecke des Ertrages, des „Tragen". Hierzu gehört das indogermanische Wort „dhragh" mit der Wurzel „drag", weiter als „dragan" gebildet, aus dem dann althochdeutsch „getragide" und mittelhochdeutsch „daz getregede" wird, dem unser heutiges Wort „Getreide" entspricht. Die Sprachforschung lehrt uns also, dass sich das Wort „ager", mit welchem unser wissenschaftliches Wort „Agrarpolitik" gebildet wurde, auf den landwirtschaftlich bearbeiteten Grund und Boden, auf den durch Pflugfurchen gebildeten „ACKER" bezieht, welcher dann „GETREIDE" trägt. Das Wort „AGRARPOLITIK" lässt sich deshalb seinem eigentlichen Sinne nach am besten mit dem Worte „GETREIDEPOLITIK" übersetzen. Und so kommt auch diese Betrachtung zu dem Schlusse: das Getreide als konstruktiven Ausgangspunkt für unser System der Natio-

nalökonomie zu wählen. Es wird deshalb bei der nachfolgenden Darstellung der Entwickelungsgeschichte der Völker dem Getreide und der Getreidepolitik ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken sein.

Zweiter Teil

Entwickelungsgeschichte der Völker.

↻ A. Entwickelungsgeschichte der Juden.

209

(Privatdozent Dr. theol. FRANZ WALTER – München.)

VORBEMERKUNG UND LITTERATUR. Die Nationalökonomie hat die Wirtschaftsgeschichte der Juden fast noch unberücksichtigt gelassen. Der zweite Supplementband (1897) von Conrads Handwörterbuch der Staatswissenschaften enthält eine vier Druckseiten füllende Darstellung der „Sozialreform im alten Israel“ von PROF. ADLER. BEER hat in der „Neue Zeit“ Jahrgang II Band 1 1893 einen oft citierten „Beitrag zur Geschichte des Klassenkampfes im hebräischen Altertum“ geliefert; aber diese Ausführungen können nur als eine vielfach gewaltsame Umdeutung der hebräischen Geschichte im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung von Karl Marx bezeichnet werden. Die Litteratur, die wir sonst besitzen, ist nicht von Nationalökonomen bearbeitet und kann deshalb auch die nationalökonomische Seite der Entwickelung nicht in ihrer vollen Bedeutung hervorheben. Benutzt wurden zur folgenden Darstellung die BIBEL, TALMUD und MIDRASCH; ferner aus der alten Litteratur namentlich die ausgezeichneten religionsphilosophischen Arbeiten von dem Lehrer Spinozas MAIMONIDES (1135 bis 1204). Moreh hannebochim, Hilchot Schemitta wejobel, Malwe weloive, Abadim, Rozlach Sechiruth, Matnoth, wobei uns RABBINER DR. UNNA – MANNHEIM wesentlich unterstützte. Ferner aus der neueren Litteratur: A DICTIONARY OF THE BIBLE, Edinbourgh 1898; BÄCK, Geschichte des jüdischen Volkes 1894; DUNKER, Geschichte des Alterthums, vierte Auflage 1874; GRÄTZ, Geschichte der Juden ↻ 1874; 210 HAMBURG, Realencyklopädie für Bibel und Talmud 1884; HAUCK, Realencyklopädie für protestantische Theologie und Kirche, dritte Auflage 1896; HANEBERG, Geschichte der biblischen Offenbarung, zweite Auflage 1890; HERZOGS REALENCYKLOPÄDIE Band XIII Seite 513 ff.; KATHOLISCHES KIRCHENLEXIKON Freiburg 1897; F. E. KÜBEL, die soziale und volkswirtschaftliche Gesetzgebung des alten Testaments 1876; LAZARUS, Der Prophet Jeremias 1894; MICHAELIS, Mosaisches Recht 1886; VON NATHUSIUS, Die Mitarbeit der Kirche an der Lösung der sozialen Frage, zweite Auflage 1897; NOWACK, Die sozialen Probleme in Israel, Rektoratsrede 1892; REUSS, Geschichte des alten Testaments, zweite Auflage 1890; „SOZIALE ZUSTÄNDE DES HEBRÄISCHEN VOLKES IM ALTERTUM“ in histor. polit. Blättern Bd. 26, Seite 71 ff.; SELLIN, Beiträge zur israelitischen und jüdischen Religionsgeschichte. 1897; F. SCHULTE, Zum mosaischen Privatrecht 1871; SCHUSTERS Handbuch zur biblischen Geschichte, fünfte Auflage 1891; SCHEGG, Biblische Archälogie 1887; STADE, Geschichte des Volkes Jsrael 1887; FRANZ WALTER, Die Propheten in ihrem sozialen Berufe und das Wirtschaftsleben

ihrer Zeit 1900; DERSELBE, Das Prophetentum in seinem sozialen Berufe in „Zeitschrift für katholische Theologie“ 23. Jahrgang 1899; SIM. WEBER, Evangelium und Arbeit 1898; WELLHAUSEN, Israelitische und jüdische Geschichte 1894.

1. Von der ältesten Zeit bis zur mosaischen Gesetzgebung.

Die Ueberlieferungen der Geschichte der Juden knüpfen bekanntlich an die Schöpfungsgeschichte und an den Sündenfall an. Danach trieb Gott der Herr den Menschen aus dem Paradiese: den Acker zu bebauen. „Mit Arbeit sollst Du Dich von der Erde nähren und im Schweisse Deines Angesichts Dein Brot essen!“ Aber auch schon im Paradiese war es die Bestimmung des Menschen, „den Acker ⥁ zu bebauen und zu bewahren“ (1. Moses 2,15 und 3,17 bis 23). Der erstgeborene Sohn Adams, Kain, war ein Ackersmann und baute die erste Stadt Henoch. Mit der Zunahme der Bevölkerung tritt eine Differenzierung nach Berufsarten ein, und zwar nach Landwirtschaft, Gewerbe und freien Künsten. Der regelmässige öffentliche Gottesdienst beginnt. Als dann mit der Zunahme, Grösse und Ausdehnung der Städte allgemeine Verderbtheit der Sitte sichtbar wird, werden die Menschen durch die grosse Flut von der Erde vertilgt. Nur Noë, der Ackersmann, wird mit seiner Familie in der Arche gerettet. Und als die Flut vorüber ist, beginnt Noë sofort wieder, den Acker zu bebauen und Weinberge zu pflanzen.

Mit der nun wieder beginnenden Bevölkerungszunahme kommt es abermals zur Städtebildung und Ausscheidung verschiedener Berufsarten. In den Waffen geübte Männer gewinnen die Herrschaft über grössere Territorien. Die Völkerwanderung beginnt. Die Erde wird aufgeteilt. Auch Abraham, aus dem Stamme Sem, wandert aus Haran mit Verwandten und Leibeigenen und aller Habe nach Kanaan (1. Moses 12,5 bis 6). Als hier eine Hungersnot das Land bedrückt, geht Abraham mit den Seinen nach Egypten, wo Getreide und Brot genug war. Er erwarb hier Schafe, Rinder, Mägde, Esel und Kamele und Gold und Silber (1. Moses 12,16 – 13,2); und kehrte nach Kanaan zurück, sobald die Getreidenot vorüber war. Unterwegs trennt er sich von seines Bruders Sohn Lot wegen des Streites ihrer Hirten und der Grösse ihrer Herden. Abraham erwirbt sich den Acker Ephrons gegenüber der Stadt Hebron vor versammeltem Volk für 400 Sekel Silber „gangbaren Geldes“ als Erbbegräbniss (1. Moses 23,16). Nach der Hungersnot, die zur Zeit Abrahams herrschte, kam wieder eine Not

zur Zeit Isaaks, der deshalb von Kanaan nach Gerara zum König Abimelech zog. Isaak säet hier im [212] Lande der Philister von seinem Saatkorn aus und erntet hundertfältige Frucht (1. Moses 26,22). Auch auf dieser Wanderung gab es häufig Streit unter den Hirten, aber weniger der Weideplätze als des Trinkwassers wegen. Trotz der Grösse der Herden sind Getreide und Wein die am meisten geschätzten Güter. Der Segen Isaaks für Jakob beginnt mit dem Satze: „Gott gebe Dir vom Thau des Himmels und von der Fettigkeit der Erde einen Ueberfluss an Getreide und Wein“.

Jakob wurde im Dienste seines Schwiegervaters Laban ungemein reich an Herden, Mägden, Knechten, Kamelen und Eseln. Als er dann nach Kanaan zurückkehrt, zieht ihm sein Bruder Esau, der Ackerbauer, mit vierhundert Mann entgegen. Jakob siedelt sich zunächst in Salem an und kauft einen Acker, wo er seine Hütten aufschlagen konnte, für hundert Lämmer. Seine Niederlassung wurde geduldet und ihm und den Seinen gestattet, im Lande Gewerbe zu treiben und es zu bebauen, „da es weit und breit ist und der Ackersleute bedarf“ (1. Moses 34,21). Doch zog Jakob bald wieder nach anderen Gegenden des Landes. Da Jakob und Esau Fremdlinge waren in Kanaan und ihre Herden zu gross, um sich nebeneinander im Lande zu ernähren, zog Esau aus und liess sich auf dem Gebirge Seir nieder.

Joseph, der Sohn Jakobs, wird von seinen Brüdern für 30 Silberlinge „gereihten Geldes“ an ismaelitische Kaufleute verkauft, die ihn nach Egypten bringen. Hier deutet er einen Traum Pharaos dahin, dass auf sieben fette Jahre grosser Fruchtbarkeit in ganz Egypten sieben magere Jahre mit Hungersnot folgen werden. Und sein Rat lautet in diesem Falle: „Man lasse den fünften Teil der Ernte in den sieben Jahren der Fruchtbarkeit, die zunächst kommen werden, in königlichen Kornhäusern in den Städten sammeln und aufbewahren.“ Damit sei ein Vorrat für die Hunger[213]jahre zu schaffen, der verhüte, dass das Land durch Hunger vertilgt werde. Joseph wird mit der Ausführung des Planes beauftragt. Den sieben fetten Jahren folgen die sieben mageren Jahre. Und nun hatten alle Völker bittere Not zu leiden, namentlich aber Egypten und Kanaan, während Pharao und seine Verwaltung Ueberfluss an Getreide hatten. Joseph verkauft zunächst das Getreide um Geld und sammelt so alles Geld aus Egypten und Kanaan und legt es in die Schatzkammer des Königs. Da den Käufern das Geld fehlte, nahm Joseph von ihnen Pferde, Schafe, Rinder und Esel für das Getreide. Und als auch dieses Zahlungsmittel erschöpft war, verkauften die Egypter ihre Grundstücke und sich selbst und ihre Kinder als Leibeigene an Pharao um Getreide für ihren Lebensunterhalt (1. Moses 47,19 ff.). Nur der Grundbesitz der Priester blieb frei. So wurde das ganze Land dem König unterwürfig, der Saatkorn unter die Bevölkerung verteilte und den fünften Teil der Ernte als ständige Abgabe einforderte.

In dieser Teuerung zog Jakob mit seiner Familie und mit Allem, was sie mitnehmen konnten, aus Kanaan nach Egypten, dem Brotgetreide nach. Joseph ging ihnen entgegen und gab seinen Brüdern und der ganzen Familie seines Vaters den Rat, zu Pharao zu sagen: sie und ihre Väter seien immer Viehhirten gewesen, damit sie im Lande Gosen wohnen dürften (1. Moses 46,1 bis 34). Und so kamen die Israeliten nach dem Lande Gosen, das ihnen zu Eigentum vom Könige übergeben wurde. Sie waren fruchtbar und vermehrten sich so, als sprossten sie aus der Erde hervor. Sie wurden sehr stark und bevölkerten das Land (2. Moses 1,7). Da erhob sich ein neuer König in Egypten, der nichts von Joseph wusste und die Gefahr, die für sein Volk in der raschen Ausbreitung der Israeliten lag, zunächst durch ihre Heranziehung zu harter Frohnarbeit mindern wollte. Die Israeliten mussten Pharao die Vorrats[214]städte Phiton und Ramesses bauen und wurden in den königlichen Thongruben und Ziegeleien verwendet. Und als auch dieses Mittel ihre Zunahme nicht minderte, gab der König Befehl, alle neugeborenen israelitischen Kinder männlichen Geschlechtes in den Fluss zu werfen. Die Erbitterung, die daraus erwuchs, erweckte Moses, der die Israeliten aus Egypten durch die Wüste wieder nach Kanaan zurückführte und ihnen zur Gründung ihres neuen Gemeinwesens umfassende Gesetze gab, denen die folgenden Anordnungen entnommen werden.

[215] 2. Die wirtschaftspolitischen Grundsätze der mosaischen Gesetzgebung.

Hier haben wir es mit der Gesetzgebung eines Volkes zu thun, dessen Geschichte weder eine hauswirtschaftliche noch eine stadtwirtschaftliche Entwickelungsepoche kennt, und das für eine oberflächliche Betrachtung als Hirtenvolk unter Jakob nach Egypten zieht. Joseph selbst giebt ihnen den Rat, auf Befragen Pharaos zu sagen: „Wir sind immer Viehhirten gewesen.“ Aber das sollen sie sagen, weil sie mit dieser Auskunft sicherer nach dem Lande Gosen kommen. Für sie selbst waren immer der Acker und dessen Produkte Mittelpunkt ihres wirtschaftlichen Lebens und Strebens. Getreide und Wein stehen an erster Stelle im Segen der Väter, wie im Gebet der Kinder.

Diesem Volk hat Gott selbst ein Heimatland ausgesucht. Und welche Eigenschaften hat dieses Land? Es ist keine Insel, kein Land mit grossen schiffbaren Strömen und günstig gelegenen Seehäfen. Es ist kein Land, dessen Lage auf die Bestimmung hindeutet, an dem internationalen Handel möglichst Teil

zu nehmen. Es ist ein kontinental gelegenes Land mit Meeresküsten, die dem Handel ungünstig sind. Aber es ist ein Land, da Milch und Honig fliesst, und dessen fette Erde hundertfältige Frucht bringt. In dieses Land wird das einem Stammvater zugehörende Volk eingeführt, nachdem es unter fremden Königen, im fremden Lande in abhängiger Stellung zu einer grossen Zahl herangewachsen war und sich aus dieser Abhängigkeit nicht nur viel Gold und Silber, sondern auch reiche technische Kenntnisse mitgenommen hat. Die Gesetze, die zur Ordnung seines Gemeinwesens ihm in der Wüste von Gott durch Moses gegeben werden, tragen sofort den Charakter der volkswirtschaftlichen Epoche an sich, ohne irgend welche feudale Uebergangsstufen zu berücksichtigen. Diese Gesetze zeigen aber auch noch andere beneidenswerte Merkmale. Nirgends haben sie den Charakter des Zaghaften oder gar der Konzessionen nach allen Seiten. Sie haben auch nicht vorgesehen, dass sie immerwährend durch Novellen verbessert oder verschlechtert werden. Die mosaischen Gesetze zeichnen sich aus durch ihre absolute Entschiedenheit, durch ihre grossen, Alles umfassenden prinzipiellen Gesichtspunkte, durch ihren bestimmten Willen, als unabänderliche Gesetze für alle Zeiten zu gelten, durch ihren klaren, unzweideutigen Blick in die Zukunft, für den Fall des Gehorsams wie für den Fall des Ungehorsams, und durch ein inniges Durchdringen der religiösen, sittlichen und wirtschaftlichen Anschauungen. Was also die moderne ethische Nationalökonomie mühsam und vielfach noch unklar zu erreichen strebt, das hat schon die mosaische Gesetzgebung in bewundernswerter Weise vorweggenommen.

Auch der andere Stolz unserer Nationalökonomie, dass Adam Smith als Erster sein wirtschaftliches Lehrgebäude auf die Arbeit gebaut habe, ist eigentlich wenig begründet. Denn die mosaische Gesetzgebung hat hier schon längst die Priorität erworben und zwar in einer Weise, die von Adam Smith nicht einmal erreicht wurde. Der mosaische Staat war nicht nur auf die Arbeit der unteren Volksmasse, sondern auf die Arbeit als allgemeine Menschenpflicht, als göttliches Gebot gebaut. Schon vom Anfang an war nach Moses die Bestimmung des Menschen die Arbeit; aber nicht die Arbeit als ununterbrochene Tag- und Nachtarbeit, sondern die Arbeit mit Ruhepausen. „Sechs Tage sollst Du arbeiten, am siebenten aber sollst Du ruhen“. Wie die Ruhe am Sabbath, so ist die Arbeit an den sechs Wochentagen ein göttliches Gebot. Und wie die Arbeit am Sonntag, so ist der Müssiggang an den sechs Werktagen eine Sünde. Diese Arbeit ist nun aber auch nicht als eine blosse Beschäftigung während möglichst weniger Stunden am Tage, sondern als eine körperliche Anstrengung im vollen Sinne des Wortes gedacht. „Im Schweisse Deines Angesichts sollst Du Dein Brot essen.“ Und indem so das Essen des Brotes an die Bedingung des Schweisses der Arbeit geknüpft ist, enthält die Pflicht zur Arbeit auch das Prinzip der Verantwortlichkeit jedes Einzelnen für sein

DURCHKOMMEN und für die Befriedigung seiner Lebensbedürfnisse. Und was ist das Anderes als der berechtigte Kern des ökonomischen Liberalismus?

Die Arbeit war das Fundament, auf dem sich der mosaische Staat aufbaute. Aber diese Arbeit war nicht als Lohnarbeit im Dienste des Kapitals, sondern zuerst und zuletzt als landwirtschaftliche Arbeit gedacht, als LANDWIRTSCHAFTLICHE ARBEIT AUF EIGENEM GRUND UND BODEN, als bäuerliche Arbeit in echtem Sinne des Wortes. Deshalb steht die VERTEILUNG DES GRUNDBESITZES IM BRENNPUNKTE DER MOSAISCHEN WIRTSCHAFTSGESETZE. Die Mitglieder des israelitischen Volkes waren Abkömmlinge eines Stammvaters. Moses wählte deshalb das Prinzip der Gleichheit der Ackerverteilung, aber nicht für den Einzelnen, sondern für die Familien. Und die Familien erhielten wieder ihren Grundbesitz nicht direkt vom Staate, sondern vom Stamm. Die Aecker verteilte der Staat an die 12 Stämme nach Massgabe der Zahl ihrer Familien. An alle 12 Stämme? Nein. Dem Stamme Levi, den Priestern, wurde kein Land angewiesen. Der Acker ist nach dem mosaischen Gesetz nicht dazu da, den Interessen der Kapitalisten und des Rentnertums zu dienen, selbst dann nicht, wenn diese Rentner Priester sind. Der Acker gehört als Werkzeug zur Produktion des Brotes für das Volk ausschliesslich der landwirtschaftlichen Arbeit. Die Arbeit der Priester ist dem Gottesdienste geweiht. Deshalb erhalten sie keinen Grundbesitz. Für ihren Unterhalt wird durch die Einführung des Zehnten gesorgt. Um dennoch für die Grundbesitzverteilung 12 Stämme zu haben, wurde der an Nachwuchs sehr starke Stamm Joseph in die Stämme Ephraim und Manasse geteilt.

218

Aber die mosaische Gesetzgebung kümmert sich nicht nur um die rechte Verteilung des Grundbesitzes, um alles Uebrige zunächst dem laisser faire und laisser passer zu überlassen. Die mosaische Gesetzgebung sorgt vielmehr sofort in sehr umfassenden Bestimmungen AUCH FÜR DIE ERHALTUNG DER EINMAL GEWÄHLTEN ACKERVERTEILUNG. Hierher gehört vor allem das ausdrückliche Verbot des Freihandels mit Land. Der landwirtschaftliche Grundbesitz ist nach dem mosaischen Gesetz keine Ware. „Ihr sollt das Land nicht kaufen, denn das Land ist mein, spricht Jehova, und Ihr seid Fremdlinge und Gäste vor mir!“ (3. Moses 25,23.) Von dem uneingeschränkten Recht des Gebrauches und des Missbrauches ist hier nicht die Rede. Israel ist gleichsam nur Erbpächter des Landes, das Gott gehört und unveräusserlich ist. Um diesen Grundgedanken bis in alle Details zu sichern und auszuführen, sind eingehende Bestimmungen für die Erhaltung der gewollten Grundbesitzverteilung innerhalb des Stammes, des Geschlechtes, der einzelnen Familien wie in der Hand des einzelnen Grundbesitzers getroffen. Zur Erhaltung des Grundbesitzes innerhalb des Stammes wird verfügt, dass Erbtöchter mit Grundbesitz nicht ausserhalb des Stammes heiraten sollen. Zur Erhaltung des Grundbesitzes innerhalb des Geschlechtes dient das Institut der GOELSCHAFT. Musste jemand in Folge von

Verarmung ⥁ sein Grundstück veräussern, so hatte sein nächster Verwandter, der Goel, das Recht, das Grundstück zu einem bestimmten Preise von dem Käufer einzulösen. Zur Erhaltung des Grundbesitzes innerhalb der einzelnen Familie dient die LEVIRATSEHE, wonach der Bruder des kinderlos verstorbenen Ehemanns dessen Wittwe ehelichen soll, damit der aus dieser Ehe stammende Sohn das Erbgut erhalte, mit dem Namen des ersten Mannes und nicht mit dem seines leiblichen Vaters. Zur Erhaltung des Grundbesitzes in der Hand des einzelnen Besitzers kommen vor allem die Bestimmungen in Betracht, die das Aufkommen der Herrschaft des Kapitalismus verhüten. Statt in der Vermehrung des Geldkapitals und in der Zunahme des Reichtums mit vielen modernen Nationalökonomen das Glück des Volkes zu erblicken, hat Moses Allen und selbst dem König DAS ANSAMMELN VON VIEL SILBER UND GOLD UNTERSAGT (5. Moses 17,17). Der Kapitalreichtum im allgemeinen und der Reichtum des Einzelnen im Besonderen sollte ausdrücklich vermieden werden. Reichtum ist im Sinne des mosaischen Gesetzes und im prinzipiellen Gegensatze zur Schule Adam Smith's nicht nur kein Verdienst: DER REICHTUM IST HIER DIE VERKÖRPERUNG EINER GROSSEN GEFAHR für den Einzelnen und für die Gesamtheit. Wie die Armut, so soll deshalb auch der Reichtum verhütet werden. „Reichtum und Armut gieb mir nicht, lass mich geniessen mein tägliches Brot, damit ich nicht übersättigt werde und leugne und spreche: Wer ist der Herr? Und damit ich nicht verarme und stehle und mich vergreife am Namen Gottes." (Sprüche 30,8.) Die mosaische Gesetzgebung charakterisiert sich deshalb als EINE DURCHAUS KONSEQUENTE MITTELSTANDSPOLITIK, die zunächst für die Landwirtschaft sorgt.

Denen aber, die da mehr haben, als sie brauchen, und ihren Volksgenossen in der Not leihen, wird streng ⥁ VERBOTEN, ZINSEN in Geld oder in natura ZU FORDERN. Ebenso streng ist es dem Schuldner verboten, seinen Gläubigern Zinsen irgend welcher Art zu geben. Nur zur Rückgabe des geliehenen Gutes ist der Schuldner verpflichtet. Damit aber unter ungünstigen Verhältnissen nicht dennoch die Schuld auflaufe, sollen in jedem SIEBENTEN Jahre, dem SABBATHJAHRE, alle Schulden nachgelassen werden. Aber „hüte Dich wohl, dass nicht in Deinem Herzen ein nichtswürdiger Gedanke aufsteige, nämlich: das siebente Jahr, das Jahr des Erlasses ist nahe, und dass Du nicht einen missgünstigen Blick auf Deinen armen Volksgenossen werfest und ihm nicht gebest; wenn er dann Deinetwegen zu Jehova schreit, so wird ein Verschulden auf Dir lasten; vielmehr geben sollst Du und sollst, wenn Du giebst, nicht verdriesslichen Sinnes sein." (5. Moses 15,7 bis 10.) Also: zum Zinsverbot und zum Schuldnachlass im Sabbathjahr tritt hier DIE PFLICHT ZUM LEIHEN. Auch ist es verboten, den Schuldner in der Not zur Zahlung zu drängen. Es ist dem Gläubiger verboten, in das Haus des Schuldners einzutreten und sich ein Pfand zu holen. Er soll vielmehr das Pfand nehmen, das ihm der Schuldner aus seinem Hause

219
220

herausbringt. Unter allen Umständen muss das zum Leben Notwendige dem Schuldner gewahrt bleiben. Mit Eintritt des Sabbathjahres ist eine Rückgabe des Pfandes nicht bedingt. Bei dem dann erfolgenden allgemeinen Nachlass der Schulden dient das Pfand als Bezahlung. Ein spezielles Verpfändungsrecht für den landwirtschaftlichen Grundbesitz giebt es nicht. DER LANDWIRTSCHAFTLICHE GRUNDBESITZ IST DESHALB STETS SCHULDENFREI UND SCHULDEN HALBER UNANTASTBAR. Unter solchen Gesetzen ist das Geldkapital nicht geeignet, die arbeitende Masse des Volkes zu Gunsten Weniger auszubeuten, grosse Reichtümer anzusammeln und schliesslich auch den Grundbesitz [221] an sich zu reissen, sondern der mobile Besitz ist hier nur dazu bestimmt, dass die Volksgenossen einander aushelfen.

Kommt dennoch jemand in Not, so sehr, dass er sich nicht mehr zu helfen weiss, so ist in diesem Falle — und nur in diesem Falle — der Verkauf des Grundbesitzes dem Einzelnen gestattet. Aber damit er seinen Besitz wieder zurückerlange, ist auch dem früheren Eigentümer gleich dem Goel das EINLÖSUNGSRECHT zugestanden, und zwar mit einer ganz bestimmten Unterscheidung von städtischem und landwirtschaftlichem Grundbesitz. Veräusserte Wohnhäuser in STÄDTEN, die mit einer Mauer umgeben sind, können nur im Laufe des ersten Jahres von ihrem früheren Eigentümer wieder zurückgekauft werden. Nach Ablauf des ersten Jahres gehen sie dauernd in das Eigentum des Käufers über. Beim LANDWIRTSCHAFTLICHEN Grundbesitz hingegen kann das Einlösungsrecht des früheren Eigentümers gegen den neuen Erwerber erst nach Ablauf von zwei vollen Nutzungsjahren ausgeübt werden. Hat eins dieser beiden Jahre wegen Dürre oder aus anderen Gründen dem neuen Besitzer keinen vollen Ertrag gegeben, so behält er den Acker noch ein weiteres Jahr. Von da ab aber kann das Einlösungsrecht des früheren Eigentümers jederzeit geltend gemacht werden.

Da aber vielleicht alle diese Mittel und Wege zusammen nicht ausreichen, die ursprüngliche Ackerverteilung zu erhalten, ist noch die Institution des JOBEL- ODER HALLJAHRES eingesetzt, dessen Feier alle 50 Jahre stattfinden soll und die völlige restitutio in integrum der im Laufe der Zeit verschobenen Besitzverhältnisse bezweckt. „Das ist das Halljahr, da jedermann wieder zu dem Seinen kommen soll" (3. Moses 25,13). Alle verkauften Grundstücke fallen zu diesem Zeitpunkt unentgeltlich an den ehemaligen Eigentümer zurück. Damit aber auch der [222] Einzelne seinen Grundbesitz nicht etwa dadurch verliere, dass er ihn selbst in kurzsichtigem Egoismus durch Raubbau vernichte, ist in jedem siebenten Jahre ein BRACHJAHR des Ackers, das SCHEMITTAJAHR, eingesetzt, an dem weder gesäet noch geerntet werden darf und der Acker ruhen soll.

Die ARMEN und Unglücklichen, die es trotzdem geben wird, haben folgende SELBSTÄNDIGE RECHTE auf den Ertrag der Felder: Zunächst ist jedem Volksge-

nossen unverwehrt, in das Feld oder in den Weinberg des Nächsten zu gehen, um seinen Hunger zu stillen. Beim Abernten der Felder, der Weinberge und Obstgärten soll acht darauf gegeben werden, dass ein Hungernder Etwas finden könne. Die Aehren, die beim Einsammeln zu Boden fallen, gehören den Armen; ebenso die Garben, die auf dem Felde vergessen wurden. Was im Schemittajahr die Felder freiwillig geben, gehört den Armen. In dem dritten Erntejahr müssen die Besitzenden den Armen-Zehnt geben. „Am Ende vom dritten Jahre bringe heraus allen Zehnten Deines Ertrages in demselben Jahre und lass ihn liegen in Deinem Thore. Und es komme der Levit, denn er hat keinen Anteil am Land und kein Erbe mit Dir; und der Arme, die Waisen und Wittwen; und sie sollen essen und sich sättigen“ (5. Moses 14,28). Auch ist im Tempel eine besondere Kammer, in der Almosen für verschämte Arme hinterlegt werden, die „ZELLE DER VERSCHWIEGENEN“. Endlich ist allgemein die Pflicht der Armenunterstützung eingeschärft.

Wenn wir also die Verteilung des Ertrages der Felder mit der Ansammlung von Getreidevorräten nach mosaischem Recht im Ganzen überschauen, so zerfällt die 50jährige Jobelperiode in sieben Jahrwochen. In jeder ist das siebente Jahr ein Brachjahr, wo nicht gesäet und nicht geerntet werden darf, also die Abgaben von den Feldfrüchten auch ⟳ wegfallen. Was freiwillig wächst, gehört den Armen, nur müssen sie es sich selbst holen. In diesen Schemittajahren muss also von Getreidevorräten gelebt werden, die in den vorhergehenden Jahren angesammelt wurden. In den übrigen sechs Jahren sind von dem Getreide, nachdem es von der Spreu gereinigt ist, zwei Zehntel abzusondern. Das erste Zehntel erhalten die Leviten, das zweite Zehntel behalten im ersten und zweiten wie im vierten und fünften Jahr der Jahrwoche die Eigentümer, um es in Jerusalem während der drei grossen Jahresfeste zu verzehren und eventuell in die am Tempel vorgesehenen Getreidelagerräume einzulagern. Im dritten und sechsten Jahre der Jahrwoche fällt dieses zweite Zehntel den Armen zu, die damit abermals Vorrat anlegten. Die aufgestapelten Getreidelager werden also zeitweilig weit über zwei volle Jahresernten betragen haben.

223

Wer aber arm geworden war, weil er seinen Grundbesitz verkaufen musste, und dabei gesund und kräftig war, der konnte sich das immer harte Brot der Armut durch Arbeit ersparen. Keine Arbeit war für ihn entehrend, sie mochte noch so niedrig und gering sein. „Ziehe einem gefallenen Tiere auf der Strasse das Fell ab, wenn Du damit Deinen Unterhalt verdienen kannst, und sage nicht: ich bin ein Priester, bin ein angesehener Mann, und eine solche Arbeit ist für mich entwürdigend“ (Talmud Pesachim 113a). Als Arbeiter war der arm gewordene Grundbesitzer nach dem mosaischen Recht nicht in das Proletariat hinabgestossen, aus dem es kein Emporkommen mehr giebt. Er gehörte nicht zu den Enterbten. Für ihn galt nicht die glatt schematische Behandlung als Lohnarbeiter. Das mosaische Recht kennt vielmehr neben dem Lohnarbei-

ter als Tagelöhner, Knechte und Mägde AUF ZEIT und Knechte und Mägde auf LEBENSDAUER. Und diese mosaische Arbeiterpolitik kennt insbesondere noch 224 in hohem Masse die Sorge ⥁ dafür, dass der arm gewordene Mittelstandsangehörige WIEDER IN DIE REIHEN DES MITTELSTANDES ZURÜCKKEHREN KÖNNE.

Dem Tagelöhner soll der Lohn an jedem Abend ausgezahlt werden. Knechte und Mägde auf Zeit waren auf sieben Jahre gebunden und wurden erst im siebenten Dienstjahre wieder frei, es sei denn, dass man sich mit entsprechender Entschädigung bei seinem Herrn loskaufte. War die Dienstzeit zu Ende, so sollte der Herr seine Knechte nicht leer ziehen lassen, sondern ihnen auflegen von seinen Schafen, seiner Tenne und von seiner Kelter. Das Verhältnis als lebenslänglicher Knecht und als lebenslängliche Magd konnten die Israeliten nur freiwillig eingehen. Es gab keinen öffentlichen Verkauf von israelitischen Sklaven auf dem Markte, es sei denn, dass Jemand vom Gericht für Diebstahl, den er begangen und nicht ersetzen konnte, verkauft wurde.

Das Dienstverhältnis auf Lebensdauer war keine Entwürdigung der Person. Das beweisen die Ehen zwischen Knechten auf Lebensdauer und den Töchtern des Herrn. Auch war den Herren Misshandlung ihrer Dienstboten untersagt. Züchtigungen, die den Verlust eines Gliedes, wenn auch nur eines Zahnes, zur Folge hatten, gaben dem Knechte auf Lebensdauer sofort die Freiheit. Die Ermordung eines Knechtes wurde mit dem Tode bestraft. Es darf ihnen keine Arbeit zugemutet werden, die dem Herrn keinen Nutzen bringt. Der Herr ist verpflichtet, auch Weib und Kind des Knechtes zu unterhalten. Auch für die auf Lebenszeit angestellten Dienstboten gilt das Recht des Loskaufs. An allen Freudenfesten des Volkes und an jedem Opfermahl des Herrn sollen sie teilnehmen. Die Sabbathruhe gilt auch für die Dienstboten. Und das Jobeljahr bringt allen, ohne jede Entschädigung des Herrn, die Freiheit nicht blos, sondern auch ihren Grundbesitz zurück.

225 ⥁ Das Arbeiterrecht der mosaischen Gesetzgebung kennt also neben dem Lohnarbeiterverhältnis des Tagelöhners auch das Bedürfnis des Ackerbauers an ständigen Dienstboten. Und trotzdem es für menschenwürdige Behandlung und Sicherstellung der Arbeiter ausreichend gesorgt hat, giebt es sich nicht der Vorstellung hin, dadurch allein schon die Zufriedenheit der Arbeiter zu gewinnen. DER SCHWERPUNKT DER MOSAISCHEN ARBEITERGESETZGEBUNG RUHT IN DER MÖGLICHSTEN ERLEICHTERUNG DES AUFSTEIGENS DER ARBEITER IN DIE KLASSE DES SELBSTÄNDIGEN MITTELSTANDES UND IN DER ERHALTUNG DIESES MITTELSTANDES. Dieses Ziel sucht Moses nicht nach Art gewisser moderner Nationalökonomen dadurch zu erreichen, dass er die fortschreitende Ausbreitung des Reichtums und des Kapitalismus begünstigt und Freihandel mit Land, Aufteilung des Grundbesitzes in Arbeiterparzellen, Vernachlässigung der Interessen des Getreidebaues und der Landwirtschaft und übermässige Belastung des

Mittelstandes zu Gunsten der Lohnarbeiter als Aufgaben einer arbeiterfreundlichen Sozialpolitik bezeichnet. Moses thut in allen diesen Dingen das gerade Gegenteil. Er verhütet die Ausbreitung des Kapitalismus. Er verbietet den Freihandel mit Land. Er schützt und erhält mit allen Mitteln den Getreidebau und den bäuerlichen Grundbesitz. Er treibt konsequenteste Mittelstandspolitik erst recht auch im Interesse der Arbeiter und erleichtert deshalb dem verarmten Grundbesitzer in ganz ausserordentlicher Weise die Wiedereinlösung seines Besitzes durch seinen höchst eigenartigen landwirtschaftlichen Grundwertbegriff, der die modernsten Probleme des Grundwertes gelöst enthält.

Wie lautet nun dieser MOSAISCHE GRUNDWERTBEGRIFF? Wir haben gesehen, in wie konsequenter Weise Moses einen gesetzlichen Schutzwall um seine Getreidefelder ↻ [226] gegen den Kapitalismus gezogen hat. Einen freien, d. h. dem spekulativen Privatkapital ausgelieferten Grundmarkt mit Freiheit der Verschuldung und der Veräusserung giebt es nicht. Es giebt deshalb auch keine Grundstückspekulation, keine Latifundien, keine Grundrente im modernen Sinne. Wenn aber dennoch aus Not ein Grundbesitz verkauft wird, dann wird er nach Massgabe seines Jahreserzeugnisses verkauft. Schon nach Moses ist also der landwirtschaftliche Grundbesitz kein Kapital, sondern Rentenfonds, und doch wieder kein EWIGER Rentenfonds, wie RODBERTUS will, wodurch mit der Kapitalisation der Rente oder mit dem Kurswert der Rentenbriefe die Vorgänge auf dem Kapitalmarkt wieder verheerend auf den landwirtschaftlichen Grundbesitz hereinbrechen können. Der landwirtschaftliche Grundbesitz ist im Verkehr nach mosaischem Recht ein durch die 50jährige Jobelperiode ganz bestimmt begrenzter Rentenfonds. Sein Wert und damit auch sein Verkaufspreis bestimmt sich nach dem Wert der bis zum nächsten Jobeljahre dem Boden abzugewinnenden Jahreserträge. „Was die Jahre bis dahin tragen können, so hoch soll er es Dir verkaufen“ (3. Moses 25,5). Und nach diesem Grundwert übt auch der frühere Grundbesitzer sein Rückkaufsrecht, der Goel sein Einlösungsrecht.

Und wie wirkt dieser Grundwertbegriff auf die Möglichkeit der Rückkehr des arm gewordenen Grundbesitzers in die Reihen des Mittelstandes? Angenommen, ein Mann müsste 20 Jahre vor dem Jobeljahr seine Aecker aus Not verkaufen, so erhält er die entsprechende Anzahl von Jahresernten (achtzehn, weil noch zwei Schemittajahre fallen) im Grundpreise bezahlt. Wenn nun aber der frühere Grundbesitzer nach zehn Jahren etwa sich so viel durch Arbeit verdient hat, dass er von seinem Rückkaufsrecht Gebrauch machen kann, dann muss er nach dem mosaischen Recht nur noch die Hälfte von dem zahlen, was der Käufer ↻ [227] ihm vor zehn Jahren gezahlt hat, weil nur noch die Hälfte der Jahre bis zum Jobeljahre geblieben ist. Und da Moses zugleich vorgesehen hat, dass bei Ausübung des Rückkaufsrechtes die von dem letzten Besitzer ausgeführten Meliorationen ersetzt werden müssen, so enthält der mosaische Grundwertbegriff schon die im Jahre 1884 für den wahren Wert des landwirtschaft-

lichen Grundbesitzes aufgestellte Formel, nämlich: Ertragswert plus rationell investiertes Kapital *). Nur dass dabei Moses es noch weit besser verstanden hat, den Einfluss des Kapitals auszuschliessen, den Grundwert auf eigene Füsse zu stellen und in dem billigeren Grundpreis dem zum Arbeiter gewordenen Landwirt die Brücke zu bauen, die ihn wieder in seinen ererbten Besitz zurückführt.

All diese agrarischen Gesetzesbestimmungen sind bei Moses nicht etwa nebensächliche Dinge. Sie werden vielmehr ausdrücklich mit den zehn Geboten auf genau dieselbe Stufe gestellt. Auf ihrer Befolgung ruht derselbe Segen. Und man darf deshalb sagen, dass DER MATERIELLE UND SITTLICHE WOHLSTAND EINES VOLKES NACH MOSES MIT DEM BLÜHEN UND GEDEIHEN DES ACKERBAUES UND DER ACKERBAUERN ZUSAMMENFÄLLT. Die Uebertretung und Nichtbeachtung dieser agrarischen Gesetze aber belegt Moses mit demselben Fluche wie den Abfall vom Glauben Gottes und die Blutschande: Verödung und Unfruchtbarkeit des Ackers, Vertreibung aus dem Lande und Untergang des Staates und seiner Kultur werden jene treffen, die gegen diese Gesetze sündigen.

228

3. Von der ersten Besiedelung des Landes bis zur Spaltung des Reiches.

Das Land Kanaan, das sich das israelitische Volk eroberte, hatte eine Grösse von etwa dreihundert Quadratmeilen. Der Küstenstrich, soweit er Häfen besass, blieb in den Händen der Handel treibenden Phönizier und Philister. Auch die Städte des Landes wurden noch lange von den ebenfalls Handel treibenden Kanaanitern gehalten. Die Israeliten ergriffen das platte Land, das guten Boden hatte und reich war an Wasserbächen, Seen und Quellen, die in den Bergen und Thälern entsprangen, und das sich durch günstige klimatische Verhältnisse auszeichnete. Freilich war auch hier die Fruchtbarkeit keine freiwillige. Die Wüste frass um sich, wo ihr nicht entgegengearbeitet wurde. Aber „der Schweiss des Angesichts“ that Wunder. Die terrassierten Berge waren mit Wein und Oliven bedeckt. Die Thäler und Ebenen trugen Weizen und Gerste in Fülle. Der reiche Pflanzenwuchs der Gebirge, des Baskan-Karmel u.s.w., machte die Viehzucht zu einer der einträglichsten Beschäftigungen. So winkte in dem Lande, da Milch und Honig floss, der unverdrossenen Arbeit reicher Lohn.

*) G. Ruhland „Das natürliche Wertverhältnis des landwirtschaftlichen Grundbesitzes“, Tübingen 1884.

Wie das Land von den Stämmen erobert wurde, ist es gleichmässig unter die waffenfähigen Männer verteilt worden. Die Kämpfe mit den Eingeborenen und gegen die feindlichen Nachbarvölker dauerten fast dreihundert Jahre. Trotzdem wird nur einmal in einer an kriegerischer Bedrängnis besonders reichen Zeit, in der Periode der Richter, von einer Hungersnot im Lande berichtet. Sonst war die ökonomische Lage des Volkes, trotz aller Kämpfe, eine recht befriedigende. Immer wieder kehrten die in den Waffen geübten Bauern gern zum Pfluge zurück. Der Acker gab ihnen reichlich, was sie brauchten. Er gab ihnen sogar Ueberschüsse an Getreide, die sie gelegentlich zu guten Preisen verkauften. Das Volk erfreute sich unzweifelhaft eines gewissen Wohlstandes. 229

Als selbständige Handwerker waren in dieser Periode nur TÖPFER und SCHMIEDE erwähnt. Alle übrigen Bedürfnisse deckten sich die bäuerlichen Wirte selbst durch ihrer Hände fleissige Arbeit. Ein Teil dieser Erzeugnisse des Hausfleisses scheint sogar Gegenstand des Handels gewesen zu sein. Denn es heisst von der isreaelitischen Hausfrau: „Sie suchet sich Wolle und Flachs und arbeitet nach der Kunst ihrer Hände. Sie macht HEMDEN und verkauft sie und liefert GÜRTEL an die Kanaaniter." Der ganze Zwischenhandel ruht so ausschliesslich in den Händen der KANAANITER, dass dieser Name allmählich mit dem Begriff „Krämer" und „KRÄMERVOLK" identisch wurde. Die Sitten und Gebräuche waren einfach. Die Steuern und Abgaben bestanden ausschliesslich in Naturalleistungen. Arme und Reiche gab es nicht. Ein jeder lebte unter seinem Weinstock und unter seinem Feigenbaum. König Saul kommt noch „hinter den Rindern vom Acker heim". David wird von dem Felde, wo er Schafe weidete, herbeigeholt, um zum Könige gesalbt zu werden. Und so sehr lebt dieses Volk im Geiste der mosaischen Gesetze, dass Gideon, nachdem er die Midianiter besiegt und reiche Beute an goldenen Ringen, Halsketten und Purpurgewändern gemacht hatte, aus dem Gold der Ringe dem Herrn ein Dankesdenkmal errichtete.

Diese Zustände und Verhältnisse beginnen sich langsam zu verändern mit der Einführung des Königtums durch das Volk zum Zwecke der Beendigung seiner kriegerischen Bedrängnis. SAMUEL hat diese Entwickelung zutreffend vorausgesagt: „Der König wird Euch Eure Söhne nehmen zur Gefolgschaft seiner Würde, zum Ehrengeleite zu Ross oder als Vorläufer zu Fuss, auch seine Aecker werden sie bestellen müssen und seinen Waffenvorrat anfertigen. Eure Töchter werden Leckerbissen für seine Tafel bereiten müssen. Eure besten Felder wird er nehmen, um sie seinen Söhnen zu geben, und vom Ertrag des Bodens wird er den zehnten Teil nehmen, um seine Hofdiener und Verschnittenen zu lohnen. Eure schönsten Knechte und Mägde und Rinder wird er noch dazu nehmen und von Euren Kleinviehherden wird er sich den zehnten Teil geben lassen und Ihr Alle werdet Sklaven sein" (1. Samuel 8 ff.). Sofort treffen aber diese Vorhersagungen nicht ein. Unter KÖNIG SAUL zeigen sich mehr die 230

günstigen Wirkungen einer fester gegliederten Einheit des Volkes. Die siegreichen Kämpfe gegen die Feinde, namentlich gegen die Ammoniter, Amalekiter und Philister, mussten das Bewusstsein der nationalen Zusammengehörigkeit des Volkes stärken. Auch blieb Saul den einfachen Verhältnissen, aus denen er hervorgegangen war, noch als König treu. Aber die reichen Kriegsbeuten an Gold und kostbaren Gewändern sickern schon in das Volk. Nach dem Tode Sauls sollen die Töchter Israels ihn beweinen, weil er sie „in Purpur und herrlichen Schmuck" gekleidet habe.

Ernster schon wird das Bild der volkswirtschaftlichen Entwickelung unter dem KÖNIG DAVID. In glücklichen Kämpfen gegen die feindlichen Nachbarländer dehnt er sein Reich bis ans westliche Meer und bis an den Euphrat und vom Fusse des Libanon bis ans Schilfmeer aus und gewinnt die Herrschaft über Damaskus, Elath und Eziongeber am Roten Meer. Aber seine Wirtschaftspolitik gehörte nicht den Bauern und der Landwirtschaft, sondern den städtischen Interessen und namentlich der HAUPTSTADT JERUSALEM. Ein grosser Teil der Schätze, die in den glücklichen Kriegen erbeutet wurden, werden zwar für das in Jerusalem zu errichtende Nationalheiligtum reserviert, aber König David 231 gefällt sich doch auch selbst in der Rolle eines grossen ⟳ städtischen Baumeisters von Palästen. Durch die jährlichen Tributzahlungen der unterworfenen Völker mehrt sich der Silber- und Goldvorrat im Lande. Der PHÖNIZISCHE KÖNIG HIRAM schickt David Bauleute und Baumaterialien. Gezahlt wurde dafür vom Lande Kanaan vor Allem mit GETREIDE. Die Weizen- und Gerstenmengen, die jetzt ausgeführt wurden, scheinen nicht unbedeutend gewesen zu sein. SCHLEGG schätzt diese jährliche Getreideausfuhr auf 6 Millionen Hektoliter im Wert von etwa 23 Millionen Mark. Die Bevölkerung der Städte und namentlich der Hauptstadt nahm rasch zu. Zahlreiche Hofleute und Krieger liessen sich in Jerusalem nieder. Grössere israelitische Städte wurden Marktplätze für phönizische Handelsartikel. Aber damit zeigt sich auch sofort der bedenkliche Einfluss des Handels, namentlich auf die Brotversorgung des Volkes. Ohne Rücksicht auf Reserven für den Fall ungünstiger Erntejahre wird das letzte erlangbare Korn Getreide durch die Verlockungen des Geldes aufgekauft und exportiert. Die Strafe blieb nicht aus. Drei schlechte Ernten folgten einander, und Israel wurde mitten im Frieden von einer schweren Hungersnot heimgesucht. David, der vom Felde weg, wo er die Lämmer geweidet hatte, zum König gesalbt wurde, starb als grosser Grundherr. Zur Verwaltung seines Domänenbesitzes hatte er zwölf Intendanten. Und er hinterliess 3000 Talente in Gold.

Diese bedenklichen volkswirtschaftlichen Verschiebungen in Israel zu Gunsten der Alleinherrschaft des Geldes, die unter Saul mit ganz bescheidenen Anfängen begonnen und unter David schon einen bedenklichen Grad der Steigerung erreicht hatten, kommen unter dem jetzt folgenden KÖNIG SALOMO zu einer so vollständigen Durchbildung, dass damit der Höhepunkt der wirtschaft-

lichen Entwickelung des Landes schon wesentlich überschritten wird. An modernen volkswirtschaftlichen Begriffen gemessen, war Salomo EIN ⥁ MERKANTILIST REINSTEN WASSERS, und zwar von jener sozial bedenklichen Art, die den Reichtum des Regenten für den Reichtum des Volkes hält. Von Bestrebungen zur Hebung des bäuerlichen Wohlstandes ist unter seinen wirtschaftspolitischen Massnahmen kaum Etwas zu finden. Desto ausschliesslicher war sein Streben auf Geld gerichtet. 232

Durch eine Heirat knüpft er mit dem egyptischen Hofe Beziehungen an und wusste sich das höchst einträgliche HANDELSMONOPOL FÜR EGYPTISCHE ROSSE UND KRIEGSWAGEN nach den Euphratländern zu sichern. Mit Hilfe seiner Freundschaft zu Hiram, dem König der Phönizier, baut und rüstet er eine HANDELSFLOTTE zu den berühmten Fahrten NACH DEM GOLDLAND OPHIR. Dazu kommt der TRIBUT der unterworfenen Völker. Und endlich wurde auch die STEUERSCHRAUBE im eigenen Lande immer kräftiger angezogen. Zu diesem Zwecke nahm er eine Neueinteilung des Landes in zwölf Kreise vor, an deren Spitze er, zur Steuereintreibung, zwölf Satrapen stellte, deren Amt — natürlich auf Kosten des steuerzahlenden Volkes — so einträglich war, dass mehrere Schwiegersöhne des Königs damit betraut wurden. Die Steuern und Abgaben waren immer noch überwiegend Naturalabgaben. Die engen Beziehungen zum König Hiram boten ja eine günstige Gelegenheit, Getreide und Oel in Gold zu verwandeln. Und wenn diese Naturallieferungen die Goldschulden bei Hiram nicht deckten, dann scheute sich auch Salomon nicht, ganz so wie seine merkantilistischen Kollegen am Ausgang unseres Mittelalters, eine Anzahl seiner Städte zu verkaufen. Salomo war also auch ein grosser Getreidehändler. Um nun diesem Handel sowohl als auch der Versorgung der Städte eine festere Basis zu geben, errichtete er eine Reihe von STAATLICHEN GETREIDELAGERHÄUSERN. All diese reichen ⥁ Einkünfte wurden von der glänzenden Hofhaltung und von den Prachtbauten Salomos verschlungen. Um aber dabei die Ausgaben für Arbeitslöhne auf ein Minimum herabzusetzen, wurden kurzer Hand die im Lande friedlich wohnenden Kanaaniter zu Staatssklaven erklärt. Davon wurden 80 000 in den Steinbrüchen von Biblos beschäftigt, um beim Lampenlicht schwere Quadern aus dem Felsen zu hauen, und 70 000 hoben die schweren Steine aus der Oeffnung der Steinbruchhöhle und schafften sie zum Bauplatz. Aber auch die Israeliten wurden zu Frohndiensten herangezogen und deshalb 30 000 Mann wie zum Kriegsdienst ausgehoben, um Bauholz zu fällen und nach den königlichen Bauplätzen zu schaffen. 233

Zur Blüte kam unter solchen Verhältnissen vor Allem der Handel, und zwar sowohl der Grosshandel wie auch das Geschäft der Geldwechsler und Geldverleiher. In Jerusalem war jetzt eine Zunft von solchen phönizischen Händlern angesiedelt. Im Interesse des Handels hat auch Salomo das Münzwesen verbessert. Zur Blüte kam ferner das Luxus- und Baugewerbe. Und wie immer

in Zeiten grosser Gründerthätigkeit, so steigen auch jetzt mit dem zunehmenden Luxus und mit dem Anwachsen der Geldgewinne die Preise der Produkte aller Art; deshalb repräsentiert dieselbe Geldsumme einen immer geringeren Sachwert. So erhielt vor Gründung des Königtums ein Priester für den Jahresdienst 10 Sekel Silber nebst Nahrung und Kleidung. Dagegen scheint Salomo den Hütern seiner Weinberge einen Jahreslohn von 200 Silbersekeln gezahlt zu haben, während der Preis für ein egyptisches Ross 150, für einen egyptischen Streitwagen 600 Silbersekel war. Wir haben es also jetzt mit VÖLLIG AUSGEBILDETEN GELDWIRTSCHAFTLICHEN VERHÄLTNISSEN zu thun, und zwar mit der Herrschaft des Goldes — „SILBER WURDE FÜR NICHTS GEACHTET".

234 ⥁ Vom Standpunkt der mosaischen Gesetzgebung war diese salomonische Wirtschaftspolitik eine grobe Verletzung der Gebote Gottes. Schon David, noch mehr aber Salomon, hatten völlig missachtet, dass es selbst dem Könige verboten ist, viel Gold und Silber anzusammeln. Auch die ursprüngliche Ackerverteilung wurde schon von David nicht unwesentlich verschoben, von Salomo aber fast völlig bei Seite gesetzt. Für die Feier des Jobeljahres findet sich unter den Königen kein Anhaltspunkt. Wohl aber ist die Ausbildung des königlichen Grundbesitzes ein Beweis, dass das Jobeljahr nicht mehr gefeiert wurde. Auch die Feier des Schemittajahres musste mit der wachsenden Ausdehnung des Getreideexportes und mit der Aufnahme der phönizischen Geldwechsler und Geldverleiher notwendiger Weise ausser Uebung kommen. Das Gebot der Unveräusserlichkeit des landwirtschaftlichen Grundbesitzes war längst vergessen, nicht minder das Verbot des Zinsengebens und -nehmens. Auch die Frohnarbeiten und die rücksichtslose Erhöhung der Steuern und Abgaben waren gegen das Gesetz. Es ist deshalb nicht überraschend, wenn von Salomo ferner berichtet wird, dass er sich nach heidnischer Art einen grossen Harem anlegt und seinen ausländischen Frauen wie den phönizischen Kaufleuten den Götzendienst gestattet habe. So zeigt sich auch hier mit dem Verlassen der wirtschaftlichen Grundsätze der mosaischen Gesetzgebung zugleich der Abfall vom Glauben.

Reichtum und Armut waren mit Salomo in Jsrael eingezogen. Der Reichtum gehörte ihm und Allen, die mit ihm an seinem Tische assen oder an seinen Geldgeschäften Teil hatten. Zur Armut gehörten zunächst die Kanaaniter, die man zu Staatssklaven gemacht hatte. Zur Armut gehörten aber auch bald die israelitischen Bauern, die man durch Steuern und Frohndienste aller Art ausgeraubt hatte, um sie dann den Getreidehändlern und Geldverleihern 235 ⥁ nach heidnischem Schuldrecht zu überantworten. Mochten deshalb IN DEN STRASSEN VON JERUSALEM DIE TAGE SALOMOS noch sehr GEPRIESEN WERDEN: die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, nämlich die ländliche, wird in dieses Loblied Salomos ganz gewiss nicht eingestimmt haben. Und deshalb kommt die eigentliche Volksstimmung über die salomonische Regierung viel richtiger in

jener Entschlossenheit zum Ausdruck, mit der zehn Stämme unter zwölf dem salomonischen Königshause den Rücken gekehrt haben, als Salomo's Sohn und Nachfolger bei seiner Thronbesteigung sich nicht verpflichten wollte, „den zu harten Dienst und das schwere Joch" seines Vaters nach der Gerechtigkeit zu mildern. ES SIND DIE ISRAELITISCHEN BAUERNKRIEGE, WELCHE ZUR SPALTUNG DES REICHES FÜHREN.

↻ 4. Von der Spaltung des Reiches bis zur babylonischen Gefangenschaft.

236

Schon die Regierung Davids hat Israel über die Höhe seiner wirtschaftlichen Entwickelung weggeführt. Die salomonische Regierung aber führte Israel in raschem Tempo dauernd abwärts. Wer sich an der Erkenntnis dieser Thatsache durch das gar glänzende Kleid täuschen liess, das man dabei zur Schau trug, den musste das rasche Abbröckeln dieser glänzenden Hülle an dem vom Kapitalismus befallenen volkswirtschaftlichen Körper eines Besseren belehren.

Kaum war Salomo tot, so machten sich die zinsbar gewesenen Völkerschaften der Philister und Idumäer wieder frei; ihre Tributleistungen hörten auf. Auch die Goldquelle aus Ophir versiegte, da der überseeische Handel sofort ins Stocken gekommen war. Und das einst so ertragreiche Handelsmonopol mit egyptischen Rossen und Kriegswagen wurde durch die feindliche Haltung des nördlichen Königreichs Israel gegen Juda unterbunden und wertlos. An die Stelle der Handelsbeziehungen mit Egypten trat das Vasallen- und Tributverhältnis. Auch die übrigen Nachbarländer machten jetzt gelegentliche Raubzüge in das Land, in dessen Grenzen nur zu häufig der Bruderkrieg wütete. Der religiöse und opferwillige Sinn war so sehr aus dem Volke gewichen, dass bald nicht mehr die Mittel für die notwendigste Erhaltung des salomonischen Prachttempels freiwillig aufgebracht wurden.

Die Merkantilpolitik Salomos hatte den SCHWERPUNKT DER ENTWICKELUNG VOM INLANDE NACH DEM AUSLANDE verlegt. Statt den heimischen Acker zu pflegen, hat er auf ausländischen Märkten und in Handelsbeziehungen aller Art dem Golde nachgejagt und die Saat der Unzufriedenheit in die Reihen seiner Landwirte ↻ gesäet. Deshalb ist nach seinem Tode die eigene Kraft und Stärke des Landes so rasch zerfallen. Und DAMIT WAREN, WIE AUF EINEN SCHLAG, ALLE MÜHSAM ERWORBENEN ÜBERSEEISCHEN UND INTERNATIONALEN HANDELSBEZIEHUNGEN VERSCHWUNDEN. Hätte nun das Land im Innern gesunde wirtschaft-

237

liche Verhältnisse gehabt, so hätte es sich von all diesen Schicksalsschlägen rasch erholt, von seinen Feinden sich befreit und die alte glückliche Wohlhabenheit wieder zurückgewonnen. Aber diese inneren wirtschaftlichen Verhältnisse waren jetzt nach Salomo vom Kapitalismus völlig durchfressen. Nicht der bäuerliche Mittelstand, sondern die salomonischen Grosskaufleute, Geldwechsler, Kriegshauptleute und Steuerbeamten herrschten im Lande. Und deshalb musste es zu Grunde gehen. Das Objekt aber, dem sich die Habgier des Kapitalismus jetzt vor Allem zuwendet, um die Ausbeutung und Verarmung des Volkes nach und nach zu vollenden, ist das GETREIDE.

Es handelt sich nämlich hier um eine Periode, in der die Getreidepreise im kleinasiatisch-griechischen Handel fast fortwährend stiegen. Zur Zeit der Richter diente das Getreide noch fast nur zur Ernährung des Volkes, und nur gelegentlich wurden für besondere Zwecke Ueberschüsse verkauft. Schon David aber hatte einen schwunghaften regelmässigen Getreideexport eingerichtet und damit das Brotgetreide zu einer Handelsware degradiert. Salomo hatte diesen Getreideausfuhrhandel durch Errichtung staatlicher Lagerhäuser fester organisiert und durch den Bau von Staatsstrassen den Transport erleichtert. Nachfrage nach Getreide machte sich dauernd geltend. Also musste die nationale Getreideproduktion thunlichst gesteigert werden: nicht, um das Volk mit Brot zu versorgen, auch nicht, um es wohlhabend zu machen, sondern nur, um den REICHTUM DER AELTESTEN UND „GELDFÜRSTEN“ VON [238] JUDA UND ISRAEL zu mehren. Von einer Beobachtung des für jedes siebente Jahr befohlenen Brachjahres ist längst keine Rede mehr. Die Getreidefelder werden ohne Unterbrechung Jahr für Jahr mit Weizen und Gerste bestellt. Ebenso wenig denkt man an das Einhalten der im mosaischen Recht vorgesehenen Ansammlung von Getreidereserven für ungünstige Erntejahre. Und wenn die Bauern im Herbst zu viel Getreide verkaufen und dann im Frühjahr Not haben, oder wenn im Falle ungünstiger Witterungsverhältnisse das Volk hungern muss, so ist das gerade für die Erwerbsart der Kapitalisten und Wucherer die günstigste Zeit der Ernte.

Auf ungünstige äussere Verhältnisse brauchte man nicht lange zu warten. VON EINER REIHE VON HUNGERSNÖTEN WIRD BERICHTET. Jetzt mussten die Bauern das Letzte bringen, was sie an beweglicher Habe hatten. War der mobile Besitz zu Ende, dann kam das Schuldenmachen an die Reihe; es folgten die Felder und Weinberge und schliesslich der Bauer selbst mit seiner Familie als Sklaven. Wo sich das Alles mit Hilfe des heidnischen Kreditrechtes im freien Verkehr nicht erreichen liess, da half Lug und Trug im Handel, oder man brauchte, nach dem Vorbilde Ahabs gegen Naboth, Gewalt, — und die Richter des Volkes schwiegen oder waren sogar Helfershelfer. Wie mit dem Getreide, so wurde es auch mit Oel und Wein gehalten. Immer aber war das Ende der Entwickelung: die Bildung von Latifundien in der Hand von wenigen Grosskapitalisten, mit völliger Verarmung des Volkes und dessen Herabsinken auf

die Stufe der Hörigen und Leibeigenen, um desto billiger das Getreide für die Grosskapitalisten und deren Exporthandel zu bauen.

Diese unheilvollen Vorgänge erwecken die HERVORRAGENDSTEN VERTRETER DER ALTEN PROPHETENSCHULE. Aber ihre gewaltige Sprache bleibt nicht an ⥁ dem fast allgemein zur Uebung gekommenen Götzendienst und noch weniger an den Sünden des armen hungernden Volkes hängen. Ihre flammenden Reden wenden sich vor Allem gegen die Kapitalisten und gegen die schreienden wirtschaftlichen Misstände ihrer Zeit, in deren Heilung im Sinne des mosaischen Gesetzes sie ebenso sehr den ersten Schritt der Rückkehr zum Glauben der Väter erblicken, wie sie bei Fortdauer dieser Misstände die Vernichtung des Staates und der Volkswirtschaft vorhersagen. Nationalökonomisch gesprochen, ist im Sinne dieser Propheten der Reichtum der Aeltesten und „Geldfürsten" von Juda und Israel den Armen geraubtes Gut. Die Erwerbsart dieser Reichen ist nichts als Lug und Trug und Gewaltthat. Ihre Motive sind Genusssucht ohne Ende und raubtierartige Habgier. Die falschen Richter und gottlosen Priester sind ihre Helfer. Den Zukunftsstaat aber erkennen die Propheten in einer blühenden Landwirtschaft mit wohlhabenden bäuerlichen Verhältnissen. Alle diese Aussprüche der Propheten sind in solchem Masse für ihre Zeit charakteristische, dass sie im Auszuge hier Platz finden müssen: 239

AMOS: „Hört Ihr, die Ihr aufhäuft Gewaltthat und Raub in Euren Palästen, die Ihr auf gepfändeten Kleidern Euch hinstreckt vor jeglichem Altar und den Wein der Gebüssten trinket im Hause Gottes — höret dies Wort, Ihr fetten Kühe auf Samarias Berg, die Ihr die Dürftigen drücket und die Armen zermalmet; die Ihr sprechet zu Euren Herren: ‚Schaffet herbei, dass wir zechen', die Ihr schlafet auf elfenbeinernen Betten und schwelget auf Euren Lagern, Lämmer esset von der Herde und Kälber aus dem Mastvieh, die Ihr singet zum Klang der Harfe, die Ihr Wein trinket und Euch mit dem besten Oel salbet, aber um den Schaden Josef's Euch nicht kümmert. Ihr, die Ihr die Armen zertretet und aussauget die Dürftigen des Landes, sprechend: Wann ist der Neumond vorüber, dass ⥁ wir unser Getreide verkaufen, und der Sabbath, dass wir den Speicher öffnen, dass wir das Mass verkleinern und den Schekel vergrössern und falsches Gewicht unterschieben, dass wir die Dürftigen um Geld bringen, die Armen um ein Paar Schuhe an uns bringen und Afterkorn verkaufen? Darum, weil Ihr stampfet auf den Armen und die Tracht Getreide ihm nehmet: Häuser aus behauenen Steinen habt Ihr Euch gebaut, aber Ihr sollt nicht darin wohnen; anmutige Weinberge habt Ihr gepflanzet, aber ihr sollt ihren Wein nicht trinken!" 240

JESAIAS: „Der Ewige geht in's Gericht mit den Aeltesten seines Volkes und seinen Fürsten: Ihr habt ja abgeweidet den Weinberg, der Raub der Armen ist in Euren Häusern, was habt Ihr mein Volk zu zertreten und das Angesicht der

Armen zu zermalmen? Wehe denen, die Haus an Haus rücken, Feld an Feld reihen, bis kein Platz mehr ist und sie allein die Bewohner im Lande bleiben! Voll ist das Land von Silber und Gold, und seiner Schätze ist kein Ende; voll ist sein Land von Rossen, und zahllos sind seine Wagen. Meine Richter sind Abtrünnige und Diebesgenossen. Sie nehmen gern Geschenke an und laufen den Bezahlungen nach; den Waisen verschaffen sie nicht Recht und die Sache der Wittwen kommt nicht vor sie. Wehe Euch, die Ihr den Gottlosen Recht gebt um der Geschenke willen, und dem Gerechten sein Recht nehmet! Eitel Lüge ist, was die Rechtsgelehrten sagen. Aber wehe denen, die Satzungen des Unrechts aufsetzen, und den Schreibern, die Unthat niederschreiben, um zu beugen das Recht der Armen und zu rauben die Gebühr der Dürftigen meines Volkes, dass Wittwen ihre Beute werden, und sie die Waisen plündern."

MICHA: „Sollte ich gut heissen ungerechte Wege und trügerisches Gewicht im Säcklein, wodurch Ihr Reichen voll Unrechtes werdet? Ihre Einwohner re- [241] den Lüge, und ⥁ eine trügerische Zunge ist in ihrem Munde. Wehe denen, die Unthat sinnen und Böses entwerfen auf ihren Lagern; am hellen Morgen vollführen sie es; denn es steht in der Kraft ihrer Hand. Und sie gelüsten nach Aeckern und rauben sie, und nach Häusern und nehmen sie, und üben Gewalt an Mann und Haus und an Herren und Eigentum."

JESAIAS: Euer Land ist verwüstet, Eure Städte sind mit Feuer verbrannt, Eure Felder fressen Fremde vor Euren Augen, und sie werden verwüstet durch feindliche Verheerungen. Wahrlich, die vielen Häuser sollen Wüste werden, die grossen und schönen ohne Bewohner sein; 10 Joch Weinberg sollen nur einen Eimer geben und 30 Scheffel Samen nur 3 Scheffel bringen. Dann werden die Lämmer nach ihrer Weise weiden, und die Fremden die Früchte der Felder geniessen.

JEREMIAS: Ich will Deine Schätze und Reichtümer zum Raube geben ohne Ersatz um all Deiner Sünde willen und in all Deinen Grenzen.

JESAIAS: Der Gerechte wird vom Herrn behütet, dass nichts über ihn komme. Es wird geschehen an dem Tage, dass Jedermann, der eine Kuh und zwei Schafe behalten wird, um des Ueberflusses der Milch willen Butter isst; denn Butter und Honig wird jeder essen, der noch im Lande geblieben ist. An jenem Tage wird ihm der Weinberg des edlen Weines Lob singen. Deine Ochsen und Edelfüllen, die das Land bauen, fressen gemengtes Futter, so wie es gewerfelt worden auf der Tenne. Auf jedem hohen Berge, auf jedem erhobenen Hügel sind Bäche strömender Wasser, am Tage des grossen Morgens, wenn gefallen die Türme. Ist's nicht noch eine kleine Weile, so wird der Libanon in einen Karmel verwandelt und den Karmel wird man für eine Wildnis halten.

AMOS: Siehe es kommen die Tage, spricht der Herr, da holt der Pflüger den [242] Schnitter ein und der Traubenkelterer ⥁ den Säemann. Es träufeln die Berge

vom Most und alle Berge fliessen über. Ich führe zurück die Gefangenen meines Volkes Israel, und sie bebauen die verwüsteten Städte und bewohnen sie; sie pflanzen Weinberge und trinken Wein davon, legen Gärten an und essen Frucht davon.

Diese Strafpredigten der Propheten hatten zwar den Erfolg, dass wiederholt einer der Könige den Götzendienst mehr oder weniger vollständig verbot, dass unter dem Könige Zidkijah der Versuch gemacht wird, die Sklaverei aufzuheben und dass man die Steuern und Lasten auf den Schultern der Landwirte erleichterte. Aber die Geldfürsten von Juda und ihre Interessen durften die Könige nicht antasten. Der Macht des Geldkapitals gegenüber war das Königtum zu einem Schatten herabgesunken. Es kam deshalb jetzt auch nicht mehr zu einer Rückkehr zu den mosaischen Wirtschaftsgesetzen. Und deshalb blieb jede Aufhebung des Götzendienstes an der Oberfläche der Erscheinungen hängen und wurde nur zu rasch immer wieder von den heidnischen Formen verdrängt. Die alte kriegerische Kraft des Volkes, die vor Salomo fast 500 Jahre lang gegen eine feindliche Welt siegreich gekämpft hatte und dabei wohlhabend geblieben war, ist nach dem Niedergange des Bauernstandes gebrochen. Die Zins- und Tributpflicht an das Ausland nimmt immer grössere Dimensionen an. Auch die Frohndienste werden, wo es immer geht, vermehrt. Wehrlos bleibt das Volk der Ausbeutung durch das Grosskapital überlassen. Die Flucht der Bevölkerung aus dem Lande wird immer grösser. Und kaum 250 Jahre nach dem Tode Salomos fällt das Reich Juda in die babylonische Gefangenschaft, nachdem das Reich Israel schon vorher der assyrischen Eroberung völlig erlegen war.

⥁ 5. Von der Rückkehr aus dem Exil bis zum Untergange des jüdischen Reiches.

243

Die verhältnismässig kleine Schaar der Juden, die aus der babylonischen Gefangenschaft nach Kanaan zurückkehrte, begann die Neubesiedlung des Landes auf den Trümmern Jerusalems und seiner Umgebung. Land war genug für sie da. Die Grundbesitzverteilung bot deshalb keinerlei Schwierigkeiten. Aber der Boden war sechzig Jahre lang fast ohne jede Kultur geblieben. Er hatte jetzt zu lange geruht, nachdem die Habgier der Menschen ihm vorher zu wenig Ruhe gegönnt hatte. Es war harte Arbeit, die Aecker wieder fruchtbar zu machen.

Das Reich Juda war politisch nicht mehr selbständig. Es stand unter der Oberhoheit zunächst des Perserkönigs, dann unter der Alexanders des Grossen, später unter Egypten und nachher unter den Syrern. Es musste deshalb Tribut in Zöllen und Steuern geliefert werden, deren Erhebung an Unternehmer verpachtet wurde. Hier liegen sofort wieder die Saatkeime des Kapitalismus. Auch die Ausfuhr von Oel und besonders von Getreide beginnt wieder in alter Weise, ohne Rücksicht auf Notreserven. Und als dann jedes ungünstige Erntejahr dem Getreideexportland Hunger bringt, da beginnt auch, genau so wie vor dem Exil, die systematische Ausbeutung des Volkes. Die Bibel berichet darüber: „Und es erhob sich ein grosses Geschrei des Volkes und ihrer Weiber wider ihre Brüder, die Juden. Es waren aber solche, welche sagten: Unsere Söhne und Töchter sind überaus viele. Wir wollen Getreide für ihren Wert nehmen und essen, dass wir leben. Und es waren welche, die sagten: Wir wollen unsere Aecker und Weinberge und unsere Häuser verpfänden, um Getreide zu bekommen in der Hungersnot. Und andere sprachen: Wir wollen Geld entlehnen zur Steuer des Königs und unsere [244] Aecker und Weinberge hingeben. Siehe, wir unterwerfen unsere Söhne und Töchter der Dienstbarkeit und es sind schon unserer Töchter Etliche Mägde und wir haben nicht, womit sie losgekauft werden könnten, und unsere Aecker und Weinberge besitzen Andere.“ Es kam zu Unruhen des verschuldeten Volkes. Der Prophet Nehemia trat mit Strenge gegen die Reichen und Wucherer auf und schüchterte sie ein, dass sie die rückständigen Schulden erliessen und die Pfandobjekte zurückgaben. Die drohende Verschiebung der Ackerverteilung wurde also verhütet. Das Volk kehrte zum Glauben seiner Väter zurück und feierte den Sabbath und die Schemittajahre.

So war also kaum hundert Jahre nach der Rückkehr aus dem Exil schon eine allgemeine Schuld-, Zins- und Knechtschaftsbefreiung notwendig geworden. Jetzt erholt sich der Wohlstand des Volkes rasch. Die Bevölkerung nimmt mit starker Progression zu. Jerusalem wird wieder bevölkert und aufgebaut. Und das Reich Juda ist für Kriegsaushebungen Alexander des Grossen eine fast unerschöpfliche Menschenquelle.

Aber mit der Herrschaft des Hellenismus beginnen die Reichen und Steuerpächter von Juda bald wieder, die mosaischen Wirtschaftsgesetze ausser Acht zu lassen. Sofort zeigen sich Latifundien mit völliger Verschuldung und Abhängigkeit der Bauern. Von der Ausbeutung des Volkes durch den Kapitalismus sagt deshalb Jesus Sirach: „Welchen Frieden hält die Hyäne mit dem Hunde und welchen der Reiche mit dem Armen? Jagdbeute der Löwen sind die Waldesel in den Steppen; so sind die Armen eine Weide der Reichen.“ Von den Mahnungen an die sinaitischen Gesetze wollen die Reichen nichts wissen. Deshalb beginnt unter ihnen jene antinationale Bewegung zu Gunsten einer Aufhebung des nationalen Glaubens und der nationalen Gesetze durch

Annahme der heidnischen Gebräuche. „Zu dieser Zeit standen in Israel gottlose Leute auf, welche viele überredeten und sprachen: Lasst uns gehen und einen Bund schliessen mit den Heiden, die um uns sind. Und diese Rede gefiel in ihren Augen. Und Einige aus dem Volke liessen sich herbei und gingen zum Könige und er gab ihnen Gewalt, die Gebräuche der Heiden einzuführen. Und sie erbauten ein Gymnasium zu Jerusalem nach der Weise der Heiden" (1. Makkabäer 1,12 ff.).

Im Geiste dieser Bewegung und begünstigt durch die Zwietracht des Volkes erliess der Oberherr ANTIOCHUS EPIPHANES den Befehl, bei Todesstrafe das mosaische Gesetz und den mosaischen Glauben aufzugeben für das heidnische Gesetz und die heidnischen Gebräuche. „Viele aus Israel willigten in seinen Frohndienst und opferten den Götzen und entweihten den Sabbath." Auch der reiche Alcimus, der nach der käuflich gewordenen Hohepriesterwürde strebte, hielt es mit den Syrern. Und als die Heere der Syrer in Palästina einrückten und die reichen Kaufleute es hörten, da nahmen sie sehr viel Silber und Gold und Knechte und kamen in das Lager der Syrer, „um die Söhne Israels als Sklaven zu verkaufen" (1. Makkabäer 3,41). Der VERARMTE MITTELSTAND aber war mit den MAKKABÄERN hinab in die Wüste gezogen und hatte dort die Fahne gegen den anscheinend übermächtigen Feind für Gesetz und Religion der Väter erhoben. Die kleine, vom Idealismus getragene Schaar siegte, befreite das Vaterland vom Fremdenjoche und eroberte noch die an Zöllen reiche Hafenstadt Joppe. Die Reichen werden mit ihren Freunden, den Syrern, geflohen sein. Das Volk erneuerte den Bund mit Jehova und kehrte zu den mosaischen Wirtschaftsgesetzen zurück. Der Sabbath und das Schemittajahr wurden streng gefeiert. Die Schuldzinsen hörten auf. In jedem siebenten Jahre wurden alle Schulden erlassen und jedes Dienst- und Abhängigkeitsverhältnis gelöst. Der Ackerbau kam bei überwiegend bäuerlicher Besitzverteilung wieder zur vollen Blüte. „Ein Jeglicher baute sein Land in Frieden und das Land Juda gab seine Frucht und die Bäume der Felder gaben ihre Frucht. Die Greise sassen an den Strassen und besprachen sich über das Beste des Landes und die Jünglinge kleideten sich mit Ehren- und Kriegsgewand. Ein jeder sass unter seinem Weinstock und Feigenbaum und Niemand schreckte sie" (1. Makk. 14,8 ff.).

Neuer Bruderzwist wird zur Veranlassung, dass ROM sich in die internen Verhältnisse des Reiches Juda einmischt. PALÄSTINA wird eine RÖMISCHE PROVINZ mit römischer Provinzialsteuerverfassung und römischer Ausbeutung. Es wurde der römische Census eingeführt, d. h. die Volkszählung aufgenommen und die Ländereien abgeschätzt, um die Steuerfähigkeit des Landes zu ermitteln. Für jede Person sollte eine Kopfsteuer erhoben werden und zwar selbst für Frauen und Sklaven; nur weibliche Kinder unter zwölf, männliche unter vierzehn Jahren und Greise sind steuerfrei. Ausserdem wurde noch eine Einkommensteuer gefordert: von den Viehzüchtern ein Teil der Herde, von den

Getreidebauern ein Teil der Ernte (Annona). Auch wurden Aus- und Eingangszölle erhoben. Wie drückend und verhasst dieses römische Steuersystem war, beweist zur Genüge der Umstand, dass Jeder, der sich als Steuerpächter oder Zöllner dabei beteiligte, für ehrlos galt. Mit dieser römischen Ausbeutung wetteiferten die weltlichen und geistlichen Grossen Jerusalems. Der Handel mit Oel und Getreide nimmt wieder seinen alten Aufschwung. CÄSAREA wird zum Hauptemporium des Handels und der römischen Macht in Palästina. Sofort wird auch das Land wieder von schweren Hungersnöten heimgesucht. Und die bekannten wirtschaftlichen Vorgänge, die sich auch diesmal hier anreihen, veranlassen den APOSTEL JACOBUS ↻ als ersten Bischof von Jerusalem zu dem Ausrufe: „Wohlan denn Ihr Reichen, weinet und heulet über Euer Elend, das über Euch kommen wird. Ihr habt Euch Schätze des Zornes gesammelt für die letzte Zeit. Siehe, der Lohn der Arbeiter, die Eure Felder geerntet haben, welcher von Euch vorenthalten, schreit und ihr Geschrei ist zu den Ohren des Herrn der Heerschaaren gekommen“ (65,1). Die Reichen waren auch jetzt Römerfreunde, wie sie früher Hellenisten waren.

Die Macht des römischen Weltreiches war offenbar zu stark, als dass der Glaube an die nationale Zukunft jetzt noch einmal aufkommen und sich wieder mit den Interessen des ausgebeuteten Volkes gegen Rom und die grosskapitalistischen Römerfreunde vereinigen konnte. Die unausbleibliche Reaktion nahm deshalb die Entartungsformen des KOMMUNISMUS UND ANARCHISMUS an. Fast keiner der Könige starb mehr eines natürlichen Todes. Die ESSÄER, deren Zahl auf 4000 angegeben wird, verwarfen mit der Ehe auch das Privateigentum. Jeder, der dieser Gesellschaft beitrat, übergab sein Vermögen der Ordenskasse, aus der die Lebensbedürfnisse der Mitglieder bestritten wurden. Freischaaren durchzogen das Land und überfielen die Reichen, um ihnen allen möglichen Schaden zuzufügen. Aus Raub und Mord wurde ein Handwerk gemacht, seit die redliche Arbeit nicht mehr lohnend schien. Diese Räuber nannte man SIKARIER, nach dem kurzen Dolche, mit denen sie bewaffnet waren. Als der geldgierige GESSIUS FLORUS römischer Landpfleger war, traten die Sikarier mit ihm in Verbindung, um auf gemeinsame Rechnung die Reichen desto besser brandschatzen zu können. Auch den Grundbesitz nahmen sie ihnen ab und verkauften ihn an Andere. Und damit diese Art von Eigentumsübertragung rechtliche Gültigkeit hatte, musste das Synedrium eine diese Art von Grundeigentumserwerb ↻ anerkennende, besondere Verordnung erlassen, die man das SIKARIERGESETZ nannte. Viele der Wohlhabenden wanderten aus. Die Zahl der beschäftigungs- und brotlosen Arbeiter in Jerusalem nahm zu. Man zählte einmal 18 000 solcher Arbeiter und bat den Landpfleger, auf öffentliche Kosten Arbeit zu geben. Er solle den Tempelschatz dazu benutzen, den man vor seiner Raubgier doch nicht mehr sicher hielt. Eine halb SOZIALE, halb POLITISCHE REVOLUTION verschaffte dem Proletariat vorübergehend die Herrschaft in Jeru-

salem. Das Rachegefühl der geschundenen Volksmasse machte sich besonders gegen die verhassten reichen Römerfreunde Luft und vernichtete das Archiv, in dem die Schuldbriefe aufbewahrt waren. Von Jerusalem aus verbreitete sich der Aufruhr durch das ganze Land. Die verschuldeten Bauern waren auf der Seite der Aufständischen gegen die Reichen und gegen die Römer. Rom rüstete sich. Jerusalem wurde zerstört und der jüdische Staat für immer vernichtet.

↻ B. Entwickelungsgeschichte der Griechen.

249

(DR. KARL HOFFMEISTER – Wien.)

VORBEMERKUNG UND LITTERATUR. Von der einschlägigen Litteratur wurden benutzt: G. ADLER, Geschichte des Sozialismus und Kommunismus von Plato bis zur Gegenwart, 1899. JULIUS BELOCH, Griechische Geschichte, 1. und 2. Band 1893 und 1897. DERSELBE, Die Bevölkerung der griechischen und römischen Welt, 1886. BOECKH, Staatshaushalt der Athener, 2. Auflage 1851. BÜCHSENSCHÜTZ, Besitz und Erwerb im griechischen Altertume, 1869. DERSELBE, Die Hauptstätten des Gewerbfleisses im klassischen Altertume, 1869. BLÜMNER, Die gewerbliche Thätigkeit der Völker des klassischen Altertums, 1869. E. CICOTTI, Il Tremento della Schiavitu, 1899. CONRADS Handwörterbuch der Staatswissenschaften 2. Auflage 1898 bis 1901, die verschiedenen einschlägigen Artikel. ERNST CURTIUS, Griechische Geschichte, 6. Auflage 3 Bände. W. DRUMANN, Die Arbeiter und Kommunisten in Griechenland und Rom, 1860. MAX DUNKER, Geschichte des Altertums, Band 5 bis 9 1881/86. ELEUTHEROPULOS, Die Philosophie und die Lebensauffassung des Griechentums, 2. Auflage 1900. GUHL und KONER, Leben der Griechen und Römer, 6. Auflage 1893. ADOLF HOLM, Griechische Geschichte bis zum Untergange der Selbständigkeit des griechischen Volkes, 4 Bände 1885/94. DERSELBE, Die Griechen, in der 4. Auflage von HELLWALD'S Kulturgeschichte 1896. HELMOLT'S Weltgeschichte, 4. Band: Die Randländer des Mittelmeeres, 1900. G. F. HERTZBERG, Geschichte Griechenlands unter der Herrschaft der Römer, 3 Bände ↻ 1866 bis 1875. EDUARD MEYER, Geschichte des Altertums, 2 Bände 1893. DERSELBE, Die wirtschaftliche Entwicklung des Altertums, 1895. ARTHUR MILCHHÖFER, Aus dem Reiche des Minos, in „Deutsche Rundschau" Juni 1902. R. POEHLMANN, Geschichte des antiken Kommunismus und Sozialismus, 2 Bände 1893 und 1901. DERSELBE, Grundriss der griechischen Geschichte in Müller's Handbuch der klassischen Altertumswissenschaft, 2. Auflage 1892. WILAMOWITZ - MÖLLENDORFF, Aristoteles und Athen, 2 Bände 1893. C. WACHSMUTH, Ein antiker Seeplatz (Athen), in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik N. F. 13 pag. 83 ff.

250

1. Die Formulierung des Problems.

Die Schicksalslose, welche den griechischen Völkern in die Wiege gelegt waren, bildeten sich aus den Wechselbeziehungen der Oberflächengestaltung ihres Landes und jenen Anregungen, welche die Griechen aus den Zuständen und Verhältnissen der höher entwickelten Völker in Kleinasien und Aegypten geschöpft haben. Das Land der alten Griechen beschränkt sich auf den südlichen Vorsprung der Balkanhalbinsel zwischen dem ägäischen und ionischen Meere, welcher etwa durch den 40. Breitengrad nach Norden abgegrenzt wird. Dieses Gebiet umfasst etwa 70 bis 75 000 Quadratkilometer, ist also annähernd so gross, wie das Königreich Bayern, circa doppelt so gross, wie die Schweiz oder Schlesien, mithin — ohne die zugehörenden Inseln — etwa siebzig Mal grösser, als jenes Gebiet, auf dem die Geschichte des Römerreiches begonnen hat. Aber dieses Griechenland ist ein Gebirgsland, das in schroffer Erhebung aus der Flut des Mittelmeeres aufsteigt; sein höchster Gipfel erreicht fast 3000 Meter, zahlreiche andere Spitzen ragen bis weit über 2000 Meter empor. Zwischen den Bergketten bleibt meist nur Raum für enge Thäler oder schmales Flachland an den Mündungen der Flüsse. Die einzige grössere Ebene auf der
251 ganzen Halbinsel ist das Becken des thessalischen Peneios. Dafür durchdringen sich Meer und Land hier wie kaum irgendwo sonst. Es giebt, von der Landschaft am Pindos abgesehen, keinen Punkt, der mehr als 60 Kilometer von der Küste entfernt wäre. Von jeder bedeutenden Berghöhe öffnet sich der Blick auf die weite See. So bietet das Land dem Ackerbau einen wenig günstigen Boden, der nur bei harter Arbeit seine Bewohner zu ernähren vermochte (Beloch). Hier musste die Geschichte das ursprünglich zusammengehörige Volk notwendigerweise in viele kleine Gauverbände auflösen, deren Landgebiet nur in seltenen Fällen 2 bis 300 Quadratkilometer überstieg. Die Ausbildung des Partikularismus fand hier den günstigsten Nährboden.

Zu der rauhen Gliederung der Küste mit ihren vielen natürlichen Häfen kommen namentlich gegen Osten zahllose Inseln, die überall im Angesicht des Festlandes aus der Flut emporsteigen und als eine Kette von Landungsplätzen bis zu den Gestaden Kleinasiens hinüberreichen. Der Schiffer verliert hier niemals das Land aus dem Gesicht. Rechnen wir die Regelmässigkeit der Windströmungen noch hinzu, so waren damit gewiss die Griechen unverkennbar auf das Meer und zwar vor allem in der Richtung nach Kleinasien gewiesen.

In dieses Land sind die griechischen Völker von Norden her eingewandert. Sie waren schon damals Ackerbauer, die auf ihren Wanderungen einen grossen Herdenbesitz mit sich führten. Unter Königen mit Vorkämpfern, aus

denen der Adel hervorgegangen, waren sie in Geschlechtsverbände (Phratrien) eingeteilt. Eine gewisse Zahl von Geschlechtern bilden durch ihre Zusammengehörigkeit Stämme, Phylen genannt. Wer als Einzelner ausserhalb solcher Verbände stand, war rechtlos, und HOMER vermochte sich ihn nur als ein verkommenes Subjekt vorzustellen. Die Frau war Herrin im Hause. Das Land, das ⥁ gemeinsam erobert wurde, wurde auch gemeinsam besessen. Es gab kein Privateigentum an Grund und Boden, keine Testirfreiheit über Grundstücke. Grundbesitz war ursprünglich unveräusserlich und unverpfändbar. Sie hatten nur wenig Sklaven im Hause, die zur Familie gerechnet wurden. Die Völker, welche sie bei ihrer Einwanderung vorfanden und besiegten, wurden vielfach in gewissen Formen der Unfreiheit an den Boden gebunden und zu bestimmten Leistungen verpflichtet. Die Handarbeit war nicht verachtet. Auch Könige und Königssöhne hielten es mit ihrer Würde vereinbar, die Herden zu weiden, den Pflug zu führen, Tischler- und Zimmerarbeiten zu verrichten. Und selbst unter den griechischen Göttern war einer, dem die russige Esse nicht zu schlecht dünkte: HEPHAISTOS. Dabei war das Volk der Griechen unternehmungslustig, wagemutig, es hatte einen ausgesprochenen ästhetischen Sinn, Freude an fröhlichen Festgelagen mit Massenkonsum und war klug und erfinderisch. 252

Dieses Volk trifft an der Küste des asiatisch-afrikanischen Festlandes mit den Phöniziern, Syriern, Babyloniern und Aegyptern zusammen. Es lernt von ihnen die Schrift, Mass und Gewicht, das Geld, aber auch Handel und Industrie, die Sucht nach Gold und Reichtum, die Sklaverei als günstige Kapitalsanlage mit all jener Verschmitztheit, Verschlagenheit und Unmoral kennen, welche den Orientalen schon damals eigen war. Die Griechen haben sich diese Lehren so vollständig angeeignet, dass Hermes, ihr Gott für Handel und Verkehr, der die Sprache und die Buchstabenschrift gegeben hatte, gleichzeitig auch der Gott der Spitzbuben war. Von ODYSSEUS mütterlichem Grossvater AUTOLYKOS rühmt das Epos, dass er ausgezeichnet war vor allen Menschen in Diebstahl und Meineid. Meineide waren bald so gebräuchlich geworden, dass PYTHAGORAS auf Samos den Eid überhaupt verbieten wollte. Für Geld ⥁ war alles feil. Den Ehebruch kannte man nicht. Nebenweiber und Prostitution verbreiteten sich, die Knabenliebe der Männer war so allgemein, dass jenes Werk, welches der megarische Dichter THEOGNIS an den von ihm geliebten Knaben richtete, wie kein zweites in der griechischen Welt populär geworden ist. Der Inhalt des Begriffs „Gerechtigkeit" ist dem griechischen Volke dunkel geblieben. Das griechische Recht kam so wenig zur Durchbildung, dass schon die alten Römer zu ihm mit Verachtung herabgeschaut haben. 253

Zu all dem kommt hinzu, dass die Griechen dem orientalischen Absolutismus die Idee entnommen haben, dass der Einzelne dem Staate „schlechthin" Untertan sei. Für jene Interessenkreise, welche sich der Staatsgewalt bemächtigten, war dann dieselbe ein ausgezeichnetes Instrument zum Dienste ihrer

privaten Erwerbssucht. Weil hierbei das Königtum dem bald kapitalistisch gewordenen Adel im Wege stand, wurde das Königtum beseitigt. Man kümmerte sich zu Anfang wenig um die Kehrseite dieser Medaille, auf welcher bei der jetzt notwendigen Entwickelung zur demokratischen Verfassung der selbstverständliche Anspruch an den allmächtigen Staat erhoben wird, für den Lebensunterhalt seiner verarmten Bürger zu sorgen — ein Problem, an dessen Unerfüllbarkeit auch die griechische Kulturwelt sich verblutete.

Diese höchst bedenkliche Kehrseite der Medaille tritt zunächst weniger hervor, weil in den ersten griechischen Entwickelungsperioden der Wanderung und Kolonisation die Erwerbssucht des Kapitalismus mit der Versorgung der Bürgermassen zusammenfällt, und die Geschäftspläne des mobilen Besitzes sich anscheinend mit einer weiteren Ausdehnung der agrarischen Basis der Volkswirtschaft vereinigen. Aber der von den Handels- und Industriestaaten unzertrennliche Konkurrenzneid musste mit dem Augenblicke [254] zu ernsten kriegerischen Konflikten führen, in welchem die zur Kolonisation geeigneten Ländergebiete des Mittelmeeres in Besitz genommen waren. Nun begann in echt kapitalistischer Weise ein griechischer Handels- und Industriestaat den anderen zu vernichten. Sieger blieb in dieser vielhundertjährigen gegenseitigen Vernichtungskonkurrenz immer derjenige Staat, welcher noch den kräftigeren Bauernstand und die besser geordnete Getreideversorgung seines Volkes besass. Die Reihenfolge aber, in welcher die griechischen Staaten zu Grabe gesunken sind, richtete sich nach dem Zeitpunkt der Invasion des Kapitalismus und also nach dem Grade der kapitalistischen Entartung. Jene griechischen Staaten, welche sich an der kleinasiatischen Küste gebildet und hier von den Orientalen die Handels- und Industriewirtschaft aus erster Hand gelernt hatten, mussten zuerst die Vorherrschaft auf dem Meere abgeben und zwar an die Inselstaaten, die dann in die Abhängigkeit von kontinental gelegenen Staaten kamen, unter denen wieder der Cyklus der Herrschaftsführung mit dem am spätesten kapitalistisch gewordenen Makedonien endete.

Was aber diesen Zusammenbruch der Handelsherrschaft auf dem Meere immer in so furchtbarer Weise auf die volkswirtschaftlichen Verhältnisse des Landes zurückwirken liess, das war der jetzt sofort beginnende Prozess „DER EXPROPRIATION DER EXPROPRIATEURE“. Die Masse der verarmten Bürger, die bis dahin für die Interessen des internationalen Handels und der Exportindustrie gekämpft und geblutet hatte und für diese Dienstleistungen als Mitregent im Staate selbstverständlich eine bestimmte Vergütung aus dem Staatssäckel erhielt, begann jetzt in den Notstandszeiten, als die Staatskasse rasch leer geschöpft war, mit Hülfe des allmächtigen Staates ganz logisch den zusammengeraubten Privatreichtum der Kapi[255]talisten unter sich aufzuteilen. Dafür rächten sich gelegentlich die Reichen mit Hülfe von Bündnissen mit den Feinden des Vaterlandes blutig an der Volksmasse. Der Herrschaft des Kapitalismus war

naturgemäss die kapitalistische Entartungsform des Sozialismus und Kommunismus gefolgt, was die traditionelle Geschichtsschreibung in nur oberflächlicher Weise als den Verfassungsstreit zwischen Demokratie und Oligarchie bezeichnet.

Das vaterlandslose Geldkapital aber ist in all diesen Wandlungen immer dem Sieger und damit dem Getreide nachgewandert, bis es an den Kornkammern von Aegypten und Kleinasien, in ALEXANDRIEN und ANTIOCHIA AM ORONTES besser gesicherte Siedlungen gefunden hatte, die auch durch die Vorherrschaft ROMS nicht ins Wanken kamen und unter dem römischen Kaiser Augustus eine Einwohnerzahl von 500 000 und 600 000 erreichten. Das ist in grossen Zügen die Entwickelungsgeschichte der Griechen, wie sie aus den gegebenen Entwickelungselementen sich logisch verstehen lässt. Es wird die Aufgabe der nachfolgenden Ausführungen sein, diese Konstruktion durch die Aufeinanderfolge der thatsächlichen Ereignisse zu erläutern und zu bestätigen.

2. Die Periode der Wanderung und der Kolonisation.

256

Schon im dritten Jahrtausend vor Christi scheinen griechische Stämme in die Balkanhalbinsel eingewandert zu sein, die als sogenannte „MYKENISCHE KULTUR“ ihre Blütezeit etwa um 1500 vor Christi erreichten. Durch Ausgrabungen wurden imposante Zeugen dieser Epoche gefunden, die sich nicht blos über die fünf an der Ostküste Griechenlands gelegenen Buchten von AMYKLÄ bis zum PAGASÄISCHEN Meerbusen, sondern auch über KRETA, RHODOS, CYPERN, KLEINASIEN, AEGYPTEN und SIZILIEN ausbreitete. Die Fundstücke lassen eine üppige Kultur erkennen, welche über grosse abhängige Volksmassen, sehr ausgedehnten Güterbesitz, Reichtum an Edelmetallen, umfassende Handelsbeziehungen und gute technische Leistungen verfügt haben muss. Die glanzvollste Entwickelung der Bronzezeit tritt uns hier entgegen. Die Erinnerungen an den TROJANISCHEN Krieg und an den mächtigen KÖNIG MINOS, der von seinem Herrschersitze KNOSSOS aus gebot und als „Redegenosse des grossen Zeus“, wie ihn das Epos nennt, vorbildlicher Gesetzgeber und Richter wurde — sie gewinnen durch diese Ausgrabungen festere Gestalt. All diese Kulturgebilde sind unter den Stürmen jener grossen Völkerwanderung des ausgehenden XII. Jahrhunderts vor Christi, die als die „DORISCHE WANDERUNG“ bezeichnet wird, in den Staub gesunken.

Die historische Ueberlieferung berichtet von drei griechischen Volksstämmen: den AEOLERN, IONIERN und DORIERN. Was nicht ionischen oder dorischen Stammes war, fasste man unter dem Sammelnamen AEOLER zusammen. Im engeren Sinne wurde die Bezeichnung AIOLIS auf die Kolonien der Nordwestküste Kleinasiens 257 mit den vorgelagerten Inseln TENEDOS und LESBOS angewandt, Kolonien, welche die Länder am PAGASÄISCHEN und MALISCHEN Meerbusen als ihre Urheimat bezeichneten, weshalb zu den Aeolern speziell auch THESSALIEN, BÖOTIEN, ARKADIEN und KYPROS gerechnet werden. Sie alle gehören zu den älteren Ansiedlungen im Lande.

An diese äolische Gruppe lehnt sich die Bevölkerung von ATTIKA und EUBÖA an, die sich wohl erst allmählich von Böotien losgelöst hat, dann das gegenüberliegende grössere mittlere Stück der asiatischen Küste mit den dazwischen gelegenen Inseln wie ANDROS, TENOS, NAXOS, IKAROS, SAMOS, CHIOS U. A. besiedelte und sich als „IONIER" bezeichnete und dann mit den Böotern sich nicht mehr verwandt fühlte. Schon aus verschiedenen griechischen Volksteilen zusammengesetzt, haben die Ionier auch kleinasiatisches Blut in sich aufgenommen. Sie waren so besonders dazu vorbereitet, asiatische Kultur aufzunehmen und nach griechischem Geschmacke zu verarbeiten und auszubilden.

Die sogenannten DORIER, welche durch ihre Einwanderung nach Griechenland im 12. und 11. Jahrhundert v. Chr. den Anstoss zur Neugruppierung von Völkerschaften bei Beginn der historischen Zeit gegeben haben, waren ein Teil der nordwestgriechischen Gruppe. Auf ihrer Wanderung setzten sie über die engste Strecke des Meerbusens von KORINTH, und besiedeln die nördlichste Landschaft des PELEPONNESOS. Ihr Vordringen bricht sich an den arkadischen Bergen. Sie teilen sich nach Westen, wo ELIS besetzt wird, nach Osten, wo die Bewohner von ARGOLIS mit ihrer sich schon zersetzenden Kultur erobert und unterjocht werden. Dann flutete die dorische Welle über KRETA, MELOS, PERA, RHODOS, KOS nach den kleinasiatischen Küsten, wo sie südlich von den Ioniern einen wesentlich schmäleren Teil desselben besetzen.

258 Damit war jedoch die Bevölkerungsbewegung in Griechenland noch nicht zur Ruhe gekommen. Die unregelmässigen Züge, welche der dorischen Wanderung zunächst nach Osten und Westen folgten, wurden im 8. Jahrhundert v. Chr. als planmässige Kolonisation organisiert, an deren Spitze CHALKIS und ERETRIA, MEGARA und KORINTH, RHODOS UND LESBOS und vor allem auch MILET gestanden haben. An diesen Plätzen sammelten sich auch die Auswanderer aus den umliegenden Gegenden. Hier erhielten sie Führer, Schiffe und die ersten Beihülfen zur Gründung der Kolonie, wofür dann die Mutterstadt dort die sicherste Stütze ihres Handels und den besten Markt für ihre Erzeugnisse fand. Die koloniale Erschliessung neuer Länder war zu einem geschäftlichen Unternehmen der griechischen Handelsstaaten geworden. Man suchte

vor allem fruchtbare Landstriche auf. Die Verteilung der Aecker war das erste Geschäft der neuen Ansiedler. Noch zu Anfang des fünften Jahrhunderts bezeichnen sich die Altbürger von SYRAKUS als „Gutsbesitzer". Dass im Laufe der Zeit viele dieser ursprünglichen Ackerbaukolonien wichtige Handelsplätze geworden sind, kann die Absichten der ersten Ansiedler nicht ändern. Das Ziel der Kolonisten aber war naturgemäss im WESTEN zunächst nach ITALIEN, im OSTEN gegen das MARMARA- und SCHWARZE MEER gerichtet.

Italien und Sizilien hatten einen ausgezeichneten Boden mit verschwenderischer Fruchtbarkeit und prächtige Wälder mit vortrefflichem Material für den Schiffsbau. Der Weg über die schmale Meerenge von OTRANTO war leicht gefunden. Und so ist denn im 8. und 7. Jahrhundert v. Chr. die Ostküste des heutigen KALABRIEN in Besitz genommen worden. Der Golf von Taranto war bald mit einem Kranz blühender Kolonien besetzt: im Norden METAPONTION, das die Kornähre im Wappen führte, dann SYRIS, SYBARIS, KROTON bis tief im Süden KAULONIA, die letzte der achäischen Pflanzstädte. Bald drangen die Achäer auch ins Binnenland vor und durch die schmale Halbinsel hinüber an die Küste des TYRRHENISCHEN MEERES. Hier gründete Sybaris die Kolonien SKITROS und LAOS und weiter nördlich POSEIDONIA. Kroton gründete im oberen Thale des Krathis PANDOSIA und auf dem Isthmus von KANTANZARO, TERINA und SKYLLETION. Die Achäer beherrschten jetzt hier ein Gebiet von etwa 15 000 Quadratkilometer.

259

Den Kolonisten aus Achaia folgten bald Kolonisten aus LOKRIS, welche unweit der heutigen Strasse von MESSINA ein neues LOKROI gründeten, das bald die Tochterkolonien HIPPONION und MEDMA an der Westküste der Halbinsel anlegte.

Inzwischen hatten auch die Bewohner von CHALKIS begonnen, ihre Blicke nach dem Westen zu richten. Sie segelten wahrscheinlich noch im 8. Jahrhundert nach Sizilien und gründeten NAXOS, KATANA, LEONTINOI, KALIPOLIS, EUBÖA, ZANKLE und gegenüber auf dem Festlande RHEGION. Bald wagte man sich auf der italienischen Halbinsel weiter nach Norden und gründete KYME und dann später, etwa 600 v. Chr., die „Neustadt" NEAPOLIS.

Das von Chalkis gegebene Beispiel fand noch im 8. Jahrhundert Nachahmung durch die KORINTHER, welche die reiche Insel KORKYRA (heute Korfu) besetzten und sich dann gleichfalls nach Sizilien wandten, um hier vor allem das nachmals so mächtige SYRAKUS mit AKRAE, KASMENAE und KAMARINA ins Leben zu rufen. Im übrigen blieb die Kolonisationsthätigkeit Korinths hauptsächlich dem Nordwesten der griechischen Halbinsel zugewendet. Hier entstanden CHALKIS und MOLYKREIA am Eingang in den korinthischen Meerbusen, SOLLION, MAKTORION, LEUKAS, AMBRAKIA, APOLLONIA und EPIDAMNOS an der Einfahrt in das adriatische Meer.

260

Sogar die asiatischen Griechen beteiligten sich an dieser Kolonisation im Westen. So gründete RHODOS im Verein mit den KRETERN zu Anfang des 7. Jahrhunderts GELA an der Südküste Siziliens. Um das Jahr 600 soll ein Schiffer aus Samos an das reiche Silberland Südspanien verschlagen worden sein. Um die gleiche Zeit gründete der kleinasiatische Handelsstaat PHOKÄA die wichtige Kolonie MASSALIA (Marseille), die bald ihren Einfluss bis tief in das KELTENLAND ausdehnte und viele Tochterkolonien an der benachbarten Meeresküste anlegte. Für dieses Kolonialgebiet westlich des ionischen Meeres kam im 6. Jahrhundert die Bezeichnung „GROSSHELLAS“ auf.

Etwa gleichzeitig mit den Anfängen dieser Bewegung im Westen hatte die Ausbreitung der Hellenen nach dem NORDEN, OSTEN und SÜDOSTEN begonnen. In erster Reihe standen auch hier die CHALKIDIER. Unter ihrer Leitung wuchsen eine Reihe von Pflanzstädten auf jener nördlich von EUBÖA gelegenen Halbinsel, welche den Namen CHALKYDIKE erhielt. Auch hier folgten ihnen die Korinther und gründeten auf dem schmalen Isthmus der Halbinsel Pallene die Kolonie POTIDAEA. Die LESBIER besetzten mit der Kolonie SESTOS das europäische Ufer des HELLESPONT. MILET gründete diesem Sestos gegenüber ABYDOS, dann KYZIKOS, PARION, PRIAPOS, KIOS an der Südküste der Propontis, LIMNAE und KARDIA am thrakischen Chersonnes. Dann drangen die Milesier in das schwarze Meer vor und gründeten hier an der Küste der wichtigsten Kornkammer Griechenlands Kolonien in solcher Zahl, dass der Gesamtbesitz von Milet an den hellespontischen und pontischen [261] Küsten auf 90 Pflanzstädte angegeben wird. Den Milesiern folgten die MEGARER. Sogar in Aegypten gelang den Milesier mit anderen griechischen Staaten eine Handelsniederlassung in NAUKRATIS, welche im 6. Jahrhundert im Kleinen dieselbe Rolle spielte, wie später ALEXANDRIEN. Und weil der Seeweg von Griechenland nach Aegypten in der Regel über KRETA führte, siedelten sich Griechen gegen Ende des 7. Jahrhunderts an den Gestaden LYBIENS an, wo die nachmals blühende Stadt KYRENE begründet wurde.

So waren im Laufe des 8. und 7. Jahrhunderts v. Chr. durch Kolonien der griechischen Handelsstaaten das ionische Meer, die Propontis und der Pontos zu griechischen Seen geworden, in Aegypten wie in Lybien, an der Westküste Italiens und im Keltenlande bis nach dem fernen Iberien hin waren griechische Niederlassungen entstanden. Griechischer Einfluss war fortan massgebend im ganzen Umkreise des Mittelmeeres. Die Rückwirkung auf alle Gebiete des griechischen Lebens konnte nicht ausbleiben (Beloch).

⟳ 3. Die Ausbreitung des Kapitalismus. 262

Nachdem der Besitz der neuen Heimat gesichert war, ruhte auch bei den griechischen Völkern die volkswirtschaftliche Organisation ausschliesslich auf der Basis von Grund und Boden. Die ÖFFENTLICHE GEWALT lag in den Händen des Königs, des Adels und der Volksversammlung. An GEWERBETREIBENDEN (Demiurgen) gab es bereits Metallarbeiter, Thonarbeiter, Steinarbeiter, Zimmerleute, denen auch die Aerzte und Ausrufer zugerechnet wurden, für welche die Sprache der Griechen zum Ausdruck brachte, dass sie nicht für sich selbst, sondern für Angehörige der Gemeinde arbeiteten. Ihre Entlohnung erfolgte zumeist in Naturalien. SCHIFFSEIGENTÜMER UND HÄNDLER, welche nur „für Ladung sorgten und nach den Waren und raschem Gewinn schauten", wurden ursprünglich nicht als ebenbürtig angesehen. Gerade auf diesem Punkte trat bald eine Aenderung ein.

Der ADEL begann die Macht des Geldes schätzen zu lernen. Der Seehandel, welcher mit der vorstehend geschilderten Kolonisationsbewegung seit dem 8. Jahrhundert einen immer mächtigeren Aufschwung genommen, bot hierzu reichliche Gelegenheit. Namentlich die PHÖNIZISCHEN Händler kamen und offerierten die Industrieprodukte des Orients gegen GETREIDE und andere landwirtschaftliche Produkte. An Unterweisungen, wie die Grossgrundbesitzer durch Lug, Trug und Gewaltthat dabei leicht reich werden könnten, wird es auch nicht gefehlt haben. Sie fielen auf einen dankbaren Boden. Hinderlich schien dabei nur die Rechtsprechung des Königs, der jetzt überdies nach Abschluss der grossen Wanderungsbewegung als Heerführer weit weniger nötig war. Entartungen der königlichen Familien trugen das Uebrige dazu bei, so dass es im Laufe des 8. und 7. Jahrhunderts v. Chr. in fast allen griechischen ⟳ Staaten, die sich der allgemeinen Verkehrsbewegung angeschlossen hatten, zu einer BESEITIGUNG DER KÖNIGSHERRSCHAFT gekommen ist. In den ACKERBAUTREIBENDEN LANDSCHAFTEN des Peloponnes hat sich das Königtum bis ins 7. und 6. Jahrhundert gehalten. In dem überwiegend ländlichen Argos ist die Königswürde erst mit den Perserkriegen gefallen. In Sparta kam es im 8. Jahrhundert zum Kompromiss des Doppelkönigtums, das bis ins 3. Jahrhundert in Amt und Würden blieb. In der abgelegenen und lange dem allgemeinen Verkehr nicht erschlossenen griechischen Welt hat sich das alte legitime Königtum bis in die späten Zeiten erhalten, so namentlich auch in MAKEDONIEN. 263

Bald begannen in der griechischen Welt INDUSTRIESTAATEN sich zu bilden, welche ihre Ueberschüsse an gewerblichen Produkten bei den Agrarstaaten gegen landwirtschaftliche Produkte umtauschten. MILET, KIOS und SAMOS exportierten Wollstoffe, Purpurgewänder und Teppiche; KORINTH und CHALKIS brachten Metallwaren, Waffen, Thonwaren und Schmuckgegenstände auf den

Markt. Aus KYRENE, THEBEN und SIZILIEN kamen die besten Wagen; AEGINA lieferte Klein- und Galanteriewaren. Dafür bezog man ausser Getreide, Oel und Silber aus ATTIKA, Wein aus NAXOS, LESBOS, THASOS, Purpur aus KYTHERA, Kupfer aus EUBÖA und KYPERN, Eisen aus LAKONIEN, Thunfisch aus BYZANZ u.s.w. Bei einem so ausgedehnten Marktverkehr waren natürlich MÜNZ- UND MASSSYSTEME unentbehrlich; man hatte beide deshalb seit Anfang des 7. Jahrhunderts in Griechenland eingeführt.

Mit dem EINTRITT DES GELDES in die griechische Volkswirtschaft beginnen sofort jene charakteristischen Missstände sich einzufinden, welche wir heute [264] mit dem Worte „KAPITALISMUS" bezeichnen. Mit dem Gelde war ↻ auch die Geldgier und der Wucher ins Land gekommen. Alles, selbst der Grundbesitz wurde jetzt verkäuflich. Es ist die Zeit, in der in Griechenland das Sprichwort aufkommt; „GELD MACHT DEN MANN!" Auch was von dem Ertrage der Getreidefelder irgend entbehrlich schien, wurde für wenige Drachmen verkauft, nur um in den Besitz von Geld zu kommen. Und wenn dann im folgenden Jahre bei der unbeständigen Witterung in Griechenland eine Missernte kam, fehlte den Bauern das Getreide zur Ernährung ihrer Familien sowohl wie für Saatzwecke. Die Adligen, die einst Vorkämpfer bei der Eroberung des Landes, dann Führer im Seeraub und nachher Leiter der Kolonisation im Osten und Westen waren, sind jetzt Rheder und Händler geworden und haben den GETREIDEAUFKAUF IM LANDE ZUM ZWECKE DES GETREIDEEXPORTES ORGANISIERT. Es lag deshalb nahe, sich an sie zu wenden, um Getreide zurückzukaufen. Die Bitte wurde gewährt, aber nicht als Natural-, sondern als Gelddarlehn zu Zinssätzen von 36 % und höher. Und zur Sicherung der daraus sich ableitenden Forderungen musste zunächst der ganze bäuerliche Besitz verpfändet werden, dann wurden der Bauer und seine Familie in Person haftbar gemacht und endlich auch noch Bürgen verlangt, welche ebenfalls mit ihrer Person und ihrem ganzen Vermögen hafteten. Die eingegangenen Verpflichtungen konnten nur zu häufig nicht erfüllt werden. Und dann war der Adel Gläubiger, Richter und Exekutor in EINER Person bei ungeschriebenem Recht und keinerlei Appellation. Ein Teil der zu Schuldsklaven gewordenen Bürger flüchtete nach dem Auslande, um sich als SÖLDNER anwerben zu lassen, ein anderer Teil wurde vom Gläubiger in die Fremde als SKLAVE verkauft. Der Rest fand in der eigenen Wirtschaft der Grossgrundbesitzer als unfreier Arbeiter Verwendung. Der [265] Bauerndichter dieser Epoche HESIOD nennt deshalb seine ↻ Zeit die „eiserne", der gegenüber er wünscht, dass er entweder früher oder später geboren wäre. Tag und Nacht nichts als Mühe und Elend, der rechtschaffene Mann, der sich redlich durch seine Arbeit ernährt, gilt nichts mehr, Gewaltthat und Uebermut herrschen und finsterer Neid. Immer wieder klagt er in seinem Liede von der „Arbeit" über die ungerechten und bestechlichen Richter. Den Bauern aber giebt er den Rat, nicht nur intensiver zu wirtschaften, sondern vor allem darauf

bedacht zu sein, NICHTS KAUFEN ZU MÜSSEN. Ausserdem empfiehlt er Beschränkung der Kinderzahl. Trotzdem hat sich bei HESIOD — im Gegensatz zu HOMER — unter dem Einflusse der gegebenen Verhältnisse die Anschauung schon herausgebildet, dass die SCHIFFAHRT NEBEN DEM ACKERBAU ALS GLEICHBERECHTIGT zu betrachten sei.

BEGÜNSTIGT wurde diese unheilvolle Entwickelung durch die gleichzeitige AUSBREITUNG DER SKLAVEREI FÜR GEWERBLICHE ZWECKE in Griechenland. HEMMEND trat ihr der Umstand in den Weg, dass die inzwischen erfolgten Fortschritte in der Metallurgie es auch dem Mittelstande ermöglichten, in schwerer Metallrüstung auszurücken, wodurch die Periode der Vorkämpfer (Adel) von der geschlossenen Masse der Schwerbewaffneten abgelöst wird. Und weil die Bürger, welche Schuldsklaven geworden waren, beim Aufgebot in Reih und Glied standen, da Waffen nicht gepfändet werden konnten, so bot sich hier Gelegenheit, die herrschenden Missstände zu beseitigen. Die Gewerbetreibenden in den Städten vereinigten sich mit den Bauern gegen den herrschenden Adel. Und es kam so im 7. und 6. Jahrhundert in Griechenland ziemlich allgemein zu jenen charakteristischen Volkskämpfen, die am zutreffendsten wohl mit dem Worte „BAUERNKRIEGE“ bezeichnet werden. Hinrichtungen, Verbannungen, Einziehung der Güter des Adels mit allgemeinem Schulderlass und Neu⥁verteilung des Grundbesitzes wechselten zum Teil mit Rückkehr des Adels und seiner blutigen Rache am Volke. Durch die allgemeine ENTSTEHUNG VON MILITÄRMONARCHIEN — in der Litteratur „TYRANNEN“ genannt — welche das Volk gegen die Adelspartei führten, kam diese Periode der Herrschaft eines Adels, der durch und durch kapitalistisch geworden war, zum Abschluss. Die Adelspartei war hinwiederum überall der erbitterste Feind dieser Militärmonarchien. Sie hat am meisten zur Beseitigung der „Tyrannen“ beigetragen und damit entscheidend an der Ausbreitung der demokratischen Verfassung mitgewirkt.

266

Wo freilich grosse Königsfamilien selbst die meisten Staatsämter durch Mitglieder der eigenen Familie besetzen konnten, da herrschten sie noch weit über diese Zeit hinaus: so die BAKCHIATEN in KORINTH, die PENTHELEIDEN in MYTILENE, die BASILEIDEN in EPHESUS. Wo der Adel früh schon sich dem Handel, dem Rhedereigewerbe und der Industrie zugewendet hatte, da blieb auch ihm noch lange die Herrschaft im Lande, so in AEGINA. In anderen Gegenden, wie z. B. in der weiten THESSALISCHEN EBENE, ist es dem Adel thatsächlich gelungen, die Bauern in der Epoche des Handels- und des Leihkapitals zu Leibeigenen (PENESTEN) herabzudrücken, um dann ebenso wie in MESSENIEN dauernd ein GETREIDEEXPORTLAND zu bleiben und nie zur industriellen Entwickelung mit Grossstädten überzugehen.

DIE GESETZGEBUNG aber, welche der glücklichen Erhebung der Bauern und Gewerbetreibenden in dieser Periode gefolgt ist, TRÄGT EINEN GANZ BESTIMMTEN CHARAKTER. Den in Schuldknechtschaft sich befindenden Bürgern wurde die persönliche Freiheit wiedergegeben und für alle Zukunft den Gläubigern das [267] Recht auf den Leib des Schuldners entzogen. Man hat die Hypothekensteine auf den bäuerlichen Grundstücken beseitigt, die Hypothekenschulden kurzweg aufgehoben. Auch die persönlichen Schulden wurden für ungültig erklärt oder doch deren Ablösung durch Einführung einer leichteren Währung wesentlich begünstigt. Ferner kam es jetzt zur Aufzeichnung des geltenden Rechts. Der Gebrauch der Schrift hatte sich inzwischen allgemein verbreitet. Es konnte deshalb auf solche Weise der bis dahin bestandenen richterlichen Willkür wirksam begegnet werden. Gleichzeitig wurde die Appellation in Zivilrechtssachen vom Einzelrichter an das Geschworenengericht eingeführt. Die weitere Festsetzung eines BESITZMAXIMUM für landwirtschaftliche Grundstücke und ein PRINZIPIELLES VERBOT DER GETREIDEAUSFUHR lassen deutlich erkennen, gegen welche Misstände diese Gesetzgebung gerichtet war. Weil aber auch die Zusammensetzung des Volksheeres sich geändert hatte, wurde eine Neuordnung der bürgerlichen Leistungen auf der Basis des Besitzes und zwar des Grundbesitzes vorgenommen. Auf der gleichen Grundlage ruhte auch die jetzt zur Einführung kommende direkte Vermögenssteuer.

Man hat aus all diesen Massnahmen folgern zu sollen geglaubt, dass damit der „BESITZ“ an die Stelle der „GEBURT“ getreten sei. Thatsächlich handelt es sich indess hier um den KAMPF DES VOLKES GEGEN DIE ERSTE ENTWICKELUNGSSTUFE DES KAPITALISMUS, nämlich gegen das sog. „Handels- und Leihkapital“. Nicht gegen den Adel und die Geburt an sich, sondern gegen diese spezifische Art der kapitalistischen Ausbeutung des Volkes durch Personen, welche allerdings auch adlige Grundbesitzer waren, ist diese Reformbewegung gerichtet gewesen. Und es erhebt sich hier die naheliegende Frage, ob es den griechischen Völkern ge[268]lungen ist, auf solche Weise die Krankheit des „KAPITALISMUS“ aus ihrem volkswirtschaftlichen Körper zu beseitigen?

Die Geschichte beantwortet diese Frage mit einem entschiedenen „NEIN“. Man scheint lediglich diese spezifische Art der Aufsaugung des freien Bauernstandes durch den Grossgrundbesitzer mit Hülfe eines ungeheuerlichen Kreditrechtes vielfach verhütet zu haben. In der Verschuldung des Volkes selbst wurde nur für wenige Jahrzehnte eine Linderung erreicht. Der Kapitalismus aber konnte von jetzt ab bald um so üppiger wuchern, je vollständiger die Ausbeutungsverhältnisse sich geändert haben unter der Herrschaft des „INDUSTRIELLEN PRODUKTIONSKAPITALS“, dem sich das „BANK- UND BÖRSENKAPITAL“ immer unmittelbar anschloss. Die griechischen Völker waren über die ihnen jetzt bevorstehende Entwickelung so wenig unterrichtet, dass selbst die Militärmonarchien, welche doch zum Schutze des Volkes gegen den Kapitalismus

sich gebildet hatten — trotzdem sie einer Uebersiedlung der Bauern nach der Stadt und der Ausbreitung der industriellen Sklaverei entgegengetreten sind — mit allen Kräften die neue kapitalistische Aera vorzubereiten begannen. Die neue Heeresorganisation mit den partikularistischen Leidenschaften des Volkes und der absoluten Staatsidee schienen wie dazu geschaffen, dieser neuen Form des Kapitalismus in geradezu selbstmörderischer Weise Alles zum Opfer zu bringen. Die weitere Darstellung aber wendet sich damit zur EINFÜHRUNG DER SKLAVEREI IN GRIECHENLAND und zu den WANDERUNGEN DER HANDELSHEGEMONIE in der Reihe der griechischen Staaten.

Die EINFÜHRUNG DER EIGENTLICHEN SKLAVEREI ist von der Entstehung und Ausbildung der INDUSTRIESTAATEN in Griechenland unzertrennbar. Die Sklaven, ⥁ welche es vor dieser Zeit gegeben hat, waren entweder nur klein an der Zahl und wurden zur Familie gerechnet oder es waren unterjochte Volksstämme, denen die Bebauung der Felder überwiesen war, und die dann in einem gewissen Vasallenverhältnis zu den Grundherren standen, welche ihrerseits für Sicherheit und Ordnung des Staates zu sorgen hatten. Hier lag also eine Art Arbeitsteilung vor, welche die GESICHERTE BROTVERSORGUNG zum Ziele hatte. Die Verhältnisse der Arbeitssklaven aber, welche mit der Umwandlung gewerblicher Betriebe in Industrien eingeführt wurden, waren anderer Art. Sie wurden nicht zur Familie gerechnet. Sie arbeiteten in Fabriken, Bergwerken und Steinbrüchen zu 120 Mann und mehr, natürlich auch in kleineren Trupps. Es handelte sich in den kleinen griechischen Einzelstaaten um 60 000, 70 000 und 100 000 Sklaven dieser Art. In dem engen Industriegebiet des europäischen Griechenlands, nämlich in AEGINA, KORINTH und ATTIKA wurden um die Mitte des 5. Jahrhunderts eine Viertel Million Sklaven gezählt. Die Zahl der Sklaven war der Zahl der freien Bevölkerung z. B. in Korinth und Aegina bedeutend überlegen. Man hatte sie nicht im Kriege erobert oder unterjocht, sondern auf dem freien Markte gekauft. DIE SKLAVEREI WAR JETZT EINE KAPITALSANLAGE GEWORDEN. Es wird berichtet, dass z. B. das in den Bergwerkssklaven angelegte Kapital sich mit 33 1/3 bis 50 %, die für Möbelsklaven verausgabte Geldsumme sich mit 30 % verzinst habe. Diese Sklaven waren dazu bestimmt, „MEHRWERT“ zu erzeugen, mit dem sich der Kapitalist mühelos bereicherte. Erst damit beginnt die Verachtung der körperlichen Arbeit. Die Bürger, welche aus dem Mehrwert ihrer Sklavenarbeit sorglos leben konnten, schauten mit Geringschätzung auf die „Banausen“ herab, welche ihren Lebensunterhalt mit ihren eigenen Händen verdienen mussten.

269

⥁ Den verarmten Bürgern, wie den nachgeborenen Söhnen blieb unter solchen Umständen nur DAS BROT DES SÖLDNERS. Für einen Monatsgehalt von 23 1/2 Mark konnten die griechischen und ägyptischen Könige fast jede Zahl von Landsknechten in Griechenland werben lassen, wobei die Soldaten sich selbst ausrüsteten. Für den gewiss anstrengenden Ruderdienst an Bord einer

270

Galeere wurden während des peleponnesischen Krieges nur 3 Obolen per Tag gezahlt. Solange die Mittel bei dieser Löhnung reichten, war niemals Mangel an Ruderern. Nach glücklichen Schlachten winkte wohl auch ein entsprechender Anteil an der Beute. So kam bei der bescheidenen Lebensweise dieser Leute immerhin ziemlich Geld nach Griechenland und zwar hauptsächlich in Gold. DER KRIEG WAR DIE ERWERBSART DER VERARMTEN BÜRGER GEWORDEN. Wurde aber irgendwo in der damaligen Welt Frieden geschlossen, so trieb sich bald auf den Strassen wie auf dem Meere ein brotlos gewordenes Gesindel umher, jederzeit bereit, alles zu plündern, was ihm begegnete.

Dieses Hindrängen der Interessen der Bürgermassen zum permanenten Kriegszustand kam dem industriellen Kapitalismus sehr gelegen. Man brauchte ja Absatzgebiete für den Ueberschuss der industriellen Produkte. Dazu reichten die INTERNATIONALEN KONSULATS- UND FREUNDSCHAFTSVERTRÄGE der Staaten, welche seit dem 6. Jahrhundert in Uebung gekommen waren, nicht aus. Gesichert war der Absatz nur dort, wo ein GEWISSES ABHÄNGIGKEITSVERHÄLTNIS zwischen ABSATZGEBIET und INDUSTRIESTAAT bestanden hat. Nachdem die noch freien Ländergebiete am Mittelmeer besetzt waren, blieb nichts anderes übrig als das Absatzgebiet der schwächeren Industriestaaten zumeist mit ihnen zu erobern. Nicht minder wichtig war die Erwerbung jener Gebiete, von denen [271] für die übermässig industrielle Bevölkerung das so notwendige GETREIDE bezogen werden konnte, dessen EINFUHR vielfach VERSTAATLICHT worden ist. So begann denn die Periode IMMERWÄHRENDER KRIEGE um die ABSATZGEBIETE FÜR INDUSTRIELLE PRODUKTE und um die PRODUKTIONSGEBIETE UND ZUFUHRWEGE FÜR GETREIDE. Die Besiegten wurden in der Regel von den Siegern vollständig ausgeraubt und oft noch die Bevölkerung selbst weggeführt. Beschränkte sich aber der Sieg des Gegners auf die Wegnahme der Absatzwege und der Getreidezufuhren, dann kam es in dem besiegten Staate zu furchtbaren Krisen mit Hungersnöten und blutiger Abrechnung zwischen den „Armen“ und den „Reichen“. Da und dort kam es auch zu nicht minder blutigen Gegenrevolutionen der Reichen. Immer aber war damit der Zerfall und die Verödung des Industriestaates verknüpft, der im Rennen und Jagen nach Reichtum die fundamentale Bedeutung einer blühenden heimischen Landwirtschaft vergessen oder verachtet hatte.

Je mehr Taschen dieser durch die griechischen Staaten hindurchgehende kapitalistische Raubzug geleert hatte, desto grösser war naturgemäss der angesammelte Reichtum, desto umfassender waren die nationalen wie internationalen volkswirtschaftlichen Beziehungen.

Als die Handelshegemonie von Griechenland bereits ihren Sitz in ATHEN hatte, waren folgende ganz moderne Zustände erreicht worden: Der alte Adel war zumeist verarmt und ohne Einfluss. Herren im Staate waren die Grossin-

dustriellen und Bankiers, welch' Letztere sich durch kluge Freigiebigkeit vom Sklaven zum einflussreichsten Vollbürger mit grossem Vermögen und fast unbegrenztem Kredit in allen Mittelmeerländern emporgearbeitet hatten. Man begann sein Geld aus der weniger rentablen Landwirtschaft herauszuziehen und in Handel und Industrie und in den Banken mit wesentlich höheren Gewinnen anzulegen. ⟳ Die Güterschlächtereien und der Grundstückshandel blühten. 272 Das Volk war in seiner Brotversorgung fast ganz auf die Zufuhr vom Auslande angewiesen. Die Tempelschätze — also das Vermögen der Kirchen — welche in einzelnen Fällen, wie z. B. in DELPHI, bis 54 Millionen Mark erreicht haben sollen, wurden zur Stärkung der geschwächten Staatsfinanzen säkularisiert. Die Privatbanken arbeiteten hauptsächlich mit Depositengeldern und verteilten grosse Gewinne. Die auf „Seezins" ausgeliehenen Kapitalien verzinsten sich bei einer Fahrt nach dem Pontus oder der durch Seeräuberei gefährdeten Adria mit 100 % und mehr, nach dem gesicherten ägäischen Meere mit 20 bis 30 %. Zur Ausführung der grösseren ökonomischen Aufträge des Staates hatten sich sehr einflussreiche Syndikatsgesellschaften gebildet, welche mit 100 % Gewinn gearbeitet haben sollen. Auf dem Marktplatze in Athen wurden die Produkte der ganzen Welt gekauft und verkauft. Von einem Bankier in Syrakus wird erzählt, dass er eines Tages alles disponible Eisen im Markte aufgekauft habe, um es dann mit einem entsprechenden Preisaufschlage an die Konsumenten abzugeben, und dass er in kurzer Zeit dabei 200 % Gewinn für sein Kapital erzielte.

Die LICHTSEITE DES ZUNEHMENDEN REICHTUMS zeigt sich darin, dass eine wachsende Zahl von Personen jetzt der Kunst und der Wissenschaft sich zuwenden konnte, und so aus der Masse des Volkes viele ganz hervorragende Talente auf diesen Gebieten hervortraten — kurz vor dem Untergang der griechischen Kultur im Mutterlande; denn wie zu ANFANG DES 6. JAHRHUNDERTS die PHÖNIZISCHE Industrie und der PHÖNIZISCHE Handel von dem Handel und der Industrie der GRIECHISCHEN STÄDTE an der KLEINASIATISCHEN WESTKÜSTE hauptsächlich abgelöst worden waren, und wie dann KAUM 50 JAHRE SPÄTER die Küstenstädte ihre ⟳ Absatzgebiete zumeist an die IONISCHEN INSELN abtreten 273 mussten, so haben auch die ionischen Inseln dann ETWA 100 JAHRE SPÄTER unter der HANDELSPOLITISCHEN FÜHRUNG DES MUTTERLANDES gestanden, dessen letztes Stündchen als führender Industriestaat ABERMALS 100 JAHRE SPÄTER geschlagen hatte. Noch weitere 150 Jahre, und Rom herrscht über Griechenland (190 v. Chr.). Die Klagen über Eheflucht, Kinderlosigkeit und Menschenmangel werden jetzt so laut, wie in den früheren Jahrhunderten der Ausbreitung des Kapitalismus die Klagen über Uebervölkerung. Die Landbevölkerung ist längst verarmt. Auch die Städte veröden und werden thatsächlich zu Dörfern. In den Händen der wenigen übrig gebliebenen Reichen konzentriert sich jetzt der ländliche Grundbesitz zu grossen Grundherrschaften, auf welchen der ein-

zelne Grundherr bestrebt ist, durch Sklaven in hauswirtschaftlicher Produktion alle seine ökonomischen Bedürfnisse selbst zu decken.

274

⟳ 4. Aus der Geschichte der griechischen Einzelstaaten.

Wir wissen von den griechischen Einzelstaaten mit Ausnahme von ATHEN zwar nur wenig; aber dieses Wenige ist für die Entwickelungsgeschichte der INDUSTRIE- UND HANDELSSTAATEN einerseits und der AGRARSTAATEN andererseits so charakteristisch, dass die Zusammenstellung einer Auslese gewiss gerechtfertigt erscheint. Wir teilen dabei die INDUSTRIE- UND HANDELSSTAATEN ein in a) KLEINASIATISCHE KÜSTENSTAATEN, b) in sog. IONISCHE INSELSTAATEN, und c) in STAATEN DES MUTTERLANDES. Von den AGRARSTAATEN berücksichtigen wir SPARTA und MAKEDONIEN.

I. Industrie- und Handelsstaaten.

a. An der kleinasiatischen Küste.

α) **Milet** war die mächtigste und reichste unter den ionischen Städten Kleinasiens. Sie soll im Jahre 1000 v. Chr. von ATTIKA aus gegründet worden sein. An der Kolonisationsbewegung des 8. und 7. Jahrhunderts beteiligte sie sich in solchem Umfange, dass ihr die Gründung von 80 bis 90 der nachmals wichtigsten Städte zugeschrieben wurde, welche an den Gestaden des Marmarameeres, des schwarzen Meeres bis zur Mündung des Don, in Italien und Aegypten zerstreut lagen. Milet, in seiner Blütezeit die bevölkertste Stadt der griechischen Welt, hatte sehr bedeutende Wollstoff-, Möbel- und Kleiderfabriken, in denen fast ausschliesslich Sklaven verwendet wurden. Die Konkurrenz der ionischen Inseln und der Industriestaaten auf der griechischen Halbinsel schädigte vor allem den Absatz 275 ⟳ der Wollfabrikate. Die Einigung der kleinasiatischen Binnenstaaten, die von dem fruchtbaren breit- und langgestreckten HERMOSTALE

ausgegangen ist, brachte die Zufuhr der Rohmaterialien ins Stocken. Die dann mit den KRISEN zum Ausbruch gekommenen BÜRGERKRIEGE verwüsteten Stadt und Land. Im Jahre 540 v. Chr. soll sich Milet — wie HERODOT erzählt — nach der ionischen Insel PAROS gewendet haben, damit dieses zwischen den Reichen und Armen vermittele. Die Friedensstifter fanden die Häuser in Milet in ärgstem Verfall. Sie durchzogen darauf das Landgebiet, und wo sie gut bestellte Aecker fanden, schrieben sie den Namen der Besitzer auf, um diesen die Regierung des Landes zu übergeben. Als aber bald darauf Milet den IONISCHEN AUFSTAND gegen die PERSER entzündete, wurde 494 v. Chr. die Stadt durch die Perser zerstört. Nachher haben die gespannten politischen Beziehungen zwischen Persien und Athen den Handelsverkehr der ionischen Städte in Kleinasien unterbunden. Die Stadt konnte sich nie mehr erholen. Heute steht an ihrer Stelle ein ärmliches Dorf, PALATIA genannt.

β**) Teos,** ebenfalls früh schon ein handels- und industriereicher Stadtstaat, gründete im 7. Jahrhundert ELAEUS am Eingange des HELLESPONT auf dem Wege nach der Kornkammer Griechenlands und PHANAGOREIA am KIMMERISCHEN Bosporus, welcher den Pontus mit dem manolischen See verbindet. Als gegenüber den Einheitsbestrebungen im kleinasiatischen Binnenlande die Uneinigkeit der ionischen Küstenstädte in Kleinasien sich für ihre Interessen nur schädigend zeigte, soll THALES VON MILET — einer der sieben Weltweisen — ganz Ionien vorgeschlagen haben, sich unter Teos als Hauptstadt zu einem Staate zu vereinigen. Diese Einigung kam nicht zu Stande. Als die persischen Heere siegreich vordrangen, fürchtete Teos ein böses Ende seiner Herrlichkeit. Der weit ⟳ 276 grössere Teil der Bevölkerung wanderte deshalb 545 v. Chr. aus der Heimat fort und gründete sich in ABDERA eine neue Heimat: an der Westküste von Thrakien IN FRUCHTBARER EBENE, bald der bedeutendste Ort an dieser Küste. Nach der Tributliste für die Schätzungsperiode 446 bis 439 v. Chr. war im attischen Seebunde ABDERA auf 15 Talente eingeschätzt, während das übrig gebliebene TEOS nur 6 Talente, MILET gar nur 5 Talente an den Vorort Athen zu zahlen hatten.

γ**) Phokaea** war der nördlichste der alten ionischen Stadtstaaten an der kleinasiatischen Küste und spielte nach Milet die erste Rolle in der Kolonisationsepoche des 7. Jahrhunderts. Von hier wurde 651 v. Chr. LAMPSAKOS gegründet, später die bedeutendste Stadt am Hellespont, welche 446 bis 439 v. Chr. von dem attischen Seebunde mit einer Tributleistung von 12 Talenten eingeschätzt war. Um 600 v. Chr. besiedelten die Phokaeer MASSALIA, — das heutige Marseille — das bald der Mittelpunkt des ganzen Handels in dieser Gegend ward, und gründeten Faktoreien in ANTIPOLIS, NIKAEA (Nizza), AGATHE, EMPORIAE und MAENAKAE, dem äussersten Besitzpunkte der Hellenen nach Westen hin. Auch auf KYRNOS (Korsika) fassten sie Fuss und erbauten an der Ostküste ALALIA, sodass sie wohl den grössten Teil des griechischen Handels mit dem fernen Westen des Mittelmeeres in ihrer Hand vereinigten. Selbst in NAUKRATIS

in Aegypten besassen sie eine Handelsfaktorei. Wahrscheinlich wurden hier in Phokaea im 7. Jahrhundert die ersten griechischen Münzen geprägt.

Als sich jedoch Phokaea im Jahre 545 v. Chr. den PERSERN unterwerfen musste, hielt bei der Gefährdung der Zufuhr- und Absatzwege die grosse Mehrzahl der Bevölkerung es für ratsam, nach ihrer Faktorei ALALIA auf Korsika AUSZUWANDERN, die jetzt bald zu einer 277 mächtigen Stadt aufblühte. Doch dadurch fühlten sich die PHÖNIKIER UNTER CARTHAGO in ihren Handelsinteressen bedroht, die jetzt mit den ETRUSKERN ein Bündnis schliessen, um die Phokäer so zu zwingen, KORSIKA ZU VERLASSEN. Sie ziehen nach dem Süden Italiens und siedeln sich in ELEA an, das dann von den Römern unterworfen wird. Das einst so blühende Phokaea war schon nach dem ersten Perserkriege (494 v. Chr.) nur noch ein Schatten seiner alten Bedeutung, weil Industrie und Handel ausgewandert waren. Die Tributliste des attischen Seebundes für 446 bis 439 v. Chr. schätzt Phokaea denn auch auf eine Leistung von nur 2 Talenten ein.

b. Inselstaaten des ägäischen Meeres.

α) **Chalkis** und β) **Eretria** auf **Euböa.**

Auf der an der Ostküste von Mittelhellas gelegenen Insel Euböa, die sich bei einer Breite von nur 40 Kilometer auf eine Länge von 138 Kilometer ausdehnt und 3592 Quadratkilometer umfasst, mit etwa 60 000 Einwohnern im Jahre 432 v. Chr., lagen Böotien und Attika gegenüber die beiden Nachbarstädte CHALKIS und ERETRIA.

Chalkis, das nach einem alten Spruche die tapfersten Männer in Griechenland gehabt haben soll, hat vielleicht noch im 8. Jahrhundert v. Chr. mit der Gründung seiner sizilianischen Kolonien KATANE, LEONTINOI, KALLIPOLIS, EUBÖA, ZANKLE und RHEGION auf dem Festlande begonnen, denen dann weiter nördlich auf der italienischen Halbinsel noch KYME und NEAPOLIS folgten. Die Gründung der wichtigen westlichen Kolonien der Halbinsel CHALKIDIKE erfolgt mit ERETRIA gemeinsam. Eretria soll eine Zeit lang auch die ionischen Inseln ANDROS, TENOS und KEOS beherrscht haben und schickte zur Unterstützung des ionischen Aufstandes in Kleinasien (500 bis 494 v. Chr.) dem befreundeten 278 MILET 5 Trieren gegen die PERSER. In der Nähe von Chalkis waren ergiebige Kupfergruben, welche der Stadt den Namen gegeben haben. Ganz Euböa war reich an Eisenlagern und hat schon im 7. Jahrhundert viel Eisen nach dem Orient geliefert. Die „Erzstadt“ Chalkis hatte blühende Metallwarenfabriken, deren Schwerter namentlich berühmt waren. Dazu kamen Holz-

und Thonwarenindustrien, in denen wahrscheinlich die Herstellung der sogenannten protokorinthischen Vasen begonnen hat. Chalkis und Eretria waren vom 8. bis 6. Jahrhundert neben Korinth die berühmtesten Handelsstädte des europäischen Griechenlands. Das kam auch in dem eignen CHALKIDISCH-EUBÖISCHEN WÄHRUNGS- UND MASSSYSTEM zum Ausdruck, welches im Gegensatz zum äginatischen Währungs- und Masssysteme stand. Im Laufe des 6. Jahrhunderts, als die Handels- und Industriestaaten an der kleinasiatischen Küste schon schwer unter wirtschaftlichem Niedergange zu leiden hatten, brachten die Fortschritte des chalkidischen und korinthischen Handels die chalkidische Währung zur immer weiteren Ausbreitung. Seit SOLON (594 v. Chr.) hat Athen dieselbe zur Einführung gebracht. Von der chalkidischen Halbinsel im Osten bis nach Grosshellas und Sizilien reichte ihr Geltungsgebiet.

Aber schon mitten in dieser anscheinend aufsteigenden Entwickelung verzehren die beiden Nachbarstädte Chalkis und Eretria gegenseitig ihre besten Kräfte IM KAMPFE UM DAS FRUCHTBARE LELANTINISCHE KORNFELD, das am Euripos nach den Vorhöhen des Dirphys sich hinzieht. Um das Jahr 600 schien eine solche Grenzfehde den Charakter eines ausgedehnten Krieges annehmen zu wollen. Eretria kam MILET zu Hülfe, auf Chalkis Seite standen die Rivalen von Milet, die SAMIER und ferner die THESSALIER. Auch Korinth soll an dem Streite teilgenommen haben. Den Ausschlag gab die ↻ thessalische Reiterei. 279 Chalkis siegte und kam so in den Besitz des lelantinischen Feldes. Aber gerade damit hat die siegende Partei den Neid und die Habgier des energisch aufstrebenden ATHEN erweckt, das im Jahre 506 v. Chr. Chalkis erobert, die Grundbesitzungen des chalkidischen Adels einzieht, an 4000 ärmere attische Bürger verteilt und so die wichtigste Kornkammer in nächster Nähe seiner Hauptstadt sich sichert. Im Jahre 446 annektierte Athen die ganze Insel Euböa. Chalkis und Eretria stellen von diesem Zeitpunkte ab ihre Münzprägungen ein. Der BLUTIGE KAMPF DER „ARMEN" GEGEN DIE „REICHEN" beginnt unter dem Deckmantel des Wechsels der demokratischen und oligarchischen Verfassung. Euböa fällt bald dieser, bald jener Vormacht in Griechenland zur Beute. Industrie und Handel kommen in Verfall. Im ersten Jahrhundert n. Chr. erzählt CHRYSOSTOMOS von Chalkis und Eretria: „Das Land VOR DEN TOREN der Städte ist unbebaut und öde wie in der tiefsten Wüste und nicht wie das Gebiet einer Stadt. INNERHALB DER STADTMAUERN ist der grössere Teil des Bodens mit Getreide besät oder dient als Weide."

γ**) Aegina,** eine kleine etwa 33 Quadratkilometer umfassende Insel im saronischen Meerbusen, kaum 20 Kilometer südwestlich vom PIRAEUS, der Hafenstadt Athens, gelegen, hat gebirgiges Terrain und nur wenig fruchtbaren Boden. Sie beteiligte sich zwar nicht an den grossen Kolonisationen im 8. und 7. Jahrhundert. Nur in NAUKRATIS in Aegypten hat auch Aegina eine Handelsfaktorei besessen. Aber früh schon begann dieser Staat ein EIGENES MÜNZ- UND

MASSSYSTEM einzuführen, welches als Ausdruck der äginatischen Handelsherrschaft überall im Peloponnes, auf den Kykladen und in einigen Städten an der kleinasiatischen Küste eingeführt wurde. Man hat die Aeginaten mit den 280 „NÜRNBERGERN DES ⟳ MITTELALTERS" verglichen. Sie waren klug und erfinderisch in allerlei Kunstfertigkeiten. Kurzwaren wurden in Griechenland „äginatische Waren" genannt. Insbesondere war die Erzgiesserei für Geräte zum täglichen Bedarf und zum Schmuck zur hohen Ausbildung gekommen. Daneben blühten das Töpfergewerbe, die Salbenbereitung, die Kuchenbäckerei und der Schiffsbau, welcher nach der Sage hier erfunden wurde. Auch die griechische Kunst feierte auf Aegina ihren ersten Frühling. Für das Jahr 465 v. Chr. wird von einer blühenden Bildhauerschule berichtet. Die äginatischen Kaufleute dieser Zeit sollen die reichsten in Griechenland gewesen sein. Etwa um 450 v. Chr. gab es nach Beloch in Aegina 70 000 Sklaven neben einer freien Bevölkerung von 60 000, die damit jener von Korinth und Athen damals ziemlich gleich kam. Bei einer Gesamtbevölkerung von also 130 000 Einwohnern kann es nicht überraschen, dass bei der kleinen Fläche des eigenen anbaufähigen Landes berichtet wird: DER HAUPTHANDEL DER AEGINATEN SEI GETREIDEHANDEL gewesen, der vor allem aus KRETA und dem PONTUS seine Ware bezogen habe. Die Hauptstadt der Insel hatte zwei grosse künstliche Häfen, die heute noch gut erhalten sind. Die Tributliste des attischen Seebundes für die Jahre 446 bis 439 v. Chr. nennt Aegina an ERSTER Stelle mit einer Jahresleistung von 30 Talenten. Gleichhoch ist nur noch THASOS mit seinen reichen Goldbergwerken eingeschätzt. Die Beiträge der nachfolgenden Staaten fallen sofort auf die Hälfte dieser Summe.

ZWANZIG KILOMETER VOR DER EINFAHRT IN DEN HAFEN VON ATHEN konnte ein so mächtiger Handels- und Industriestaat nicht sein, ohne das Aufblühen Athens auszuschliessen. In der That war ursprünglich auch der Handel von Athen in der Hand der Aeginaten. Und als man die kapitalistische Entwickelung auf attischer Seite selbst ins Auge zu fassen begann, musste vor allem die 281 ⟳ Emanzipation vom äginatischen Handel einsetzen. Deshalb hat schon die solonische Gesetzgebung (594 v. Chr.) den Uebergang aus der äginatischen zur chalkidischen Währung vollzogen. Der entscheidende Kampf über Sein oder Nichtsein zwischen Athen und Aegina war von da ab nur noch eine Frage der Zeit. Im Jahre 506 verwüstete die Flotte von Aegina die attische Küste. In den Jahren 488 bis 481 kämpften beide Gegner einen erbitterten Krieg. Athen hatte in Aegina, das noch eine oligarchische Verfassung besass, den Bürgerkrieg entfacht und diese Gelegenheit zu einer Landung von Truppen auf der Insel benutzt, die in offener Feldschlacht die Aeginaten besiegten. Die ungleich mächtigere Flotte von Aegina blockierte aber den Hafen von Athen, wodurch der attische Handel natürlich schwer zu leiden hatte. So kam es zunächst zu keiner Entscheidung. Angesichts des drohenden Perserangriffs wurde zwischen den kämpfenden Parteien Friede geschlossen. Schon im Jahre 480 besass Athen

die mächtigste Flotte in Griechenland. NOCH VOR DEM FRIEDENSCHLUSS MIT DEN PERSERN wurde 457 die äginatische Flotte von den Athenern weggenommen, im folgenden Jahre die Hauptstadt Aegina erobert und die Insel dem Herrschaftsgebiete Athens einverleibt. Aber den geschäftlichen Erwägungen des Handels- und Industriestaates Athen genügte dieser Erfolg noch nicht. Man wollte nicht nur Herr von Aegina sein, sondern vor allem das ganze schöne äginatische Geschäft nach Athen herübernehmen. Deshalb zog PERIKLES im Jahre 431 abermals mit Heeresmacht nach Aegina, um die gesammte Einwohnerschaft zu zwingen, mit Weib und Kind die Heimat zu verlassen, und um den Grundbesitz an attische Kolonisten zu verteilen. Damit war der Handels- und Industriestaat Aegina für immer vernichtet. Die Trümmer der alten äginatischen Bevölkerung, welche LYSANDER später nach der Insel wieder zurückführte, konnten ihn nicht mehr aufbauen.

c. Halbinselstaaten.

282

α. **Korinth:** Wo die Halbinsel Peloponnes sich nur durch einen kaum 6 Kilometer breiten Landstreifen mit dem Kontinent verbindet, liegt auf steilen Kalkfelsen die alte feste Königsburg Akrokorinth, um die schon eine phönikische Handelskolonie angesiedelt war, mit welcher sich die Griechen dann zu dem Typus der Korinther verschmolzen haben. Hier war die günstigste Verkehrsbrücke zwischen dem ägäischen und ionischen Meere. Korinth hatte nach beiden Meeren Häfen, nämlich LECHAEON am korinthischen Busen, KENCHREAE und SCHOENOS am saronischen Busen. Bis 747 v. Chr. herrschte das Königsgeschlecht der BAKCHIADEN durch 8 Generationen, das alle wichtigen Aemter im Staate durch seine Familienmitglieder besetzt hielt. Auch in dem dann folgenden aristokratischen Regiment spielten die Bakchiaden immer noch eine bedeutende Rolle. Rücksichtslose Willkürherrschaft erregte Unzufriedenheit im Volke, weshalb es 657 v. Chr. Hypselos gelang, eine Militärmonarchie zu gründen. Ihm folgte sein Sohn PERIANDER (627 bis 585), einer der sog. sieben Weisen. Dessen Sohn wird 578 gestürzt und eine gemässigte oligarchische Verfassung eingeführt. Die Thatsache, dass in Korinth die Tyrannis hundert Jahre früher entstehen konnte als in Athen, lässt erkennen, wie sehr Korinth in der Entwickelung vorausgeeilt war.

Namentlich unter Periander war Korinth das mächtigste Kolonialreich der griechischen Welt geworden. Eine Kette von Handelsstationen waren an den Küsten von Aetolien, Akarnanien, Epirus und Illyrien entstanden und sicherten die Alleinherrschaft im westlichen Meere. Dazu kamen direkte Handelsbeziehungen nach dem Osten zu den griechischen Städten in Kleinasien und

den Königen von Lydien und Aegypten. Gewerbe, Künste und Handel blühten. 283 In der Thonplastik waren die Arbeiten der Korinther ↻ bahnbrechend für die griechische Industrie. Hier soll die Töpferscheibe erfunden worden sein. Auch der Erzguss für Geräte war besonders ausgebildet. „Korinthisches Erz" nannte man eine besonders schöne Kupferlegierung, deren Zusammensetzung uns nicht überliefert worden ist. Dazu kommen noch Kunstwebereien und Färbereien. Die Korinther waren bemüht, im Schmuck ihrer Stadt ganz Griechenland zu überbieten. Die reichsten Formen verdankt die Baukunst den Korinthern. Auch die Malerei soll hier erfunden und ausgebildet worden sein. Bekannt ist die Bedeutung der isthmischen Spiele zu Ehren des Poseidon. Schon Periander hat versucht, den Isthmus von Korinth mit einem Kanale zu durchstechen. Und da die technischen Hülfsmittel jener Zeit für diese Aufgabe nicht zureichten, soll er eine Holzbahn über den Isthmus gebaut haben, auf der die Schiffe über das Land gezogen wurden. Der Kampf gegen die Seeräuberei fand namentlich von Korinth aus die wirksamste Unterstützung. Bei dieser energischen Förderung von Handel und Gewerbe war Periander gleichzeitig bemüht, die kapitalistische Ausbeutung des Volkes möglichst fern zu halten. So soll er insbesondere der Einführung von Gewerbesklaven entgegengetreten sein, um die gewerbliche Arbeit der freien Bevölkerung des Landes zu erhalten. Weil aber dadurch die Kapitalisten in ihrer Jagd nach Gewinn behindert wurden, haben sie auch diese Militärmonarchie gewaltsam beseitigt.

Sofort hat dieses Ereignis recht ungünstig auf die Verhältnisse in Korinth zurück gewirkt. Die Kolonien machten sich frei vom Mutterlande, und die wichtigste Kolonie KORKYRA (Korfu) hat ihre Selbständigkeit bewahrt und sollte bald ein recht gefährlicher Konkurrent für Korinth im westlichen Meere werden. Die Stadt musste sogar die Oberherrschaft des argolischen Königs Pheidon anerkennen und war damit gezwungen, sich SPARTA in die Arme zu werfen.

284 ↻ Die Motive für diesen Entschluss sind klar. Das Landgebiet von Korinth erreichte nicht einmal 1000 Qklm. Bei dem Mangel einer einheitlichen zielbewussten Führung, die seit Aufhebung der Militärmonarchie fehlte, konnte das 4185 Qklm. grosse benachbarte Argolis die Selbständigkeit von Korinth leicht vernichten. Musste man aber auf die Stellung eines selbständigen führenden Staates verzichten, so war ein Bündnis mit Sparta für Korinth deshalb am günstigsten, weil dieser Staat nach seiner noch damals geltenden Verfassung den Kapitalismus auf das entschiedenste fern zu halten bemüht war. Von den spartanischen Junkern mit Eisengeld drohte den korinthischen Händlern und Industriellen keine Konkurrenz; wohl aber fanden sie in ihnen fast kostenlos mächtige Beschützer ihrer wirtschaftlichen Existenz. Die Politik der Korinther ist deshalb von nun ab darauf gerichtet gewesen, aus dem Unglück seiner Konkurrenten zu gewinnen. Diese Konkurrenten waren ursprünglich: CHALKIS, ERETRIA und AEGINA. Als Chalkis und Eretria in ihrem Kampfe um die

lelantinischen Felder sich gegenseitig schwächten, begann Korinth seine selbständige Münzprägung nach euböischem Fusse. Als dann Athen sich anschickte, Chalkis im Jahre 506 v. Chr. zu erobern, und Sparta Athen daran hindern wollte, war Korinth auf der peloponnesischen Bundesversammlung erfolgreich bemüht, Athen den Rücken frei zu halten, um so den unbequemen Konkurrenten Chalkis los zu werden. In der gleichen Weise begünstigte Korinth Athen in seinem Vernichtungskampfe gegen das mächtige Aegina. Und der Untergang dieser drei Industrie- und Handelsstaaten ist ganz gewiss Korinth ebensoviel wie Athen zu Gute gekommen. Die Bevölkerung von Korinth stieg nach Beloch von 20 bis 25 000 Einwohner unter Periander (627 bis 585) auf etwa 60 000 Einwohner im Jahre 450 v. Chr. Da ↻ gleichzeitig noch 60 000 Sklaven hinzugerechnet werden müssen, unterliegt es keinem Zweifel, dass die kapitalistische Entwickelung in Korinth sich nicht um das Periander'sche Verbot der Sklaveneinfuhr gekümmert hat. 285

Damit war die Entwickelung der Dinge im europäischen Griechenland zu dem Punkte gekommen, wo zwischen den beiden führenden Handels- und Industriestaaten ATHEN und KORINTH der Entscheidungskampf gekämpft werden musste, den man als peloponnesischen Krieg (431 bis 404 v. Chr.) zu bezeichnen pflegt. Athen, das jetzt 300 seetüchtige Trieren hatte, während Korinth nur mit Anstrengung aller Kräfte 90 Trieren in Dienst stellen konnte, sperrte den korinthischen Handel durch Blockade. Beide Parteien wussten genau, um welchen Preis sie kämpften. Dem Nikiasfrieden (421), welchen Sparta mit Athen abgeschlossen hatte und der die geschäftlichen Interessen von Korinth ganz unberücksichtigt gelassen, wurde von Korinth die Zustimmung versagt. Und als im Jahre 404 v. Chr. der peloponnesische Heerführer Athen die Friedensbedingungen diktieren konnte, da verlangte Korinth selbstverständlich, dass Athen zerstört und die Einwohner in die Sklaverei verkauft würden. Dem Agrarstaate Sparta verdankte damals Athen die Erhaltung seiner wirtschaftlichen Existenz. Auch Korinth hatte durch den peloponnesischen Krieg schwer gelitten. Der Kampf der „Armen“ gegen die „Reichen“ kommt deshalb jetzt zum blutigen Austrage. Für die Jahre 392 und 364 v. Chr. wird von Bürgerkriegen berichtet mit Hinrichtungen, Vermögenskonfiskationen und Verbannungen. Zum Glück für den ohnmächtig gewordenen Staat kam er nicht in die Gewalt der Athener. Seine verschiedenen Oberherren waren zunächst Agrarstaaten, die nicht daran dachten, den Industrie- und Handelsstaat zu zertreten. Als freilich die römischen Kapitalisten Herren von Korinth geworden waren (146 v. Chr.), da lautete der ↻ Beschluss des Senates: die Stadt ist dem Boden gleich zu machen, ihre Einwohner sind als Sklaven zu verkaufen und ihre Schätze sind nach Rom zu transportieren. Handel und Industrie von Korinth wanderten nach DELOS. 286

β) **Athen.** Während das Gebiet von Aegina nur 83 Quadratkilometer, jenes von Korinth nicht ganz 1000 Quadratkilometer erreichte, umfasste das attische

Landgebiet 2647 Quadratkilometer. Dasselbe zerfiel in drei Landschaften: den nördlichen mehr gebirgigen Teil DIAKRIA, in welchem die bäuerliche Bevölkerung vorherrschte, den südwestlichen Teil mit breiten fruchtbaren Ebenen PEDIAS, in welchem der grössere Grundbesitz überwog, und endlich den südöstlichen Teil PARALIA, welcher eine Landzunge bildet und so naturgemäss der Sitz von Handel und Gewerbe war. Die Stadt Athen liegt dort, wo die Grenzen dieser drei Landschaften zusammenstossen. Attika war schon aus diesen Gründen ursprünglich ein Agrarstaat, in welchem Tendenzen zur Ausbildung eines Industrie- und Handelsstaates vorhanden waren.

Sein Königtum soll schon in den Stürmen der dorischen Wanderung (1000 v. Chr.) verloren gegangen sein. Die Verfassung war dann eine aristokratische. Der Adel (Eupatriden) vereinigte alle politischen Rechte in seiner Hand. Als er den Versuch machte, die Bauern (Geomoren) und Gewerbetreibenden (Demiurgen) ihres Grundbesitzes und ihrer persönlichen Freiheit mit Hülfe des geltenden ungeheuerlichen Kreditrechtes zu berauben, kam es zu jenen politischen Bewegungen, welche durchaus den Charakter der BAUERNKRIEGE tragen. KYLON'S Versuch, eine Tyrannis zu errichten, scheiterte an dem rücksichtslosen Entgegentreten des Adels, als dessen Sühne das Volk wieder die Verbannung eines der mächtigsten Adelsgeschlechter durchsetzte. Die unmittelbar folgende 287 GESETZGEBUNG DES DRAKON (624 v. Chr.) brachte ein aufgezeichnetes Recht gegenüber dem bis dahin üblichen Gewohnheitsrecht, das in den Händen des Adels als alleiniger Richter willkürliche Entscheidungen nur zu sehr erleichtert hatte. Indes Drakons Gesetze waren mit Blut geschrieben. Sicherheits- und Eigentumsdelikte wurden mit ganz besonderer Strenge geahndet. Die politische Bewegung im Volke war deshalb durch diese Massregel in keiner Weise zur Ruhe gekommen. So bringt das Jahr 594 v. Chr. die berühmte SOLONISCHE REFORMGESETZGEBUNG, welche endlich die Schuldknechtschaft beseitigte, alle persönlichen Unfreiheiten, welche auf dem bisherigen Schuldrecht begründet waren, aufhob, die Hypothekensteine auf den Grundstücken umstürzte, alle Hypothekenforderungen mithin kurzweg annullierte, die Personalschulden durch Einführung einer leichteren Währung um 27 % ermässigte, ein Grundbesitzmaximum einführte und die Ausfuhr aller landwirtschaftlichen Produkte mit Ausnahme von Oel verbot.

Die bisher streng aristokratische Verfassung wurde von Solon in der Weise abgeändert, dass er das Volk in VIER Klassen teilte und zwar nach dem Ertrage seines Grundbesitzes. Zur ersten Klasse gehörten alle diejenigen, welche 500 Scheffel und mehr Getreide ernteten (Pentakosiomedimnen), zur zweiten die Personen mit einem jährlichen Getreideertrage von 300 bis 500 Scheffel (Hippeis), zur dritten die Personen, welche in der Regel mit einem Maultiergespann arbeiteten und mindestens 200 Scheffel ernteten (Zeugiten). Alle jene, welche einen Acker von geringerem Ertrage oder gar keinen Grundbesitz hatten, ge-

hörten zur vierten Klasse der Theten. Die erste Klasse hatte Kriegsschiffe zu stellen. Die zwei ersten Klassen dienten als Reiter, die drei ersten Klassen gehörten zu den Schwerbewaffneten. Die Theten sollten nur zur Verteidigung des Landes als Leichtbewaffnete oder zur Be[288]mannung der Flotte aufgeboten werden. Eine regelmässsige Besteuerung der Bürger war nicht vorgesehen. Nur in ausserordentlichen Fällen wurde nach Volksbeschluss eine Vermögenssteuer erhoben. Direkte Einnahmen bezog der Staat aus dem Ertrage der Bergwerke, der Strafgelder, der Schutzgelder, welche die Fremden (Metöken) zahlten, und aus den Einfuhrzöllen, welche als Hafengelder erhoben wurden. Alle Aemter wurden umsonst verwaltet. An der Spitze des Staates standen neun Archonten, dazu kam der Rat der 400 und endlich die Volksversammlung, bestehend aus allen über 20 Jahre alten Bürgern. Sie erwählt die Beamten und entscheidet über alle wichtigeren Angelegenheiten des Staates. Zur Entscheidung über gewöhnliche Streitsachen wurde das Geschworenengericht eingeführt, dessen Mitglieder durch das Loos gewählt wurden. Ebenso enthält die solonische Gesetzgebung Bestimmungen über die Rechtsverhältnisse bei Be- und Entwässerungsanlagen, gegen den Luxus, über die Gründung von Gymnasien u.s.w.

Man wird Solon die Anerkennung nicht versagen können, dass er sich Fachmann genug fühlte, um einen tieferen Schnitt in die volkswirtschaftlichen Verhältnisse zu wagen und bestimmten vorhandenen unheilvollen Entwickelungstendenzen mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Aber eine reinliche Ausscheidung des Kapitalismus hat er nicht gewagt. Seine Aufhebung der Hypothekenschulden hat nicht daran gehindert, neue Schulden wieder zuzulassen. Die Einführung eines Besitzmaximum war kein Mittel, um den Wucher überhaupt zu beseitigen. Und die Ermässigung der Personalschulden um 27 % bot noch keine Garantie dafür, dass die bleibenden 73 % auch immer zurückgezahlt werden konnten. Ja es scheint sogar, als ob sich Solon von den in der damaligen griechischen Welt gegebenen Beispielen eines Handels- und Industriestaates hatte verleiten lassen, die Entwickelung seines Vaterlandes nach dieser Richtung [289] vorzubereiten. Solon wünscht sich selbst Reichtum an wirtschaftlichen Gütern, nur möchte er der später folgenden Vergeltung halber diesen Reichtum nicht mit unlauteren Mitteln erworben haben. Seine hervorragende Anteilnahme an der Eroberung der Insel Salamis für Attika, sein ausdrückliches Verbot, den Toten — wie bis dahin Sitte — Edelmetalle mit ins Grab zu geben, die Erschliessung direkter Geldeinnahmen für den Staat und seine Bestrebungen zu Gunsten einer Vermehrung der Kriegsflotte lassen deutlich erkennen, wie er in bewusster Weise die Periode des Handels- und Industriekapitalismus einleitet, während er gleichzeitig die Periode des Handels- und Leihkapitalismus durch Reformen abzuschliessen bemüht ist.

Dieser Inkonsequenzen halber hat die solonische Reform auf die Dauer keine der Parteien befriedigt. Kaum 30 Jahre später wird deshalb der Staat von

neuen politischen Unruhen erschüttert. Die Bewohner der drei Landschaften: die Diakrier, die Pediäer und die Paralier liegen miteinander im Streit. Damit bestand die Gefahr einer Dreispaltung für Attika. Da errichtete PISISTRATUS (560 bis 527 v. Ch.) mit Hüllfe der Bauern aus Diakria eine Militärmonarchie.

Er begünstigte die Bauern durch die Einsetzung von Ortsrichtern, durch Befreiung von Naturalabgaben, Neuaufteilung von Ländereien, welche den Grossgrundbesitzern konfisziert wurden u.s.w. Im übrigen zeitigt der jetzt schon beginnende Zusammenbruch der Handels- und Industriestaaten an der kleinasiatischen Küste seine ganz bestimmten Einwirkungen. Auch PISISTRATUS will von den damit frei werdenden Geschäften einen ganz bestimmten Teil für Attika gewinnen. Er ist deshalb bemüht, in dem damaligen internationalen Handelsverkehr möglichst allseitige Beziehungen anzuknüpfen, Handel und Gewerbe, Kunst und Wissenschaft in seiner Hauptstadt zu pflegen und die Kriegsflotte zu vergrössern. Ja er ist sogar offenbar nach den Erfahrungen der damaligen Zeit sich schon darüber klar, dass seine Förderung von Handel und Industrie dazu führen werde, die Brotversorgung des Volkes eines Tages zu einem wesentliche Teile vom Auslande decken zu müssen. Deshalb beginnt schon Pisistratus mit der Besetzung von SIGEION einen festen Punkt an der Strasse nach der grossen Kornkammer der damaligen Welt, DEM PONTUS, zu gewinnen. Als im Jahre 510 v. Chr. die Pisistratiden mit Hülfe von Sparta durch die verbannten Adligen vertrieben wurden, hatte Athen die damals recht respektable Einwohnerzahl von 20 000 erreicht.

Schon im folgenden Jahre (509) wird DIE GESETZGEBUNG DES KLEISTHENES notwendig, welcher die solonische Verfassung in demokratischem Sinne weiterbildet. Es wird eine politische Neueinteilung des Volkes in der Weise durchgeführt, dass jeder Gemeindeverband zu gleichen Teilen Bevölkerungsanteile aus Diakria, Pedias und Paralia erhält — eine Aenderung, welche die drohende Dreispaltung für Attika verhüten, die Macht des Adels brechen sollte, und deren Durchführung durch die zentrale Lage der Hauptstadt Athen wesentlich erleichtert worden ist. Um persönliche Einflussnahme bei Besetzung der Aemter thunlichst zu verhüten, kam die Erwählung durch das Loos umfassend zur Anwendung. Und um auch ärmeren Bürgern die Mitgliedschaft an dem ständigen Rechtsausschuss zu ermöglichen, wurde ihr Unterhalt auf Staatskosten im Rathause bestimmt.

Der längst kapitalistisch gewordene Adel war mit dieser Neuordnung der politischen Verhältnisse wenig einverstanden. Er rief die Spartaner zu Hülfe. Es kam zum Bürgerkriege, welcher damit endigte, dass die Führer der Aristokratenpartei hingerichtet, ihre Güter an arme Bürger verteilt werden und dass das siegreiche attische Heer zur Bestrafung für die Teilnahme am Bürgerkriege CHALKIS MIT DEM LELANTINISCHEN FELDE erobert. Die weit überlegene ägina-

tische Flotte freilich verwüstet, ohne Widerstand zu finden, die attische Küste. Kleisthenes schliesst seine Reformen mit der Einführung des OSTRACISMUS, wodurch die Volksversammlung befugt wurde, in geheimer Abstimmung ohne vorhergegangenen Prozess einen die Verfassung gefährdenden Bürger auf 10 Jahre zu verbannen. Nach alledem scheint Kleisthenes von der Ueberzeugung ausgegangen zu sein, dass es genüge, alle Entscheidungen dem Volke selbst in die Hand zu geben, um der besten Ordnung der Dinge sicher zu sein.

Inzwischen haben weitere wichtige Ereignisse Attika auf der nun einmal schon betretenen Bahn zum Industrie- und Handelsstaat gewaltsam weiter geschoben.

Die KLEINASIATISCHEN GRIECHEN glaubten aus ganz bestimmten Gründen die Zeit gekommen, um die Fesseln der PERSERHERRSCHAFT abzuwerfen. Athen war dabei in einer ganz bestimmten Weise interessiert. Aus dem bisherigen Niedergang der kleinasiatischen Industriestaaten hatte es viel gewonnen. Händler und Industrielle waren zu Tausenden bereits aus Kleinasien nach Athen gezogen, wo man ihnen in liberaler Weise das Bürgerrecht verliehen hatte. Daraus waren naturgemäss ganz bestimmte Freundschaftsbeziehungen erwachsen, denen man jetzt um so mehr Ausdruck geben musste, je grösser die ökonomischen Vorteile waren, welche man daraus in Zukunft noch zu ziehen hoffte. Es ist das alte Prinzip des Handels, bei keiner Gelegenheit zu fehlen, in der man aus der Notlage des Anderen leicht reiche Gewinne zu ziehen in der Lage ist. So schickte denn Athen zur Unterstützung der kleinasiatischen Griechen 20 Trieren (500 v. Chr.), um so wenigstens seinen guten Willen zum Ausdruck zu bringen, und benutzte gleichzeitig die allgemeine Verwirrung dazu, die beiden wichtigen Inseln LEMNOS und IMBROS auf ↻ der Strasse nach dem Pontus zu erobern und mit attischen Bauern zu besetzen. Nachdem jedoch die Perser entscheidend gesiegt hatten und ein Rachezug nach dem europäischen Griechenland zur Bestrafung für die Anteilnahme an dem kleinasiatischen Aufstande beschlossen war, erwuchs daraus die wichtige Frage: wie kann sich Athen gegen diese drohende Gefahr schützen? 292

In der gleichen Zeit hatte Athen den Versuch gemacht, die so nahe gelegene mächtige Insel AEGINA zu erobern. Der Plan glückte nicht ganz (488 bis 481). Wohl aber schritt die mächtige äginatische Flotte jetzt zur Blockade der attischen Küste und schädigte so den jungen aufblühenden Handel von Athen sehr empfindlich. Auch damit war ein ganz unhaltbarer Zustand aufgedeckt worden. Die grosse Flotte der Aeginaten konnte nur durch eine mächtigere Flotte unschädlich gemacht werden, wobei in Aussicht stand, sie durch die Aufsaugung der feindlichen Flotte noch mehr zu vergrössern. Vielleicht war diese Flottenvermehrung mit Anstrengung aller Kräfte auch die beste Vorbereitung für den drohenden Kampf mit den Persern? Die staatlichen Silbergruben

in Laurion brachten jetzt 20 bis 30 Talente per Jahr, die bisher zur Unterstützung armer Bürger verwendet wurden. Mit diesen Mitteln liess sich in einigen Jahren eine imposante Kriegsflotte bauen. Aber freilich — auf die Besetzung und Verteidigung des Landes musste dann verzichtet werden. Dazu reichten die disponiblen Mannschaften des Staates nicht aus. Die Entschädigung für diese Verluste musste das Volk nach glücklichem Ausgang des Krieges in jenen Gewinnen finden, welche aus der herrschenden Stellung einer Seemacht zu ziehen waren. Wie aber, wenn der Seekrieg ungünstig für Athen enden würde? — Ganz offenbar: Athen war jetzt bereits in der Position eines Spielers, der nicht mehr aufhören kann zu spielen, ohne sich selbst zu ruinieren. 293 ↻ Nach lebhaften Meinungskämpfen lautete die Entscheidung des attischen Volkes: das Land dem Feinde preiszugeben und das Volk hinter die hölzernen Mauern der Kriegsschiffe zu verschanzen. Binnen wenigen Jahren hatte Attika mit 300 Trieren die mächtigste Flotte in Griechenland.

Das Spiel glückte. Das im Kern noch gut agrarische Volk schlug mit seinen Verbündeten das Perserheer zu Lande und zu Wasser. Mitten im Siegesjubel und zur Zeit der noch drohenden Gefahr neuer Perserangriffe kam es im Jahre 477 v. Chr. unter der Führung von Athen zur Gründung des ERSTEN ATTISCHEN SEEBUNDES, dem bald die meisten Küsten- und Inselstaaten des ägäischen Meeres angehörten. Als religiöser Mittelpunkt wurde der Apollotempel in DELOS bestimmt, wo auch die Bundeskasse sich befand. Die kleineren Bundesstaaten überliessen ihre Schiffe und Truppen Athen und zahlten nur Geldbeiträge, während die grösseren ihre bestimmten Kontingente stellten. Ueber alle wichtigeren Angelegenheiten wurde auf der Bundesversammlung in Delos entschieden. Kaum war jedoch die Gefahr eines Perserangriffes weiter zurückgetreten, als auch einzelne Bundesmitglieder anfingen, ihre Verpflichtungen nicht mehr zu erfüllen. Athen ging dagegen mit aller Strenge vor. Die Abtrünnigen wurden völlig Athen unterworfen und in ihren Gebieten attische Bauern angesiedelt. So 466 in Naxos, 463 in Thasos u.s.w. Nach solchen Erfahrungen schienen die Bundesschätze in Delos nicht mehr sicher, weshalb die Bundeskasse nach Athen gebracht wurde. Und weil mit den kriegerischen Erfolgen naturgemäss auch das Selbstbewusstsein der attischen Bürger gewachsen war, traten jetzt alle jene Aenderungen ein, durch welche der attische Seebund mit dem Vorort Athen sich in ein ATTISCHES REICH verwandelte, dessen Regenten die Bürger von Athen geworden waren.

294 ↻ Alle Bürger — nur mit Ausnahme der Theten — wurden gleichmässig zu allen öffentlichen Aemtern zugelassen, für welche sie zumeist aus der Volksversammlung durch das Loos gewählt wurden. Die Machtbefugnisse der Volksversammlung erweiterten sich immer mehr. Die höchsten Staatsbeamten waren nur Werkzeuge der Volksversammlung. Die Spezialisierung der Aemter kam immer mehr zur Durchbildung. Jedes Jahr wurden 6000 Bürger als

Geschworene ausgelost, welche in zehn verschiedenen Abteilungen fungierten u.s.w. In gleichem Masse traten die Rechte der Bundesmitglieder zurück. Nicht mehr die Bundesversammlung, sondern die athenische Volksversammlung entschied über Krieg und Frieden, über die Höhe der von den einzelnen sog. Bundesmitgliedern zu leistenden Tribute wie über die Verwendung der vorhandenen Mittel. Die Prozesse der Bundesgenossen kamen vor den athenischen Geschworenen zur endgültigen Entscheidung. In eine Reihe von Bundesstädten musste aus Gründen der Sicherheit eine attische Besatzung gelegt werden, die da und dort durch attische Kolonisten noch weiter verstärkt wurde. Von Zeit zu Zeit kam es zu einer Revision der Verwaltung in den Bundesstaaten durch besondere attische Kommissionen. Rückständige Leistungen wurden durch attische Exekution eingetrieben. Auf diese Weise ist nach und nach das ganze Gebiet des attischen Seebundes dem Staate der Athener einverleibt worden. Nur die drei grossen Inseln Samos, Chios und Lesbos haben sich dauernd unabhängig erhalten.

Wo so viel öffentliche Pflichten von fast der Gesamtheit der Bürger zu erfüllen waren, da mussten notwendigerweise Besoldungen eingeführt werden. So wurde denn das Prinzip der kostenlosen Leistungen für den Staat aufgegeben und Besoldungen für den Militärdienst, das Richteramt und sogar für Besuch und Teilnahme an der ⥁ Volksversammlung eingeführt. Hand in Hand ging damit die Umwandlung der Naturalsteuern in Geldleistungen und die wesentliche Erschwerung der Aufnahme in die privilegierte Klasse der attischen Bürger. Während bis dahin den eingewanderten wohlhabenden Fremden zu Tausenden das heimische Bürgerrecht verliehen wurde, sollte jetzt der Bürger nur geboren werden. 295

Wo so viel Schlachten gewonnen und so viel Beute zusammengetragen wurde, da musste Reichtum sich ansammeln, der all diese freigiebigen Besoldungen gestattete. Unter der Verwaltung des Perikles (444 bis 429) wird das Jahreseinkommen des attischen Staates auf 3 1/2 Millionen Mark angegeben. Diese Einnahmen sind aus dem Tribute der Bundesstaaten, aus den im Hafen erhobenen Ein- und Ausfuhrzöllen, aus Stempelabgaben für Verkäufe und aus dem Ertrage der Bergwerke und Domänen geflossen. Dazu kam ein Staatsschatz von 33 1/2 Millionen Mark.

Athen war seit dem 5. Jahrhundert der Mittelpunkt der griechischen Bankwelt geworden. Die silberne attische Tetradrachme war um Mitte des 5. Jahrhunderts herrschende Kurantmünze in der ganzen griechischen Welt. Auch Goldmünzen wurden in grösserer Menge jetzt in Athen geprägt. Das Bankhaus des Pasion, ursprünglich ein Sklave, war im Jahre 394 das bedeutendste der damaligen Welt und arbeitete fast ausschliesslich mit Depositengeldern.

Dabei war die moderne Arbeitsteilung bereits in umfassender Weise durchgeführt. Während ursprünglich fast alle gewerbliche Produkte in der Hauswirtschaft erzeugt und selbst das Brotgetreide in der Morgendämmerung von Frauen gemahlen wurde, sodass von dem Geräusch ihrer Arbeit das Dorf widerhallt, ist jetzt längst das Brot in verschiedenster Feinheit in den Bäckerläden zu kaufen. Ebenso hat man auf dem Markte reichste Auswahl in Stoffen und Kleidungsstücken aller Art. Als besonders vielbeschäftigte Handwerker unter Perikles werden genannt: Zimmerleute, Kupferschmiede, Modelleure, Steinmetzen, Färber, Arbeiter in Gold und Elfenbein, Sticker, Schmelzer, Seiler, Leineweber, Schuster, Pflasterer und Metallarbeiter. In den meisten dieser Betriebe wird neben den freien Lohnarbeitern eine grosse Zahl von Sklaven verwendet. So zählte Attika nach Beloch im Jahre 432 v. Chr. eine Gesamtbevölkerung von 235 000, unter denen 100 000 Freie, 30 000 Fremde und 100 000 Sklaven waren. Auf dem Marktplatze von Athen fand man die Waren der ganzen Welt und insbesondere auch die feinsten Leckerbissen für die Tafel vertreten. Könige und Königinnen schickten von Zeit zu Zeit ihre Einkäufer nach Athen, weil man hier jeglichen Bedarf am besten decken konnte.

296

Mit dem ökonomischen Reichtum kam auch die Pflege von Wissenschaft und Kunst, die gerade hier ganz Hervorragendes geleistet haben. Athen war nicht nur die erste Seemacht und der bedeutendste Handels- und Industriestaat seiner Zeit und damit selbstverständlich auch das Zentrum der Bankwelt und des Geldverkehrs, Athen war gleichzeitig auch der Sitz der Intelligenz und das Schmuckkästchen von Griechenland. Ein Zeitgenosse des Perikles fasste — nach der Uebersetzung von Beloch — dies in die Worte zusammen:

> Du bist ein Klotz, wenn Du Athen nicht sahst;
> Ein Esel, sahst Du's, und es liess Dich kalt;
> Doch wenn Du gerne fortgehst, ein Kamel.

Trotz all dieser glänzenden Erscheinungen nach aussen hin waren jetzt die volkswirtschaftlichen Verhältnisse von Athen bereits durch und durch krank. Das Wesen dieser höchst gefährlichen Krankheit aber ist leicht zu erkennen: das attische Volk lebte aus dem Staatssäckel und von den Getreidefeldern am Pontus. Wurde der Staatssäckel leer und stockten die Sold- und Pensionszahlungen, so musste es zur sozialen Revolution kommen. Kamen die Getreidezufuhren aus dem Pontus ins Stocken, dann war Hungersnot im Lande. Traf aber der leere Staatssäckel mit der Hungersnot zusammen, dann war Athen seinen Feinden auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Ein Politiker von der Bedeutung eines Perikles konnte natürlich diese höchst bedenklichen Schwächen aller attischen Herrlichkeit nicht verkennen. Aber er dachte nicht einmal daran, diese Missstände von Innen heraus dadurch zu beseitigen, dass er dem Volke seine Brotversorgung im eigenen Lande gesichert und

297

es gelehrt hätte, sich aus seinem eigenen Besitz und aus seinem eigenen Arbeitsertrage zu ernähren. Zu solch prinzipiellen Erwägungen war es ja auch für Athen längst zu spät geworden. Mit dem Beschluss zu Anfang der Perserkriege, sich auf den Kriegsschiffen zu verschanzen, war mit dem Lande auch die naturgemässe Entwickelung auf der Basis der Heimat aufgegeben worden. Athen spielte von nun ab das Hazardspiel aller Handels- und Industriestaaten. Die Aufgabe der Staatsgewalt bestand darin, für Handel und Industrie neue Absatzwege zu erobern und die Zufuhrstrassen für das ausländische Getreide zu sichern. Das bedeutete für die äussere Politik die ununterbrochene Beteiligung an den Händeln in aller Welt, für die innere Politik die Verteilung eines gewissen Prozentsatzes der so gewonnenen Beute an die armen Volksmassen, damit das ganze Volk in der That an dieser Art von Wirtschaftspolitik materiell interessiert sei. Nur nach diesen Richtpunkten allein bethätigte sich die Politik des Perikles. Bis wann sie trotz aller Kunst im Kleinen zum Zusammenbruch des Staates und seiner Kultur führen musste, das war nur noch eine Frage der Zeit.

298 Um die reichen Einnahmen der Staatskasse zu sichern, wurden stets mit aller Strenge und Rücksichtslosigkeit die Tributzahlungen der Bundesstaaten beigetrieben. Und nach den nötigen Vorbereitungen begann man von Athen aus den 27jährigen Entscheidungskampf mit Korinth, der zu Anfang Athen grosse Vorteile gebracht hat. Inzwischen waren die Soldzahlungen der Staatskasse an die Bürger in der Weise weiter gebildet worden, dass Staatspensionen an die Kinder der im Kriege Gefallenen und an die arbeitsunfähig gewordenen Bürger gewährt wurden. Dazu kamen die glänzendsten Theatervorstellungen zur Unterhaltung des Volkes. Weil der Andrang zu diesen Festen lebensgefährlich wurde, hat man Eintrittsgelder erhoben. Und weil die armen Bürger diese Eintrittsgelder nicht zahlen konnten, hat man ihnen dies Eintrittsgeld aus der Staatskasse gegeben mit einem weiteren Geldgeschenke dazu. Durch dieses ganze System der Sold- und Pensionszahlungen und der regelmässigen Geldgeschenke hat es Perikles erreicht, dass von 35 000 erwachsenen männlichen Bürgern über 17 Jahre 20 000 aus der Staatskasse erhalten wurden, und dass in fünf Jahren fast 11 Millionen Mark zur Ausführung von Staatsbauten im Interesse der beschäftigungslosen freien Arbeiter aus der Staatskasse verausgabt wurden.

Um die BROTVERSORGUNG DES ATTISCHEN VOLKES durch den internationalen Getreidehandel zu sichern, wurden folgende Massregeln getroffen: Attische Bürger, welche Getreide importierten, schienen so sehr im Dienste des Staates zu handeln, dass sie deshalb vom Kriegsdienste befreit wurden und zeitweise auch keinerlei Steuern zu zahlen hatten. Gleichzeitig war jedem attischen Bürger bei Todesstrafe geboten, Getreide immer nur nach Athen zu verfrachten. Den Banken war es verboten, Schiffe zu beleihen, welche Getreide gela-

299 den hatten, das ↻ nicht nach Athen gefahren wurde. Kein athenisches Schiff durfte vermietet werden, wenn es nicht Getreide als Rückfracht nach Athen brachte. Fremde Schiffe mit Getreide mussten 2/3 ihrer Ladung in Athen verkaufen. Kein Getreidehändler in Athen durfte bei Todesstrafe mehr als 50 Last Getreide aufkaufen und sollte beim Wiederverkauf nur einen Gewinn von etwa 8 % zum Einkaufspreise aufschlagen. Zur Ausführung all dieser Bestimmungen waren grosse staatliche Getreidemagazine erbaut worden. Besondere Staatsbeamte (Sitophylaken), deren Zahl zur Zeit des Aristoteles auf 35 gestiegen war, hatten die Befolgung dieser Bestimmungen zu überwachen und eingehende Statistiken über Getreidevorräte, über die auf Athen schwimmenden Mengen, wie über die Grösse des Bedarfs auszuarbeiten, Brottaxen aufzustellen und auch Müller und Bäcker zu überwachen, dass sie Mehl und Brot nach dem gesetzlichen Gewicht und Preise verkauften. Die Getreideimporteure, wie die Getreidehändler waren unter staatlicher Aufsicht berufsgenossenschaftlich organisiert.

Um bei Gelegenheit der Volksfeste Getreide an die Bürger verteilen zu können, wurde im attischen Seebunde der Getreidezehnt an die eleusinischen Göttinnen eingeführt. Dazu kamen häufige Getreideschenkungen fremder Fürsten an das attische Volk. Und auch einzelne reiche Athener haben sich durch solche Mittel ein besonderes Ansehen bei der allmächtigen Volksversammlung erworben.

Selbst bei der Produktion im Auslande suchte diese Getreidepolitik direkten Anschluss zu finden, indem sie staatlich erworbene Felder im Auslande an attische Bürger verschenkte, die vielfach in Athen blieben, ihren Grundbesitz womöglich an seinen früheren Besitzer verpachteten und den Naturalpacht in Athen in Empfang nahmen. Infolge der weitgehenden Verpflichtung der 300 attischen Schiffe, als Rückfracht stets Getreide einzunehmen, wird dieser ↻ Frachtsatz kaum hoch gewesen sein. Bei diesem Erwerbe fremder Aecker im Bundesgebiet scheint das Geld, das man von Athen aus auf Grundstücke hypothekarisch geliehen hatte, keine kleine Rolle gespielt zu haben, da der Friede des ANTALKIDAS (387 v. Chr.) es für wichtig genug hält, den Athenern ausdrücklich zu verbieten, bundesgenössisches Gebiet ferner noch hypothekarisch zu beleihen.

Vor dem Ausbruch des peloponnesischen Krieges (431 v. Chr.) hat Perikles die pontischen Getreidezufuhrstrassen befestigen lassen und jede Getreideausfuhr aus dem Pontus und aus Byzanz in andere Städte als solche, denen Athen die Erlaubnis der Einfuhr ausdrücklich erteilte, verhindert. Und es kann kaum einem Zweifel unterliegen, dass die waghalsigen und so wenig geglückten Unternehmungen der Athener gegen Aegypten (460 v. Chr.) wie gegen Sizilien

(415 bis 413 v. Chr.) im wesentlichen von der Absicht getragen waren, sich neue Kornkammern zu erschliessen.

Indes — auch dieses so mühsam aufgebaute künstliche System zur Sicherung und Erhaltung einer Volkswirtschaft, deren natürlicher Entwickelungsschwerpunkt vom Inlande nach dem Auslande verlegt worden war, musste bald zusammenbrechen.

Zunächst führte der internationale Handelsverkehr DIE PEST nach Athen (429 v. Chr.), welche 50 000 Menschen hinweggerafft haben soll. Perikles selbst ist ihr zum Opfer gefallen.

Der Kriegsdienst in den Söldnerheeren wird immermehr zur Erwerbsart der erwachsenen Bevölkerung. In den 85 Jahren vom Anfang des peloponnesischen Krieges bis zum Einzug des König Philipp von Makedonien in Delphi zählt man 55 Kriegsjahre. Unter solchen Umständen war nicht zu erwarten, dass Getreide in Ueberfluss vorhanden gewesen. Die Weizenpreise stiegen in Athen ↻ 301

von	20 Mk.	50 Pfg.	per 1000 Kg	im Jahre	600 v. Chr.
auf	41 "	- "	" " "	"	480 "
"	61 "	50 "	" " "	"	390 "
"	102 bis 123 Mk.		" " "	"	330 "

Noch mehr waren die Fleischpreise gestiegen. Ein Schaf kostete

im Jahre 600	v.Chr.	80 Pfg.
" " 400	"	8 bis 16 Mk.

Die Arbeitslöhne hatten sich vom 5. bis 4. Jahrhundert verdreifacht. Da mussten auch die Staatspensionen, die Staatssoldzahlung und die längst unentbehrlich gewordenen staatlichen Geldgeschenke entsprechend erhöht werden. Nach dem Tode des Perikles war die Leitung des Staates in die Hände der Grossindustriellen und Bankiers gekommen, die naturgemäss für solche Veränderungen ein geübtes Auge hatten. Der „GERBER“ KLEON, der es so gut verstanden hat, sich während des peloponnesischen Krieges noch mehr zu bereichern, erhöhte deshalb sofort den Soldatensold von 40 auf 52 Pfennige, den Reitersold auf 1,05 Mk. bis 2,10 Mk. Die ersten 10 Jahre des peloponnesischen Krieges hatten dem athenischen Staate 65 Millionen Mark gekostet. Diesen grossen Staatsausgaben gegenüber mussten neue Einnahmen erschlossen werden. Die fortschreitenden Erhöhungen der Tributleistungen der Bundesstaaten wurden von einem gewissen Punkte ab unrentabel, weil die Beitreibungskosten immer grösser wurden. Man versuchte es deshalb mit Staatsanleihen bei den reichen Tempelkassen, mit Zwangsanleihen, mit Ausgabe von Kreditgeld, mit Vermögenskonfiskationen; nur zu dem Mittel der Münzverschlechterung hat der Handels-

und Industriestaat Athen auch in der grössten Finanznot nie gegriffen. Wesentlich deshalb wohl erreichte der Warenverkehr im Hafen von Athen auch nach dem peloponnesischen Kriege in Ein- und Ausfuhr immer noch die Werthöhe von 11 Millionen Mark.

302 ⟳ Indessen hatte die rücksichtslose Ausraubung der Verbündeten den allgemeinen Hass gegen die Athener wesentlich gesteigert. Die Anschauung, dass man einen solchen Staat nicht die Oberhand in Griechenland gewinnen lassen dürfe, liess aus persischem Golde eine spartanische Flotte entstehen, die jetzt rasch die entscheidenden Schläge gegen Athen führte. Die längst höchst unzufriedenen Bundesstaaten werden in ihrem Abfall von Athen unterstützt und so diese Geldquelle aufgehoben. Die Besetzung von DEKELEIA auf attischem Gebiete sperrte für die athenischen Handelsschiffe den Weg nach den lelantinischen Feldern auf Euböa und ermöglichte es ausserdem, dass etwa 20 000 Sklaven aus den attischen Fabriken zum Feinde entliefen. Als dazu noch die Unterbrechung der Getreidezufuhren aus dem Pontus kamen, war Geld- und Hungersnot in Athen, das sich deshalb auf Gnade und Ungnade dem Sieger ergeben musste (404 v. Chr.).

Die Lage nach Abschluss des peloponnesichen Krieges war daher auch in Athen eine höchst traurige. Die Staatskassen waren leer. Um Einnahmen zu haben, liess die neue oligarchische Regierung 1500 der reichsten Demokraten hinrichten und ihr Vermögen zu Gunsten der Staatskasse konfiszieren. Aber der auf solche Weise flüssig werdende Betrag blieb hinter den Erwartungen zurück, denn für Grundstücke wollte sich kein Käufer mehr finden. Athen hat damals bei Sparta 100 Talente geborgt und bald darauf an die Böoter 2 Talente nicht zahlen können. Die Einkünfte aus den Kolonialfeldern waren verschwunden, weil die Feinde sie in Besitz genommen. Aus den Mietshäusern in der Stadt war keine Rente zu ziehen, denn die Stadt war menschenleer geworden. Hausgeräte kaufte niemand. Geld wollte niemand mehr leihen. So fingen denn selbst frei geborene Frauen an, sich als Ammen oder Handarbeiterinnen zu verdingen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Die 303 ⟳ Achtung vor der Arbeit stieg und eine höchst eigenartige Bewegung zu Gunsten einer Beseitigung der Sklavenarbeit setzte jetzt ein.

Die vielen Kriege hatten nur zu häufig Sklaven in Freie und Bürger in Sklaven verwandelt. Das hat den ursprünglichen Begriff der Sklaverei wesentlich gemildert. In Athen gingen die ärmeren Bürger und die Sklaven gleich gekleidet. Das Steigen der Getreidepreise erhöhte die Kosten ihres Unterhaltes. Gleichzeitig bot sich auch freie Arbeit zu billigem Lohne genügend an. So konnte man sich jetzt um so leichter dazu entschliessen, die Sklaven frei zu geben, als der Freikauf mit den bisherigen Sklaven zu einem höheren Preise abgeschlossen wurde, als sein vorheriger Kaufpreis war. Diese Freilassungen

erreichten denn auch eine solche Ausdehnung, dass es ausdrücklich verboten wurde, zu diesem Zwecke das Theater zu benutzen. Die Zahl der Sklaven in Athen ging zurück, bis die kapitalistische Entwickelung von Neuem ihre Zunahme begünstigte.

Trotz der allgemeinen Not ist nämlich der Reichtum der Einzelnen in dieser Zeit immermehr gestiegen. Der schon erwähnte Bankier PASION in Athen, der auch Besitzer von Mietskasernen und ausgedehnten Waffenfabriken war, hat das von ihm gegründete Welthaus im Jahre 371 v. Chr. seinem Freigelassenen PHORMION übergeben. Das in diesem Geschäft verwendete Kapital soll 300 000 Mark betragen haben. Von dem Bergwerksbesitzer DIPHILOS, dessen Vermögen zur Zeit Alexanders des Grossen (336 bis 323) konfisziert worden ist, wird berichtet, dass sein Besitz 960 000 Mark erreicht habe. Zur richtigen Beurteilung dieser Summen ist es notwendig, sich zu erinnern, dass damals die Häuser des Mittelstandes zwischen 270 und 450 Mark kosteten, dass eine grosse Mietskaserne des Bankier Pasion auf 9000 Mark geschätzt [304] wurde, dass das Haus von Demosthenes Vater, das neben der Wohnung auch noch ausgedehnte Fabrikräume umschloss, auf 2700 Mark bewertet wurde, dass Sokrates bei seinen bescheidenen Ansprüchen mit der Rente aus einem Vermögen von nur 400 Mark sein Auskommen gefunden hat, dass die höchste Steuerklasse in Athen, die Fünfhundertscheffler, im 4. Jahrhundert mit einem Vermögen von 5440 Mark nach unten abgegrenzt wurde und dass der mittlere Zinssatz immer noch 10 bis 18 % war. Mit diesem so niedrigem Vermögen des Mittelstandes in Athen sind zweifelsohne die Sold- und Pensionszahlungen mit den Theatergeldern des Staates an die Bürger in engere Verbindung zu bringen. Trotz der so ungünstigen finanziellen Lage des Staates müssen diese Zahlungen fortwährend erhöht werden. So erhielten im 4. Jahrhundert die Bürger für die Teilnahme an einer ausserordentlichen Volksversammlung 80 Pfennige, für die Teilnahme an regelmässigen Ratsversammlungen 1,20 Mark. Die Theater- und Festgelder waren im letzten Drittel des 4. Jahrhunderts auf 4 Mark erhöht worden. Und wenn zu Demosthenes Zeiten einmal berichtet wird, dass das Volk mit einer vorübergehenden Aufhebung dieser Theater- und Festgelder sich einverstanden erklärte, so darf nicht vergessen werden, dass in der gleichen Zeit reichliche Bestechungsgelder sowohl aus Makedonien wie aus Persien nach Athen geflossen sind. Der attische Mittelstand war mit der Umwandlung der 300 bis 500 Scheffel Getreide in einen Vermögenswert bis 5440 Mark thatsächlich proletarisiert und deshalb in seinem Lebensunterhalt auf solche Geschenke aus der Staatskasse oder aus den Händen der Reichen angewiesen. Deshalb ist so bald schon nach Perikles Tode die soziale Revolution in Athen nicht mehr zur Ruhe gekommen. Wurde die Staatskasse leer, so war es bei demokratischer wie bei oligarchischer Verfassung selbst[305]verständlich, dass bei dem herrschenden absoluten Staatsbegriff das Vermögen der Reichen konfis-

ziert wurde, um die Staatskasse wieder zu füllen. Und weil die weitere Alternative nur noch darin bestand, das Geld entweder an fremde Söldner oder an die eigenen Bürger zu verteilen, war die demokratische Verfassung in Athen in der That die bessere. Ebenso ist es unter solchen Verhältnissen leicht verständlich, dass in Athen auch im 5. und 4. Jahrhundert von einer Parzellenverteilung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes berichtet wird.

Die empfindlichste Seite der attischen Verhältnisse aber blieb DER MANGEL AN EINER GESICHERTEN BROTVERSORGUNG IM EIGENEN LANDE. KLEOMENES, Alexanders Satrap in Alexandrien, machte gute Geschäfte aus der systematischen Auswucherung der hellenischen Staaten, welche damals auf die Getreidezufuhren aus Aegypten angewiesen waren. Handel und Industrie wanderten nach den kleinasiatischen Städten aus. Bald zeugten nur noch Ruinen von der einstigen Grösse Athens, die nicht im eigenen Lande verankert war.

II. Agrarstaaten.

α) **Sparta.** Bis etwa um die Mitte des 8. Jahrhunderts war es den Spartanern gelungen, das untere Eurotasthal zu erobern und von hier aus noch Messenien und Teile von Arkadien und Argolis zu gewinnen. Mitten in dieser kriegerischen Eroberungszeit haben die Spartaner sich ihre Staatsverfassung gegeben. Die Bevölkerung war in drei streng geschiedene Klassen eingeteilt: die Spartiaten, die Perioken und Heloten. Die Spartiaten erhielten als Eroberer den fruchtbarsten Teil des Landes, welches in 4500 und später in 9000 gleich grosse Ackerlose aufgeteilt wurde. Dieser Grundbesitz war unveräusserlich, unverpfändbar und ging geschlossen vom Vater auf den ältesten Sohn über. [306] Die alten Landbewohner wurden als Staatssklaven (Heloten) verpflichtet, das Land der Spartiaten zu bebauen. Die städtischen Bewohner (Periöken) waren persönlich frei, aber zu Steuerleistungen an den Staat verpflichtet, ohne politische Rechte, aber mit der Verpflichtung sich zum Kriegsdienste bereit zu halten. An der Spitze des Staates standen zwei erbliche Könige, denen fünf Ephoren als Beirat gegeben waren. Die Entscheidung über die wichtigsten Angelegenheiten des Staates war der Versammlung der Vollbürger (Agora) vorbehalten. Die Vorbereitung von Anträgen dieser Art mit der Gerichtsbarkeit über Kapitalverbrecher lag in der Hand der Gerusia, deren Mitglieder mindestens 60 Jahre alt waren. Nur der Staat durfte Gold und Silber besitzen. Den Bürgern war der Besitz von Edelmetall gesetzlich verboten. Der Güterverkehr sollte sich nur eiserner Münzen bedienen. Den Spartiaten war eine einfache, streng geregelte Lebensweise vorgeschrieben. Vom 7. bis zum 20. Jahre erhielten die Knaben eine staatliche

Erziehung in einer Art Kadettenhaus. Vom 20. bis zum 60. Jahre war der Spartiat zum Heeresdienst verpflichtet. Mit dem 30. Jahre wurde er Mitglied der Volksversammlung und zur Heirat verpflichtet. Immer 15 Männer nahmen an gemeinsamen Mahlzeiten (Syssitien) teil. Nur wer soviel Land hatte, dass er von dessen Ertrage mit seiner Familie leben und die Naturalbeiträge zu den gemeinsamen Mahlzeiten leisten konnte, ohne selbst den Pflug zu führen, war im Vollbesitze der bürgerlichen Rechte. Zur Reise eines Spartiaten nach dem Auslande bedurfte es der staatlichen Genehmigung. Fremden musste der Aufenthalt im Lande ausdrücklich gestattet werden, was nur auf Zeit und Widerruf erfolgte. Die gewerblichen Berufe waren den Unfreien und Fremden überlassen. Der athenische Krämersinn hat den hohen Herren am Eurotas aufs Aeusserste misfallen. Die spartanische Verfassung war so eine Ver⥁fassung für ein Volk in Waffen, gegeben inmitten einer grossen Eroberungsepoche und in fast ausschliesslicher Beschränkung auf die Verhältnisse der Naturalwirtschaft. Den Feinden jeglicher Art und also auch dem „Kapitalismus“ und seinen Folgen sollte durch diese Verfassung der Weg zum Eindringen in das Vaterland verlegt werden. Lakonien mit Messenien umfasste im Jahre 432 v. Chr. nach Beloch ein Areal von 8418 Qudratkilometern mit einer freien Bevölkerung von 55 000 Einwohnern und einer unfreien Bevölkerung von 175 000. Mit dieser Besitzfläche und seiner straffen militärischen Organisation war Sparta auf der peloponnesischen Halbinsel weitaus der mächtigste Staat. Und da seine Verfassung die Ausübung einer kapitalistischen Herrschaft über andere Völker auszuschliessen schien, hatten sich schon gegen Mitte des 6. Jahrhunderts die meisten peloponnesischen Staaten mit Sparta freiwillig verbündet. Sie hofften in diesem Bündnis anscheinend Nichts zu verlieren, sondern nur zu gewinnen. Als es im Jahre 500 v. Chr. zum Ausbruch der Perserkriege kam, war es allgemein selbstverständlich, dass Sparta als Vormacht des Peloponnes den Oberbefehl über die gesamten griechischen Streitkräfte übernahm. Als Sparta dann im Jahre 404 v. Chr. auch im peloponnesischen Kriege den Sieg über Athen errungen hatte und in der schweren wirtschaftlichen Krisis, die damals fast ganz Griechenland umzustürzen schien, nur allein den Eindruck wohlgeordneter und wohlgefügter Verhältnisse machte, da begann es in Griechenland allgemein Mode zu werden, die Verfassung des Agrarstaates Sparta als eine Musterverfassung zu bewundern. Trotzdem stand gerade jetzt Sparta schon dicht vor seinem Niedergange. [307]

Es war offenbar etwas Widernatürliches, durch die Verfassung das Land in der Naturalwirtschaft und in dem Ständestaat mit ehernen Klammern festhalten zu wollen, während ringsherum neue Veränderungen sich zeigten. ⥁ Da musste die Saat des Misstrauens keimen. Sie zeigte sich zunächst namentlich in dem Verhältnis zwischen den beiden Königen und Ephoren. Um dieses Misstrauen zu bannen, wurde von diesen beiden Spitzen des Staates die spartanische Verfassung allmonatlich beschworen. Trotzdem kam es schon während [308]

der Perserkriege (500 bis 449) zur Absetzung und Ermordung von Königen, und das Jahr 464 brachte einen langwierigen, blutigen Aufstand der Heloten in Messenien, nach dessen Niederwerfung Sparta doppelt bemüht war, sich durch eine Art chinesischer Mauer gegen das Eindringen neuer Ideen und Einrichtungen von Aussen zu schützen. Alles vergeblich! Der Verkehr der Spartiaten mit den üppigen Persern und asiatitischen Griechen wirkte verheerend auf die heimischen Sitten zurück. Die Stadt Sparta soll nach Beloch im Jahre 460 v. Chr. 20 bis 30 000 Einwohner gezählt haben. Der Entscheidungskampf zwischen den beiden ersten griechischen Handels- und Industriestaaten, Athen und Korinth, liess sich nicht länger aufschieben. Und darum musste Sparta als peloponnesische Vormacht die Führung auf der einen Seite übernehmen. Der von 431 bis 404 dauernde Krieg führte zur Schaffung einer peloponnesischen Flotte. Dies und die wiederholt schweren Verluste an Menschenleben auf spartanischer Seite zwangen den Staat, eine wachsende Zahl von Nichtbürgern in die Armee einzustellen. Namentlich die Truppen der auswärtigen Garnisonen und die Mannschaften der Flotte wurden aus freigelassenen Leibeigenen gebildet. Die Spartaner reichten dabei oft nicht einmal aus, die Offizierstellen zu besetzen. Gleichzeitig strömten infolge der Siege immer mehr Schätze in Sparta zusammen. Unaufhaltsam zeigt sich das Eindringen geldwirtschaftlicher Verhältnisse. Die Bestechlichkeit nimmt immer mehr überhand. Und schon tastet das Gesetz des Ephoren Epitadeus das Prinzip der Unveräusserlichkeit des spartanischen Grund[309]besitzes an. Die Grundstücke können von jetzt ab durch Testament und Schenkung unter Lebenden die Hand ändern. Bei alledem nimmt die Zahl der Spartiaten bedenklich ab. Während man für 432 v. Chr. noch etwa 5000 Vollbürger schätzen kann, war deren Zahl bis zum Jahre 371 auf 1500 zusammengeschmolzen. Fast die Hälfte der Bürger war verarmt und konnte an den gemeinsamen Mahlzeiten nicht mehr teilnehmen. Desto grösser war der Reichtum Weniger. Die allgemeine Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen wuchs. Im Jahre 399 kommt es zu dem Aufstandsversuch des Kinadon; der Plan wird den Ephoren verraten und der Führer mit seinen Anhängern hingerichtet. Durch die vielen kriegerischen Erfolge waren die Spartaner übermütig und herrschsüchtig geworden. Sie machen sich deshalb beim Auslande wie bei ihren Nachbarn sehr verhasst und wecken durch die Besetzung der Burg von Theben den thebanischen Bauer — die so beliebte Witzfigur bei den „feineren“ Athenern — zum Freiheitskampfe, in dem bei Leuktra (371) die Spartaner entscheidend geschlagen werden. Die weitere Folge war die Verselbständigung des bis dahin von Sparta abhängigen Messeniens, wodurch die Hälfte der spartanischen Bürger ihres Grundbesitzes beraubt wurde. In der zweiten Hälfte des 4. Jahrhunderts sollen 2/5 des gesamten Grundbesitzes von Sparta in Frauenhänden gewesen sein. Sparta, das bis dahin stets durch die Brust seiner Bürger gegen alle Feinde genügend geschützt war, beginnt um das Jahr 300 v. Chr. sich durch starke Mauern zu befestigen, um seine Schätze an

Gold und Silber besser zu sichern. Die Schuldenlast des Volkes nimmt immer mehr zu, die Zahl der Spartiaten immer mehr ab. Im Jahre 240 v. Chr. waren es nur noch 700 Vollbürger, und der gesamte Grundbesitz war in den Händen von nur 100 Familien. Der erste Versuch des Königs Agis IV. zur Beseitigung des herrschend ⟳ gewordenen Kapitalismus durch eine soziale Reform missglückte. Desto schärfer hat dann der letzte spartanische König Kleomenes IV. im Jahre 226 v. Chr. durchgegriffen. Er liess die Ephoren überfallen und töten, 80 der reichsten Bürger verbannen und ihr Vermögen an 4000 Periöken, welche als Vollbürger aufgenommen wurden, verteilen. Die Schulden aller Art wurden kurzer Hand aufgehoben und die alte verfassungsgemässe strenge Zucht und Ordnung wiederhergestellt. So kam es in Sparta 368 Jahre später als in Athen (Solon) zur Beseitigung des Handels- und Leihkapitalismus. Die Absichten des Königs, auch die spartanische Hegemonie über die peloponnesische Halbinsel wiederherzustellen, liessen den achäischen Bund den König von Makedonien zur Hülfe herbeirufen. Kleomenes wurde 221 bei Sellasia geschlagen und floh nach Aegypten. Die Kapitalisten wurden wieder nach Sparta zurückgeführt. Bei der wachsenden Unzufriedenheit des Volkes aber kam es im gleichen Jahre noch zur Tyrannenherrschaft — 339 Jahre später als in Athen. Unter dem unheilvollen Einflusse der Beziehungen zu den benachbarten Handels- und Industriestaaten wütete von da ab der Bürgerkrieg bis zum Einzuge der Römerherrschaft in Griechenland (146 v. Chr.)

310

β) **Makedonien.** Die Einigung des makedonischen Reiches ging VON DER FRUCHTBAREN EBENE DES UNTEREN AXIOS aus. Es war ein Bauernvolk mit mächtigem Adel, der ausgedehnten Grundbesitz hatte, mit einem Könige an der Spitze, und das erst seit dem Ausgange des 5. Jahrhundert begonnen hatte, die Errungenschaften einer fortgeschrittenen Kultur aus Griechenland herüber zu nehmen. Zu einer Zeit, in der der peloponnesische Krieg schon bald zu Ende ging, begann man hier damit, die reichen Bergwerke des Landes zu erschliessen, Kunststrassen zu bauen, Städte zu befestigen, die Heeresmacht zu reorganisieren, die Finanzen des Landes zu ordnen und Kunst und Wissen⟳schaft ins Land zu bringen. KÖNIG PHILIPP (359 bis 336 v. Chr.) führte die Doppelwährung mit starker Goldprägung ein und hat mit seiner wohlgefüllten Börse wohl fast ebensoviel wie mit seiner Heeresmacht erobert. Die wirtschaftlichen Fortschritte in Makedonien waren im 4. Jahrhundert ganz ausserordentliche. So war die Stadt OLYNTHOS im Jahre 435 v. Chr. noch unbekannt, und im Jahre 353 v. Chr. zählte sie bereits 35 000 Einwohner. Der Flächeninhalt von Makedonien wird von Beloch auf 32 000 Quadratkilometer angegeben mit einer Bevölkerung von etwa 400 000 Einwohnern im Jahre 432 v. Chr. Unter kluger Benutzung der Uneinigkeit der griechischen Völker hatte Philipp die Herrschaft über ganz Griechenland erworben. Die Früchte der gewaltigen Eroberungszüge ALEXANDERS DES GROSSEN sind freilich dem Mutterlande wenig zu Gute gekommen.

311

312

5. Die griechische Litteratur über das Entwickelungsproblem der Völker.

Nichts ist nach Eintritt der Geldwirtschaft in die Geschichte der griechischen Völker schärfer hervorgetreten, als das Rennen und Jagen nach dem Gelde. Die Aufgabe der Politik der Staaten war von da ab selbstverständlich ausnahmslos auf eine Mehrung des Reichtums an Gütern gerichtet. Als in den ionischen Staaten es sich zuerst zeigte, wie diese Sucht nach Reichtum viel Unglück und Unheil im Gefolge habe, da war die sogenannte ionische Moral bestrebt, das Unglück ohne einen Versuch zur Besserung, so gut es eben ging, zu ertragen und das Glück, wo es sich fand, zu geniessen. Die Proletarier aber wollten von jetzt ab lieber im Kampfe gegen die Reichen sterben, als in der Armut verhungern. Mit dem wachsenden Notstande der Volksmassen geht das Verschwinden der Achtung vor dem Ueberlieferten Hand in Hand. Die Griechen plündern jetzt die Heiligtümer ihrer Götter und betteln selbst von den Persern Gold. Während der Vaterlandsverrat die Väter zittern machte, wurde den Söhnen bange, von Vaterlandsliebe zu hören. Nach der Unmöglichkeit, eine friedliche und wirksame Politik in der HEIMAT zu betreiben, gewöhnte man sich daran, die Welt als Ganzes, als Heimat zu bezeichnen. Die praktische Moral der Reichen lautete inzwischen: sich im Genusse nicht zu verwöhnen. Man müsse den Purpurmantel ebenso geschickt wie den Bettlermantel zu tragen verstehen. Es sei unklug für die Reichen, kein Handwerk zu erlernen, denn leicht könne man durch Verlust seines Vermögens darauf angewiesen sein, sich seinen Unterhalt selbst zu verdienen, und dann würde ein solches Erlernen in der Jugend später gute Dienste leisten.

313

Schon die Sage von dem phrygischen König MIDAS wendet sich gegen diese gefährliche einseitige Jagd nach dem Reichtum. Der habsüchtige Wunsch des Midas, dass alles, was er berührt, zu Golde werde, soll ihm bekanntlich erfüllt worden sein. Als er dann aber seinen Hunger und Durst nicht mehr stillen kann und mithin in der Sucht nach dem Reichtum das tägliche Brot verloren hat, fleht er zu den Göttern: ich habe gesündigt, habt Erbarmen mit mir, rettet mich aus meinem „goldenen" Elend. Am schärfsten tritt die unbedingte Verurteilung der einseitigen Politik des Nationalreichtums in der griechischen Litteratur hervor, als nach dem Ende des peloponnesischen Krieges der Zusammenbruch der griechischen Kulturwelt für jeden unbefangenen Beobachter als unabwendbar bevorstehend erkannt wurde. Jetzt schiessen die sozialistischen und kommunistischen Projekte wie Pilze aus der Erde, und die hervorragendsten griechischen Denker wie SOKRATES, DEMOKRITOS, ANTISTHENES,

PLATON, ARISTOTELES, XENOPHON, PLUTARCH u. a. sind alle darüber einig: es war der grösste Fehler der griechischen Staaten, so lange und so ausschliesslich die Politik des Nationalreichtums gepflegt zu haben. Niemand hat diese Ueberzeugung schärfer, eingehender und klarer zum Ausdruck gebracht als PLATON, dessen Ausführungen wir nach den ausgezeichneten Zusammenstellungen von PÖHLMANN folgende Sätze entnehmen:

Das Unheil im Staate und in der Gesellschaft beginnt mit jenem zersetzenden, die sozialen Bande auflösenden Egoismus und mit der „Jagd nach dem Golde", welche zunächst wenigstens für einen Teil der Gesellschaft die allgewaltige Triebfeder des Handelns geworden ist. Diese Wandlung erzeugt eine Klasse von Menschen, deren Götze das Geld ist, das sie insgeheim mit roher Leidenschaft verehren. Ihre Hauptsorge gilt ihren Geldschränken und ihren Depots bei den Banken. An ihren Wohnungen schätzen sie vor allem die Mauer, die sie von der Aussenwelt scheidet. Denn sie sollen ihr „ureigenstes Nest" sein, in dessen Dunkel sie ungestört dem Genusse leben und ihre Handlungen dem Auge des Gesetzes entziehen können. Sie werden erfinderisch in neuen Formen des Aufwandes und modeln danach selbst die Gesetze um, die Bürgen alter Einfachheit des Lebens. 314

Der goldgefüllte Geldschrank der Reichen beginnt nun aber sehr bald seine Anziehungskraft auf die Allgemeinheit auszuüben. Es wird unter diesen selbst ein förmlicher Wettkampf um den materiellen Besitz entfesselt, der die Erwerbsgier stetig steigert, während andererseits die übrigen Güter in der öffentlichen Wertschätzung sinken. Eine Entwickelung, die auf den Volksgeist notwendig entsittlichend wirken muss.

Das grösste aller Uebel ist dabei die dem Geiste der Wirtschaft entsprechende absolute Freiheit der Veräusserung und des Erwerbes der Güter (Freihandel). Es entsteht dadurch jene ungesunde Anhäufung des Kapitals, welche Einzelne überreich macht, während Andere in einen Zustand hoffnungsloser Armut herabsinken. Es ist zweifelsohne, dass der zügellose Kapitalismus die Tendenz in sich schliesst, den Abstand der kleinen Leute von der Aristokratie des Besitzes stetig zu steigern.

Dazu kommt die durch den Mammonismus grossgezogene Klasse der Müssiggänger und Verschwender, die Platon als „Drohnen" bezeichnet. Dieses Drohnentum ist ein Krebsschaden der Gesellschaft. Aus ihm rekrutiert sich besonders das in der plutokratischen Gesellschaft so zahlreiche Kontingent der Diebe, Beutelschneider, Tempelräuber und Anstifter aller sonstigen Unbill, deren die Staatsgewalt nur mit Mühe Herr werden kann. Neben diesem Drohnentum tritt uns als typische Charaktererscheinung der plutokratischen Gesellschaft auch noch das SPEKULANTENTUM entgegen: Leute, welche Begehrlichkeit und Geldgier auf den Herrschersitz in ihrer Seele erhoben und mit Stirnbinden, 315

goldenen Ketten und Ehrensäbel angethan zum König in ihrem Innern erkiesen. Um sich aus niederer Lage emporzuarbeiten, geht ihr ganzes Sinnen und Trachten auf den Erwerb. Während aber ihre Habe durch beharrliche Sparsamkeit und unermüdliche Thätigkeit sich mehrt, verarmen sie an Geist und Gemüt, indem sie beides zum Sklaven der Erwerbsgier machen und den Verstand über nichts anderes sinnen und forschen lassen, als wodurch ihr Vermögen sich mehrt, das Herz aber nichts anderes bewundert als den Reichtum und den Reichen. Schmutzige Seelen, die ihren Ehrgeiz auf weiter gar nichts richten, als auf Gelderwerb und was demselben etwa förderlich ist, die aus allem und jedem Nutzen zu ziehen wissen für den einen Zweck, die Kapitalanhäufung! Alles Bildungsinteresse geht ihnen ab, denn wie könnten sie sonst das Spiel des blinden Zufalls zum Reigenführer ihrer Spekulation erkiesen? In diesen Menschen beginnen sich Begierden zu regen, sobald sich ihnen zur Ausbeutung von Schwachen bei der Verwendung fremder Gelder eine Gelegenheit bietet, ungestraft Unrecht zu thun. Und dabei können diese Leute im geschäftlichen Verkehr als ehrenwerte Männer dastehen, denn sie sind klug genug, ihre Begierden zurückzudrängen, weil sie wohl zu berechnen wissen, dass ihnen die Unehrlichkeit teurer zu stehen kommen wird als der Verzicht auf widerrechtlichen Gewinn. Sie erscheinen anständiger als viele andere, obgleich sie von der echten Tugend einer mit sich einigen harmonisch gestimmten Seele himmelweit entfernt sind.

Das Prinzip der Kapitalwirtschaft arbeitet diesem Spekulantentum ausserordentlich in die Hand. [316] Der Unersätt↻lichkeit der kapitalistischen Gesellschaft, die von dem, was sie als das höchste Gut betrachtet, niemals genug haben kann, entspricht jener schrankenlose Freihandel, welcher jedem gestattet, beliebig über seinen Besitz zu verfügen und zu veräussern, damit nur ja das Kapital Gelegenheit bekommt, durch Darlehnsgeschäfte aller Art und schliesslich durch den Zusammenkauf der verschuldeten Güter sich zu bereichern.

Diese Handelsfreiheit bringt vor allem denjenigen den Ruin, welche der Tendenz des kapitalistischen Zeitalters zum unwirtschaftlichen Konsum und zum Luxus erliegend den Geldmännern in die Hände fallen. Geduckt sieht man diese Geldmänner umherschleichen wie das leibhaftige böse Gewissen und, ohne sich etwas um ihre Opfer zu kümmern, den unheilvollen Pfeil der Kapitalgewinne auf die Gesellschaft schleudern und dadurch Drohnen und Bettler die Menge im Staate erzeugen.

Nicht die Begünstigung der Ansammlung eines möglichst grossen Nationalreichtums, sondern der Kampf gegen Armut und Reichtum ist die weitaus wichtigste Aufgabe aller Gesetzgebung, bei welcher der Staatsmann gar nicht rasch und entschieden genug zu Werke gehen kann. Denn der wahre Staatsmann erstrebt nach der Ansicht von Platon das Glück der Bürger und, da wirk-

liches Glück nicht ohne Tugend erreichbar ist, auch die Sittlichkeit der Bürger. Steigerung des Reichtums bedeutet an sich noch keine Steigerung des Glücks, wenn die, welche ihn besitzen, die erste Bedingung dazu nicht leisten und erfüllen. Ist aber gerade vom Reichen die Erfüllung dieser Bedingung zu erwarten? Platon glaubt diese Frage überall da verneinen zu müssen, wo der in einer Hand vereinte Besitz EIN GEWISSES MASS ÜBERSCHREITET. Nach seiner Meinung kann der Besitzer ausserordentlichen Reichtums kaum ein sittlicher Mensch sein. Denn wer einerseits ⥁ alle Wege der Unsittlichkeit und Bereicherung streng meidet und andererseits den dem Besitz obliegenden Verpflichtungen zum Opfern für edle und gute Zwecke voll und ganz gerecht wird, bei dem wird es kaum zur Anhäufung übermässiger Schätze kommen. Ueberhaupt bestehe zwischen Reichtum und Sittlichkeit ein solcher Antagonismus, als lägen beide in den Schalen einer Wage und zögen stets nach entgegengesetzten Richtungen. 317

Bei aller Verschiedenheit im einzelnen sind die bedeutendsten griechischen Denker darüber einig, dass der die Völker vernichtende Kapitalismus aus der Gesellschaft nur dann beseitigt werden könne, wenn der Zins vom Gelde verschwindet und die Politik auf den so sehr vernachlässigten Ackerbau wieder zurückgreift, um von agrarischer Basis ausgehend die nationale Volkswirtschaft in harmonischer Weise aufzubauen. SOKRATES fasst deshalb seine Anschauung dahin zusammen, dass er sagt: „Wenn der Ackerbau gedeiht, so gedeihen mit ihm alle anderen Künste, geht er aber zurück, so verfallen mit ihm auch alle übrigen Erwerbszweige, sei es zu Lande, sei es zu Wasser.“ PYTHAGORAS AUF SAMOS legt ganz besonderen Wert darauf, dass der Ackerbau mit Handel und Industrie in harmonischer Proportion stehe.

ARISTOTELES, welcher die Grundsätze seiner Politik aus der Entwickelungsgeschichte von 158 Einzelstaaten abgeleitet hat, ist der Ueberzeugung, dass für einen politisch gut geleiteten Staat alles darauf ankomme, dass er „SICH SELBST GENUG SEI“ in allen wichtigen Dingen des täglichen Bedarfs. Kommt aber die einseitige Entwickelung zum Handels- und Industriestaat zur Herrschaft, so erhöht sich mit der steigenden Abhängigkeit des Volkes vom Ausland naturgemäss die Gefahr einer Vernichtung der Volkswirtschaft fortschreitend. Mehr konkret gesprochen kann diese Aufgabe: die Autarkie der Volkswirtschaft möglichst ⥁ zu bewahren, nur durch eine konsequente Mittelstandspolitik gelöst werden. Aristoteles bringt diese Anschauung etwa in folgenden Sätzen zum Ausdruck: der Zweck des Staates ist nicht die Ermöglichung der Ansammlung eines möglichst grossen Reichtums an wirtschaftlichen Gütern, sondern eines glücklichen und menschenwürdigen Daseins seiner Bürger. 318

Nun giebt es in allen Staaten drei Klassen von Bürgern: sehr reiche, sehr arme und solche, die in der Mitte zwischen diesen beiden stehen. Der mitt-

lere Besitz von Gütern ist der beste von allen, denn diese Bürger folgen am leichtesten der Vernunft, aber die allzu Reichen werden leicht übermütig und in grossen Dingen schlecht und die allzu Armen Bösewichter und in kleinen Dingen schlecht. Ein Staat, der nur aus Reichen und Armen gebildet wird, ist ein Staat von Neidern und Verächtern, die sich immer gegenseitig feindlich gesinnt sind und leicht zum Bürgerkriege kommen. In einem Staate aber, in welchem der Mittelstand vorherrscht, herrscht auch die Freundschaft, die zu jeder Gemeinschaft, wie zum dauernden sozialen Frieden gehört. Die besten Gesetzgeber sind immer aus dem Mittelstande hervorgegangen, wie Solon, Lykurg, Charondas und die meisten übrigen.

Das etwa sind in grossen Zügen die wichtigsten Konsequenzen, welche die bedeutendsten griechischen Denker aus dem trüben Zusammenbruch der griechischen Welt gezogen haben.

↻ C. Entwickelungsgeschichte der Römer.

319

VORBEMERKUNG UND LITTERATUR. Das Problem der römischen Geschichte ist heute noch ungelöst. Die ältere Litteratur — wie z. B. EDWARD GIBBON, History of the decline and fall of the Roman empire, London 1782 bis 1788, 6 Bände — konnte dieses Problem nicht lösen, weil erst die neuere Zeit, besonders durch Erschliessung neuer Inschriften, uns tieferen Einblick in den wirtschaftlichen Entwickelungsgang dieses Volkes eröffnet hat. Und die neuere Litteratur hat dieses Problem auch noch nicht gelöst, weil sie noch zu ausschliesslich mit philologisch-juristischen Spezial-Untersuchungen beschäftigt ist. Diese zum Teile höchst mühsamen Spezial-Untersuchungen bilden freilich die unerlässliche Voraussetzung für eine glückliche, zusammenfassende Darstellung der römischen Geschichte.

Die einheitliche Zusammenfassung nicht nur nach den Fragen des wie? und wo?, sondern vor allem auch nach der Frage des warum? findet aber gerade bei den Römern ganz besondere Schwierigkeiten, weil hier die Entwicklung nicht in so leicht durchsichtiger und durch verschiedene Epochen scharf begrenzter Weise sich abspiegelt wie etwa bei den Germanen, Griechen oder Juden, und weil die römische Volkswirtschaft sich so ganz besonders lange ausleben konnte. Letzterer Umstand lässt indessen vermuten, dass gerade die römische Geschichte für die wissenschaftliche Auffindung des sozialen Entwicklungs-Gesetzes der Völker von der allergrössten Bedeutung sei. Die eigenartige Kompliziertheit des römischen Entwicklungs-Prozesses aber wird nach meiner Erfahrung wohl auch jede spätere Gesamt-Darstellung zwingen, ↻ dem Vorgange eines Mommsen zu folgen und nur EINE Schnittlinie zu beobachten: vor und nach Caesar. Im Interesse der Uebersicht ist deshalb die nachfolgende Darstellung gezwungen, sich des Hülfsmittel der Paragraphen zu bedienen. 320

Aus der neueren Litteratur wurden benutzt, und zwar neben der langen Reihe einschlägiger Spezial-Artikel in CONRADS Handwörterbuch der Staatswissenschaften: TALY, Cicero, sein Leben und seine Schriften, Berlin 1891; J. BELOCH, die Bevölkerung der römischen und griechischen Welt, Leipzig 1886; G. BILLETER, Geschichte des Zinsfusses im griechischen und römischen Altertume bis auf Justinian, Leipzig 1898; H. BLÜMNER, Kommentar zum Maximaltarife des Diocletian, Berlin 1893; DERSELBE, Technologie und Terminologie der Gewerbe und Künste bei Griechen und Römern, 4 Bände, Leipzig 1874 – 86; K. BÜCHER, Die Aufstände der unfreien Arbeiter 143 bis 129 v. Chr., Frankfurt a. M. 1874; TH. CORSETTI S. J., Sul prezzo dei grani nell' antichità classica, fasc. II der Studi di Storia Antica, herausgegeben von J. BELOCH, Rom 1893; H. DANKWARDT, Nationalökonomie und Jurisprudenz, Rostock 1857 – 59; W. DRUMANN, Die Arbeiter und Kommunisten in Griechenland und Rom, Königsberg 1860; ERSCH & GRUBERS Encyclopädie, bes. Artikel „Handwerk"; O. GIERKE, Das deutsche Genossenschaftswesen, III. Band, Staats- und Korporationslehre des Altertums und des Mittelalters, Berlin 1891; FRIEDLÄNDER, Sittengeschichte Roms, Leipzig 1865; LUDO M. HARTMANN, Ursachen des Unterganges des römischen Reiches in Braun's Archiv für soziale Gesetzgebung und Stastistik, 1889; HELBIG, Die Italiker in der Po-Ebene, Leipzig 1879; HIRSCHFELD, Die Getreide-Verwaltung der römischen Kaiserzeit, Philologus

1869; DERSELBE, Untersuchungen auf dem Gebiete der römischen Verwaltungsgeschichte, 1877; KARL HOFFMEISTER, Die wirtschaftliche Entwicklung Roms, Wien 1899; MAX JÄHNS, Heeresverfassungen und Völkerleben, Berlin 1885; KUHN, Die städtische und bürgerliche Verwaltung des römischen Reiches, 2 Bände, 1864/65; LIEBENAM, Zur Geschichte und Organisation des römischen Vereinswesens, Leipzig 1890; J. V. LYSKOWSKI, Die Collegia tenuiorum der Römer, Berlin 1888; MARQUARDT, Das Privatleben der Römer, Leipzig 1879 – 82; DERSELBE, Römische Staatsverwaltung, 3 Bände, 1874 – 78; EDUARD MEYER, Geschichte des Altertums, 2 Bände, Stuttgart 1884 – 93; 321 DERSELBE, Untersuchungen zur Geschichte der Gracchen, Halle 1894; DERSELBE, Die wirtschaftliche Entwicklung des Altertumes, Vortrag, abgedruckt in Conrads Jahrbüchern 1895; MOMMSEN, Römisches Staatsrecht, 3 Bände, Leipzig 1887, 3. Aufl.; DERSELBE, Conscriptions-Ordnung der römischen Kaiserzeit, im „Hermes", Band XIX; PAUL MÜLLER, Die Geldmacht im alten Rom gegen das Ende der Republik, Bruchsal 1877; NIEBUHR, Römische Geschichte, Berlin 1853; J. NICKEL, Sozialpolitik und soziale Bewegung im Altertume, Paderborn 1892; P. OERTMANN, Die Volkswirtschaftslehre des Corpus juris civ., Berlin 1891; R. PÖHLMANN, Die Uebervölkerung der antiken Grossstädte, Leipzig 1884; DERSELBE, Geschichte des antiken Kommunismus und Sozialismus, München 1893; DERSELBE, Aus Altertum und Gegenwart, gesammelte Aufsätze; L. PRELLER, Römische Mythologie, 3. Aufl., 2 Bände, Berlin 1881 – 83; RANKE, Weltgeschichte, 3. Band, Leipzig 1895; RODBERTUS, Die römischen Tributsteuern seit Augustus, Hildebrands Jahrbücher, Band IV ff.; ROSSBACH, Untersuchungen über die römische Ehe, Stuttgart 1853; H. V. SCHEEL, Die wirtschaftlichen Grundbegriffe im Corpus juris civ., in Hildebrands Jahrbüchern 1866; H. SCHILLER, Geschichte der röm. Kaiserzeit, 2 Bände, 1883 – 97; SCHWEGLER, Römische Geschichte, 3 Bände, Tübingen 1853 – 58; SEECK, Geschichte des Unterganges der antiken Welt, I. Band, Berlin 1895; W. SOLTAU, Roms Kultur, in Hellwalds Kulturgeschichte, 2. Aufl., Band II, Leipzig 1898; STÖCKEL, Die Germanen im römischen Dienste, Berlin 1880; M. VOIGT, Römische Privat-Altertümer und Kulturgeschichte; MAX WEBER, Die römische Agrar-Geschichte in ihrer Bedeutung für das Staats- und Privatrecht, Stuttgart 1891; (dieses Buch sollte seinem Inhalte nach nur den Titel tragen: Die Agrimensoren-Litteratur in ihrer Bedeutung für das Staats- und Privatrecht!)

Speziell zur Beurteilung Labeo's wurde benutzt: K. ESMARCH, Römische Rechtsgeschichte 1856; O. KARLOWA, Römische Rechtsgeschichte 1885; JOH. EMIL KUNTZE, Lehrbuch der Institutionen, 2. Aufl. 1897/98, A. PERNICE, Marcus Antistius Labeo und das römische Privatrecht im ersten Jahrhunderte der Kaiserzeit, 1873; PAUL SOKOLOWSKI, Die Lehre von der Spezifikation, Zeitschrift der Savigny-Stiftung, romanistische Abteilung, Band XXVII, 1896, p. 252 ff.

322

1. Von der ältesten Zeit bis zu den Caesaren.

§ 1. Auch die Römer sind aus einer östlichen Urheimat in die italische Halbinsel eingewandert. Es ist unwahrscheinlich, dass diese Wanderung gemeinsam mit den Griechen bis zum adriatischen Meere erfolgte. Jedenfalls aber bestanden einmal in dieser ältesten Zeit nähere Beziehungen zwischen Italikern und Griechen. Denn die Sprache beider Völker hat nahverwandte Bezeichnungen für Acker, Pflug, Hirse, Gerste, Spelt, mahlen, mähen, pflügen, säen u.s.w.

bewahrt, und die Konstruktion des Pfluges wie auch die Brotbereitung und die Ackermasse waren bei den Griechen und Römern gleich.

Auf dieser Wanderung und wohl auch noch lange nach der Besiedelung des Landes bestand die wirtschaftliche Vermögensreserve der Römer in der Hauptsache aus Viehheerden, während ihre Vorräte an Waffen, Geräten und Getreide den unmittelbaren Bedarf kaum wesentlich überschritten haben werden. Gelegentliche Zahlungen wurden deshalb zumeist in Rindern geleistet, und daher war gleichzeitig das Rind die Rechnungs-Einheit in jener allgemein anerkannten Wertscala, welcher die im Güterverkehre sich bewegenden mobilen Vermögensobjekte eingereiht waren. In diesem Sinne war den Römern „pecunia“ das Geld, von „pecus“, Vieh, abstammend.

Trotzdem waren die Römer zur Zeit ihrer Niederlassung in Italien kein sogenanntes Hirtenvolk, sondern Ackerbauern. Dahin deutet nicht blos die bereits angeführte Verwandtschaft landwirtschaftlich-technischer Ausdrücke mit den analogen Bezeichnungen der Griechen: das bestätigt auch die Gesamtheit ihrer ältesten Ueberlieferungen, welche immer wieder das Wachsen des Volkes aus der Mutter Erde durch den sprossenden Samen der Alles ernährenden Halmfrucht zum Ausdrucke bringen. Das älteste römische ⥁ Gebet in einer Sprache, welche die spätere Zeit nicht mehr verstand, ist an Mars — den Marmar — gerichtet und erfleht Abwendung von Seuchen, die durch das Getreide auf den Menschen übertragen werden („lues“, Brotseuche). Das altlateinische Wort für Unglück, calamitas, heisst eigentlich „Halmkrankheit“. Die ältesten lateinischen Bezeichnungen für die Gesamtheit des Volksstammes sind siculi (Schnitter) oder opsci (Feldarbeiter). Die drei Stämme Ramnes, Tities und Luceres, aus denen sich die älteste römische Bevölkerung gebildet haben soll, waren nach der Ueberlieferung in zehn Opfer- oder Speisehäuser, curiae genannt, aufgeteilt und haben bei ihren Versammlungen ein Mahl aus geröstetem Spelt genommen. Die Curiatsgenossen sind eigentlich „Brotgenossen“. Die bei der Ehe zunächst beteiligten Gottheiten sind Ceres, die Beschützerin der Halmfrucht, und Tellus, die Erde. Die älteste römische Form der Ehe, welche heilig gehalten wurde, trug den Namen „confarreatio“ von far, Spelt, und farreum, Kuchen; farreo, farreare, backen, heiraten, Ehe stiften. Braut und Bräutigam pflegten in feierlicher, öffentlicher Weise Ceres und Tellus einen gemeinsam gebackenen Speltkuchen zu opfern.

323

§ 2. Das Land, so wie es von den Römern gemeinsam erobert wurde, sollte auch möglichst innerhalb des Stammes und innerhalb der Familie erhalten werden. Der LANDWIRTSCHAFTLICHE GRUNDBESITZ war deshalb ursprünglich UNVERÄUSSERLICH. Die älteste römische Form der Eigentums-Uebertragung, die mancipatio, von manus, Hand, und capere, ergreifen, bezieht sich schon dem Wortsinne nach nur auf bewegliche Güter. Und noch die XII Tafeln, das älte-

ste geschriebene Recht der Römer vom Jahre 451 bezw. 450 v. Chr., stellen das Erbrecht der gens, der Sippe, am Grundbesitze an dritte Stelle und lassen dadurch vermuten, dass in einer vorhergehenden Zeit DIE HANDÄNDERUNG AN 324 GRUND UND BODEN ⥁ WAHRSCHEINLICH AUSSCHLIESSLICH ERBRECHTLICH geregelt war, und zwar nach der strengen Agnatenfolge. Wer vor der Schlacht aus besonderen Gründen seine Privatverhältnisse ordnen wollte, der trat vor die versammelte Curie und verkündete laut seinen Willen über Adoption oder Testament. Und erst durch die Zustimmung der Curiatsgenossen erhielt diese Willensäusserung über Veränderung im Grundbesitze rechtliche Wirksamkeit. Die Töchter wurden noch in späterer Zeit möglichst innerhalb der Sippe verheiratet.

Das Volk war patriarchalisch gegliedert. Dem pater familias gehörten Weib und Kind, wie Knecht und Magd, wie Vieh und alle übrige Habe. Das Alles war gleichmässig seiner Gewalt unterstellt und gehörte zum Gesamtbegriffe „familia". Die Zahl der Sklaven, die mit dem Haussohne rechtlich auf gleicher Stufe standen, war allen Anzeichen nach im Verhältnisse zur freien Bevölkerung eine kleine. Und wie das uralte, mit religiösen Handlungen umwobene Institut des ver sacrum bezeugt, kannten auch die Römer zu Anfang nicht die Politik der Ansammlung grösserer Getreidelager. Hatten Missernten Mangel an Brot zur Folge, so wurde die Jungmannschaft zur Wanderung ausgerüstet, um sich auf anderen Fluren eine neue Heimat zu gründen.

§ 3. Nun war das altrömische Bauernvolk von sehr früher Zeit an den Einwirkungen ganz bestimmter Faktoren ausgesetzt, die auf seine weitere Entwickelung einen durchaus massgebenden Einfluss ausüben mussten.

Die wahrscheinlich von Anfang an dauernde kriegerische Bedrängnis hat auch im alten Rom das Institut des Königtums geschaffen. Im Kampfe sich besonders auszeichnende militärische Personen werden zu Führern militärischer Abteilungen ernannt und übernehmen im Frieden richterliche und ver- 325 waltungsrechtliche Funktionen. Der Sohn ist zu⥁nächst der natürliche Gehülfe seines Vaters und später sein natürlicher Nachfolger. Amt und Würden werden innerhalb der betreffenden Familien erblich. Bei Gebietseroberungen werden vom Könige besonders auch solche Familien mit Grundbesitz ausgestattet. Ursprünglich freie Bauern begeben sich freiwillig in ein Abhängigkeitsverhältnis zu solchen Führern, indem sie von ihnen gegen Naturalleistungen Grund und Boden erblich übernehmen oder für Nutzniessung einer bestimmten Ackerfläche die Felder des Grundherrn bebauen. Kurz: es entsteht das, was wir als Feudalordnung zu bezeichnen gewohnt sind. Unter der Oberherrschaft eines Königs finden wir den Adel mit Grundherrschaft und Hintersassen, deren gegenseitiges Verhältnis auch im alten Rom als das Verhältnis zwischen „Patron" und „Client" mit einer gewissen religiösen Weihe umgeben war und bis in die

republikanische Epoche hinein rein und anständig geblieben ist. Daneben war die vollfreie Bauernschaft wohl immer in der grossen Mehrheit.

Aber diese feudale Entwicklung vollzog sich in Rom nicht auf der Basis weitgestreckter Ländergebiete, sondern innerhalb der Grenzen eines verhältnismässig kleinen Landes. Rom war nach Aufhebung des Königtumes, zu Anfang der Republik, kaum 20 Quadratmeilen gross, also noch etwas kleiner als das heutige Fürstentum Waldeck, und zur Zeit der Erbauung der Stadt bekanntlich noch viel kleiner. Die benachbarten Stämme und Völker befanden sich jedoch nicht alle auf einer verhältnismässig gleich niedrigen Entwicklungsstufe wie etwa Mitteleuropa zur Zeit der Karolinger. Die GRIECHEN und namentlich die PHÖNIKIER und KARTHAGER waren um diese Zeit schon gewaltige seefahrende und seebeherrschende Nationen geworden. Und als im 8. Jahrhundert v. Chr. die Geschichte der Römer gewissermassen mit ihrem Entdecktwerden durch die Griechen beginnt, da haben sich die Hellenen längst an Italiens besten Küsten↻strichen festgesetzt und besonders in der Nähe des heutigen Neapel die wichtige Stadt KYME, römisch Cumae, erbaut. Zwischen diesem Kyme, den anderen hochentwickelten griechischen Kolonien und Etrurien ist das altrömische Gebiet eingeschoben, von dem damals noch schiffbaren Tiber durchflossen und nahe am Meere gelegen. Es war also ganz unvermeidlich, dass der damalige Verkehr auf dem mittelländischen Meere mit dem altrömischen Bauernvolke unter Königsherrschaft bereits auf sehr früher Entwicklungsstufe in Berührung kam und ihm die Elemente einer höheren Kultur vermittelte. [326]

So bringt zu Anfang des 7. Jahrhunderts v. Chr. der griechische Handel die SCHRIFT nach Italien. Latiner und Etrusker haben sie von Kyme übernommen. Auch die GELDPRÄGUNG soll um das Jahr 600 v. Chr. auf diesem Wege in Etrurien Eingang gefunden haben, wo sich bald ein reger Exportverkehr mit gewerblichen Produkten nach Griechenland und Karthago entwickelte. Von den Etruskern und Griechen lernen die Römer die Vorteile einer befestigten Stadt und die KUNST DES STÄDTEBAUENS. Und so entstand wahrscheinlich schon zu Beginn der feudalen Epoche jene merkwürdige Stadt Rom, von der die Sage berichtet, dass ihre Mauern sich aus der Furche der PFLUGSCHAAR erhoben haben, während das älteste römische Wappen die HANDELSGALEERE ist.

§ 4. In dieser eigenartigen Verbindung von Pflugschaar und Galeere, oder anders gesagt: in dieser von frühester Zeit an fortgesetzten Einflussnahme kapitalistisch hochentwickelter Völker auf ein tüchtiges Bauernvolk unter Königsherrschaft liegt das Geheimnis und die Erklärung der ganzen Entwickelung der römischen Geschichte.

Noch auf einer ausschliesslich landwirtschaftlichen Entwickelungsstufe stehend, sehen sich die Römer durch das ↻ Herüberspiegeln kapitalistischer [327]

Verhältnisse aus den Nachbarländern veranlasst, schon früh fremde Götter aufzunehmen und Einflüssen von aussen immer zugänglich zu sein.

Weil das Bauernvolk sich die Stadt Rom baute, wo die politisch massgebenden Personen beisammen wohnten, hat die römische Feudalepoche Formen angenommen, die als eigenartige Verschmelzung des Feudalstaates mit dem Stadtstaate bezeichnet werden müssen. Die altrömischen Patrizier sind die in der Landeshauptstadt wohnenden und amtirenden Feudalherren. Die Plebejer sind jene Masse des Volkes, die weder zu den Sklaven noch zu den Feudalherren gehört und im alten Rom sich überwiegend aus freien Bauern zusammensetzt. Weil der Feudalstaat so frühe schon sich die Stadt gebaut hat, zeigt seine ganze weitere Entwicklung eine gewisse treibhausartige Frühreife und Raschheit. Die sogenannte stadtwirtschaftliche Epoche, die in der germanischen Geschichte Jahrhunderte ausfüllt, wird in der römischen kaum bemerkbar. Die freien Gewerbetreibenden der Stadt Rom sind schon zu einer Zeit zunftmässig organisirt, in der die Römer das Eisen noch gar nicht kannten und das Backen und Weben noch in jedem Hause besorgt wurde. Und als die Römer noch unter der Königsherrschaft zur modernen Staatsbürger-Verfassung mit Volks-Abstimmung, allgemeiner Wehrpflicht und Freiheit der Verschuldung und Veräusserung des Grundbesitzes übergehen, da beginnen gerade erst in der römischen Geschichte die einigermassen zuverlässigen Ueberlieferungen aus dem Bereiche der Sagen hervorzutreten, und die wirtschaftliche Entwicklung steht im Ganzen noch auf so niedriger Stufe, dass jetzt als erste römische Metallwährung die Kupferwährung eingeführt wird. Als aber etwa 3 Jahrhunderte später Rom schon zur Goldwährung übergegangen war und grosse Kolonialreiche von kapitalistischen Gesichtspunkten aus zu beherrschen begann, 328 da war in Folge dieser ↻ Vermischung der verschiedenen Entwicklungsstufen das römische Finanzwesen noch in der Natural-Steuerverfassung hängen geblieben — ein Umstand der dem römischen Kapitalismus, wie wir sehen werden, seinen besonders verheerenden Charakter aufgeprägt hat.

Dieser städtischen Frühreife des Bauernvolkes verdankt Rom aber auch seine eigenartige Stärke. Nur dadurch, dass die politisch massgebenden Personen im täglichen Verkehre miteinander ihre Meinungen klären und so in die Politik eine traditionelle Sicherheit einführen konnten, haben die Römer sich jenes Bollwerk errichtet, mit dessen Hülfe allein es gelang, im zähen Kampfe das gewiss nicht minder tüchtige Bauernvolk der Samniter schliesslich vollständig zu unterwerfen. Und nur weil die Stadt Rom von einem Bauernvolke erbaut war, ist alle Kriegskunst und Verschlagenheit des karthagischen Krämervolkes zu nichte geworden. So ist das Anfangs gewiss häufiger zur Verteidigung gezwungene Bauernvolk mit der Zeit ein Eroberungsvolk geworden. So wurde Mars, der Repräsentant der absoluten Willenskraft und des Krieges, zum Stammvater und Schutzpatrone des römischen Volkes, und die occupatio bel-

lica so sehr zum Grundbegriffe des römischen Eigentums-Erwerbes, dass noch Gaius sagen konnte: Maxima sua esse credebant, quae ex hostibus cepissent. Aber in dem so der Wille und die Macht das römische Volksleben beherrschten, war auch der Boden bereitet für die HERRSCHAFT DES KAPITALISMUS, an dessen unersättlicher Habgier auch das Römervolk zu Grunde gehen sollte.

§ 5. Die ersten Anzeichen hierfür bietet schon die Entwickelung der Dinge seit der sogenannten servianischen Verfassung. Zwar hat die traditionelle Geschichtsschreibung die jetzt beginnenden und Jahrhunderte dauernden Unruhen als den „KAMPF DER PATRIZIER UND PLEBEJER UM GLEICHSTELLUNG" bezeichnet, aber mit Unrecht! ↻ Der patrizischen Familien sollen nach der Sage ursprünglich nicht über hundert gewesen sein. Nach den ältesten uns überkommenen Aufzeichnungen sind es nur etwas über fünfzig. Und bis zum punischen Kriege ist ihre Zahl bis auf achtzehn herabgesunken. Dass diesen alten Adelsfamilien in einer vom Könige gegebenen Staatsbürger-Verfassung gewisse Vorrechte nach Art eines Oberhauses gewährt werden, ist selbstverständlich. Ebenso gewiss ist, dass ein Bauernvolk an einer solchen Sonderstellung der Patrizier nichts Anstössiges findet, wenn keine Amtsmissbräuche und keine Uebergriffe damit verknüpft werden. Nur die Reichsten unter den Nichtadligen haben zu allen Zeiten jede Zurücksetzung dem Adel gegenüber schwer empfunden. Und es ist deshalb ein Prozess, der nur bei dem weitaus kleinsten Teile des römischen Volkes Interesse erweckt haben kann, als etwa um die Mitte des 5. Jahrhunderts v. Chr. (lex Camilla de connubio, 445 v. Chr.) die Verschmelzung des alten Feudal-Adels mit der neuen Geld-Aristokratie sich vollzog. Für die grosse Masse des Volkes handelte es sich in diesen unruhigen Zeiten um einen ganz anderen Gegensatz und um ein weit ernsteres Streitobjekt. Es handelte sich um den Kampf des bäuerlichen und gewerblichen Mittelstandes gegen das ausbeutende Kapital und um den Preis der wirtschaftlichen und persönlichen Freiheit; mit anderen Worten: es handelte sich um den KAMPF GEGEN DAS NEXUM oder allgemeiner gesprochen: es handelte sich hier um DIE PERIODE DER RÖMISCHEN BAUERNKRIEGE.

329

§ 6. Die Raschheit, mit der die Einwirkungen der kapitalistisch hochentwickelten Nachbarvölker das altrömische Bauernvolk die verschiedenen wirtschaftlichen Entwicklungsstadien durchlaufen liessen, hat es verschuldet, dass die allgemeine Staatsbürger-Verfassung des Servius Tullius auf volkswirtschaftliche Verhältnisse mit der Kupferwährung ↻ aufgepfropft wurde. Da kann es denn nicht überraschen, dass die damalige Zeit von einem wahren Hunger nach Metallgeld getragen war, und dass eben diese ganz ausserordentliche Ueberschätzung des Geldes ihren rechtlichen Ausdruck fand in jenem furchtbaren Kredit- und Schuldrecht für Geld-Darlehen, das die Römer als NEXUM bezeichnen.

330

Dieses nexum bedeutete ursprünglich die unbeschränkte Vertrags- und Wucherfreiheit für den Darlehensverkehr mit möglichst abgekürztem Exekutionsverfahren zu Gunsten des Gläubigers. In Gegenwart von fünf Zeugen und unter Zuziehung eines gelernten libripens wurde das Darlehen in Baar dem Schuldner zugewogen, worauf sich dieser für Einhaltung der Rück- und Zinszahlungs-Bedingungen mit seiner Person in feierlicher Weise verpfändete. Wurden bis zum Verfalltage die Verpflichtungen nicht erfüllt und waren dann auch noch die 30 dies iusti unbenützt verstrichen, so legte der Gläubiger einfach Hand an den säumigen Schuldner und erwarb ihn damit als Schuldsklaven (nexus) mit der Wirkung, dass der Betroffene nicht einmal mehr einen begründeten Einspruch zu Gunsten seiner Freiheit vor dem Richter erheben konnte. In diesem Falle musste ein anderer römischer Bürger als vindex die Klage auf Freilassung erheben. Und auch dieses uneigennützige Eintreten für einen unglücklichen Schuldner war nicht ohne Gefahr. Denn wurde die Klage abgewiesen, so musste der vindex die doppelte Schuldsumme als Strafe erlegen.

Nun war dieses furchtbare Kredit- und Schuldrecht in ruhigen, geordneten Zeiten wohl deshalb von weniger einschneidender Bedeutung, weil kein dringender Anlass zur Aufnahme von Gelddarlehen vorlag. Aber ruhig und geordnet waren die Zeiten im alten Rom nicht immer. Die häufigen Kriege und feindlichen Einfälle zerstörten die [331] Fluren und führten zur Vernachlässigung des Ackerbaues und damit zu Mangel an Brotgetreide und zu Hungersnot. Die Beziehungen zu den Handelsvölkern des mittelländischen Meeres erfassten nach guten Ernten das einzige für den Export disponible und von den Handelsvölkern immer begehrte Gut der römischen Volkswirtschaft: DAS GETREIDE. Die allgemeine Ueberschätzung des Geldes hat nur zu leicht einen grösseren Prozentsatz der Ernte verkaufen lassen, als ratsam war. Und kam ein ungünstiges Jahr hinterher, dann waren abermals Teuerungszeiten unvermeidlich. Mit der Erbauung der Stadt Rom ging die Zeit bald zu Ende, in der Mangel an Getreide kurzer Hand durch Auswanderung der Jungmannschaft ausgeglichen werden konnte. Die Stadt hatte ein ganz anderes Interesse an der Erhaltung ihrer Bürgerzahl, und die Bürger selbst waren mit dem Wachstume der immobilen Werte sesshafter geworden. Deshalb greift, wie die Ueberlieferung schon für das Jahr 491 v. Chr. bestätigt, auch der altrömische Staat zur Politik der ÖFFENTLICHEN GETREIDE-MAGAZINIERUNG und der STAATLICHEN GETREIDEAUFKÄUFE IN SIZILIEN und UMBRIEN, womit besondere Beamte, Aedilen genannt, betraut wurden. Der Weg vom ver sacrum zu den staatlichen Getreide-Magazinen unter verantwortlicher Leitung der Aedilen war indes mit Notjahren bepflastert. Die staatlichen Getreidetransporte sind gewiss auch im alten Rom nicht VOR der Zeit der Not eingetroffen. Inzwischen musste das hungernde Volk leben und also Getreide kaufen, und wenn es das eigene Vermögen bereits hingegeben hatte, Schulden machen. Und das sind die Zeiten, wo die Vertrags- und Wucher-

freiheit mit dem abgekürzten Exekutionsverfahren des nexum unter dem bäuerlichen und gewerblichen Mittelstande verheerend wie die Cholera gewirkt haben muss.

332 Die römischen Kapitalisten würden sich um die dadurch nur zu sehr begründeten Klagen des Volkes über das nexum gewiss kein Jota gekümmert haben, wenn die fortwährenden ernsten Kriege mit mächtigen Feinden nicht das Zusammenwirken von Volk und Kapitalisten unentbehrlich gemacht und der Fall eines Unterliegens nicht gerade die Kapitalisten am schwersten bedroht hätte. Das wusste natürlich auch das Volk. Und da die ehemals freien römischen Bürger als Schuldsklaven im Kriegsfalle doch immer in die Legionen eintraten, ward das versammelte Heer zum Forum, vor dem das geknechtete Volk mit seinen sonst unerbittlichen Gläubigern und ihrem Schuldrechte Abrechnung hielt: DIE ZEITEN DER RÖMISCHEN KRIEGE wurden DIE ZEITEN DER RÖMISCHEN MITTELSTANDSGESETZGEBUNG.

§ 7. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass auch die römischen Bauern und Gewerbetreibenden zunächst mit Versprechungen sich zufriedenstellen liessen. Die Gläubiger werden damit in der Zeit der Kriegsnot nicht gekargt haben. Als aber der Krieg glücklich beendet war, kümmerten sich die patrizischen Richter wenig um die vorher gegebenen Versprechen. Ein geschriebenes Recht gab es nicht. Man urteilte nach dem Herkommen, dessen Auslegung der Willkür der Richter Thür und Thor öffnete. Und bald wurde das nexum wieder in der alten, vernichtenden Strenge angewandt.

Das enttäuschte Volk forderte deshalb beim nächsten Kriegsfalle bessere Garantien als leere Versprechen. Man forderte und erhielt besondere selbstgewählte Staatsbeamte, um die Schuldner gegen jene furchtbare Gewalt, welche das nexum den Gläubigern verlieh, persönlich zu schützen. Zu diesem Zwecke war die Person jenes Beamten unverletzlich und sein Veto genügte, jeden wie immer gearteten Akt der Verwaltung oder Rechtsvollstreckung aufzuhalten. 333 So entstand Amt und Würde der VOLKSTRIBUNEN, der tribuni plebis. Und weil die Hilferufe der bedrängten Schuldner nach Intervention des Tribunen so häufig gewesen sein mögen, wie der Ruf nach dem Arzte bei grossen Epidemien, so wurde die Zahl der Volkstribunen bald von zwei auf zehn erhöht. Und weiter forderten und erhielten die Plebejer ZWEI VOLKSAEDILEN (aediles plebis), die den Tribunen als Gehülfen zur Seite standen und besonders den Marktverkehr zu überwachen und DEM TREIBEN DER GETREIDE-WUCHERER entgegenzutreten hatten. Ferner forderte der Mittelstand zur Abstellung der richterlichen Willkür ein GESCHRIEBENES RECHT, in dem seine Wünsche über Kredit- und Exekutionsrecht in unzweideutiger Weise Ausdruck finden sollten. Zu diesem Zwecke wurde im Jahre 451 v. Chr. eine Kommission von zehn Männern (Decemviri) erwählt, die nur aus Patriziern bestand, die Geschäfte des Staates übernahm

und beauftragt war, ein allgemeines Gesetzbuch auszuarbeiten und zu erlassen. Als ihre auf zehn Tafeln eingegrabenen Gesetzesbestimmungen dem Volke und dessen Wünschen nicht entsprachen, wurden im folgenden Jahre 450 v. Chr. noch einmal Decemvirn ernannt, denen diesmal drei Plebejer angehörten. Aber auch diese Kommission brachte nur ein Kompromiss zu Stande. Das IM JAHRE 450 V. CHR. ABGESCHLOSSENE XII TAFELGESETZ behielt das nexum bei und führte nur ein ZINS-MAXIMUM von 8 1/3 % mit der Bestimmung ein, dass jede diese Grenze überschreitende Zinsforderung als Wucher mit der vierfachen Summe bestraft werde. Das römische Bauernvolk sah sich deshalb auch in seiner gemischten Zehner-Kommission getäuscht und jagte sie bei erster Gelegenheit aus dem Amte.

§ 8. Um der Unzufriedenheit der Masse des Volkes weitere Konzessionen 334 zu machen, kam im Jahre 317 v. Chr. ⥁ ein Gesetz zu Stande, welches das ZINSMAXIMUM auf 4 1/6 % ermässigte. Aber die Bauern wollten nicht bei den unklaren Konzessionen stehen bleiben. Ihr Ziel war die Beseitigung des nexum. Und weil hier, unter der geltenden servianischen Verfassung, die Senatoren und Kapitalisten ganz ausserordentlichen Widerstand entgegenzusetzen wussten, ging das Streben des Volkes gleichzeitig darauf aus, den bestehenden weitgehenden Einfluss seiner Gläubiger auf Gesetzgebung und Rechtsprechung möglichst zu vernichten.

Schon während des LATINERKRIEGES (340 bis 338 v. Chr.) ist es gelungen, das BESTÄTIGUNGSRECHT DES SENATES FÜR DIE BESCHLÜSSE UND WAHLEN DES VOLKES AUFZUHEBEN. Zum vorläufigen Abschlusse aber kam diese urwüchsige Mittelstandsgesetzgebung erst in den Roms Existenz auf das äusserste bedrohenden letzten SAMNITER-KRIEGEN (326 bis 275 v. Chr.). Die LEX POETELIA PAPIRIA von 326 v. Chr. hebt die Schuldknechtschaft auf. Niemand konnte fortan Schulden halber seine persönliche Freiheit verlieren. Die LEX GENUCIA VON 303 V. CHR. VERBOT DAS ZINSNEHMEN überhaupt. Die Zinsen, welche gezahlt waren, wurden als bereits erfolgte Abzahlung dem Schuldner gut geschrieben. Das VALERISCHE GESETZ VON 300 V. CHR. hat den patrizischen Richtern die Entscheidung über Leib und Leben der römischen Bürger genommen und einem Volksgerichte überwiesen. Das HORTENSISCHE GESETZ vom Jahre 287 v. Chr. bestimmte endlich, dass die Beschlüsse der Volksversammlung (PLEBISCITE) für den ganzen Staat bindend sein sollten.

Der gesetzgeberische Einfluss der Patrizier und Ritter, denen die servianische Verfassung die absolute Stimmenmehrheit in den Centuriats-Komitien zugeteilt hatte, war damit formell beseitigt. Der römische Mittelstand schien 335 der gesetzgebende Faktor des Staates geworden zu sein. ⥁ Und doch waren gerade von jetzt an die Tage des freien Bauernstandes gezählt. Der Weg aber, welcher anderen Faktoren gestattete, die römische Entwickelung jetzt noch zu

diesem Ende zu führen, beginnt mit der FREIEN VERSCHULDUNG UND FREIEN VERÄUSSERUNG DES LANDWIRTSCHAFTLICHEN GRUNDBESITZES.

§ 9. Schon die servianische Verfassung hat den privaten Ackerbesitz durch eine juristische Fiction zur beliebig veräusserlichen und beliebig verpfändbaren Ware gemacht. Ein Teil der freien Bauernschaft in der unmittelbaren Nähe der römischen Stadtmauern mag seinen Ackerbesitz zu guten Preisen losgeschlagen haben, um anderwärts, vielleicht als Client, sein Glück zu versuchen. In der grossen Mehrzahl der Fälle aber hat gewiss die unheilvolle Macht des nexum die Bauern von ihrem ererbten Besitze verjagt und in Schuldsklaven auf den Besitzungen ihrer Gläubiger verwandelt. Da die senatorischen Familien von Anfang an das AUSSCHLIESSLICHE Recht der Occupation von Staatsländereien für sich in Anspruch genommen zu haben scheinen, kam das verarmte Volk in eine doppelt missliche Lage: zu den Schulden und zum Verluste seiner Habe trat die Unmöglichkeit, neue Aecker billig zu erwerben. Und deshalb ist früh schon in der römischen Geschichte mit dem Rufe nach Schuldentlastung auch der Ruf nach Antheil an den Staatsländereien laut geworden. Die sogenannte LICINISCH-SEXTISCHE GESETZGEBUNG vom Jahre 376 v. Chr. (leges Liciniae Sextiae) hat dieser Forderung Rechnung getragen. Den Schuldnern wurde gestattet, DIE BEZAHLTEN ZINSEN VOM KAPITALE ABZUZIEHEN mit der Verpflichtung, den Rest binnen drei Jahren in drei Raten zu bezahlen. Und ferner wurde bestimmt, dass NIEMAND MEHR ALS 500 MORGEN STAATSLAND in Besitz haben, darauf NICHT MEHR ALS 100 STÜCK GROSSVIEH ↻ ODER 500 STÜCK KLEINVIEH halten dürfe und unter seinen Knechten EINEN BESTIMMTEN TEIL FREIER LEUTE beschäftigen müsse. 336

Die hier vorgesehene Schuldentlastung konnte schon ihrem Wortlaute nach nur eine einmalige sein und deshalb nur eine vorübergehende Wirkung haben. Die anderen Bestimmungen, besonders über das Grundbesitz-Maximum, scheinen kaum eine konsequente Anwendung erfahren zu haben. Wohl aber ist nicht zu verkennen, dass von jetzt an mit einer gewissen Liberalität aus den neuerworbenen Gebieten Aecker an die römischen Bürger abgegeben wurden. C. FLAMINIUS bringt 232 v. Chr. das Gebiet der senonischen Gallier zur Aufteilung. Der latinischen Meeresküste entlang ziehen sich schon vorher römische Bürger-Colonien, die in bestimmter Verbindung mit Rom stehen, während die sogenannten latinischen Kolonien die Eroberungen in Etrurien und den Apenninen sichern mussten. Aber damit wuchs die Entfernung zwischen den römischen Bauern und der Stadt Rom immer mehr. Ihre rechtliche und politische Zusammengehörigkeit wurde bald als eine Last empfunden, die durch ganz bestimmte Massregeln gemildert werden musste. Schon im Jahre 317 v. Chr. werden besondere Beamte (PRAEFECTI IURI DICUNDO) nach den Kolonien entsendet. Im Jahre 287 v. Chr. wurde bestimmt, dass AN DEN MARKTTAGEN (nundinae) IN ROM RECHT GESPROCHEN werde, damit die Bauern bei ihren Ein- und Ver-

käufen in der Stadt gleichzeitig auch ihre Rechtsgeschäfte abwickeln konnten. Bis dahin waren an diesen Markttagen als Feiertagen die Gerichte geschlossen. Und im Laufe des 2. Jahrhunderts erhalten die Kolonien ihre selbstgewählten Praetores.

§ 10. Das Alles war für den freien Bauernstand unzweifelhaft eine höchst gefahrvolle Entwickelung. Die sonst so konsequente Mittelstands-Gesetzgebung der Samniter-Kriege ist anscheinend ohne ernstere Bedenken an der Thatsache vorübergegangen, dass die servianische Verfassung den ursprünglich unveräusserlichen landwirtschaftlichen Grundbesitz in eine beliebig veräusserliche und beliebig verpfändbare Ware verwandelt hat. In diese Lücke der Gesetzgebung ist die Macht des Kapitals hineingewachsen und hat mit einem fortwährend sich verbreiternden Ringe von Latifundien die Stadt Rom umschlossen, um langsam aber sicher den Kern der römischen Bauernschaft aus der allmächtigen römischen Volksversammlung zu verdrängen. Mit dem Verschwinden der Bauern aus den regelmässigen römischen Volksversammlungen verschwand auch ihr politischer Einfluss in Rom. Und damit waren ihre Interessen der rechtlichen Missachtung verfallen. Die Stadt Rom aber wurde durch diesen Ring der kapitalistischen Latifundien isoliert. Da die römischen freien Gewerbetreibenden durch massenhafte Freilassung technisch überlegener griechischer Gewerbesklaven bald zu überwiegendem Teile proletarisiert waren, bestand die in Rom zurückgebliebene gesetzgebende Volksversammlung eines Tages zumeist aus verarmten Bürgern, welche durch Hunger und Geschenke gehalten wurden, der Kapitalistenpartei völlig zu willen zu sein. So hat, nach Verdrängung der Bauern aus der römischen Volksversammlung durch Verschiebung ihrer Wohnsitze nach immer grösserer Entfernung von Rom mit Hülfe des Hortensischen Gesetzes vom Jahre 287 v. Chr., das Kapital im römischen Staate die Alleinherrschaft erlangt. —

Indes war jetzt nicht die Zeit, um über diese Dinge und ihre notwendigen Folgen nachzudenken. Namentlich der zweite punische Krieg (218 bis 201 v. Chr.) brachte den Staat an den Rand des Verderbens. Nur mit Einsetzung aller Kräfte ist es gelungen, den gefährlichen Gegner in der Schlacht bei Zama (202 v. Chr.) endlich zu überwinden und mit reicher Siegesbeute nach der Heimat zurückzukehren. Schon mit der bei der Eroberung von Tarent (272 v. Chr.) gewonnenen Beute konnte Rom im Jahre 269 v. Chr. die Silberprägung beginnen. Im Jahre 207 v. Chr. folgte die Einführung der Goldwährung. Um das Jahr 200 v. Chr. brachten die Friedensverträge mit Karthago (202 v. Chr.), mit Philipp von Makedonien (197 v. Chr.) und mit Antiochus III. von Syrien (190 v. Chr.) 115 Millionen Mark Kriegsentschädigung nach Rom. Im Jahre 168 v. Chr. wird die Erorberung der Mittelmeer-Länder in der Hauptsache vollendet. Rom ist ein Weltreich geworden. Unter so viel Siegesjubel wurde die Frage nach der Erhaltung des Bauernstandes vergessen. Wer seinen Hof verloren hatte, konnte

jetzt überdies in friedlichen Zeiten leicht Arbeit finden. Denn überall wurden mit den erbeuteten Schätzen auf Staatskosten grosse Bauten aufgeführt. Die allgemeine Konsumkraft des Volkes ist in dieser Zeit gewiss gestiegen. Vor Allem ist aber jetzt die Zeit, wo das römische Grosskapital beginnt, seine gewonnene Herrschaftsposition in schamlosester Weise auszunützen.

§ 11. Die Staatsdomänen (ager publicus) auf italischem Boden werden mit thunlichster Eile occupiert. Um die gesetzliche Abgabe an den Staat von 1/10 der Halmfrucht und 1/5 der Baumfrucht kümmert man sich wenig. Und wo Grundstücke im Besitze unterworfener Volksgenossen oder auch römischer Bauern dieser Latifundienbildung im Wege liegen, da werden sie entweder aufgekauft mit Zustimmung des Besitzers, nachdem derselbe der fortgesetzten schweren Schädigungen durch die grossen Viehherden des Nachbarn müde geworden, oder sie werden gewaltsam annektiert. Während die römischen Bauern vor dem Feinde die Siege für das Vaterland erkämpfen, werden ihre zurückgebliebenen ⟳ Angehörigen von Haus und Hof verjagt. Bis der Krieger nach Friedensschluss in die Heimat zurückkehrt, sind Weib und Kind im Elend verdorben und gestorben. So haben die römischen Grosskapitalisten mit der unüberwindlichen römischen Bauernschaft auf italischem Boden aufgeräumt, die noch in den furchtbaren Kriegen gegen Hannibal (218 bis 201 v. Chr.) jährlich 70 000 Mann in's Feld stellen konnte. Kaum 60 Jahre später findet Tiberius Gracchus in ganz Etrurien fast nur mehr Viehherden und Sklaven aus Barbaren-Ländern. — Wenn aber schon auf italischem Boden so frech Alles zusammengeraubt wurde, dann kannte die Unersättlichkeit des Kapitals in den überseeischen Provinzen natürlich noch weniger eine Grenze. Latifundien wurden an Latifundien gereiht und mit Sklaven besetzt, die früher hauptsächlich das nexum und die Kriege, jetzt die Kriege, die Sklavenmärkte und der Menschenraub lieferten. Auf dem berühmten Sklavenmarkte der Insel Delos wurden Morgens bis zu 10 000 Sklaven aufgetrieben, um bis zum Abende leicht verkauft zu sein. Und als die Kriege nicht mehr genug Sklavenmaterial lieferten, erlangte unter dem stillschweigenden Einverständnisse der römischen Kapitalisten der Menschenraub durch die Piraten eine grossartige, staatsähnliche Organisation. Auf Sizilien wurden von den römischen Herren so viel freie Bürger gewaltsam in die Reihen ihrer Sklaven eingestellt, dass die Klage darüber bis nach Rom drang und ein besonderer Gerichtshof zur Untersuchung dieser Verhältnisse eingesetzt wurde. Als aber dieses Gericht binnen kurzer Zeit bei 800 gewaltsam als Sklaven eingefangenen Freien die Fesseln lösen musste, wurde seine Thätigkeit von Rom aus unterdrückt. Um das Jahr 100 v. Chr. berichtet der König von Bithynien nach Rom: er sei ausser Stande, den geforderten Zuzug von Hilfstruppen zu leisten, weil die römischen Kapitalisten alle waffenfähige Mannschaft in die Sklaverei weggeführt haben.

339

⟳ So wuchs natürlich mit der Grösse der Latifundien auch die Zahl der

340

Sklaven. Während nach der Ueberlieferung der erste römische König Romulus nur zwei Morgen Ackerland als volles Eigentum an jeden Bürger verteilt haben soll, und noch zur Zeit der servianischen Verfassung unter den 188 Centurien, in welche die römischen Grundbesitzer eingeteilt wurden, 80 Centurien Vollhufner mit fünf Hektaren Grundbesitz gezählt werden, waren gegen Ende des 2. Jahrhunderts v. Chr. auf der leontinischen Feldmark nur 84 Besitzer mit durchschnittlich 100 000 Hektaren urbaren Landes. Aus dem 1. Jahrhundert v. Chr. wird von dem Freigelassenen G. Caecilius berichtet, dass er auf seinen Besitzungen 4116 Sklaven mit 3600 Joch Ochsen und 257 000 Stück sonstigen Viehes hinterlassen habe. An dem Sklaven-Aufstande auf Sizilien im Jahre 104 v. Chr. sollen 70 000 Sklaven beteiligt gewesen sein.

Endlich verschärfte sich mit der Zahl der Sklaven in der Hand der einzelnen Herren auch die rücksichtslose Ausbeutung derselben. Nach den ältesten Ueberlieferungen, welche auf einen Sklaven drei Herren zählten, hatte der römische Sklave rechtlich und thatsächlich die gleiche Stellung wie der Haussohn. Beide gehörten zur Familie. Und noch des älteren Cato Frau hat in der ersten Hälfte des 2. Jahrhunderts v. Chr. als Vertreterin der guten alten Sitten Sklavenkinder an der eigenen Brust gestillt, um ihre Zuneigung für die Herrenfamilie zu gewinnen. Als aber die Römer auf Sizilien die punischen Plantagen-Wirtschaften übernahmen, behielten sie auch das System der strenge bewachten und mit Ketten gefesselten Ackersklaven bei, welche die Nächte in unterirdischen Zwingern verbringen mussten und mit dem stimulus, dem Stachelstocke des Treibers, dem Ackerstiere gleich, zu rascherem Tempo bei der Arbeit angetrieben wurden. Dies System übertrugen die Römer sogar noch auf italischen Boden.

341 ⥁ § 12. Wohl von allem Anfange an haben diese Latifundien die Viehhaltung dem Getreidebaue vorgezogen. Das bezeugen schon die vielen Verurteilungen der grossen Herdenbesitzer (pecuarii) wegen Schädigung der Bauern, welche die römischen Annalen erwähnen. Getreide wurde nur so viel gebaut, als zur Deckung des eigenen Bedarfes nötig war. Und höchstens innerhalb der grösseren Nähe der Stadt rentierte es sich noch, Getreide für den Markt zu produzieren, obwohl schon in der zweiten Hälfte des 3. Jahrhunderts v. Chr. sowohl die Aedilen als auch Private gelegentlich zur Linderung der durch den zweiten punischen Krieg bewirkten Not Getreide zu billigeren Preisen und ab und zu auch umsonst an das Volk abgegeben haben, was naturgemäss den Getreidemarkt unsicher machen musste. Mit der Vernichtung des römischen Getreidebauern durch die fortschreitende Ausdehnung der Latifundien hat deshalb schon im Laufe des 3. Jahrhunderts die Verdrängung des Getreidebaues durch Viehwirtschaft, Oel- und Weinbau begonnen, um nach dem Anfalle Siziliens an Rom, unter der Einwirkung des REICHEN SIZILIANISCHEN GETREIDEZEHENTS in erschreckend kurzer Zeit so vollständig durchgeführt zu werden,

dass Rom aufgehört hat, sich mit auf italischem Boden gewachsenem Getreide zu versorgen.

Aber auch Sizilien ist nicht lange die römische Kornkammer geblieben. Es mussten ja auch Sardinien, Spanien und Afrika ihren Getreidezehent nach Rom schicken. Und da jede anderweitige Getreideausfuhr aus den Provinzen verboten war, strömten immer grössere Getreidemassen in Rom zusammen, so dass bei einem Durchschnittspreise auf dem freien Markte von 107 bis 133 Mk. pro Tonne Weizen der Preis für die staatlichen Getreideabgaben im Laufe des 2. Jahrhunderts auf 42 Mk. 84 Pf. herabgesetzt und sogar mit 5 Mk. 66 Pf. pro Tonne beantragt werden konnte. ↻ [342] So war denn auf Sizilien der Weizen bald beinahe unverkäuflich, bald bei vorübergehender Knappheit in Folge spekulativer Preistreiberei auf 535 Mk. 50 Pf. pro Tonne gestiegen. Der Getreidebau hatte damit für Sizilien aufgehört, eine einigermassen sichere Einnahme zu bilden. So ging man auch auf Sizilien im Laufe des 2. Jahrhunderts vom Getreidebaue zur Viehzucht und zwar hauptsächlich zur Pferdezucht über. Die Kornkammer Roms wanderte weiter nach Spanien und Afrika und später nach Aegypten und dem Pontus. Die Bevölkerung Roms wurde aus immer grösseren Entfernungen mit Brotgetreide versorgt.

Neben dieser rein landwirtschaftlichen Produktion hatten die Latifundien hauptsächlich noch Sandsteingruben, Ziegelwerke, Filzfabriken, Töpfereien und in günstigen Fällen auch bergmännische Betriebe. Ebenso war die Deckung des eigenen Bedarfes an den einfacheren gewerblichen Produkten durch Eigenproduktion früh schon Sitte geworden.

§ 13. Aber warum haben die römischen Kapitalisten die Latifundienwirtschaft mit Sklavenbetrieb mit so unerbittlicher Energie zu solch unheilvoller Ausdehnung gebracht? Der Landhunger, der zur ältesten Zeit schon den Römern so sehr eigen war, kann für diese so äusserst gierige Ausbildung der Latifundien unmöglich zu einer Zeit noch als zureichende Erklärung dienen, in der die geldwirtschaftliche Entwickelung bereits zur reinen Goldwährung vorgeschritten war. Aber auch die Gewinne, die im Laufe des 2. Jahrhunderts aus dem landwirtschaftlichen Grossbetriebe gezogen wurden, können nicht das wahre Motiv dieser furchtbaren Umgestaltungen sein. Denn selbst die berühmtesten Muster-Landwirte dieser Zeit sind als Landwirte nicht mehr wirklich reich geworden. Die Gefahren und Unannehmlichkeiten, welche mit den Sklaven-Aufständen verbunden waren, müssen gelegentlich die Erträge einer Reihe guter Jahre binnen kurzer Zeit verschlungen haben. ↻ [343] Dennoch hingen die römischen Grosskapitalisten, wie besonders die Geschichte der Gracchen zeigt, mit einer Zähigkeit und mit einer Leidenschaft an ihren Latifundien, die selbst vor dem Morde ihrer nächsten Verwandten mit den berühmtesten Namen nicht zurückschreckte, wenn es galt, die zusammengeraubten Aecker

zu verteidigen. Warum? Die Antwort auf diese Frage liegt auf dem Gebiete der Entstehung des römischen Grosskapitals und deshalb auf dem Gebiete der Ausbeutung der eroberten Völker und Länder durch die römischen Kapitalisten.

War schon von Anfang an die occupatio bellica der Grundbegriff des römischen Eigentumserwerbes, und suchte man deshalb selbst auf italischem Boden alles zusammenzurauben, was irgendwo noch nicht in festen, kapitalkräftigen Händen war, so galt für die eroberten Länder, Provinzen und Völker glattweg die Auffassung, dass sie die Kriegsbeute des römischen Volkes seien. Kaum war deshalb im Jahre 168 v. Chr. die Eroberung der Mittelmeerländer in der Hauptsache vollendet, als auch schon durch ein besonderes Gesetz vom Jahre 167 v. Chr. die Besteuerung der römischen Bürger aufgehoben und alle Steuern den Provinzen aufgebürdet wurden. Aber damit waren die römischen Bürger nur entlastet. Um sich auch zu bereichern, dazu waren 3 Wege gegeben: entweder als STATTHALTER in die Provinzen zu gehen, oder als STEUERPÄCHTER die Einkünfte der Provinzen zu pachten, oder als RÖMISCHER KAUFMANN UND GELDVERLEIHER in den Provinzen zu arbeiten.

§ 14. Um als Statthalter in eine Provinz zu gehen, musste man vorher eine der höchsten Staatswürden in Rom als Konsul oder Prätor erlangt haben. Diese höchsten Würden hatten ihre amtlichen Vorstufen wie das Censoren- und Aedilenamt u.s.w. Alle diese Aemter wurden durch Wahl der römischen Volksversammlung besetzt. Und ge-[344]wählt wurde, wer den Wählern die grösseren Geschenke machte. Hierzu waren schon seit dem 3. Jahrhundert v. Chr. GETREIDESPENDEN ganz besonders beliebt. Wer aber grössere Mengen Getreides für diesen Zweck zur Verfügung haben wollte, durfte als Regel nicht an Kaufen auf dem römischen Markte denken. Denn dadurch wäre fast unvermeidlich eine Preissteigerung bewirkt worden, was nicht nur die Baarausgaben in's Ungemessene gesteigert hätte, sondern obendrein anstatt der Zuneigung den Zorn des Volkes erwecken musste. Jeder Bewerber um höhere Staatsämter war deshalb darauf angewiesen, Latifundien mit Sklaven zu besitzen, um selbst das Getreide zu bauen, mit dem er seine Wahlstimmen zu kaufen versuchte.

Neben den Getreidespenden waren die römischen Wähler bald auch die ZUWENDUNG VON GELD UND SPIELEN gewohnt, die wieder viel Geld kosteten. Dieses Geld wurde, soweit der Vorrat reichte, aus der eigenen Tasche genommen. War aber die Konkurrenz der Bewerber gross, dann mussten von den Wahlgesellschaften (sodalicia) bei den römischen Bankiers noch Wahlanleihen aufgenommen werden, die gelegentlich wie z. B. am 15. Juli des Jahres 54 v. Chr. — den römischen Geldmarkt so stark in Anspruch nahmen, das der Zinsfuss plötzlich von 4 auf 8 % stieg. Diese Anleihen mussten natürlich sichergestellt werden. Und die für grössere Beträge einzig gangbare Sicherstellung

war zuletzt die HYPOTHEK AUF GRUNDBESITZ. So hatten also die üblichen Spiele, Getreide- und Geldspenden bei der Bewerbung um die höheren und höchsten Staatsämter gleich sehr zur Voraussetzung den Besitz von Latifundien mit Sklaven.

Der dadurch stark verschuldete Konsul oder Prätor zog dann nach Beendigung seines Amtsjahres als Statthalter in eine Provinz, in der er sich als Besitzer, als possessor einer Staatsdomäne fühlte, auf welcher er der kurz bemessenen Amtsdauer wegen Raubbau treiben musste. Die ungeheueren Summen, die er für Wahlbestechungen ausgegeben hatte, betrachtete er als Anlagekapital. Um diesen Betrag binnen kurzem mit Gewinn herauszuwirtschaften, konnte der Einzelne kaum enthaltsam sein. Der Statthalter verfügte völlig eigenmächtig über die Steuerkraft der Provinz, namentlich über die Kopfsteuer, und erlaubte sich auch sonst alle möglichen Erpressungen. Typisch für diese Art von Berufsausübung ist bekanntlich die Laufbahn des VERRES. Nachdem er im Bürgerkriege 82 v. Chr. die Kriegskasse unterschlagen und durch Uebergang zur sullanischen Partei sich Straflosigkeit erwirkt hatte, begann er als quaestor seine Laufbahn. Als solcher hat er Erbschleichereien, Diebstahl, Unzucht, Raub- und Gewaltthat in allen Variationen verübt. Mit seinen derart zusammengescharrten Schätzen wusste er nicht nur einen Prozess wegen Erpressung abzuwenden, sondern sich auch die Prätur zu erwerben. Als Stadtprätor sprach er Recht, je nachdem man ihn oder seine Geliebte bezahlt hatte. Dann erhielt er die Verwaltung der reichen Provinz Sicilien. Und hier hat er als Statthalter so gehaust, dass die Verlesung des von Cicero gegen ihn beigebrachten Beweismaterials 9 Tage ihn Anspruch nahm. Darin konnte nachgerechnet werden, dass er in EINEM Jahre die Provinz um 7 Millionen Mark ärmer gemacht habe. Nicht nur Wohlhabende hat er gebrandschatzt, er hat auch die Landwirte so ausgeraubt, dass viele von ihnen die Ackerbestellung aufgaben, weil unter diesem Raubsystem der Acker doch nichts einbrachte.

Und so allgemein verbreitet war diese Art der Ausplünderung der Provinzen, dass selbst der „ehrenwerte“ Brutus in Asien sich der schändlichsten Volksausbeutung schuldig machte, und der Philosoph Seneca, der so schön von Tugend und Menschenwürde zu schreiben wusste, in Britannien den schamlosesten Wucherer spielte.

§ 15. Um als römischer Steuerpächter, publicanus genannt, an der Verpachtung der Steuern, Zölle, Abgaben, Bergwerke u.s.w. teilnehmen zu können, musste Kaution gestellt werden. Diese hohen Kautionsbeträge konnten unmöglich aus barem Gelde bestehen. Wertpapiere und Wechsel in unserem Sinne sind bei der Hast, welche die römische Wirtschaftsentwicklung auszeichnet, nicht zur Ausbildung gekommen. Deshalb war der römische Kapitalismus hier gewissermassen in der Hülse der auf der Basis des Grundbesitzes orga-

nisierten Naturalwirtschaft stecken geblieben. Die der Staatskasse zu gewährenden Sicherstellungen mussten in der Hauptsache in Grundbesitz geleistet werden. Diese Realkaution wurde ferner auch um deswillen bevorzugt, weil ein wesentlicher Teil der Provinzialsteuern in natura entrichtet wurde. Also mussten auch die römischen Steuerpächter nach Latifundien mit Sklavenarbeit trachten.

Hatte der Einzelne bei der öffentlichen Vergebung der Staatsgefälle den Zuschlag erhalten, so ging er hinaus in seine Provinz, um die Steuererhebung in einer so gewissenlosen Weise geschäftsmässig auszubeuten, dass jeder Einheimische, der sich irgendwie daran beteiligte, unter seinen Landsleuten für ehrlos galt. Sobald die an sich schon hoch gegriffenen Gefälle nicht pünktlichst entrichtet wurden, kamen wucherische Verzugszinsen in Anwendung, für deren Begleichung die publicani das Vermögen ebensowenig wie die Menschen schonten. Suchte aber der Steuerzahler dieser Gefahr dadurch zu entrinnen, dass er den betreffenden Betrag als Kredit bei einem Geldleiher flüssig machte, so kam er aus dem Regen in die Traufe. Denn in den Provinzen galt dem römischen Geldverleiher das nexum, das durch die Gesetzgebung der Samniterkriege nur für die römischen Bürger und durch das Gesetz von 193 v. Chr. [347] nur für die italischen Bundesgenossen aufgehoben wurde. So war es denn möglich, dass in ungünstigen Jahren die römischen Steuerpächter und Kaufleute fast die ganze wehrfähige Mannschaft eines Landes als Schuldsklaven wegführen konnten, wie der oben erwähnte Bericht des Königs von Bithynien bestätigt.

Fast scheint es, als ob man planmässig darauf ausgegangen sei, die Bevölkerung der unterjochten Länder durch rücksichtslose Ausbeutung zum Aeussersten zu treiben, um dann entweder — wie bei den Juden — das ganze Volk mit seinem Vermögen als Kriegsbeute wegzuschleppen, oder durch Kriegskontributionen beinahe das Gleiche zu vollziehen.

Besonders charakteristisch war die ausgiebige Verwendung der MACHTMITTEL DES RÖMISCHEN STAATES zur Realisierung der PRIVATEN Geschäftsgewinne der römischen Kapitalisten: POMPEJUS hatte dem kappadozischen PRINZEN ARIOBARZANES grosse Darlehne gemacht. Wollte sein Client nicht weiter zahlen, so drohte Pompejus: er werde baldigt selbst dorthin kommen und gegen die Parther ziehen, und das half. Gegen denselben Fürsten liess CICERO während seiner Statthalterschaft von Cilicien militärisch einschreiten, um seinem Freunde M. JUNIUS BRUTUS zu seinem Gelde zu verhelfen. Als die SALAMINIER (auf Cypern) in Rom ein Anlehen machen wollten, was das Gabinische Gesetz verbot, liess ihnen BRUTUS durch seine Agenten die Summe zusagen, allerdings nur für die Kleinigkeit von 48 % Zinsen. Dafür setzte Brutus ein Gesetz durch, welches die Klausel des hindernden Gesetzes aufhob. Bald aber ging dem edlen

Brutus die Zinszahlung nicht flott genug ein, und der ihm befreundete Statthalter APPIUS half ihm mittelst Dragonade die Zinsen eintreiben. Zum Glück für die Salaminier begann bald darauf die Statthalterschaft CICEROS, und dieser besass doch beinahe ebensoviel Ehrenhaftigkeit wie Freund⟳schaft gegen Brutus; er sistierte das Verfahren wenigstens zeitweise. 348

So kam denn gelegentlich der Hass der unterdrückten Völker gegen ihre römischen Ausbeuter in blutiger Weise zum Ausbruche. Im Mithridatischen Kriege sollen im Jahre 88 v. Chr. an EINEM Tage mit Hülfe der kleinasiatischen Griechen 80 000, und im Jahre 61 v. Chr. in Britannien 70 000 Römer erschlagen worden sein. Als dann Sulla im Jahre 84 v. Chr. Kleinasien eine Kriegssteuer von 102 Millionen Mark auferlegte, die von römischen Kapitalisten vorgestrekt wurden, weil das Volk nicht selbst bezahlen konnte, da war binnen 14 Jahren die Schuldsumme auf das Sechsfache gewachsen, so dass die Gemeinden ihre öffentlichen Gebäude, die Eltern ihre Kinder verkaufen mussten, um den unerbittlichen Gläubigern gerecht zu werden. Griechischen Städten haben im gleichen Jahre zur Bezahlung der ihnen auferlegten Kriegssteuer römische Bankiers ein grösseres Darlehen gewährt zu einem Zinsfusse von 48 % — „weil sonst Niemand leihen wollte."

Solch einträgliche Geschäfte konnte mit Hülfe seiner Freunde nur machen, wer reich war. Wer aber reich werden wollte, der musste vor allem bestrebt sein, Latifundien mit Sklaven zu erwerben, ohne welche die Anteilnahme an den besten Geschäften unmöglich war. So kam es, dass im republikanischen Rom nicht nur jeder Bewerber um die höchsten Staatsämter, jeder Steuerpächter und jeder reiche Kaufmann, sondern auch jeder Parvenu mit um so grösserer Gier nach Grundbesitz trachtete, je reichlicher die Geldgewinne aus dem kapitalistischen Erwerbe flossen, und dass dieselbe Klasse von Personen im kaiserlichen Rom einen grossen Teil ihrer Latifundien mit Sklaven wie wertlose Sachen aufgelassen hat in demselben Augenblicke, wo durch die kaiserliche Rechtsordnung das bisher übliche Ausbeutungs-System der Provinzen durchschnitten wurde.

⟳ § 16. Indessen ist so viel gewiss: dieses Räubergewerbe der römischen Kapitalisten hatte die völlige Proletarisierung der gesetzgebenden römischen Volksversammlung zur unerlässlichen Voraussetzung. Als durch die Licinisch-sextische Gesetzgebung vom Jahre 376 v. Chr. das Monopol der senatorischen Familien auf die Staatsdomänen gebrochen werden sollte zu Gunsten einer liberalen Verteilung der eroberten Ländereien an die römischen Bürger, bestand der Kern der römischen Volksversammlung noch aus altrömischen Bauern. Und diese hatten ein Interesse nicht nur an den gemeinsamen Koloniengründungen, sondern auch an den Viritanassignationen zu quiritarischem Eigentum. Denn beide boten Gelegenheit, die überzähligen Söhne mit geringen 349

Kosten als Landwirte zu verselbständigen. Als aber dann durch den immer mehr sich verbreiternden Latifundiengürtel der Grosskapitalisten um die Stadt Rom herum die freien Bauern aus der römischen Volksversammlung verdrängt wurden, und die allein zurückgebliebene hauptstädtische Bevölkerung rasch verarmt und auf das Gnadenbrot der Reichen angewiesen war, da stand nach dem unausbleiblichen Fiasko der GRACCHISCHEN BEWEGUNG im Jahre 121 v. Chr. niemand in den Reihen der gesetzgebenden Volksversammlung, der nicht Kapitalist gewesen wäre oder von kapitalistischem Brote gelebt hätte. Und deshalb kam damals die AUFHEBUNG DER VERÄUSSERUNGSVERBOTE FÜR DAS LAND DER GRACCHISCHEN BAUERNGRÜNDUNGEN, WIE FÜR DAS UNGETEILTE GEMEINDELAND zur Annahme. Wenn das römische Volk im Jahre 118 v. Chr. bestimmte, dass fortan die allgemeinen Landesverteilungen an die römischen Bürger aufhören sollten, um die eroberten Feldmarken ganz der Occupation durch die Kapitalisten zuzuführen, mit dem charakteristischen Zusatze, dass die Occupationsgebühren für diese Ländereien unter die bedürftigen römischen Bürger

350 ⥁ verteilt werden sollten, so war das nur die gesetzliche Sanktion einer bereits allgemein eingebürgerten Sitte. Die an ein müh- und arbeitsloses Dasein gewöhnten Proletarierbürger hatten schon vorher immer das durch Viritanassignationen ihnen zugefallene Land an den nächsten kauflustigen Kapitalisten um billigen Preis verkauft. Die Lust, im Schweisse ihres Angesichtes als Bauern zu leben, war ihnen längst abhanden gekommen. Als aber im Jahre 111 v. Chr. ein Gesetz zur Annahme kam, welches das von Bürgern in Besitz genommene Gemeindeland in abgabenfreies Privateigentum der augenblicklichen Besitzer verwandelte, da handelte es sich gewiss weniger um einen Willensausdruck des besitzlosen Proletariates, als vielmehr um einen gesetzmässigen Ausdruck für die unumschränkte Herrschergewalt, welche das Kapital in Rom erlangt hatte.

§ 17. Was waren die Folgen dieser Alleinherrschaft des Kapitalismus in Rom? Der alte unabhängige Mittelstand wurde vernichtet, und Reichtum und Armut sind in die Thore der ewigen Stadt Rom eingezogen. Die servianische Verfassung schätzt aus der Gesamtzahl von 193 Centurien nach den 18 Centurien der Wohlhabenden noch 80 Centurien Vollhufener mit einer Vermögensgrenze nach unten im Werte von 7000 Mark. Im Jahre 104 v. Chr. konnte der Tribun Philippus in öffentlicher Rede erklären, dass es in Rom nicht mehr 2000 Personen gebe, welche ein Vermögen hätten. Diese Verarmung des Volkes durch Bereicherung der oberen Zweitausend hat sich anscheinend in erschreckend kurzer Zeit vollzogen. Als um das Jahr 200 v. Chr. die Gesandten Karthagos von Rom nach ihrer Heimat zurückkehrten, erzählten sie spöttelnd, dass für sämtliche römische Senatoren ein einziges silbernes Tafelgeschirr ausreiche, dem sie bei ihren Einladungen überall begegnet seien. Quintilius Fabius, der Neffe

351 des Scipio Africanus, der im Jahre 121 v. Chr. Konsul war, ⥁ brachte es schon

auf 1000 Pfd. Silberzeug. Und Marcus Drusus, Volkstribun von 91 v. Chr., soll 10 000 Pfd. Silberzeug besessen haben. Aemilius Paulus, der Sieger von Pydna (150 v. Chr.), hatte nur ein Vermögen von 300 000 Mark und galt deshalb nicht für einen reichen Senator. Nur 30 Jahre später wurden 684 000 Mark als ein mässiges Senatorenvermögen bezeichnet. Und um das Jahr 50 v. Chr. hinterliess Pompeius 16 Millionen, sein Freigelassener Demetrius 18 1/2 Millionen Mark, während Crassus, der Freund Caesars, trotz seiner ungeheuren Spenden an das Volk bei seinem Tode noch ein Vermögen von 39 Millionen Mark sein Eigen nannte.

Dieser wachsenden Anhäufung des Reichtums in den Händen der oberen Zweitausend steht die Verarmung der Massen direkt proportional zur Seite. Die servianische Verfassung hat die Dienstleistung im Heere an den Besitz eines Minimalvermögens von 770 Mark geknüpft. Im Jahre 146 v. Chr. musste dieser Minimalcensus von 770 auf 300 M. herabgesetzt und gleichzeitig die Dienstzeit verlängert werden, um noch genügend Soldaten für die Armee zu erhalten. Als aber dann die römischen Heere Niederlage auf Niederlage erlitten, hat Marius im Jahre 107 v. Chr. den Vermögenscensus für den Heeresdienst ganz aufgehoben und seine römischen Legionen aus Besitzlosen, aus Proletariern gebildet. Die Schuldgesetze mit dem Zinsverbot, welche ein starker, kerniger Mittelstand während der Samniterkriege (327 bis 275 v. Chr.) den Kapitalisten abgetrotzt hatte, waren jetzt längst in Vergessenheit geraten. Und als in der schweren wirtschaftlichen Krisis des italischen Bundesgenossenkrieges (91 bis 88 v. Chr.) A. Sempronius Asellio im Jahre 89 v. Chr. dieses niemals aufgehobene Schuldgesetz wieder zur Anwendung bringen wollte, wurde er von Gläubigern auf dem Forum erschlagen, ohne dass sich das römische Volk viel ↻ darum gekümmert hätte. Die Proletarier hatten keinen Kredit mehr in Anspruch zu nehmen, deshalb waren ihnen die Schuldgesetze gleichgültig geworden. 352

§ 18. Weil die grosse Masse des Volkes in Rom jetzt völlig verarmt war, war sie auf Geschenke und Bestechungen angewiesen, wenn sie nicht verhungern wollte. In grossen Wirtshäusern speisend, in armseligen Schlafstellen wohnend, fehlte dem römischen Bürgerproletariat fast jede Gelegenheit, sich auf ehrliche Weise etwas zu verdienen, nachdem die Grosskapitalisten alle Produktionsmittel an sich gerissen und überall die billigere Sklavenarbeit verwendeten. Man war deshalb namentlich bestrebt, als Client in den Dienst eines vornehmen Herrn zu kommen, aber nicht, um wie früher, dessen Felder zu bebauen, sondern um morgens schön untertänigst Aufwartung im Hause des Herrn zu machen, dann zum Forum und zum Campus Martius zu gehen, um Neuigkeiten zu erfahren und den Herrn ehrerbietigst bei seinem öffentlichen Auftreten zu begleiten. Dafür erhielt der Client als Lohn Geld und Speise. Der Herr wurde jetzt auch nicht mehr „Patronus“, sondern „Dominus“ angeredet. Das al-

te, mit religiösen Gebräuchen umwobene feudale Clientenverhältnis hatte die kapitalistisch-proletarische Entartungsformen angenommen.

Weil aber unmöglich alle Proletarierbürger bei den oberen Zweitausend als Clienten unterkommen konnten und ferner die regelmässigen, jährlich wiederkehrenden Wahlen die Gewinnung der stimmberechtigten Massen für Einzelne bedingten, sah man sich bereits gegen Ende des dritten Jahrhunderts veranlasst, regelmässiger zu dem Mittel PRIVATER GETREIDESPENDEN AN DAS VOLK zu greifen. Als dann Sizilien, Spanien und Afrika an Rom gefallen waren und damit den Reichen in den höchsten Staatsämtern die vollen Naturalzehnten dieser Provinzen zur Verfügung standen, ging man mit diesen Staatsmitteln 353 ⥁ sofort natürlich weit verschwenderischer um. Während vorher der Durchschnittspreis für Weizen in Rom etwa 107 bis 133 Mk. per Tonne war, wurde schon im Jahre 203 und 201 v. Chr. Staatsweizen an bedürftige römische Bürger um 27 Mk. 54 Pfg. und im Jahre 196 v. Chr. sogar um nur 13 Mk. 46 Pfg. abgegeben. Als dann Gaius Gracchus im Jahre 123 v. Chr. durch seine LEX FRUMENTARIA das Recht der verarmten Bürger auf staatliche Getreidelieferung einführte, hat er wenigstens den Preis auf 42 Mk. 84 Pfg. pro Tonne hinaufgesetzt. Die Konkurrenz der Machthaber war indes schon um das Jahr 58 v. Chr. BEI DER KOSTENLOSEN VERTEILUNG DES STAATLICHEN GETREIDES angelangt.

War so durch Getreidespenden und durch den Schmeichlerlohn der Clienten der Hunger gestillt, so war doch bei der herrschenden Arbeitslosigkeit die Langeweile damit noch nicht überwunden, die unter Umständen den Machthabern hätte gefährlich werden können. Also wurde durch Spiele das Volk kurzweilig unterhalten. Aber das waren nicht etwa sittlich veredelnde scenische Darstellungen. Nein! auch die römischen Kapitalisten spekulierten auf die niedrigen Empfindungen der Volksmassen und gaben blutige Gladiatorenkämpfe, Tierhetzen, Seeschlachten, Satiren mit Witzen gemeinster Art und Pantomimen mit Tänzerinnen im blossen Hemde. Und der Luxus bei diesen Spielen ist rasch immer mehr ausgeartet. Im Jahre 103 v. Chr. wurden zum ersten Male einige Löwen vorgeführt. Im Jahre 93 v. Chr. liess Sulla schon 100 Löwen in der Arena auftreten; Pompeius überbot diese Leistung mit 500 Löwen und ebensoviel anderen wilden Tieren aus Afrika. Zu den Gladiatorenspielen wurden ganze Fechterkasernen gehalten. Caesar lässt im Jahre 65 v. Chr. 320 Fechterpaare in silberner Rüstung auftreten und überbietet damit alle seine Mitbe- 354 werber für den nachfolgenden ⥁ Wahltag. So wollte sich denn gelegentlich im ersten Jahrhundert v. Chr. niemand mehr finden, der sich für das Aedilenamt, das für diese Spiele zu sorgen hatte, persönlich reich genug hielt.

§ 19. Die rücksichtslose Latifundienbildung auf dem Lande mit Brot und Spielen für das Proletariat in der Stadt führte natürlich zur Entvölkerung des Landes und zur Uebervölkerung der Hauptstadt namentlich, in die sich alles

hinein drängte. Der Rohheit der Volksspiele stand die allgemeine sittliche Verkommenheit des Volkes ebenbürtig zur Seite.

In der Ausbildung einer schamlosen Gewissenlosigkeit waren auch in Rom die Reichen vorausgegangen. Was irgend möglich war, das war von dieser Seite in Bauernlegen, Auswucherung, Erbschleicherei, Erpressen und Rauben geleistet worden. Aus der Richterbestechung hat man ein Gewerbe gemacht, und selbst der Feldherr vor dem Feinde war der Bestechung zugänglich.

Die Ehe war in der ältesten Zeit als confarreatio heilig gehalten und als unauflösbar betrachtet worden. Nach dem ersten punischen Krieg ist in Rom die ERSTE Ehescheidung vorgekommen. Später war die Ehe selbst in den Augen der besten ihrer Zeit auf das Niveau einer nur losen gegenseitigen Verbindung herabgesunken. Der „ehrenwerte“ Cato der Jüngere zögerte nicht, auf die Bitten eines heiratslustigen Freundes diesem seine Gattin zu geben und dieselbe wieder zu heiraten, nachdem sein Freund gestorben war. Die Pest der Lustsklaven nahm so Überhand, dass ihr durch hohe Steuern gewehrt werden musste. Die geheimen nächtlichen Orgien des Bachuskult hatten so sehr sich verbreitet und waren so ausgeartet, dass bei einer Untersuchung durch den Staat 10 000 Schuldige wegen Verbrechen aller Art mit dem Tode bestraft werden mussten. Neben den Massenquartieren der verarmten Schlafstellen[355]bewohner standen die Bordelle, deren Inhaber auf die öffentliche Meinung so grossen Einfluss ausüben konnten, dass die Bewerber um die höchsten Staatsämter es gelegentlich für gut fanden, zu ihnen in Beziehung zu treten. Und die Hebammen hatten in der Fruchtabtreibung eine solche Virtuosität erlangt, dass ihre Technik selbst der modernen medizinischen Wissenschaft noch dunkel geblieben ist.

Die Masse der arm gewordenen Bürger konnte sich den Luxus einer Ehe nicht mehr leisten. Den Reichen war die Ehe eine Last, die sie wenigstens etwas hinderte, in wechselvoller Laune zu geniessen, was geschäftige Hände von der weiten Erde an Abwechslung zu bieten vermochten. Sie heirateten deshalb spät und hatten auch dann nicht Lust, durch eine grössere Kinderzahl zu einer Zersplitterung ihrer grossen Vermögen die Hand zu bieten. Es kam zu einer förmlichen Eheflucht der Bevölkerung. Die verheirateten Frauen suchten in der Ehe ihr Vermögen selbstständig zu erhalten. Die emanzipierten Frauen belagern den Marktplatz und wissen die Aufhebung von unerwünschten Gesetzesbestimmungen durchzusetzen. Die Zahl der römischen Bürger geht schon gegen Mitte des 2. Jahrhunderts zurück. Im Jahre 164 v. Chr. zählte der römische Census in Italien noch 337 000 römische Bürger über 17 Jahre. Im Jahre 141 v. Chr. waren es nur mehr 327 000 und im Jahre 135 v. Chr. nur noch 317 000!

Das also waren die Folgen der Alleinherrschaft des Kapitalismus: wachsender Reichtum und immer massloserer Luxus in der Hand der oberen Zweitausend neben völliger Verarmung der Masse des Volkes, die gezwungen ist,

von den Geschenken der Reichen zu leben, entartete Clientel mit Brot und Spielen für das Volk, Entvölkerung des platten Landes, Uebervölkerung der Städte, tiefste Verderbtheit der Sitten, allgemeine Bestechlichkeit, Erbschleiche- 356 rei und Unzucht, Ehescheidungen, Eheflucht, Frauenemanzipation ↻ und stetiger Rückgang der Bevölkerung. Staat und Gesellschaft mussten auf diesem Wege zu Grunde gehen, wenn nicht endlich durchgreifende Reformen in Anwendung kamen. Was geschah jetzt nach dieser Richtung im republikanischen Rom?

§ 20. Das Studium der römischen Geschichte bietet hier der nationalökonomischen Betrachtung nichts als ein WÜTEN GEGEN SYMPTOME. Wo immer eine äussere Erscheinung der tief innerlichen Erkrankung sich ausbildete, da glaubte die oberflächliche Welt von damals auch immer eine selbständige Frage, eine selbständige Krankheit vor sich zu haben, denen gegenüber die kleinen Mittel ihrer unzureichenden Apotheke zur Anwendung kamen. Als mit dem Fortschreiten des Kapitals auch der Luxus überhand nahm, die Vernichtung der mittleren Vermögen beschleunigte und die allgemeine Corrumpiertheit steigerte, da kam es zum Erlass von Speise- und Luxusgesetzen. Gegen den allgemeinen Verfall der Sitten gefiel man sich in Deklamationen über die alten Bürgertugenden und in Klagen über den Verlust des alten senatorischen Regimentes. Die Ursache der zügellosen Ausschweifung glaubte man in dem griechischen Götterdienste entdeckt zu haben, weshalb 186 v. Chr. mit Strenge insbesondere gegen den Bachuskult vorgegangen wurde. Weil bei der Bewerbung um die höchsten Staatsämter zu immer verwerflicheren Mitteln gegriffen wurde, hat man im Jahre 180 v. Chr. die Zahl der Bewerber dadurch zu beschränken versucht, dass gesetzlich bestimmt wurde, jeder Bewerber für das Aedilenamt solle 37, für die Prätur 40, für das Konsulat 43 Jahre mindestens alt sein und 10 Jahre im Heere gedient oder doch zehn Mal zur Jahresaushebung sich gestellt haben. Der allgemeinen Eheflucht und dem so bedenklichen Rückgang der Bevölkerung gegenüber suchte man durch besondere Begünstigungen der 357 mit Kindern gesegneten Eheleute und ↻ durch Reden über die Notwendigkeit, im Interesse des Staates die Last der Ehe zu übernehmen, entgegenzutreten. Weil mit der allgemeinen Latifundienbildung der Bauernstand verschwunden war, sollte ein Grundbesitzmaximum eingeführt werden mit Neuverteilung der occupierten Staatsländereien zu unveräusserlicher Erbpacht an die Kolonisten. Weil die Viehwirtschaft den Getreidebau fast völlig verdrängte, sollte neben dem Grundbesitzmaximum auch ein Maximum der Viehhaltung in Anwendung kommen. Weil auf den Latifundien die Sklavenarbeit die freie Arbeit ganz hatte verschwinden lassen, sollte jedermann gehalten sein, mindestens ein Drittel seiner Arbeiter aus freien Leuten zu wählen. Weil die Masse der Bürger in Rom verarmt war, keine Beschäftigung fand und nichts zu essen hatte, hat man staatliche Getreidelieferungen zu billigsten Preisen eingeführt. Und um

die eventuell gefährlich werdende Langeweile des Bürgerproletariats zu verscheuchen, wurden „öffentliche Spiele“ gewährt. So hielt man im republikanischen Rom für jeden Schmerz und für jede Schwellung sein besonderes Säftchen bereit. Aber merkwürdiger Weise dachte niemand daran, einmal DIE Frage aufzuwerfen: ob denn in diesen Einzelproblemen nicht etwa nur die Symptome, nur die äusseren Erscheinungen einer einzigen tieferliegenden Krankheit zu erblicken seien, und ob es sich eben deshalb nicht vielmehr darum handele, all diese Einzelfragen zusammenzufassen — statt sie getrennt zu behandeln — um aus der Vereinheitlichung des Krankheitsbildes auf die eigentliche Krankheitsursache zu schliessen, die alsdann durch ein rationelles Programm von Grund aus zu beseitigen gewesen wäre? Und doch hätten solche Erwägungen gerade in Rom nicht einmal besondere Schwierigkeiten gefunden.

§ 21. Von allem Anfang an zeigt ja in der römischen Geschichte das Geldkapital sein rücksichtsloses Streben nach Alleinherrschaft. Es beginnt seine Thätigkeit als ⥁ Leihkapital. Und nachdem es in den Schuldsklaven sich die Arbeitskräfte erworben, erfasst es monopolartig auch den landwirtschaftlichen Grundbesitz, um seine Schuldsklaven für sich arbeiten lassen zu können. Während auf diese Weise die Bauern aus der gesetzgebenden römischen Volksversammlung verdrängt werden, führt gleichzeitig die rentabel gewordene Freilassung griechischer Gewerbesklaven durch das Kapital zur Proletarisierung des städtischen Mittelstandes und damit zur völligen Abhängigkeit der Mehrzahl der in Rom anwesenden Bürger von den Kapitalisten. Und da in eben dieser Zeit, in welcher das Kapital so die unumschränkte Alleinherrschaft in Rom erlangt, die letzten römischen Bauernheere die Mittelmeerländer erobern, gehören diese Provinzen jetzt thatsächlich den römischen Kapitalisten, die denn auch bei rücksichtsloser Ausbeutung hier die eigentliche und fast unerschöpfliche Quelle ihres Reichtums finden. Aber weil die Hast der kapitalistischen Entwicklung in Rom in naturalwirtschaftlichen Formen stecken geblieben ist, bleibt der Besitz von Latifundien mit Sklaven die Voraussetzung der Anteilnahme an der Ausplünderung der eroberten Provinzen. Und deshalb wendet sich das römische Kapital von jetzt ab mit verdoppelter Energie gegen die Bauern, um immer neue Latifundien zu gewinnen. Weil es republikanische Verfassungsformen sind, unter denen hier der Kapitalismus seine Alleinherrschaft ausübt, werden dem hauptstädtischen Proletariat Getreide und Spiele gewährt für seine formale Sanktion der kapitalistischen Beutezüge in Italien und den Provinzen. Und DAS IST DAS EIGENTLICHE UND TIEFERE WESEN DESSEN, WAS IN DEM REPUBLIKANISCHEN ROM MIT DEM WORTE „ANNONA“ BEZEICHNET WIRD.

358

Was sich von da ab an schreienden Misständen in Rom einstellt, sind in noch auffälligerer Weise alles nur ⥁ Folgeerscheinungen der Alleinherrschaft des Kapitals. Die kapitalistische Latifundienbildung auf dem Lande musste selbstverständlich die Menschen in die Stadt hineindrängen. Mit dem wach-

359

senden Reichtume und dem zunehmenden Luxus fanden sich selbstverständlich immer mehr geschäftige Leute, welche den Launen und Sinneslüsten der kapitalistischen Herrscher zu Diensten waren. Mit der fast völligen Vernichtung des redlichen Erwerbs des freien Mittelstandes durch das Grosskapital mussten selbstverständlich die unredlichen Erwerbsarten, wie Annahme von Bestechungsgeldern, Erbschleicherei u.s.w. überhand nehmen. Mit dem Herabsickern des masslosen Luxus der oberen Zweitausend in das Volk musste selbstverständlich bei gleichzeitigem Mangel eines redlichen Verdienstes die Ehegründung immer schwieriger und immer seltener werden. Eine grosse Zahl unverheirateter Leute in heiratsfähigem Alter bei Mangel an redlichem Verdienste, masslosem Luxus und Zügellosigkeit der Reichen musste selbstverständlich zur sittlichen Verderbnis des Volkes, zur Frauenemanzipation, zum Rückgang der Bevölkerung u.s.w. führen. Wer also hier reformieren und heilen wollte, der musste die eigentliche und letzte Ursache all dieser Uebelstände, nämlich die ALLEINHERRSCHAFT DES KAPITALS beseitigen durch eine ebenso konsequente als zielbewusste Mittelstandspolitik und musste nach dieser prinzipiellen Feststellung der Kursrichtung als praktischer Politiker sich alsdann fragen: auf welchem Wege lässt sich dieses Ziel erreichen?

§ 22. Leider haben selbst die zwei bekanntesten Wirtschaftspolitiker des republikanischen Rom, DIE BEIDEN GRACCHEN, für eine solch weitblickende Auffassung der sozialen Frage ihrer Zeit kein Verständnis gehabt. Auch sie sind ganz in den wirtschaftspolitischen Oberflächlichkeiten ihrer Zeitgenossen hängen geblieben. Von jugendlichem Idealismus getragen und von der Gabe der Rede 360 geführt, hat der ältere der beiden Brüder TIBERIUS GRACCHUS im Jahre 134 v. Chr. als Volkstribun versucht, was jeder ruhig denkende und mehr erfahrene Mann sofort als unmöglich bezeichnen musste — nämlich mit Hülfe des verlumpten grossstädtischen Proletariats unter Wiederaufnahme der licinisch-sextischen Ackergesetze den herrschenden Grosskapitalisten einen Teil ihrer zusammengeraubten Latifundien zu entreissen, um unveräusserliche Bauernhöfe daraus zu machen. Tiberius Gracchus hätte wahrscheinlich schon das Beginnen dieses Reformplanes mit dem Leben bezahlen müssen, wenn nicht in diesem EINEN Fall wenigstens — zum letzten Male! — die römische Bauernschaft aus ganz Italien nach Rom zusammengeströmt wäre, um dem Ackergesetze des Tiberius Gracchus zur Annahme zu verhelfen. Aber dann eilten sie sofort nach Hause zurück, wohin die Feldarbeiten dringend riefen. Und als Tiberius Gracchus nach Ablauf seines Amtsjahres den Versuch machte, sich seine tribunicische Gewalt erneuern zu lassen, da fehlten zu seinem Schutze die römischen Bauernfäuste. Mit der kleinen Zahl seiner Anhänger wird er von der Kapitalistenpartei auf offener Strasse erschlagen. Die auf Grund seines Ackergesetzes eingesetzte Aufteilungskommission soll von 131 bis 125 v. Chr. die Zahl der waffenfähigen Bürger um 75 000 erhöht haben.

Dem jüngeren GAIUS GRACCHUS war es vor allem um Rache für seinen Bruder an der Senatorenpartei zu thun. Auf Grund der gemachten Erfahrungen stützt er sich schon gar nicht mehr auf die weitabwesende Bauernschaft. Er sucht seinen Anhang in der Stadt Rom bei den Proletariern und bei den kapitalistischen Parvenus, die noch keine grossen Latifundien hatten. Die Proletarier versuchte er als Volkstribun (123 v. Chr.) zu gewinnen durch Zusicherung einer grösseren persönlichen Freiheit (LEX SEMPRONIA DE CIVIBUS ROMANIS), durch [361] Erleichterung des Kriegsdienstes (LEX MILITARIS) und durch sein LEX FRUMENTARIA, wonach jeder römische Hausvater das Recht hat, monatlich 5 modien (33,03 Kilo) Weizen aus den staatlichen Magazinen gegen Zahlung von 1 Mk. 40 Pf. (also 42 Mk. 84 Pf. pro Tonne) zu fordern. Und die angehenden Kapitalisten (Ritterpartei) suchte er dadurch für sich zu gewinnen, dass er durch die LEX IUDICIARIA die Besetzung der stehenden Gerichtshöfe (quaestiones perpetuae), die vor allem über die Erpressungen abzuurteilen hatten, den Senatoren entzog und den jüngeren, noch nicht senatorischen Kapitalisten auslieferte, indem er ferner dem Senat das Recht der Besetzung der Statthalterposten in den Provinzen nahm und endlich die reiche Provinz Asien der Ausbeutung durch die Ritterpartei auslieferte.

Soweit Gaius Gracchus damit die Senatorenpartei direkt schädigen wollte, soweit hat er sein Ziel erreicht. Namentlich durch die gesetzliche Getreideabgabe an die bedürftigen Bürger zu etwa einem Drittel des damaligen Durchschnittspreises hat er die Einflussnahme der Reichen durch private Getreidespenden auf die Volksversammlung wesentlich beschränkt und gleichzeitig die staatlichen Getreidevorräte vor einer missbräuchlichen Verwendung zu Bestechungen bewahrt. Die kurz vorher (139 bzw. 131 v. Chr.) zur Einführung gelangte geheime Abstimmung bei Volksversammlungen über Wahlen wie über Gesetze wird jetzt die Senatoren ganz besonders in der gewohnten Sicherheit ihrer Herrschaftsausübung gestört haben. Auch war es ihnen gewiss im höchsten Masse peinlich, dass durch die neuesten Gesetze die kapitalistischen Emporkömmlinge auf ihre Kosten so sehr begünstigt wurden.

Aber eine neue Grundbesitzverteilung war auf diesem Wege nicht zu erlangen, denn die kapitalistischen Parvenus hatten ein mit jedem Tage wachsendes Interesse daran, auch ihrerseits neue Latifundien zu bilden. Auf dieser [362] Seite musste also die Begeisterung für Gracchus mit jedem Tage mehr erkalten, um bald in offene Gegnerschaft zu einem Ackergesetze umzuschlagen. Und die Proletarier hatten gerade durch ihr neues Recht auf billige Lieferung einer Getreidemenge aus staatlichen Magazinen, welche leicht den Brotbedarf von 2 Personen decken konnte, das wesentliche Interesse an einer neuen Grundbesitzverteilung verloren. Denn warum sollten sie sich draussen auf dem Lande im Schweisse ihres Angesichts ihr Brot verdienen, wenn ihnen der Staat das Getreide in der Stadt sehr billig lieferte? Als aber Gracchus zum Ersatz für die einst

kolonisationslustigen römischen Bürger die italienischen Bundesgenossen für seine Kolonien heranziehen wollte, beging er in der That eine, den Interessen des römischen Plebs direkt feindliche Handlung, die zunächst für das Jahr 121 v. Chr. seine Wiederwahl zum Volkstribun unmöglich machte und bald darauf auch sein Leben seinen Todfeinden preisgab.

§ 23. In diesem Zusammenhange kann es keinem Zweifel unterliegen, dass DIE GRACCHISCHE BEWEGUNG AN IHRER PRINZIPIELLEN UNKLARHEIT VERDERBEN MUSSTE. Sie wusste nichts von einer wahrhaft organischen Auffassung des Volkskörpers, nichts von dem tiefgehenden Unterschiede zwischen den Elementen der äusseren Erscheinung und den Elementen der Ursache und des Grundes. Auch sie nahm die Krankheitssymptome für die Krankheit selbst. Sie wusste nichts von dem organischen Wesen der sogenannten REFLEKTORISCHEN Symptome, welche — im Gegensatze zu den POSITIVEN Symptomen — bei einer rationellen Behandlung der Krankkeit von selbst verschwinden, ohne dass irgend welche Massregeln an ihre Erscheinung sich anlehnen. Der Brotmangel bei dem arbeitslosen hauptstädtischen Proletariat war ein solches reflektorisches Symptom, das von selbst verschwunden wäre, sobald eine rationelle Politik diese [363] Leute mit Produktionsmitteln ausgestattet hätte, um sich selbst ihr Brot zu verdienen. Indem aber G. Gracchus auch diesen Brotmangel als selbständiges Problem behandelte und deshalb staatliche Getreidestipendien durchsetzte, konservierte er geradezu die Krankheit, welche er heilen wollte. Denn er nahm damit der Masse der Bevölkerung den natürlichen Trieb, sich selbst zu ernähren und söhnte sie mit der so ungleichen grosskapitalistischen Besitzverteilung aus, anstatt ihren Hunger als Sturmbock gegen den Kapitalistenring zu verwenden.

Wenn aber G. Gracchus bei dieser letzteren Erwägung befürchten durfte, dass seine Sturmkolonnen durch Geschenke von der feindlichen Seite leicht in Ueberläufer verwandelt werden konnten, so war eben jetzt, nach der Vernichtung des Mittelstandes, die Zeit vorbei, die auf geradem und ehrlichem Wege auf eine Wiedergesundung der sozialen Verhältnisse hoffen durfte. Bei Alleinherrschaft des Kapitals kann nur auf kapitalistischem Entwicklungswege der soziale Körper noch einmal geheilt werden, und dieser Weg ist in einer ganz bestimmten Weise vorgezeichnet. Das leichtflüssige Kapital zielt ja von Hause aus auf Konzentration und Vereinheitlichung. Zunächst haben die oberen Zweitausend die Besitzenden fast des ganzen Weltreiches expropriiert. Und jetzt kam die Zeit, in der einer unter diesen 2000 die andern 1999 für sich und seine Freunde expropriierte. Die Methode war in beiden Fällen ziemlich die gleiche. Und dieser EINE war dann endlich in der Lage, den sozialen Organismus mit neuen gesunden Mittelstandszellen systematisch auszubauen.

Wenn freilich G. Gracchus mit edlem Selbstbewusstsein öffentlich von sich erzählte, dass er seine Beutel, welche er als Quästor gefüllt mit nach Sicilien gebracht, leer wieder zurückgetragen habe, während andere selbst noch ihre Krüge, welche sie mit Wein gefüllt mitnahmen, voll ↻ Silber nach ihrer Heimat zurückschleppten, — so bezeugt er damit eigentlich nur, dass er ein viel zu naiver und viel zu anständiger und ehrlicher Mann war, um als grosser wirtschaftspolitischer Reformator zu SEINER Zeit auftreten zu können. Wenn die andern ihre Weingefässe mit Silber gefüllt aus den Provinzen zurückbrachten, so hätte G. Gracchus als praktischer Reformator seine Gefässe mit Gold gefüllt zurückbringen müssen. Wenn die andern einen grossen Teil ihres Vermögens für Wahlbestechungen hingegeben haben, so musste er zu diesem Zwecke sein ganzes Vermögen und seinen ganzen Kredit erschöpfen. Und wenn die andern bestrebt waren, auf die übliche räuberische Weise 5 bis 7 Millionen zusammen zu scharren, so hätte sein Streben darauf gerichtet sein müssen, das ganze römische Weltreich mit den oberen Zweitausend in seine Gewalt zu bekommen, gleichviel mit welchen Mitteln und mit welchen Opfern an Menschenleben. NUR DANN wäre er der rechte Mann gewesen für die materialistischen Entwickelungstendenzen der sinkenden Republik Rom. [364]

§ 24. Die römische Geschichte ist bekanntlich mit eherner Konsequenz diesen logisch vorgezeichneten Weg gegangen. Und wie weit die Männer der Politik mit praktisch einschneidenden Erfolgen jetzt von dem Charakter eines politisierenden Idealisten entfernt waren, das sehen wir am besten an CRASSUS und CAESAR.

Der aus senatorischem Geschlechte stammende M. L. CRASSUS war bei dem Güterverkauf der unter Marius geächteten Senatoren zur Hand, betrieb dann das Geschäft des Güterschlächters und des Landspekulanten, war Besitzer grosser Mietskasernen in Rom und wusste sein Bankgeschäft in so raffinierter Weise zu leiten, dass er sich in den Provinzen die höchsten Wucherzinsen zahlen liess, während er seinen senatorischen Freunden Geld ohne Zinsen ↻ borgte, aber allerdings mit dem Rechte beliebiger Rückforderung. Natürlich wagte keiner dieser Schuldner dem „RÖMISCHEN ROTHSCHILD“ einmal nicht zu Willen zu sein! Caeser übte die Bestechung der römischen Volksversammlung in so grossartigem Massstabe, dass er diesem Zwecke gleich bei seinem ersten öffentlichen Auftreten in der Wahlbewegung nicht nur sein ganzes Vermögen, sondern auch seinen ganzen Kredit opferte, der ihm von seinem Freunde Crassus gewährt worden war. Und dann gelingt es ihm wieder, binnen zwölf Monaten als Statthalter in Spanien Anno 61 v. Chr. nicht nur seine riesigen Schulden abzutragen, sondern auch noch ein Vermögen nach Rom zurückzubringen. Und dieses Prinzip der Bestechung der Volksmasse ohne Gleichen behielt Caesar bei. Als er im Jahre 46 v. Chr. seine vier Triumphe feierte, wurde das römische Volk an 22 000 Tischen bewirtet, mit prächtigen Festspielen ergötzt und [365]

ausserdem noch mit Geld und Getreide beschenkt. Dafür liess er sich dann die Diktatur auf Lebensdauer, den Titel Imperator, die Censur, das Amt des Pontifex maximus, die tribunicische Gewalt mit dem Vorschlagsrecht der Gesetze und mit der persönlichen Unverletzlichkeit und endlich auch noch die oberste richterliche Gewalt übertragen. Sein Grossneffe und Adoptivsohn OCTAVIANUS, später als Augustus erster römischer Kaiser, hat nach seinen eigenen Angaben 700 Millionen Mark „geerbt" und damit den Gipfel des Kapitalreichtums im griechischen und römischen Altertume erreicht.

Es würde durchaus ungerecht sein, an diese Personen und Charaktere den geraden ehrlichen Massstab der Mittelstandsmoral anzulegen. Die Crassus, Caesar und Octavianus waren Grosskapitalisten in einer durchaus grosskapitalistischen Periode, mit einer natürlich grosskapitalistischen Moral, die insbesondere bei Caesar und Octavianus gepaart war mit der berechtigten Ueberzeugung, dass sie als die unzweifel- 366 haft Tüchtigsten unter Allen dazu berufen seien, in die durch und durch verlotterte Gesellschaft endlich einmal Ordnung zu bringen.

§ 25. Ebenso ist es entwickelungsgeschichtlich ganz unrichtig, in den römischen Bürgerkriegen immer den Kampf der Optimaten mit der Volkspartei zu sehen. Das Volk, d. h. insbesondere die proletarisch-römische Volksversammlung, stand keineswegs nur auf der EINEN Seite. Sie wurde abwechselnd von beiden Seiten benutzt. Nachdem der Kapitalismus alles zu verkäuflicher Ware degradiert hatte, folgte auch das verarmte Volk demjenigen, der den höheren Preis zahlte. Die römischen Bürgerkriege waren nichts anders, als ein Kampf unter den oberen Zweitausend. Die Kühnsten der Grosskapitalisten beginnen ihre Erwerbspolitik gegen ihre bisherigen Kollegen und damit auf das ganze Reich, das man bislang als gemeinsames Ausbeutungsobjekt betrachtet hatte, zu richten. Und da diese Grossunternehmer selbstverständlich ihren Mitarbeitern glänzende Honorare zahlten, fanden sie nicht nur unter den Proletariern, sondern selbst unter den durch Luxus und Verschwendung stark verschuldeten Patriziern Helfershelfer genug, die zu jeder Schandthat auch gegen Römer bereit waren, wenn sich die Aussicht bot, sich die leeren Taschen dabei zu füllen. Es trägt deshalb nur zur Verdunkelung des eigentlichen Thatbestandes bei, die CATILINARISCHE VERSCHWÖRUNG z. B. als eine speziell anarchistische Verschwörung zu isolieren. Das war nur eine der Hilfstruppen, welche die Zeitverhältnisse selbst dem kühnsten kapitalistischen Unternehmer zur Verfügung stellten, und die anscheinend den rechten Zeitpunkt zum Losschlagen nicht abwarten konnte. — Was deshalb über die Frage der Beendigung der Bürgerkriege entscheiden musste, das war nicht die Zahl der Hinrichtungen von Angehörigen des armen Volkes, das war die Zahl der geächteten Optimaten, 367 deren Leben und Vermögen genommen wurde. Die Ermordung Caesars zeigte, dass Marius hierin im Jahre 87 v. Chr. nicht gründlich genug gearbeitet hatte.

Deshalb setzt das zweite Triumvirat im Jahre 43 v. Chr. abermals 130 Senatoren und 2000 andere Grosskapitalisten auf die Proscriptionsliste. Damit war erst mit jener Optimatengesellschaft aufgeräumt, welche ihre gewohnten Jagdgründe absolut nicht aufgeben wollte. Die Expropriation der Expropriateure durch den Kühnsten und Tüchtigsten unter ihnen schien jetzt wenigstens soweit beendet zu sein, als die persönliche Sicherheit dieses Letzteren es erforderte.

Aber auch der Anfang dieses blutigen Enteignungsverfahrens mit der ganzen Hauptrichtung seines Verlaufs wird von ökonomischen Verhältnissen beherrscht. Die römischen Grosskapitalisten sind ja von Anfang an mit solcher Energie auf die völlige Ausraubung der Provinzen losgegangen, dass hier in bestimmter Zeit nichts mehr zu holen sein konnte. Und damit war der Zeitpunkt gegeben, in dem die bisherigen Genossen sich gegenseitig zerfleischten. Die historische Entwickelung ist nicht ganz bis zu diesem Punkte gediehen, denn die ebenso rücksichtslose Ausraubung der römischen Bürger hatte schon im Jahre 101 v. Chr. das Schwert des Staates den Mittelstandshänden mit konservativem Empfinden entrissen und den Besitzlosen und selbst fremden Söldnern anvertraut. Die Soldaten kämpften von jetzt ab nicht mehr um die Erhaltung der bestehenden Verhältnisse, sondern um ihre eigene, wirtschaftliche Versorgung. Der Kriegsdienst war ein Gewerbe geworden. Die Beziehungen zwischen dem Soldaten und dem Feldherrn waren jetzt gleich den Beziehungen von Erwerbsgenossen zu dem Leiter des Unternehmens. Je tüchtiger dieser Feldherr war, je grösser seine Pläne und Ziele, desto ergebener waren ihm seine Soldaten. ↻ [368] Und so war denn auch von dieser Seite alles vorbereitet, um einen Caesar die Stufen des Thrones beschreiten zu lassen.

Bis dahin reicht der rein kapitalistische Entwickelungsprozess mit Kapitalistenmoral und Kapitalistentechnik. Erst von hier ab beginnen Caesar und sein ihm würdiger Nachfolger Augustus ihre Mission als sozialpolitische Reformatoren grössten Stiles.

↻ 2. Von Caesar bis zum Untergang des Römerreiches. [369]

§ 26. Um den Verlauf der geschichtlichen Entwickelung vor und nach Caesar in ihrem tieferen Zusammenhange richtig zu verstehen, ist es unerlässlich, auf jene Erscheinungen zurückzugreifen, die man als Circulationsprozess des Kapitals bezeichnen darf.

Im letzten Jahrhundert vor Christus beschränkte sich die Güterproduktion in Rom im wesentlichen auf das Luxusgewerbe. Da gab es Ciseleure, Gold- und Silberarbeiter, Modelleure, Goldschläger, Vergolder, Bildhauer, Perlarbeiter, Edelsteinschleifer, Edelsteinschneider u.s.w., fast durchweg freigelassene griechische Gewerbesklaven, welche die Grosskapitalisten nach Rom importiert hatten. Die grosse Masse derer aber, welche sich in Rom dem wirtschaftlichen Erwerbe widmeten, waren keine Gewerbetreibende, sondern Händler, welche ihre Verkaufsläden zu Tausenden so zudringlich zu beiden Seiten der Strassen Roms aufgeschlagen hatten, dass der Verkehr viel darunter leiden musste. Und unter diesen Kaufleuten waren wieder insbesondere die rede- und handelsgewandten Hellenen, Syrer, Phönizier und Juden in solchen Massen vertreten, dass JUVENAL ausrufen konnte: „Es ist, als ob der Orontes (Hauptfluss in Syrien) sich in den Tiber ergossen hätte." Da gab es den Bernstein des Nordens, indische Perlen und Edelsteine, arabischen Purpur und Wohlgerüche, spanische Wolle, ägyptisches Linnen, griechische Weine, afrikanisches Oel, chinesische Seide, britannische Austern, Pelzwaren vom Don u.s.w. Kurz die Produkte der ganzen Welt wurden in Rom gehandelt und konsumiert.

So ging alljährlich eine Wareneinfuhr von ganz bedeutendem Werte nach Rom, während die italische Ausfuhr sich auf wenige Metallwaren und Oel und Wein beschränkte. [370] Der WEITAUS grösste Teil der Einfuhr musste also in barem Gelde beglichen werden. Das republikanische Rom hatte auf italischem Boden eine passive Handelsbilanz von erschreckendem Umfange, die wahrscheinlich schon im 2. Jahrhundert v. Chr. den Staatsbankerott herbeigeführt haben würde, wenn die Statthalter, die Steuerpächter, die Bankiers und Kaufleute mit ihren Freunden nicht das Recht rücksichtslosester Ausraubung der Provinzen besessen hätten. Der Cirkulationsprozess des Kapitals im republikanischen Rom enthält also die Beute der römischen Grosskapitalisten in den Provinzen als einen sehr wesentlichen Faktor zur Herstellung des finanziellen Gleichgewichtes für Italien. Das Geld und die Werte, welche auf Grund der passiven Handelsbilanz aus Rom ungedeckt abfliessen mussten, wurden draussen in den Provinzen von der herrschenden Römerkaste wieder zusammengeraubt und nach Rom zurückgebracht. Ueberall freilich konnte dieses Missverhältnis des ordentlichen Verkehrs nicht auf solch gewaltsame Weise korrigiert werden. So namentlich nicht jenseits der Nord- und Ostgrenze des Reiches, weshalb das republikanische Rom schon früh ein Ausfuhrverbot für Edelmetalle erliess und in ziemlich rigoroser Weise die abgehenden Schiffe auf Münzen durchsuchte. Indes zeigte der gewiss immer bestandene thatsächliche Verlust an römischen Münzen so lange nicht seine verhängnisvolle Wirkung, als aus den römischen Provinzen auch dieser Wert noch herausgepresst werden konnte.

§ 27. In diesen so gearteten Cirkulationsprozess des Kapitals führten Caesar und Augustus als Alleinherrscher einen scharfen Schnitt. Die bisher übliche

Ausbeutung der Provinzen wurde eingestellt. Nach den noch nicht beruhigten Provinzen wurden besoldete kaiserliche Beamte als Statthalter mit strengen Instruktionen entsendet. In den beruhigten Provinzen wurden die senatorischen Statthalter ⥁ durch kaiserliche Beamte in ihrer Amtsführung scharf kontrolliert. Die Steuerverpachtung an Privatunternehmer wurde beseitigt und durch direkte staatliche Steuererhebung ersetzt. Auch für den Kredit und Handelsverkehr wurden durch kaiserliche Richter die Gesetze gewissenhaft gehandhabt. Die Provinzen atmeten erleichtert auf. Früher „Kriegsbeute des römischen Volkes“ waren sie jetzt ein Bestandteil des Reiches geworden, dessen Grenzen nicht mehr die Grenzen der Feldmark der Stadt Rom, sondern die Grenzen der Welt sind. Die römischen Grosskapitalisten aber hatten auf diese Weise ihre weitaus wichtigste Erwerbsquelle verloren. 371

Kaum waren so die fetten Pfründen der unkontrollierten Statthalter, der Steuerpächter und Wucherer aller Art durch die Neuordnung der Verhältnisse aufgehoben, als auch die römischen Grosskapitalisten ihren bisher gar nicht zu stillenden Hunger nach Latifundien und Sklaven nicht nur auf einmal ganz verloren hatten, sondern sogar ihren Latifundienbesitz zu revidieren begannen, um all jene Besitzungen, welche nicht ihrer Lage oder ihrer Steingruben und Bergwerke wegen einen besonderen Wert für sie hatten, und deren Bestand an Sklaven als herrenloses Gut einfach liegen und laufen zu lassen. Die Regierungsmassregeln, welche in rationeller Weise gleich gegen die reichsten Einnahmequellen des Grosskapitals gerichtet waren und die Wahlbestechungen mit Realkautionen überflüssig machten, hatten so auf einen Schlag, weit wirksamer als alles Wüten der gracchischen Bewegung gegen Symptome, weite Flächen von Staatsländereien der Kolonisation disponibel gemacht und die Freilassung der Sklaven in solcher Zahl bewirkt, dass mit besonderen Gesetzen dagegen eingeschritten werden musste. Der berühmte Sklavenmarkt auf Delos war in der Kaiserzeit bald verfallen und vergessen.

372 ⥁ Dieses freiwillige Auflassen von Staatsländereien traf zusammen mit einer von Caesar begonnenen und von Augustus fortgesetzten Kolonisation grössten Stiles auf Staatsländereien, welche durch die Proscriptionen frei wurden. Caesar allein soll 80 000 römische Bürger in den Provinzen angesiedelt haben, um systematisch die Verschmelzung der Nichtrömer mit den Römern zu fördern. Aber Caesar begann auch sofort, den in der römischen Geschichte eine so unheilvolle Rolle spielenden LATIFUNDIENRING UM DIE STADT ROM herum in unveräusserliche Bauerngüter aufzuteilen. Er wollte seine Kolonisten, abermals im Gegensatze zu den beiden Gracchen, nicht nur in weiter Ferne, sondern auch vor den Thoren Roms auf den campanischen Feldern angesiedelt wissen, damit die römische Volksversammlung wieder freie Bauern in ihrer Mitte sehe. Und Caesar griff bei dieser Neuschaffung von Bauernstellen nicht, wie der wenig erfahrene G. Gracchus, gleichzeitig zu einer Erweiterung der Ge-

treidespenden an das römische Proletariat. Nein! er verminderte sogar die Zahl der Getreideempfänger in der Stadt Rom. Von 320 000 staatlichen Kostgängern, die er vorgefunden, hat er 170 000 gestrichen und sie dadurch gezwungen, sich im Zweifel seinen kolonisatorischen Neugründungen zuzuwenden. Damit das grossstädtische Leben nicht etwa auf die Zahl der Nachkommen seiner Kolonisten leicht einen ungünstigen Einfluss ausübe, wurden bei der Besiedelung der campanischen Mark solche Bewerber bevorzugt, die drei und mehr Kinder hatten.

Augustus ging in dieser antikapitalistischen Bevölkerungspolitik noch einen wesentlichen Schritt weiter und stellte in der lex Julia et Papia Poppaea vom Jahre 9 v. Chr. den Grundsatz auf: wer im heiratsfähigen Alter unverheiratet und kinderlos ist, ist auch nicht fähig, durch Testament oder Vermächtnis zu erben. Rechnen wir hier noch die ausserordentliche Förderung hinzu, welche der [373] römische Gewerbefleiss durch die vielen und grossen kaiserlichen Bauten erfuhr, so haben wir das Bild jener frischen und kühn angelegten wirtschaftspolitischen Reformen vor uns, welche DEN BEGINN DER RÖMISCHEN KAISERZEIT SO VORTEILHAFT auszeichnen. Und all diese Reformen sind in der unzweideutigsten Weise darauf gerichtet, an die Stelle der abgehausten, grosskapitalistischen Wirtschaft einen freien, selbständigen Mittelstand zu rücken, dessen Fundament in einem unabhängigen Bauernstande ruht.

§ 28. Wenn diese prinzipielle Auffassung der Politik der beiden ersten Caesaren noch irgend einer Bestätigung bedarf, so findet sich dieselbe in jenen vortrefflichen Ansätzen zu einem Privatrecht des Mittelstandes, die der weitaus begabteste der gleichzeitig lebenden römischen Juristen und Gründer der Prokulianerschule MARCUS ANTISTIUS LABEO uns hinterlassen hat.

Durch seine Ausscheidung der LOCATIO CONDUCTIO OPERIS von der locatio conductio operarum trennt Labeo den ökonomisch selbstständigen und jedem Dritten gegenüber voll verantwortlichen Arbeiter von dem NUR-Hilfs- oder Lohnarbeiter und giebt damit die erste und beste juristische Definition des Mittelstandes. Nach Labeos Lehre von der Specification ist dieser Mittelstand nicht nur Eigentümer seiner Produktionsmittel, ihm gehört auch sein Arbeitsprodukt als Arbeitslohn, selbst DANN, wenn er einmal einen FREMDEN Stoff MIT verarbeitet hat. Durch Labeos Lehre vom HANDELSPECULIUM wird die kapitalistisch verschärfte Gewalt des altrömischen Familienvaters über den Haussohn und den Sklaven, sobald denselben mit Wissen ihrer Gewalthaber ein Handelsgeschäft überlassen ist, eingeschränkt zunächst zu Gunsten der anderen ihnen kreditierenden Geschäftsleute — und dann zu Gunsten ihrer eigenen wirtschaftlichen Freiheit, mithin zu Gunsten einer weiteren Ausbreitung des selbständigen Mittelstandes. Der [374] jetzt viel regere freie Wirtschaftsverkehr wurde durch Labeos Grundlegung des INOMINAT-KONTRAKTS wesentlich be-

günstigt, weil damit auch formlose, auf gegenseitige Leistung abzielende Verträge bindend wurden, sobald sie von der einen Seite erfüllt waren. Durch Labeos Erweiterung des Kreises der RES NEC MANCIPI wurde das Gelegenheitsgebiet der einfachen, verkehrsbequemen traditio auch auf Pferde, Ochsen, Esel und Maultiere ausgedehnt, solange dieselben noch nicht dressiert bezw. eingefahren waren oder das dementsprechende Alter noch nicht erreicht hatten. Die Absicht auch dieser Bestimmung liegt nahe. Die neuen bäuerlichen Kolonisten sollten sich jüngere Tiere leichter kaufen können, um sie nach richtiger Pflege und Dressur entweder zu behalten oder mit reichem Gewinn als res mancipi jetzt zu verkaufen. Durch die Lehre der Prokulianer, eine VERLASSENE (DERELINQUIERTE) SACHE könne erst mit der Besitznahme durch einen dritten aufhören, dem bisherigen Eigentümer zu sein, sollten die römischen Grosskapitalisten dazu verhalten werden, entweder für ihre Latifundien mit Sklaven einen Besitznachfolger zu finden oder die Sklaven auf den Latifundien mit Zugabe des erforderlichen Betriebskapitals anzusiedeln, nicht aber in der jetzt üblichen Weise die nicht mehr beliebten Latifundien einfach liegen und die Sklaven einfach laufen zu lassen. Auch hier sucht also Labeo durch die Anfügung von PFLICHTEN zu dem EigentumsRECHT den Mittelstand zu fördern und zu mehren.

Leider haben sich die allgemeinen Anschauungen Labeos und seiner Schüler aus den Maschen der damals herrschend gewesenen unfruchtbaren griechischen Philosophie nicht zu lösen verstanden. Und was wohl von noch ernsteren Folgen sein musste: CAESAR UND AUGUSTUS SIND IN IHRER MITTELSTANDSPOLITIK VOR DEM LETZTEN REST DER AUFGABE AUF EINMAL STEHEN GEBLIEBEN.

375

§ 29. Caesar soll von 320 000 Getreideempfängern Roms 150 000 zurückgelassen haben. Hätte er auch noch diese letzten 150 000 arbeitslosen Kostgänger des Staates ökonomisch verselbständigt und in der Bestreitung ihres Lebensunterhaltes auf ihre Selbsthülfe angewiesen, so hätte er allerdings noch mehr Produktionsmittel den Renten verzehrenden Optimaten nehmen und unter die Besitzlosen aufteilen müssen. Damit wäre auch gleichzeitig der Luxuskonsum in Rom noch mehr zurückgegangen, die Ausgaben für staatliche Getreidelieferungen an das Proletariat wären verschwunden, es wäre für Rom endlich einmal wieder die Zeit der freien Getreidepreisbildung mit steigenden mittleren Getreidepreisen gekommen, der Getreidebau wäre in ganz Italien wieder lohnend geworden, die bäuerlichen Wirtschaften wären nicht nur in nächster Nähe von Rom, sondern im ganzen Reiche gerettet gewesen, und das kaiserliche Rom auf italischem Boden hätte eine aktive Handelsbilanz gehabt an Stelle der so bedenklichen passiven Handelsbilanz der Republik.

Sachliche Hinderungsgründe hat es bei diesem Einhalten in der antikapitalistischen Mittelstandspolitik vor dem letzten Schritte für Caesar kaum ge-

geben; denn das Bedürfnis nach einer formalen Sanktion der Beutezüge in Italien und den Provinzen durch die römische Volksversammlung, welches im republikanischen Rom die Annona geschaffen hatte, war jetzt nicht mehr vorhanden. Es müssen also doch mehr persönliche Gründe entscheidend gewesen sein dafür, dass Caesar diesen höchst bedenklichen Rest der Erbschaft aus der republikanischen Zeit behalten. Sei es, dass er persönlich bereits zu sehr gewöhnt war, der Masse gegenüber den reichen Almosenspender zu spielen, sei es, dass die Rücksicht auf vermeintliche Anhänger die Weiterführung des 376 Enteignungsprozesses unter den Kapitalisten aufgehalten hat, jedenfalls ⥁ hat Caesar 150 000 Empfänger staatlicher Getreidealmosen in Rom zurückbehalten. Und Augustus hat die REPUBLIKANISCHE ANNONA in eine KAISERLICHE ANNONA verwandelt, welche anfänglich namentlich als STAATLICHES ALMOSEN AN DAS PROLETARIAT zu dessen Lebensunterhalt sich charakterisiert; denn jetzt bedurfte man der Getreidespenden nicht mehr, um von der Volksversammlung die formale Sanktion für kapitalistische Beutezüge zu erlangen. Dieser damals vielleicht ganz unbedenklich erschienene Rest der Kapitalistenwirtschaft aus republikanischer Zeit wirkte innerhalb der sonst so glücklich reformierten Volkswirtschaft wie der Eiterrest in einer nicht vollständig gereinigten und frisch verbundenen Wunde.

Die 150 000 Proletarier, welche unter Caesar in Rom von der Annona ernährt und mit öffentlichen Spielen unterhalten wurden, sind schon unter Augustus wieder auf 250 000 angewachsen. Die Getreidepreise wurden deshalb nach wie vor in der Stadt Rom künstlich nieder gehalten. Der Getreidebau blieb in Italien unrentabel. Und nur auf den Feldern in der grösseren Nähe von Rom konnte sich jetzt durch Gemüsebau, Geflügelzucht, Obstbau, Blumenzucht, Fischzucht, Bienenzucht u.s.w. ein wohlhabender Bauernstand entfalten. Der gewaltige Konsum von Luxusprodukten in Rom dauerte weiter. Das Problem der passiven italischen Handelsbilanz blieb ungelöst. Das Edelmetall- und Münzausfuhrverbot blieb auch in der Kaiserzeit ohne Wirkung. Ungezählte Millionen sind an Münzen aus Rom abgeflossen, um jetzt aber nicht mehr, wie zur Zeit der Republik, zurück geraubt zu werden. AN DIESEM DEFIZIT und nicht an den Ausgaben für das stehende Heer von 300 000 Mann und für die Besoldungen der kaiserlichen Beamten hat sich das römische Kaiserreich langsam aber sicher verblutet.

§ 30. Um von der Grösse jener Wertsummen, welche dieser Rest von kapita- 377 listisch-proletarischer Wirtschaft schon ⥁ während der 45jährigen Regierungszeit des Kaisers Augustus verschlungen hat, eine allgemeine Vorstellung zu erlangen, bieten sich folgende Anhaltspunkte:

Augustus schuf mit glücklicher Hand eine Ordnung des Reichssteuerwesens. Die schwankenden Zehntabgaben der Provinzen wurden in feste Grund-

steuerbeträge verwandelt. Die seit 167 v. Chr. bestehende Steuerfreiheit der römischen Bürger wurde aufgehoben und eine 5 %ige Erbschaftssteuer mit einer Verkehrssteuer von etwa 1 % des Wertes der Sachen und 4 % des Wertes der Sklaven und endlich eine Prostituiertensteuer eingeführt. In den staatlichen Bergwerken Spaniens waren 40 000 Mann mit der Silbergewinnung beschäftigt. Und nicht viel geringer war die Zahl der Bergleute, welche in Dacien, dem gebirgigen Teil des heutigen Siebenbürgen, Gold zu gewinnen suchten. Die Reichseinnahmen waren also jetzt gewiss beträchtlich grösser als zur republikanischen Zeit.

Freilich waren auch die Ausgaben gewachsen. Das stehende Heer von 300 000 Mann erforderte Sold und Unterhalt. Die grosse Zahl der kaiserlichen Beamten kostete gewiss ebenfalls alljährlich eine hübsche Summe. Doch da es sich hier um ständige und feste Abgaben handelte, kann der Reichshaushalt nach seiner systematischen Ordnung durch Augustus kaum von dieser Seite überrascht worden sein. Die EIGENTLICHE SCHWÄCHE AUCH DES AUGUSTEISCHEN REICHSBUDGETS LAG IN DEN SCHWANKENDEN UND PROGRESSIV WACHSENDEN AUSGABEN FÜR DIE ERHALTUNG EINER ZUREICHENDEN MÜNZCIRCULATION, FÜR GROSSE BAUTEN ALLER ART, die gewiss ebensoviel zur Beschäftigung des arbeitslosen Proletariats wie der Prachtliebe des Kaisers gedient haben, FÜR ÖFFENTLICHE SPIELE, die schon zur Annona gehören, und zuletzt namentlich IN DEN AUSGABEN FÜR DIE ANNONA IM ⥁ ENGEREN SINNE DES WORTES. Von diesen Ausgabenposten wissen wir, dass Augustus neben dem grossen steinernen Amphitheater mit 150 000 Zuschauerplätzen noch eine so grosse Reihe anderer Paläste gebaut hat, dass er sich vor seinem Tode rühmen konnte, das alte, backsteinerne Rom in ein marmornes Rom verwandelt zu haben. Seine Spiele, die er dem Volke gegeben, waren von solcher Pracht und wurden so stark besucht, dass besondere Wächter während derselben das fast verlassene Rom gegen Diebe bewachen mussten. Von den Kosten der staatlichen Getreidelieferungen an das Proletariat wird berichtet, dass sie in den Jahren [378]

73	v.	Chr.	1 3/4	Millionen	Mark
62	"	"	5 1/4	"	"
56	"	"	7 1/4	"	"
46	"	"	13 1/2	"	"

betragen haben, und dass im Jahre 21 v. Chr., als eine Hungersnot mit Unruhen die Hauptstadt Rom heimsuchte, Augustus die cura annonae übernahm, der im Jahre 19 v. Chr. die Leitung des Strassenbaues (cura viarum), 10 v. Chr. die Aufsicht über die Wasserleitungen (cura aquarum) und schliesslich die Leitung des gesamten hauptstädtischen Bauwesens (cura operum locorumque publicorum) folgte. Als Herr des getreidereichen Aegypten schien ja auch Augustus

zur Uebernahme der Sorge für genügende Getreidevorräte in Rom besonders geeignet. Aegypten soll jetzt jährlich 1 3/4 Millionen Hektoliter Weizen nach Rom geliefert haben, was etwa auf 4 Monate reichte. Für den Transport dieser Getreidemengen wurde eine besondere kaiserliche Flotte (Classis Alexandrina) gebaut. Dem Praefectus annonae war ein ganzes Heer von Beamten und Dienern untergeordnet. In den Provinzen gab es besondere Amtsstellen als Vertretung der Annona mit spezieller Gerichtsbarkeit über alle Klagen aus dem Getreidegeschäft. Trotzdem soll in den Jahren 6 und 7 v. Chr. eine Hungersnot, schlimmer denn je in Rom ausgebrochen sein. Und für das Jahr 10 v. Chr. wird berichtet, dass der Weizenpreis in Rom auf 590 Mk. 58 Pf. pro Tonne gestiegen sei, obwohl für dieses nicht einmal eine Hungersnot gemeldet wird. Jeder Ueberschuss aus der Verwaltung der senatorischen Provinzen wurde an die Annona abgeführt. Die Verwaltung der Annona muss also ganz gewaltige Summen verschlungen haben. Trotzdem scheint unter Augustus Ordnung im Reichshaushalt gewesen zu sein, freilich auf Kosten seines eigenen Vermögens. Von den 700 Millionen Mark, welche er zu Lebzeiten geerbt, hat er bei seinem Tode nur 25 Millionen Mark hinterlassen, 675 Millionen Mark hat er weit überwiegend für öffentliche Zwecke ausgegeben.

§ 31. Wenn so die finanziellen Schwierigkeiten sich schon zu Anfang der Kaiserzeit unter einem unzweifelhaft hoch begabten Regenten auftürmten, wie sollte es später werden unter unfähigen und verschwenderischen Monarchen? Die Antwort der Geschichte auf diese Frage ist eigentlich recht einfach und naheliegend und sie klingt sogar modern, wenn wir davon absehen, dass die damalige Zeit das Institut der Staatsschuldenscheine noch nicht kannte. Man ging nämlich ganz rücksichtslos von der Notwendigkeit der Deckung des Staatsbedarfs aus und nahm — ohne alle Sorge um theoretische Prinzipien — das Geld und die Güter, wo man sie kriegen konnte.

Schon den Nachfolger des Augustus, TIBERIUS (14 bis 37 n. Chr.), hat ein Gefühl des Unbehagens dazu geführt, mit der Anklage de maiestate unter den reichen Senatorenfamilien, welche die Raubfreiheit der republikanischen Zeiten nicht ganz vergessen konnten, durch den Henker aufzuräumen, um deren Vermögen zu konfiszieren. Der Nachfolger des Tiberius, CALIGULA (37 bis 41 n. Chr.), hat bei einer Geldverlegenheit in Gallien sich die Censusliste vorlegen lassen, um darnach die Namen der Reichsten zu bezeichnen, welche mit ihrem Vermögen seine Schulden zahlen mussten, nachdem sie vorher ihr Leben geopfert hatten. NERO (54 bis 68 n. Chr.) grinste bei der Entdeckung, dass die halbe Provinz Nordafrika sechs Grundbesitzern gehörte. Bald darauf war über die Leichen dieser sechs Grossgrundbesitzer Nero Privateigentümer dieser halben Provinz geworden. So durchzieht eine lange Reihe von Grausamkeiten speziell gegen die Reichen die römische Kaisergeschichte fast von Anfang an. Die Reaktion blieb natürlich nicht aus. Von den sieben ersten Nachfolgern

des Kaisers Augustus sind fünf eines gewaltsamen Todes gestorben. Nationalökonomisch aber haben wir es hier mit der Fortsetzung des Prozesses der EXPROPRIATION DER EXPROPRIATEURE zu thun, welcher nach der fast vollständigen Ausplünderung der Masse des Volkes mit den Bürgerkriegen beginnt, von Caesar und Augustus nicht reinlich genug durchgeführt wurde und deshalb jetzt fortdauert unter dem Zwange finanzieller Verlegenheiten, welche der zurückgebliebene Rest grosskapitalistischer Raubwirtschaft dem Reiche bereitet. Aber jetzt führt diese planlose Expropriation nicht mehr zur Gesundung des Volkskörpers, sie verlangsamt nur etwas den Auflösungsprozess, welcher denselben befallen hat.

Ein anderes, naheliegendes Mittel zur Deckung des Staatsbedarfs bot die MÜNZVERSCHLECHTERUNG. Die römische Goldmünze (aureus) wurde unter Caesar mit 8,185 Gramm Gold geprägt. Nero liess nur noch 7,28 Gramm Gold verwenden. Marc Aurel (161 bis 180 n. Chr.) hatte die Prägung von Goldmünzen ganz eingestellt. Unter Septimius Severus (193 bis 211 n. Chr.) war ihr Goldgehalt auf 6,55 Gramm, unter Diocletian (284 bis 305 n. Chr.) auf 5,453 Gramm zurückgegangen. Auch die Silbermünzen hat bereits Nero zu verschlechtern begonnen. Trajan ⥁ (98 bis 170 n. Chr.) lässt sie mit 20 % Kupfer ausprägen, Caracalla (211 bis 217 n. Chr.) verwendet 50 bis 60 %, Elagabal (218 bis 222 n. Chr.) 95 % Kupfer, so dass in dieser sogenannten Silbermünze nur mehr 5 % Silber enthalten waren. Weil gleichzeitig die Goldmünzen fast ganz verschwunden waren, war Rom thatsächlich etwa 400 Jahre nach Einführung der Goldwährung wieder zur Kupferwährung zurück gekommen. 381

§ 32. In engster Verbindung mit der Vermögenskonfiskation und der Münzverschlechterung stand natürlich die rücksichtsloseste ANSPANNUNG DER STEUERSCHRAUBE. Mit dem Privileg der Steuerfreiheit der römischen Bürger hatte schon Augustus gebrochen. Doch blieben auf italischem Boden vorläufig nur die indirekten Steuern in Anwendung, die hier bis auf die Pissoirsteuer ausgedehnt wurden. Erst Diocletian (284 bis 305 n. Chr.) hat diesen letzten Unterschied zwischen Italien und den Provinzen beseitigt und ganz allgemein im Reiche die direkten Staatssteuern eingeführt. Wie weit schon zu Anfang des 2. Jahrhunderts die Steuerschraube über die Grenze der Leistungsfähigkeit der Steuerzahler hinausgegangen war, bezeugt die Thatsache, dass der Reisekaiser Hadrian (117 bis 138) über 200 Millionen Mark Steuerrückstände in den Provinzen erlassen hat. Der bisher betretene Weg der Deckung des Staatsbedarfs konnte also unmöglich beibehalten werden. Es MUSSTEN hier sich neue Wege eröffnen. Und welcher Art waren dieselben?

Die Entwicklung, welche auf diese Frage Antwort giebt, wird von verschiedener Seite verschieden beantwortet. Die Einen sprechen von einer gewaltsamen Rückbildung in die Naturalwirtschaft, Andere sehen hier einen ge-

waltigen, bis ins Kleinste mit bureaukratischem Zwang geregelten Verwaltungsmechanismus. Wieder andere erblicken darin die Wirkung des absoluten antiken Staatsbegriffes, der dem Einzelindividuum gegenüber keine Herrschaftsgrenzen kennt. Indessen treffen all diese Bezeichnungen immer nur EINE Seite des organischen Gebildes, um das es sich hier handelt. Sie dringen nicht in das eigentliche Wesen desselben ein. Soll das geschehen, so kann es sich hier um nichts anderes handeln, als UM DIE AUSBILDUNG DES STAATSSOZIALISMUS AUF BERUFSGENOSSENSCHAFTLICHER BASIS.

Wir haben hier den SOZIALISMUS vor uns, weil es sich um die Vernichtung der wirtschaftlichen Freiheit der Einzelnen handelt durch Massregeln, welche auf die Beseitigung der Notlage der Arbeitslosen abzielen und nach materialistischer Entwicklungstendenz an die Stelle der ausgelebten Formen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung getreten sind. Wir haben hier den STAATSSOZIALISMUS vor uns, weil diese Reorganisation der Gesellschaft nicht auf einmal und für und durch die ganze Gesellschaft, sondern nur schrittweise nach Massgabe des drängenden Bedürfnisses durch den Staat erfolgt ist. Und wir haben hier den Staatssozialismus AUF BERUFSGENOSSENSCHAFTLICHER BASIS vor uns, weil die von der Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Freiheit betroffenen Individuen nicht in Staatsbeamte schlechtweg, sondern in Quasi-Beamte, im Rahmen obligatorischer Berufsgenossenschaften, verwandelt wurden. Die historische Darstellung dieses höchst modernen Entwickelungsprozesses aber muss wieder beginnen mit DEM GETREIDE und DER GETREIDEPOLITIK gegen Ende der republikanischen Epoche.

§ 33. Es ist oben bereits gesagt worden, wie die Konkurrenz der beutegierigen römischen Kapitalisten schon vor dem Ende der Republik bei der KOSTENLOSEN Verteilung von staatlichem Getreide an die arbeitslosen Bürger in Rom angekommen war. Trotzdem wurden von den Kapitalisten auch jetzt noch private Getreidespenden zu Wahlbestechungen verwandt, deren Mengen niemals auf dem römischen Markte gekauft werden durften, weil das eine preissteigernde Wirkung gehabt hätte, die von dem Volke recht übel aufgenommen worden wäre. Das Getreide für private Spenden wurde deshalb überwiegend von den eigenen Latifundien genommen oder auswärts gekauft. In beiden Fällen war ein Wassertransport nötig. Und so kam es, dass im republikanischen Rom DAS GEWERBE DER GETREIDESCHIFFER (navicularii) auch noch zur Zeit der kostenfreien Abgabe von Staatsgetreide prosperierte.

Das Kaiserreich hat dann die kostenfreie Abgabe von staatlichem Getreide, die Frumentation, zwar beibehalten, aber gleichzeitig das kapitalistische Interesse an Wahlbestechungen beseitigt, weil es die bis dahin übliche Ausbeutung der Provinzen aufgehoben hat. Damit waren für die navicularii die wichtigsten regelmässigen Auftraggeber und Abnehmer verschwunden. Diese Umwand-

lung erfolgte natürlich nicht plötzlich und an einem Tage. Auch wollten die navicularii ihre Schiffe nicht auf einmal im Hafen unbenutzt liegen lassen. Aber die Marksteine für den stetigen Niedergang des Privatgewerbes der Getreideschiffer sind deutlich gegeben.

Augustus hatte die Classis Alexandrina gebaut, die gelegentlich gewiss auch von anderen Plätzen als von Aegypten das staatliche Getreide nach Rom verfrachtet hat. Damit war also den navicularii wohl die ganze Verfrachtung des staatlichen Getreides entzogen. Die staatliche Getreideflotte erlangte für Rom eine solche Bedeutung, dass Vespasian, als er 69 n. Chr. die Waffen gegen Vitellius erhob, nach Aegypten eilte, sich der kaiserlichen Kornflotte bemächtigte und damit Rom und den Kaiser in seiner Hand hatte. Die navicularii werden wohl jetzt ihre alt gewordenen Schiffe nicht mehr durch neue ergänzt haben. Die gesamte Getreidezufuhr fiel deshalb nach und nach ganz ⥁ der staatlichen Getreideflotte zu, die dieser Aufgabe nicht gewachsen sein konnte. Es kam deshalb zu Hungersnöten in Rom in den Jahren 19, 32, 41 und besonders 52 n. Chr. mit solch ausgedehnten Strassenunruhen, dass der Kaiser Claudius (51 bis 54 n. Chr.) nur mit Mühe sein Leben durch die Flucht retten konnte. Da musste also zur Verbesserung der Getreidezufuhr nach Rom etwas geschehen. Claudius hat den Tiber als Zufuhrstrasse dadurch wesentlich verbessert, dass er seine Mündung durch die Anlage eines etwa 5 Kilometer langen schiffbaren Kanales regulierte, an dessen Ende den neuen besseren Hafen Fiumicino anlegte und die navicularii insbesondere auch dadurch begünstigte, dass er ihnen vollen Ersatz aller Havarien aus der Staatskasse zusicherte. [384]

§ 34. Trotzdem brachte das Jahr 69 n. Chr. schon wieder eine schwere Hungersnot. Zwar war man bemüht, den Getreidebau auf italischem Grunde zu fördern; Domitian (81 bis 96 n. Chr.) z. B. verbietet ausdrücklich die Anlage neuer Weinpflanzungen zum Schutze des Getreidebaues. Von solchen Massregeln jedoch wird kaum jemand einen besonderen Erfolg erwartet haben. Die Hauptsorge der kaiserlichen Annonaverwaltung war deshalb immer auf Ansammlung möglichst grosser Getreidevorräte gerichtet. Nur deshalb konnte Trajan (98 bis 117 n. Chr.) durch Getreideabgabe aus den Vorräten in Rom eine Hungersnot in Aegypten verhüten. Und von Septimius Severus (193 bis 211 n. Chr.) wird berichtet, dass er bei seinem Tode einen Weizenvorrat von 15 $^{3}/_{4}$ Millionen Hektoliter hinterlassen habe, ein Quantum, welches einer guten Weizenernte des heutigen Kanada oder von Australien gleich kommt und nahezu die Hälfte ist von jenen sichtbaren Vorräten, über welche der morderne, internationale Getreidehandel am 1. August 1898 auf der ganzen Erde verfügen konnte.

[385] ⥁ Angesichts solcher Getreidelager konnte natürlich von einer Besserung der Getreidepreise in Rom gar keine Rede sein. Der Getreidebau und der Wohl-

stand der Getreidebauern ging dauernd zurück. Ebenso ist damit jede Anregung für Privatunternehmer, von auswärts Getreide nach Rom zu bringen, ausgeschlossen gewesen. Die Thätigkeit der navicularii musste im Ganzen ins Stocken geraten. Weil aber Rom immer wieder von furchtbaren Hungersnöten heimgesucht wurde und die kaiserliche Getreideflotte der ihr unter solchen Umständen zufallenden Aufgabe nicht gewachsen schien, trotzdem Commodus (180 bis 192 n. Chr.) zu der Classis Alexandrina des Augustus noch die Classis Africana hatte bauen lassen, blieb als ultima ratio nur noch die Gewalt und der Zwang übrig, der vor allem auf jene ausgedehnt wurde, welche zur Ergänzung der kaiserlichen Getreideflotten für die Verproviantierung Roms zunächst in Betracht kamen: die Getreideschiffergilde.

Die navicularii wurden durch Gesetz in eine obligatorische Berufsgenossenschaft zusammengeschlossen, welcher die Mitglieder auf Lebensdauer angehörten und zwar in so ausschliesslicher Weise, dass ihnen die gleichzeitige Zugehörigkeit zu einer andern Vereinigung ausdrücklich verboten wurde, und dass sie neben ihrer Berufsarbeit von jeder wie immer gearteten Leistung an den Staat, also auch von Steuern und Kriegsdienstleistungen, befreit waren. Ihr selbstgewählter Vorstand wurde vom Staate bestätigt und erhielt von der kaiserlichen Annonaverwaltung die Befehle, aus welchen Provinzen und Häfen und binnen welcher Frist bestimmte Quantitäten von Getreide da und dahin zu verfrachten seien. Für die richtige Ausführung dieser Befehle war die Genossenschaft solidarisch haftbar. Die Genossenschaft hatte deshalb auch ein solidarisches Erbrecht an dem Vermögen ihrer Genossen. Als Lohn gewährte der Staat der Genossen[386]schaft für 100 modii (à 8,75 Liter) Getreide vom Orient oder von Alexandrien nach Rom verfrachtet $^1/_{10}$ aureus in Gold und 4 % der transportierten Ware, von der Provinz Africa nach Rom verfrachtet 1 % der Ware. Die gerechte Verteilung dieses Lohnes an die einzelnen Mitglieder war dem Genossenschaftsvorstand überlassen. Und weil aus naheliegenden Gründen der freiwillige Eintritt in diese Zwangsgenossenschaft nicht beliebt sein konnte, wurden Vagabunden und Bettler auf Grund krimineller Verurteilung unter die navicularii eingereiht und zur Verhütung ihrer Flucht mit einem Brandmal versehen.

Dieser Organisation der navicularii als eine den Dispositionen des Staates ganz zur Verfügung stehenden Zwangsberufsgenossenschaft folgte naturgemäss die analoge Organisation der mensores frumentarii, welche in Rom, Fiumicino und Ostia das Getreide zu vermessen hatten, der Codicarii, welche das Getreide in Barken den Tiber hinauffuhren, der Katabolenses, welche das Getreide in die öffentlichen Magazine schleppten und schliesslich auch der Pistores, welche täglich mindestens 100 modii Getreide zu vermahlen hatten.

§ 35. Durch diese staatliche Zwangsorganisation der Getreideschiffergilde und der andern mit dieser Hand in Hand arbeitenden Gewerbe wurde gewiss die Leistungsfähigkeit der Getreidezufuhr nach Rom erhöht. Aber die Getreidepreise wurden durch dieses immer weiter um sich greifende System der zwangsweisen Naturalversorgung gewiss nur noch mehr gedrückt. Die Getreidebauern und kleinen Pächter, deren Zahl seit Caesar und Augustus sich glücklicherweise so sehr vermehrt hatte, und für welche der Getreidebau der wichtigste Produktionszweig war und bleiben musste, kamen damit immer mehr in eine unhaltbare Lage. Schon vor Hadrian's Zeiten (117 bis 138 n. Chr.) waren sie der niedrigen Preise ihrer Produkte halber mit ⥁ ihren fixierten Geldleistungen und Abgaben so sehr im Rückstand geblieben, dass man übel oder wohl ihre GELDleistungen in NATURALleistungen verwandeln musste. So wurden aus den Bauern und Pächtern Teilpächter, welche die Hälfte des Rohertrages in natura abzuliefern hatten. Weil aber nach damals geltendem Recht der Staat wie auch der Grundherr für rückständige Zahlungen den Bauern bezw. Pächter auf seiner Scholle zurückhalten konnte und jetzt nach den Vertragsbestimmungen der Teilpacht (colonia partiaria) Staat und Grundeigentümer an der Grösse des Rohertrages direkt interessiert waren, entwickelte sich daraus um so leichter das Recht der Beaufsichtigung des bäuerlichen Betriebs, als der Staat mit dem Zusammenbruch seiner Münzordnung neben der Ausdehnung der Annona immer allgemeiner zum Naturalsteuersystem übergehen musste und die Munizipalverwaltungen, wie auch die separierten Grundherrschaften für den Eingang der von den Bauern geforderten staatlichen Lieferungen haftbar waren. 387

Dieser allmählich von Italien aus sich verbreitende Uebergang aus dem vollfreien Pacht- und Grundbesitzverhältnisse mit festen Geldabgaben in das Teilpachtverhältnis mit schwankenden Naturalerträgen hat bei den niedrigen Getreidepreisen notwendiger Weise eine starke Entwertung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes zur Folge gehabt. Und nachdem der Staat selbst grössere Summen in der Form von Darlehen dabei verloren, wurde für eine bestimmte Zeit verboten, fortan Mündelgelder in landwirtschaftlichem Grundbesitz anzulegen, sie sollten anderwärts auf Zinsen ausgeliehen werden. Und da ausserdem in Folge der mit diesen Umwandlungen verbundenen Freiheitsbeschränkungen viele Bauern von ihren Besitzungen geflüchtet waren, wurde im Interesse der Brotversorgung des Volkes im Jahre 193 n. Chr. verordnet, dass Jedermann, ⥁ dem es beliebe, verlassene Aecker zu occupieren und zu bebauen, Eigentümer des Landes werde. 388

Mitten unter diesen Umgestaltungen traf zur Zeit des Kaisers Marc Aurel (161 bis 180 n. Chr.) der Ansturm der Germanen das Reich und brachte es in noch grössere Bedrängnis. Die Reihe der Soldatenkaiser beginnt mit Septimius Severus (193 bis 211 n. Chr.), der seinem Sohne den Rat giebt, das Heer zu be-

reichern und im übrigen aller Welt zu spotten! Da war denn wenig Aussicht, dass private Rechte und die wirtschaftliche Freiheit der Einzelnen angesichts der Not geachtet würden. Unter den Beruhigungsmitteln für den gefährlichen arbeitslosen Pöbel der Grossstädte war das Getreide am unentbehrlichsten. Also wurden gegen Ende des zweiten Jahrhunderts die Teilpachtverträge der Bauern auf dem Wege verwaltungsrechtlicher Verordnungen, auch soweit es Privatverträge waren, in das Rechtsinstitut des Kolonats verwandelt. An die Stelle der alten Zeitpacht war damit die lebenslängliche Gebundenheit der Bauern getreten, und der Erbe folgte dem Vater. Im Laufe des dritten Jahrhunderts wurde dann durch kaiserliche Gesetze der letzte Rest der Freizügigkeit für die Kolonen aufgehoben. Die Kinder traten durch die Geburt ohne ihren Willen in das für die Kolonen geltende Recht ein und gehören bald so sehr zum Gute, dass sie mit dem Gute verkauft werden, dass ihre Flucht als Verbrechen bestraft wird, und dass es den Kolonen verboten ist, eine Nichtkolonin zu heiraten.

§ 36. Mit dieser furchtbaren Krisis in der Landwirtschaft, die den ländlichen Grundbesitz völlig entwertete, und mit dem Rückgang des Privathandels nach der staatssozialistischen Organisation der Schiffergilde sind aber in der Hauptstadt Rom notwendiger Weise die Preise für alle andern Produkte des täglichen Bedarfs mit Ausnahme von Getreide, das staatlich geliefert wurde, so sehr ge[389]stiegen, dass jetzt eine Fleisch-, Holz- und Weinnot wachsende Unzufriedenheit unter der Bevölkerung hervorruft. So musste denn die Annonaverwaltung, die mit der Lieferung von Getreide begonnen hatte, nach und nach auch die Lieferung der übrigen Bedürfnisse des täglichen Lebens wohl oder übel übernehmen. Der Weg, welcher hierbei in Frage kam, war durch die staatssozialistischen Organisationen der Getreidelieferung bereits vorgezeichnet. Die zwangsweise Ausbildung des Kolonats, wie die Notwendigkeit nach Zusammenbruch der Münzordnung Heer und Beamte ganz in Naturalien zu entlohnen, begünstigten und drängten die Entwickelung ganz nach der gleichen Richtung. So wurde denn unter Aurelianus (270 bis 275 n. Chr.) zur staatssozialistischen Organisation der Schweinemetzger (corpus suariorum) geschritten. Den Provinzen wurde die Lieferung einer bestimmten Menge von Schweinen als Steuer auferlegt, und die obligatorische Berufsgenossenschaft der Schweinemetzger war für rechtzeitige Verbringung, Aufspeicherung und Verbreitung solidarisch haftbar, für welche Leistungen z. B. im Jahre 365 in Rom der Berufsgenossenschaft 17 000 Amphoren Wein und 5 % des gelieferten Fleisches gewährt wurden. Dieses Fleisch wurde dann in Rom an die bedürftigen Bürger zur Hälfte des Marktpreises und noch billiger abgegeben. Den Schweinemetzgern folgte die analoge Organisation der Hammel- und Rindsmetzger, der Weinlieferanten, der Holz- und Kohlenlieferanten, der Maurer- und Zimmerleute, der Kalklieferanten u.s.w., so dass in der diokletianisch-konstantinischen Epoche alle Gewerbe, welche mit der Herstellung und Be-

schaffung der Güter des täglichen Bedarfs in den wichtigsten Städten des Reiches beschäftigt waren, der staatssozialistischen Organisation auf berufsgenossenschaftlicher Basis angehörten.

390 § 37. Diese zunächst für die Stadt ROM zum Austrag gekommene Entwickelung ist für weite Gebiete des Reiches vorbildlich geworden. Schon der Bundesgenossenkrieg hatte den freien Italikern das römische Bürgerrecht gegeben und den Lokalrichter beseitigt. Mit dieser Verleihung des römischen Bürgerrechtes wurde in der Kaiserzeit immer liberaler vorgegangen, bis endlich Kaiser Caracalla (211 bis 217) dasselbe allen freien Provinzialen verliehen hat. Den Gegensatz zwischen städtischen und ländlichen Bezirken hat das alte Rom nicht gekannt. Das Reich wurde nach Analogie der römischen Mark in Stadtbezirke aufgeteilt, und was in Rom die Senatoren waren, das waren in diesen provinzialen Stadtbezirken die DECURIONEN. Sie führten die Verwaltung des Bezirks unter Kontrolle und Aufsicht besonderer kaiserlicher Beamten.

Wie die Reichshauptstadt, so hatte auch bald die grössere PROVINZSTADT ihre Politik des PANIS ET CIRCENSES. Die Naturalleistungen, welche von der Reichsverwaltung für die einzelnen Provinzen ausgeschrieben wurden, kamen innerhalb der Provinzen nach Stadtbezirken zur Aufteilung, und die Decurionen waren für dieselben haftbar gemacht. Grundstücke, welche innerhalb der Bezirke verlassen wurden, fielen mit der Steuerpflicht der Gemeinde anheim, und die Decurionen waren gehalten, dieselben möglichst bald wieder zu verpachten. Mit der Ausbildung des Kolonats wurde innerhalb der Bezirke die Betriebsaufsicht der Kolonen den Decurionen übertragen. Ebenso hatten sie die Aufsicht über die Zwangsorganisation der lokalen Gewerbe. Und als all ihre Haftpflichten mit den Lasten der lokalen Annonaverwaltung diese ehrenamtlichen Lokalbeamte mit dem Verluste ihres Vermögens bedrohten und deshalb ihre Flucht aus den Städten begann, wurden auch sie von der staatssozialistischen Gesetzgebung erfasst und zu BERUFSGENOSSENSCHAFTLICHEN 391 ZWANGSORGANISATIONEN nach Art der navicularii zusammengeschlossen. Sie gehörten ihrem Amte lebenslänglich an. Ihre Kinder und Erben wurden als ihre Amtsnachfolger geboren. Sie waren für ihre Verpflichtungen solidarisch haftbar. Und jeder Fluchtversuch aus der Stadt und aus ihrem Amte wurde mit Vermögensconfiscation und gewaltsamer Zurückführung bestraft.

So vollständig war der staatssozialistische Gedanke zu Ende des dritten Jahrhunderts zur Herrschaft gekommen, dass DIOCLETIAN „auf Grund des schädlichen Treibens der Habgier, welche ohne Rücksicht auf den Ernteausfall die Preise der Lebensmittel auf das vier- bis achtfache der gewohnten Preishöhe anhaltend zu treiben verstehe“ IM JAHRE 301 N. CHR. SEIN BERÜHMTES EDIKT erlässt, das fast alle Waren nach Massgabe der gewohnten Durchschnittspreise in eine amtliche Wertskala einreiht, deren Einhaltung im Verkehr BEI TODESSTRA-

FE GEBOTEN wird. Fast war also jetzt im Geltungsbereiche dieser staatssozialistischen Gesetze vom freien geldwirtschaftlichen Verkehr nichts mehr übrig geblieben als die Erinnerung an Durchschnittspreise.

§ 38. Der jetzt noch vorhandene Rest wirtschaftlicher und persönlicher Freiheit hatte sich in vereinzelte Oasen auf das Land hinaus gerettet. Den Senatorenfamilien und den Reichsten in den Provinzen war es nämlich gelungen die Exemtion aus dem Munizipalverbande für ihre noch zurückbehaltenen grossen Grundbesitzungen zu erlangen. Ihre Häuser und Paläste in den Städten haben sie dauernd verlassen und sogar abgebrochen, um der furchtbaren Gefahr zu entgehen, samt Kindeskindern in irgend eine Zwangsgenossenschaft eingereiht zu werden. Und diese ihre GRUNDHERRSCHAFTEN haben sich die der Stadt mit KAISERLICHER GENEHMIGUNG glücklich entronnenen Reichen 392 jetzt so eingerichtet, dass sie alles selbst ⥁ erzeugten, was sie brauchten. Auf den entfernt gelegenen Feldern hatten die Kolonen das Getreide zu bauen. Mit Sklaven und freien Arbeitern wurden die übrigen Rohprodukte dem Boden abgewonnen und bis zu der luxuriösesten Vervollkommnung in der eigenen Wirtschaft veredelt. Es war ja auch höchst gefährlich, auf den Bezug wichtiger Bedarfsgegenstände von aussen angewiesen zu sein. Daher das bei diesen Grundherrschaften so scharf ausgeprägte Streben WIRTSCHAFTLICH GANZ AUF EIGENEN FÜSSEN zu stehen. Weil hierher wenigstens die eiserne Schablone der kaiserlichen Zwangsverordnungen nicht reichte, deshalb schien es schon im dritten Jahrhundert den Städtern so besonders verlockend, sich auf eine der separierten freien Grundherrschaften zu flüchten — als Gegenstück zu der Flucht vom Lande in die Stadt fünf Jahrhunderte früher. Aber die Staatsgewalt war mit dieser Rückwanderung der Bevölkerung von der Stadt nach dem Lande nicht einverstanden. Deshalb wurde dieselbe verboten unter Mindestandrohung der Vermögenskonfiskation mit gewaltsamer Rückführung nach der Stadt.

§ 39. Das ist in grossen Zügen die Entwicklungsgeschichte der römischen Welt.

Die glänzend aufsteigende Linie wird getragen von dem markigen altrömischen Bauernstande, der unter einheitlicher zielbewusster Führung zu der kleinen römischen Mark von der Ausdehnung des heutigen Fürstentum Waldeck bis zu dem Jahre 168 v. Chr. alle Mittelmeerländer als Provinzen Roms eroberte. Aber während die römischen Bauern in fernen Ländern die feindlichen Armeen vernichteten, hatte der Kapitalismus in der Heimat die Alleinherrschaft errungen. Von da ab geht unverkennbar die Entwicklung mit eilenden Schritten abwärts. IN WENIGEN JAHRZEHNTEN IST DER ALTRÖMISCHE BAU- 393 ERNSTAND VERNICHTET. Die eroberten Provinzen ⥁ sind den herrschenden Kapitalisten nichts als Objekte zügelloser Ausbeutung. Damit die in der überwiegenden Mehrzahl aus proletarisierten Bürgern bestehende römische Volksver-

sammlung zu diesen Akten rein privater Ausplünderung des Reiches ihre formale Zustimmung erteile, wurde das REPUBLIKANISCHE Institut der ANNONA geschaffen.

Aber diese Herrschaft der oberen Zweitausend trug schon von Anfang an den Keim der Auflösung im Herzen. Denn auch das römische Weltreich musste bei der beliebten Raubwirtschaft innerhalb bestimmter Zeit wirtschaftlich erschöpft sein. Dann wandte sich die raubtierartige grosskapitalistische Unersättlichkeit der Tüchtigsten naturgemäss gegen die bisherigen Kollegen. Es war nicht ganz zur völligen Verarmung des Reiches gekommen, als schon der Prozess der Ausraubung der Räuber mit den Bürgerkriegen begann unter thatkräftigster Mitwirkung des Heeres, aus dem mit der Vernichtung des selbständigen Mittelstandes durch den Kapitalismus die konservativen Elemente verschwunden waren. Die Feldherrn mit den Soldaten betrachteten jetzt ihre Stellung und ihre Aufgaben vom kapitalistischen Unternehmerstandpunkte aus und eroberten sich das Reich, wobei die überwiegende Mehrzahl der Grosskapitalisten die Kosten des Ueberganges zur neuen Verfassungsform mit ihrem Leben und ihrem Vermögen zahlen musste. Die Expropriation der Expropriateure führte zur Alleinherrschaft Caesars.

Caesar und Augustus vernichten die verlotterte Kapitalistenwirtschaft und gründen nach grossen Gesichtspunkten von neuem einen selbständigen Mittelstand mit dem Vermögen, das sie der überwiegenden Mehrzahl der oberen Zweitausend abgenommen. In fröhlichem Aufschwung erglänzen deshalb die ersten Jahrzehnte der römischen Kaiserzeit. Aber dann folgen Krisen auf Krisen. Caesar und Augustus hatten einen, Anfangs vielleicht unbedeutend ⟳ erscheinenden Rest der alten Kapitalistenwirtschaft in der ANNONA und in der PASSIVEN ITALISCHEN HANDELSBILANZ zurückbehalten. Und dieser Rest frisst um sich wie ein gefährliches Gift und reisst mit der elementaren Gewalt der Not der Zeiten das Römerreich hinab in den STAATSSOZIALISMUS AUF BERUFSGENOSSENSCHAFTLICHER BASIS. 394

War jetzt der Sozialismus etwa eine Erlösung und Errettung des Volkes? Die Geschichte der Kaiserzeit lehrt uns, dass der, unter der Alleinherrschaft des Kapitalismus begonnene, bedenkliche Rückgang der Bevölkerungsziffer trotz aller Bemühungen der Kaiser ein dauernder war. Der lex Julia et Papia Poppaea vom Jahre 9 n. Chr. folgte unter Nerva (96 bis 98 n. Chr.) die staatliche Alimentation der Knaben. Sein Nachfolger Trajan nimmt 5000 Knaben in die Zahl der Empfänger staatlicher Getreidespenden auf. Und Antoninus Pius (138 bis 161) dehnt diese Begünstigungen durch besondere Stiftungen auch auf die Mädchen aus. Von da an verzichtet man auf Versuche, den Bevölkerungsrückgang aufzuhalten. Das römische und bald auch das italische Element scheidet deshalb mehr und mehr aus dem Heere aus. DIE PROVINZEN LIEFERN MIT DEM GETREIDE

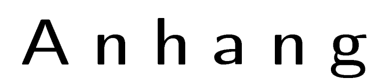
AUCH DIE REKRUTEN UND DIE KAISER. Schon im Jahre 98 n. Chr. trägt mit Trajan der erste Nichtitaliker die römische Kaiserkrone. Die Einstellung germanischer — also „fremdländischer" — Söldner in das Heer wird immer häufiger. Im Laufe des zweiten Jahrhunderts werden die römischen Legionen so vollständig germanisiert, dass Septimius Severus (193 bis 211) die altrömische Garde, die Prätorianer, — welche den Kaiser ermordet und den Kaiserthron öffentlich meistbietend verauktioniert hatten! — auflösen und aus Illyriern und Thrakern bilden kann. Nachdem jetzt selbst die römische Garde aus fremdländischen ↻ Söldnern bestand, bestieg auch mit MAXIMINUS dem Thraker im Jahre 235 der erste Barbar den römischen Kaiserthron. Kaiser Probus (276 bis 282) greift zu dem Mittel, 100 000 Germanen zum Schutze des Reiches an dessen Nordgrenze anzusiedeln, die unter Konstantin (323 bis 337) als LIMITANEI den Kern der römischen Truppen bildeten. Theodosius (379 bis 395) aber ist schon genötigt, ganze Germanenstämme in den Reichsverband aufzunehmen, um den andrängenden Germanen Truppen entgegen stellen zu können. Unmöglich kann also unter der Herrschaft des Staatssozialismus eine besondere Lebensfreudigkeit in der Bevölkerung geherrscht haben. Sonst hätte man sich nicht so allgemein gescheut, Nachkommen in die Welt zu setzen, und nicht so häufig zum Selbstmord gegriffen, um dieser Welt rascher den Rücken zu kehren.

395

Das römische Volk ist unter der Herrschaft des Sozialismus fast ausgestorben. Als die Stürme der Völkerwanderung einherbrausten, war nicht ein Römer mit römischen Soldaten, sondern der Vandale Stilico mit germanischen Söldnern der gefährlichste Feind der Germanen. Es war deshalb eigentlich nur der natürliche Ausdruck einer längst vorhergegangenen Bevölkerungsverschiebung, wenn im Jahre 476 n. Chr. der Anführer der germanischen Söldner, ODOAKER nämlich, den schwachen letzten römischen Kaiser Romulus Augustulus vom Thron jagte, um dessen Position in Rom selbst einzunehmen.

Aber auch DIE SPALTUNG DES REICHES hat der Staatssozialismus vor allem verschuldet. Denn seine lawinenartig anwachsenden Regierungsaufgaben konnten schliesslich selbst die besten römischen Juristen von EINER Stelle aus nicht mehr bewältigen. Deshalb fällt genau mit der organisatorischen Ausgestaltung des Staatssozialismus in der diokletianisch-konstantinischen Epoche das unabweisbare ↻ Bedürfnis zusammen, die Einheit des Reiches aufzuteilen. Und wenn auch das oströmische Reich unter günstigen Nebenumständen noch bis zum Jahre 1453 eine Scheinexistenz bewahren konnte, so hat doch die ihrer wirtschaftlichen und persönlichen Freiheit völlig beraubte Bevölkerung seinem Untergange ebenso absolut teilnahmlos gegenüber gestanden, wie fast tausend Jahre früher die Bevölkerung des weströmischen Reiches der Vernichtung desselben.

396



Anhang

Gustav Ruhland.[1]

Kurzlebenslauf[2]

Ruhland war Landwirt, studierte Wirtschaftswissenschaften und veröffentlichte ab 1882 Schriften und Fachbücher zur Agrarpolitik. Nach verschiedenen Studienreisen habilitierte er sich 1893 für Nationalökonomie in Zürich. Von 1898 bis 1901 war er Professor an der Universität in Freiburg (Schweiz). Danach widmete Ruhland sich voll der publizistischen Tätigkeit und schrieb u. a. seine Hauptwerke „System der politischen Ökonomie“ (Drei Bände, 1903 — 1908) und „Volkswirtschaftliche Grundbegriffe“ (1910).

Eine biographische Skizze.[3]

In Hessental, im bayerischen Spessart, wurde Gustav Ruhland in einem Einödhof, der möglicherweise das „Wirtshaus im Spessart“ von Hauffs Märchen ist, am 11. Juni 1860 als Sohn eines Landwirts und Posthalters geboren. Er absolvierte die Realschule in Mainz und besuchte nach Beendigung des Militärdienstes das Technikum Langensalza. Nachdem er als Volontär und Verwalter auf verschiedenen größeren Gütern Norddeutschlands tätig gewesen

[1]) Dieser Anhang wurde vom Herausgeber angefügt.

[2]) Quelle für den Kurzlebenslauf: http://www.berlin-topographie.de/strassen/Bez09h/R628.htm

[3]) Quelle: Ausgewählte Abhandlungen, Aufsätze und Vorträge von Professor Dr. Gustav Ruhland zu seinem 50. Geburtstage (11. Juni 1910) herausgegeben vom Bund der Landwirte, Berlin.

war, kehrte Ruhland 1879 in die Heimat zurück, um nach dem Tode des Vaters die Bewirtschaftung des elterlichen Gutes zu übernehmen. Hier nahm er die Armut der Spessarter Kleinbauern und ihren harten Daseinskampf wahr. Die Besserung dieser Verhältnisse erschien dem Bauernsohn als eine Forderung des Gemeinwohls, als eine sozialpolitische Notwendigkeit. Der agrarische Solidaritätsgedanke ward in Ruhland lebendig. Die männlichste Begabung — der politische Sinn — drängte zur Betätigung. Und als in dieser Zeit unter Freiherrn von Thüngen-Roßbach in Franken die agrarische Agitation erwachte, nahm Ruhland temperamentvoll daran teil und wandte sich der Frage nach der Besserung der bäuerlichen Zustände mit ganzer Energie zu.

Die Absicht, sich als Landwirt selbständig zu machen, gab ihm Gelegenheit, nicht bloß die Mängel der bäuerlichen Erbrechtsverhältnisse am eigenen Leibe zu empfinden, sondern auch in einer Reihe von Einzelfällen die schweren Schäden unserer heutigen Grundmarktsverhältnisse kennen zu lernen. Daß die freihändige Preisbildung für landwirtschaftliche Grundstücke sehr schädlich ist, stand ja schon in allen Lehrbüchern über landwirtschaftliche Buchführung und über landwirtschaftliche Taxation; und zwar sollte nach diesen Büchern der Ertragswertanschlag sich mit dem wahren Wert von Grund und Boden decken. Da begegnete ihm folgendes Erlebnis in seiner Wirtschaft: Es kam die Zeit der Kartoffelbestellung. Der Kartoffelschlag war ein flachgründiger Lehmboden mit Letteuntergrund. Bis dahin waren gewohnheitsgemäß die Saatkartoffeln untergeackert worden. Sie kamen deshalb direkt auf den Letteuntergrund zu liegen. Wenn dann ein feuchtes Jahr kam, verfiel die Ernte zumeist der Fäulnis. Ruhland hatte in Preußen eine andere Art der Kartoffelbestellung kennen gelernt. Das ganze Feld wurde umgeackert, eingeebnet und dann wurden die Saatknollen auf das gebaute Land gelegt. Jetzt kam auf dem Spessartgut ein feuchtes Jahr, und trotzdem gab der Kartoffelschlag, dank der verbesserten Bestellungsmethode, einen sehr guten Ertrag. Dieses Erlebnis zeigte, daß auch der Ertragswertanschlag ein falscher Wertbegriff ist. In diesem Falle hatte die verbesserte Bestellungsmethode den Ertrag wesentlich gesteigert; damit stieg dann der Ertragswert und also der Uebergabepreis. Für den Uebernehmer aber, der die neue Methode eingeführt hatte, folgte daraus eine höhere Grundverschuldung. Die Arbeit auf dem Boden war nicht nur um den Lohn für die eingeführte bessere Methode gekommen, sie hatte dafür sogar eine höhere Schuldenlast zu tragen. Der „wahre“ Wert von Grund und Boden war offenbar auch nicht der Ertragswert, sondern der Buch oder Sachwert, wie er im Geschäftsverkehr für Handel und Industrie, in den Normativbestimmungen für Privateisenbahnen usw. längst bekannt ist. Dies alles mußte doch in den wissenschaftlichen Werken für Nationalökonomie stehen! Ein väterlicher Freund vermittelte dem Wirtschaftspraktiker diese Bücher, aber sie bereiteten ihm nur Enttäuschungen. Von all dem, was er selbst in der Wirtschaft erlebt hat-

te, stand kein Wort darin. Wohl aber fand er die merkwürdigsten Ausführungen über Grundrenten-Theorie, wodurch der wirkliche Zustand möglichst verdunkelt wurde. Aus diesem Konflikt zwischen Selbsterlebtem und den Theorien der Wissenschaft entstanden hinter dem Pflug und der Sense die beiden Erstlingswerke Ruhlands: „Agrarpolitische Versuche vom Standpunkt der Sozialpolitik“ (1882/83) und „Das natürliche Wertverhältnis des landwirtschaftlichen Grundbesitzes“ (1884), bei denen kein Geringerer als derjenige Nationalökonom, den auch Adolf Wagner, als den „allerersten“ der deutschen Schule bezeichnet hat, nämlich Albert E. F. Schaeffle, ratend und fördernd zur Seite stand. Schaeffle war es auch, der dem Schriftsteller Ruhland neben der Nationalökonomie namentlich noch Philosophie, insbesondere Trendelenburg und Kant, empfahl. Das Studium dieser färbte natürlich auf die Schreibweise Ruhlands aus dieser Zeit ab. Es ist bezeichnend, daß Ruhland dem ersten schulmäßigen Widerspruch bei Professor Schmoller begegnete (1883).

Inzwischen bot das Selbsterlebte für Ruhland immer neue Anregung. Die Kartoffelernte des Vorjahres war auf dem Hofe zumeist mißraten; um den vorhandenen Viehstand erhalten zu können, mußten Kartoffeln und etwas Mais zugekauft werden. Da kam die Steuerbehörde, um nach den damals in Bayern geltenden Bestimmungen die kleine Brennerei als „gewerbliche Brennerei“ zu besteuern (Bayerisches Gesetz vom 25. Februar 1880.) Zu dem Unglück, daß die Kartoffeln verfault waren, sollte auch noch als Strafe eine erhöhte Besteuerung kommen! Umfassende Gegenvorstellungen Ruhlands, in denen er bis an das Ministerium ging, wendeten die höheren Steuerforderungen ab. Und das neue bayerische Gesetz vom 20. November 1885 brachte in seinen Vollziehungsvorschriften eine neue Definition des Begriffes „landwirtschaftliche Brennerei“, eine Definition, die den Ruhland'schen Ausführungen entsprach, wonach der Schwerpunkt nicht mehr in der Verarbeitung der selbstgebauten Rohprodukte, sondern in der Verfütterung der ganzen Schlempe und in der Verwendung des erzeugten Düngers in der eigenen Wirtschaft lag. Das Reichsgesetz vom 24. Juni 1887 hat dann in seinem § 41 diese Definition übernommen (s. den Aufsatz „Ueber den Begriff der landwirtschaftlichen Brennerei“).

Bald nach Veröffentlichung seiner oben genannten Erstlingswerke — in denen, wie in Ruhlands gesamter wissenschaftlichen Betätigung die belebende Kraft den Erkenntnissen und Notwendigkeiten des praktischen Lebens entspricht, — wurde Ruhland von der Generalversammlung der bayerischen Landwirte zu Tölz eingeladen, das Referat über die Reorganisation des landwirtschaftlichen Kredits zu übernehmen. Dieser Vortrag hatte zur Folge, daß zur weiteren Untersuchung dieser Frage eine Kommission ernannt wurde, in der Ruhland die Berichterstattung zufiel; diesen Bericht erstattete er in der Schrift „die Lösung der landwirtschaftlichen Kreditfrage im System der agrarischen Reform“ (1886) an die nächstjährige Wanderversammlung in Augsburg. Da

diese Kommission zumeist in München tagte, betrieb Ruhland jetzt seine nationalökomischen, juristischen und naturwissenschaftlichen Studien zunächst in München und später in Tübingen. In diese Zeit fällt die preisgekrönte Untersuchung über die Frage: „Welchen Einfluß hat die Reichsgesetzgebung auf die Entwickelung der bayerischen Landwirtschaft gehabt?“ und die Ausarbeitung einer amtlichen Denkschrift über „Die Entwickelung von Handel und Verkehr mit Getreide in Bayern in den letzten 100 Jahren“.

Durch eine glückliche Verkettung von Umständen ward Ruhland die Unterstützung des Fürsten Bismarck zuteil zur Ausführung einer Studienreise durch die Getreideproduktionsländer der Erde. In den Jahren 1888, 1889 und 1890 machte Ruhland Reisen durch Rußland, England, Indien, Australien, Nordamerika und die Donauländer. Als er von diesen Reisen nach Deutschland zurückkehrte, hatte der „neue Kurs“ bereits begonnen. Es erschienen nunmehr die größeren Reiseberichte: „Ueber Wirkung und Bedeutung der Schutzzölle“, „Ueber die Zukunft des Goldes und die Sueß'sche Theorie“, „Ueber den achtstündigen Arbeitstag und die Arbeiterschutzgesetzgebung der Australischen Kolonien“, „Ueber die australische und nordamerikanische Landgesetzgebung“ und „Ueber das Verfassungs- und Verwaltungsrecht des angloindischen Kaiserreichs“. — Alle diese Arbeiten Ruhlands waren auf Grund eingehender Beobachtungen an Ort und Stelle entstanden. So beruhte z. B. Ruhland's Beurteilung der Zukunft unserer internationalen Goldproduktion auf eingehender Besichtigung von über 200 Gold- und Silberbergwerken. Der Verfasser kam damals schon (1890) zu dem Schluß, daß die Goldproduktion der Erde bald einen ganz gewaltigen Aufschwung nehmen müsse, während Prof. Sueß in Wien, der damals als erste Autorität in Währungsfragen galt, bekanntlich in den achtziger Jahren behauptet hatte, die Goldproduktion der Erde gehe immer mehr zurück und sei ihrem Ende nahe.

Der 20. März 1890 hatte mit dem Reichskanzler von Caprivi den „neuen Kurs“ beginnen sehen. Die Landwirte erfreuten sich relativ guter Preise. Das waren ungünstige Zeitverhältnisse für „agrarpolitische Studien“. Der praktische Landwirt wollte in Ruhland wieder zur Betätigung kommen. Unter den verschiedenen Offerten, welche sich jetzt bei ihm einfanden, war eine, die ihm Gelegenheit bot, in Salzburg und Tirol einen Großgrundbesitz, der aus dem Aufkauf von einigen 40 stark verschuldeten großen Bauernhöfen entstanden war, zu organisieren, um eine Musterwirtschaft daraus zu machen. Aus dem Pinzgauer Rind sollte eine Hochzucht geschaffen werden. Weiden, Wiesen und Milchwirtschaft sollten auf einen möglichst hohen Stand gebracht werden. Hier bot sich ihm praktische Gelegenheit, wichtige nationalökonomische Theorien auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Karl Marx und nach ihm Liebknecht hatten behauptet, daß die moderne Produktionstechnik auch in der Landwirtschaft auf den Großbetrieb zusteuere; damit sei dann der Mittel- und Kleinbetrieb dem

Untergang geweiht. Die Erfahrungen, die Ruhland in drei Jahren auf diesem Großbetrieb machte, hatten ihm gezeigt, daß die sozialdemokratische Theorie irrig ist. Eine intensive Zuchtwirtschaft bei Großbetrieb zeigt sich vielmehr als ganz unrentabel; hier blieb also die Herrschaft dem Mittelbetrieb. Dieser Nachweis gab dann dem Abg. von Vollmar Anlaß zu seinen bekannten Anträgen in den Jahren 1893 und 1894, welche zur Abzweigung der „Revisionisten“ unter den Sozialdemokraten führten.

Mit dem nach den Caprivischen Handelsverträgen eingetretenen starken Rückgang der Preise der landwirtschaftlichen Produkte im Jahre 1893 erhielt die agrarische Bewegung wieder einen neuen und lebhaften Impuls. Jetzt kehrte Ruhland zu seiner wirtschaftspolitischen Tätigkeit wieder zurück und habilitierte sich als Dozent für Nationalökonomie an der Universität Zürich mit einer Rede „Ueber die Grundprinzipien aktueller Agrarpolitik“. Neue Konflikte mit der herrschenden Lehre brachten ihm einen scharfen Streit mit Prof. Lujo Brentano, dem die Schrift „Agrarpolitische Leistungen des Herrn Lujo Brentano“ (1894) entsprang. Aber auch mit der herrschenden agrarischen Auffassung blieben Ruhland Differenzen nicht erspart. Seine auf Grund persönlicher Kenntnisnahme erworbene Ueberzeugung, daß die Goldproduktion der Erde bald rasch steigen werde, machte ihm die Zustimmung zum bimetallistischen Programm unmöglich. Ferner führte die Verarbeitung der Materialien, die er auf seiner Weltreise gesammelt hatte, ihn dazu, der allgemeinen Behauptung von der „riesenhaften Ueberproduktion in Getreide“ zu widersprechen. Im Sommer 1894 berief der Bund der Landwirte auf Rat und Empfehlung Adolf Wagners Ruhland als volkswirtschaftlichen Berater nach Berlin. Bald darauf erschien Ruhlands Schrift: „Wirtschaftspolitik des Vaterunser.“ Damit war Ruhland in dieselben Bahnen gekommen, die Anfang der 60iger Jahre von dem genialen John Ruskin[1]) eingeschlagen worden waren. Auch dieser war zur schärfsten Ver-

[1]) zu John Ruskin siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/John_Ruskin
Das folgende Ruskin-Zitat sowie seine Übersetzung stammt von:
http://home.knuut.de/xm/ruskin.html

„Es gibt kaum etwas auf der Welt, das nicht irgend jemand ein wenig schlechter machen kann und ein wenig billiger verkaufen könnte, und die Menschen, die sich nur am Preis orientieren, werden die gerechte Beute solcher Machenschaften.

Es ist unklug, zuviel zu bezahlen, aber es ist auch unklug, zuwenig zu bezahlen. Wenn Sie zuviel bezahlen, verlieren Sie etwas Geld, das ist alles. Wenn Sie dagegen zuwenig bezahlen, verlieren Sie manchmal alles, da der gekaufte Gegenstand die ihm zugedachte Aufgabe nicht erfüllen kann.

Das Gesetz der Wirtschaft verbietet es, für wenig Geld viel Wert zu erhalten. Nehmen Sie das niedrigste Angebot an, müssen Sie für das Risiko, das Sie eingehen, etwas hinzurechnen. Wenn Sie dies tun, dann haben Sie auch genug Geld, um für etwas Besseres mehr zu bezahlen.“ *Und hier der Originaltext:*

„There is hardly anything in the world that someone cannot make a little worse and sell a little cheaper, and the people who consider price alone are that person’s lawful prey.

urteilung der wissenschaftlichen Nationalökonomie seiner Zeit gelangt, ohne jedoch ein neues und für die politische Praxis brauchbares Programm aufzustellen.

Ruhlands wirtschaftspolitische Ideen fanden jetzt in seiner engen Fühlung mit dem Bunde der Landwirte immer neue Anregungen zum Ausreifen. In der Kreditkommission des Bundes gelang es zwar nicht, zwischen den praktischen Bedürfnissen des Tages und der Systematik Ruhlands eine Brücke zu bauen; aber wenige Monate später (um Weihnachten 1894) führten Beobachtungen in den Verhältnissen der landwirtschaftlichen Kreditorganisationen zu der Ausarbeitung eines Planes zur Errichtung einer zentralen Geldausgleichsstelle für die Kreditgenossenschaften in Berlin. Dieser Plan wurde mit Zustimmung des Vorstandes des Bundes der Landwirte im Januar 1895 dem Finanzminister Miquel vorgelegt, der sofort das lebhafteste Interesse dafür bekundete; und schon im Oktober desselben Jahres begann die „Preußenkasse“ ihre segensreiche Geschäftstätigkeit.

In der Getreidehandelskommission des Bundes der Landwirte fand die Ruhland'sche Theorie, daß nicht die Ueberproduktion in Getreide, sondern die Gründertätigkeit der internationalen Großbanken mit den Spekulationen der verschiedensten Art den Rückgang der Getreidepreise im wesentlichen verschuldet habe, allgemeinere Zustimmung. Der 1. Internationale Agrarkongreß in Budapest (im September 1896) schloß sich ebenfalls der Ruhland'schen Auffassung an. Die dann in Deutschland folgende Antispekulations-Gesetzgebung ließ indes bald keinen Zweifel mehr, daß die auf- und abwärts gehenden Preisschwankungen nur durch eine moderne Syndikatsorganisation der Produzenten unter Einschluß des soliden Handels beseitigt werden können. Die theoretische Klarstellung dieses Programms bedingte sehr genaue und langjährige Beobachtungen der täglichen Getreidepreisbewegung. Zu diesem Zweck begründete Ruhland unter wesentlicher Mithilfe des Bundes der Landwirte, dem sich noch andere agrarische Organisationen in Frankreich und der Schweiz anschlossen, im Herbst 1899 in Freiburg in der Schweiz eine internationale Getreidepreiswarte; wohin Ruhland vorher einen Ruf als Professor für Nationalökonomie an dortige Universität erhalten hatte.

Neben diesen täglichen Beobachtungen auf dem internationalen Getreidemarkt beschäftigte Ruhland die Fertigstellung seines „Systems der politischen Oekonomie in organischer Auffassung“, wozu der erste Entwurf schon 1883

---

unter dem Einfluß jener philosophischen Studien entstanden war, zu denen damals Schaeffle geraten hatte.

Aus der Getreidepreiswarte gingen die „Internationalen Mitteilungen zur Regulierung der Getreidepreise“ hervor, die bald darauf, infolge der Uebersiedelung Ruhlands nach Berlin, zur Wochenschrift „Getreidemarkt“ umgewandelt wurden. Als „Landwirtschaftliche Marktnachrichten“ erscheinen sie noch heute als Beilage der „Illustrierten Landwirtschaftlichen Zeitung“ (Berlin). —

Wie Ruhland überhaupt die Agrarfrage als ein internationales Problem erkannte und zu behandeln versuchte, so ist sein Name auch rühmlichst verknüpft, — und das ist in diesem Zusammenhange hier noch kurz zu erwähnen — mit der Gründung der bekannten „Internationalen Landwirtschaftlichen Vereinigung für Stand und Bildung der Getreidepreise“. Ruhland nämlich war es, den der Vorstand des B. d. L. schon im Sommer 1895 auf Reisen geschickt hatte, um zunächst mit hervorragenden Vertretern der Landwirtschaft in Oesterreich und Ungarn darüber Fühlung zu nehmen, wie diese Kreise über eine internationale landwirtschaftliche Entente zum Zwecke einer gründlicheren Aufklärung der Landwirte über die Marktlage und über die Preisentwickelung ihrer Produkte dächten. Ruhland fand dort freudige Zustimmung. Seinen guten Diensten hierbei ist es mitzuverdanken, wenn es im März 1901 in Paris endlich gelang, daß seitens der dort vertretenen 29 landwirtschaftlichen Verbände aus Dänemark, Deutschland, Spanien, Frankreich, Oesterreich-Ungarn, Portugal und der Schweiz einstimmig ein „Internationales Landwirtschaftliches Komitee für Stand und Bildung der Getreidepreise“ begründet worden ist, — ohne dessen vorbildliche Tätigkeit hinwiederum es kaum zur Gründung des jetzt bestehenden „Internationalen Agrarinstituts in Rom“ hätte kommen können. Ruhland wurde Sekretär für Deutschland dieses Komitees und schrieb als solcher 1903 in dessen Auftrage das allenthalben sehr geschätzte Buch: „Die Lehre von der Getreidepreisbildung“.

In seinem „System der politischen Oekonomie“ läßt Ruhland anstelle der materialistischen Geschichtsauffassung die „logische“ Geschichtsauffassung treten, die an dem Lebenslauf von 22 Völkern dargestellt und erwiesen wird. Auf diese Theorie hatte vor allem Fürst Bismarck hingewiesen mit den Worten: „Die logischen Revisionen der Geschichte sind noch genauer, als die unserer Oberrechnungskammer!“ Ihren theoretischen Abschluß haben diese systematischen Arbeiten Ruhlands in der „Orientierungstafel über die volkswirtschaftlichen Grundbegriffe des Freihandels, des Sozialismus, des Kathedersozialismus und der organischen Mittelstandsauffassung“ gefunden.

Heute sind die Schriften Ruhlands in dem Kairos-Verlag für aktuelle Wirtschaftspolitik, Berlin SW. 11, zusammengefaßt.

Als Nationalökonom ist Ruhland einer der konsequentesten Gegner des Freihandels. Er will Beseitigung des Freihandels im Gold-, Geld- und Kreditverkehr, im Verkehr der Massenprodukte des täglichen Bedarfs und schließlich auch im Verkehr des städtischen und ländlichen Grundbesitzes. Deshalb: Ausschluß der Mitwirkung des spekulativen Privatkapitals bei der Preisbildung und öffentlich-rechtliche Organisation der Gesellschaft neben dem Staate als planmäßige Zusammenfassung der lokalen Genossenschaften in nationale Syndikate — unter Beibehaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln — zu einer Regulierung der Preise auf der mittleren Linie. Ruhland will damit die Lösung der uralten Frage nach der gerechten Entlohnung der Arbeit auch durch die allgemeine Einführung des „GERECHTEN“ PREISES für alle Arbeitsprodukte wie für alle Arbeitswerkzeuge.

Das alles ruht auf der „ORGANISCHEN Auffassung des Menschen“, wie sie zuletzt in Deutschland von Trendelenburg und Schaeffle vertreten worden ist.

Zur Kennzeichnung der Persönlichkeit Ruhlands und seiner politischen und wissenschaftlichen Betätigung hat der von ihm siegreich durchgeführte Beleidigungsprozeß Ruhland/Biermer vor der Berufungskammer des Landgerichts Berlin am 10. und 11. Januar 1910 bemerkenswerte Beiträge geliefert.

Wir meinen die Gutachten der Sachverständigen, Exzellenz Prof. Dr. Adolf Wagner und Prof. Dr. Sombart, aus denen wir die charakteristischen Stellen nachstehend hervorheben wollen.

EXZELLENZ WAGNER sagte u. a. aus:

Ich bin zuerst auf Ruhland aufmerksam gemacht worden durch denjenigen deutschen Nationalökonomen, den ich als den „allerersten“ anerkannt habe, das war Schaeffle, der zwar nicht viel älter war als ich, und den ich doch gern „meinen Lehrer“ nenne. Ein Teil meiner eigenen Arbeiten geht auf Anregung Schaeffles zurück. So war sein sachliches und persönliches Urteil für mich von besonderer Bedeutung. Als Anfang der 80iger Jahre die ersten Arbeiten von Ruhland erschienen sind, habe ich im Briefwechsel oder mündlich über ihn gesprochen, und Schaeffle stellte Ruhland wissenschaftlich sehr hoch. Die ersten Arbeiten Ruhlands haben diesen Eindruck bestätigt. Ich bin Anschauungen begegnet, die auf richtigen Gedanken beruhten und es war eine innere Verwandtschaft vorhanden, ohne daß ich im einzelnen das, was Ruhland vertreten hat, durchaus billige. . . . Für mich ist der Beweis geliefert, daß Ruhlands wissenschaftliche Entwickelung und seine, wenn auch wechselnde Stellungnahme und Beurteilung wirtschaftspolitischer Maßregeln 3. 4. und 5. Ranges, im Ganzen doch etwas in sich Einheitliches ist. Der behauptete Gesinnungswechsel kann auch als Folgerung aus seiner Grundidee genügend erklärt werden, ohne ihn auf äußere egoistische Beweggründe zurückführen zu müssen. Als die Anfrage aus den Kreisen des Bundes der Landwirte an mich herantrat: Kön-

nen Sie eine Persönlichkeit aus wissenschaftlichen Kreisen empfehlen, die die mehr wissenschaftlichen Arbeiten des Bundes mit erledigen könnte? da habe ich Herrn Prof. Ruhland aus bester Ueberzeugung genannt und in dem Gedanken, daß ich sonst eigentlich kaum noch einen wisse, der sich, bei allen Abweichungen im einzelnen, im großen und ganzen doch den Grundanschauungen nähere, die im Bunde der Landwirte vertreten werden. Denn die Ansichten des Herrn Prof. Ruhland sind doch die gewesen, daß unsere Rechtsordnung in dem Sinne zu ändern sei, daß die Landwirtschaft dauernd rentabel werde. . . .

PROF. DR. SOMBART: Ich möchte betonen, daß ich grundsätzlich mit dem Privatkläger (Ruhland) und seinen Anschauungen nicht übereinstimme. Ich stehe auf dem diametral entgegengesetzten Standpunkt zu seinen Anschauungen wegen der grundsätzlichen Betrachtungsweise der Dinge. . . . Der Privatkläger ist augenblicklich der energischeste Verfechter der sogenannten ethischen Nationalökonomie, welche die wissenschaftliche Erkenntnis ordnet unter ethischen Gesichtspunkten. . . . Die Frage nach der Wandlung des Privatklägers ist keine Frage nach der Wandlung seiner wissenschaftlichen Grundsätze, sondern eine Frage nach der Konstanz seiner Werturteile. Wenn man die Frage nach der Konstanz seiner Weltanschauung aufwirft, so bin ich der Meinung, daß der Standpunkt des Privatklägers, seine Bewertung wirtschaftlicher Phänomene, eine über das normale Maß hinausgehende KONSTANZ aufweist. Von der ersten Zeile, die er geschrieben, führt ihn der Weg in den Bund der Landwirte hinein, und jede einzelne Aeußerung von ihm, wo sie grundsätzlich hervortritt, ist in Einklang mit der Grundauffassung zu bringen. Welches ist die Grundauffassung? Es ist die antikapitalistische, die Bekämpfung des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Das ist die Grundauffassung von Anfang an, und sofern das Freihändlertum mit dem kapitalistischen Wesen identifiziert ist, ist der Privatkläger nie Freihändler gewesen. Alle seine Ueberzeugungen sind von diesem einen Grundgedanken beherrscht gewesen: Bekämpfung des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Das heißt Sozialist oder Mittelstandspolitiker sein. Sozialist ist der Privatkläger nie gewesen. Er hat die andere Alternative gewählt, er ist zunächst instinktiv, später mit Bewußtsein Mittelstandspolitiker. Faßt man den Privatkläger als einen stark von Instinkten beherrschten antikapitalistischen Mittelstandspolitiker auf, dann ist sein Lebensgang ein für meine persönliche Auffassung erstaunenswert gleichmäßiger. . . . Ich kann mich dahin zusammenfassen, daß äußerlich die Emanationen des Privatklägers scheinbar allerdings zu Widersprüchen kommen. Betrachtet man sie aber als Aeußerungen seiner Grundauffassung, einer ganz bestimmten Weltanschauung, so schwinden alle Widersprüche. . . . —

So urteilen über Ruhland ihm fernstehende hochangesehene Gelehrte als Sachverständige vor Gericht. Dieser Anerkennung von autoritativer Seite gegenüber verblassen für jeden Unbefangenen die mißgünstigen Beurteilungen

und Anfeindungen, denen auch Ruhland natürlich nicht entgangen ist, wie ihnen jeder bedeutende Mann ausgesetzt zu sein pflegt, besonders wenn er, — noch dazu so temperamentvoll — politisch hervortritt. Wenn dabei auch die nationalökonomischen Kollegen Ruhlands in der Schar seiner Gegner so zahlreich vertreten sind, so beruht dies zumeist in der Eigenart seines Arbeitens: Der Werdegang seiner „Wissenschaft“ ist, um mit Berthold Otto zu reden, nicht so, daß aus den geschriebenen und gedruckten Sätzen der Früheren seine geschriebenen und gedruckten Thesen hervorgingen als die Wirkung aus der Ursache; er hat vielmehr schöpferisch sich betätigt: Er begnügt sich nicht damit, die früheren Meinungen darzustellen, um dann an diese früheren Meinungen seine eigenen Meinungen lediglich anzufügen; nein, Ruhland hat EIGENE Gedanken und hält den löblichen Brauch „zu schauen, wie vor uns ein weiser Mann gedacht“ lediglich für eine Forderung der Höflichkeit, nicht der Wissenschaft. Und er war dabei immer der Meinung, auch solche Höflichkeit schulde man nur den Größten der Großen, nicht jedem beliebigen Dritten.

Ruhlands Freunde freilich, die den Gelehrten wie den Menschen genau kennen gelernt und mit ihm Jahrzehnte lang gelebt, gearbeitet und gekämpft haben, wissen auch ohne Sachverständigen-Gutachten und ohne Zunftverdikte, was der Mann wert ist!

Sie kennen, schätzen und lieben die unbestechliche und rücksichtslose Wahrhaftigkeit, die Ruhlands Forschung auszeichnet, ebenso wie die glückhaftgeniale Intuition, mit der er den schwierigsten Problemen entgegentritt. Sie bewundern die urwüchsige, eiserne Konsequenz seiner logischen Erörterungen, die Zähigkeit und Ausdauer, mit der er an dem einmal für richtig Erkannten trotz allem Widerstand festhält. „Ich kenne kaum einen dickeren Bauernschädel, als den des Professors Ruhland“, sagte seiner Zeit vor Gericht humorvoll Freiherr von Wangenheim, und wie hat er damit Recht! Man fühlt immer: hier setzt sich für die Meinung die ganze Person ein, ein Wort — ein Mann! Ruhland ist der Mann des „Ja — also“! Dabei ist er stets bereit gewesen, seine eigensten Interessen, seine Existenz in die Schanze zu schlagen, immer selbstlos nur eins im Auge behaltend — : die Sache. —

Was ist ein Agrarier im wissenschaftlichen Sinne?[1]

Freihändler behaupten vielfach: ein Agrarier sei ein Schutzzöllner. Es mag sein, daß diese Freihändler wünschten, dem wäre so. Dann würde ihr Kampf gegen die Agrarier wesentlich leichter sein. Aber schon ein kurzes Nachdenken lässt erkennen, daß doch das alte System des Freihandels noch um vieles mehr bedeutet, als nur den zollfreien Handel über die Staatsgrenzen. Der Freihandel fordert freies Handeln für jeden nach Maßgabe seiner Privatinteressen auf allen Gebieten. Der Freihändler im wissenschaftlichen Sinne ist deshalb prinzipieller Individualist. Das freie Individuum gestaltet sich nach dieser Auffassung alles nach seinem Belieben, sogar auch seinen Gottesbegriff. Und von dieser unterschiedslosen freien egoistischen Betätigung erwartet der freihändlerische Glaube die beste Harmonie aller Interessen. Wenn aber der Freihandel eine solch systematische Weltanschauung vertritt, dann müssen doch auch die prinzipiellen Gegner des Freihandels, die „Agrarier" mehr vertreten, als nur die Forderung eines Zolles an den Staatsgrenzen.

Diese Vermutung findet durch folgende Tatsachen ihre Bestätigung: Vom Fürsten von Bismarck, dem ersten Kanzler des Deutschen Reiches, ist uns der Ausspruch erhalten: „Ich weiß, daß die vorgeschlagene Zollerhöhung die Frage der Erhaltung des Bauernstandes nicht lösen wird, aber ich habe bis jetzt noch niemand gefunden, der mir ein besseres Mittel hätte vorschlagen können!" (Ruhland: System der politischen Oekonomie, Bd. I, S. 35.) Hier bezeichnet Fürst Bismarck ganz deutlich die Zölle als unzureichenden Inhalt der agrarischen Bewegung.

Als der Geheimrat und Universitätsprofessor Dr. Riesser seine Eröffnungsrede bei Gründung des neuen Hansabundes im Zirkus Schumann hielt, da hatte er das Bedürfnis, Hansabund und agrarische Bewegung nach ihrem tieferen prinzipiellen Inhalte zu formulieren. Und das tat Riesser unter ausdrücklicher Bezugnahme auf Ruhlands „System" etwa mit den Worten: „Zurück von der

[1]) Dieser Text wurde einem Prospekt des ‚Kairos Verlag für aktuelle Wirtschaftspolitik', Berlin, entnommen (undatiert, wahrscheinlich um 1910).
Auch dieser Anhang wurde vom Herausgeber angefügt.

ganzen Richtung des modernen Liberalismus zu dem nationalen geschlossenen Agrar- und Polizeistaat!" Der Hansabund aber, dessen Lebensinteresse die freie Bewegung und der freie Verkehr, dessen Lebensbedingungen der mit allen Staaten der Welt in freiem Wettbewerb stehende Rechts- und Verfassungsstaat ist, kennt nur die Parole: „Vorwärts auf diesem Wege!" In diesen Worten liegt offenbar mehr, als nur die Unterscheidung „Schutzzölle — oder keine!" Die Unterscheidung lautet vielmehr nach Riesser: hier immer weiter im freien liberalen Verfassungs- und Rechtsstaat — und dort zurück zu dem national gebundenen und geschlossenen Agrar- und Polizeistaat! — Aber Riesser hat sich bei dieser Formulierung geirrt. Den „geschlossenen Agrarstaat" will niemand. Und der alte „Polizeistaat" war eine Organisation des Volkes im Interesse des absoluten Fürsten. Die agrarische Bewegung aber will — wissenschaftlich gesprochen — eine neuzeitliche Organisation des ganzen Volkes auf der Basis einer besseren idealeren Gerechtigkeit!

Diese ganz andere Formulierung dessen, was ein Agrarier im wissenschaftlichen Sinne ist, bietet sich an Hand der Schriften von Professor Dr. Gustav Ruhland, die unser Verlag von fünf verschiedenen Verlagsbuchhandlungen — H. Laupp'sche Buchhandlung in Tübingen, Paul Parey in Berlin, Ernst Hofmann & Co. Berlin, Wilhelm Issleib in Berlin und Puttkammer & Mühlbrecht in Berlin — zusammen erworben, um diese Veröffentlichungen allen Interessenten leichter zugänglich zu machen.

Ruhland gehört zu jenen vereinzelten Nationalökonomen, die ihre Schriften in der Hauptsache nicht aus Büchern Anderer, sondern aus Selbsterlebtem schöpfen. Für den Entwicklungsgang seiner Ideen lassen sich deshalb drei Perioden unterscheiden:

1. bis zum Besuch der Universität (1886),
2. die Verarbeitung der Studien seiner Weltreise (1893/95) und
3. seit seinem Eintritt in den Bund der Landwirte als „wissenschaftlicher Berater" (von 1895 ab) und damit in eine Tätigkeit, welche die Vorteile der innigsten Berührung mit der praktischen Politik der Gegenwart gewährleistete.

In der ersten Periode verarbeitet der Bauernsohn Ruhland seine Erfahrungen bei den Versuchen, sich als Landwirt selbständig zu machen. Seine Erstlingsschrift:

1. „Agrarpolitische Versuche vom Standpunkt der Sozialpolitik" (1882/83 erschienen 168 S.) zeigen ihn sofort als prinzipiellen Gegner des Freihandels. Er schließt sich der organischen Auffassung der Volkswirtschaft an, wie sie schon Plato und Aristoteles und nach ihnen alle großen Denker der folgenden Jahrtausende bis auf Trendelenburg und Albert Schäffle vertreten haben.

Unus homo nullus homo! Deshalb erklärt es Ruhland von Anfang an als irrig, den einzelnen Landwirt aus seinem sozialen Milieu heraus zu reißen und in seiner Isoliertheit politisch zu betrachten. Innerhalb dieses sozialen Milieu aber zwingt nach Ruhland der herrschende freihändlerische Geist unserer Gesetze den einzelnen Landwirt in bäuerlichen Gegenden zur Ueberzahlung seiner Grundstücke und zur Ueberschuldung derselben. Nicht der einzelne Landwirt, sondern der freihändlerische Geist der geltenden Gesetze ist deshalb für die zu hohen Grundpreise und die zu hohen Grundschulden verantwortlich zu machen. Und die rechte Abhilfe kann nur darin bestehen, daß dieser soziale Irrtum der Freihandelslehre beseitigt wird durch eine öffentlich rechtliche Organisation des Marktes der landwirtschaftlichen Grundstücke wie durch eine öffentlich rechtliche Organisation des landwirtschaftlichen Kredits. Nur so könnte die beste Bewegung der Grundbesitzverteilung gesichert und ein schuldenfreier Bauernstand in absehbarer Zukunft erreicht werden. Das alles ruhte auf seinem neuen Wertbegriff: dem Buch- oder Sachwert „unter Brüdern". Und damit war der konstruktive Ausgangspunkt für ein neues System der politischen Oekonomie schon gefunden, das sofort in der Lehre von dem Arbeitseinkommen der selbständigen Landwirte als „volkswirtschaftlicher Lohnregulator" seinen markanten Ausdruck fand. So das Erstlingsbuch von Ruhland, das ohne jede Universitätsbildung hinter dem Pflug und der Sense entstanden war.

Kein Geringerer als Minister Albert Schäffle veranlaßte die Veröffentlichung dieser Erstlingsarbeit und nannte sie in seiner bald darauf erschienenen „Inkorporation des Hypothekarkredits" (1883) (S. 11, Anm. 2) „grossgedachte und weitblickende Abhandlungen". Schäffle selbst akzeptierte in dieser seiner „Inkorporation" die Forderungen einer öffentlich rechtlichen Organisation des Grundmarktes (S. 35) wie der Grundverschuldung. Schäffle akzeptierte ferner den Gedanken, daß der naturgemäße Arbeitslohn nur bei dem Vollarbeiter, der zugleich Eigentümer seiner Produktionsmittel ist, erkannt werden könne (S. 71).

Ruhland schrieb jetzt vor seinem Besuch der Universität noch:

2. „Das natürliche Wertverhältnis des landwirtschaftlichen Grundbesitzes in seiner agrarischen und sozialen Bedeutung" (1885, 156 Seiten) eine mehr philosophische Begründung seiner Wertlehre, die Minister Buchenberger als „die beste Schrift dieser Art in unserer Literatur" bezeichnete und als Bericht einer Kommission, der auch Schäffle und Buchenberger angehörten:

3. „Die Lösung der landwirtschaftlichen Kreditfrage im System der agrarischen Reform" 1886. — Dieser dritten Schrift widmete Schäffle in der Beilage der „Münchner Allgemeinen Zeitung" zwei Leitartikel, von welchem der einleitende Absatz (28. Mai 1886) wie folgt lautet:

> „Eine Kommission hat die landw. Kreditfrage vorzubereiten gehabt. Dieser Arbeit verdankt man eine Schrift von Ruhland, die wie keine zweite geeignet ist, über den ganzen Umfang der schwebenden Agrarfragen und Agraragitationen Jedermann eine Fülle von Aufklärung und vollständige Orientierung zu geben. Durchaus gemeinverständlich, dabei knapp, gleichwohl schön geschrieben und leicht zu lesen, schneidig in der Sache, maßvoll und niemals verletzend in der Form, ohne Furcht vor Vorurteilen, die hüben und drüben walten, ohne Wohldienerei gegen die landläufigen Parteischlagworte und gegen die volkstümlichen Glücksverheißungen, verdient die Schrift die allgemeinste Beachtung, besonders die Beachtung der praktischen Politiker, der Staatsmänner und Gesetzgeber und die volle Beachtung der Tagespresse. Nirgends ist für die neuesten Agrarfragen auf so engem Raume so viel Material so unparteiisch wie scharfsinnig dargestellt und beurteilt, so gründlich und so unpersönlich den einseitigen Standpunkten und egoistischen Klassenbestrebungen heimgeleuchtet, wie in der vorliegenden nur 160 Seiten fassenden Broschüre."

Während der Universitätsjahre Ruhlands war zu der nordamerikanischen und russischen Konkurrenz rasch diejenige der unteren Donauländer, sowie die ostindische und australische Konkurrenz noch hinzugekommen. Die Preise der landwirtschaftlichen Produkte sind damit immer tiefer gefallen. Das agrarische Problem war nicht mehr nur ein Problem der öffentlich-rechtlichen Ordnung des Grundstückverkehrs und des landwirtschaftlichen Kredits, es war auch ein Problem der Preisbildung der landwirtschaftlichen Produkte geworden. Um diese neue Seite der Agrarfrage kennen zu lernen, war vor allem genaue Kenntnis dieser auswärtigen Konkurrenzländer erforderlich. Deshalb waren Ruhlands Universitätsjahre hauptsächlich der Vorbereitung dieser Weltstudienreise gewidmet, wozu der Reichskanzler Fürst Bismarck ihm ein Reichsstipendium gewährte. Die erste Verarbeitung dieser Studien findet sich niedergelegt, in

4. Ruhlands Habilitationsrede an der Universität Zürich über „die Grundprinzipien aktueller Agrarpolitik" vom 4. August 1893 (20 Seiten). In dieser Rede heißt es vor allem: „Die agrarpolitischen Ideen des Freihandels und der internationalen Arbeitsteilung gehören vielleicht zu den gefährlichsten Irrtümern, die der menschliche Geist je geboren (S. 8). Es gibt keine Ueberproduktion in Getreide und es gibt noch weniger auf der ganzen Welt ein Agrarland, das die Absicht hätte, dauernd seine Ueberschüsse an landwirtschaftlichen Produkten an die mitteleuropäischen Industriestaaten gegen industrielle Produkte auszutauschen. Es ist deshalb ein geradezu verhängnisvoller Irrtum, politisch den Weg des industriellen Reichtums zu betreten mit dem Glauben, die Interessen der getreidebauenden Landwirte missachten zu können (S. 9). Jedes höher entwickelte Kulturland muß seine Brotversorgung im eigenen Lande unter

allen Umständen zu erhalten suchen.[1]) Dazu bedarf es einer neuzeitlichen Ordnung des Getreideverkehrs und einer Beseitigung des Freihandels im Grundstücksverkehr wie im Grundkreditwesen. Einstweilen aber ist, bis zu diesen Reformen der Getreideschutzzoll noch unbedingt beizubehalten (S. 12).

Die gleichen Ideen wurden noch umfassender ausgeführt in seinem

5. „Leitfaden zur Einführung in das Studium der Agrarpolitik" (61 Seiten), 1894, der gleichzeitig auch eine motivierte Ablehnung der Theorien des Sozialismus enthält.

Im Sommer 1894 lernte Ruhland durch einen Zufall die nationalökonomischen Theorien der ersten Theologen des Mittelalters kennen und fand darin zu seiner Freude eine Bestätigung seines Wertbegriffes (Sach- oder Buchwert) und seiner organischen Auffassung der Volkswirtschaft. Beides schien den modernen Theologen verloren gegangen zu sein. Um darauf die Theologen aufmerksam zu machen, schrieb Ruhland die kleine Schrift (87 Seiten):

6. „Die Wirtschaftspolitik des Vaterunser", welche nach einer Kritik im „Deutschen Reichsanzeiger" eine Verschmelzung des echt christlichen Geistes mit dem nationalökonomischen Denken bedeutet. Der Mangel solcher Aeußerungen in unserer Literatur ist erst noch auf dem jüngsten Evangelisch-Sozialen Kongress zu Heilbronn bitter beklagt worden.

Im Oktober 1894 trat Ruhland zu dem Bund der Landwirte in engere Beziehungen als „wissenschaftlicher Berater". In seiner Habilitationsrede vom 4. August 1893 hatte er der Ueberzeugung Ausdruck verliehen, daß die auswärtige Getreidekonkurrenz eine nur vorübergehende Erscheinung sei. In seinem Leitfaden hieß es: „Die Getreideernte der Erde ist auf dem besten Wege, unter den Getreidebedarf der Völker herabzusinken." Und gerade jetzt, in den Jahren 1894 und 1895 war der Getreidepreis durch die neueste argentinische Konkurrenz auf einen so unerhörten Tiefpunkt herabgedrückt worden, daß selbst Landwirte, welche einen ganz schuldenfreien Grundbesitz ihr Eigen nannten, bei einem Andauern dieser Preislage zu verarmen drohten. Was war die Ursache? Eine internationale Ueberproduktion in Getreide war auch jetzt nicht nachweisbar. Das wurde auf dem ersten internationalen Agrarkongress in Budapest (September 1896) von allen Seiten bestätigt. Zur Erforschung dieser ungemein wichtigen Frage wollte Ruhland eine internationale Aufklärungsvereinigung der Landwirte aller Länder zustande bringen. Von Berlin

[1]) Dem Leser sei wärmstens empfohlen die Internet-Seite des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: http://www.ernaehrungsvorsorge.de

„Was der Staat unternimmt, damit im Notfall die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln gewährleistet ist und wie Sie selbst durch eigene private Vorsorge zu ihrer Versorgung in Notfällen beitragen können, darüber informiert Sie dieses Internet-Angebot." Stand: Dezember 2005.

aus versagte dieser Versuch. Besser ging es von Freiburg in der Schweiz aus. So kam die Getreidepreiswarte zu Freiburg in der Schweiz (1898) zustande, welche im Sommer 1900 zu einer internationalen landwirtschaftlichen Vereinigung in Paris führte, eine Fachzeitschrift zur Information über den Getreidemarkt in deutscher, französischer und englischer Sprache erscheinen ließ, auf Grund von Korrespondenten in den wichtigsten Weltteilen und unter Mithilfe von tüchtigen Hilfsarbeitern im Zentralbureau. Die sehr erheblichen Kosten dieser Getreidepreiswarte mit ihren täglichen Beobachtungen der wichtigsten Getreidemärkte wurden zunächst namentlich vom Bund der Landwirte, ferner vom Kanton Freiburg (Schweiz), von der Organisation der französischen Landwirte usw. aufgebracht. Als später nur noch die deutsche Zeitschrift übrig geblieben war und die Uebersiedlung dieser Preiswarte nach Berlin erfolgte, wurde dieses Institut lediglich vom Bund der Landwirte, bezw. aus Bundeskreisen unterhalten. Und die Antwort auf die gestellte Frage lautete:

> „Die argentinische Konkurrenz ist in besonderem Maße das Resultat der Oberleitung des Unternehmergeistes der Nationen durch die Großbanken, wobei alle Beteiligte schwere Verluste zu tragen hatten und nur die Banken reiche Gewinne einheimsten. Auf diese Tätigkeit der internationalen Gründerbanken führt sich die ganze Erscheinung der internationalen landwirtschaftlichen Konkurrenz seit 1856/7 zurück."

Das wurde zunächst an der Hand von Spezialforschungen der Getreidepreiswarte in deren Fachorgan erwiesen, die zum Teil zusammengefaßt wurden in der Schrift:

7. „Die internationale landwirtschaftlichen Konkurrenz ein kapitalistisches Problem" 1901 (58 Seiten). Die wirkliche Beseitigung dieses schweren Mißstandes gelingt nur mit der Beseitigung des Freihandels im Gold-, Geld- und Kreditverkehr durch öffentlich-rechtliche Organisationen. Die zweite Ruhland'sche Schrift dieser Art, welche speziell darauf berechnet war, die öffentlich-rechtliche Organisation des Getreideverkehrs vorzubereiten, ist

8. „Die Lehre von der Preisbildung für Getreide" (179 Seiten) 1904, ein Buch, das inzwischen in italienischer, französischer, ungarischer und russischer Uebersetzung erschienen ist, und zwar ist die russische Uebersetzung von Alexander Wolkoff, Geschäftsführer des allrussischen Getreidemüllerverbandes und der Petersburger Getreidebörse. In Deutschland wurde auch dieses Buch von der nicht agrarischen Presse systematisch totgeschwiegen oder verhöhnt.

9. Endlich ist in den Jahren 1902 bis 1908 das dreibändige „System der politischen Oekonomie" von Ruhland erschienen, von dem Minister Buchenberger

nach dem Erscheinen des 1. Bandes gesagt hatte: es werde nie fertig werden, weil es zu gross angelegt sei.

Faßt man nach den Resultaten dieser mehr als 26jährigen Forscherarbeit Ruhlands die Antwort auf die Frage: was ist ein Agrarier im wissenschaftlichen Sinne? zusammen, so lauten diese wie folgt:

> „Der herrschende freihändlerische Geist unserer Gesetzgebung führt deutlich sichtbar zur plutokratischen Entwicklung auch in Deutschland. Nordamerika wirft in dieser Richtung seine Schatten voraus. Der selbständige Mittelstand in Stadt und Land droht mehr und mehr vernichtet zu werden. Damit wird unser liberaler Rechtsstaat zu einer inneren Unwahrheit. Wenn wir also nicht Schrittmacher der Sozialdemokratie werden wollen, muss endlich an die Stelle des herrschenden „Individualismus" die „organische" Auffassung jedes Einzelnen wie der ganzen Volkswirtschaft treten. Wir arbeiten alle mit anvertrauten Gütern und mit den produktiven Kräften der sozialen Arbeitsgemeinschaft. Deshalb ist jede Art des wirtschaftlichen Erwerbs ein quasi-Amt, das die egoistischen Privatinteressen den dauernden Interessen der Gesamtheit unbedingt unterordnen und eingliedern muss! Unseren grösseren politischen Freiheiten für jeden Staatsbürger kann nur eine konsequente echte Mittelstandspolitik in Stadt und Land entsprechen, welche zu den Rechten des Einzelnen das Prinzip der ökonomischen Selbstverantwortlichkeit in möglichst zahlreichen Fällen gesellt. Ein wachsendes Proletariat auf der einen und wenige Plutokraten auf der anderen Seite, wie sie die heutige Entwicklungstendenz zeitigt, hat noch immer zum Verderben der Völker geführt.
>
> Mit der grösseren Zahl der selbständigen Mittelstandsleute aber verknüpft sich notwendiger Weise die Forderung einer neuzeitlichen Organisation der ganzen Volkswirtschaft nach Zentralisation wie Dezentralisation, um die höchst möglichen Leistungen zu erzielen und Krisen in aller Zukunft zu verhüten. Die Art von volkswirtschaftlicher Organisation, die wir heute besitzen, ist eine kapitalistisch-plutokratische, die uns nach immer 7 bis 9 Jahren eine grosse allgemeine Krisis in der Volkswirtschaft bescheert, die Kapitalisten unmässig bereichert und den Fortschritt auf die Dauer hemmt. Wir brauchen deshalb eine Beseitigung dieser kapitalistischen Organisation unserer Volkswirtschaft durch eine wesentlich idealere Organisation, die von einer wahrhaft sozialen Auffassung in Rechten und Pflichten getragen wird und nach möglichster harmonischer Entfaltung aller Glieder des Volkes strebt."

Wer diese politische Auffassung für Gegenwart und Zukunft vertreten will, ist ein Agrarier im wissenschaftlichen Sinne.

Die agrarische Parole heisst deshalb nicht „Rückwärts zum Polizeistaat", sondern „Vorwärts zu einer ganz modernen sozialen Gesetzgebung für das ganze Volk" statt, wie bisher nur für die Arbeiterklasse, was nach organischer Auffassung ein Unding ist!

Wer — Freund oder Feind — über diese wissenschaftliche Auffassung der Agrarbewegung besser orientiert sein will, als es heute die grosse Mehrzahl der Tageszeitungen mit den anerkannten nationalökonomischen Lehrbüchern ermöglichen, der lese die Schriften von Professor Ruhland. (...)

Bewegungslinie der Weizenpreise.

Diese Preiskurve ist im Original 2,57 x 0,43 Meter groß (Anlage zu Band I, Ausgabe von 1903). Es ist mir zur Zeit leider nicht möglich, eine so umfangreiche Grafik in das PDF-Format zu übertragen. Die inhaltlich identische, aber verkleinerte (1,25 x 0,20 Meter) Preiskurve der Ausgabe von 1933 ist unter: http://www.vergessene-buecher.de/band1/wcharts166.html#anfang im Internet zu finden.